

Aus dem Institut für Sportgeschichte der Deutschen Sporthochschule Köln  
Leiter: Prof. Dr. Manfred Lämmer

# **Sport- und Freizeitpolitik in Köln 1945 bis 1975**

Von der Deutschen Sporthochschule Köln zur Erlangung des akademischen  
Grades Doktor der Sportwissenschaften genehmigte Dissertation

von  
Gabi Langen

Köln 2006

1. Referent:	Prof. Dr. Manfred Lämmer
2. Referent:	Prof. Dr. Roland Naul
Vorsitzende des Promotionsausschusses:	Prof. Dr. Ilse Hartmann-Tews
Mündliche Prüfung:	12./13. Dezember 2006

### **Eidesstattliche Erklärung:**

Hierdurch versichere ich an Eides Statt: Ich habe diese Dissertation selbständig und nur unter Benutzung der angegebenen Quellen angefertigt; sie hat noch keiner anderen Stelle zur Prüfung vorgelegen. Wörtlich übernommene Textstellen, auch Einzelsätze oder Teile davon sind als Zitate kenntlich gemacht.

Köln, den 7.2.2006

---

Gabi Langen

<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>1. Tendenzen nationaler und kommunaler Sportpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg</b>	<b>25</b>
<b>2. Die politischen, gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer kommunalen Sport- und Freizeitpolitik in Köln</b>	<b>32</b>
2.1. Die „Sportstadt des Westens“- Grundzüge Kölner Sportpolitik vor 1945	<b>32</b>
2.2. Politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg	<b>36</b>
2.3. Der Kölner Sport in Rat und Verwaltung	<b>42</b>
2.3.1. Der Sport in den Verhandlungen des Rates der Stadt Köln	44
2.3.2. Der Sportausschuss	47
2.3.2.1. Gründung und Arbeit des Kölner Sportausschusses	49
2.3.2.2. Ratsmitglieder	55
2.3.2.3. Bürgermitglieder	58
2.3.3. Der Sport in den Kölner Parteien	62
2.3.4. Die städtische Sportverwaltung	69
2.3.4.1. Die „Sport“-Dezernenten	72
2.3.4.2. Die Leiter des Sportamtes	77
2.3.4.3. Die Aufgaben der Kölner Sportverwaltung	83
2.4. Die Selbstverwaltung des Sports	<b>90</b>
2.4.1. Der Sportalltag nach der Befreiung	90
2.4.2. Die Anordnungen der Militärregierung für den Sportbetrieb	94
2.4.3. Die Entnazifizierung der Sportfunktionäre	98
2.4.3.1. Die Führungsriege	103
2.4.3.2. Der Kölner Sportkongress 1950	106
2.4.4. Die Reorganisation des Zweckverbandes	109
2.4.4.1. Die Vorstandsmitglieder des Dachverbandes	110
2.4.4.2. Aufgaben und Arbeit	118
2.4.4.3. Die Rolle des Zweckverbandes/Stadtsportbundes	126
2.4.5. Die Entwicklung des Kölner Vereinssports	129

<b>3. Entscheidungsprozesse in ausgewählten sport- und freizeitpolitischen Handlungsfeldern</b>	<b>138</b>
<b>3.1. Die kommunale Sportpolitik für Sport- und Freizeitanlagen</b>	<b>138</b>
3.1.1. Sportstätten im Rahmen der Kölner Wiederaufbaupläne nach 1945	141
3.1.2. Die Entwicklung der Sport- und Freizeitanlagen bis 1960	145
3.1.2.1. Sportplätze und Turnhallen	153
3.1.2.2. Die Kölner Sporthalle	161
3.1.3. Der Sportstättenbau in Deutschland 1960 bis 1975	167
3.1.4. Die Entwicklung der Sport- und Freizeitanlagen in Köln 1960 bis 1975	172
3.1.4.1. Sportplätze und Turnhallen	176
3.1.4.2. Das Kölner Stadion	181
3.1.5. Der Bäderbau 1945 bis 1975	190
3.1.5.1. Das Zentralbad	192
3.1.5.2. Hallen- und Freibäder	196
3.1.6. Probleme im Kölner Sportstättenbau und der Vergleich zu anderen Städten	200
<b>3.2. Sportpolitische Entscheidungen bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln</b>	<b>209</b>
3.2.1. Richtlinien und Antragspraxis für die kommunale Sportförderung	211
3.2.2. Der Etat der Sportverwaltung	218
3.2.3. Die Haushaltsberatungen in der öffentlichen Wahrnehmung	222
3.2.4. Die Förderung des Spitzensports	226
3.2.4.1. Vergnügungssteuer	228
3.2.4.2. Ausfallbürgschaften und Ehrenpreise	235
<b>3.3. Freizeitsport in der Kölner Kommunalpolitik</b>	<b>239</b>
3.3.1 Die Entwicklung kommunaler Freizeitpolitik nach 1945	240
3.3.2. Synergie oder Konkurrenz – Das Freizeitsportangebot der Stadt Köln bis 1964	245
3.3.3. „Jedermann an diesem Ort“ – Ein erfolgreiches Konzept im Freizeitsport	250
<b>3.4. Die „städtische“ Sporthochschule</b>	<b>254</b>
3.4.1. Die Unterstützung der Stadt Köln in der Gründungsphase	256
3.4.2. Das Verhältnis Carl Diems zur Kölner Sportszene	261
3.4.3. Die Sporthochschule als städtische Dienststelle	265
3.4.4. Die Bedeutung der Sporthochschule für die Kölner Sportpolitik	268

#### **4. Schlussbetrachtung**

	<b>272</b>
4.1. Handlungsfeld Sportorganisationen – Stadtverwaltung	274
4.2. Handlungsfeld Sportverwaltung – Sportausschuss	276
4.3. Handlungsfeld Sportorganisationen – Sportausschuss/Rat	278
4.4. Sportstadt Köln?	280
<b>Anhang</b>	284
Kurzbiographien	285
Tabellen 16-20	289
Tabellenverzeichnis	298
Bildteil	299
Abbildungsverzeichnis	308
Beihilfeordnung der Stadt Köln von 1968	309
Chronik 1945-1975	312
Literaturverzeichnis/Quellen	322
Abkürzungsverzeichnis	338

## Einleitung

„Um Gottes willen – jüt et dat och alt?“<sup>1</sup> so lautete der Zwischenruf John van Nes Zieglers, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat von 1956 bis 1973 und Oberbürgermeister der Stadt Köln von 1973 bis 1980, auf die Ankündigung eines CDU-Stadtverordneten, dem Stadtrat eine Sportkonzeption der CDU-Fraktion vorstellen zu wollen. Dieser ungläubige Ausruf war selbst unter Berücksichtigung einer gewissen Portion kölschen Humors möglicherweise bezeichnend für die verbreitete Anschauung: Für die Gestaltung des sportlichen Alltags braucht die Politik keine Konzepte.

Obwohl unsere Städte und Gemeinden - und da stellt Köln keine Ausnahme dar - einen großen Anteil an der gesellschaftlichen Aufwertung des Lebensbereichs Sport in der Vergangenheit hatten, obwohl sie auch heute zu den wichtigsten Förderern der Vereine und Verbände gehören, ist die Wertschätzung des Sports in der kommunalen Politik und städtischen Verwaltung keineswegs eindeutig geklärt. Wenn bei Empfängen und offiziellen Anlässen das Szenario einer großen Sportfamilie entworfen wird, und wenn von einer großen Kölner „Sportfraktion“ die Rede ist, die nach den Worten des seit 1999 amtierenden Kölner Oberbürgermeisters, Fritz Schramma, wie eine „vierte oder fünfte Partei“ anzusehen sei, dann drängt sich eine Reihe von Fragen auf.<sup>2</sup> Ist man im Sport, d.h. auf der Ebene des Sports, wo es um die Gestaltung, Zielsetzungen, Orientierung und Zukunftsvisionen geht, immer einer Meinung? Wird nie gestritten um das wann, wie und wieso? Und wenn das so sein sollte, warum schreiben Parteien sportpolitische Ziele überhaupt noch in ein Kommunalwahlprogramm? Schon die wenigen Fragen lassen Zweifel daran aufkommen, ob die Einmütigkeit in der kommunalen Sportpolitik tatsächlich besteht bzw. in der Vergangenheit je bestanden hat.

Der Sport hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer mehr öffentliche Funktionen übernommen, wodurch er „funktionale Bedeutung für das politisch-

---

<sup>1</sup> Verhandlungen des Rates der Stadt Köln (VRK) vom 5.3.1959, S. 193.

<sup>2</sup> Aus der Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Köln anlässlich des Neujahrsempfangs des Stadtsportbundes 2003.

administrative System“ gewonnen hat.<sup>3</sup> Veränderungen an der Grenze zwischen staatlichem Kompetenzbereich und bürgerlicher Freiheit fanden vor allem im gemeindlichen Aufgabenfeld statt. Gerade auf der Ebene der Gemeinde müssten daher die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten, die diese Entwicklung in irgendeiner Weise beeinflusst haben, zwangsläufig auch zu Auseinandersetzungen geführt haben. Die vorliegende Untersuchung über das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung einer Kommune und den lokalen Sportorganisationen bzw. der unorganisiert sporttreibenden Bevölkerung soll für den Zeitraum zwischen 1945 und 1975 über die vorhandenen politischen Ziele, Realisierungsstrategien, Machtpotentiale, Konflikte und die Problemfindung Aufschluss geben.

#### Untersuchungsgegenstand

Die Massenbewegung „Sport“ hatte sich in den 1920er und 1930er Jahren auch in Köln etabliert und zu Veränderungen des städtischen Alltagslebens geführt. Mit dem Bau der weitläufigen Stadionanlage im Kölner Westen 1923 war ein reichhaltiges Übungsstättenangebot für die überwiegend bürgerlichen Sportvereine und die Voraussetzung für publikumsträchtige Großveranstaltungen geschaffen worden. Eine „sportfreudige“ Stadtverwaltung, die 1919 das Stadtamt für Jugendpflege und Leibesübungen eingerichtet hatte, unterstützte zudem die allgemein anerkannte Auffassung des damaligen Oberbürgermeisters Konrad Adenauer von der „Hebung der Volkskraft“ auch durch ein städtisches „Volkssportangebot“. Köln war die erste deutsche Stadt, die als Veranstalter eines sportlichen Großereignisses auftrat, als sie 1926 die II. Deutschen Kampfspiele ausrichtete. Eine Reihe von sportlichen Höhepunkten diente dem Bekanntheitsgrad und dem Ansehen der Metropole und brachte nicht zuletzt auch wirtschaftliche Vorteile. Führende Sportfunktionäre bescheinigten Adenauer, ein „Vorkämpfer“ deutscher Kommunalarbeit auf dem Gebiet der Sport- und Spielplatzfürsorge gewesen zu sein. Während des Dritten Reichs änderte sich an dem bis dahin geschaffenen Sportstättenangebot nur wenig. Das Stadtamt für Leibesübungen, die Sportverbände und -vereine folgten personell und organisatorisch

---

<sup>3</sup> WINKLER, Joachim/ KARHAUSEN, Ralf-Rainer, *Verbände im Sport*, Köln 1985, S. 18.

den parteipolitischen Maßnahmen im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie.<sup>4</sup> Wie in vielen anderen Städten verringerte sich die Zahl der Sportvereine, die 1934 im Reichsbund für Leibesübungen gleichgeschaltet wurden, aufgrund der wachsenden Konkurrenz der NS-Organisationen.

Als am 6. März 1945 die Amerikaner in das linksrheinische Köln einmarschierten, fanden sie eine entvölkerte Stadt, die von Augenzeugen als „größter Trümmerhaufen der Welt“ bezeichnet wurde und in der nur noch 40.000 von ehemals 768.000 Einwohnern lebten. In den ersten Monaten nach Kriegsende kehrten 1.000 Kölner pro Tag zurück, was die Militärregierung und die von ihnen eingesetzte erste Stadtverwaltung vor Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Wohnraum und der notdürftigen Versorgung mit Strom, Wasser und Nahrungsmitteln stellte. Neben den ersten kulturellen Ereignissen waren auch die im Sommer 1945 beginnenden Aktivitäten der Sportler ein Zeichen für die Rückkehr zur Normalität.

Nur die Handballer und Fußballer fanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit bescheidene Möglichkeiten, auf freien Grundstücken erste Freundschaftsspiele auszutragen. An einen zügigen Wiederaufbau der zu 90% zerstörten Sportstätten war zunächst nicht zu denken. Hilfe zur Selbsthilfe lautete in den wiederbegründeten Vereinen die Devise, die sich nach und nach Gelegenheiten für ihren Sportbetrieb schufen. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten lief der Trainings- und Vereinsbetrieb bald wieder in geregelten Bahnen. Die ersten sportlichen Highlights, wie der „Tag der Meister“ als inoffizielle Meisterschaften der Leichtathletik 1946 oder das Endspiel um die erste deutsche Fußballmeisterschaft nach dem Krieg 1948 schienen auf eine ununterbrochene Fortsetzung der Weimarer Verhältnisse hinzuweisen. Mit der Gründung der Sporthochschule Köln 1947 stand man erneut im Mittelpunkt einer sportlich interessierten Öffentlichkeit. Im Rahmen der Feierlichkeiten aus Anlass der 1900sten Wiederkehr des Gründungsjahres der „Colonia Agrippina“ 1950 veranstaltete die Stadt Köln einen internationalen Sportkongress. Zum Abschluss des sommerlichen Festprogramms fand eine internationale Sportwoche im Müngersdorfer Stadion statt. Wie selbstverständlich hatte sich der Sport als „gesellschaftliche Erscheinung“ in das

---

<sup>4</sup> LANGEN, Gabi, „Die kommunale Sportpolitik im Dritten Reich am Beispiel Kölns“, in: *Geschichte in Köln* 52 (2005) [i.Dr.].



wiederentstehende stadtkölnische Leben eingefügt. Gemessen an den Erfolgen von Kölner Sportlern und Vereinen konnte man auch für die 1950er und 1960er Jahre ebenfalls noch eine positive Bilanz ziehen, z.B. durch die Eisschnell-Läufer des Kölner Eis-Klubs (u.a. Theo Meding, Bernd Geuer), die Leichtathleten des ASV Köln (Manfred Germar, Martin Lauer), die Tennisspieler des KTHC „Stadion“ Rot-Weiß, die Radsportler (Rolf Wolfshohl, Karlheinz Kunde) und die Mannschaft des 1. FC Köln. „Sportstadt des Westens“ war seit der Weimarer Zeit die selbstbewusste – und im Hinblick auf die Außenwirkung auch durchaus berechtigte – Selbstbezeichnung der Domstadt gewesen, das Attribut der „Sportstadt Köln“ hingegen wurde in den 1960er Jahren zunehmend in Zweifel gezogen. „Köln wird dem Ruf einer Sportstadt nicht gerecht!“ titelte 1963 die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Der Autor verwies in seinem Artikel zwar auf die Spitzenleistungen einiger Clubs und Athleten, doch bei der Vergabe des Attributs „Sportstadt“ seien auch die Aktivitäten der Stadtväter, der Sportstättenbau und die Breitensportentwicklung zu beachten.<sup>5</sup> Sollte der Aufschwung im Sport- und Freizeitsektor gerade auf dem Gebiet, wo Köln einst so erfolgreich war, an der Stadt vorbeigegangen sein? Trotz aller kritischen Töne hielt die Stadt bis heute an ihrem „Label“ fest und entwickelte in den 1980er Jahren ein entsprechendes Logo. Unabhängig von einer Bewertung, ob der Sport als Aushängeschild für Köln nach 1945 tatsächlich noch seine Berechtigung hatte oder ob hier zunächst die Kriterien für einen derartigen Titel festzulegen wären, scheint sich die öffentliche Wahrnehmung auf den Kölner Sport im Lauf der Zeit geändert zu haben.

Was aber ist der „Kölner Sport“ überhaupt? Den größten Anteil an den Strukturen des organisierten Sports hatten in Köln bis 1945 die bürgerlich-konservativen Vereine, die Arbeitersportbewegung spielte bis zur ihrem Verbot 1933 eine eher untergeordnete Rolle, die Deutsche Jugendkraft wiederum verfügte über eine große Tradition. Der nach dem Krieg einsetzenden ersten Institutionalisierungsphase folgte eine Ära, in der die Notwendigkeit sportlicher Aktivität wiederholt aus Gründen der „Volks Gesundheit“ gefordert wurde. Die zunehmende Ausdifferenzierung des Sportangebots und das Ziel „Sport für alle“, das insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren einen enormen Zuwachs an Aktiven in den Vereinen und mit etwas zeitlicher

---

<sup>5</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.7.1963.

Verzögerung im unorganisierten Sport zur Folge hatte, führte in der Rheinmetropole ebenso wie in anderen deutschen Städten zu einer vielfältigen Sportlandschaft. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen reagierten (oder agierten) mit der Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur. Begleitet wurde diese Entwicklung von einer wachsenden Bedeutung des „Politischen“ im Sport auf den Ebenen Stadt, Land und Bund.

Der Zeitraum für die Untersuchung ist von 1945 bis 1975 eingegrenzt. Das Ende des Zweiten Weltkriegs markiert auch in der Sportgeschichte einen Zeitpunkt, der Anlass zu detaillierter Darstellung unter verschiedenen Fragestellungen gibt. Die kommunale Gebietsreform Anfang der 1970er Jahre bedeutete für Köln eine enorme Ausdehnung des städtischen Raums und eine Aufteilung der städtischen Verwaltung in neun Bezirke. Die Sportselbstverwaltung reagierte analog dazu mit der Einführung von neun Stadtbezirkssportverbänden, was Veränderungen für sportpolitische Entscheidungswege und Handlungsstrukturen mit sich brachte.

#### Forschungsstand

Es ist keine neue Feststellung, dass die allgemeine historische Forschung den Bereich Leibesübungen und Sport bislang eher vernachlässigt hat.<sup>6</sup> Trotz vielfacher Bemühungen, insbesondere von Seiten der Sporthistoriker, scheint bis heute kein ausgeprägtes Bewusstsein für sporthistorische Fragestellungen vorhanden zu sein. Die Darstellungen zur Kölner Stadtgeschichte bilden dabei keine Ausnahme. In den bislang erschienenen Sammelbänden zur Stadtgeschichte, insbesondere zur Nachkriegsentwicklung, wird der Sport nur am Rande bemerkt.<sup>7</sup> Stellvertretend für

---

<sup>6</sup> Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Sporthistoriographie siehe EISENBERG, Christiane, *Die Entdeckung des Sports durch die moderne Geschichtswissenschaft*, S. 31ff., in: TEICHLER, Hans-Joachim (Hg.), *Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung*, Hamburg 2003, S. 31-42. NITSCH (1989) nennt im Zusammenhang mit lokalen Untersuchungen die Veröffentlichung von GLASER, Hermann/ PUFENDORF, Lutz/ SCHÖNEICH, Michael (Hg.), *So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949*, wo der Sport als gesellschaftlicher Bereich ausgeklammert bleibt. Siehe NITSCH, Franz, „Forschungsstand und Quellenlage zur Nachkriegssportgeschichte“, in: PEIFFER, Lorenz (Hg.), *Die erstrittene Einheit – von der ADS zum DSB (1948-1950)*, Duderstadt 1989, S. 27-53.

<sup>7</sup> DANN, Otto (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46*. Köln 1981; MÖLICH, Georg/ WUNSCH, Stefan (Hg.), *Köln nach dem Krieg. Facetten der Stadtgeschichte*, Köln 1995. Der umfangreiche Katalog, der 1995 im Rahmen der Ausstellung „Das neue Köln“ des Kölnischen Stadtmuseums erschien, bietet zumindest

andere sei der 2001 erschienene Band „Köln in den 50er Jahren“, herausgegeben von Jost DÜLFFER, erwähnt, der den Sport als Faktor einer sich wiederbelebenden Gesellschaft nicht berücksichtigt.<sup>8</sup> Die einzige Ausnahme ist die Stadtchronik von Peter Fuchs aus dem Jahr 1991, die ein Kapitel über die „Sportstadt Köln“ mit einer chronologischen Aufstellung von Daten und Ereignissen beinhaltet.<sup>9</sup> Eine ausführliche Geschichte des Müngersdorfer Stadions erschien 1998, in der die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Stadionneubaus in den 1960er Jahren eingehender untersucht wurden.<sup>10</sup>

Hinweise zur Entfaltung der politischen Ebene in Köln lieferte der 1981 erschienene Sammelband von Otto DANN mit Aufsätzen zur Wieder- bzw. Neugründung der Parteien CDU, SPD und KPD. Weitgehende Einblicke in die Geschichte der Kölner Parteien und Ratsfraktionen bieten die Darstellung der Fraktionsgeschichte der SPD von Thomas DERES (1999) und die Publikation von Winfried HERBERS (2003) über die Kölner CDU.<sup>11</sup> Beide Veröffentlichungen enthalten allgemeine Hinweise auf politische Zielsetzungen und Entscheidungsstrukturen, der Sport als Feld politischen Handelns tritt hier nicht in Erscheinung.

---

einige wenige Biographien populärer Sportler, berücksichtigt sportliche Ereignisse in seiner Chronik und enthält zwei Kapitel zu Kölner Amateur- und Profivereinen: KÖLNISCHES STADTMUSEUM, *Das neue Köln. 1945-1995*, Köln 1995, S. 529ff.

<sup>8</sup> DÜLFFER, Jost (Hg.), *Köln in den 50iger Jahren. Zwischen Tradition und Modernisierung*, Köln 2001.

<sup>9</sup> WANGE, Willi, „Die Sportstadt Köln“, in: FUCHS, Peter, *Chronik zur Geschichte der Stadt Köln, Bd. 2: Von 1400 bis zur Gegenwart*, Köln 1991, S. 349-376. Eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten zur Kölner Sportgeschichte wurden am Institut für Sportgeschichte der DSHS Köln geschrieben, die aber zum überwiegenden Teil Themen aus der Zeit vor 1945 abhandeln. Einige Beispiele: ADENAUER, Petra, „Das sportpolitische Wirken Konrad Adenauers 1917-1933“, in: JAHRBUCH DES KÖLNISCHEN GESCHICHTSVEREINS 57(1986), S. 243-292; ZEIDLER, Henning, *Sport und Spiel im römischen Köln*, Dipl.-Arbeit DSHS Köln 1988. Die beiden Darstellungen zur Geschichte des Stadtsportbundes Köln von 1984 und 1986 geben einen Überblick über die Organisationsgeschichte des Dachverbandes. Siehe BORKHARDT, Winfried, *Die Geschichte des Stadtsportbundes Köln 1919 bis 1969*, Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1984; HOFFMANN, Rolf, *Die Geschichte des Stadtsportbundes Köln 1969 bis 1985*, Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1986. An der Universität Münster entstand die Arbeit von SANTEL, Josef, *Der Sport als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung der Stadt Köln von 1888-1933*, Magisterarbeit, Universität Münster 1991.

<sup>10</sup> LANGEN, Gabi, DERES, Thomas, *Müngersdorfer Stadion Köln*, Köln 1998.

<sup>11</sup> DERES, Thomas, *Die Fraktion beschließt einstimmig.... Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln 1945-1998*, Köln 1999; HERBERS, Winfried, *Der Verlust der Hegemonie, Die Kölner CDU 1945/46-1964*, Köln 2003.

Eine andere Ausgangslage bietet die Erforschung der Nachkriegssportgeschichte innerhalb der Sporthistorie.<sup>12</sup> Die dort Ende der 1980er Jahre formulierte Zielsetzung nach der „Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf lokale und regionale Entwicklungen“ führte zwar zu regen Forschungen auf diesem Sektor, allerdings stand die Organisationsgeschichte des Sports im Zentrum des Interesses. Die detaillierten Untersuchungen über die allgemeine Sportpolitik der Besatzungsmächte führten zu einer ganzen Reihe von Veröffentlichungen, die die Rechtsvorschriften und Bestimmungen der Alliierten und mehr und mehr auch die Frage nach deren Umsetzung im sportlichen Alltag in den Mittelpunkt stellten.<sup>13</sup> In der positiven Beurteilung der eher liberalen Sportpolitik der amerikanischen und britischen Militärregierungen waren sich die Autoren überwiegend einig. Erst in jüngster Zeit lieferte WOYTE-WEHLE (2001)<sup>14</sup> eine umfassende Darstellung über die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland. Nach der Wende 1989 stieg vor allem das Interesse an der Sportpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone.

Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen standen auch die sportpolitischen Entscheidungswege für die Reorganisation der sportlichen Selbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, der Verbände und Dachorganisationen im Mittelpunkt sporthistorischer Arbeiten. Gerade hier sind allerdings die Jubiläumspublikationen bis heute prägend für die Sportgeschichtsschreibung geblieben, wobei den offiziellen Selbstdarstellungen hier und da kritische Distanz fehlt, die sich in einem Konflikt

---

<sup>12</sup> Mehr als 400 Publikationen zählte NITSCH im Rahmen seines Beitrages über den Forschungsstand 1989. Siehe: NITSCH, „Forschungsstand“, S. 27.

<sup>13</sup> NITSCH periodisierte die Geschichtsschreibung bis zu diesem Zeitpunkt in drei Phasen. Die erste Phase war danach geprägt von Personen, deren Arbeitsgrundlage das eigene Erleben war. Beispiele sind SORG, Heinrich, „Von der Stunde Null bis zum Deutschen Sportbund“, in: DSB (Hg.), *Jahrbuch des Sports 1955/56*, Frankfurt 1956; MENGDEN, Guido von, „Tatsachen mit Daten zur Geschichte des Deutschen Sportbundes“, in: DSB (Hg.), *Jahrbuch des Sports 1961/62*, Frankfurt 1962, S. 11-94. Diese Arbeiten sind aus heutiger Sicht als Quellen für die Beurteilung sportpolitischen Bewusstseins von Bedeutung. In der zweiten Phase folgte die moralische Auseinandersetzung mit dem Nachkriegssport im Hinblick auf die diskutierten Kontinuitätsthese. Auf der Grundlage einer besseren Quellenbasis entstanden in der dritten Phase weitere Arbeiten, die eine zunehmende Ausdifferenzierung des Forschungsinteresses zwar erkennen, andererseits Literatur zur allgemeinen Nachkriegsentwicklung aber außer acht ließen, dadurch zum Teil sogar zu falschen Interpretationen gelangten. Siehe: STRYCH, Eduard, *Der westdeutsche Sport in der Phase der Neugründung 1945-1950*, Schorndorf 1975; NITSCH, Franz, „Dreißig Jahre DSB – eine kritische Bestandsaufnahme“, und WEIBPFENNIG, Gerd, „Der Neuaufbau des Sports in Westdeutschland bis zur Gründung des Deutschen Sportbundes“, beide Beiträge in: UEBERHORST, Horst, *Geschichte der Leibesübungen*, Bd. 3.2, Berlin 1982, S. 838-848 und S. 759-794.

<sup>14</sup> WOYTE-WEHLE, Stefanie, *Zwischen Kontrolle und Demokratisierung: Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1950*, Schorndorf 2001.

zwischen euphemistischer Apologie und wissenschaftlicher Analyse äußert.<sup>15</sup> Als Ausnahme gelten der 1990/91 erschienene Doppelband zur Gründung des Deutschen Sportbundes und die Standortbestimmung des NOKs für Deutschland aus dem Jahr 1999.<sup>16</sup> Innerhalb der ausführlichen Darstellung der Gründungsphase bis 1950 wurden hier auch einzelne Aspekte hinsichtlich der sportpolitischen Aktivitäten führender Funktionäre und Verbände, sowie lokale Entwicklungen berücksichtigt.<sup>17</sup> Der Einstieg in die unterste Organisationsebene sollte Antworten auf die Frage nach den „Abhängigkeiten und Freiräumen in der örtlichen alliierten Sportpolitik“ liefern. Die Ergebnisse zeigten erkennbare Unterschiede in den Rahmenbedingungen, zeitlichen Abläufen und im Umgang mit personellen Entscheidungen bei der Besetzung von Positionen auf der Funktionärssebene.

Zur lokalen Sportgeschichte erschienen seit den 1980er Jahren eine Reihe von Veröffentlichungen, die ebenfalls längst nicht alle den Anforderungen einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung genügen.<sup>18</sup> Die meisten Arbeiten lieferten einen Gesamtüberblick über die sportliche Entwicklung von den „Anfängen bis zur Gegenwart“ und glichen sich in Aufbau und Gliederung. Eine Einbindung in die jeweilige Stadtgeschichte fand nur selten statt, konkrete Fragestellungen zu bestimmten Aspekten fehlten meist.<sup>19</sup> Der Sammelband des Niedersächsischen Instituts für Sportgeschichte „Sport in Hannover“, der sich als „Versuch, die Geschichte von Leibesübungen, Turnen und Sport einer Stadt zusammenzutragen“ versteht, und auf der

---

<sup>15</sup> Die Zahl der Festschriften der Verbände und Vereine stieg in den vergangenen Jahren weiter an. Beispiele für Festschriften der zentralen Fachverbände sind u.a.: 100 Jahre DFB oder NATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE (Hg.), *Rückkehr nach Olympia: Vorgeschichte, Gründung, Erste Jahre*, München 1989.

<sup>16</sup> DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), *Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes – Wege aus der Not zu Einheit*, 2 Bde., Frankfurt 1990/1991; NATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE FÜR DEUTSCHLAND (Hg.), *Deutschland in der Olympischen Bewegung. Eine Zwischenbilanz*, Frankfurt 1999.

<sup>17</sup> Als Beispiele für die lokalen Entwicklungen wurden für die englische Besatzungszone Hamburg, Köln und Mülheim/Ruhr, für die französische Besatzungszone Tübingen und Offenburg, für die amerikanische Besatzungszone München, Stuttgart, Marburg, Hösbach und Weilheim herangezogen.

<sup>18</sup> Beispiele für lokale Studien sind: HOFFMEISTER, Kurt, *150 Jahre Sport in Braunschweig*, Braunschweig 1982; HOSS, Karl, *Der Sport in der Stadt Münster 1945-1976*, Münster 1982; WILLECKE, Herbert, *Osnabrücker Sport. Turnen und Sport in zwei Jahrhunderten*, Osnabrück 1980; GRUNDGEIGER, Klaus, *Not und Spiele*, Stuttgart 1985; RÖSCH, Heinz-Egon, *Sport in Düsseldorf – Gestern und Heute*, Kassel 1999; SCHNITZLER, Thomas, *Sport in Trier*, Trier 1999; HOFFMANN, Günther/ ROHR, Gerlinde (Hg.), *Leipzig sportlich. Das Sportleben der Stadt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, Leipzig 2002. Auch für die Sportgeschichte Leipzigs stellten die Herausgeber fest, dass die eigentliche Forschungsarbeit – von einigen Ausnahmen abgesehen – bislang noch nicht geleistet wurde.

Erkenntnis beruht, dass dies unter wissenschaftlichen Ansprüchen in einer Überblicksdarstellung nur bedingt gelingen kann, ist eine Ausnahme. Er behandelt u.a. einige Aspekte des Hannoveraner Nachkriegssports, wobei der Vereinsalltag nach 1945, die Sportförderung im Bereich des Übungsstättenbaus und die Entstehung des Stadtsportbundes einer näheren Betrachtung unterzogen wurden. Das Thema kommunale Sportpolitik wurde aber auch hier nur am Rande erwähnt.

Vergleichbar zur allgemeinen und sporthistorischen Forschung finden sportpolitische Themen und Fragen in den allgemeinen Darstellungen zur Kommunalpolitik ebenfalls kaum Beachtung. In der von RITTNER/BREUER (2000) vorgelegten soziologischen Untersuchung der kommunalen Sportpolitik am Beispiel der Stadt Neuss bemerkten die Autoren, dass selbst einschlägige Handbücher im „Unterschied zur Präsenz von Kulturpolitik, Sozialpolitik, kommunalen Frauen- oder Alten- und Jugend- bzw. Wohnungs- und Arbeitsmarkt-, Umwelt- oder Energiepolitik“ weitgehend „sportfrei“ seien.<sup>20</sup> In dem von GRAUHAN 1972 initiierten „Arbeitskreis Lokale Politikforschung“ innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, der die Sicht auf lokale politische Ereignisse und Problemlagen im gesellschaftlichen Gesamtsystem verstärkt in den Mittelpunkt rücken wollte, fehlte der „Sport“ ebenso wie in den bereits zuvor durchgeführten Untersuchungen lokaler Machtstrukturen und Entscheidungsprozesse, die vor allem in Amerika unter dem Begriff der „Community-power-Forschung“ vorgelegt worden waren. Übereinstimmendes Ergebnis verschiedener Untersuchungen war die Feststellung eines fortschreitenden Verlusts an kommunalen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten durch „Vergesetzlichung“, „Verplanung“ und die Abhängigkeit von staatlichen Finanzausweisungen.<sup>21</sup> Inwieweit dies auch für den Sportsektor zutrifft, ist jedoch fraglich. Lediglich die Verbindung von Vereins- und Verbandsmitgliedern zu den

---

<sup>19</sup> NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE (Hg.), *Sport in Hannover – von der Stadtgründung bis heute*, Göttingen 1991.

<sup>20</sup> Zum Beispiel die Darstellung von WOLLMANN/ Helmut, ROTH, Roland (Hg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*. Opladen 1998; ANDERSEN, Uwe, *Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen*, Köln 1998. Siehe RITTNER, Volker/ BREUER, Christoph, *Kommunale Sportpolitik – Wege aus dem Dornröschenschlaf*, Köln 2000.

<sup>21</sup> Aufgrund seiner Analyse der Bundesgesetze stellt SCHMIDT-EICHLER fest, „daß von der Selbstverwaltungsfreiheit immer weniger übrig bleibt“. Vgl. SCHMIDT-EICHLER, Gerd, *Bundesgesetze und Gemeinden*, Stuttgart 1981, S. 11. Nach JAEDICKE ist dieser „Paradigmenwechsel“ in keinem Politikfeld

politischen Eliten im so genannten „vorphilosophischen Raum“ war vereinzelt Thema politikwissenschaftlicher Studien. Schlussfolgerungen, wie z.B. von ZIMMER (1998), dass den Vereinen „eine bedeutende Rolle in der Politikimplementation zukommt“, wurden auch hier hinsichtlich ihrer Beweiskraft für den Sportsektor nicht näher untersucht.<sup>22</sup>

Einige Fragestellungen zur politisch-administrativen Ebene im Sport waren Gegenstand einzelner Forschungsprojekte. 1973 untersuchten BLOSS/GLUNCK am Beispiel der kommunalen Sportförderung der Stadt Karlsruhe die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen und die parteipolitischen Standpunkte im Breiten-, Freizeit- und Schulsport.<sup>23</sup> Aus den festgestellten Abweichungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Sportpolitik folgerten die Autoren politisch-praktische Konsequenzen unter der Voraussetzung einer „umfassenden Demokratisierung mit größtmöglicher Mitentscheidung in allen Lebensbereichen“. WEICHERT analysierte 1976 in einer empirischen Auswertung sportpolitische Dokumente von Parteien und die darin konzipierten Zielprojektionen.

Eine der wenigen Darstellungen zu „Sportpolitischen Entscheidungsprozessen im Kommunalbereich“ lieferte KRAMER (1986) mit der Frage nach der Machtverteilung und Machtausübung der lokalen Gremien.<sup>24</sup> Eine 1983 auf Bundesebene durchgeführte Befragung von 152 Sportamtsleitern, deren Dienststellen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter angehörten, bildete die Grundlage dieser Untersuchung. Als Ergebnis formulierte KRAMER Aussagen zur formalen Ebene des politisch-administrativen Systems und zur politischen Willensbildung in der Öffentlichkeit. Seine Schlussfolgerungen, die zum Teil im Widerspruch zu jüngeren Untersuchungsansätzen stehen, sollen auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit auf ihre Gültigkeit überprüft

---

so deutlich wie in dem der Sozial-, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik. Vgl. JAEDICKE, Wolfgang, *Lokale Politik im Wohlfahrtsstaat*, Opladen 1991, S. 14.

<sup>22</sup> ZIMMER, Annette, „Vereine und lokale Politik“, in: WOLLMANN/ ROTH, *Kommunalpolitik*, S. 258; GEHNE, David H., „Vereine als Form bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune“, in: ANDERSEN, *Kommunalpolitik*, S. 203-218.

<sup>23</sup> BLOSS, Hans, GLUNK, Udo-Axel, „Sport und Politik – dargestellt am Beispiel der Sportförderung der Stadt Karlsruhe“, in: *Sportunterricht* (1973)10, S. 388-396.

<sup>24</sup> KRAMER, Hermann-Josef, „Sportpolitische Entscheidungsprozesse im Kommunalbereich – Strukturen und Entscheidungsträger“, in: *Sportwissenschaft* 16(1986), S. 443-459.

werden.<sup>25</sup> HÜBNER (1995) berücksichtigte im Rahmen seiner Münsteraner Forschungen einige sportpolitische Aspekte auf kommunaler Ebene. Im Rahmen einer exemplarischen Dokumentation über den Streit um den Bau einer Sportanlage in einem Münsteraner Stadtteil sah er seine These bestätigt, wonach in den Kommunen „eine weitgehende traditionale Reproduktion des Sports“ stattfindet.<sup>26</sup> Gerade auf der Ebene der kommunalen Sportpolitik fielen Entscheidungen über die Gestaltung des Sportlebens, die „viel – bisweilen zu viel – Konstanz und Kulturtradierung“ aufwiesen. Dabei handele es sich bei der „Kommunalen Sportpolitik“ um ein „Handlungsfeld mit nicht zu unterschätzender Relevanz für die alltägliche Sportpraxis und für die Sportentwicklung überhaupt“. An der Feststellung GÜLDENPFENNIGS (1998), dass die wissenschaftliche Bearbeitung von lokaler Sportgeschichte und vor allem der Sportpolitik noch große Lücken aufweise, hat sich bis heute wenig geändert.<sup>27</sup> Das Interesse an Fragen zur Sportpolitik, an Machtstrukturen und Netzwerken steigt jedoch in jüngster Zeit, wie einige Forschungen an politik- und sportwissenschaftlichen Instituten zeigen, die sich u.a. mit der Tauglichkeit von „Governance-Konzepten“ im Sport beschäftigen.<sup>28</sup>

#### Untersuchungsansatz

Ausgehend von der formulierten These einer veränderten Wahrnehmung auf den Sport nach 1945 als identitätsstiftendes Merkmal für die Stadt Köln, drängt sich die Frage nach der Ursache dafür auf. Grundlage für die Suche nach den Veränderungen ist

---

<sup>25</sup> Die begrenzte Materiallage und die selektive Sicht der Amtsleiter als direkt Beteiligte wurde im Rahmen der empirischen Absicherung der Befunde erkannt und berücksichtigt. In seinem Fazit kommt der Autor zu durchaus nachvollziehbaren Schlüssen, einige Ergebnisse stehen aber im Widerspruch zu jüngeren Forschungen, wie z.B. das von KRAMER festgestellte Interesse der „Mehrheit der Mandatsträger“ für Sportpolitik und deren „bewußte politische Partizipation“. Auch die Aussage, lokale Sportorganisationen besäßen sportpolitisches Bewußtsein, ist auf der Basis des ausgewerteten Fragenkatalogs eher anzuzweifeln. GÜLDENPFENNIG analysierte 1989 die Ursachen für die vergleichsweise geringe Bereitschaft der im Sport organisierten Mitglieder, sich im Rahmen ihres Sportengagements auch politisch zu betätigen. Siehe: GÜLDENPFENNIG, Sven, „Sportpolitik zwischen öffentlicher Verantwortung und Kommerz“, in: BINNEWIES, H., *Freizeit- und Breitensport*, Ahrensburg 1988, S. 380-402.

<sup>26</sup> HÜBNER, Horst, „Sporttreiben in der Stadt – Bestandsaufnahmen, Konflikte und Folgerungen für die kommunale Sportentwicklung“, In: HOLZAPFEL, Günther (Hg.), *Weiterbildung, Sport, Gesundheit: Praxismodelle und theoretische Grundlagen*. Neuwied 1995, S. 78-88.

<sup>27</sup> GÜLDENPFENNIG, „Politikwissenschaft“, S. 190. Dies gelte u.a. für spezielle „sachspezifische Problemfelder, Besonderheiten nationaler und regionaler Entwicklungen, Wandlungsprozesse über die Zeitdimension hinweg“.

<sup>28</sup> Siehe dazu u.a. KLUKA, Darlene (Hg.) *Aspects of Sport Governance*, Oxford 2005; CHAKER, André-Noël, *Good Governance in Sport*, Straßburg 2004.



der Blick auf das sportpolitische Geschehen. Die lokale Sportentwicklung bietet dabei die Möglichkeit einer tiefgreifenden Analyse auf unterster Ebene.<sup>29</sup> Die differenzierte Sicht auf die „Mikrohistorie des Sports“ erschwert zwar einerseits die „großflächige Übernahme von gesellschaftlichen Annahmen“, andererseits bietet der lokalgeschichtliche Rahmen die „Fokussierung auf ein begrenztes, überschaubares Feld, auf dem sich Paradigmen der Makrogeschichte des Sports überprüfen lassen.“

Zu diesen Aussagen, die sich für eine Überprüfung anbieten, gehört beispielsweise das von EISENBERG (2003) festgestellte Phänomen, dass „sich Herrschafts- und Machtbeziehungen in der durch vereinbarte Regeln und Konventionen aus der gesellschaftlichen Umwelt ausgegrenzten Sphäre des Sports oftmals anders gestalten als in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“.<sup>30</sup> In ähnlicher Weise mutmaßte GÜLDENPFENNIG (1992), dass politische Probleme etwas Fremdes für den Sport darstellen, die „von außen an ihn herangetragen, ihm oktroyiert werden und dabei jenes eigentliche Wesen des Sports, seine kulturellen Eigenarten [...] in seinem Kern gar nicht erreichen und berühren“.<sup>31</sup> Ursachen und Formen des „Unpolitischen“ im Sport würden danach auf eine „Innenwelt“ deuten, die offensichtlich wenig Affinität zum Politischen aufweist.<sup>32</sup> In beiden Fällen wäre zu fragen, was diese von der übrigen Gesellschaft ausgegrenzte „Innenwelt“ des Sports ausmacht und wo die Schwierigkeiten im Umgang mit der Politik liegen. Haben andere Bereiche, wie Kunst oder Wissenschaft mit ihrem Innenleben tatsächlich eine größere Affinität zur Politik? Auch für die Ursachenforschung nach den auffälligen Eigenarten der Sportpolitik der einzelnen Parteien, wie z.B. das hohe Maß an Übereinstimmung der sportpolitischen Programme liefert die historische Betrachtung auf der lokalen Ebene einen Beitrag. Die Frage, ob der Sport die ihm zugewiesenen positiven Funktionen, die ihm seine gesellschaftliche Relevanz erst verliehen haben, überhaupt erfüllen kann, bleibt dabei

---

<sup>29</sup> KRÜGER, Arnd, „Die Bedeutung der lokalen und regionalen Sportgeschichte für die Sporthistoriographie“, in: KRÜGER, Arnd, RÜHL, Joachim (Hg.), *Aus lokaler Sportgeschichte lernen*, Hamburg 2001, S. 13. Nach KRÜGER ist es gerade die „Wechselwirkung von allgemeiner und lokaler Sportgeschichte, die als Kulturgeschichte besonders spannend ist.“ Das Folgende ebenda.

<sup>30</sup> EISENBERG, „Die Entdeckung“, S. 42.

<sup>31</sup> GÜLDENPFENNIG, Sven, *Der politische Diskurs des Sports*, Aachen 1992, S. 37. GÜLDENPFENNIG hält die Antwort auf diese Frage für notwendig, „sobald man Verbindungen zwischen Politik und Sport nicht nur als empirische Tatsache zur Kenntnis nehmen [...] will, wenn man also darüber hinaus nach einer Legitimation dafür sucht, das sportbezogene Handeln berechtigterweise so oder so einrichten zu sollen.“

<sup>32</sup> GÜLDENPFENNIG, Sven, *Der politische Diskurs*, S. 57.

unberücksichtigt. Dieses nach wie vor bestehende Forschungsdefizit hat für die Bewertung sportpolitischer Prozesse zunächst keine Bedeutung.<sup>33</sup>

Voraussetzung für die Gestaltung der Bereiche Sport und Freizeit im städtischen Raum ist und war das Zusammenspiel zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Sportorganisationen vor Ort. Inwieweit die Politik dabei den Handlungsspielraum festlegte und, ob und wie Sportorganisationen bzw. die sporttreibende Bevölkerung Druck auf die Politik ausübten, wären weitere zentrale Fragen. Das Verhältnis zwischen Staat und Sport wird grundsätzlich als partnerschaftlich oder korporatistisch angesehen. Unter dem Begriff „Neokorporatismus“ umschrieben WINKLER/KARHAUSEN (1985) die Beziehung zwischen Staat und den organisierten Interessensgruppen als „nicht mehr nur einseitige Interessensartikulation des Sports gegenüber dem Staat“, sondern als Möglichkeit für den Staat, eigene politische Ziele durchzusetzen, „und die Verbände als Instrument zur Implementation spezifischer Programme zu benutzen“.<sup>34</sup> Die Einbindung komplexer Organisationen sei zudem für den Staat notwendig, da sie den „Steuerungsanspruch des Staates unterlaufen und die Steuerungskapazität des Staates überfordern“ würden. Die freiwillige Bereitschaft der Verbände wiederum, mit dem Staat zu kooperieren, müsse verstanden werden als optimale Strategie zur Durchsetzung der Mitgliederinteressen.<sup>35</sup> Andererseits gerät der Sport durch diese Haltung in einen Konflikt zwischen Eigenständigkeit und Fremdbestimmung.<sup>36</sup> Wie partnerschaftlich aber ist das Verhältnis zwischen Kommunalpolitik und den Sportorganisationen vor Ort tatsächlich und

---

<sup>33</sup> HEINEMANN, Klaus, *Einführung in die Soziologie des Sports*, Schorndorf 1979, S. 210.

<sup>34</sup> WINKLER/KARHAUSEN, *Verbände im Sport*, S. 18. Bei HEINEMANN stellt der Korporatismus eine Form der Verklammerung von Staat und Vereinen dar. Diese korporatistischen Strukturen entstünden „wenn der Staat unter dem Sozialstaatsanspruch immer umfassendere Garantien und Leistungen für die Bürger und die Wirtschaft übernehmen muß und damit die Notwendigkeit staatlicher Interventionen wächst“. Siehe HEINEMANN, Klaus, „Staatliche Sportpolitik und Autonomie des Sports“, in: LÜSCHEN, Günther, RÜTTEN, Alfred (Hg.), *Sportpolitik - Sozialwissenschaftliche Analysen*, Stuttgart 1996, S. 191.

<sup>35</sup> WINKLER/KARHAUSEN, *Verbände*, S. 18. Weiter heißt es dort: „Das beiderseitige, freiwillige und gleichberechtigte Eingehen eines korporativistischen Zusammenspiels gründet auf zweierlei Formen des Verzichts: Der Staat verzichtet auf Interventionstätigkeit in den gesellschaftlichen Bereich, in denen die Verbände agieren, die Verbände verzichten auf einen Teil ihrer Autonomie durch die Anbindung ihrer Zielstrukturen an über die eigentlichen Verbandsinteressen hinausgehende staatliche oder gemeinnützige Zwecke.“

<sup>36</sup> Eine ausführliche Sammlung zu diesem Thema in: SPITZER, Giselher (Hg.), *Zwischen Eigenständigkeit und Fremdbestimmung*. Festschrift für Hajo Bernett, Bonn 1986.

wessen Interessen setzen sich in der Gestaltung des sportlichen Alltags einer Stadt letztendlich durch?

Grundsätzlich beruht diese Partnerschaft auf der staatlichen Anerkennung des Sports als gemeinnützig, was die Sportorganisationen wiederum verpflichtet, sich am Gemeinwohl zu orientieren. Der daraus entstehende Interessenskonflikt zwischen staatlichem Dirigismus und der Autonomie der Sportorganisationen soll im Bereich der staatlichen Sportförderung über das Subsidiaritätsprinzip gelöst werden.<sup>37</sup> Eine Anspruchshaltung der autonomen Sportverwaltung gegenüber der öffentlichen Hand lässt sich aus der Gemeinwohlverpflichtung allerdings nicht ableiten.<sup>38</sup> Als „unscharfen“ und „ungenauen“ Begriff mit einer „defensiven Grenzziehung“ bewertete GÜLDENPFENNIG (1992) das Modell der Subsidiarität, da die Frage, inwieweit der Staat tatsächlich eine Verpflichtung zu einer Sportförderung hat, nicht geklärt sei.<sup>39</sup> Da die Sportförderung rechtlich als freiwillige Aufgabe definiert wird, entstehe hier eine „unsymmetrische Verantwortung der beiden Partner“ Sport und Staat. Dem „Pflichtmoment“ einer Sportförderung im Kontext der freiwilligen öffentlichen Aufgaben der Gemeinden ging auch BURMEISTER (1988) nach. Auf der Grundlage des Kommunalverfassungsrechts sah er das Subsidiaritätsprinzip als notwendige „rechtliche Schranke“ für den Handlungsspielraum der Kommunen, die verhindere, dass der Staat den Sport als eigene Aufgabe in Anspruch nimmt und Gemeinden wirtschaftliche Risiken eingehen.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Nach dem der katholischen Soziallehre entnommenen Prinzip sollen höhere staatliche, gesellschaftliche bzw. „übergreifende“ Einheiten nur dann Funktionen der niederen Einheiten übernehmen, wenn deren Kräfte nicht ausreichen. Hier besteht die Verknüpfung zwischen autonomer Selbstverwaltung des Sports und der vom Staat beanspruchten Zuständigkeit finanzieller Sportförderung. Vgl. WINKLER/KARHAUSEN, *Verbände im Sport*, S. 31.

<sup>38</sup> Dies hatte der Sportausschuss-Vorsitzende des Deutschen Bundestages 1974 erklärt. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Kurt Jung, entgegnete dazu: „Das Subsidiaritätsprinzip ist lediglich ein Ordnungsprinzip, das erst dann Bedeutung gewinnt, wenn überhaupt feststeht, dass staatliche Förderung geleistet werden muss.“ Sportförderung habe in diesem Sinne nur eine „dienende Funktion“, und zwar „das zu geben was gebraucht wird“. Siehe JUNG, Kurt, „Normen, Ziele, Prioritäten der Sportpolitik in der Bundesrepublik“, in: EV. AKADEMIE TUTZING (Hg.), *Tutzinger Studien. Sportpolitik in der Bundesrepublik*. Tutzing 1974, S. 50.

<sup>39</sup> GÜLDENPFENNIG, Sven, *Der politische Diskurs des Sports*, S. 145. Das Folgende ebenda.

<sup>40</sup> BURMEISTER, Joachim, „Sport als Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung“, in: BURMEISTER, Joachim (Hg.), *Sport im kommunalen Wirkungskreis*, Heidelberg 1988, S. 47. Unter dem Aspekt der subsidiären Hilfestellung sieht BURMEISTER Finanzhilfen zugunsten ertragswirtschaftlich agierender Profisporteinrichtungen als problematisch, da der Berufssport ausgesprochen risikobehaftet sei.

Im Idealfall ergibt sich für die Vereine aus der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzip ein eigenständiges und bedürfnisgerechtes Wirken ohne staatlichen Dirigismus. Dies scheint in der Praxis jedoch mit Problemen behaftet zu sein, zumal der Staat bei finanzieller Förderung zur Kontrolle verpflichtet ist, was bedeutet, dass Sportvereine und –verbände „nicht umfassend autonom“ sein können.<sup>41</sup> Welches Selbstverständnis hinsichtlich ihrer Autonomie hatten aber die lokalen Sportorganisationen tatsächlich und wodurch wurde es zum Ausdruck gebracht? Wie abhängig waren sie bei der Vergabe von öffentlichen Geldern von den politischen Entscheidungen? Behauptungen, wie z.B. dass eine freiwillige Aufgabe der Autonomie des Sports seit 1950 zu beobachten sei und, dass das Prinzip der Subsidiarität „immer weniger zum Tragen komme“ bei „gleichzeitiger, gleichsam schleichender Verstaatlichung“ müssen nach DIGEL (1988) einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.<sup>42</sup> Die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips sei nur über einen politischen Willensbildungsprozess möglich, aber gerade daran mangle es bis heute im Sport.

Für die Bewertung der Untersuchungsergebnisse bedarf es einer Klärung der Begriffe „Sportpolitik“ und „sportpolitisches Handeln“. Eine Grundlage bietet der Systematisierungsvorschlag von GÜLDENPFENNIG (1996), der Sport u.a. als „System institutionellen Handelns“ versteht, der „primär ein Feld organisatorischen, damit notwendig politischen und insofern anderen gesellschaftlichen Bereichen prinzipiell identischen Handelns“ sei. Seine Schlussfolgerung, dass politisches Handeln erst das nicht-politische sportliche Handeln ermöglicht, wird in diesem Kontext nachvollziehbar.<sup>43</sup> Das politische Handeln kann dann zugleich als

---

<sup>41</sup> DIGEL, Helmut, „Die öffentliche Sportverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: DIGEL, Helmut (Hg.), *Sport im Verein und im Verband*, Schorndorf 1988, S. 73. Eine Voraussetzung für die Gewährung von öffentlichen Geldern ist das Vorhandensein von Eigenmitteln, worunter man nach DIGEL nicht nur eigenes Kapital sondern auch das Einbringen ehrenamtlicher Tätigkeit verstehen könne.

<sup>42</sup> DIGEL, „Die öffentliche Sportverwaltung“, S. 74ff. Unter anderem sei zu prüfen, inwieweit die Behauptung, mehr Staat sei gleichbedeutend mit weniger Freiheit für den Sport, richtig ist. Ein Ungleichgewicht in der Frage der Mitbestimmung und Willensbildung bestehe z.B. im Bereich der unorganisierten Freizeitsportler, deren Interessen gegenüber dem Staat durch das Subsidiaritätsprinzip Gefahr laufen, unberücksichtigt zu bleiben. Er stellte daher die Frage, inwieweit es unter dem Prinzip der Subsidiarität sinnvoll sei, „die Realisierung sportlicher Interessen an Verbände zu knüpfen“, und kam dennoch zu dem Schluss, dass aus der Akzeptanz des Prinzips die Anerkennung des Vertretungsrechts der Verbände für den Sport folgt, und dass dies „notwendig und wünschenswert“ zu sein scheint.

<sup>43</sup> GÜLDENPFENNIG, Sven, *Sport. Autonomie und Krise*, St. Augustin 1996, S. 272. Als zweites System beschreibt GÜLDENPFENNIG Sport als „System kulturellen Handelns“ als ein von anderen gesellschaftlichen Bereichen prinzipiell unterschiedenes autonomes Feld nicht-politischen Handelns.

„Sportbeschränkungs-Politik“ verstanden werden.<sup>44</sup> Es ist dabei aber zu beachten, ob bei der Verwendung des Begriffs „Sportpolitik“ das gestaltende Agieren innerhalb der Sportorganisationen gemeint ist oder das auf öffentliche Belange bezogene Planen und Handeln staatlicher oder anderer Akteure. Dabei stößt man erneut auf das Problem, wo private Interessen der Sportvereine und -verbände aufhören und wo das öffentliche Engagement für das Gemeinwohl beginnt.

Die zugrunde liegenden Fragestellungen berücksichtigen sowohl institutionelle (Wer waren die Beteiligten in der Stadtverwaltung, dem Rat, der sportlichen Selbstverwaltung?) als auch inhaltliche (Sind Unterschiede der herrschenden Parteien erkennbar? Welche Themen beherrschten die öffentliche Diskussion?) und verfahrensbezogene (Wie entstanden den Sport betreffende Entscheidungen? Gab es Meinungsführer oder herausragende Persönlichkeiten, die sich im Vorfeld einmischten und Entscheidungen in ihrem Sinne beeinflussten? Wie groß war der Einfluss der Vereine?) Aspekte sportpolitischer Handlungsfelder.<sup>45</sup> Damit berücksichtigt der Ansatz verschiedene der amerikanischen „political science“ entnommene Dimensionen, auf die auch die deutsche Wissenschaft bei der genaueren Beschreibung des Politikbegriffs zurückgreift.<sup>46</sup> Die vorliegende Untersuchung folgt aus politikwissenschaftlicher Sicht dem Ansatz der Politikfeldanalyse, wonach der politische Entscheidungsprozess nicht nur unter institutionellen Gesichtspunkten betrachtet, sondern unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen als „Implementationsprozess“ aufgefasst wird.<sup>47</sup>

Die Rahmenbedingungen (Kapitel 2) für die Kölner Sportpolitik werden einerseits durch die rechtlichen, verfassungsmäßigen Grenzen der Gemeindeordnungen gesetzt, andererseits beeinflussen Traditionen, Parteienkultur, gesellschaftliche

---

<sup>44</sup> Autonome Entfaltung des Sports und politische Fremd- oder Selbstbestimmung sind nur legitim, insoweit sie sich innerhalb der Grenzen vollziehen, die durch das „Primat der Politik“ gegeben sind. Als Beispiel nennt GÜLDENPFENNIG den Konflikt zwischen Sport und Umwelt. GÜLDENPFENNIG, *Autonomie und Krise*, S. 273. GÜLDENPFENNIGS Analysen führen u.a. zu der Feststellung, dass Sport als ein „nicht-politischer kultureller Bereich sowohl politik-fähig, wie politik-bedürftig“, damit zugleich stets auch „potentiell politik-bedroht“ sei.

<sup>45</sup> GÜLDENPFENNIG, *Autonomie und Krise*, S. 237.

<sup>46</sup> Der deutsche Politikbegriff umfasst danach alle drei aus dem amerikanischen stammenden Definitionen: „polity“ (institutionelle Aspekte, wie die verfassungsmäßige Ordnung einer Gesellschaft), „politics“ (politischer Prozess, wie Entscheidungen zustande kommen) und „policy“ (inhaltliche Aspekte).

<sup>47</sup> Der dem gegenüberstehende „institutionelle“ Ansatz entspricht mehr der traditionellen Politologie, der einer Vielzahl von Veröffentlichungen zum Bereich „Sport und Politik“ zugrunde liegt. Eine Reihe von

Bedingungen und Personen das Zustandekommen von Entscheidungen. Die Betrachtung der an den sportpolitischen Prozessen beteiligten Gremien und Personen in den Sportorganisationen, Parteien, Rat und Verwaltung steht dabei im Zusammenhang mit der Frage nach dem eigentlichen „Machtzentrum sportpolitischen Handelns“. Auf der Grundlage der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung von Sportpolitik sind Kompetenzverschiebungen und Veränderungen in den Zuständigkeiten zwischen den Sportorganisationen, der Verwaltung und der Politik über den Zeitraum bis 1975 zu vermuten.

Die Entstehung der Sportorganisationen und der städtischen Verwaltungsstellen unter dem Einfluss der britischen Militärregierung, die Gestaltung des Vereinsalltags und der Wiederaufbau bzw. Neubau der Sportinfrastruktur sind die zentralen Inhalte für die unmittelbare Nachkriegszeit. Die strukturellen und personellen Entwicklungen auf der städtischen Verwaltungsebene, der Kölner Kommunalpolitik und der Selbstverwaltung des Sports werden bis 1975 nachgezeichnet.<sup>48</sup>

Da nicht alle Felder sportpolitischen Handelns einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden können, wurden für den zweiten Teil der Untersuchung vier Themenbereiche ausgewählt, deren eingehende Darstellung Aufschluss über sportpolitische Entwicklungsprozesse geben soll. Das vorhandene Quellenmaterial bietet neben der historischen Analyse auch Vergleichsmöglichkeiten mit vorliegenden Statistiken auf Bundes- oder Landesebene bzw. mit anderen Großstädten unter Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Methoden.<sup>49</sup> Die ausgewählten Themen sind:

Der Sportstättenbau. Als zentrale Aufgabe der deutschen Kommunen stand nach dem Zweiten Weltkrieg der Sportstättenbau im Fokus sportpolitischen Handelns. Die diesbezügliche Entwicklung in Köln nach 1945 soll dahingehend untersucht werden, inwiefern Vereine und Verbände ihren Einfluss geltend machten, wie Bedürfnisse

---

Beispielen für Politikfeldanalysen bietet der Band von LÜSCHEN, Günther, *Sportpolitik – sozialwissenschaftliche Analysen*, Stuttgart 1996.

<sup>48</sup> Sowohl die Protokolle des Sportausschusses sowie die Veröffentlichungen des Stadtsportbundes lagen nach 1970 allerdings nur noch vereinzelt vor, so dass die Auswertung an einigen Stellen nicht bis zum Ende des Untersuchungszeitraums fortgeführt werden konnte.

<sup>49</sup> Als Konsequenz von „neuen Fragestellungen“ forderte GÜLDENPFENNIG (1996) die Notwendigkeit „neuer methodischer Verfahren, die die Geschichtsschreibung aus den Sozialwissenschaften gewinnen, [...], vor allem zugunsten der Alltagsgeschichte des konkreten Sportgeschehens vor Ort.“ Siehe GÜLDENPFENNIG, *Autonomie und Krise*, S. 238.

artikuliert wurden und wie Politik und Verwaltung agiert bzw. reagiert haben. Insbesondere im Rahmen von großen Bauprojekten sind hier Konflikte innerhalb der Parteien, mit den Sportorganisationen oder der Bevölkerung zu erwarten. Die zahlreichen Berührungspunkte zu anderen städtischen Verwaltungsbereichen bieten zudem die Möglichkeit, den Umgang mit der Sportverwaltung zu beschreiben.

Der Sportetat. Die Entscheidung über die Höhe der Budgets für die verschiedenen Verwaltungsstellen und die Zweckbestimmung der Mittel sind ein zentrales Feld jeglicher politischen Auseinandersetzung und somit auch ein Indikator für politische Zielsetzungen. Im Zentrum kommunaler Sportpolitik steht nach Aussagen der Verantwortlichen dabei stets die Förderung des Breiten- und Freizeitsports. Wie und unter welchen Bedingungen die Stadt Köln u.a. unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität an welche Adressaten Mittel vergab, sind Fragen, die auch Rückschlüsse auf das städtische Engagement im Vergleich zu anderen Verwaltungsbereichen zulassen.

Der Freizeitsport. Das städtische vereinsungebundene Freizeitsportangebot kann in Köln auf eine lange Tradition zurückblicken. Das in der Weimarer Zeit bereits mit großem Erfolg von der Stadionverwaltung durchgeführte Projekt erfuhr in der unmittelbaren Nachkriegszeit seine Fortsetzung. Ob sich dadurch eine Konkurrenz zu den etablierten Sportvereinen ergab, wie dieses Angebot wahrgenommen wurde und in welchem Maße die Politik hier unterstützend agierte sind die zentralen Fragen dieses dritten Aspekts.

Die Sporthochschule. Die Einrichtung der Sporthochschule Köln und der nachfolgenden sportwissenschaftlichen Institutionen stellen eine besondere und einzigartige Situation für die Rheinmetropole dar, die bis heute Einfluss auf sie hat. Trotz einiger bereits vorliegender Untersuchungen ist die Frage nach der städtischen Beteiligung an dem Entstehungsprozess und dem politischen und verwaltungstechnischen Umgang mit diesen Institutionen bislang nicht untersucht worden.

## Quellenlage

Das vorhandene gedruckte und ungedruckte Quellenmaterial der am politischen Entscheidungsprozess Beteiligten bietet eine hinreichende Grundlage für die Bearbeitung der genannten Fragestellungen. Die Akten des ehemaligen Sport- und Bäderamtes der Stadt Köln von 1946 bis 1975 befinden sich unter der Acc. 871 im Historischen Archiv der Stadt Köln. Die allgemeinen Verwaltungsakten dieses Bestandes enthalten umfangreiche Unterlagen zu einzelnen Themen, wie zum Sportstättenbau, zum Freizeitsport und zur Vergnügungssteuer. Ergänzende Hinweise können zudem dem Nachlass des ehemaligen Sportamtsleiters Werner Gerhards entnommen werden. Die Verwaltungsberichte und die Haushaltspläne, die unter Einzelplan 5 (Leibesübungen) die für die Aufstellung der Haushaltsmittel und Personalstellen des Sportamtes benötigten Angaben enthalten, sollen für den gesamten Zeitraum ausgewertet werden und grundlegende Daten liefern.

Die Ratsprotokolle, die die offiziellen und öffentlichen Verlautbarungen der Stadtverordneten wiedergeben, werden nach den Beiträgen zum Thema Sport gesichtet.<sup>50</sup> Die Reden der einzelnen Ratsmitglieder zu verschiedenen Bereichen geben Anhaltspunkte zu Entscheidungswegen, Zeitabläufen, zu vorhandenen Meinungsverschiedenheiten und zu Initiativen der Parteien, die sie in Form von Anträgen durchzusetzen versuchen. Auf eine statistische Auswertung der Reden wird verzichtet, da vergleichbare Daten aus anderen Themenbereichen nicht vorliegen. In den Akten des Oberstadtdirektors befinden sich neben zahlreichen Unterlagen zu offiziellen Anlässen auch die Einladungen, Tagesordnungen und Protokolle der Sportausschuss-Sitzungen von 1947 bis 1970. Da es sich bei den Niederschriften um reine Ergebnisprotokolle handelt, liefern sie zwar Informationen über die im Ausschuss behandelten Themen und Anfragen, die Diskussionsverläufe oder das Abstimmungsverhalten einzelner Mitglieder sind jedoch nicht nachzuvollziehen.

---

<sup>50</sup> Bei der Recherche im Register der Ratsprotokolle mussten außer dem Schlagwort „Sport“ auch andere verwandte Begriffe berücksichtigt werden, wie z.B. Schule, Stadion oder Bäder.



Ergänzendes Material bietet der Bestand Oberbürgermeister, der die Legislaturperioden von Ernst Schwering und Theo Burauen umfasst.

Eine besondere Schwierigkeit scheint in der Sportgeschichte die Quellenlage der Selbstorganisation des Sports zu sein. So sind auch die in der Acc. 871 vorhandenen Vereinsakten nur wenig aussagekräftig, da sie in erster Linie Bestandsmeldungen und Anträge an die Verwaltung enthalten, die Vorgänge oft nur lückenhaft vorliegen oder große Zeitsprünge aufweisen. Von dem ursprünglichen Bestand der Vereinsakten des zentralen Sport- und Bäderamtes wurde ein Teil entsprechend der Änderung der Zuständigkeit 1975 an die Bezirksverwaltungsstellen abgegeben. Als Glücksfall erweist sich aber der Nachlass des ehemaligen Verwaltungsdirektors der Deutschen Sporthochschule Köln Dr. Willi Schwarz, der im Archiv des Vereins Kölner Sportgeschichte liegt. Insbesondere die vorliegenden Protokolle und Tätigkeitsberichte des Zweckverbandes bzw. des Stadtsportbundes Köln können Aufschluss über die Vorgänge von Seiten der Dachorganisation des Kölner Sports geben. Einige Festschriften von Kölner Vereinen sind für die Darstellung des Nachkriegssports hilfreich, wobei die subjektiven und zuweilen stereotypen Beschreibungen des Sportalltags kritisch betrachtet werden müssen.

Die Briefwechsel Carl Diems mit Kölner Sportfunktionären und Politikern, die im Bestand des Historischen Archivs überliefert sind, verdeutlichen das Verhältnis Diems zur Kölner Sportszene und geben möglicherweise Anhaltspunkte über das Netzwerk zwischen den an politischen Prozessen beteiligten Personen. Hinweise auf die Stellung der Sporthochschule innerhalb der Stadt und die Rolle Diems für die Kölner Sportpolitik sind hier zu finden.

Zahlenmaterial für die Vereins- und Mitgliederentwicklung und Angaben zur Sportstättensituation kann den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Köln, sowie den Jahrbüchern der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter „Gemeinde und Sport“ entnommen werden, die darüber hinaus Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Großstädten bieten. Als weitere Quelle dienen die gedruckten Veröffentlichungen des Stadtsportbundes und des Sport- und Bäderamtes der Stadt Köln. Von 1946 bis 1959 erschien mit dem Kölner Sportkurier ein gemeinsames Mitteilungsblatt des Zweckverbandes für Leibesübungen Groß-Köln und des Stadtamtes für Leibesübungen.

Anschließend übernahm der Zweckverband bzw. Stadtsportbund die alleinige Herausgeberschaft bis 1969. Parallel dazu erschienen bis in die 1970er Jahre sporadische Mitteilungen des Stadtamtes. Die hier publizierten Beiträge, die u.a. auch Reden der Politiker anlässlich der jährlichen Meisterfeiern, der Haushaltsberatungen, sowie Vorträge und Tätigkeitsberichte des Zweckverbandes wiedergeben, können ergänzende Hinweise für alle Themenbereiche liefern.

## 1. Tendenzen nationaler und kommunaler Sportpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg

In den Sportverbänden und -organisationen entfaltete sich nach 1945 ein Konsens über die Unvereinbarkeit von Sport und Politik.<sup>51</sup> Der „unpolitische“ Sport wurde dabei als Nische freiheitlichen Denkens und demokratischer Strukturen propagiert, was einerseits eine Reaktion auf die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen „Instrumentalisierung des Sports“ zurückzuführen war, andererseits den Bestrebungen der westlichen Besatzungsmächte entgegen kam, die „keinen nach politischen Ideen strukturierten Sport“ kannten.<sup>52</sup> Mit seiner Gründung 1950 legte sich der Deutsche Sportbund (DSB) in seiner Satzung auf die parteipolitische Neutralität fest und sah darin die Garantie für den Erhalt der inneren Einheit sowie das Abwenden politischer Inanspruchnahme, wie sie für die Sowjetische Besatzungszone kritisiert wurde. Sein erster Präsident, Willi Daume, interpretierte den Sport als Institution einer „echten Dienstleistung ohne jeden politischen, weltanschaulichen [...] Hintergedanken“ und forderte seinen Verbleib in der „privaten Sphäre und damit ganz in der Freiheit“.<sup>53</sup> Daume leitete aus der „notwendigen“ Trennung zwischen Sport und Politik das „uneingeschränkte Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“ ab.<sup>54</sup> In dieser Loslösung von allen ideologischen und weltanschaulichen Bindungen sah PABST (1980) „die Wurzel für das unpolitische und antipolitische Selbstverständnis des westdeutschen Sports“.<sup>55</sup> Obwohl der DSB als Deutschlands größte Interessenvertretung ein großes Potential für politisches Handeln inne hatte, verharrte er in dieser Haltung während der 1950er und 1960er Jahre.<sup>56</sup> Mit ausschlaggebend für diese Einstellung war ein primär konservatives Politikverständnis, das bei den verantwortlichen Führungspersonen der bürgerlichen Sportbewegung vorherrschte.

---

<sup>51</sup> Auf dem Internationalen Sportkongress 1951 betonte Hermann NOHL, der wahre Ethos des Sports sei unabhängig von jeder geschichtlichen Lage, jeder Politik und Konfession. NOHL, Hermann, „Vom Ethos des Sports“, in: DEUTSCHER SPORTBUND, *Internationaler Sportkongress Stuttgart 1951*, Frankfurt 1952, S. 11.

<sup>52</sup> PABST, Ulrich, *Sport- Medium der Politik?*, Berlin 1980, S. 52

<sup>53</sup> DEUTSCHER SPORTBUND, *Willi Daume. Deutscher Sport 1952-1972*, München, o. J., S. 20.

<sup>54</sup> DEUTSCHER SPORTBUND, *Willi Daume*, S. 71.

<sup>55</sup> PABST, *Sport – Medium der Politik?*, S. 52.

<sup>56</sup> KNECHT, Willi, *Partnerschaft auf Raten. Versäumnisse und Perspektiven bundesdeutscher Sport-politik*, Frankfurt 1970, S. 18.

Mit nur wenigen Ausnahmen fügten sich auch die ehemaligen Arbeitersportler, deren politisches Engagement vor 1933 Bestandteil ihrer Programmatik gewesen war, in den Kreis der „Sachwalter der unpolitischen Turn- und Sportbewegung“.<sup>57</sup> Von Seiten der Sozialdemokraten wurde die freiwillige Aufgabe ihrer Ideologie und der alten Strukturen durchaus als Verlust empfunden.<sup>58</sup> Die alternativen Sportmodelle waren durch den formalen Akt der Schaffung eines Einheitssportverbandes inklusive der Forderung nach politischer Neutralität keineswegs aus dem Bewusstsein der handelnden Personen verdrängt. Sie traten bei den späteren Generationen sozialdemokratischer und konservativ-bürgerlicher Kreise immer wieder in Erscheinung, z.B. im Umgang mit den Sportverbänden der Sowjetischen Besatzungszone und der UdSSR.<sup>59</sup> Der zentralen Dachorganisation unterstand somit eine inhomogene und pluralistische Basis mit divergierenden Interessen, die den Ausbau einer politischen Machtposition des DSB erschwerte.<sup>60</sup>

Spannungen zwischen Sportfunktionären und Politikern vor allem auf nationaler Ebene bestimmten den Zeitraum bis in die 1970er Jahre. Die Sportführer selbst schwankten zwischen der Forderung nach politischer Abstinenz und Engagement für die eigene Sache. Der Sportreferent im Bundesministerium des Innern, Hans Sievert, forderte 1956 die Sportführer und Sportler auf, „sich mehr als bisher als politisch aktive Staatsbürger zu betätigen und zu bewähren“.<sup>61</sup> KNECHT (1971) formulierte die negativen Konsequenzen dieser Haltung, die für eine lange Periode das Desinteresse der Politiker am Sport und dessen Dachverband verursacht hätte, „eben weil dieses politische Neutrum in das gesellschaftspolitische Kräftefeld nicht einzuordnen war“.<sup>62</sup> In seiner Selbstwahrnehmung war der DSB ein über den Parteien stehendes, dennoch staatsbejahendes Eigengebilde. Dabei verkannten die Funktionäre, dass der Staat „das Ergebnis eines Formungsprozesses war, der gerade von den ideologischen Positionen

---

<sup>57</sup> Vgl. BUSS, *Kontinuität und Wandel*, S. 318.

<sup>58</sup> Vgl. NITSCH, Franz, „Dreißig Jahre DSB“, S. 842ff. Auch die seit den 1970er Jahren „festzustellende Betonung, daß sich die SPD-Sportpolitik aus den Werten und Zielen der ehemaligen Arbeitersportbewegung ableite“, sei dafür nur ein „schwacher Ersatz.“

<sup>59</sup> PABST charakterisierte die Haltung des DSB gegenüber seinen Verbänden als „moralischen Imperativ“, der keineswegs der Realität entsprach. PABST, *Sport – Medium der Politik?*, S. 34.

<sup>60</sup> PABST, *Sport – Medium der Politik*, S. 36.

<sup>61</sup> PABST, *Sport – Medium der Politik*, S. 212.

<sup>62</sup> KNECHT, Willi, *Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen DSB und DTSB, Mainz 1971*, S. 20.

und Machtansprüchen der einzelnen Parteien wesentlich bestimmt wurde“.<sup>63</sup> Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch nach parteipolitischer Neutralität und der tatsächlichen Beteiligung politischer Kräfte an der Gestaltung des sportlichen Alltags ist offensichtlich. Wie mit dieser besonderen Sachlage umgegangen wurde, bleibt eine spannende Frage.

Parallel zu den gesellschaftspolitischen Veränderungen<sup>64</sup> der 1960er Jahre erkannten Funktionäre und Politiker gleichermaßen das „politische Potential“ des Sports.<sup>65</sup> Zwischen 1969, als der Sport erstmals in einer Regierungserklärung erwähnt wurde, und 1975 erfolgte in vielen Bereichen die Konstituierung einer eigenständigen Fachpolitik.<sup>66</sup> Für EULERING (1981) war das Jahr 1970 die Zäsur bzw. die Übergangsepoche, die den Umbruch im Verhältnis zwischen Sport und Politik markierte, ausgelöst durch den sprunghaften Anstieg der Sporttreibenden, der ein „planvolles Fördern“ des Sports notwendig gemacht habe. Zur Lösung dieser Problematik sei es dem Sport „in einem zuvor nie gekannten Ausmaß“ gelungen,

---

<sup>63</sup> PABST, *Sport – Medium der Politik?*, S. 212ff. PABST nannte eine ganze Reihe von Beispielen für die Spannungen zwischen DSB und Bundesregierung. Daume beklagte 1956, dass der Sport nicht die Beachtung erhalte, die er aufgrund seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung verdient habe. Der DSB warf den Bonner Politikern „Interessenlosigkeit“ und „Unkenntnis“ in Sportfragen vor. Man kümmere sich nicht genug um deutsche Sportler, die im Ausland an den Start gingen.

<sup>64</sup> Zum gesellschaftlichen Wertewandel siehe KLAGES, Helmut, *Wertorientierung im Wandel*, Frankfurt/Main 1985. Seine Untersuchungen ergaben zwei Phasen für den Zeitraum bis 1975, wonach in der erste Phase (bis Anfang/Mitte der 1960er Jahre) „verhältnismäßig deutlich ausgeprägte Pflicht- und Akzeptanzwerte“ vorherrschten, die in der folgenden Phase (bis Mitte der 1970er Jahre) abgebaut wurden bei „gleichzeitiger Expansion von Selbstentfaltungswerten“ (S. 21). Das in der zweiten Phase erkennbar wachsende Freizeitbedürfnis in der Bevölkerung ging einher mit einer gesteigerten Nachfrage nach „interessanter Arbeit“ (S. 109).

<sup>65</sup> Eine Wende zu mehr „gesellschaftspolitischem Denken“ von Seiten der Sportfunktionäre und eine zunehmende Annäherung zwischen Sport und Politik stellte BUSS (1990) für den Zeitraum ab Ende der 1960er Jahre fest. In seiner Analyse der „Wirkungsfaktoren politischer Bewußtseinsbildung“ berücksichtigte er auch das allgemeine Politikverständnis der Nachkriegszeit, Aspekte der Mentalitätsgeschichte, der persönlichen Interessen, sowie rechtliche, politische und materielle Rahmenbedingungen. Vgl. BUSS, Wolfgang, „Kontinuität und Wandel im Politikverständnis“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), *Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zur Einheit*, Bd.1, Schorndorf 1990, S. 317-328.

<sup>66</sup> In der Erklärung Willi Brandts hieß es: „Der Förderung des Sports werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, ohne von dem Grundsatz abzulassen, daß der Sport von staatlicher Bevormundung freibleiben muß. Der Höhepunkt der sportlich bedeutenden Ereignisse in unserem Land werden die XX. Olympischen Sommerspiele in München und Kiel sein. Wir haben damit die Chance, der Weltöffentlichkeit das moderne Deutschland vorzustellen“. Der 1969 gewählte Deutsche Bundestag richtete daher auch einen Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele ein. Die Fördermittel des Bundes für die zentralen Aufgaben des Sports stiegen sprunghaft an. Vgl. NITSCH, Franz, „Dreißig Jahre DSB“, S. 846.

Einzug in die Länderparlamente zu finden.<sup>67</sup> Eine Standortbestimmung der Parteien, der Bundesregierung und des DSB zu Fragen der Sportpolitik erfolgte anlässlich der Tagung „Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ in Tutzing 1973.<sup>68</sup> Mit der Wahl des ehemaligen F.D.P.-Politikers und nordrhein-westfälischen Innenministers Willi Weyer<sup>69</sup> 1974 zum Präsidenten legte auch der DSB seine abstinente Haltung vor politisch aktiven Funktionären ab.<sup>70</sup>

Die zunehmende Institutionalisierung in Ministerien und politischen Ausschüssen und die Feststellung, dass man die gesellschaftspolitische Bedeutung des Sport auch auf der politischen Ebene verankern musste, führte bis über die siebziger Jahre hinaus bei vielen Verbands- und Vereinsfunktionären allerdings zu keiner grundlegenden Bewusstseinsänderung. Der Standpunkt vom unpolitischen Sport, der nur eine „fiktive politische Lobby“ habe, wenn Politiker Lobeshymnen anstimmten oder „die Bundesregierung in ihrem Sportbericht von unaustauschbaren Leistungen für das Gemeinwohl“ sprach, blieb weiter bestehen.<sup>71</sup> Eine Rückbesinnung auf die ehemalige ideologische Vielfalt und die unterschiedlichen Konzepte erfolgte nur in Ansätzen, vor allem im Zuge der 68er-Bewegung. Diese forderte in ihrer Abkehr von allen konservativ-bürgerlichen Traditionen auch den Austritt aus den Sportvereinen und propagierte den unorganisierten Freizeitsport. Das sich immer weiter ausdifferenzierende Sportsystem wurde argumentativ durch die programmatischen Aussagen der Sportfunktionäre wieder vereint. Spitzensport galt als Voraussetzung für die Motivation zum Breitensport, Breitensport war die Basis für den Spitzensport, mit der Förderung des Freizeitsports sollte der Einstieg in den Vereinssport erreicht

---

<sup>67</sup> EULERING, Johannes, „Staatliche Sportpolitik aus der Sicht der Länder“, in: UEBERHORST, Horst, *Geschichte der Leibesübungen*, Bd. 3.2, Berlin 1981, S. 874.

<sup>68</sup> NITSCH, Franz, „Dreißig Jahre DSB“, S. 845. Nitsch sah in dieser Konferenz den „qualitativen Umschlag“. Auch BUSS (1990) sah in dieser Tagung, sowie in dem nachfolgenden DSB-Bundestag 1974 zum Thema „Die gesellschaftspolitische Rolle des Sports“ eine Anerkennung der politischen Dimension des Sports als „konstitutives Element.“ BUSS, „Kontinuität und Wandel“, S. 317.

<sup>69</sup> Willy Weyer (1917-1987), seit 1945 Mitglied der F.D.P., 1953/54 MdB, 1950-1954 und 1958-1975 MdL, 1954-1956 Wiederaufbauminister, 1956-1958 Finanzminister, 1962-1975 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Siehe DBE 10 (1999), S. 465.

<sup>70</sup> SCHULKE, Hans-Jürgen, *Sport-Alltag-Kultur*, Aachen 1990, S. 152. Nach SCHULKE verlor der DSB mit dieser Wahl seine „politische Unschuld“.

<sup>71</sup> Vgl. RUMMELT, *Moderne-Sport-Kommune, Plädoyer für eine moderne Sportkommune*. Egelsbach 1998, S. 144. RUMMELT erörtert die Widersprüchlichkeiten zwischen der im 8. Sportbericht der Bundesregierung hervorgehobenen „gesellschaftspolitischen Bedeutung“ des Sports und den Gegenleistungen der Bundesregierung.

werden.<sup>72</sup> Durch diese Konstruktion einer gegenseitigen Abhängigkeit war die Einheit im Sport, die in den programmatischen Aussagen des DSB der 1970er Jahre beschworen wurde und im sportpolitischen Handeln Berücksichtigung finden sollte,<sup>73</sup> wieder hergestellt und die Förderungswürdigkeit aller Bereiche erwiesen.

Die von PABST (1980) aufgestellte These, dass die Politiker nach dem Krieg den Sport fast 20 Jahre völlig übersehen hätten<sup>74</sup>, kann man für die Kommunen eindeutig ausschließen, da diese sich zwangsläufig mit den Rahmenbedingungen des sportlichen Alltags auseinandersetzen mussten. In seinem Vortrag vor dem Deutschen Städtetag 1952 unterstrich Frankfurts Oberbürgermeister Walter Kolb, dass die Pflege des Sports „von unmittelbarer Bedeutung für zahlreiche Gebiete des kommunalen Lebens und deshalb eine unmittelbar kommunalpolitische zentrale Aufgabe sei“.<sup>75</sup> EULERING (2002) maß in seiner Erinnerung den Städten und Gemeinden bei der „Rückgewinnung der politischen Geltung des Sports von unten“ eine besondere Bedeutung bei, obwohl eine „umfassende Sportpolitik“ nach 1945 zunächst nicht in Gang gekommen sei.<sup>76</sup> Diese positive Bilanz der „Politisierung des Sports“ auf kommunaler Ebene relativierte er allerdings für den Bereich der Städteplanung, wobei er zwei Gründe für das „Vergessen“ des Sports nannte: die Verankerung eines Sportbegriffs, der sich am öffentlichen Bild des Sports und damit am Leistungs- und Hochleistungssport manifestierte, sowie die Orientierung an Einzelprojekten, was einer umfassenden städtischen Sportkonzeption entgegengewirkt habe.<sup>77</sup> Dass die Interessen des Sports politisch intensiver wahrgenommen werden müssten, verneinte in den Untersuchungen von RITTNER/BREUER (2000) die Mehrzahl der Befragten, was auf den nach wie vor vorhandenen Wunsch nach politischer Neutralität im Sport hinweist.<sup>78</sup>

---

<sup>72</sup> Siehe dazu auch SCHULKES Darstellung zum Spitzensport und Sport für alle, in: SCHULKE, *Sport–Alltag–Kultur*, S. 132ff.

<sup>73</sup> HARTMANN-TEWS, *Sport für alle?*, S. 184.

<sup>74</sup> PABST, *Sport – Medium der Politik?*, S. 39.

<sup>75</sup> KOLB, Walter, *Die deutschen Städte und der Sport*. Vortrag vor der 5. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, Berlin 1952, S. 13.

<sup>76</sup> EULERING, Johannes, „Politik und Freizeitsport“, in: DIECKERT, Jürgen/ WOPP, Christian, *Handbuch Freizeitsport*, Schorndorf 2002, S. 62.

<sup>77</sup> EULERING, Johannes, „Sport und Städtebau – Die sportgerechte Stadt oder Prolegomena zu einem neuen ‚Goldenen Plan‘“, in: JÜTTING, Dieter H./LICHTENAUER, Peter (Hg.), *Bewegungskultur in der modernen Stadt*, Münster 1994, S. 30.

<sup>78</sup> RITTNER/BREUER, *Kommunale Sportpolitik*, S. 79.

Das sportpolitische Engagement der Kommunen stützt sich auf Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes, in dem ihnen das Recht zuerkannt wird, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.<sup>79</sup> Nach Artikel 30 des Grundgesetzes, der die Zuständigkeiten von Bund und Ländern regelt, ist der Sport grundsätzlich dem Aufgabenbereich der Länder übertragen.<sup>80</sup> Im Interesse einer effektiven Erledigung öffentlicher Aufgaben gewährleisten Bund und Länder den Gemeinden aber wiederum eine Reihe von Hoheitsrechten, ohne die eine wirksame Wahrnehmung der Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen nicht gewährleistet wäre. Dazu gehört u.a. auch die Kulturhoheit, deren Schwerpunkte die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Kunst, Sport und Freizeitgestaltung umfassen.<sup>81</sup> Entsprechend dem grundgesetzlich geregelten und gesicherten Selbstverwaltungsrecht sind Städte und Gemeinden somit die öffentlichen Träger für den Sport.

„Brot und Spiele – geben die wesentlichen Inhalte von Kommunalpolitik ab“ – formulierte WEHLING 1985.<sup>82</sup> Er begründete diese Aussage mit der Feststellung, dass „Kommunalpolitik nach der Wirtschaftsförderung zu einem großen Teil aus Sportförderung besteht“. Dies sei auf den Einfluss der Ratskandidaten zurückzuführen, die über die Vereine – zum größten Teil Sportvereine – Zugang zum politischen System erlangten. Der Aussage, dass der Sport in der Politik „genug Aufmerksamkeit“ finde, stimmte die Mehrheit der von RITTNER/BREUER (2000) Interviewten zu.<sup>83</sup> Insgesamt

---

<sup>79</sup> Nach HÄÜBERMANN stellt die in Artikel 28 verbundene Funktionsteilung zwischen Gemeinden, Ländern und Staat nur noch eine Reminiszenz dar, die „weder in der gesetzlichen Ausgestaltung der Staatstätigkeit noch in der politischen Praxis hohe Relevanz hat.“ Vgl. HÄÜBERMANN, Hartmut, „Die Bedeutung „lokaler Politik“ – neue Forschung zu einem alten Thema“, in: BLANKE, Bernhard/ BENZLER, Susanne, *Staat und Stadt*, Opladen 1991, S. 37.

<sup>80</sup> Ausnahmen bilden Angelegenheiten, die über die Belange der Länder hinaus gehen, wie z.B. gesamtstaatliche Repräsentation durch den Sport (Olympische Spiele, Welt- und Europameisterschaften), Förderung zentraler Organisationen (DSB, NOK), Förderung des Sportstättenbaus für den Hochleistungssport. Siehe: HEINEMANN, *Staatliche Sportpolitik*, S.182ff. Die Förderung des Breiten-, Freizeit- und Schulsports der Länder erfolgt durch die finanzielle Unterstützung beim Bau von Sport- und Freizeitanlagen, bei der Bezahlung von Übungsleitern und Trainern, sowie durch die Ausbildung von Sportlehrern und die sportwissenschaftliche Forschung an den Universitäten.

<sup>81</sup> Will der Gesetzgeber in die kulturellen Zuständigkeiten der Gemeinden eingreifen, so darf er dies nur, wenn er Interessen geltend machen kann, die höherrangig als die verfassungsrechtlich geschützte kommunale Kulturhoheit sind. Vgl. VOGELANG, Klaus/ LÜBKING Uwe/ JAHN, Helga, *Kommunale Selbstverwaltung. Rechtsgrundlagen – Organisation – Aufgaben*, Berlin 1991, S. 81.

<sup>82</sup> WEHLING, Hans-Georg, *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1986, S. 94. Die Aussage wird allerdings mit keinerlei Fakten belegt. Das Folgende ebenda.

<sup>83</sup> RITTNER/ BREUER, *Kommunale Sportpolitik*, S. 79. Das Folgende ebenda.



stuften die Autoren das Verhältnis zwischen Sport und Kommunalpolitik als „moderat“ ein. Tatsächlich werden die Leistungen der Kommunen im Sportsektor von Funktionären und Verwaltungsfachleuten vielfach lobend hervorgehoben, als „bedeutsamste und wirksamste“ für das Sportsystem der Bundesrepublik. Allerdings mit dem Zusatz, dass im Bewusstsein der Sportöffentlichkeit den Kommunen dieser Stellenwert nicht zuerkannt wird,<sup>84</sup> zumal die Sportförderung im Vergleich zu anderen Ressorts keineswegs an erster Stelle steht.

Mit der Verantwortung für den sportlichen Alltag wurden die Kommunen aber zunehmend vor Probleme gestellt, die durch die fortschreitende Ausdifferenzierung der Sportkultur, die damit einher gehende Ausweitung der Arbeitsbereiche und veränderte Anspruchshaltung der „förderungsfreudigen“ Vereine und Verbände seit den 1960er Jahren entstanden, insbesondere im Bereich des Sportstättenbaus. Wie die Städte diesen steigenden Anforderungen an die Steuerungsprozesse kommunaler Gestaltungspolitik bei gleichzeitigem Sinken der Handlungsspielräume aufgrund schwindender finanzieller Ressourcen begegneten, ist weitestgehend noch nicht geklärt.<sup>85</sup>

---

<sup>84</sup> DIGEL, Helmut, „Die öffentliche Sportverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: DIGEL, Helmut: *Sport im Verein und im Verband*. Schorndorf 1988, S. 66. Siehe auch: HEINEMANN, „Staatliche Sportpolitik“, S. 183.

<sup>85</sup> RUMMELT, *Moderne–Sport–Kommune*, S. 329. Die Herausforderungen, denen sich die Städte im Rahmen der Sportpolitik stellen müssten, klassifiziert RUMMELT unter kulturellen, freizeitpolitischen, ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten. Siehe RUMMELT, *Moderne–Sport–Kommune*, S. 306ff.

## 2. Die politischen, gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer kommunalen Sport- und Freizeitpolitik in Köln

### 2.1. Die „Sportstadt des Westens“ - die Kölner Sportpolitik vor 1945

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges musste die junge Weimarer Republik enorme Kräfte mobilisieren, um die innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten zu bewältigen. Der instabile Zustand der Republik wirkte sich scheinbar nicht hinderlich auf die bestehenden reformerischen Kräfte aus. Neben Kunst, Literatur und Wissenschaft erlebte auch der Sport einen enormen Aufschwung. Einen entscheidenden Beitrag für diese Entwicklung leisteten die Kommunen, die ihre eigene Sportpolitik betrieben und eine nachhaltige Förderung des Turn- und Sportbereichs in Angriff nahmen. Der Sport als vorbeugendes Mittel in der Gesundheitsvorsorge, was sich in der Folge auch wirtschaftlich auf sinkende Ausgaben im Fürsorgebereich auswirken sollte, war dafür das maßgebliche Argument. Die Pflege der Leibesübungen fand als eigene Verwaltungsaufgabe Zugang in den Kreis der öffentlichen Aufgaben.<sup>86</sup>

Am 27. Februar 1919 wurde in Köln die „Kommission zur Förderung von Turnen, Sport und Spiel“ gegründet, die sich aus einem Sachverständigenkollegium aus Stadtverordneten<sup>87</sup> und Verbandsvertretern zusammensetzte.<sup>88</sup> Noch im gleichen Jahr erfolgte die Gründung der „Abteilung für Turnen, Sport und Spiel“ als eigene Dienststelle in der Kölner Stadtverwaltung, die 1920 in das „Stadtamt für Jugendpflege

---

<sup>86</sup> Eine vollständig ausgebaute Behördenorganisation im Sportbereich blieb allerdings auf die Ebene der Kommunen beschränkt. Auf Reichs- und Länderebene wurden lediglich Sachverständigen- und Gutachterausschüsse gebildet. Darüber hinaus wurden bei einigen Ministerien noch Beiräte eingerichtet. Vgl. SANTEL, Josef, *Der Sport als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung der Stadt Köln von 1888-1933*, Magisterarbeit, Universität Münster 1991, S. 94.

<sup>87</sup> Die Bezeichnung „Stadtverordneter“ galt mit Ausnahme des Zeitraums zwischen 1933 bis 1945 (Rats herr) bis zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 1971, ab diesem Zeitpunkt hießen sie offiziell „Mitglieder des Rates“. Die Bezeichnung „Ratsmitglied“ wird im folgenden aber auch bereits für den früheren Zeitraum verwandt.

<sup>88</sup> Die Kölner Kommission bestand zunächst aus sieben Stadtverordneten und vier Bürgermitgliedern aus der Deutschen Turnerschaft, dem ATSB, dem Schwimm- und Rasensportverband. Siehe Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Köln (VdSVK) vom 27.2.1919, S. 96. 1920 wurde die Zahl auf 13 Stadtverordnete und zehn Bürgermitglieder, später auf 17 Stadtverordnete und zehn

und Leibesübungen“ umbenannt wurde.<sup>89</sup> Die Kombination des Amtes mit dem Bereich der Jugendpflege hatte seine Wurzeln in dem gemeinsamen wohlfahrtspflegerischen Zweck. In den Verwaltungsberichten und Haushaltsentwürfen wurde das Amt deshalb auch unter der Rubrik „Allgemeine Gesundheitsfürsorge“ geführt und stand auf einer Stufe mit dem Gesundheitsamt, den Desinfektionsanstalten und den städtischen Bädern.<sup>90</sup>

Der erste für Sport zuständige Dezernent, Max Albermann<sup>91</sup>, bekleidete dieses Amt bis 1923. Sein Nachfolger wurde Dr. Heinrich Billstein.<sup>92</sup> Oberbürgermeister Konrad Adenauer, Dezernent Billstein und der erste Stadiondirektor Christian Busch waren die Personen, die den Kölner Sport in den 1920er Jahren in entscheidender Weise beeinflussten. Köln avancierte zu einer Sporthochburg, deren Ruf im gesamten Reich unbestritten war.<sup>93</sup> Neben dem Bau des Müngersdorfer Stadionkomplexes, das in seiner Ausdehnung und Gestaltung einzigartig in Europa war, wurden im gesamten Stadtgebiet Spiel- und Sportplätze errichtet, so dass die ursprünglich von Carl Diem und dem Deutschen Reichsausschuss geforderte Spielplatzfläche von 3qm/pro Kopf der Bevölkerung bereits 1924 überschritten wurde. Die damit einher gehende finanzielle Belastung, die z.B. aus dem Defizit des Stadionbetriebs entstand, wurden von Billstein mit dem Argument, das für die Förderung der Leibesübungen als Volkserziehung auch unrentable Einrichtungen hingenommen werden müssten, vertreten.<sup>94</sup> Darüber hinaus wurden den Vereinen und Verbänden Beihilfen in Form von Darlehen oder

---

Bürgermitglieder erhöht. Entscheidungskompetenz hatten nur die Stadtverordneten. Siehe HASTK, Best. 610, Nr. 1, o. S., Bericht über die Arbeit des Stadtamtes für Leibesübungen, 1928.

<sup>89</sup> Köln war damit die sechste Stadt im Deutschen Reich, die ein eigenes Stadtamt für Leibesübungen einrichtete. Zuvor waren bereits in Wuppertal, Mülheim/Ruhr (1910), Bonn (1911), Herne (1912) und Ulm (1918) derartige „Sportämter“ entstanden. Siehe *Gemeinde und Sport 1970/71*, S. 114ff.

<sup>90</sup> Siehe zum Beispiel im Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1920, Inhaltsverzeichnis.

<sup>91</sup> Albermann, Max Karl Aloys (1870-1927) war bis zur Eingemeindung Bürgermeister von Kalk, mit dem Eingemeindungsvertrag wurde Albermann ab 1910 Stadtverordneter. 1923 ging er krankheitsbedingt in den Ruhestand. Siehe STEHKÄMPER, Hugo, *Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln*, Köln 1976, S. 619.

<sup>92</sup> Zu Heinrich Billstein (1883-1956), siehe: KLEINERTZ, Everhardt, Handakten Heinrich Billstein, Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, 2000, S. IX-XI (Biographisches).

<sup>93</sup> Zur Sportpolitik Adenauers siehe, ADENAUER, Petra, *Konrad Adenauers sportpolitisches Wirken*, Dipl.-Arbeit DSHS Köln 1986; NIELSEN, Stefan, *Sport und Großstadt 1870 bis 1930: komparative Studien zur Entstehung bürgerlicher Freizeitkultur*, Frankfurt 2002, S. 528ff.

<sup>94</sup> NIELSEN, *Sport und Großstadt*, S. 575.

Zuschüssen zur Verfügung gestellt.<sup>95</sup> Die Kölner Stadtverwaltung ging bei ihrer Unterstützung für den Sport aber über die reine Vereinsförderung und den Sportstättenbau weit hinaus. Aufgrund der Initiativen von Adenauer und Billstein wurde Köln Austragungsort zahlreicher Großveranstaltungen, die die Stadtverwaltung großzügig förderte. Die Deutschen Kampfspiele 1926 wurden sogar von der Stadt eigenverantwortlich durchgeführt, was Carl Diem zu der Formulierung in seiner Festschrift veranlasste: „Die Pflege der Leibesübungen wurde mit dieser Tat unter festlichem Beginn in den Kreis der öffentlichen Aufgaben eingereiht.“<sup>96</sup> Das Engagement des Oberbürgermeisters im Hinblick auf die prestigeträchtigen Großveranstaltungen macht deutlich, dass er den Sport, abgesehen von seinem Nutzen für die „Stärkung der Volksgesundheit“, auch als wirtschaftlichen Faktor für die Stadtentwicklung erkannt hatte. So war es nur konsequent, dass die Stadt Köln sich auch für die Austragung der Olympischen Spiele 1936 bewarb.<sup>97</sup>

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten änderten sich das Personal und die Machtstrukturen des Amtes für Jugendpflege und Leibesübungen grundlegend.<sup>98</sup> Sportamtsleiter Christian Busch sowie vier weitere Mitarbeiter wurden entlassen und durch SA-Funktionäre ersetzt. Der neue Beigeordnete an Stelle von Dr. Billstein wurde Richard Schaller, der als enger Vertrauter des Gauführers Josef Grohé und hochrangiger Parteimann zum Machtapparat der Kölner Gauleitung gehörte. Schaller übernahm in Köln den Aufbau nationalsozialistischer Wohlfahrtsorganisationen, war ab 1936 Gauführer der NS-Volkswohlfahrt und Gauführer der Deutschen Arbeitsfront. Von 1933 bis 1936 bekleidete er zudem das Amt des Gausportführers und war für alle überfachlichen Angelegenheiten der sportlichen Selbstverwaltung zuständig, wie z.B. die Neuaufnahme von Vereinen, Lehrgangsarbeit, Ernennung der Fachamtsleiter und Kreissportführer sowie alle Maßnahmen der

---

<sup>95</sup> HASTK, Best. 671, Nr. 1, Bl. 8, Bericht des Amtes 14: Erweiterter Aufgabenkreis und größere Leistungen der Stadt Köln nach dem Kriege, vom 10.1.1929.

<sup>96</sup> DIEM, Carl/ KRAUSE, Gerhard, II. Deutsche Kampfspiele Köln 1926, Berlin 1926.

<sup>97</sup> Die Bewerbung wurde letztlich zurückgezogen, um der Stadt Berlin größere Chancen einzuräumen. Siehe ADENAUER, Petra, *Das sportpolitische Wirken Konrad Adenauers*. NIELSEN stellte fest, dass die Großveranstaltungen „hinsichtlich des Werbeeffektes für Köln als moderne deutsche Großstadt kaum überzubewerten“ seien und, dass dieser Aspekt letztendlich sogar schwerwiegende finanzpolitische Gründe außer Kraft setzte. Siehe NIELSEN, *Sport und Großstadt*, S. 575.

Gleichschaltung und parteipolitischen Indoktrination. Wie in anderen Dezernatsbereichen der Kölner Stadtverwaltung zeigte sich auch hier die personelle Verflechtung der Gauleitung mit der Stadtverwaltung, die den Handlungsspielraum der Kommune einschränkte und eine tiefgreifende Instrumentalisierung für Parteizwecke möglich machte.<sup>99</sup> Neben den einschneidenden personellen Umstellungen auf Verwaltungsebene sind keine grundlegenden Änderungen in der Aufgabenkompetenz des Stadtamtes für Leibesübungen erkennbar.<sup>100</sup> Nach wie vor bestand die Haupttätigkeit des Amtes in der Bereitstellung von Sportstätten für die Vereine. Neue Sportanlagen wurden mit Ausnahme einiger Schießanlagen und Wehrsportplätze und des Eis- und Schwimmstadions 1936 kaum gebaut. Aus den Haushaltsplänen bis 1938 geht zudem hervor, dass auch der Etat des Stadtamtes für Leibesübungen keine Ausweitung erfuhr.<sup>101</sup>

Der Kölner Sport in der NS-Zeit lebte von der Substanz, die der Kölner Rat und die Stadtverwaltung der Weimarer Zeit aufgebaut hatten. Veränderungen im kommunalen Sportstättenbau findet man nur noch im Bereich des Wehrsports. Seinen ursprünglichen Stellenwert im Rahmen der Kommunalpolitik – insbesondere als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge – hatte der Sport eingebüßt. Auch der Kölner Vereinssport – in der Weimarer Zeit noch der wichtigste Träger sportlicher Aktivitäten - verlor aufgrund der zunehmenden Konkurrenz durch die nationalsozialistischen Organisationen an Bedeutung.<sup>102</sup> Auf der Ebene der sportlich Aktiven wurde die parteipolitische Inanspruchnahme weitestgehend als gering empfunden. Der Sport war möglicherweise aber sogar in diesem Erleben ein politischer

---

<sup>98</sup> Eine umfassende Untersuchung zum Kölner Sport im Nationalsozialismus steht noch aus. Die nachfolgenden Aussagen sind Forschungsergebnisse, die bei der Vortragsvorbereitung der Autorin zum Thema „Die Bedeutung der Kommune für den Kölner Sport in der NS-Zeit“ (2002) erzielt wurden.

<sup>99</sup> Vgl. HILPERT, Wolfram, „Nationalsozialismus und Stadt (Verwaltung) Köln“, in: *Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins* (1989), S. 241-284.

<sup>100</sup> LANGEN, Gabi, „Die kommunale Sportpolitik im Dritten Reich am Beispiel Kölns“, in: *Geschichte in Köln* 52(2005) [i.Dr.].

<sup>101</sup> Vgl. HASTK, Best. 671, Nr. 13, Haushaltsplan 1933-1934, Nr. 17, Haushaltsplan 1937. Der Zuschussbedarf (298.300 RM) hatte sich gegenüber 1933 (356.000 RM) sogar verringert. Im Gegensatz dazu stellten KRÜGER und WIESER für Hannover fest, dass der Sportetat sich nach 1933 versechsfachte. Vgl. WIESER, Lothar, „Auf neuem Kurs...“, in: NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE (Hg.), *Sport in Hannover*, Göttingen 1991, S. 160. Allerdings wurden auch in Hannover keine neuen Turnhallen gebaut. Für eine aussagekräftige Bewertung müssten die jeweiligen Etatansätze auch von anderen Ämtern hinzugezogen und verglichen werden.

Wille der Nationalsozialisten, galt es doch vor allem im Krieg, Ablenkung zu bieten und den Schein des Alltäglichen zu bewahren.<sup>103</sup>

## 2.2. Politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Mit dem Einmarsch der Amerikaner am 6. März 1945 in das linksrheinische Köln geriet die erste deutsche Großstadt unter die Kontrolle der Alliierten. Fast alle leitenden Beamte der Stadtverwaltung, Militärpersonen und Nazifunktionäre hatten sich ins Rechtsrheinische abgesetzt. Schätzungsweise 10.000 Menschen verblieben in der völlig zerstörten Stadt und erwarteten den Einzug der Amerikaner. Am 9. März nahm die 17-köpfige Militärregierung unter dem Befehl von Lieutenant Colonel John K. Patterson seine Arbeit auf. Sie richtete ihre gesamte Energie zunächst auf die notdürftige Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur und die Schaffung von Wohnraum. Nach der endgültigen Kapitulation am 9. Mai 1945 setzte eine enorme Rückwanderungswelle nach Köln ein, fast 2.400 Mensch pro Tag kehrten aus allen Teilen Deutschlands zurück.

Auf der Suche nach den benötigten „unbelasteten“ Führungspersönlichkeiten für den dringenden Neuaufbau der Stadtverwaltung überzeugten die Amerikaner den ehemaligen Stadtkämmerer und Zentrumspolitiker Willi Suth, vorübergehend als Bürgermeister zu fungieren.<sup>104</sup> Ab dem 21. April wurde der neuen Kölner Stadtverwaltung offiziell die Möglichkeit eröffnet, Verordnungen zu erlassen. Am 4. Mai 1945 trat Konrad Adenauer das Amt des Oberbürgermeisters an, Willi Suth übernahm die Leitung der Verwaltung. Die insbesondere aus dem „linken“ Lager laut

---

<sup>102</sup> So sank z.B. die Zahl der Mitglieder in Kölner Turnvereinen von 6.547 (1933) auf 5.847 (1935). In: *Jahrbuch der Turnkunst* 29(1933), S. 204, *Jahrbuch der Turnkunst* 30(1935), S. 271.

<sup>103</sup> LANGEN, „Die kommunale Sportpolitik“, [i.Dr.].

<sup>104</sup> Bei der Neubesetzung der Positionen griffen die Amerikaner auf sogenannte „weiße Listen“ unbelasteter Persönlichkeiten zurück. Hinweise erhielten sie in erster Linie aus den Reihen der Katholischen Kirche. Patterson wollte zunächst Konrad Adenauer zur Rückkehr nach Köln überreden. Adenauer entschied sich aber aus Sorge um seine drei Söhne, die sich noch in der Wehrmacht befanden, dagegen. Willi Suth war der Schwager von Konrad Adenauer, trat 1915 in den Dienst der Stadt Köln und war von 1920 bis 1933 Stadtkämmerer gewesen. Am 21. Juni ging das amerikanische Mandat für Köln an die britische Militärverwaltung über. Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse in: BILLSTEIN, Reinhold/ ILLNER, Eberhard, *You 're now in Cologne. Compliments. Köln in den Augen der Sieger*, Köln

werdenden Befürchtungen, dass die Stadtverwaltung unter Adenauer und Suth durch Zentrumsanhänger dominiert würde und, dass sie die rigide Haltung der Militärregierung in Bezug auf ehemalige NSDAP-Mitglieder unterlaufen würde, sollte sich in der Folgezeit bestätigen.<sup>105</sup> Nach der Übergabe des amerikanischen Mandats an die britische Militärregierung am 21. Juni verschärfte sich der Konflikt zunehmend. Die aus der Emigration und den Konzentrationslagern zurückkehrenden Sozialdemokraten wandten sich gegen die Dominanz der zentrumsnahen Kräfte und forderten ihrerseits eine stärkere Beteiligung an der Wiederaufbauarbeit. Trotz des faktisch noch vorhandenen Parteiverbots waren die Bestrebungen für die Zulassung der kommunistischen, sozial- und christdemokratischen Parteien zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange.<sup>106</sup>

In der anschließenden zweiten Phase der Besatzungspolitik versuchte die Militärregierung, das entstandene Übergewicht der restaurativen Kräfte zu korrigieren. Aber lediglich ein sozialdemokratischer Dezernent wurde auf Druck der Engländer im

---

1995, S. 120ff , sowie in TREIB, Heribert, „Britische Besatzungspolitik in Köln“, in: DANN, Otto, *Köln nach dem Nationalsozialismus*, S. 76-81.

<sup>105</sup> Fünf der insgesamt elf Kölner Verwaltungsleiter waren dem katholischen Zentrum, drei der Deutschen Demokratischen Partei und zwei der Deutschen Volkspartei zuzuordnen. Ein ähnliches Ergebnis zugunsten der katholisch-konservativen Kräfte in der Stadtverwaltung war für die 104 höheren Beamten der Stadt Köln nachzuweisen. Vgl. BILLSTEIN/ ILLNER, *You 're now in Cologne*, S. 212, Anm. 284. Siehe auch DERES, *Die Fraktion*, S. 20

<sup>106</sup> Bereits in den ersten Wochen nach Kriegsende betrieben der ehemalig preußische Landtagsabgeordnete Leo Schwering und der Zentrums-Politiker Peter Josef Schaeven die Gründung einer interkonfessionellen Partei als Nachfolgerin der alten Zentrumspartei. Schaeven war vor 1933 Parteifunktionär und wurde nach Kriegsende als Leiter Nachrichtenamtes eingesetzt. Die Gründung der „Christlich Demokratischen Partei (CDP)“ erfolgte am 19.8.1945. Gegen Ende des Jahres wurde der Name in „Union“ geändert. Die Anfänge der CDU in Köln waren zugleich auch die Anfänge der Christdemokraten in Westdeutschland, was sich auf die personelle und programmatische Entwicklung der Partei auswirkte. Zu einem ähnlich frühen Zeitpunkt wie in Köln erfolgte die Gründung der CDP in Berlin, allerdings ohne gegenseitigen Kontakt. Zum ersten Vorsitzenden des am 2.9.1945 gegründeten rheinischen Landesverbandes wurde Leo Schwering gewählt. Vgl. ARENTZ, Hermann-Josef, „Die Anfänge der Christlich Demokratischen Union in Köln“, in: DANN, Otto, *Köln nach dem Nationalsozialismus*, S. 131.

Die Kommunisten nahmen Ende Mai 1945 ihre Arbeit wieder auf und hielten am 15. Juli eine erste Nachkriegskonferenz ab. Einen Monat später beantragte die KPD die Wiederzulassung, die Anfang Oktober positiv beschieden wurde. Vgl. BILLSTEIN, Reinhold, „Organisation, Programmatik und Politik der KPD in Köln“, in: DANN, Otto, *Köln nach dem Nationalsozialismus*, S. 171ff.

Auch der Wiederaufbau der SPD wurde von alten Genossen aus der Weimarer Zeit systematisch betrieben. An führender Stelle agierte Robert Görlinger, der aufgrund seiner Verfolgung und Inhaftierung im Konzentrationslager Sachsenhausen seine Führungsrolle noch ausbauen konnte. Er kehrte im Juli 1945 nach Köln zurück und reorganisierte die ehemaligen Parteimitglieder. Am 29. September fand die erste offizielle Versammlung der SPD statt. Siehe DANN, Otto, „Die Anfänge der Sozialdemokratie in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg“, in: DANN, *Köln nach dem Nationalsozialismus*, S. 139ff; DERES, *Die Fraktion*, S. 20ff.

September 1945 berufen.<sup>107</sup> Bei der Auswahl der Mitglieder für die erste Stadtverordnetenversammlung sollten die Parteien nur eine untergeordnete Rolle spielen, stattdessen legte man Wert auf die Vertretung verschiedener Berufsstände und Interessengruppen. Der Wunsch der Militärregierung, die Parteien aus dem öffentlichen Leben fernzuhalten, war in der Praxis allerdings kaum umzusetzen, da die vorgeschlagenen Fachleute zum überwiegenden Teil Parteien angehörten oder diesen beitraten.<sup>108</sup> Letztendlich waren von den 24 in die Stadtverordnetenversammlung berufenen Personen, die am 1. Oktober 1945 zur ersten Sitzung im Hörsaal 4 der neuen Universität<sup>109</sup> zusammentrafen, nur drei politisch neutral, neun Stadtverordnete gehörten der CDU, sieben der SPD und fünf KPD an.<sup>110</sup> Fünf Tage nach der ersten Sitzung, am 6. Oktober 1945, wurde Adenauer entlassen und der ehemalige Zentrumsmann Dr. Hermann Pünder zum Oberbürgermeister ernannt.<sup>111</sup>

Am 17. Januar 1946 fand eine Erweiterung der Stadtverordnetenversammlung auf 58 Mitglieder statt, die den Auftrag für den Entwurf einer neuen Stadtverfassung nach britischem Vorbild erhielt. Gegen die Stimmen der KPD wurde diese neue Kölner Stadtverfassung am 7. März 1946 verabschiedet, die im Vorgriff auf die spätere Gemeindeverordnung eine Trennung von ehrenamtlichen Politikern und hauptberuflichen, parteipolitisch neutralen Verwaltungsfachleuten einführte.<sup>112</sup> Nach dem Inkrafttreten der Verfassung konnten die Fachausschüsse gebildet werden. Insgesamt waren 17 Ausschüsse und Kuratorien tätig.

---

<sup>107</sup> Es handelte sich um Rolf Kattanek, der das Dezernat für Ernährung und Landwirtschaft erhielt. Siehe HASTK, Acc 2, Nr. 1193. Nach intensiven Verhandlungen zwischen den Fraktionen der SPD und CDU einigte man sich darauf, im April 1946 drei weitere Dezernate und die Position des Stadtdirektors mit Sozialdemokraten zu besetzen. Vgl. DERES, *Die Fraktion*, S. 40.

<sup>108</sup> Diese „Doppelbödigkeit im politischen Leben“ führte nach TREIB zu einer „Atomisierung der politischen Szenerie durch Einzelpersönlichkeiten“ und zur „Desorientierung“ der Bevölkerung. Siehe TREIB, „Britische Besatzungspolitik in Köln“, S. 87.

<sup>109</sup> Die Stadtverwaltung war zunächst im Gebäude der Allianz-Versicherung am Ring untergebracht, das aber keinen „Ratssaal“ hatte.

<sup>110</sup> Diese erste Stadtverordnetenversammlung fand noch auf der Grundlage der Rheinischen Städteordnung aus dem 19. Jahrhundert statt, was bedeutete, daß der Oberbürgermeister über die Verwaltung und die Berufung von Beamten entschied. Vgl. DERES, *Die Fraktion*, S. 22.

<sup>111</sup> Zu Entlassung Adenauers siehe DIEDERICH, Toni, „Adenauer als Kölner Oberbürgermeister von Mai bis Oktober 1945“, in: STEHKÄMPER, Hugo (Hrsg.), *Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln*, Köln 1976, S. 501-532

<sup>112</sup> Kurze Zeit später wurde eine für die britische Zone verbindliche Gemeindeverfassung entworfen, so dass die Kölner Stadtverfassung wieder revidiert werden musste. Die dazu notwendigen Beratungen erstreckten sich bis 1947. Vgl. TREIB, „Britische Besatzungspolitik“, S. 83.



Am 13. Oktober 1946 fanden in Köln die ersten Kommunalwahlen mit einem Erfolg für die Kölner CDU (53,4 %) statt. Die SPD erreichte 34,6% und die KPD 9,3%.<sup>113</sup> Mit diesen ersten demokratischen Wahlen sahen die Besatzungsfunktionäre ihr Ziel, das deutsche Gemeindeleben zu demokratisieren, als erreicht an. In Köln setzten sich aufgrund des katholischen Milieus die restaurativen Kräfte durch, die eine konservative Verwaltung und eine CDU-dominierte Stadtverordnetenversammlung zur Folge hatten. Die zunehmende Notlage der Kölner Bevölkerung ließ das Vertrauen in die neue Demokratie schwinden. So war es nicht verwunderlich, dass die Kölner Bürger der selbstbewusst auftretenden und in weiten Teilen der Bevölkerung als Nachfolgerpartei des Zentrums fest verankerten CDU ihr Vertrauen schenkten. Daran änderte sich auch bei den Kommunalwahlen 1948 und 1952 nur wenig. Mit Ernst Schwing folgte am 17. April 1948 der dritte CDU-Oberbürgermeister.<sup>114</sup> Die kommunalen Erfolge der CDU reichten allerdings nicht an die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen heran.

Eine Wende kündigte sich bei den Wahlen 1956 an, als die SPD erstmals die stärkste Fraktion im Rat stellte. Mit dem populären Spitzenkandidaten Theo Burauen und einer neuen jüngeren Politikergeneration gelang auf der lokalen Ebene ein Machtwechsel, der sich auf Bundes- und Landesebene erst später vollzog. Mit ausschlaggebend für diesen Wechsel war die Öffnung der Kölner SPD hin zum Katholizismus. 1964 und 1969 erreichte die SPD sogar die absolute Mehrheit.<sup>115</sup> 1973 trat Oberbürgermeister Burauen zurück. Zum Nachfolger wurde der langjährige

---

<sup>113</sup> Aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts wirkte sich dieses Stimmenverhältnis bei der Sitzverteilung in der Stadtvertretung zugunsten der CDU mit 41 Sitzen aus. (SPD: 8 Sitze, KPD: 2 Sitze) Vgl. TREIB, „Britische Besatzungspolitik“, S. 84.

<sup>114</sup> Bereits bei den zweiten Nachkriegswahlen 1948 war eine Pattsituation zwischen den bürgerlichen und den linken Parteien entstanden (je 22 Sitze). Bei den anstehenden Oberbürgermeisterwahlen erhielt weder der Amtsinhaber Ernst Schwing noch sein Herausforderer Robert Görlinger eine Stimmenmehrheit. Die Kölner Stadtverfassung sah für diesen Fall den Losentscheid vor. Robert Görlinger wurde 1948 der erste sozialdemokratische Oberbürgermeister Kölns. Nach dieser Wahl vereinbarten SPD und CDU, das Amt des Oberbürgermeisters im jährlichen Wechsel auf Görlinger oder Schwing zu übertragen.

<sup>115</sup> Gründe für dieses gute Abschneiden lagen zum einen in der Person Burauens, der als „Symbolfigur der gesellschaftlichen Aufbruchstimmung“ große Sympathien genoss, sowie in der zunehmenden Anerkennung der SPD im katholischen Milieu. Vgl. DERES, *Die Fraktion*, S. 72ff. Hier auch eine ausführliche Darstellung und Analyse der politischen Arbeit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln von 1945-1998. Vergleichbare Untersuchungen zur Fraktionsgeschichte der CDU oder F.D.P. liegen für Köln nicht vor.

Fraktionsvorsitzende der SPD, John van Nes Ziegler, gegen die Stimmen der CDU gewählt.

Eine einschneidende Veränderung stand zu Beginn der 1970er Jahre mit der „Kommunalen Gebietsreform“ an, die eine Neugliederung des Kölner Raums für das Jahr 1974 vorsah. Im Hinblick auf eine verbesserte Daseinsvorsorge war eine Reduzierung der Gemeinden und Kreise in NRW notwendig geworden. Der kommunalen Zersiedelung und einer ungenügend koordinierten Planung sollte mit dieser Reform entgegengewirkt werden. Am 24. September 1974 beschloss der nordrhein-westfälische Landtag die letzten beiden Neugliederungsgesetze für den Raum Köln und das Sauerland. Für Köln bedeutete die Neugliederung einen Zuwachs von 70% der ursprünglichen Fläche und den Sprung über die Millionengrenze in der Einwohnerzahl, womit Köln die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik wurde.<sup>116</sup>

	<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>F.D.P.</b>	<b>KPD</b>	<b>Wahlbeteiligung</b>
13.10.1946	34,6	53,4	0,7	9,3	73,6
17.10.1948	37,7	42,5	7,2	10,8	53,6
09.11.1952	37,1	43,0	11,4	4,9	63,3
28.10.1956	46,0	41,9	7,2	-	65,4
13.09.1961	46,8	45,4	7,5	-	67,6
27.09.1964	57,4	38,1	4,5	-	64,8
09.11.1969	53,8	38,6	6,0	-	61,8
04.05.1975	47,8	42,8	8,3	-	80,9

Tabelle 1: Ergebnisse und Wahlbeteiligung der Kölner Kommunalwahlen 1946 bis 1975 (Angaben in Prozent). Die Summe der Stimmenanteile ergibt aufgrund der Nichtberücksichtigung kleinerer Parteien nicht 100%. (Quelle: DERES, *Die Fraktion*, 1999, S. 172).

<sup>116</sup> Eingemeindet wurden Rodenkirchen, Teile der Gemeinden Lövenich, Brauweiler, Pulheim, Sinnersdorf, Frechen, Brühl und Bornheim, sowie im Rechtsrheinischen Porz und Teile von Rösrath. Wesseling, zunächst eingemeindet, wurde am 1.7.1976 aufgrund einer Klage wieder ausgegliedert. Die Gemeinden Pulheim und Leverkusen, wo u.a. die Sportlerin Liesel Westermann die Bürgerinitiative „Lev muss leben“ unterstützte, entzogen sich den Kölner Eingemeindungsbestrebungen erfolgreich. Vgl. DERES, *Die Fraktion*, S. 106.

Aufgrund der kommunalen Gebietsreform mussten die für 1974 vorgesehenen Kommunalwahlen um ein Jahr verschoben werden. Die SPD konnte dieses Mal ihre Ergebnisse von 1964 und 1969 nicht wiederholen, dennoch blieb sie auch weiterhin die führende Partei in Köln.

Kennzeichnend für das Klima zwischen den Ratsfraktionen der großen Parteien war in den 1950er und 1960er Jahren ein kooperativer und respektvoller Stil, der nicht zuletzt auf internen Vereinbarungen zwischen den führenden Politikern beruhte. So war man seit den ersten Sitzungen der Stadtvertretung nach dem Krieg überein gekommen, dass alle Parteien - mit Ausnahme der KPD - in den Repräsentationsämtern vertreten sein sollten.<sup>117</sup> Das führte zum Beispiel auf der Verwaltungsebene dazu, dass die Position des Oberstadtdirektors bis 1965 von einem CDU-Politiker besetzt war. Auch bei der Besetzung der Dezernatsposten wurden Politiker aller drei Ratsparteien berücksichtigt.

---

<sup>117</sup> Diese Tatsache, dass erkennbare Unterschiede in den politischen Positionen in den Fraktionen und den Ausschüssen kaum offensichtlich wurden, galt bei der CDU nach dem Verlust der Ratsmehrheit 1956 als Ursache für ihre Niederlage. Siehe HERBERS, *Der Verlust*, S. 224.

### 2.3. Der Kölner Sport in Rat und Verwaltung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es in Deutschland erforderlich, die kommunale Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen neu zu organisieren. Rechtsgrundlage für das Agieren der kommunalen Organe war zunächst die Deutsche Gemeindeordnung von 1935. Am 1. April 1946 trat die revidierte Fassung der Gemeindeordnung in Kraft. Traditionen der Weimarer Zeit wurden dabei wieder aufgegriffen, teilweise jedoch vom britischen Gemeindeverfassungsrecht überlagert. Die tiefe Skepsis der britischen Militärregierung gegenüber dem deutschen Berufsbeamtentum drängte die Verwaltung, deren Gestaltungsmöglichkeiten durch die Kontrolle des Rates eingeschränkt werden sollte, in die Rolle eines „instrumentalen Hilfsmittels“.<sup>118</sup>

Am 28. Oktober 1952 wurde die neue nordrhein-westfälische Gemeindeordnung verabschiedet. Oberstes Organ der kommunalen Selbstverwaltung blieb der Rat, der nach § 27 der Gemeindeordnung weiterhin für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig war.<sup>119</sup> Er war somit Legislative und Exekutive zugleich, eine Gewaltenteilung existierte auf Gemeindeebene de facto nicht.<sup>120</sup> Nach und nach wurde dieses „monistische“ Verfassungssystem jedoch aufgeweicht, indem das Land dem Gemeinde- bzw. Stadtdirektor vom Rat unabhängige Kompetenzen einräumte.<sup>121</sup> Die Kommunalverfassung ließ Rollenzuweisungen zwischen den beiden

---

<sup>118</sup> KÖTTGEN, Arnold, *Kommunale Selbstverwaltung zwischen Krise und Reform*, Stuttgart 1968, S. 1-36.

<sup>119</sup> Auch diese "Norddeutsche Ratsverfassung" entstand in enger Anlehnung an das klassische britische "council-manager"-Modell. Die von den Bürgern gewählte Stadtvertretung war dabei das wichtigste Gemeindeorgan. Sie war für alle Angelegenheiten der Gemeinde zuständig, soweit durch die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt wurde. Sie hatte das Rückholrecht auch für die einfachen Geschäfte der Verwaltung, die sie dann in eigener Verantwortung ausüben konnte. Vgl. VOGELANG, *Kommunale Selbstverwaltung*, S. 68ff.

<sup>120</sup> Der Führungsanspruch des Rates zeigte sich in der Allzuständigkeit, also das Recht, jederzeit auch einfache Geschäfte der Verwaltung an sich zu ziehen, das Recht zur Ernennung der Beamten, das Recht zur Ausfertigung von Satzungen, sowie der Verzicht auf jegliche Ausgliederung von Verantwortlichkeitsbereichen. Vgl. RICHTER, Bodo, „Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung – Entwicklung und Vergleich mit anderen deutschen Gemeindeverfassungen“, in: ANDERSEN, Uwe (Hrsg.), *Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen*, Köln 1987, S. 53.

Zu den Rechtsgrundlagen kommunaler Selbstverwaltung siehe auch: PAPPERMANN, Ernst, „Die kommunale Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen“, in: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hg.), *Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde*, Köln 1984, S.180 ff. Zur Landesverfassung NRW: KRINGE, Wolfgang, *Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 1990; sowie PAUL, Johann, *50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 2000.

<sup>121</sup> Dieses Verfassungsmodell ist daher eher geprägt von einem Nebeneinander von Rat und Verwaltung, ein „dualistisches“ System mit einer „Zweigleisigkeit“ an der Gemeindespitze. Siehe PAPPERMANN, *Die*

Stadtspitzen relativ unklar. Die zweigleisige Führung als eine besondere Form der Gewaltenteilung wurde von den kommunalen Funktionsträgern zwar grundsätzlich positiv gesehen, in der Praxis bestand jedoch die Gefahr einer „diffus ausgefächerte(n) Verfassungswirklichkeit mit einer extrem unterschiedlichen Machtbalance am Ort“. Die Schlussfolgerung, dass „die Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen weniger an Institutionen, sondern mehr an Personen und Parteien festgemacht“ wurde und, dass somit die Frage der Machtausübung letztendlich von den jeweiligen Amtsinhabern abhing, muss im Rahmen lokaler Politik- und Geschichtsforschung auf ihre Allgemeingültigkeit noch überprüft werden.<sup>122</sup>

NABMACHER (1987) gliederte politische Entscheidungsprozesse in drei zentrale Bereiche, und zwar „den legitimierten politischen Entscheidungsinstanzen (Rat), den Verfügungsberechtigten über öffentliche Ressourcen (Verwaltung) und den Trägern des artikulierten gesellschaftlichen Bedarfs (Vereine)“.<sup>123</sup> Im Folgenden sollen diese drei Beteiligten, d.h. die mit dem Thema Sport befassten politischen Gremien, die Sportverwaltung der Stadt Köln und die Sportorganisationen über den gesamten Untersuchungszeitraum dargestellt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die handelnden Personen, die als „Vorentscheider“ im sportpolitischen Handlungsraum begriffen werden. Gleichzeitig ist aber auch nach deren Einfluss auf anderen verschiedenen politischen Ebenen zu fragen.<sup>124</sup>

---

*kommunale Selbstverwaltung*, S. 203. Der Gemeinde- bzw. Oberstadtdirektor als höchster Verwaltungsmann hat eine Fülle selbständiger, vom Gesetz ausschließlich ihm zugewiesene und nicht vom Rat abgeleitete Kompetenzen, die die Verwaltung neben dem Rat zum zweiten Gemeindeorgan werden lassen, wie z.B. das Beanstandungsrecht gegenüber rechtswidrigen Beschlüssen oder die Vertretung der Gemeinde nach außen. Vgl. VOGELANG, *Kommunale Selbstverwaltung*, S. 24, 69. Der Stadtdirektor hat die Ratsbeschlüsse unter der Kontrolle des Rates und in Verantwortung ihm gegenüber durchzuführen. Er hat kein "politisches" Widerspruchsrecht. Er ist der gesetzliche Vertreter der Gemeinde in allen Rechts- und Verwaltungsgeschäften, Spitze der Kommunalverwaltung und Dienstvorgesetzter der Gemeindebediensteten.

<sup>122</sup> RICHTER, „Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung“, S. 52

<sup>123</sup> NABMACHER, Karl-Heinz, „Einflußfaktoren in der kommunalpolitischen Willensbildung“, in: ANDERSEN, Uwe, *Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen*, Köln 1987, S. 88.

<sup>124</sup> Eine wichtige Rolle im Prozess der Willensbildung spielt auf allen Ebenen die Gruppe der sogenannten „Vorentscheider“, die im gegenseitigen Interesse Initiativen starten, Entscheidungen vorbereiten und erst dann an die Öffentlichkeit treten, wenn das „entwickelte Konzept den Unwägbarkeiten der öffentlichen Diskussion standhalten kann“. Siehe NABMACHER, „Einflußfaktoren“, S. 88.

### 2.3.1. Der Sport in den Verhandlungen des Rates der Stadt Köln

Als der Rat im Oktober 1945 erstmals zusammentraf, befand sich unter den dort versammelten Stadtverordneten auch der international bekannte Fußball-Schiedsrichter Dr. Peco Bauwens. Wie auf regionaler und nationaler Ebene, so gehörte der 59-jährige parteilose Bauwens in Köln zu den herausragenden Meinungsführern der Sportszene nach dem Zweiten Weltkrieg. Sein Bestreben nach dem deutschen Einheitssportverband verfolgte er konsequent bis auf die Basis der lokalen Sportorganisationen. In der Stadtverordnetenversammlung äußerte er sich erstmals im Juni 1946 zum Sport, wobei sein ungebrochenes Verhältnis zur bürgerlichen Tradition der Sportbewegung deutlich hervortrat. Die Auflösung der Verbände 1933, die „zum größten Teil in dem damals noch nicht nazistisch infizierten Deutschen Reichsbund für Leibesübungen aufgegangen“<sup>125</sup> waren, hatten nach seiner Meinung diesem Verband „wertvollste Kräfte“ geliefert. Dieser Interessenbündelung sei es auch zu verdanken gewesen, dass es erst Anfang 1939 gelungen sei, den „Deutschen Reichsbund für Leibesübungen dem Nationalsozialismus anzuschließen“. Mit dieser Sichtweise legitimierte Bauwens quasi im Nachhinein die Zwangsvereinigung zum Einheitssportverband, wodurch sich der Sport als „unpolitische“ Kraft der nationalsozialistischen Vereinnahmung hätte entgegensetzen können.<sup>126</sup> Die Strukturen der NS-Zeit wurden so „Vorbild“ für den künftigen zentralen Dachverband, der alle ehemaligen konfessionell und politisch orientierten Sportverbände vereinigen sollte. Mit diplomatischem Geschick ging Bauwens in seiner Rede auch auf die „wertvolle Mitarbeit“ dieser Verbände ein, offenbarte darüber hinaus aber in der ihm eigenen Art seine Autorität mit dem Hinweis, dass er „den Mitgliedern sowohl der Deutschen Jugendkraft wie des Arbeiter Turn- und Sportkartells nicht nur größte Bewegungsfreiheit gegeben, sondern sie auch in entsprechende Ausschüsse habe wählen lassen“. Diese Formulierung machte sowohl den eigenen, als auch den bürgerlich-konservativen Machtanspruch deutlich, mit dem man alternative Konzeptionen zwar duldete aber auch kontrollieren wollte. Von Seiten der Kölner Sozialdemokraten gab es gegen diese Einheitsbestrebungen keinen

---

<sup>125</sup> VStVK vom 13.6.1946. Das Folgende ebenda.

<sup>126</sup> Diese verbreitete Argumentation findet man u.a. auch bei Guido von Mengden, der den Reichssportführer als Mann beschreibt, der den Sport vor der Vereinnahmung bewahrt habe. MENGDEN, Guido von, *Umgang mit der Geschichte und mit Menschen*, Berlin 1980, S. 140ff.

Widerstand. Bürgermeister Robert Görlinger betonte in der gleichen Ratssitzung 1946 sogar die „erfreuliche“ Tatsache, „daß die Sportbestrebungen nicht mehr in mehrere Richtungen zerfallen“, und verwies lediglich darauf, dass das Ideal der ehemaligen Arbeitersportbewegung, welches „nicht im Startum sondern in der allgemeinen Hebung der sportlichen Leistung“ bestehe, nicht abseits stehen dürfe.<sup>127</sup>

Das anfängliche Einvernehmen zwischen dem Sportfunktionär Bauwens, der im Oktober 1946 auf eigenen Wunsch aus dem Stadtrat ausschied, und den Kölner Stadtverordneten sollte sich in Zukunft verändern. Seine Funktionen im Zweckverband, im Kölner Rasensportverband und beim Deutschen Fußballbund (DFB) und die daraus resultierende Haltung gegenüber der politischen Ebene, führten – zumindest nach außen – zu einer deutlichen Distanz zur Kölner Stadtvertretung. Folgende Begebenheit ist nur ein Beispiel für die Konflikte, die Bauwens nicht scheute.

Bei der Vergabe von Ehrenkarten für das Endspiel um die erste Deutsche Fußballmeisterschaft in Köln 1948 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Stadt, die sich nicht gebührend berücksichtigt sahen, und dem DFB. Dies veranlasste den CDU-Stadtverordneten Josef Sampels zu einem Schreiben an den Oberbürgermeister, in dem er diesen Vorfall „parteiübergreifend als Angriff auf die Stadt Köln interpretierte“.<sup>128</sup> Er kritisierte, dass „die geistige Erziehung unserer Sportler [...], in weiter Entfernung von jedem staatspolitischen Gefühl“ lägen, und dass der „verehrte Doktor (Bauwens, Anm. d. Verf.)“ beabsichtige, die Sportler „politisch zu neutralisieren und ihnen eine Sonderstellung im Volke zu sichern.“ Auch Bürgermeister Görlinger habe in diesem Zusammenhang auf die Gefahr eines „Staat(s) im Staate“

---

<sup>127</sup> VStVK vom 13.6.1946.

<sup>128</sup> Schreiben Josef Sampels an Oberbürgermeister Schwering, o.D., HASTK, Acc. 2, Nr. 1306, Bl. 4. Der Vorfall ereignete sich im Zusammenhang mit dem Endspiel um die Deutschen Fußballmeisterschaft zwischen dem 1. FC Nürnberg und dem 1. FC Kaiserslautern im Kölner Stadion. Im vorbereitenden Spielausschuss für Fußball wurden den Kölner Bürgern 5.000 Eintrittskarten zugeteilt, die Stadtvertretung erhielt nach mehreren Verhandlungen zusätzlich noch zwölf Ehrenkarten. Darin sah Oberbürgermeister Schwering „keine entsprechende Anerkennung“ der Stadt und verweigerte einen offiziellen Empfang der Mannschaften und die Bereitstellung des Sitzungssaales der Stadtverordneten für eine Pressekonferenz. Siehe HASTK, Acc. 2, Nr. 1306, Bl. 29, Schreiben des OB Ernst Schwering an Dr. Bauwens vom 4.8.1948. Die Presse nahm diesen Vorfall auf und zitierte Bauwens, der sich in „Zukunft eine derartige Behandlung nicht mehr gefallen lassen wollte“. Siehe: *Illustrierte Sportzeitschrift "Fussball"* vom 18.8.1948, HASTK, Acc. 2, Nr. 1306, Bl. 13.

hingewiesen.<sup>129</sup> Sampels und Schwering empfanden die Haltung des Sportfunktionärs Bauwens als Missachtung des städtischen Engagements für den Sport und der Repräsentanten des demokratischen Staates, für Görlinger stellte das Verhalten darüber hinaus eine grundsätzliche politische Gefahr dar.

Die Redebeiträge der Stadtverordneten zum Thema Leibesübungen und Sport bis Anfang der 1950er Jahre verdeutlichen, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit Bedenken gegen die aktuellen Entwicklungen im Sport bestanden. Aus den Reihen der Sozialdemokraten wies man mehrfach auf die negativen Folgen einer Erziehung zum „unpolitischen Nursportler“ hin, und auch der CDU-Stadtverordnete Josef Sampels äußerte „lebhaftes Bedenken gegen Fehlentwicklungen im Sport“.<sup>130</sup> Die ethischen Werte seien in der Nachkriegszeit „stark verkümmert“ und der deutsche Sport zeige „überall klar erkennbare Merkmale des Berufssports und damit verbunden Tendenzen zur Vermaterialisierung, der Vertechnisierung im Spiel und in der Ausbildung“. Der Stadtverordnete Oskar Nolze von der KPD zeigte sich besorgt über die Begeisterung des Massenpublikums beim Sport und sah die Gefahr, „daß das Volk im Begriffe ist, sich vom Staatspolitischen abzuwenden“.<sup>131</sup> Er vertrat darüber hinaus die Meinung, man müsse sich einmischen und „nicht als Parteien, wohl aber als Stadt, als Behörde, als Vertreter des Volkes [...] den Sport in geregelte Bahnen führen“. In der unpolitischen Masse sah man die Gefahr einer erneuten ideologischen Einflussnahme durch reaktionäre Kräfte. Eine Bereitschaft zur politischen Verantwortung für das Handlungsfeld Sport ist in diesen Äußerungen spürbar, in der konkreten Umsetzung mussten Maßnahmen, wie etwa der Vorschlag zur Einführung von staatspolitischen Seminaren für Sportvereine,<sup>132</sup> am Widerstand der politikverdrossenen Sportfunktionäre scheitern, die möglicherweise noch die

---

<sup>129</sup> Bereits in den strategischen Vorstudien, die das US-Kriegsministerium 1944 erarbeitete, wurde mit der gleichen Formulierung auf die Gefahr hingewiesen, dass „Reaktionäre [...], wie schon 1918 und 1919 in den Staatsdienst, in Sportvereinen, in Wirtschaftskonzerne und –verbände eindringen und versuchen (würden), einen Staat im Staat zu formieren.“ Vgl.: TIEDEMANN, Claus, *Zur Entwicklung der für den Sport relevanten alliierten Rechtsvorschriften im besetzten Deutschland (1944-1950)*, S. 57.

<sup>130</sup> VStVK vom 23.6.1947, S. 194. Das Folgende ebenda.

<sup>131</sup> VStVK vom 7.7.1949, S. 308. Das Folgende ebenda.

<sup>132</sup> VStVK vom 23.6.1947, S. 194. Sampels forderte in seiner Rede die Einführung von Heimabenden für jugendliche Sportler mit Themen, die „auf eine aufgeschlossenen, demokratische, weltbürgerliche Haltung zielen, den Gedanken des fair play pflegen.“



nationalsozialistischen „Dietabende“ in schlechter Erinnerung hatten.<sup>133</sup> Bei aller Kritik an den Kommerzialisierungstendenzen des Sports wurden keine eindeutigen Aussagen darüber gemacht, wie auf diese Entwicklung zu reagieren sei.

Ab Mitte der 1950er Jahre verschwinden vergleichbare „allgemeinpolitische“ Äußerungen zum Sport aus den Ratsprotokollen. Ins Zentrum rückten nun konkrete sachpolitische Themen, allem voran der Sportstättenbau. Diskussionen über die einzelnen Großprojekte, wie z.B. der Neubau des Stadions, die Errichtung des Zentralbades in der Innenstadt oder die Kölner Sporthalle nahmen dabei sehr viel größeren Raum ein, als die Redebeiträge zum allgemeinen Bauprogramm oder zum Sportetat. Im Rahmen der Haushaltsreden wurde der Sport immer mit berücksichtigt, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Eine Stellungnahme folgte in den meisten Fällen von den Sportausschussvorsitzenden, die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit fast immer eine Erhöhung der Haushaltsansätze forderten. Einige Äußerungen im Rahmen der Ratssitzungen legen die Vermutung nahe, dass das Konfliktpotential über sportpolitische Entscheidungen eher gering war. Der CDU-Stadtverordnete Schmitz stellte 1958 vor dem Rat fest, dass man im Sportausschuss „quer durch die Fraktionen meistens einer Meinung“ sei.<sup>134</sup> Lediglich in den Debatten über die oben genannten Großprojekte wurden Differenzen deutlich.<sup>135</sup>

### **2.3.2. Der Sportausschuss**

Da nicht alle kommunalpolitischen Angelegenheiten im Rahmen der Ratssitzungen bewältigt werden können, hat sich in den Gemeinden ein parlamentarisches Ausschuss-System entwickelt, wobei die Mitglieder dieser Ausschüsse als Experten mit besonderem Sachverstand die Entscheidungen für den Rat

---

<sup>133</sup> Die Durchführung sogenannter „Staatsbürgerlicher Seminare“ für Jugendleiter und Trainer wurde aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder aktuell. Sie wurden vom Zweckverband für Leibesübungen mit Unterstützung des LSB erstmalig 1956 durchgeführt. Außer Carl Diem, der den Einführungsvortrag mit dem Thema „Turnen und Sport als moderne Freizeitbewegung“ hielt, sprachen ausschließlich Beamte der Stadtverwaltung und die Bürgermeister. Die Seminare wurden auch in den folgenden Jahren angeboten, allerdings lassen die wenigen vorhandenen Quellenhinweise im Kölner Sportkurier vermuten, dass das Interesse allmählich schwand. Nach 1962 tauchte die Seminarveranstaltung nicht mehr auf.

<sup>134</sup> VStVK vom 6.3.1958, S. 114.

<sup>135</sup> Siehe dazu Kapitel 3.1.4.

vorbereiten sollen.<sup>136</sup> Die Ausschussarbeit bedeutet somit eine Spezialisierung der politischen Arbeit unter der Voraussetzung eines aufgabenspezifischen Sachverständes seiner Mitglieder. Neben den städtischen Pflichtausschüssen Haupt-, Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss gehört der Sportausschuss zu den sogenannten freiwilligen Ausschüssen. Die Einberufung der Mitglieder erfolgt über den Rat, wobei die einzelnen Ratsfraktionen Personen vorschlagen.

Im Selbstverständnis der einzelnen Ratsmitglieder wird die eigentliche parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen geleistet, denn hier vollziehe „sich die notwendige Integration der Meinungen und Schwerpunkte“.<sup>137</sup> Dabei seien die Ausschüsse „ein besonders geeignetes Feld für politisches Taktieren und die Erarbeitung von Kompromissen“. Tatsächlich werden 80 bis 90% der in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse von den Ratsversammlungen zustimmend und ohne weitere Debatten verabschiedet.<sup>138</sup> Allerdings passieren auch eine ebenso hohe Zahl der Verwaltungsvorlagen die Ausschüsse ohne weitere Änderungen.<sup>139</sup> Auch für die Arbeit der Sportausschussmitglieder stellt sich daher die Frage, ob diese sich als „ratifizierendes Organ der Verwaltung“ sehen. Darüber hinaus ist von Interesse, wie eventuell vorhandene Konfliktfälle entschieden werden und welcher Anteil die Arbeit im Sportausschuss gemessen an der gesamten Ratstätigkeit hat.

Eine Befragung von AHLSTICH (1995) über die Einstellung von Ratsmitgliedern bezüglich des Stellenwerts kommunaler Sport- und Freizeitpolitik ergab, dass diesem Bereich keine hohe Priorität eingeräumt wurde. „Unabhängig von (eigenen, Anm. d. Verf.) Werthaltungen“ schätzten die Kommunalpolitiker die sport- und freizeitpolitischen Aufgaben der Kommunen in den zurückliegenden zehn Jahren als „ein wenig zentrales Thema der Stadtpolitik ein“.<sup>140</sup> Auch die empirischen Befunde von

---

<sup>136</sup> Siehe § 41 der Gemeindeordnung NRW.

<sup>137</sup> HAASIS, Hans Arthur, *Kommunalpolitik und Machtstruktur. Eine Sekundäranalyse deutscher empirischer Gemeinstudien*, Frankfurt 1978, S. 139.

<sup>138</sup> KRAMER, „Sportpolitische Entscheidungsstrukturen“, S. 449.

<sup>139</sup> NABMACHER, Hiltrud/ NABMACHER, Karl-Heinz, *Kommunalpolitik in Deutschland*, Opladen 1999, S. 313. NABMACHER/NABMACHER wiesen in diesem Zusammenhang auf die These hin, dass die Bearbeitung von Vorlagen in einem ausdifferenzierten Ausschusssystem, vor allem in Großstädten, der Steuerungsfähigkeit von Politikprozessen entgegenwirkt.

<sup>140</sup> AHLSTICH, Katja, „Sport und Freizeitpolitik. Aufgaben und Aufgabenpräferenzen kommunaler Ratsmitglieder“, in: INSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT STUTTGART (Hg.), *Sport trainieren und gestalten: Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Hans Wieland*, Hamburg 1995, S. 182. Befragt

KRAMER (1986) über die Dispositionen kommunaler Sportausschussmitglieder machten deutlich, dass das Ansehen des Sportausschusses in der Bedeutungshierarchie aller Ausschüsse offensichtlich an unterer Stelle lag.<sup>141</sup> Worauf das fehlende Konfliktpotential und der geringe Stellenwert sportpolitischer Arbeit beruhten und inwieweit bei der subjektiven Wahrnehmung das allgemeingültige Bild vom unpolitischen Sport eine Rolle spielte, ist fraglich. Nach RUMMELT (1998) ist u.a. der „Freiwilligkeitscharakter kommunaler Sportförderung“ ein Faktor für die zurückhaltende Bewertung der Sportausschussarbeit, was allerdings nicht allein das ausschlaggebende Kriterium sein konnte, da es auch andere freiwillige Ausschüsse gibt. Als weiteren Grund nannte er die oft „nicht ausreichende Fachkompetenz der Sportausschussmitglieder selbst, die mehrheitlich immer noch einem traditionellen Sportverständnis näher stehen“.<sup>142</sup> Diese Feststellung wiederum muss man im engen Zusammenhang mit den vorgegebenen Strukturen der Sportverbände und deren Fachkompetenz sehen. Der Zwang zur Kreativität oder Innovationsbereitschaft war aufgrund der erfolgreichen Entwicklung, die sich in den steigenden Mitgliederzahlen zeigte, selbst hier nicht vorhanden und letztendlich wurde eine Einmischung von politischer Seite auch abgelehnt. Die grundsätzliche Frage nach der Zuständigkeit für den „Sport“ ist daher für die Bewertung der Sportausschussarbeit entscheidend.

### 2.3.2.1. Gründung und Arbeit des Kölner Sportausschusses

Die ersten Fachausschüsse in Köln konnten nach der Wahl 1946 eingerichtet werden. Dabei wurde die Verteilung der Ausschuss-Mitglieder proportional nach der

---

wurden 338 Ratsmitglieder aus den Städten Bamberg, Bonn, Heilbronn, Ludwigshafen, Ulm und Wiesbaden. Hier zeigten sich auch Parallelen zum Bereich der Sozialpolitik, dessen Stellenwert auf kommunaler Ebene ebenfalls sehr gering eingeschätzt wurde und dessen Interessen stellvertretend von freien Trägern oder Initiativen wahrgenommen wurden. Vgl. JAEDICKE, *Lokale Politik*, S. 218.

<sup>141</sup> KRAMER, „Sportpolitische Entscheidungsprozesse“, S. 450. Auf die Frage: Kommt es bei den Ausschusssitzungen zwischen den Vertretern der Parteien auch zu Auseinandersetzungen um sportpolitische Themen? antworteten 82,2% der befragten Sportamtsleiter mit „wenig“ oder „nein“. Darüber hinaus folgerte KRAMER aus der Untersuchung, dass die „vorherrschende parteipolitische Neutralität gegenüber dem Sport bei der Ausschussarbeit im Kommunalbereich im wesentlichen gewahrt“ bliebe.

<sup>142</sup> RUMMELT, *Moderne-Sport-Kommune*, S. 283 ff. Nach Rummelt basiert die Defensivposition kommunaler Sportpolitiker auf sieben miteinander zu verknüpfenden Ursachen. Das Folgende ebenda.

Stimmzahl der Parteien vorgenommen.<sup>143</sup> In den ersten „Sportausschuss“, der zunächst als „Unterausschuss für Jugendpflege und Leibesübungen“ bezeichnet wurde, berief die CDU-Fraktion sechs, die SPD drei und die KPD einen Vertreter.<sup>144</sup> Erst am 9. Mai 1947 trat der selbständige Sportausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte den CDU-Stadtverordneten Theo Rimek einstimmig zum Vorsitzenden, der wie der SPD-Fraktionssekretär Theo Burauen zur jüngeren Garde der Stadtverordneten gehörte. Auffällig ist, dass von Seiten der SPD keiner der ehemaligen Arbeitersportfunktionäre, wie die Stadtverordneten Willi Schirmacher oder Hein Hamacher in den Sportausschuss berufen wurden.<sup>145</sup> Theo Fink und Mine Härdle gehörten zum Kreis der älteren Sozialdemokraten, deren Ratszugehörigkeit bereits 1948 wieder endete.<sup>146</sup>

Insgesamt bestanden 1946 53 Ausschüsse. Diese hohe Zahl hatte eine enorme Belastung der einzelnen Stadtverordneten zur Folge, was u.a. dazu führte, dass der Sportausschuss bis 1948 nur sechs Mal tagte. Vor der Kommunalwahl 1948 wurde ein „Sonderausschuss zur Verringerung der Ausschüsse“ eingesetzt.<sup>147</sup> Die Stadtverwaltung hatte dem beratenden Gremium einen Entwurf vorgelegt, wonach die Ausschüsse dezernatsweise zusammengefasst werden sollten. Der Sonderausschuss hielt es dagegen u.a. für notwendig „einen besonderen Sportausschuss zu bilden“. Die Gesamtzahl wurde auf 31 Ausschüsse reduziert.

---

<sup>143</sup> Nach HERBERS war diese Praxis ein Entgegenkommen der CDU, die nicht die Zahl der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung als Grundlage gefordert habe. In der ersten Wahl hatte die CDU 53,4% der Stimmen, aber 41 von 51 Sitzen in der Stadtverordneten-Versammlung. Danach hätte sie sogar 8 von 10 Sitzen im Sportausschuss beanspruchen können. Siehe HERBERS, *Der Verlust*, S. 178. Das aus dem „Mehrheitswahlsystem“ resultierende Problem war allerdings in der gesamten britischen Zone aufgetreten, so dass in anderen Gemeinden die SPD davon profitierte. Verhandlungen, die von Seiten der SPD geführt wurden, endeten in Regelung, bei der Besetzung von Ausschüssen, die abgegebenen Stimmen zur Grundlage zu machen. Vgl. DERES, *Die Fraktion*, S. 38.

<sup>144</sup> Nach dem Verteilungsschlüssel standen der CDU 6, der SPD 3 und der KPD 1 Mitglied des Sportausschusses zu. Vgl. HASTK, Best. 2, Nr. 104, Bl. 41, Verteilungsschlüssel nach der Wahl am 28.10.1946. Für die CDU waren dies Josef Sampels, Sybille Hartmann, Dr. Ernst Schwering, Ernst Molis, Karl Korn und Theo Rimek. Die SPD entsandte die Stadtverordneten Theo Burauen, Mine Härdle und Theodor Fink und die KPD Oskar Nolze.

<sup>145</sup> Hein Hamacher wurde 1947 als weiteres Bürgermitglied gewählt und kam erst 1951 als Mitglied in den Sportausschuss, Willi Schirmacher folgte 1955.

<sup>146</sup> Mine Härdle war bereits in der Weimarer Zeit Stadtverordnete und wurde 1946 zum Mitglied des Landtages NRW ernannt.

<sup>147</sup> HASTK, Best. 2, Nr. 104, Bl. 11. Niederschrift über die Sitzung des Sonderausschusses zur Verringerung der Anzahl der Ausschüsse vom 12.8.1948. Das Folgende ebenda.

	<b>Geburtsjahr/ Beruf</b>	<b>Zugehörigkeit zum Sportausschuss bis</b>
Burauen, Theo (SPD)	1906, Angestellter	1955
Fink, Theodor (SPD)	1880, Betriebsrat	1948
Gérard, Heinrich (KPD)	1894, Schlosser	1948
Härdle, Mine (SPD)	1888, Gewerbe-Oberlehrerin	1948
Hartmann, Sybille (CDU)	1890, Verwaltungsrätin	1952
Korn, Karl (CDU)	1903, Schlosser	1948
Molis, Ernst (CDU)	1905, Kaufmann	1950
Rimek, Theodor (CDU)	1906, Kaufmann	1948
Sampels, Josef (CDU)	1900, Kaufmann	1953
Schwering, Dr. Ernst (CDU)	1886, Rechtsanwalt	1950

Tabelle 2: Mitglieder des ersten Kölner Sportausschusses 1947

Nach der ersten Wahlperiode schieden fünf der insgesamt zehn Ausschussmitglieder wieder aus, davon vier durch Beendigung ihrer Ratsmitgliedschaft. Auch der Vorsitzende Theo Rimek war nicht mehr im Rat vertreten. Anstelle des wiedergewählten Ratsmitglieds der KPD, Heinrich Gérard, kam Oskar Nolze in den neuen Sportausschuss. Die Zahl der Ausschussmitglieder war 1948 auf 14 Personen erhöht worden und auch hinsichtlich des Parteienproporz hatte es eine Änderung gegeben. Wie in den meisten anderen Ausschüssen waren SPD und CDU nun in gleicher Stärke (6 Mitglieder) vertreten. Hinzu kamen jeweils ein Vertreter der F.D.P. und der KPD. Eine Allianz zwischen den Sozialdemokraten und der kommunistischen Partei, wie sie beispielsweise bei der Oberbürgermeisterwahl 1948 zustande kam, war bereichsweise auch im Sportausschuss erkennbar.<sup>148</sup> Auf anderen Ebenen bevorzugte die SPD eher die Strategie, „Konflikte mit der CDU zu vermeiden“.<sup>149</sup>

In der konstituierenden Sitzung des Sportausschusses nach der Wahl schlug Theo Burauen den Kommunisten Oskar Nolze als neuen Sportausschussvorsitzenden

<sup>148</sup> Die KPD hatte zwar bei der Oberbürgermeisterwahl für Görlinger gestimmt und damit die Pattsituation im Rat erst ermöglicht, bei der späteren Bürgermeisterwahl stimmte die SPD aber geschlossen für den CDU-Kandidaten.

<sup>149</sup> DERES, *Die Fraktion*, S. 59.

und den Sozialdemokraten Hans Grün als Stellvertreter vor.<sup>150</sup> Entsprechend der genannten Grundhaltung der SPD war der Vorschlag Burauens vermutlich eine wohlwollende Geste gegenüber der KPD, da die Sozialdemokraten bei anderen Entscheidungen im Rat durchaus auf deren Stimmen angewiesen waren. Weil das Stimmenverhältnis zugunsten Nolzes ausfallen würde, beantragte Josef Sampels eine Vertagung der Wahlen mit dem Ziel, Verhandlungen mit der SPD anzustreben. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Als Gegenkandidaten schlug die CDU nun Dr. Schwering vor, der aber gegen Nolze mit 7:6 Stimmen unterlag.<sup>151</sup> Schwering verzichtete auf eine weitere Kandidatur für die Position des stellvertretenden Vorsitzenden und so wurde Karl Paulus nach zwei unentschiedenen Wahlgängen per Losentscheidung zum Stellvertreter bestimmt.<sup>152</sup> Zwei Jahre blieb der Sportausschuss unter Oskar Nolzes Führung. Anlässlich der Oberbürgermeisterwahl 1950 griff er den sozialdemokratischen Kandidaten Görlinger offen an und die Fraktion der SPD sah sich nun „außerstande, einer Person die zu einer solchen Beleidigung fähig war, die Qualifikation eines Ausschussvorsitzenden zuzubilligen“.<sup>153</sup> Darüber hinaus verwies Sybille Hartmann (CDU) in der Sitzung vom 13. Februar 1951 auf einen Vorfall im Rahmen einer Schwimmveranstaltung des Kölner Schwimmclubs, dessen Vorsitzender Nolze war. Eine Gastmannschaft des Döbelner Schwimmvereins hätte in ihrer Festansprache „kommunistische Propaganda“ betrieben, was das Gremium zu dem Entschluss kommen ließ, in Zukunft generell keine Ansprachen der Gastvereine mehr zuzulassen.<sup>154</sup> Auf Antrag von Burauen und in Abwesenheit Nolzes wurde der Stadtverordnete Paulus zum neuen Ausschussvorsitzenden gewählt. Die in anderen Ausschüssen und den Ratssitzungen hervortretende antikommunistische Haltung führte

---

<sup>150</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7188, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 8.6.1949. Obwohl die Kommunalwahl bereits im Oktober 1948 stattgefunden hatte, wurde erst jetzt der Vorsitzende gewählt. Zur Kurzbiografie Oskar Nolzes siehe Anhang.

<sup>151</sup> Im Protokoll der Sitzung vom 8.6.1949 wurde nicht festgehalten, ob sich jemand enthalten hatte. Da alle 14 Mitgliedern anwesend waren, was die Stimmen bei der Stellvertreterwahl beweisen, muss man aber davon ausgehen, dass sich der F.D.P.-Stadtverordnete enthalten hatte.

<sup>152</sup> Der Gegenkandidat von Karl Paulus war Hans Grün (SPD).

<sup>153</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7194, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 13.2.1951. In seinen Äußerungen hatte Nolze behauptet, Görlinger stehe „in der Hetze gegen die Kommunisten, gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Volksdemokraten und Sowjet-Union in der vordersten Reihe der rechten SPD-Führung.“

<sup>154</sup> In der folgenden Sitzung nahm Nolze zu den Vorwürfen Stellung. Er bemerkte, daß lediglich die Worte „Bonner Marionettenregierung nicht dorthin gehört hätten“ und der Sprecher des Döbelner

auch hier endgültig zum Konsens zwischen den großen Parteien. 1951 verständigten sich CDU- und SPD-Fraktion auf einen jährlichen Wechsel des Sportausschussvorsitzes zwischen dem CDU-Mann Karl Paulus und dem SPD-Stadtverordneten Hans Grün. Der jährliche Wechsel des Vorsitzenden wurde bis 1963 fortgesetzt.<sup>155</sup> Von 1964 bis 1975 übernahm CDU-Ratsmitglied Friedel Haumann durchgängig den Vorsitz.

Diese Vorgehensweise war in der Wahlperiode bis 1952 motiviert durch die Stimmgleichheit zwischen SPD und CDU im Rat, was auch zu einem jährlichen Wechsel des Oberbürgermeisteramtes geführt hatte. Die Fortführung dieser Regelung im Sportausschuss nach 1952 war für die außenstehenden Vereine und Verbände zusätzlich ein deutliches Signal, dass Sport nicht parteipolitisch genutzt werden sollte, sondern dass ein einvernehmliches Handeln im Sinne des Sports oberstes Ziel war. Darüber hinaus überließ die sozialdemokratisch dominierte Stadtvertretung ab 1964 den Vorsitz im Sportausschuss über lange Jahre der CDU, womit zugleich eine gewisse „Geringschätzung“ dieses Ausschusses verbunden sein mag, den man am ehesten dem politischen Gegner überlassen konnte. Ähnlich wäre auch die Wahl des kommunistischen Stadtverordneten Nolze zum Vorsitzenden 1947 bis 1949 zu bewerten. Abgesehen davon genoss der Stadtverordnete Friedel Haumann aber auch in sozialdemokratischen Kreisen großes Ansehen, da er sich in vielen Bereichen engagierte und über gute Beziehungen zur Kölner Vereinslandschaft verfügte.<sup>156</sup>

In den ersten beiden Jahren des Bestehens tagte der Sportausschuss durchschnittlich nur drei Mal jährlich<sup>157</sup>, was vermutlich auf die hohe Belastung durch die große Anzahl der übrigen Ausschüsse zurückzuführen war. 1951 monierte dies der Stadtverordnete Hans Grün (SPD), der „es unbedingt für nötig hielt, dass der Sportausschuss öfter zusammentritt“.<sup>158</sup> Ab diesem Zeitpunkt fanden die

---

Schwimmvereins „habe sich dieserhalb bei der Vereinsleitung entschuldigt.“ HASTK, Acc. 5, Nr. 7197, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 22.2.1951.

<sup>155</sup> Bis 1956 wechselten Karl Paulus und Hans Grün, von 1956 bis 1961 Hans Grün und Heinrich Schmitz, von 1961 bis 1964 Franz Schlösser und Rudi Conin bzw. Friedel Haumann, der 1963 für Conin die Position des stv. Vorsitzenden übernahm. Im Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 5.2.1963 wurde noch vermerkt, dass „gemäß Absprache unter den Fraktionen wurde der Vorsitzende und sein Stellvertreter im Wechsel der beiden Fraktionen jährlich neu gewählt.“ HASTK, Acc. 5, Nr. 7331.

<sup>156</sup> Diese Einschätzung lieferte der ehemalige Landtagsabgeordnete Rainer Maedge, der seit 1958 im Kölner Sport aktiv war. Haumann war u.a. großer Förderer des Kölner Karnevals.

<sup>157</sup> 1947 tagte der Sportausschuss viermal, 1948 zweimal, 1949 dreimal.

<sup>158</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7199, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 1.6.1951.

Sportausschuss-Sitzungen in regelmäßigeren Abständen, d.h. mindestens alle zwei Monate, später im Monatsrhythmus, statt. Bis in die späten 1960er Jahre wurden alle im Sportausschuss zur Entscheidung vorliegenden Anträge zuvor im Zweckverband für Leibesübungen erörtert. Dies belegen sowohl die vorhandenen Protokolle der Dachorganisation sowie einige Anlagen der Ausschuss-Protokolle. Als 1962 der Zweckverbandsvorsitzende Stauf, zugleich Bürgermitglied im Sportausschuss, feststellte, dass „einige Anträge, die dem Sportausschuss vorlagen, nicht über den Zweckverband gelaufen seien“, entgegnete der Sportamtsleiter, dass es sich dabei nur um ein Versehen handeln könne, da „grundsätzlich alles dem Zweckverband vorgelegt würde“.<sup>159</sup>

In vielen Fällen verband der Ausschuss seine Zusammenkünfte mit Besichtigungen einzelner Sportanlagen. Auf seiner Sitzung am 11. April 1956 beschloss das Gremium eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit. Der Presse und auch der sportinteressierten Bevölkerung sollte Gelegenheit gegeben werden, „von der Arbeit des Ausschusses durch persönliche Unterrichtung Kenntnis zu nehmen“.<sup>160</sup> Die Entscheidung darüber, welche Tagesordnungspunkte öffentlich behandelt werden sollten, trafen je ein Vertreter der drei Fraktionen. Dem Zweckverband war diese „Öffnung“ keineswegs willkommen, befürchtete man doch, dass der Sportausschuss damit einen Vertretungsanspruch für sportliche Belange demonstrieren wollte. Das politische Gremium, das bislang mehr im „Verborgenen“ gewirkt hatte, würde nun viel stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken. Man erkannte die Gefahr, dass die übergeordnete Entscheidungskompetenz des Ausschusses gegenüber der Dachorganisation, die eher vorbereitende und beratende Funktionen ausübte, nun auch in der breiten Öffentlichkeit so wahrgenommen würde.<sup>161</sup> Darüber hinaus standen im Oktober die Kommunalwahlen 1956 an, und der SPD und ihrem Sportausschussvorsitzenden Grün wurde mit dieser Veränderung ein zusätzliches Podium geschaffen. Die Neuerung war aber keine ausschließliche Initiative des

---

<sup>159</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 8.12.1962.

<sup>160</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7242, Niederschrift der Sitzung vom 11.4.1956. „Gemäß § 18, Absatz 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 24.6.54 beschließt der Ausschuss, daß bis zur Fertigstellung des großen Sitzungssaales im Rathaus zunächst die Presse zu den Sitzungen eingeladen wird.“

<sup>161</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll über die Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 6.11.1956



Sportausschusses, sondern stand viel mehr im Zusammenhang mit dem Leitthema des SPD-Wahlkampfes „Mehr Licht und Öffentlichkeit ins Rathaus“, in dem Burauen u.a. die Zulassung von Presse und Bürgern zu den Ausschüssen forderte.<sup>162</sup>

### 2.3.2.2. Ratsmitglieder

Ausgehend von den Wahlen 1948 etablierte sich vor allem in den SPD-Reihen eine Gruppe von „Berufspolitikern“, die „bis in die 1960er und 1970er Jahre die Politik der SPD-Fraktion gestaltete“.<sup>163</sup> Zu dieser Gruppe gehörte zweifellos auch Hans Grün, der insgesamt 31 Jahre, d.h. während seiner gesamten Mandatsdauer, dem Sportausschuss angehörte.<sup>164</sup> Damit lag er deutlich über der durchschnittlichen Dauer der Zugehörigkeit aller Ausschussmitglieder, die bei den Mitglieder der SPD bei 9,5 Jahren und bei denen der CDU bei 6,9 Jahren lag.<sup>165</sup> Die sozialdemokratische Fraktion wies somit insgesamt eine größere Kontinuität in der Besetzung des Ausschusses auf. An zweiter Stelle nach Hans Grün folgt Friedel Haumann mit einer Amtszeit von 23 Jahren, wobei dieser wiederum mit elf Jahren die längste Zeit als Vorsitzender agierte. Beide Personen, Hans Grün und Friedel Haumann, hatten wichtige Funktionen im Rat. Grün war von 1948 bis 1959 Fraktionsgeschäftsführer, von 1961 bis 1973 stellvertretender, von 1973 bis 1975 Fraktionsvorsitzender und von 1966 bis 1975 Bürgermeister. Haumann war von 1971 bis 1979 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied des CDU-Parteivorstandes. Auch er gehörte während der gesamten Dauer seiner Ratszugehörigkeit dem Sportausschuss an.

Auffällig ist in der Gruppe aller Sportausschussmitglieder die relativ hohe Zahl der Fraktionsvorstandsmitglieder und Fraktionsgeschäftsführer der beiden großen

---

<sup>162</sup> Kölner Stadtanzeiger vom 23.2.1956. Nach HERBERS hatte Burauen diese Form der Öffentlichkeit der politischen Arbeit auf seiner Amerika-Reise kennengelernt. Dahinter steckte zudem die parteienübergreifende Forderung nach einer Modernisierung des kommunalpolitischen Systems. Vgl. HERBERS, *Der Verlust*, S. 213.

<sup>163</sup> DERES, *Die Fraktion*, S. 54.

<sup>164</sup> Kurzbiographie Hans Grün siehe Anhang.

<sup>165</sup> Von den insgesamt 60 Personen, die im Zeitraum von 1947 bis 1975 im Sportausschuss waren, gehörten 23 der SPD, 29 der CDU, 6 der F.D.P. und 2 der KPD an. Die Liste der Sportausschussmitglieder 1947 bis 1975 siehe Tabelle 20 im Anhang.

Parteien.<sup>166</sup> Auch bei der F.D.P. gehörte mit Dr. Friedrich Jakobs ein Vorstandsmitglied der Fraktion dem Sportausschuss immerhin 14 Jahre lang an. Die Beteiligung dieser Personengruppe ist ein Hinweis darauf, dass Sport als populäres, aber weniger arbeitsintensives Betätigungsfeld galt. Die Altersstruktur der insgesamt 60 Sportausschussmitglieder zwischen 1946 und 1975 zeigt zudem ein Übergewicht für die jüngeren Stadtverordneten. Zu Beginn ihrer Amtsperiode waren 31 Ausschussmitglieder jünger als 44 Jahre, zehn weitere waren zwischen 45 und 50 Jahre alt. 16 Personen waren älter als 50, wobei fünf der insgesamt sieben weiblichen Mitglieder zu dieser Altersgruppe gehörten. Im Vergleich dazu bewegte sich das allgemeine Durchschnittsalter aller Ratsmitglieder beim Eintritt in die jeweilige Amtsperiode im Zeitraum zwischen 1952 und 1964 zwischen dem niedrigsten Wert von 47,6 Jahren für die SPD-Fraktion (1964) und dem höchsten von 60,6 Jahren für die F.D.P.-Fraktion (1956).<sup>167</sup> 33 Stadtverordnete wurden mit Beginn ihrer ersten Ratsperiode auch Mitglied im Sportausschuss.

Für die gesamte Gruppe der Sportausschussmitglieder konnte nur in 16 Fällen eine Mitgliedschaft zu Sportorganisationen nachgewiesen werden.<sup>168</sup> Einsam an der Spitze liegt dabei der Sozialdemokrat Mathias Nießen, der gleich in vier Sportvereinen Mitglied war und beim Kölner Eisklub und beim Schwimmverein Rhenania zudem das Amt des Präsidenten und beim Kölner Klub für Luftsport das Amt des zweiten Vorsitzenden inne hatte. Vier weitere Sozialdemokraten gehörten ehemaligen Arbeitersportvereinen an. Verbindungen zu den katholischen DJK-Vereinen gab es bei der CDU durch die Stadtverordneten Paulus und Sampels.<sup>169</sup> 1966 gründeten die Sportausschussmitglieder eine eigene Sportgruppe, was „auch ein gutes Beispiel“ für die Bevölkerung darstellen sollte.<sup>170</sup> Die Initiative war ursprünglich von der Verwaltung ausgegangen, die sich mit einem Einladungsschreiben an die Sportausschuss- und

---

<sup>166</sup> Bei der SPD waren dies Burauen, Grün, Erfen, Schlösser, Neumann und Wendland, bei der CDU Conin, Haumann, Mick und Schneider.

<sup>167</sup> ECKERT-MÜNCH, Anne, „Die Mitglieder des Rates der Stadt Köln zwischen 1952-1969“, in: DÜLFER, Jost (Hg.), *Köln in den 50iger Jahren*, Köln 2001, S. 84.

<sup>168</sup> Es ist zu vermuten, dass die Zahl höher liegt. Da das Kriterium aber selten in den Biographien auftaucht, sind die Vereinsmitgliedschaften fast nur dort zu eruieren, wo gleichzeitig ein Vorstandsamt damit verbunden war.

<sup>169</sup> Paulus war Vorsitzender des DJK-Kreisverbandes Köln, Sampels stand bereits seit der Weimarer Zeit – wie sein Bruder Josef – der katholischen Jugendbewegung nahe.

Bürgermitglieder wandte und an die Ratsfraktionen vorbereitete Teilnehmerlisten versandte.<sup>171</sup> Von 17 Sportausschussmitgliedern meldeten sich immerhin zehn Interessenten, sowie zwei Bürgermitglieder und fünf weitere Ratsmitglieder zu dieser Sportgruppe an.

Selbst wenn man von einer grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber dem Sport ausgehen kann, schien für die Zugehörigkeit zum Sportausschuss keine weitere fachliche Kompetenz ausschlaggebend zu sein. Auf der anderen Seite galt die Arbeit für den Sport gerade für jüngere, aufstrebende Stadtverordnete als geeignetes Feld, Popularität und den Bekanntheitsgrad zu steigern. Die Arbeit im Sportausschuss war für die Ratsmitglieder mit Zukunftsaussichten auf eine politische Karriere, die deshalb auch in den großen Ausschüssen vertreten sein mussten, keine zu große zusätzliche Belastung.<sup>172</sup> Die Unerfahrenheit der vorwiegend jüngeren Ratsmitglieder schien für die Ausschussarbeit keine Rolle zu spielen, allerdings traute man ihnen vielleicht auch eine größere Akzeptanz bei den Vereinen zu. Auch für die Fraktionsvorsitzenden und Geschäftsführer war der Sportausschuss ein geeigneter Bereich, trotz ihres großen Arbeitspensums, Bürgernähe zu demonstrieren. Aus der Sicht der Sportvereine und -verbände konnte dies ebenfalls von Vorteil sein, da sie ihre Belange auch in der Gruppe der sogenannten Vorentscheider gut vertreten sahen. Zum Personenkreis der jungen aufstrebenden Politiker gehörten zum Beispiel die Sozialdemokraten Theo Burauen, Hans Grün, Erich Neumann, Matthias Nießen, Franz Schlösser und Franz Wendland.<sup>173</sup>

---

<sup>170</sup> VRK vom 15.12.1966, S. 414. Sportausschuss-Vorsitzender Haumann forderte auch die übrigen Ratskollegen auf, „kräftig mitzutun“.

<sup>171</sup> Die Trainingsstunden sollten Montags von 18.00 bis 20.00 Uhr in der gewerblichen Berufsschule Perlengraben stattfinden. HASStK, Acc. 871, Nr. 843, Sportliche Betätigung der Ratsmitglieder. Darüber hinaus wurden keine Anhaltspunkte über die Resonanz auf diese Aktion gefunden.

<sup>172</sup> Dies würde der Aussage von RUMMELT (1998), dass sportpolitisches Engagement nicht geeignet sei, eine politische Karriere zu machen, widersprechen. Siehe RUMMELT, *Moderne-Sport-Kommune*, S. 283 ff. Seiner Einschätzung bezüglich des von ihm festgestellten geringen Stellenwerts der sportpolitischen Arbeit kann man bedingt zustimmen. Die hohe Zahl der höher belasteten Ratsmitglieder legt den Schluss nahe, dass der Sportausschuss als „Anhängsel“ der übrigen Ratstätigkeit gesehen wurde. Eine Entscheidung über die Mitwirkung im Sportausschuss erfolgte wahrscheinlich auch aus parteitaktischen Überlegungen, was aber noch nicht heißt, dass fachliche Kompetenzen in diesem Bereich nicht mit ausschlaggebend waren. Die Feststellung KRAMERS (1986), dass „lokale Parteiorganisationen [...] kommunale Sportpolitik als Möglichkeit der Profilierung“ nutzen, scheint für die Kölner Verhältnisse daher ebenfalls zuzutreffen. Siehe KRAMER, „Sportpolitische Entscheidungsprozesse“, S. 452.

<sup>173</sup> Theo Burauen (Alter bei Amtsantritt: 40 Jahre) war zum Zeitpunkt seiner ersten Amtsperiode Fraktionssekretär, von 1948 bis 1956 Fraktionsvorsitzender der SPD und von 1956 bis 1973 Oberbürgermeister. Hans Grün (38 Jahre) bekleidete das Amt des Fraktionsgeschäftsführers von 1948 bis 1959, war Fraktionsvorsitzender von 1973 bis 1975, sowie Bürgermeister von 1966 bis 1975. Erich

Der CDU-Stadtverordnete Rudi Conin rückte 1953 mit 32 Jahren für den verstorbenen Josef Sampels in den Rat und übernahm auch seine Position im Sportausschuss. Von 1961 bis 1968 war er stellvertretender, 1968 bis 1971 Fraktionsvorsitzender der CDU. Vergleichbare Karrieren machten die CDU-Stadtverordneten Josef Mick und Friedel Haumann, sowie der F.D.P.-Politiker Dr. Friedrich Jacobs.<sup>174</sup>

Ob dort, wo einflussreiche Persönlichkeiten den Sport repräsentieren oder ein kommunales Mandat mit der Vereinsfunktion in Personalunion verbundenen waren, tatsächlich eine „gesteigerte sportpolitische Wirkung“ erzielt wurde, muss anhand der ausgewählten Themen im zweiten Kapitel noch geklärt werden.

### 2.3.2.3. *Bürgermitglieder*

In der ersten Sitzung im Mai 1947 berieten die Ausschussmitglieder auch über die Einberufung fünf sachverständiger Bürgervertreter, die in beratender Funktion ohne Stimmrecht an den Sportausschuss-Sitzungen teilnehmen sollten. Das Vorschlagsrecht für die in Frage kommenden Personen wurde dem Zweckverband für Leibesübungen zuerkannt. Vorgeschlagen wurden Dr. Peco Bauwens (für den Zweckverband), Alfons Kierdorff (Rasensportverband), Karl Halfen (Verband Kölner Turnvereine), Oskar Stauf (Verband Kölner Schwimmvereine) und Wilhelm Hennerici (Bezirksausschuss Kölner Radsportvereine). Auf Antrag des Sozialdemokraten Theo Burauen wurde die Zahl der Sachkundigen auf sechs erhöht und Hein Hamacher als zuständiger Experte für „allgemeine Sportangelegenheiten“ vorgeschlagen und berufen.<sup>175</sup> Die zahlenmäßige Unterlegenheit der Sozialdemokraten konnte durch einen weiteren Bürgervertreter zwar nicht ausgeglichen werden, zumal diese an Abstimmungen nicht teilnehmen durften. Hein Hamacher gehörte aber zur Riege der ehemaligen Arbeitersportler und war

---

Neumann (42 Jahre) war von 1971 bis 1975 Fraktionsgeschäftsführer. Der Bauunternehmer Franz Schlösser (41 Jahre) war von 1962 bis 1969 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ihm folgte Franz Wendland (32 Jahre) in diesem Amt von 1969 bis 1978. Matthias Nießen (41 Jahre) gehörte dem Parteivorstand an.

<sup>174</sup> Josef Mick (38 Jahre) war von 1956 bis 1961 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und wurde Mitglied des Bundestages. Friedel Haumann (32 Jahre) war stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Dr. Jakobs (43 Jahre) war Fraktionsvorsitzender und von 1969 bis 1979 der erste Bürgermeister seiner Partei in Köln.

<sup>175</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 5886, Niederschrift der Sitzung vom 9.5.1947.

Vorstandsmitglied der Freien Wassersportvereinigung Groß-Köln. Als Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten genoss er bei den Sozialdemokraten hohes Ansehen. Bei dem starken Übergewicht der konservativen Kräfte im Sportausschuss und bei den Bürgermitgliedern wollte man auf einen Mann wie Hein Hamacher möglicherweise nicht verzichten.

Für Hein Hamacher rückte 1950 der Vorsitzende des Kölner Regatta-Verbandes Theo Frank nach. Ansonsten blieb diese Personengruppe, durch die die großen Fachverbände vertreten waren, bis in die 1960er Jahre fast unverändert, so dass die Mehrzahl über zehn Jahre in diesem Gremium agierte.<sup>176</sup> Die Bürgermitglieder wurden alle zwei Jahre vom Zweckverband vorgeschlagen und gewählt. Die Reputation der einzelnen Personen mag bei dieser Kontinuität eine Rolle gespielt haben, handelte es sich doch fast ausschließlich um lang gediente Sportfunktionäre, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg organisatorische Erfahrungen gesammelt hatten. Allerdings sollten sich nach Ansicht des Zweckverbandes die Bürgermitglieder keineswegs als Vertreter ihres Verbandes verstehen, sondern hatten die „Verpflichtung“ Vertreter des gesamten Zweckverbandes zu sein.<sup>177</sup> Dennoch wird es ein Bestreben der Fachverbände gewesen sein, einen Vertreter in dieses Gremium zu entsenden. Durchgängig gut vertreten waren der Fußballverband und der Kölner Turngau. Die Radsportler hatten nach dem Ausscheiden ihres Vorsitzenden Wilhelm Hennerici 1960 im Ausschuss keinen Vertreter mehr.

Die Funktion des Bürgermitglieds bot auch die Möglichkeit bestimmte Personen nach Beendigung ihrer Ratstätigkeit in die Arbeit des Sportausschusses einzubinden. Dies wird an mehreren Beispielen deutlich: 1956 sollte die Zahl der Bürgermitglieder auf Wunsch des Zweckverbandes um eine weitere Person erhöht werden. Mit Schreiben an den Oberbürgermeister vom 29. November 1956 teilte der Geschäftsführer Willi Schwarz den einstimmigen Beschluss und den Vorschlag des Zweckverbandes mit, Karl Paulus in den zukünftigen Sportausschuss zu wählen. Dabei sollte es sich um einen „Sonder- bzw. Ausnahmefall“ handeln, der „mit Rücksicht auf die besonderen

---

<sup>176</sup> Die längsten Amtszeiten hatten Karl Halfen mit 28 Jahren (1947-1975), Oskar Stauf mit 22 Jahren (1947-1969) und Theo Frank mit 19 Jahren (1950-1969).

Verdienste des Herrn Paulus um den Sport, also ohne jede Rücksicht auf seine Partei-, Religions- oder Verbandszugehörigkeit“ einmalig zum Tragen kommen sollte.<sup>178</sup> Der CDU-Mann Paulus, der in der zurückliegenden Wahlperiode abwechselnd mit dem Stadtverordneten Grün den Sportausschussvorsitz inne hatte, war bei der Kommunalwahl 1956 nicht wieder in den Rat eingezogen. Erstmals hatten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit gewonnen, die sich auch in der Besetzung der Ausschüsse widerspiegelte. Ob der Versuch, den DJK-Kreisvorsitzenden Paulus weiterhin über die Mitgliedschaft als Bürgervertreter im Sportausschuss zu positionieren nicht doch aus parteipolitischem Kalkül gestartet wurde, lässt sich aber nur vermuten.<sup>179</sup>

1961 wurde die Zahl der Bürgermitglieder nochmals erhöht auf neun Personen. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Wahl von Dr. Friedrich Jacobs. Die F.D.P. war nach der Kommunalwahl nicht mehr im Rat vertreten, das ehemalige Sportausschussmitglied Jacobs wurde bis 1969 auf Vorschlag des Zweckverbandes nun Bürgermitglied. Jacobs war zwar Vorsitzender des KHTC Blau-Weiß Köln, hatte aber darüber hinaus keine Funktion in einem übergeordneten Sportfachverband. 1969 zog Jacobs wieder in den Rat ein, wurde Bürgermeister und erneut Mitglied des Sportausschusses. Einen ähnlichen Verlauf hatte die Beteiligung von Heinrich Schmitz (CDU), der 1960 Mitglied des Landtages wurde und 1961 aus dem Rat ausschied. Der Sportausschussvorsitzende von 1958 und 1960 verblieb bis 1964 als Bürgermitglied in diesem Gremium.

---

<sup>177</sup> Dies betonte Johannes Sampels bei der Beratung über die Bürgermitglieder 1956. Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll über die Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter des Zweckverbandes vom 6.11.1956.

<sup>178</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Schreiben des Zweckverbandes an den Oberbürgermeister vom 29.11.1956; Protokoll über die Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 28.11.1956. Paulus sollte zudem zu den künftigen Sitzungen des Zweckverbandes eingeladen werden.

<sup>179</sup> Es lässt sich auch nicht mehr rekonstruieren, mit welcher Begründung dem Wunsch des Zweckverbandes nicht stattgegeben wurde.

<b>Bürgermitglieder</b>	<b>Zeitraum</b>	<b>Funktionen</b>
Dr. Peco Bauwens	1947 - 1963	Präsident DFB, LSB, Ehrenvorsitzender Zweckverband
Alfons Kierdorff	1947 - 1960	Rasensportverband, Fußball-Verband Mittelrhein (Vorsitzender)
Oskar Stauf	1947 - 1969	Ortsverband Kölner Schwimmvereine (Vorsitzender)
Wilhelm Hennerici	1947 - 1960	Bund Deutscher Radfahrer, Bezirk Köln (Vorsitzender), RSC Staubwolke (Vorsitzender)
Karl Halfen	1947 - 1975	Kölner Turngau (Vorsitzender, stv. Vorsitzender)
Hein Hamacher	1947 - 1950	Freie Wassersportvereinigung Groß-Köln
Theo Frank	1950 - 1969	Kölner Regatta-Verband (Vorsitzender)
Willi Kohlhaas	1960 - 1969	Sportjugend
Dr. Friedrich Jacobs	1961 - 1969	KHTC Blau-Weiß (Vorsitzender)
Hermann Schmaul	1961 - 1975	Fußballverband Mittelrhein, Kreis Köln, 1. FC Köln (Vorsitzender)
Heinrich Schmitz	1961 - 1964	Kölner Rudergesellschaft, MdL 1960-1966
Kurt Wertz	1961 - 1964	
Dr. Paul Ernst Bauwens	1964 - 1969	KTHC „Stadion Rot-Weiß“, Tennisverband Mittelrhein (Vorsitzender)
Fritz Busse	1969 - 1975	Geschäftsführer SSBK, Fußballverband Mittelrhein

Tabelle 3: Bürgermitglieder im Kölner Sportausschuss von 1947-1975

Das Verfahren zur Wahl von Bürgermitgliedern war in den Ausschüssen nicht einheitlich geregelt. 1955 beanstandete Bürgermeister Burauen, dass es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen sei, „für die Heranziehung von Bürgermitgliedern in bestimmten Ausschüssen eine Regelung zu finden“.<sup>180</sup> Dies galt für den Sportausschuss nicht, da die Regelung über das Vorschlagsrecht des Zweckverbandes bzw. Stadtsportbundes nie in Frage gestellt wurde. Die Protokolle der Sportausschuss-

<sup>180</sup> VRK vom 10.2.1955, S. 99. Burauen erwähnte darüber hinaus, dass man nun einen Ausschuss gebildet habe, der sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen sollte.

Sitzungen geben allerdings nur wenige Hinweise auf die „beratende“ Funktion der Bürgermitglieder, so dass deren tatsächlicher Einfluss auf Entscheidungen nicht nachzuvollziehen ist. Ab 1956 waren die Sportausschuss-Sitzungen öffentlich. Mit der Ernennung zweier „Berichterstatter“ aus den Reihen der Bürgermitglieder reagierte der Zweckverband auf diese Neuerung, um zu verhindern, dass die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und den Verbänden nicht ohne Beteiligung der Dachorganisation stattfand. Die Berichterstatter erhielten den Auftrag, alle relevanten Informationen und Beschlüsse direkt an die Verbandsvertreter weiterzuleiten.

Zwecks besserer Vorbereitung auf die anstehenden Tagesordnungspunkte tagten die Bürgermitglieder ab 1961 bereits eine halbe Stunde vor Beginn der Ausschuss-Sitzungen, denn nur so würde erreicht, „in der Sitzung und zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung als geschlossenes Ganzes aufzutreten“.<sup>181</sup> Der Wille, gegenüber dem politischen Gremium eine entsprechende einstimmige Position einzunehmen, wird darin erkennbar. Als 1969 die Zahl der Bürgermitglieder auf drei Personen reduziert wurde, verlor der organisierte Sport und hier insbesondere die Fachverbände einen Teil des Mitspracherechts.<sup>182</sup>

### **2.3.3. Der Sport in den Kölner Parteien**

Fast alle vergleichende Darstellungen über die sportpolitischen Aussagen der einzelnen Parteien, die auf Bundesebene gemacht wurden, kommen zu dem Ergebnis, dass eine „frappierende Übereinstimmung“ in den Programmen besteht.<sup>183</sup> Diese Gleichförmigkeit mit fast identischen Formulierungen betrifft die pädagogischen, gesundheitlichen und sozialen Funktionen des Sports, das Prinzip der Subsidiarität zwischen Sport und Staat, die Ablehnung von staatlichem Dirigismus und die

---

<sup>181</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung des Zweckverbandes vom 17.4.1961.

<sup>182</sup> Siehe dazu auch Kapitel 2.4.4.3.

<sup>183</sup> DIGEL, „Die öffentliche Sportverwaltung“, S. 71 ff. DIGEL (1988) stellte im Rahmen seiner Analyse der programmatischen Aussagen der Parteien fest, „daß die Parteien sich sehr stark an den Interessen der freien Sportbewegung ausrichten, ja daß die Parteien bemüht sind, es dem Sport recht zu machen“. Eine grundsätzliche Änderung hat sich nach seiner Meinung durch den Einzug der „Grünen“ in einige Parlamente ergeben, deren Sportprogramm sich in wesentlichen Punkten von den bislang üblichen



Anerkennung der politischen Neutralität im Sport. Aus politische Machtkämpfen soll der Sport heraus gehalten werden. So vertrat die F.D.P. noch 1977, „daß sich der Sport nicht als Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzung“ eigne.<sup>184</sup>

Die Notwendigkeit einer öffentlichen Sportförderung wurde dagegen von allen Parteien anerkannt. Einige graduelle Unterschiede bestanden über Ziele, Realisierungswege und Gestaltung des sportlichen Alltags. Einen ersten Überblick über die Aussagen der Parteien zu Sport und Leibesübungen lieferten BRUNS und DIECKERT 1969.<sup>185</sup> Ein direkter Vergleich der verschiedenen Aktionspläne aus den Jahren 1963 und 1964 brachte abgesehen von den bereits genannten Übereinstimmungen das Ergebnis, dass alle Parteien sich für eine verstärkte Förderung des Breiten- und des Leistungssports einsetzen wollten und die Maßnahmen des DSB und des „Goldenen Plans“ befürworteten. Über die Aussagen der CDU hinaus gingen die sozialdemokratischen Vorschläge, eigene Dienststellen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene einzurichten, die „alle Maßnahmen zur Förderung des Sportes koordinieren“ sollten.<sup>186</sup> Als reale Arbeitshilfe verstand die SPD ihre 1968 herausgegebenen „Empfehlungen zur Sportförderung, in Städten, Gemeinden und Landkreisen“.<sup>187</sup> WEICHERT (1976) analysierte in einer empirischen Studie sportpolitische Dokumente der Parteien und die darin konzipierten Ziele. Er wies darauf hin, dass SPD und F.D.P. den Sport stärker „gesellschaftlich-öffentlich“, die CDU/CSU mehr „individuell-anthropologisch“ rechtfertigten.<sup>188</sup>

Mit dem Ziel, das tatsächliche Einflusspotential von Parteien auf die Gestaltung des Sportalltags zu erfassen, befragte KRAMER (1986) Sportamtsleiter mehrerer Städte

---

sportpolitischen Stellungnahmen der Parteien unterscheidet. Da diese Partei für den Untersuchungszeitraum keine Rolle spielt, soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden.

<sup>184</sup> F.D.P., Liberale Leitlinien 1977, S. 15. In ähnlicher Weise äußerten sich die anderen Parteien. Bei der CSU hieß es: „Politik muss sich der Versuchung erwehren, Sport als Plattform für die eigene Selbstdarstellung bzw. zur Lösung sportfremder Probleme zu mißbrauchen.“ Vgl. Sportprogramm der CSU, S. 9.

<sup>185</sup> BRUNS, Wilhelm/ DIECKERT, Jürgen, „Die Stellung der politischen Parteien Deutschlands zu Sport und Leibeserziehung“, in: *Leibeserziehung* 18(1969)10, S. 397-400. Erste Veranstaltungen und die Gründungen der Sportausschüsse bzw. Sportbeiräte der beiden großen Volksparteien fanden 1964 statt.

<sup>186</sup> Siehe BRUNS/DIECKERT, „Die Stellung der politischen Parteien“, S. 399.

<sup>187</sup> Darin enthalten waren detaillierte Vorschläge zur verwaltungsmäßigen Organisation, zur Planung und Ausstattung von Sportstätten, zur Benutzung von Sportstätten und Bädern, sowie zur Beihilfenpraxis und Durchführung von Veranstaltungen.

<sup>188</sup> WEICHERT, Willibald, *Analyse sportpolitischer Aussagen in Dokumenten der Parteien des Deutschen Bundestages*, Gießen 1976. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangte die Untersuchung von SCHMIDT (1979). Siehe SCHMIDT, Karl, *Sportprogramme der politischen Parteien*, Wiesbaden 1979.

und Gemeinden. Er stellte fest, dass die Mehrzahl der Personen den Einfluss der Parteien auf die kommunale Sportpolitik eher „stark“ einschätzten.<sup>189</sup> Ein im Grunde von politischen Entscheidungen abhängiger Verwaltungsmitarbeiter wird Parteipolitik sicherlich eher als einflussreich empfinden, als ein Außenstehender. Einen anderen Zusammenhang, nämlich dass Parteipolitik in der kommunalen Sportpolitik kaum eine Rolle spiele, da die starke institutionelle und finanzielle Abhängigkeit der Städte von Land und Bund nur wenig Spielraum für parteipolitische Auseinandersetzungen ließe, formulierte KLEIN (1996).<sup>190</sup> Diesem Argument steht die frühere Aussage RUMMELTS (1986) entgegen, der gerade bei geringer werdendem (finanziellem) Spielraum die „Grabenkämpfe“ um so größer werden sah. Politische Entscheidungen über die Bereitstellung finanzieller Ressourcen haben immer Konfliktpotential, da es darum geht, Prioritäten setzen zu müssen. Das Fehlen von parteipolitischen Auseinandersetzungen im Sport ist daher auch nicht zwangsläufig mit dem Fehlen von sportpolitischen Vorstellungen überhaupt gleichzusetzen. Möglicherweise werden die unterschiedlichen Absichten nur weniger öffentlich ausgetragen und die Entscheidungswege sind andere.

In den Programmen der Kölner Parteien tauchte das Thema Sport ab 1960 auf. Unter dem Slogan „Der Sport hat das Wort“ formulierte die SPD 1960 ihre kommunalpolitischen Leitsätze.<sup>191</sup> Die sieben genannten Forderungen bezogen sich ausschließlich auf die Sportstätteninfrastruktur (Sport- und Spielplätze, Turnhallen, Frei- und Hallenbäder), die „aus Gründen der Gesundheitsvorsorge“ und entsprechend der steigenden Einwohnerzahl geschaffen werden sollte. Mit dem letzten Punkt legten sich die Sozialdemokraten auf ihre Zielgruppe fest:

---

<sup>189</sup> KRAMER, „Sportpolitische Entscheidungsstrukturen“, S. 451.

<sup>190</sup> KLEIN, Marie-Luise, „Kommunale Sportpolitik in den 90er Jahren“, in: LÜSCHEN, Günther, RÜTTEN, Alfred (Hg.), *Sportpolitik – sozialwissenschaftliche Analysen*, Stuttgart 1996, S. 226. Nach RUMMELT belegen die Untersuchungen von AHLSTICH (1995), KRAMER (1986) und HÜBNER (1993) die parteipolitische Praxis: „Weil die institutionelle und finanzielle Abhängigkeit [...] größer geworden ist und deshalb der Gestaltungsspielraum der Gemeinden verringert, gibt es um den kleiner gewordenen Gestaltungsspielraum erbitterte parteipolitische „Grabenkämpfe“, besonders dann, wenn z.B. Schuldzuweisungen einer „verfehlten Sportstättenentwicklung“ ursächlich auf die Regierungs- und Definitionsmacht des jeweiligen politischen Gegners reduziert wird.“ Vgl. RUMMELT, „Plädoyer für eine moderne Sportkommune“, S. 76.

<sup>191</sup> HASTK, Best. 248, Nr. 114. Das Folgende ebenda.

„Die Fraktion der SPD betrachtet es als ihre kommunale Aufgabe, den Amateursport in besonderem Maße zu fördern. Übungsstätten und Sportgeräte müssen in ausreichender Zahl bereitstehen. Bei ihrer Pflege und Unterhaltung hat die Stadt Hilfe zu leisten.“

Im SPD-Kommunalwahlprogramm 1964 blieb der Sport unberücksichtigt. 1968 gründete die SPD Mittelrhein einen eigenen Sportausschuss. Bei deren Gründungsversammlung im Stadtgarten hielt der Kölner Sportamtsleiter Friedel Schirmer einen Vortrag mit dem Thema „Förderungsplan Leistungssport“. Mitglieder des Ausschusses waren u.a. die Stadtverordneten Alfred Vulpes, Franz Wendland und Willi Glomb.<sup>192</sup> Über die Arbeit dieses Ausschusses und sein Einfluss auf das sportpolitische Engagement der lokalen SPD konnten keine Informationen gefunden werden. Eine Hinwendung zum Leistungssport erkennt man im Kommunalwahlprogramm der SPD 1975. Als eine „der wichtigsten Aufgaben zielstrebigere Freizeitpolitik“ sah die Kölner SPD nun die Förderung des „Breiten- und Leistungssport“ und sie wollte die Voraussetzungen schaffen, „um mehr ‚Sport für alle‘ möglich zu machen und den Leistungssport weiterzufördern“.<sup>193</sup> Einen günstigen Einfluss auf die Wähler erhoffte man sich nun auch durch die Aufzählung von Leistungen der Vergangenheit. Genannt wurden z.B. die Schaffung der Bezirkssportanlagen, die Öffnung der Sportstätten für „Nichtorganisierte“, die Nachwuchsförderung und die kostenlose Nutzung der Anlagen für Amateursportvereine.

Im ersten nachweisbaren Kölner „Sportprogramm der CDU“, das vermutlich zur Kommunalwahl 1969 aufgestellt wurde, heißt es u.a.: „Die Sportförderung in der Stadt Köln sollte gleichrangig gesehen werden wie die Sozial-, Gesundheits- und Kulturarbeit. Die CDU fordert daher für die nächsten Jahre eine weitaus größere finanzielle Beteiligung an der Schaffung notwendiger Sport- und Übungsstätten.“<sup>194</sup> In der Umsetzung hätte diese Forderung eine Erhöhung der Haushaltsmittel für den Sport um ein Mehrfaches bedeutet. Inwieweit dieses Versprechen im Falle eines Wahlsieges tatsächlich eine Chance gehabt hätte, ist eher fraglich.

---

<sup>192</sup> *Kölner Sportkurier* 23 (1968) H. 5/6, S. 30.

<sup>193</sup> HASTK, ZS V/31/22. Das Programm der Kölner SPD für die Kommunalwahl am 4. Mai 1975.

<sup>194</sup> HASTK, Best. 1276, Nr. 47, o. Pg. Sportprogramm der CDU. Weitere Forderungen bezogen sich auf eine bessere Koordination der Verwaltung, die Aufstellung eines Sportstättenleitplans und den Neubau des Stadions. Zuvor wurde der Sport scheinbar in keinem Kommunalwahlprogramm erwähnt.

In zunehmendem Maß hatte der Sport als politisches Thema seine Anerkennung gefunden und wurde in den Wahlprogrammen berücksichtigt. Andererseits wurden die Parteien mit ihren sportpolitischen Aussagen auch von den Sportlern registriert. Der stellvertretende Vorsitzende des Kölner Zweckverbandes Dr. Willi Schwarz forderte im Frühjahr 1964:

„Fragen wir die Parteien und ihre Kandidaten in diesen wichtigen Zeiten vor den Wahlen u.a. auch, wie sie zu Turnen und Sport, zu Leibesübung, Leibeserziehung und Sportübungsstättenbau stehen. Merken wir uns dann diese Stellungnahmen, um später gegebenenfalls daran erinnern zu können.“<sup>195</sup>

Der Eindruck, der sich sowohl in den Rats- und den Sportausschussprotokollen, sowie in einigen Redebeiträgen widerspiegelt, und der nicht zuletzt auch von Zeitzeugen bestätigt wird, dass im Sport nur selten parteipolitisch gestritten wurde, muss vor dem Hintergrund der allgemeinen kommunalpolitischen Atmosphäre in Köln relativiert werden. HERBERS (2003) beschrieb die bis in die 1960er Jahre vorherrschende „Konkordanzdemokratie“ zwischen den großen Parteien anhand zahlreicher Belege<sup>196</sup>, wie z.B. die Äußerung Görlingers aus dem Jahr 1951: „Ich kenne keine Stadt, in der eine solche Zusammenarbeit in der Stadtvertretung ohne Unterschied der politischen Richtung herrscht wie in Köln. Selbst dort, wo die politischen Gegensätze bestehen, ist in der Liebe zur Stadt ein Zusammenwirken der Kräfte vorhanden, das wirklich einmalig ist.“ Dieses Zusammenwirken, das in Form von interfraktionellen Treffen, in den Ausschüssen und in Vorgesprächen praktiziert wurde, verlieh den Kölner Politikern in Land und Bund den Titel einer „Kölschen Fraktion“.

Ausgehend von der Beobachtung, dass einerseits Lokalpolitiker gerne die Nähe von Vereinen und Verbänden suchten, andererseits die Sportorganisationen über Politiker die Gelegenheit wahrnahmen, Einfluss zu nehmen, liegt es nahe die personellen Verflechtungen beider Bereiche näher zu betrachten. Vereinzelt

---

<sup>195</sup> Dr. Willi Schwarz, „Grossinvestitionsbedarf der Gemeinden [...] auch für Sportübungsstätten.“ Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Manuskript vom 24.6.1964. Eine ähnliche Frage hatte Willi Daume vor den Bundestagswahlen auf dem DSB-Bundestag 1956 formuliert, wo er vor einer Unterbewertung des Sports von Seiten der Volksvertreter warnte, die die Bedeutung des Sports ignorieren könnten, weil hinter dem Sport „keine politische Machtgruppe steht.“ Siehe PABST, *Sport-Medium der Politik?*, S. 213.

<sup>196</sup> Eine Auswertung des Abstimmungsverhaltens der Parteien im Kölner Stadtrat ergab, dass die Zahl der einstimmig gefassten Beschlüsse im Rat ständig anstieg. 1963 und 1964 gab es jeweils nur noch eine

Untersuchungen zu den sozialen Aktivitäten der Mandatsträger im „vopolitischen Raum“ haben deren Bedeutung erforscht.<sup>197</sup> HORN/ KÜHR (1978) stellten dabei ausgeprägte parteispezifische Unterschiede der beiden großen Parteien SPD und CDU fest. Bei der CDU rangierten neben den Sportvereinen die kirchlichen Organisationen an erster Stelle, bei der SPD die Gewerkschaften.<sup>198</sup> Die wenigen vorliegenden Darstellungen über die Kölner Parteien nach 1945 geben dazu nur wenige Anhaltspunkte. HERBERS (2003) bescheinigte der Kölner CDU in den 1950er Jahren einen „besseren Zugang“ zu den Vereinen, „weil die meisten Vereine auf das ‚Gutbürgerliche‘ Wert legten“.<sup>199</sup> Einschränkend fügt er an, dass nach 1945 eine „nicht mehr bürgerlich-homogene“ Vereinsstruktur bestanden habe. Für die Kölner SPD stellte er fest, dass sie in den 1950er Jahren „einen nicht unbeträchtlichen Einfluss auf die Sportvereine“ gehabt hätte.<sup>200</sup> HERBERS begründete diese Aussage mit dem Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten im Rat im Zusammenhang mit finanziellen Zuschüssen für Boxveranstaltungen.<sup>201</sup> Die sich darin widerspiegelnde boxsportfreundliche Haltung der SPD, die auch an anderen Stellen durchaus deutlich wurde und im übrigen auch für den Radsport galt, kann als Beweis für ihren politischen Einfluss auf die allgemeine Sportvereinslandschaft allerdings nur sehr bedingt gelten. Hier galt es vielmehr Politik für eine bestimmte Klientel zu betreiben und dabei zog sich die SPD sogar den Unmut der Amateursportvereine zu, die eine Unterstützung von Profiveranstaltungen nicht widerspruchslos hinnahmen.<sup>202</sup>

---

kontroverse Abstimmung zwischen CDU, SPD und F.D.P.. Vgl. HERBERS, *Der Verlust*, S. 590. Das Folgende ebenda.

<sup>197</sup> NABMACHER stellte bei Stadtverordneten in Wuppertal eine erhebliche „Rollenkumulation“ bei der Wahrnehmung von Funktionen lokaler Organisationen und in der Partei fest. Siehe NABMACHER, Karl-Heinz, „Funktionen politischen Personals in lokalen Vertretungskörperschaften“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4(1973)Nr. 4, S. 550-566.

<sup>198</sup> HORN, Wolfgang, KÜHR, Herbert, *Kandidaten im Wahlkampf*, Meisenheim 1978.

<sup>199</sup> HERBERS, *Der Verlust*, S. 576. Dabei stützte sich HERBERS auf die allgemeine Darstellung von Rüdiger ALTMANN, *Das Erbe Adenauers*, München 1963, S. 91.

<sup>200</sup> HERBERS, *Der Verlust*, S. 577. Begründung siehe FN 195.

<sup>201</sup> Für den am 30.1.1959 stattfindenden Boxkampf mit Peter Müller sollten 6.000 DM Mietzuschuss der Stadt bewilligt werden, was mit 20 zu 19 Stimmen abgelehnt wurde. Herbers vermutet in diesem Verhalten einen parteipolitischen Hintergrund, der von der CDU auch im Wahlkampf aufgegriffen wurde, im dem sie mit Hinweis auf den genannten Vorfall der SPD Bevorzugung des Profisports vorwarf.

<sup>202</sup> Siehe dazu Kapitel 3.1.3.2. (Kölner Sporthalle).

In den späten 1970er Jahren untersuchte GAU das Sozialprofil der Mitglieder des Rates der Stadt Köln.<sup>203</sup> Dabei wiesen der überwiegende Teil der sozialdemokratischen Stadtverordneten bis zu drei Mitgliedschaften in freiwilligen Organisationen auf, während fast zwei Drittel der Angehörigen der CDU-Fraktion in vier und mehr Vereinen gleichzeitig aktiv waren.<sup>204</sup> Die Mandatsträger der CDU zeigten dabei „keine deutliche Präferenz für bestimmte lokale Organisationen“, die Mitgliedschaften in Geselligkeitsvereinen und kirchlichen Vereinen lagen an der Spitze, dicht gefolgt von den Bürgervereinen und den Sportvereinen.<sup>205</sup> Bei den SPD-Ratsmitgliedern gehörten 95% der Arbeiterwohlfahrt und 71% den Gewerkschaften an.

Einige Politiker, die sich in Vereinen engagierten, wurden bereits im Zusammenhang mit dem Sportausschuss genannt. Dabei wurde von Seiten der CDU die Verwurzelung mit den traditionell-bürgerlichen DJK-Vereinen, als auch von Seiten der SPD mit den ehemaligen Arbeitersportvereinen ansatzweise erkennbar, wenngleich die Gesamtzahl der in Sportvereinen engagierten Stadtverordneten eher gering scheint. Bis in die späten 1950er Jahre gehörten sicherlich die Stadtverordneten Karl Paulus von der CDU und Hans Grün (SPD) zu der Gruppe, die durch informelle Absprachen im Vorfeld sportpolitischer Entscheidungen wirkte. Für den anschließenden Zeitraum waren es der Sportausschussvorsitzende Friedel Haumann (CDU) und sein zeitweiliger Stellvertreter Franz Wendland (SPD), der Hans Grün als Chef der Kölner Sportstätten GmbH ablöste.

Zwei Beispiele sollen an dieser Stelle verdeutlichen, dass die unmittelbare persönliche Nähe zur politischen Ebene direkten Einfluss auf Entscheidungen zugunsten der Sportvereine haben konnte. Als 1949 die Tagespresse einen Plan von Prof. Schwarz veröffentlichte, der im Rahmen seiner Wiederaufbauplanungen u.a. die Beseitigung des Universitätssportplatzes vorsah, erhob der ASV Köln Einspruch.<sup>206</sup> Der Vorsitzende des

---

<sup>203</sup> GAU, Doris, *Politische Führungsgruppen auf kommunaler Ebene*, Köln 1983, S. 88

<sup>204</sup> Dies würde die These von HERBERS stützen, dass Politiker der CDU grundsätzlich einen besseren Zugang zu den Vereinen hatten.

<sup>205</sup> 15 der 29 befragten CDU-Mitglieder waren Mitglied in einem Sportverein. Im übrigen gehörten fast alle befragten Mandatsträger der Kölner F.D.P. einem Sportverein an. Allerdings war die Stichprobe der F.D.P.-Ratsmitglieder so gering, dass sie nicht als repräsentativ gelten kann. GAU, *Politische Führungsgruppen*, S. 89.

<sup>206</sup> Ein ausführliche Darstellung der Wiederaufbauplanungen siehe Kapitel 3.1.1.

ASV, Prof. Dr. Gotthold Bohne<sup>207</sup>, bat den Sportdezernenten „gegen diesen Plan Stellung zu beziehen“. Ein ähnlich lautendes Schreiben sandte die CDU-Fraktion durch Josef Sampels an den Dezernenten, mit dem Hinweis, dass die „Mitglieder des Sportausschusses der CDU“ sich diesem Einspruch anschließen würden.<sup>208</sup> Die persönliche Nähe zwischen Dr. Bohne und Mitgliedern der CDU war mit entscheidend für den Einspruch der CDU-Fraktion, der letztendlich auch zu einer Lösung führte.

Das zweite Beispiel betrifft das F.D.P.-Ratsmitglied Dr. Friedrich Jacobs, der Vorsitzender des KHTC Blau-Weiß war und als Bürgermitglied im Sportausschuss die Interessen des Vereins unmittelbar vertreten konnte. Eine Formulierung im Protokoll des Zweckverbandes vom 6. Juni 1962 lautet: „Bürgermitglied Stauf berichtet über die Sitzung des Sportausschusses und gibt bekannt, dass es dem Kameraden Dr. Jacobs gelungen sei, für seinen KHTC Blau-Weiß die Mittel für zwei neue Tennisplätze genehmigt zu erhalten“.<sup>209</sup> Man kann davon ausgehen, dass Jacobs die Möglichkeit der unmittelbaren Einflussnahme für die Interessen seines Vereins genutzt hatte, was den übrigen Sportausschussmitglieder durchaus bewusst war. Beide Vorfälle waren im Grunde keine sportpolitische Entscheidung im Sinne eines übergeordneten und am Gemeinwohl orientierten Handelns, sondern der direkte Weg zur politischen Ebene verhalf den jeweiligen Vereinen zu erhöhter Durchsetzungskraft.

#### **2.3.4. Die städtische Sportverwaltung**

Die interne Verwaltungsorganisation einer Stadt ist grundsätzlich in drei Ebenen aufgeteilt. Unter dem Oberstadtdirektor an der Spitze gliedert sich die Stadtverwaltung in mehrere Dezernate mit konkreten Aufgabenbereichen, die in den einzelnen Fachämtern angesiedelt sind. Die alte nordrhein-westfälische Kommunalverfassung stellte Politik und Verwaltung sehr viel deutlicher einander gegenüber, als in anderen Bundesländern. Der Kommunalpolitiker verstand sich als „Sprachrohr der Bürger“, als

---

<sup>207</sup> Prof. Dr. Gotthold Bohne war seit dem 19.4.1947 Vorsitzender des ASV Köln und wurde 1949 persönliches Mitglied des NOK.

<sup>208</sup> Schreiben von Dr. Bohne an Dr. Busch vom 13.7.1949, HASTK, Acc. 871, Nr. 137, o.Pg.; Schreiben von Josef Sampels an Dr. Busch. 1954 zog der ASV Köln auf den ehemaligen Schwerathletik-Platz im Müngersdorfer Stadion um.

„Durchsetzer von Parteiinteressen“ und „Kämpfer um die örtliche Gestaltungsmacht“. Den Verwaltungsbehörden wurden häufig nur administrative Funktionen zugesprochen, sie sollten fachliche Qualifikation und Lösungswege einbringen, aber nicht bestimmen. Aus der Beobachtung der Praxis war die „Theorie von der unpolitische Funktion“ der Verwaltung aber kaum haltbar, vielmehr stellte sie im System der Macht- und Einflußstrukturen einen „gewichtigen Faktor“ dar.<sup>210</sup> Im Sinne einer „politischen Verwaltung“ wurden hier Entscheidungen vorbereitet, Führungshilfe gewährt, Prozesse beobachtet und geplant und sie stand damit „in unmittelbarer Nähe zur Politik, da hier politische Überlegungen anzustellen“ waren.<sup>211</sup> Auch die Ressortkoordination innerhalb einer Kommune als Teil einer „gesellschaftlichen Konfliktregelung“ kann bereits als politische Maßnahme angesehen werden, da sich im „Egoismus der Ressorts“ die Machtposition gesellschaftlicher Interessengruppen widerspiegelt.<sup>212</sup> Nach KRAMER (1986) erfüllte gerade die kommunale Sportverwaltung alle Kriterien, die einer solchen politischen Verwaltung zuzuordnen sind: Berücksichtigung parteipolitischer Konstellationen, Abstimmung von Gruppeninteressen und Erarbeitung von Kompromissen.<sup>213</sup>

Das Kölner Stadtamt für Leibesübungen wurde erstmals im Verwaltungsblatt der Stadt Köln vom 25. Juni 1945 mit einer Dienststelle in Ehrenfeld erwähnt. Die ersten in den Akten vorliegenden Schreiben vom September 1945 waren allerdings von der Stadionverwaltung versandt worden, die weiterhin im Müngersdorfer Stadion untergebracht war.<sup>214</sup> Erst mit der Einstellung eines Amtsleiters am 15. Januar 1946

---

<sup>209</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung des Zweckverbandes vom 6.6.1962.

<sup>210</sup> Vgl. KRAMER, „Sportpolitische Entscheidungsstrukturen“, S. 446. Nach LORENZ hat Verwalten immer mit Beeinflussen von Personen zu tun, daher ist jede Verwaltung auch politische Verwaltung. Vgl. LORENZ, H.F., *Verwaltung in der Demokratie*, München 1972, S. 11.

<sup>211</sup> ELLWEIN kategorisierte die städtische Verwaltung in Ordnungsverwaltung, Dienstleistungsverwaltung, wirtschaftliche Verwaltung und Organisationsverwaltung. Vgl. ELLWEIN, Thomas, *Das Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973, S. 360f. Eine ausführliche Darstellung zu Fragen der „Politisierung der Verwaltung“ auf allen Ebenen in: ELLWEIN, *Das Dilemma*. Durch das Verhalten der parlamentarischen Gremien wird die politische Kraft der Verwaltung oft noch verstärkt, indem der Rat aus ökonomischen Gründen Kompetenzen an die Verwaltung überträgt und ihm die Erarbeitung von Realisierungsmöglichkeiten oder Alternativen im Rahmen von Beschlüssen überlässt. Die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker können aufgrund ihres Informationsrückstandes und aus zeitlicher Überforderung ihrer Kontrollfunktion oft nicht genügen.

<sup>212</sup> NABMACHER, „Einflußfaktoren“, S. 88.

<sup>213</sup> KRAMER, „Sportpolitische Entscheidungsprozesse“, S. 447.

<sup>214</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 137, Bl. 2, Siehe Schreiben an den ASV Köln vom September 1945.



nahm das Stadtamt für Leibesübungen seine Arbeit wieder auf und bezog eine neue Dienststelle in der Goebenstraße 10.<sup>215</sup> Im Laufe der nächsten Jahre zog die Dienststelle des Sportamtes mehrfach um.<sup>216</sup> Bis 1950 wurde das Amt im Haushaltsplan gemeinsam mit dem Jugendamt unter der Bezeichnung „Allgemeine Verwaltung der Angelegenheiten der Leibesübung und Jugendertüchtigung“ geführt.<sup>217</sup> Dem Amt waren insgesamt sechs Beamte, sechs Angestellte und fünf Arbeiter zugeteilt. Mit Wirkung vom 20. September 1951 wurde das Stadtamt für Leibesübungen im Rahmen eines neuen Gliederungsplans umbenannt in „Sportamt der Stadtverwaltung Köln“<sup>218</sup>, dem nun noch zwei Beamte und zwei Angestellte angehörten. Dieser Personalbestand erhöhte sich bis 1970 auf insgesamt sechs Beamte und neun Angestellte. Parallel dazu verfügte die Stadionverwaltung bis zu diesem Zeitpunkt über einen mehr oder weniger gleichbleibenden Personalbestand von zwei Beamten und sieben bis neun Angestellten, sowie einer großen Anzahl von Arbeitern (zwischen 47 und 50).<sup>219</sup> 1968 erfolgte eine grundlegende Zentralisierung der drei Verwaltungsbereiche Sportamt, Stadion und Bäderamt, die auch eine räumliche Zusammenlegung im Müngersdorfer Stadion zur Folge hatte. In den Haushaltplänen erschienen die Sach- und Personalmittel, sowie alle weiteren Ausgaben und Einnahmen der drei Bereiche nach wie vor als getrennte Ansätze. 1971 übernahm das jetzige Sport- und Bäderamt gleich fünf Angestellte von der Stadionverwaltung, so dass in diesem Verwaltungssektor nur noch ein Angestellter und 47 Arbeiter verblieben.<sup>220</sup> Der Personalbestand des Sportamtes war damit bis 1975 auf sieben Beamte und 17 Angestellte angewachsen, was aufgrund der Vergrößerung des Stadtgebiets, dem Bevölkerungsanstieg und nicht zuletzt durch die Übernahme neuer Aufgabenbereiche notwendig wurde.

---

<sup>215</sup> Die vorliegende Darstellung bezieht sich auf das Sportamt und die Stadionverwaltung, da beide Verwaltungsstellen über den gesamten Zeitraum einem Dezernat zugeordnet waren und einer gemeinsamen Amtsleitung unterstanden. Das Bäderamt wurde erst 1969 mit dem Sportamt zusammengeführt.

<sup>216</sup> Von 1951 bis 1954 war das Amt in der Badstraße, von 1954 bis 1961 am Kaiser-Wilhelm-Ring untergebracht. Im Januar 1961 wurde das Sportamt in das Verwaltungsgebäude in der Jakordenstraße 18-20 verlegt. *Kölner Sportkurier* 16(1961)1, o. S.

<sup>217</sup> Haushaltsplan der Stadt Köln 1949, 1950.

<sup>218</sup> *Kölner Sportkurier* 6(1951)10, o. S.

<sup>219</sup> Im Haushaltsplan 1952 wurden die neun Angestellten aufgeführt. Danach waren im Sportamt ein Sportlehrer, zwei Schwimmmeister, zwei Platzmeister, zwei Verwaltungsangestellte und zwei Fernsprechangestellte tätig. Siehe HASTK, Haushaltsplan 1952, Einzelplan 5.

<sup>220</sup> Begründet wurde diese Maßnahme mit der größeren Anzahl an Jedermann-Kursen. HASTK, Haushaltsplan 1971, Einzelplan 5, S. 271.

#### 2.3.4.1. Die „Sport“-Dezernenten

Im Rahmen eines Festaktes aus Anlass der 110-jährigen Gründungsfeier der Kölner Turnerschaft von 1843 betonte Oberbürgermeister Ernst Schwering, dass der Gesundheits- und Sozialdezernent „bezeichnenderweise gleichzeitig“ der Sportdezernent sei, „denn effektiv sind ja doch Sport und Turnen etwas unerhört Gesundheitliches und gleichzeitig etwas Soziales“.<sup>221</sup> Trotz dieser eindeutigen Aussage wechselte die Zuordnung des Ressorts Sport zu einem Dezernatsbereich im Untersuchungszeitraum mehrfach. Neben der von Schwering als „naheliegend“ bezeichneten Zuweisung zum Bereich Gesundheit, Wohlfahrt oder Sozialverwaltung wurde Sport auch den Dezernaten für „Öffentliche Einrichtungen“, „Gartenbau, Friedhof, Tiefbau“ oder „Allgemeine Verwaltung“ zugeschlagen (Tabelle 4). Eine eindeutige und nachhaltige Schwerpunktsetzung für den Sport ist daher auf dieser Ebene in der Stadt Köln nicht erkennbar. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass Sport als flexibles „Anhängsel“ an verschiedene Ressorts gesehen wurde. Entsprechend häufig wechselten auch die für Sport zuständigen Dezernenten, deren durchschnittliche Tätigkeit für den Sportsektor bei unter drei Jahren lag, die längste Amtszeit hatte der Sozialdemokrat Rolf Kattanek mit 13 Jahren.

---

<sup>221</sup> *Kölner Sportkurier* 8(1953)11, S. 2.

<b>Dezernent</b>	<b>Geschäftsbereich</b>	<b>Amtszeit (gesamt)</b>	<b>Zuständigkeit f. Sport</b>
Dr. Ernst Schwering	Hauptamt Allgemeine Verwaltung und der Hauptabteilung Wohlfahrt	1945 - 11.04.1946	- 11.04.1946
Dr. Josef Giesen (i.V.)	Gartenbau, Friedhof, Tiefbau und Sport	12.09.1945 - 24.02.1948	04.1946 - 28.08.1946
Dr. Hans Busch	Wohlfahrt	29.08.1946 - 31.12.1950	29.08.1946 - 31.12.1950
Dr. Franz Vonessen	Gesundheit und Wohlfahrt	03.05.1945 - 30.11.1957	01.01.1951 - 30.4.1952
Dr. Rolf Kattaneck (i. V.)	Versorgung, Verkehrsbetriebe	19.09.1945 - 28.02.1967	01.05.1952 - 30.08.1952
Dr. Josef Löns (i.V.)	Allgemeine Verwaltung	01.05.1948 - 29.03.1953	01.09.1952 - 30.09.1952
Dr. Franz Vonessen	Gesundheit und Wohlfahrt		01.10.1952 - 31.12.1953
Dr. Josef Stralau	Sozialverwaltung	01.01.1954 - 30.8.1957	01.01.1954 - 17.11.1954
Dr. Rolf Kattaneck	Öffentliche Einrichtungen (Fuhrpark, Schlachthöfe, Märkte, Pfandkreditanstalt, Berufsfeuerwehr, Bäder und Sport)	19.09.1945 - 28.02.1967	18.11.1954 - 28.02.1967
Edmund Fey	Öffentliche Einrichtungen (Fuhrpark, Schlachthöfe, Märkte, Pfandkreditanstalt, Berufsfeuerwehr, Sport)	2.3.1967 - 1.3.1979	02.03.1967 - 06.06.1973
Hans Erich Körner	Sozialverwaltung	7.6.1973 - 6.6.1985	07.06.1973 - 06.06.1985

Tabelle 4: Dezernenten und Zuordnungen für das Ressort Sport 1945 bis 1975. Ernst Schwering wurde am 11.4.1946 zum Beigeordneten für Wohlfahrt und Jugendpflege gewählt, nahm aber die Wahl nicht an. An seiner Stelle wurde am 29.8.1946 Hans Busch gewählt.<sup>222</sup> (i.V.: in Vertretung)

Der erste Beigeordnete für Wohlfahrt und Jugendpflege, Ernst Schwering, wurde am 11. April 1946 erneut in dieses Amt gewählt, Schwering nahm die Wahl aber nicht an. Bis zur Benennung eines Nachfolgers übernahm der Dezernent für Gartenbau, Dr. Josef Giesen, die Vertretung. Die erste längere Amtsperiode trat im August 1946 der

<sup>222</sup> DERES, *Die Fraktion*, S. 48, Anm. 79. HERBERS, *Der Verlust*, S. 162.

neue Beigeordnete Dr. Hans Busch an. Der in der Sozialverwaltung erfahrene Busch war von 1928 bis 1932 im Preußischen Wohlfahrtsministerium tätig gewesen und leitete nach dem Krieg kurze Zeit das Jugenddezernat in Moers. Als Beigeordneter für Gesundheit und Wohlfahrt begleitete er die Bemühungen um den Wiederaufbau des Kölner Sports. Seine Initiativen im Sportstättenbau, die Errichtung der Sporthochschule, die Durchführung des Kölner Sportkongresses sowie der Aufbau der Kölner Jugendherberge wurden dem „Mann, der mit dem Herzen dem Sport und Jugendpflege zugetan war“<sup>223</sup>, nach seinem Abschied als Erfolg zugesprochen. Zum 1. Januar 1951 wurde Busch zum Ministerialdirigenten in das Kultusministerium des Landes berufen.

Sein Nachfolger, Dr. Franz Vonessen, war bereits seit Mai 1945 Beigeordneter für das Gesundheitswesen und übernahm 1951 auch das Wohlfahrtsdezernat. In den folgenden vier Jahren wechselte die Zuständigkeit dieses Dezernats aufgrund einer längeren Erkrankung des neuen Beigeordneten mehrmals. Allein im Jahr 1952 wurde der Fachbereich Sport vertretungsweise dreimal verschiedenen Dezernaten zugeschlagen. Vonessens Bemühungen auf dem Gebiet des Sports zielten vorrangig auf die eindeutig „gesundheitlichen“ Aufgaben, wie die Wiedereinrichtung der sportärztlichen Beratungsstelle und die Errichtung des zentralen Schwimmbades. Als 1953 ein neuer Sozialdezernent gewählt wurde, bedankte sich Sampels bei Vonessen, der „seinem bescheidenen Wesen nach“ selten in die Öffentlichkeit getreten sei und dennoch einen „wertvollen Beitrag im großen Aufbauwerk unserer Stadt“ geleistet habe.<sup>224</sup> 1954 übernahm ein weiterer Mediziner das Sozialdezernat. In der nur elf Monate dauernden Amtszeit konnte der ehemalige Gesundheitsdezernent aus Oberhausen, Dr. Josef Stralau, keine auffälligen Akzente setzen.<sup>225</sup>

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 18. November 1954 erfolgte eine Änderung des Gliederungsplanes der Stadtverwaltung. Die Sportverwaltung wurde nun dem

---

<sup>223</sup> *Kölner Sportkurier* 5(1950)12, o. S. Sportamtsleiter Sampels schrieb zum Abschied Buschs: „Nur mit lebhaftem Bedauern sehen die Sportkreise Kölns den verdienstvollen Beigeordneten scheidend, dessen Tätigkeit in Köln sichtbare Spuren hinterläßt.“

<sup>224</sup> *Kölner Sportkurier* 8(1953)12, S. 3.

<sup>225</sup> Josef Stralau wurde von der CDU vorgeschlagen. Die SPD wollte Stralau zunächst verhindern, da seine Oberhausener Gesundheitspolitik nicht in ihr Konzept einer umfassenden Daseinsvorsorge passte. Ende 1954 berichtete Stralau im *Kölner Sportkurier* über seinen Besuch eines Oberliga-Fußball-Spiels in England, wo ihn vor allem der Respekt vor den Schiedsrichtern, die Stadionbauten und die

Dezernat für „Öffentliche Einrichtungen“ zugeordnet. Neuer Dezernent wurde der Beigeordnete Rolf Kattaneck, der bereits seit 1920 in städtischen Diensten war. Nach 1945 hatte er zunächst das Personal- und Organisationsamt geleitet. Noch im gleichen Jahr ernannte ihn die Kölner Stadtvertretung als einzigen Sozialdemokraten zum Dezernenten für Ernährung und Landwirtschaft. Er habe „maßgeblich dazu beigetragen (habe), dass aus dem in Trümmern liegenden Köln wieder eine Stadt geworden ist“ - so wertete die Presse seine Arbeit in einem Nachruf 1979.<sup>226</sup> Sport und Bäder waren durch die Umstrukturierung der Stadtverwaltung nun „öffentliche Einrichtungen“ neben den Institutionen Schlachthöfen, Berufsfeuerwehr, Pfandkreditanstalt, usw. In dieser Ansammlung von Aufgabenfeldern war die ursprüngliche Geltung im Rahmen der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege nicht mehr erkennbar. Was folgte war im Grunde eine Institutionalisierung, die die fürsorglichen Aspekte in den Hintergrund treten ließ. Diese Ressortkoordination konnte auch die Wertschätzung des Sports innerhalb der gesamten Stadtverwaltung beeinflussen. In die Amtszeit Kattanecks fielen die verstärkten Bemühungen um den Sportstättenbau, wobei die fehlende funktionale Zuordnung und Anerkennung des Sports als soziale Aufgabe einschränkend wirken konnte. Das von Kattaneck selbst so bezeichnete „Anhängsel“ Sport in seinem Ressort sei der Bereich gewesen, der dem Dezernenten die „meiste Arbeit und Freude“ bereitet hätte und dank seiner Initiative sei eine erhebliche Vermehrung der Mittel für Beihilfen an die Vereine, für den Sportplatzbau, Sportjugend und Clubheime erzielt worden, urteilte Amtsleiter Sampels nach Kattanecks Pensionierung.<sup>227</sup> Im übrigen wird bei allen Dankesworten, die der Amtsleiter Johannes Sampels seinen jeweiligen „Chefs“ zu ihrem Abschied mit auf den Weg gab, der Eindruck erweckt, als wenn die „Sportfreudigkeit“ der Dezernenten und eine positive Einstellung zum Sport allein ausreichten, um ihnen ein erfolgreiches Arbeiten in diesem Sektor zu bescheinigen.

Den Sport je nach örtlichen Verhältnissen verschiedenen Dezernaten zuzuordnen war nach ADLER (1956) eine eher „unbedeutende Tatsache“.<sup>228</sup> Dieser Einschätzung

---

Verkehrsdziplin der Engländer fragen ließ: „Könnte es bei uns nicht auch so sein?“, siehe: *Kölner Sportkurier* 9(1954)11, S. 1.

<sup>226</sup> „Er versorgte nach dem Krieg Köln mit Nahrung“, *Kölner Stadtanzeiger* vom 18./19.8.1979.

<sup>227</sup> *Kölner Sportkurier* 17(1962)2, S. 3.

<sup>228</sup> ADLER, Arthur, „Das Sportamt im Rahmen der Gesamtverwaltung einer Gemeinde“, in: *Gemeinde und Sport* (1955/1956), S. 29. Das Folgende ebenda.

folgte auch Sampels, vielleicht gerade weil Köln die einzige deutsche Stadt war, die zu diesem Zeitpunkt den Sport im Dezernat für öffentliche Einrichtungen führte. Er verfasste und veröffentlichte 1958 eine Zusammenstellung der dezernatsmäßigen Zugehörigkeit der Sportämter in den 97 Mitgliedsstädten der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter (ADS). Danach war in der Mehrzahl der Städte (22) das Sportamt der Sozialverwaltung zugeordnet, 17 Städte unterhielten ein ausschließliches Sportdezernat und 16 Kommunen verwalteten das Sportamt im Schuldezernat. Insgesamt wurden zwölf verschiedene Zuordnungen genannt. Sampels stellte abschließend zu seiner Statistik fest: „Von Bedeutung ist nicht das Dezernat, sondern die Persönlichkeit des Dezernenten, der die Vorlagen des Sportamtes in der Verwaltung und im Rat zu vertreten hat; auf ihn kommt es entscheidend an.“<sup>229</sup>

Als Kattanek 1967 nach 13-jähriger Amtszeit in den Ruhestand ging, übernahm der vormalige Verwaltungsdirektor Edmund Fey das Dezernat für Öffentliche Einrichtungen. Der gelernte Kaufmann hatte seine Verwaltungskarriere 1945 beim Organisationsamt begonnen, war später zum Steueramt und in die allgemeine Verwaltung gewechselt. Als Beigeordneter für Sport trat Edmund Fey bis zum Ende seiner Amtszeit im Juni 1973 nur wenig in Erscheinung. Dem nächsten Dezernentenwechsel 1973 ging eine erneute Umstrukturierung der Ressorts voraus. Dem neuen Sozialdezernenten Hans-Erich Körner wurde das Dezernat „Jugend und Sport“ übertragen. Erneut wurde dem Sport ein anderer Schwerpunkt zugeordnet, mit einem Fokus auf jugendpflegerische und bildende Aufgaben. Über die Jugend erhoffte man sich aber möglicherweise auch eine Belebung der sportlichen Aktivitäten in der Bevölkerung, da die Mitgliederzahlen in den Vereinen und Verbänden im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eher mittelmäßig waren. Körner, dessen gesamte Amtszeit bis 1985 dauerte, lieferte 1983 eine Stellungnahme zum Thema „Köln als Sportstadt“, wobei er festhielt, dass der Kölner „nicht mehr und nicht weniger Sportmuffel“ sei wie ein Hamburger, Berliner oder Münchner. Allerdings gab er auf die Frage nach der kommunalen Sportförderung zu bedenken:

---

<sup>229</sup> SAMPELS, Johannes, „Die deutschen Sportämter im Jahre 1958“, in: *Gemeinde und Sport* (1958/59), S. 67.

„Jede Stadt setzt bei der Behandlung freiwilliger Aufgaben Prioritäten. In Köln ist es kein Geheimnis, daß die Förderung der Kultur und des kulturellen Lebens an erster Stelle steht. Dennoch bin ich der Auffassung, daß sich die Sportförderung der Stadt Köln sehen lassen kann.“<sup>230</sup>

Der Vergleich zwischen den beiden freiwilligen Aufgabenbereichen Kultur und Sport war in den Haushaltsplanberatungen des gesamten Zeitraums immer wieder mal Gegenstand der Diskussion.<sup>231</sup> Das große finanzielle Engagement für Museen und Bühnen wurde von Seiten der Sportausschuss-Vorsitzenden des öfteren hervorgehoben, um eine Relation zu den bescheidenen Mitteln im Sportsektor herzustellen. Die Prioritätensetzung mit der Vorrangstellung der Kultur schien aber grundsätzlich nie in Frage gestellt zu werden.

#### 2.3.4.2. Die Leiter des Sportamtes

Die von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter in den 1950er Jahren propagierte Definition des Sportamtes als der „Zentralisationspunkt der Verwaltung“ hinsichtlich „aller mit dem Sport zusammenhängenden Fragen“ deutete auf die Funktion eines „Querschnittsamtes“ hin. In seinem Aufsatz über das Verhältnis des Sportamtes zur Gesamtverwaltung einer Gemeinde maß ADLER (1956) der Position und der „Persönlichkeit“ des Sportamtsleiters eine viel größere Bedeutung bei als dem zuständigen Dezernenten:

„Ist der Sportamtsleiter gleichzeitig der Referent, dann dürfte es unwichtig sein, wenn der Dezernent nicht die notwendigen fachlichen Voraussetzungen mitbringt. Sein verständnisvolles Wollen und Streben dürften genügen. Er muß aber der Mann mit dem angeedeuteten Wissen und Können sein, wenn der Sportamtsleiter nur Sachwalter ist.“<sup>232</sup>

Mit der Wahl des Amtsleiters falle die Entscheidung, ob das Sportamt eine bloße „verwaltungstechnische“ Zusammenlegung der im Aufgabenkreis Sport anfallenden Mehrarbeiten sei oder ob seine Arbeit als eine große „verwaltungspolitische Aufgabe“ mit dem Ziel „dem Wohl der Gemeindebewohner zu dienen und damit das Ganze zu

---

<sup>230</sup> HASTK, Best. 1276, Nr. 47, o.Pg., Interview mit Hans-Erich Körner im Kölner Express 1983, ZA ohne Datum zur Stellungnahme für den Oberbürgermeister.

<sup>231</sup> Siehe dazu Kapitel 3.2.3.

<sup>232</sup> ADLER, Arthur, „Das Sportamt im Rahmen der Gesamtverwaltung einer Gemeinde“, in: *Gemeinde und Sport* (1955/1956), S. 29. Das Folgende ebenda.

fördern“ gesehen würde.<sup>233</sup> ADLER verlangte demgemäß von der Person des Sportamtsleiters neben fachlich-technischen Fähigkeiten, „Anpassungsbereitschaft und Beweglichkeit“ für alle „politischen, soziologischen, medizinischen und pädagogischen Fragen“<sup>234</sup> ,die sich insbesondere beim Bau von Sportstätten ergäben. Mit dieser Innensicht verkannte ADLER möglicherweise die im Vergleich zum Amtsleiter größere politische Macht der Dezernenten, die in Konfliktfällen als Wahlbeamte auch einmal „ihre“ Fraktion mobilisieren konnten und deren Stellung durch eine länger Amtsperiode gegenüber anderen politischen Mandatsträgern gestärkt war.

<b>Sportamtsleiter</b>	<b>Amtszeit</b>
Johannes Sampels	15.01.1946 - 31.05.1963
Hans Schuck	01.06.1963 - 30.06.1965
Friedel Schirmer	01.07.1965 - 23.05.1967
Rüdiger Weizdörfer	01.10.1967 - 31.07.1973
Werner Gerhards	01.08.1973 - 1995

Tabelle 5: Leiter des Stadtamtes für Leibesübungen/Sport- und Bäderamtes von 1946 bis 1975

Der erste Leiter des Kölner Stadtamts für Leibesübungen war Johannes Sampels. Der zum Zeitpunkt der Amtsübernahme 48-jährige DJK-Funktionär war mit der Kölner Sportszene eng vertraut. Er hatte aus der Weimarer Zeit reichhaltige Erfahrungen mit den Vereins- und Verbandsstrukturen, verfügte über verwaltungstechnisches Wissen und bewies darüber hinaus kommunalpolitisches Engagement auf lokaler und nationaler Ebene.<sup>235</sup> Die Amtsperiode des gebürtigen Kölners dauerte insgesamt 17 Jahre.<sup>236</sup>

Mit Johannes Sampels stand eine zentrale Figur des Kölner Nachkriegssport an der Spitze des Kölner Sportamtes. Eine Liste aller Ämter und Funktionen aufzustellen,

<sup>233</sup> ADLER, „Das Sportamt“, S. 28

<sup>234</sup> ADLER, Arthur, „Goldener Plan und Sportamt“, in: *Gemeinde und Sport* (1960/61), S. 15.

<sup>235</sup> Kurzbiographie Johannes Sampels siehe Anhang.



schien selbst dem „Hobbyhistoriker“ der Kölner Sportszene, Dr. Willi Schwarz, kaum realisierbar, der Sampels als „vitalen, fleißigen, ideenreichen Mann mit dem echt Kölschen Humor“ charakterisierte.<sup>237</sup> Als Mitbegründer der Deutschen Jugendkraft in Köln in den 1920er Jahren stand er in der Tradition der bürgerlich-konservativen Sportbewegung. Neben der Position des Geschäftsführers und des stellvertretenden Vorsitzenden des Zweckverbandes für Leibesübungen war Sampels nach 1945 noch in sechs weiteren zum Teil überregionalen Gremien an vorderster Stelle tätig. Seine Tatkraft im kommunalen Sektor äußerte sich in erster Linie in seiner Initiative zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, deren Vorsitzender er von 1950 bis 1958 wurde.<sup>238</sup> Obwohl Sampels den Sport als wichtigen Bestandteil öffentlichen Handelns auffasste und die Verantwortung der Kommunen grundsätzlich befürwortete, war er für die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Sportorganisationen und wandte sich gegen eine zunehmende „Kommunalisierung“.<sup>239</sup> Die Kommunen sollten nur unterstützen, wo Hilfe notwendig sei. Dafür erwartete er von den Sportorganisationen aber auch Dank und Anerkennung für das städtische Engagement. Ablehnend verhielt er sich gegenüber der zunehmenden Kommerzialisierung und dem Profisport. „Sein wegweisendes Kölner Beispiel des Sports der Offenen Tür ist – sportgeschichtlich, im positiven und negativen Sinn – zu einem Begriff für den ganzen deutschen Sport geworden“ so urteilte Willi Weyer über

---

<sup>236</sup> Sie wurde allerdings noch von Werner Gerhards übertroffen, der von 1973 bis 1995, also insgesamt 22 Jahre lang diese Position innehatte.

<sup>237</sup> SCHWARZ, Willi, „Johannes Sampels, Köln, 65 Jahre“, in: *Leibeserziehung*, (1963) 6, S. 198. Gerade auf diesem Gebiet war Sampels mit seinen Initiativen eines städtischen Sportangebots mehrmals gescheitert. Vgl. Kapitel 3.3.

<sup>238</sup> Einen Ausschuss für „Leibesübungen und Sport“ hatte es beim Deutschen Städtetag bereits 1928 gegeben. Die neue Gründung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter (ADS) erfolgte am 28./29.10.1949 im Rahmen einer Arbeitstagung zu aktuellen Fragen der kommunalen Sportverwaltung in Duisburg. Dr. Walter Kolb aus Frankfurt betonte dabei die „rückhaltlose Bereitschaft“ des Deutschen Städtetages, „um selbst auch in der letzten Gemeinde, die Verwaltung anzufeuern und zu überzeugen, daß rechte Sportpflege und Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zum bestangelegten Kapital unserer Volksgesundheit und Erziehung gehören.“ 40 Städte gründeten im Rahmen dieser Veranstaltung die ADS und wählten Johannes Sampels zu ihrem Vorsitzenden. Am 24.10.1950 trat der neu gebildete Sportausschuss des Deutschen Städtetages erstmals in Hennef zusammen. Zweck waren die Vereinheitlichung der kommunalen Sportförderung und die Erarbeitung von Richtlinien für die kommunale Sportverwaltung. Zu dem 16-köpfigen Gremium unter dem Vorsitz des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Kolb gehörten aus Köln der Sportdezernent Dr. Hans Busch und Prof. Carl Diem. Zu Mitgliedern mit beratender Funktion wurde Johannes Sampels als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter hinzu gewählt. Vgl. SAMPELS, Johannes, „Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter“, in: *Gemeinde und Sport* (1960/61), S. 89.

Johannes Sampels zu seinem 65. Geburtstag.<sup>240</sup> Damit bezog sich Weyer auf die unermüdlichen Versuche, die Sampels trotz einiger Misserfolge im Bereich des vereinsungebundenen Freizeitsports immer wieder unternommen hatte. Am 1. Juni 1963 trat Johannes Sampels in den Ruhestand.

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beschloss im Juni 1963, „Justizoberinspektor Hans Schuck als Stadtamtmann mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Sportamtsleiters zu beauftragen“.<sup>241</sup> Hans Schuck und auch sein Nachfolger Friedel Schirmer übten diese Position lediglich zwei Jahre lang aus. Der ehemalige Sportjournalist der Kölnischen Rundschau, Hans Schuck, wurde 1965 in eine andere Abteilung der Kölner Stadtverwaltung versetzt.<sup>242</sup> Seine Amtszeit verlief ohne erkennbare Spuren, die Rückschlüsse auf seine Arbeit zuließen. Die Verpflichtung des Spitzensportlers Friedel Schirmers wurde dagegen von den Medien mit „großem Interesse (und wohl auch mit ein bißchen Neid)“ verfolgt.<sup>243</sup> Der bekannte Leichtathlet, Deutscher Meister im Zehnkampf 1951, 1953 und 1954 und Olympiateilnehmer 1952 war nach seiner aktiven Laufbahn Mitarbeiter der Sportämter in Stadthagen, Osnabrück und Bielefeld. Seiner Berufung gingen im März 1965 im Rat der Stadt Köln parteipolitische Auseinandersetzungen voraus. Die SPD-Fraktion hatte im Nachtragsstellenplan die auf Schirmer zugeschnittene Position eines so genannten „Sportdirektors“ gefordert,

„die allein den Sinn hat, alle Stellen, die direkt oder indirekt mit dem Sport in Köln zu tun haben, zu koordinieren, und mit einer Person zu besetzen, die auf Grund ihrer unbestrittenen fachlichen Qualifikation in der Lage ist, Köln zu einem bedeutenden Sportzentrum in der Bundesrepublik zu machen.“<sup>244</sup>

---

<sup>239</sup> Dies kam insbesondere nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand des Zweckverbandes für Leibesübungen zum Ausdruck. Vgl. Kap. 1.5.4.

<sup>240</sup> WEYER, Willi, „Johannes Sampels 65“, in: *LSB NW* (1963) 5, S. 3.

<sup>241</sup> *Kölner Sportkurier* 18(1963)6, S. 3,

<sup>242</sup> Weitere Informationen zu Hans Schuck, insbesondere zu den Gründen seiner Versetzung, lagen nicht vor.

<sup>243</sup> *Kölner Sportkurier* 20(1965)1, S. 9.

<sup>244</sup> VRK vom 25.3.1965, S. 58. Sportamt und Bäderverwaltung sollten in der bisherigen Form erhalten bleiben. In schulsportlichen Fragen sollte der Sportdirektor beratend mitwirken. Hans Grün weiter: „Nichts von alledem, [...] soll dazu angetan sein, gegen die Leiter der Ämter ein Wort des Mißtrauens zu sagen [...]. Unsere Stadt ist mittlerweile arm geworden, wenn wir die Zahl der internationalen Sportbegegnungen oder Tagungen und Kongresse auf dem Gebiet des Sports betrachten. Auch das zu ändern wird eine Aufgabe des künftigen Mannes sein, der ja nicht nur ein Verwaltungsfachmann, sondern auch ein international anerkannter Praktiker des Sports ist.“ Das Folgende ebenda.

In seiner Begründung präzierte Hans Grün (SPD) die zukünftige Rolle des Sportdirektors, der die „Oberleitung“ über alles, was mit dem Sport zu tun habe, erhalten sollte. Die CDU-Fraktion sah in der Berufung Schirmers die Gefahr einer „Politisierung des Sports“, was sie „strikt und absolut“ ablehne. Nach ihrer Meinung bedürfe es einer derartigen koordinierenden Stelle nicht. Viel größer war aber die Befürchtung, dass „Herr Schirmer nach Köln geholt werden soll [...], um dadurch den Vorstellungen der SPD zum Sport, die vielleicht den Sport in ganz Deutschland irgendwie betreffen, mit dieser Person und mit dieser Kölner Stelle leichter zu verwirklichen.“ Dieser Vorwurf war keineswegs unbegründet, denn einerseits war die Schaffung der Position eines „Sportdirektors“ ein neuer Gedanke, der auch in sportpolitischen Arbeitskreisen der SPD formuliert worden war, andererseits war Schirmer ein Mann mit parteipolitischen Ambitionen. Gegen die Stimmen der CDU wurde die Stelle des Sportdirektors dennoch beschlossen. Schirmers Amtszeit dauerte allerdings nur bis März 1967<sup>245</sup>, dann wurde er als Ministerialrat zum Sportreferenten der Landesregierung NRW nach Düsseldorf berufen. Bei seinem Abschied bescheinigte man ihm eine „neue, zielstrebige Aktivität“ im Kölner Sportleben und einen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des Sportförderungsplans, dessen Umsetzung nun andere in die Wege leiten sollten.<sup>246</sup> Einen darüber hinaus gehenden Einfluss hinterließ Schirmer aufgrund seiner kurzen Amtszeit jedoch nicht.

1967 wurde der Essener Rüdiger Weitzdörfer durch den Hauptausschuss des Rates der Stadt Köln als Nachfolger von Friedel Schirmer zum neuen „Sportdirektor“ gewählt. Dieser Wahl war eine mehrmonatige Suche vorausgegangen. Mit der Berufung des Spitzensportlers Schirmers hatte man einen Maßstab gesetzt, dem man nun durch die Suche nach einem weiteren populären Sportler gerecht werden wollte. Diese Versuche „seien aber an der schwierigen Aufgabenstellung gescheitert. Wer einen Namen habe begeben sich nicht gern in die Niederungen einer zermürbenden Verwaltungspraxis.“<sup>247</sup> Schirmer selbst hatte z.B. den Olympiasieger von 1956 und Dozent an der Sporthochschule Köln, Helmut Bantz, als seinen Nachfolger

---

<sup>245</sup> Während seiner Amtszeit erlitt Schirmer zudem einen Unfall, so dass er mehrere Monate die Geschäfte des Sportamtes nicht führen konnte.

<sup>246</sup> *Kölner Sportkurier* 22(1967) H.3/4, S. 27.

<sup>247</sup> „Ein Essener ins Kölner Sportamt?“, *Kölner Stadtanzeiger* vom 6.7.1967. Das Folgende ebenda.

vorgeschlagen. Dieser hatte nach einigen Wochen Bedenkzeit aber abgesagt. Das Kriterium eines „Vorzeigesportlers“ und damit möglicherweise auch die Hinwendung zu einer mehr leistungssportorientierten Verwaltung war für die Besetzung des Amtsleiterpostens nicht aufrecht zu halten. Zur Einführung des neuen Sportamtsleiters Weitzdörfer berichtete der Kölner Stadtanzeiger vielmehr, dass dieser Erfolge im „Jedermannsport“ aufzuweisen habe – „ein Experiment, dass in Köln unter dem Namen Freizeitsport scheiterte“. Die Erfahrungen Weitzdörfers auf diesem Gebiet schienen auch für die SPD ein wichtiges Kriterium zu sein. So betonte Fraktionsvorsitzender van Nes Ziegler bei seiner Haushaltsrede 1967, dass „bei der Berufung des neuen Sportdirektors“ die SPD bereits zum Ausdruck gebracht habe, „daß sie dessen Erfahrungen für ein Jedermann-Sport-Programm ausnutzen möchte und dieses Vorhaben mit Nachdruck unterstützt“.<sup>248</sup> Neben seinen freizeit- und Breitensportlichen Zielsetzungen verfolgte Weitzdörfer dennoch auch Pläne für eine gezielte Talentförderung.<sup>249</sup>

Unter Weitzdörfers Leitung erfolgte ein Jahr später eine grundlegende Zentralisierung des Sportamtes, das bis zu diesem Zeitpunkt aus drei Bereichen (Sportamt, Bäderamt und Stadionverwaltung) mit drei verschiedenen Dienststellen bestanden hatte.<sup>250</sup> Die zukünftige Struktur des Sportamtes beschrieb Weitzdörfer in einem Interview mit dem Kölner Sportkurier:

„Künftig wird es nur ein Sportamt geben, dass sich wie folgt aufgliedern wird: - Amtsleiter unter meiner Verantwortung; - darunter ein Mann mit Sonderaufgaben wie Stadionverwaltung, Planung und Durchführung von Großveranstaltungen usw. (gedacht ist an Amtmann Hans Hecker);- Abteilung Verwaltung mit Haushaltsplan, Buchhaltung usw. (Amtmann Lothar Fechner);- Abteilung Sportführung mit Sportlehrer- und Lehrerin mit Schwerpunkt der Förderung des Leistungssports und Talentförderung; - Abteilung Übungsstätten, Bau, Pflege, Planungen (gedacht ist an Amtmann Hans Lennartz); - Abteilung Bäderverwaltung (unter dem bisherigen Leiter Willi Jung).“<sup>251</sup>

---

<sup>248</sup> VRK vom 19.10.1967, S. 245.

<sup>249</sup> Unter der „Sparte Talentförderung“ stellte das Sportamt 1967 zwei hauptamtliche Lehrkräfte ein, die die Ausbildung bzw. Fortbildung für Übungsleiter übernehmen sollten.

<sup>250</sup> Das Sportamt war in der Jakordenstraße, das Bäderamt im Agrippabad und die Stadionverwaltung in Müngersdorf untergebracht. Ab 1968 verlagerte das Sportamt seine Diensträume ebenfalls in das Stadiongebäude, später folgte auch die Bäderabteilung.

<sup>251</sup> *Kölner Sportkurier*, 1/2(1968), S. 5. Das Folgende ebenda.

Der Verfasser dieses Interviews stellte den neuen Sportamtsleiter in die Reihe seiner Vorgänger und endete mit der Feststellung,

„daß Sport-Köln bislang im damaligen Sportdirektor Sampels einen reinen Verwaltungsmann hatte, in Sportdirektor Friedel Schirmer einen reinen Leistungssportler, nunmehr aber in Sportdirektor Weitzdörfer einen Mann, der die Verwaltungsaufgaben genauso beherrscht, wie die des Breitensports, der Förderung der Übungsleiter und Talente, und als Fachmann auch die des Leistungssports. Alles in allem zum Nutzen der großen Sportstadt Köln.“

Die Hoffnungen, die mit dieser Charakterisierung ausgesprochen wurden, konnte Weitzdörfer sowohl im Freizeitbereich als auch im Leistungs- und Wettkampfsport während seiner sechsjährigen Tätigkeit erfüllen, wengleich ihm dabei die gesamtgesellschaftliche Zuwendung zum Sport und die Initiativen des DSB und des LSB, sowie die positive Grundstimmung im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972 zu Hilfe kamen. 1973 endete die Amtszeit Weitzdörfers mit seiner Pensionierung. Neuer Leiter des Sportamtes wurde Werner Gerhards. Der Verwaltungsangestellte arbeitete schon seit mehreren Jahren unter Weitzdörfer in der Kölner Sportverwaltung. Er setzte die erfolgreichen Initiativen seines Vorgängers fort und betreute bis 1975 insbesondere den Stadionumbau. Seine Amtszeit sollte fast 20 Jahre dauern.

Insgesamt schienen bei der Auswahl der Amtsleiter überwiegend die sportfachlichen Kenntnisse ein wichtiges Kriterium zu sein. Von Vorteil erwiesen sich aber auch Erfahrungen auf dem Gebiet der Verwaltungstätigkeit, über die alle Sportamtsleiter verfügten. Die zum Teil schwierige Suche nach den geeigneten Personen erfolgte mit entsprechender Sorgfalt. Der Versuch, einen populären Sportler an die Spitze der Sportverwaltung zu stellen, kann aufgrund der kurzen Amtsdauer keiner Wertung unterzogen werden. Beachtlich ist allerdings die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, die diese Besetzung nach sich zog.

#### *2.3.4.3. Die Aufgaben der Kölner Sportverwaltung*

In den ersten Jahren der Wiederaufbauphase veröffentlichte das Stadtamt für Leibesübungen im Kölner Sportkurier immer wieder Hinweise, die auf die

Zuständigkeit des Amtes „in allen Fragen von Turnen und Sport“ verwiesen.<sup>252</sup> Diese Bekanntmachungen waren scheinbar notwendig, weil die Vereine sich mit ihren Fragen und Anträgen auch an andere städtische Dienststellen wandten. Als „amtliche Bekanntmachung“ wurden daher auch von Zeit zu Zeit die „Aufgaben des Stadtamtes“ erneut veröffentlicht. Diese wiederholten Verlautbarungen des Kölner Sportamtes lassen vermuten, dass das Amt in der Öffentlichkeit und möglicherweise auch innerhalb der Stadtverwaltung nicht hinreichend wahrgenommen wurde.<sup>253</sup>

Kurz nach der Wiedereinrichtung des Stadtamtes für Leibesübungen 1946 betonte der Stadtverordnete und ehemalige Arbeitersportler Hein Hamacher vor dem Rat der Stadt Köln, das „Amt für Leibesübungen habe die besondere Aufgabe, die Vereine daraufhin zu überwachen, dass der Sport nicht allein um des Sportes willen betrieben wird, sondern der Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit diene“.<sup>254</sup> Als weiteres Handlungsfeld forderte Hamacher die Unterstützung des Breitensports, denn „es komme nicht darauf an, in Köln wenige Vereine mit Spitzenleistungen zu wissen, die es fertigbringen, einige zehntausend Besucher auf ihre Sportplätze zu bringen – das ist nicht unsere Auffassung vom Volkssport.“<sup>255</sup> Mit den beiden zentralen Punkten „Volksgesundheit“ und „Breitensport“ stellte Hamacher die alten, noch aus der Weimarer Zeit stammenden Argumente für das städtische Engagement im Sport heraus, gleichzeitig ließ er dabei ideologisch verwurzelte Parolen gegen den Wettkampf- und Berufssport durchblicken. Im gemeinsamen Kampf gegen den Berufssport und die zunehmende Kommerzialisierung fanden die bürgerlich-konservativen und ehemals

---

<sup>252</sup> Der erste Hinweis erschien im Dezember 1948: „Das Stadtamt für Leibesübungen ist die zentrale Dienststelle der Stadtverwaltung für alle Angelegenheiten der Leibesübungen [...]. Aus diesem Grund sind sämtliche Eingaben der Sportvereine und –verbände, auch wenn sie andere Dienststellen betreffen, in jedem Falle an das Stadtamt f. L. zu richten.“, *Kölner Sportkurier* 3(1948)12, o. S., Des weiteren in: *Kölner Sportkurier* 4(1949)10, S. 4., *Kölner Sportkurier* 5(1950)4, S. 3, *Kölner Sportkurier* 6(1951)3, S. 5: „Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Turn- und Sportvereine sich in allen Fragen und Anträgen betr. Sport nur an das Stadtamt für Leibesübungen zu wenden haben. In allen Fällen, in denen sich Vereine direkt an andere Dienststellen wende, tritt unumgänglich eine Verzögerung in der Bearbeitung ein.“

<sup>253</sup> ADLER (1956) hatte in einer Untersuchung ebenfalls festgestellt, dass die kommunalen Sportämter nur eine geringe Anerkennung im Rahmen der Gesamtverwaltung für den Zeitraum bis Mitte der 1950er Jahre innehatten. Wo das Sportamt nur eine „Turnhallen-, Sporthallplatz- und Stadionverwaltung“ darstelle, sei man „schlecht beraten“ und es würde oft übersehen, dass das Sportamt mit seiner Hauptaufgabe, „regelmäßig betriebene Leibesübungen als einen Born der Gesundheit, der Lebensfreude und einer sinnvollen Freizeitgestaltung in die Gesamtbevölkerung zu tragen“, eine Einrichtung für alle Gemeindeglieder sei. Siehe ADLER, „Das Sportamt“, S. 28.

<sup>254</sup> VStVK vom 18.7.1946, S. 205.

linken Kreise nun einen gemeinsamen Nenner. Vergleichbare moralisch-ethische Aspekte findet man auch in den späteren Darstellungen von Carl Diem oder Johannes Sampels über die Rolle eines Sportamtes .

Im Rahmen der Arbeitstagung kommunaler Sportämter 1949 in Köln charakterisierte Carl DIEM das Sportamt als eine Dienststelle, die „sowohl den Sportvereinen aller Art wie der Jugendpflege, der Jugendfürsorge, dem gesamten Schulwesen und wer auch immer Sport treiben möchte oder soll, dienen kann“.<sup>256</sup> Diese zentrale Schnittstelle für alle mit Sport befassten Bereiche sollte seine „geistige Selbständigkeit gegenüber der Schule und dem Verein“ bewahren und als „Diener des Gemeinwohls“ seine Richtlinien entwickeln. Vorrangige Betätigungsfelder dabei seien der Übungsstättenbau und die allgemeine Schulung im Bereich des Schulturnens. DIEM knüpfte mit diesen Vorstellungen an seine Ideen zu Beginn der Weimarer Zeit nahtlos an. Wohlfahrtspflege und Daseinsvorsorge standen im Zentrum der Aufgabenbereiche, Hauptträger des Sports blieben die Vereine. Eine klare Trennung bzw. „reinliche Scheidung, was Sache der Stadt ist, und was Aufgabe der Vereine ist“ hielt DIEM für notwendig und nützlich.<sup>257</sup> Das Sportamt sollte Träger der „öffentlichen Wohlfahrt“ und eine „moralische Anstalt“ zugleich sein. In seinem Sinne war das Verhältnis zwischen Kommunen und Selbstverwaltung nicht nur ein partnerschaftliches, sondern den städtischen Sportämtern überantwortete er auch eine gewisse Kontrollfunktion über den nach bürgerlich-konservativen Vorstellungen ausgerichteten Sport. Diese Aufwertung sollte auf der anderen Seite mit der Schaffung einer städtischen Sportinfrastruktur belohnt werden, ohne die – und das war dem erfahrenen Sportfunktionär Diem gewiss klar – der Sport sich nie in dem gewünschten Maße würde entwickeln können.

Die Verwaltungstätigkeit des Sportamtes konzentrierte sich nach seiner Einrichtung bis in die 1950erJahre hauptsächlich auf die Bereiche Vereinsbeihilfen und den Wiederaufbau der Sportstätteninfrastruktur.<sup>258</sup> Weitere Aufgabenschwerpunkte

---

<sup>255</sup> VStVK vom 18.7.1946, S. 206.

<sup>256</sup> Vgl. DIEM, Carl, „Sport und kommunale Aufgaben (1949)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), *Ausgewählte Schriften* Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports, Sankt Augustin 1982, S. 333.

<sup>257</sup> DIEM, „Ausgewählte Schriften“, Bd. 2, S. 336

<sup>258</sup> Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.2.

waren ab 1946 die Durchführung von Lehrgängen und Arbeitstagen<sup>259</sup>, sowie die Wiedereinrichtung der sportärztlichen Beratungsstelle, die ihre Arbeit im Gesundheitsamt am Neumarkt im Frühjahr 1946 wieder aufnahm.<sup>260</sup> In einem Schreiben an die Stadt Aschaffenburg von 1954 formulierte Sampels die wichtigste Aufgabe seines Amtes sehr allgemein. Danach habe das Sportamt den Auftrag, „die Erkenntnis von der Bedeutung und Notwendigkeit der Leibesübungen zur Hebung der körperlichen Ertüchtigung der Jugend und der Volksgesundheit in allen Kreisen der Bevölkerung zu verbreiten“.<sup>261</sup> Die aufklärerischen und werbenden Tätigkeiten waren demnach zentrale Angelegenheiten, die wie in der Weimarer Zeit nur mit Hilfe der Sportorganisationen erfolgreich umgesetzt werden konnten. So führte das Kölner Sportamt in Kooperation mit dem Zweckverband für Leibesübungen mehrere überfachliche Veranstaltungen, wie die Rheinische Sportwoche, die Vaterstädtischen Festspiele und die Kölner Ringstaffel bis Anfang der 1960er Jahre durch.

Als Sampels neun Jahre später in der Zeitschrift der ADS aus der Verwaltungspraxis des Sportamtes berichtete, erweiterte er das Aufgabenfeld. Als erste Aufgabe nannte er nun: „Das Sportamt soll nach seinem Aufgabenkreis die zentrale Verwaltungsstelle für alle Angelegenheiten der Leibesübungen sein, wobei der Schulsport einer besonderen Regelung unterliegt.“<sup>262</sup> Die Belange des Schulsports waren aber aus dem Aufgabenbereich des Kölner Sportamtes von Anfang an ausgeklammert worden und wurden in die Zuständigkeit des Schuldezernats gelegt.<sup>263</sup> In diesem Sinne konnte sich das Amt also nicht als „zentrale“ Schnittstelle für alle Belange des Sports sehen. In den weiteren Ausführungen beschrieb Sampels darüber hinaus noch drei weitere Aufgabenbereiche:

---

<sup>259</sup> Die erste Arbeitstagung für Vereinsvorsitzende und ihre Stellvertreter fand am 18.5.1946 statt. Themen und Referenten waren: Lage im Sport- Erziehung der Jugend (Dr. Bauwens), Vereinsverwaltung (Sampels), Aufgaben des Vereinsleiters (Aßmann), Vereinsrecht (Dr. von Loomen), sportärztliche Beratung (Dr. med. Peusquens). *Kölner Sportkurier* 2(1947)2, o. S.

<sup>260</sup> 1948 wurden zwei weitere Beratungsstellen eingerichtet, ab dem 1.4.1948 unter der Leitung des Sportarztes Dr. Spellerberg an der Sporthochschule Köln im Stadion und ab Juli 1948 im Neptunbad unter der Leitung von Dr. Mallwitz. *Kölner Sportkurier* 3(1948)4; *Kölner Sportkurier* 3(1948)7, o. S.

<sup>261</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 807, o.Pg., Schreiben des Sportamtes an die Stadt Aschaffenburg vom 26.7.1954.

<sup>262</sup> SAMPELS, Johannes, „Aus der Verwaltungspraxis des Sportamtes“, in: *Gemeinde und Sport* (1962/63), S. 55.

<sup>263</sup> Dies hatte Sampels auch in seinem Schreiben an die Stadt Aschaffenburg betont. Siehe HASTK, Acc. 871, Nr. 807, o.Pg.



„Das Sportamt soll Bildung-, Förderungs- und Beratungsstelle sein. Es hat weiter die Aufgabe, die Erkenntnis von der Bedeutung und Notwendigkeit der Leibesübungen zur Förderung der körperlichen Ertüchtigung der Jugend und Hebung der Volksgesundheit und Volkskraft in allen Kreisen der Bevölkerung zu verbreiten. Das Sportamt muß daher eine genau Übersicht über den Umfang des Vereinssports und über die in der Gemeinde gegebenen Sportmöglichkeiten haben.“

Der langjährige Sportamtsleiter beschränkte sich in dieser Beschreibung nicht mehr nur auf die „werbende“ Funktion des Sportamtes, die er in ähnlichem Wortlaut bereits 1954 formuliert hatte, sondern verwies darüber hinaus auf beratende und kontrollierende Tätigkeiten. Die Sportverwaltung sollte dazu Daten über das städtische Sportangebot sammeln. Jährliche Bestandserhebungen wurden im Kölner Sportamt bereits seit 1947 durchgeführt. Die Vereine wurden aufgefordert, ihre Angaben anhand von standardisierten Erhebungsbögen mitzuteilen. Säumige Vereine wurden gemahnt mit dem Hinweis, dass sie bei zukünftigen Beihilfeanträgen nicht berücksichtigt werden könnten, falls ihre Angaben fehlten. Die Statistiken waren demnach nicht nur Planungsgrundlage für die Verwaltung, insbesondere für den Bedarf an Sportstätten, sondern boten auch die Möglichkeit, Kontrolle auszuüben und die Vereine in die Pflicht zu nehmen.<sup>264</sup>

1967 mehrten sich die Anzeichen für eine allgemeine Modernisierung der Sportverwaltungen. Ein Arbeitskreis der ADS befasste sich mit der Aufgabe, „den Aufgabenbereich der Sportämter neu zu untersuchen, zu überprüfen, zu sichten und zu einer zeitgemäßen Aufstellung zu kommen“.<sup>265</sup> Die Veröffentlichung des neuen Maßnahmenkatalogs im Jahrbuch der ADS, mit dem „eine Grundlage für Jahrzehnte“ geschaffen werden sollte, umfasste eine detaillierte und umfangreiche Liste aller Aufgabenbereiche. Danach wurden dem Sportamt weitreichende gestaltende, kontrollierende und beratende Tätigkeiten zugeordnet. Eigene Initiativen konnten z.B. bei Sportfördermaßnahmen und im Freizeitsport entwickelt werden.<sup>266</sup>

---

<sup>264</sup> Einige Beispiele dieser Erhebungsbögen und Schreiben des Sportamtes befinden sich in den einzelnen Vereinsakten des HASTK, Acc. 871. Siehe dazu auch Kapitel 3.2.1.

<sup>265</sup> BECK, Franz Wilhelm, „Über den Aufgabenbereich der Sportämter“, in: *Gemeinde und Sport* (1966/67), S. 111-118. Der Entwurf war gegliedert in die Bereiche „Amtsleitung, Verwaltung, Technische Abteilung, Sportabteilung, Sonderaufgaben, Bäder-Abteilung.“

<sup>266</sup> Gerade auf dem letztgenannten Gebiet hatte sich der Kölner Sportamtsleiter Sampels immer wieder engagiert, allerdings konnten die Bemühungen um das städtische Freizeitsportangebot erst nach seiner Amtszeit erfolgreich umgesetzt werden. (siehe Kapitel 3.3. )

Parallel zu den Modernisierungsbemühungen der ADS wurde auch das Kölner Sportamt – wie bereits beschrieben – neu strukturiert und erweiterte seinen Aufgabenbereich. Ab Mitte der 1960er Jahre griff das Sport- und Bäderamt auch Initiativen von außen auf. 1969 wurden gemäß dem Runderlass des Kultusministeriums des Landes NRW zum „Sportförderungsplan Leistungssport“ in Kooperation mit der Schulverwaltung erstmals sportlich talentierte Jugendliche in den Schulen ausgewählt, um sie unter der Leitung erfahrener Sportlehrer zu trainieren.<sup>267</sup> Diese Maßnahme zielte auf den systematischen Aufbau sportlicher Talente. 1970 stellte die Verwaltung im Haushalt erstmals Mittel in Höhe von 54.000 DM für die Talentförderung ein.<sup>268</sup> Mit der Anstellung eines Diplom-Sportlehrers 1971, der ausschließlich die Aufgabe hatte, Talentgruppen einzurichten und optimale Trainingsbedingungen zu schaffen, wurde das Kooperationsprojekt zwischen Sport- und Schulamt weitergeführt. Als zentrales Ziel formulierte die Verwaltung die Einrichtung von „Trainingszentren für den Leistungssport.“<sup>269</sup> 1970 bestanden in Köln 13 Gruppen mit insgesamt 200 Schülern, die in den Sportarten Leichtathletik, Turnen, Schwimmen, Volleyball und Basketball besonders gefördert wurden. In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zahl der Schüler auf 500 (1972), bzw. 720 (1974), die in neun verschiedenen Sportarten trainierten.<sup>270</sup> Als Reaktion auf das allgemein wachsende Interesse am Leistungssport im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972 veröffentlichte die Kölner Sportverwaltung im Verwaltungsbericht das erste und einzige Mal die Anzahl und die nationalen und internationalen Erfolge der Kölner Sportler, die im Rahmen der Meisterfeier geehrt wurden.<sup>271</sup>

Über den gesamten Zeitraum ist ein Zuwachs der Arbeitsaufwandes des Kölner Sportamtes festzustellen. Die Anzahl der zu betreuenden Vereine, die Umsetzung des „Goldenen Plans“ und die zunehmende Differenzierung der finanziellen Zuwendungen forderten eine Erhöhung der Personalkapazität, die bereits beschrieben wurde. Zusätzlich übernahm das Sportamt immer mehr Aufgaben, die zuvor allein vom

---

<sup>267</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1969, S. 70.

<sup>268</sup> HASTK, Haushaltsplan 1970. 1971 wurde der Etat auf 75.000 DM, 1973 auf 100.000 DM erhöht. Das Geld war vorgesehen für die Anstellung von Honorarkräften.

<sup>269</sup> Mitteilungen Sport und Bäderamt der Stadt Köln, 2(1971)5/6, o. S.

<sup>270</sup> Die weiteren Sportarten waren Fechten, Kunstspringen, Judo und Rudern. 1975 sank die Zahl erstmals wieder auf 600 Schüler. Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1975, S. 73.

Zweckverband für Leibesübungen geregelt worden waren, wie z.B. die Sportabzeichen-Prüfungen. Während sich die Sportverwaltung bis Mitte der 1960er Jahre auf eine eher reagierende Haltung beschränkte, die darauf bedacht war, nicht in die Autonomie der Vereine einzugreifen, änderte sich diese Einstellung im darauf folgenden Jahrzehnt. Eindeutiger definierte Aufgabenbereiche, die Verfassung von Richtlinien und die Umsetzung von zielorientierten Projekten halfen, das Verhältnis zu den Sportorganisationen zu klären und ebneten den Weg zu eigenem Agieren.

---

<sup>271</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1972, S. 70.

## 2.4. Die Selbstverwaltung des Sports

In jeder Kommune entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine vergleichbare Sportanbieterstruktur, die aus den Stadt- oder Kreissportbünden, den Sportvereinen und den Fachverbänden sowie zahlreichen weiteren Trägern wie Volkshochschulen, Krankenkassen, Kirchen etc. bestand. In diesem Sinne ist eine Analyse der Mitgliederentwicklung in den Vereinen, die für den zu untersuchenden Zeitraum als wichtigster „Träger des Sports“ galten, der dort angebotenen Inhalte und die übergeordneten Organisationsstrukturen ein Kriterium für die Interessen- und Bedürfnislage der Bevölkerung im Sozialsystem Sport. Daraus ergeben sich wiederum Hinweise auf die Einflussfaktoren für politische Entscheidungen sowie für das Verhältnis zwischen der „autonom“ agierenden Sportlandschaft und der Kommunalpolitik.

Köln spielte insbesondere durch die Beteiligung von Peco Bauwens in der Reorganisation des Sports auf überregionaler Ebene eine besondere Rolle. So fand am 29./30. Mai 1948 eine Interzonen-Sportkonferenz in Köln sowie die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportfachverbände“ unter der Leitung von Bauwens statt.<sup>272</sup> Die folgende Darstellung bezieht sich jedoch ausschließlich auf den Wiederaufbau und die weitere Entwicklung der lokalen Sportorganisationen.

### 2.4.1. Der Sportalltag nach der Befreiung

„ Beim Näherkommen der Amis verschwanden die Spieler mit Ball in einer Schutthalde, um später weiter zu spielen.“

– so lautete die etwas abenteuerliche Schilderung des Fußballers Willi Schirmmacher<sup>273</sup> über den „Neubeginn“ des Kölner Sports.<sup>274</sup> Eine „Stunde Null“ in der Kölner Vereinslandschaft hätte es so gesehen nicht gegeben, obwohl sie dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend in zahlreichen Chroniken so bezeichnet wurde.

---

<sup>272</sup> Siehe dazu STRYCH, *Der westdeutsche Sport*, S. 54ff.

<sup>273</sup> Kurzbiographie Willi Schirmmacher siehe Anhang.

<sup>274</sup> HASTK, Best. 918, Nr. 1, o.Pg. Schreiben von Willi Schirmmacher an das Nachrichtenamt der Stadt Köln vom 14.4.1980. betr. Bericht über den Stadtsportbund.

Vor allem der „herrliche Idealismus“<sup>275</sup> sich in derart schwierigen Zeiten dem Wiederaufbau des Sports zu widmen, wird in meist pathetischer Form hervorgehoben. Mit „aufopferungsvoller Liebe zum Verein“ und mit „Schüppe und Hacke“ beseitigten die „Männer und Frauen der ersten Stunde“ Trümmer und Bombenlöcher auf den Plätzen und vollbrachten das Werk des „inneren und äußeren Wiederaufbaus“.<sup>276</sup> Den Boxern des SC Colonia 06 wurde „wahrhaft viel Sportsgeist“ dafür ausgesprochen, dass sie „mit halbleerem Magen, selbstgebastelten Handschuhen und Sportgeräten in ungeheizten Räumen“ trainierten.<sup>277</sup> Die Boxer beteiligten sich aber auch außerhalb ihrer Trainingsstätte an der Entschuttung des Kölner Gürzenichs.<sup>278</sup> Zu der Bewunderung für die geleistete Arbeit gesellt sich in den Erzählungen auch ein kollektives Gefühl der Trauer um die gefallenen Mitglieder, deren Auflistung in keiner Jubiläumsschrift fehlt.

Die Sportler trainierten und spielten auf Plätzen, die sie zum größten Teil selbst hergerichtet hatten. Handballer und Fußballer waren aufgrund der vorhandenen Möglichkeiten die ersten sportlich Aktiven. Ab Juli 1945 versammelten sich Ehrenfelder Handballspieler unter der Bezeichnung „Rhenania“ und spielten alle 14 Tage gegen eine Mannschaft aus Bocklemünd. Ein ordentlicher Spielbetrieb wurde ab Juli 1945 organisiert. Zur Überwindung der Reiseschwierigkeiten erhielten die Fußballer Hilfe von der Reichsbahndirektion durch die „Bereitstellung von 20 Lastkraftwagen, die jeweils von den in Frage kommenden Vereinen bis freitags anzufordern sind.“<sup>279</sup>

Spiele gegen Mannschaften des Kölner Umlandes waren zudem eine gute Gelegenheit für die Beschaffung von Nahrungsmitteln. Die Frage der Ernährung spielte auch bei den ambitionierten Leichtathleten des ASV Köln eine wichtige Rolle. Sportjournalist Dr. Ernst vom NWDR lobte den Übungsbetrieb der Athleten in seiner Rundfunksendung als „Wunder eines Trainings bei schwächster Ernährung“. Bedenken von seiten der Schulen, die es nicht gerne sahen, dass die Jugendlichen durch den Sport

---

<sup>275</sup> GIESEN, *75 Jahre Kölner Ruderverein*, Köln 1952, S. 85.

<sup>276</sup> O. VERF., *50 Jahre Borussia Kalk*, S. 29

<sup>277</sup> O. VERF., *75 Jahre SC Colonia 06*, Köln 1981, S. 49.

<sup>278</sup> *Kölnische Rundschau* vom 1.4.1948.

<sup>279</sup> FUßBALLVERBAND MITTEL RHEIN E.V., *Fußballverband Mittelrhein 1946-1971*, Köln 1971, S. 22.

zusätzliche Kräfte verbrauchten, wurden von Seiten der Vereinsführung ausgeräumt.<sup>280</sup> In einem Mitgliederrundschreiben des ASV Köln vom 15. Mai 1946 wurde auf das Ernährungsproblem hingewiesen: „Das schwierigste Problem dürfte wohl die Ernährung sein, die u. E. den ganzen Wettkampfbetrieb ausschaltet. Damit eine Schädigung des Organismus unter allen Umständen vermieden wird, wird in regelmäßigen Abständen eine ärztliche Untersuchung durchgeführt werden.“<sup>281</sup> Die Angst vor den gesundheitlichen Schäden durch den Sport bereitete auch dem städtischen Gesundheitsamt Sorgen. Die Tatsache, dass die im Frühjahr 1946 wieder eingerichtete sportärztliche Beratungsstelle von den Vereinen kaum in Anspruch genommen wurde, veranlasste das Gesundheitsamt auf die „unbedingte Notwendigkeit einer sportärztlichen Betreuung“ hinzuweisen, da insbesondere durch die „gegenwärtige Mangelernährung die körperliche Leistungsfähigkeit herabgemindert sei“.<sup>282</sup> Dabei betonte man allerdings, dass „die große Verantwortung“ bei den Vereinsvorständen liege. Diese Maßnahmen hatten aber keinen Einfluss auf die Veranstaltung von „leistungsorientierten“ Wettkämpfen. So fanden am 11. August 1946 mit dem „Tag der Meister“ die ersten inoffiziellen Leichtathletik-Meisterschaften der britischen Zone im Kölner Stadion statt.<sup>283</sup>

Ein weiteres Problem für viele Vereine war die Beschaffung von Sportgeräten und Sportkleidung. Im Tätigkeitsbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen von 1948 monierte Sampels, dass „die bisherigen Zuweisungen durch das Wirtschafts- bzw. Kultusministerium keineswegs befriedigten“, da es sich „vorwiegend (um) Fußball- und

---

<sup>280</sup> O. VERF., *25 Jahre ASV Köln*, Köln 1954, S. 17.

<sup>281</sup> HASTK Acc. 871, Nr. 137, Bl. 4. Eine sportärztliche Beratungsstelle gab es in Köln seit 1923. Siehe DERES, Thomas, „Die sportärztliche Beratungsstelle der Stadt Köln“, in: LANGEN, Gabi, *Vom Handstand in den Ehestand – Frauensport im Rheinland bis 1945*, Köln 1997, S. 71-79.

<sup>282</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)6, o. S. Der Aufruf wurde vom Zweckverband für Leibesübungen unterstützt. Mit dem Hinweis auf bestimmte Vorfälle in Rheydt und in Wuppertal, wo Ärzte „den Jugendsportbetrieb eingestellt haben sollen“ verwies man auf die „große Verantwortung“ der Vereinsvorstände. Noch 1948 meldete der Zweckverband, dass die „Sportärztliche Beratungsstelle [...] nicht den erforderlichen Zuspruch (habe), trotz der Gefahren, die die Ernährungslage bringt“. *Kölner Sportkurier* 3(1948)2 o. S.

<sup>283</sup> Da die Veranstaltung laut Genehmigungsmitteilung der Militärregierung keinen Meisterschaftscharakter haben durfte, wurde sie „Tag der Meister“ genannt. Bereits zwei Wochen später fanden in Frankfurt überzonale Meisterschaften statt. Die zweiten Deutsche Leichtathletik-Meisterschaften fanden 1947 wiederum in Köln statt, an der mehr als 900 Teilnehmer aus der britischen und amerikanischen Zone, sowie zum Teil illegal eingereiste Sportler aus der französischen Zone teilnahmen. Der Sprinter und Dreispringer Kurt Spitzmüller aus dem Schwarzwald startete unter dem Namen Müller und der spätere Deutsche Meister im 400m-Lauf Huppertz aus Ahrweiler stand im Vorlauf noch unter dem

Handballartikel“ gehandelt hätte.<sup>284</sup> Andere Sportarten kämen hier zu kurz. Vereine aus der Nachbarschaft oder aus anderen Städten halfen sich untereinander. So erhielt der Kölner Ruderverein von 1877 seine ersten Rennboote vom Wassersportverein Godesberg, ein weiteres Boot schenkte die Deutsche Bank dem Ruderverein. In besonderem Maße waren die Kölner Turn- und Schwimmvereine betroffen. Fast alle 93 Turnhallen waren im Krieg zerstört oder von der Besatzung beschlagnahmt worden, nur sieben konnten bis 1947 wieder hergerichtet werden, so dass die Vereine in Fahrzeughallen oder andere Behelfe ausweichen mussten. Den Schwimmvereinen stand nur das Neptunbad zur Verfügung, viele Gruppen nahmen für ihren Trainingsbetrieb daher den weiten Weg zum Schwimmbad nach Hürth auf sich. Häufig begegnete man den Problemen durch die Bildung von Trainingsgemeinschaften oder durch Vereinsfusionen.<sup>285</sup> Mit einigen ausgefallenen Aufforderungen, die eher im allgemeinen öffentlichen Interesse lagen, trat die Stadtverwaltung an die Sportvereine heran, wie z.B. die kuriosen Bitten des Stadtamtes für Leibesübungen „sich an der Bekämpfung der Sperrlingsplage zu beteiligen“<sup>286</sup> oder auf dem Gebiet der „Verkehrsdziplin [...] aufzuklären und eine Verkehrserziehung durchzuführen“.<sup>287</sup>

Das Solidarisierungsbedürfnis der Menschen und die Suche nach „unbelasteten“ Ersatzgemeinschaften waren für viele die Motivation, sich trotz der widrigen Lebensumstände in der unmittelbaren Nachkriegszeit sportlich zu betätigen, mit ausschlaggebend. Unter dem subjektiven Eindruck der Geschehnisse stuften die Chronisten die Wiederbelebung des Vereinslebens oft als rasches oder unverzügliches

---

Pseudonym Stein in der Ergebnisliste, im Zwischenlauf und im Finale heißt er dann Huppertz. *Kölnische Rundschau* vom 4.8.1987

<sup>284</sup> Im April 1947 meldete das Stadtamt für Leibesübungen, dass durch das Wirtschaftsministerium des Landes NRW den Sportvereinen des Stadtkreises Köln 358 Bezugsmarken für Sportstiefel zugewiesen wurden. „In Übereinkunft mit dem Zweckverband für Leibesübungen erhielten: Rasensportverband Groß Köln 319, Handballverband Köln 28 und Hockeykreis 10.“ Siehe *Kölner Sportkurier* 2(1947)4, o. S.

<sup>285</sup> Auch die Gründungen der beiden später so erfolgreichen Fußballvereine 1. FC Köln und SC Fortuna Köln erfolgten 1948 durch Fusionen. Allerdings spielte hier auch in hohem Maße der Wunsch nach sportlich guten Leistungen eine Rolle, was durch die „Konzentration der Kräfte“ erreicht werden sollte.

<sup>286</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)5, o. S. Eine Verordnung der Regierungspräsidenten zur Bekämpfung der Sperrlingsplage wurde am 14.4.1947 herausgegeben.

<sup>287</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)9, o. S. Eine Eingabe des Zweckverbandes für Leibesübungen an die Straßenbahnverwaltung zur Aufhebung von Verkehrsbeschränkungen war diesem Anliegen vorausgegangen. Nachdem die Beschränkungen aufgehoben worden waren, formulierte der Vorsitzende des Sportausschusses Theo Rimek die Bitte der Stadtverwaltung an die Vereine mit dem Hinweis auf die „sportfreundliche Straßenbahnverwaltung“, die den „vielfachen Wünschen der Sportvereine bezügl. Zusatzverkehr weitestgehend entgegengekommen sei“. Siehe auch *Kölner Sportkurier* 3(1948)2, o. S.

Ereignis ein. Im Vergleich zu anderen Großstädten muss man diese Äußerungen allerdings relativieren.<sup>288</sup> In vielen Städten begann der organisatorische Wiederaufbau des Sports bereits ab Mitte des Jahres 1945.<sup>289</sup> Der Wiederaufbau der überfachlichen Kölner Sportorganisation begann erst im März 1946.<sup>290</sup> Im Juni 1947 lobte der Sportausschussvorsitzende Rimek die Entwicklung auf sportlicher Ebene mit überschwänglichen Worten vor dem Rat der Stadt Köln:

„Der Sport ist tatsächlich das, was hier in Köln blüht und gedeiht wie früher im tiefsten Frieden. Es ist der Initiative der Stadtvertretung, der Stadtverwaltung und sämtlicher Vereinsführer mit allen Aktiven zu danken, daß es ihnen mit ihrem Optimismus und ihrem Mut gelungen ist, unsere Stadt im Sport wieder so in Erscheinung treten zu lassen, als wenn niemals ein Krieg über uns hinweggebraust und niemals ein Drittes Reich da gewesen wäre.“<sup>291</sup>

Die in diesem Zitat spürbare Begeisterung für die Wiederaufbauleistungen im Sport stehen in deutlichem Gegensatz zur tatsächlichen Situation. Die Infrastruktur für einen reibungslosen Sportbetrieb war nur ansatzweise vorhanden, viele Vereine hatten noch immer Probleme mit der Beschaffung von Sportgeräten oder litten unter finanziellen Engpässen. Insbesondere die ersten großen Wettkämpfe in der Leichtathletik und im Fußball mögen jedoch in der Öffentlichkeit den Eindruck eines florierenden Sportbetriebs erweckt haben.

---

<sup>288</sup> Für Hannover schildert KRÜGER (1991): „Trotz der Zerstörung durch den Krieg ging der Aufbau des Sports hier schneller voran als in vielen anderen deutschen Großstädten“. Positiv für diese Entwicklung sei die „enge Verflechtung zwischen Stadt und Stadtsportbund“ gewesen. Ein erstes Treffen zur Gründung des „Turn- und Sportkreises Hannover“ fand im Januar 1946 statt. KRÜGER, Arndt, „Sportkultur in Hannover seit 1945“, in: NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE (Hg.), Sport in Hannover, S. 190. In Hamburg wurden die ersten Weichen für die Reorganisation des Sports bereits in den ersten vier Monaten nach der Kapitulation gestellt. TIEDEMANN, Claus, „Hamburg“, in: DSB (Hg.), *Wege aus der Not zur Einheit*, Bd. 2, S. 13. Auch in Stuttgart erfolgte bereits im Mai 1945 ein erster Zusammenschluss als „Arbeitsausschuss für Sport- und Körperpflege.“ GRUNDGEIGER, Klaus, „Stuttgart“, in: DSB (Hg.), *Wege aus der Not zur Einheit*, Bd. 2, S. 50.

<sup>289</sup> So gab es in Köln Vereine, die sich erst nach einer langen Anlaufphase wieder organisieren. Die Wiederbegründung des TV Rodenkirchen dauerte fast zehn Jahre, andere Vereine übernahmen lediglich die Namen von örtlichen Vorläufervereinen. Der Arbeitersportverein SC Borussia Hohenlind war 1933 verboten worden. 1959 bildete sich eine Thekenmannschaft, die unter diesem Namen einen Verein gründeten.

<sup>290</sup> Siehe Kapitel 2.4.4.

<sup>291</sup> VStVK vom 23.6.1947, S. 195.



#### 2.4.2. Die Anordnungen der Militärregierung für den Sportbetrieb

Am 1. September 1945 richtete der ASV Köln eine offizielle Anfrage an die Stadt Köln, „ob und unter welchen Bedingungen der Vereinsbetrieb wieder aufgenommen werden könne?“. In dem wenige Tage später eingehenden Antwortschreiben vermerkte die Verwaltung, „dass sportliche Betätigung außer solcher militärischer Art [...] gestattet“ sei.<sup>292</sup> Die Erlaubnis begründete sich in der „toleranten“ Haltung der britischen Besatzung, die sich zeitlich parallel auch in der offiziellen Verordnung Nr. 9 vom 15. September 1945<sup>293</sup> und in der als Durchführungsvorschrift zu betrachtenden Anweisung Nr. 17 vom 3. Dezember 1945 widerspiegelte. Eine Gründung von Sportvereinen, mit Ausnahme von Jugendvereinen, war danach ohne Genehmigung der Militärregierung möglich. Nur wenige Tage später, am 17. Dezember, folgte die Direktive Nr. 23 zur „Einschränkung und Entmilitarisierung des Deutschen Sports“, die eine Demokratisierung und Neustrukturierung der alten Sportorganisationen zum Ziel hatte und die großzügige Regelung aus der Anweisung Nr. 17 weitgehend wieder aufhob. Diese gegensätzlichen Bestimmungen führten sowohl bei den Militärregierungsstellen, als auch bei den deutschen Verwaltungen zu Verwirrungen, die letztendlich erst durch die Anordnung Nr.104 vom 18. Juli 1946 endgültig geklärt wurden.

Die zentralen Bestimmungen der Direktive Nr. 23 zur „Beschränkung und Entmilitarisierung des Sportwesens in Deutschland“ und deren Auswirkungen in der Praxis waren verbreitet Gegenstand sporthistorischer Forschung.<sup>294</sup> Zunächst als

---

<sup>292</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 144, Bl. 1ff.

<sup>293</sup> Die Zulassung von öffentlichen unpolitischen Versammlungen ohne vorherige Genehmigungspflicht führte spontan zur Wiederbegründung von Vereinen. Nach TIEDEMANN (1989) stützen beide Verordnungen die These, dass ab Juli 1945 eine Umorientierung in der britischen Besatzungspolitik stattfand, die auf größere Eigenständigkeit der Zonen-Militärregierung gegenüber interalliiertes Politik abzielte. Siehe TIEDEMANN, Claus, „Zur Entwicklung der für den Sport relevanten alliierten Rechtsvorschriften im besetzten Deutschland (1944-1950)“, in: PEIFFER, Lorenz, *Die erstrittene Einheit. Vom ADS zum DSB (1948-1950)*, Duderstadt 1989, S. 64.

<sup>294</sup> Ausgehend von den frühen „Verschwörungs“-Thesen KNECHTS (1968), dass die zentrale Bestimmung auf der Initiative der sowjetischen Mitglieder der Alliierten zurückzuführen sei, die im Zuge antikommunistischen Denkens noch von anderen Autoren übernommen wurden, bezeichnete TIEDEMANN die Kontrollratsdirektive vielmehr als „mühsam errungenen Kompromiß“, da die Beschlüsse einstimmig gefasst werden mussten. Vgl. TIEDEMANN, „Zur Entwicklung“, S. 69. WEIBPFENNIG unterstrich die Bedeutung der Direktive 23 als „Grundstein für den Neuaufbau“ und einen „Trennstrich mit der Vergangenheit“. Alle vor der Kapitulation Deutschlands bestehenden sportliche, militärische und paramilitärische Vereine und Verbände mussten aufgelöst und ihre Zulassung neu beantragt werden. Jede

„Grundstein für den Neuaufbau des deutschen Sports“ hervorgehoben, verblasste die Bedeutung dieser Anordnung durch den Blick auf das Alltagsgeschehen mehr und mehr. Da die Zonenkommandeure bei der Durchführung relativ freie Hand hatten, sind die Auswirkungen der Direktive Nr. 23 eher als gering anzusehen.<sup>295</sup> Besatzungspolitisch spielte der Sport nur eine nachgeordnete Rolle, unter Sicherheits- und Kontrollaspekten bedurfte es jedoch nach den Erfahrungen mit den paramilitärischen Organisationen der NS-Zeit dieser Regulierungsmaßnahmen.<sup>296</sup>

Die tolerante Einstellung der britischen Militärbehörde gegenüber den Sportorganisationen schuf auch in Köln ein entspanntes Klima, in dem der Sport, insbesondere der Fußball und die Leichtathletik, sich mehr oder weniger frei entfalten konnte. Persönliche Verbindungen zu den Besatzern halfen bei der Beschaffung von Material und der Instandsetzung der Sportplätze. So hatte z.B. der Tennistrainer des KTHC „Stadion“ Rot-Weiß, Hanne Nüsslein, gute Kontakte zu den Engländern, wodurch die Tennisplätze, die teilweise beschlagnahmt worden waren, rasch wieder hergerichtet und dem Vereinsbetrieb zur Verfügung gestellt werden konnten.<sup>297</sup> In der Erinnerung bescheinigten ehemalige Funktionäre den Besatzungsmächten, dass sie im Alltag auch „hier und da ein Auge zudrückten“ und, dass die Militärregierung „gegenüber dem Fußballsport aufgeschlossen war und ihn zumindest auf lokaler Ebene zunächst in großzügiger Weise duldete, wenn nicht förderte“.<sup>298</sup> Spiele zwischen Soldaten und Stadtmannschaften waren ein Mittel, die Atmosphäre zwischen „Besatzern“ und der Bevölkerung zu entspannen. Der englische Kommandant des

---

neugegründete Organisation bedurfte der Genehmigung der Alliierten und unterstand ihrer Aufsicht. Ausnahmen waren die aufgrund der Anordnung Nr. 17 bereits gebildeten Vereine, die einen Antrag auf Weiterführung stellen konnten. Siehe WEIBPFENNIG, Gerd, „Der Neuaufbau des Sports in Westdeutschland bis zur Gründung des Deutsche Sportbundes“, in: UEBERHORST, Horst, *Geschichte der Leibesübungen*, Bd. 3,2, Berlin 1981, S. 761.

<sup>295</sup> NITSCH, „Dreißig Jahre“, S. 839. NITSCH stellte dazu fest, dass die Durchführung der Direktive Nr. 23 „nie ernsthaft verfolgt“ worden war und die alten bürgerlichen Traditionsvereine besonders in Westdeutschland schon bald „unbehelligt“ wieder entstehen konnten.

<sup>296</sup> Zu einer ähnlichen Feststellung gelangte auch TIEDEMANN (1989), der die Kontrollratsdirektive als „Handlungsanweisung für die Militärregierungen“ bezeichnete, deren Umsetzung in verwaltungsgerechte Rechtsbestimmungen in den einzelnen Zonen erfolgen musste. Siehe TIEDEMANN, „Zur Entwicklung“, S. 70.

<sup>297</sup> Eigene Recherchen zur Geschichte des KTHC „Stadion“ Rot-Weiss, u.a. Zeitzeugen-Interview mit Irmgard und Fritz Esser 2005.

<sup>298</sup> FUßBALLVERBAND MITTELRAIN E.V., *50 Jahre FVM*, S. 47, 49.

Kölner Stadions leitete mehrere Spiele als Schiedsrichter.<sup>299</sup> In einem Brief vom 17. Dezember 1945 an Carl Diem ging Bauwens auf das Verhältnis zu den Engländern ein:

„Als die Engländer nach hier kamen, habe ich zu einer Zeit als es an sich noch verboten war, daß mehr als 3 Personen zusammen sein durften, die bei mir anfragenden Vereine angeregt, dennoch zu spielen, wobei ich selbstverständlich die Verantwortung übernahm. Ich wußte aber, dass der Engländer nichts dagegen haben würde, wenn er gesunden Sport sähe. Und so kam es [...] denn schon bald trafen sich deutsche Mannschaften in Wettspielen unter englischen und unter deutschen Schiedsrichtern.“<sup>300</sup>

Zehn Tage nachdem die örtliche Militärregierung die Gründung von Vereinen wieder zugelassen hatte, am 25. September 1945, folgten die Vorstände von 42 Ballspielvereinen aus Köln und Umgebung einer Einladung von Peco Bauwens. Sie beschlossen, noch im gleichen Jahr den Beginn einer Meisterschaftsrunde. Gauligen und Bezirksklassen sollten auf dem ehemaligen Gebiet des Fußballverbandes Mittelrhein organisiert werden.<sup>301</sup> Die offizielle Gründung des Rasensportverbandes Groß-Köln erfolgte am 1. Februar 1946 und war zugleich die erste Verbandsorganisation auf Kölner Ebene. 137 Fußball-, fünf Handballvereine und ein Leichtathletikclub schlossen sich zusammen und wählten Alfons Kierdorff<sup>302</sup> zum Vorsitzenden. Der Verband hatte zu diesem Zeitpunkt entgegen den Anordnungen aus der Kontrollratsdirektive Nr. 23 bereits überregionalen Charakter.

Der Erlass detaillierter Durchführungsbestimmungen für die Direktive Nr. 23 vom 18. Juli 1946 (Anordnung Nr. 104) fiel bereits in die Amtszeit des neu eingesetzten britischen Sportoffiziers John Ghetton Dixon, der im Frühsommer 1946 seinen Dienst in Bünde/Westfalen angetreten hatte.<sup>303</sup> Als Hauptverantwortlicher für den Sport

---

<sup>299</sup> Am 31.3.1946 spielte eine Kölner Stadtelf gegen die Guards-Division vor 30.000 Zuschauern. Eine weitere Begegnung fand aus Anlass des Besuchs des Oberbürgermeisters aus Birmingham 1947 statt.

<sup>300</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Schreiben von Bauwens an Diem vom 17.12.1945.

<sup>301</sup> FUßBALLVERBAND MITTELRHEIN E.V., *50 Jahre FVM*, S. 42ff. Dieses Datum gilt auch als Gründungsdatum des Fußballkreises Köln mit dem Vorsitzenden Willi Opladen. In der beiden Gruppen der ersten Fußballsaison waren Mannschaften aus Frechen, Euskirchen und Leverkusen vertreten.

<sup>302</sup> Kurzbiographie Kierdorff siehe Anhang.

<sup>303</sup> Die Anordnung Nr. 104 war gleichbedeutend mit der Anordnung Nr. 67 der Erziehungskontrolle (deutsche Behördenfassung). Die Tatsache, dass sich zwischenzeitlich bereits viele Sportorganisationen gegründet hatten, stellte die Briten vor ein Problem. Bereits bestehende Vereine wurden ersucht, einen Antrag auf Genehmigung ihres Weiterbestehens einzureichen. Auch für Organisationen, die bereits über die Kreisebene hinaus agierten, blieb die Möglichkeit bestehen, in der Arbeit fortzufahren. Mit den Formulierungen der Anweisung Nr. 104 konnte der im September 1945 begonnene Weg des wenig eingeschränkten Umgangs mit den Sportvereinen fortgesetzt werden. Vgl. TIEDEMANN, „Zur Entwicklung“, S. 78.

standen Dixon alle Gestaltungsmöglichkeiten offen, da seinem Auftrag keine Konzeption und keine Anweisungen von oben zugrunde lagen. Er selbst sah seine Hauptaufgabe in der „Verständigung zwischen den Menschen“ und darin, „die deutsche Jugend zu entnazifizieren und zu demokratischen Formen zu führen“. Kompromisse wollte er herbeiführen, Lösungen sollten die deutschen Sportler selber suchen.<sup>304</sup> Dixon stand „symbolisch“ für eine Haltung der Alliierten, „die in vielfacher Hinsicht [...] die grundsätzlich marginale, in Einzelaspekten aus Zufälligkeiten, situativen Bedingungen und persönlichem Impetus“ gekennzeichnete Sportpolitik widerspiegelte.<sup>305</sup> Die Kölner Sportfunktionäre liefen somit kaum Gefahr, Auseinandersetzungen mit der britischen Militärregierung auszulösen, zumal sie nach Aussage von Peco Bauwens „nicht zuerst das Dach bauen“, sondern „vielmehr von den Sportlern selbst den Beweis erbracht haben“ wollten, „daß sie sich selbst helfen würden, um von unten nach oben das Sporthaus zu errichten.“<sup>306</sup>

### 2.4.3. Entnazifizierung der Sportfunktionäre

In Köln begann die britische Besatzungsbehörde ab September 1945 mit der politischen Säuberung „auf breiter Basis [...] im Zusammenhang mit der geplanten Demokratisierung“.<sup>307</sup> Bis zur endgültigen Klärung eines „institutionalisierten Verfahrens mit beratender deutscher Beteiligung“ verging aber fast ein Jahr.<sup>308</sup> Im April 1946 nahm der „Entnazifizierungs-Hauptausschuss“ seine Arbeit auf, der seinerseits Unterausschüsse zur Überprüfung der Verwaltungen, Unternehmen und verschiedenen

---

<sup>304</sup> Vgl. Interviewauszug vom 9.9.1982 zwischen John G. Dixon und Wolfgang BUSS. Siehe BUSS, Wolfgang, „Sport und Besatzungspolitik“, in: DSB (Hg.), *Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes*, Bd. 2, S. 7.

<sup>305</sup> Vgl. BUSS, „Sport und Besatzungspolitik“, S. 11.

<sup>306</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Schreiben Bauwens an Diem vom 17.12.1945.

<sup>307</sup> Vgl. TREIB, „Britische Besatzungspolitik“, S. 89ff. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehrere ehemalige Nationalsozialisten an leitenden Positionen der Stadtverwaltung tätig. Eine neue Phase der politischen Säuberung begann im Januar 1946 auf der Grundlage einer einheitlichen Entnazifizierungspolitik in allen Besatzungszonen. Die Verordnungen für die britische Zone wurden mehrfach novelliert, zuletzt im März 1947. Im Oktober 1947 ging die Verantwortung für die Durchführung der Entnazifizierung auf die deutschen Behörden über.

<sup>308</sup> Eine ausführliche Darstellung zur Kölner Entnazifizierungspolitik in: MARTINSDORF, Eva-Maria, „Von den Schwierigkeiten, die Gegenwart von der Vergangenheit zu säubern - Entnazifizierung in Köln“, in: MATZERATH, Horst, u.a. (Hg.), *Versteckte Vergangenheit. Zum Umgang mit der NS-Zeit in Köln*, Köln 1995, S. 125-162.

Berufszweige einsetzte.<sup>309</sup> Für die verwaltungstechnische Abwicklung wurde das „Stadtamt für Entnazisierung“ eingerichtet, was neben den zum Teil undurchsichtigen Richtlinien der Militärregierung zu zusätzlichem Kompetenzgerangel auf deutscher Seite führte. Insgesamt waren im Juli 1946 in Köln 70 Ausschüsse eingerichtet, die über 69.000 Entnazifizierungsverfahren bearbeiten mussten.

Für den Bereich Sport richtete die Stadt einen Entnazifizierungsunterausschuss ein, allerdings ist aus den Akten nicht nachvollziehbar, wer letztendlich in diesem Gremium an verantwortlicher Stelle agierte. In den Entnazifizierungs-Akten des Hauptausschusses der Stadt Köln gibt es keinen Hinweis auf die Arbeit des Unterausschusses „Sport“.<sup>310</sup> Die „Durchführung der [...] Anweisung Nr. 104 betr. Sporttätigkeit und Sportkontrolle“ wurde aber unter der Rubrik „Arbeiten des Zweckverbandes“ im Tätigkeitsbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen 1947 erwähnt, so dass man davon ausgehen kann, dass Vorstandsmitglieder des Zweckverbandes im Entnazifizierungsunterausschuss vertreten waren.<sup>311</sup>

Nach den Bestimmungen der Anweisung Nr. 104 durften nur Personen der Kategorie V (unbelastete Personen) Vorsitzende von Sportvereinen werden, die Lizenzierung war Voraussetzung für die Neugründung bzw. das Weiterbestehen der Vereine. Lediglich zwei Fälle sind in den Akten des Sportamtes dokumentiert, in denen Zweifel am neugewählten Vorstand bestanden hatten. In einem Schreiben an den Geschäftsführer des „SC Rapid“ informierte Sportamtsleiter Johannes Sampels darüber, dass der Entnazisierungsausschuss die Personalfragebögen der „Vorstandsmitglieder beanstandet“ habe.<sup>312</sup> Im zweiten Fall wurde der neue Vereinsvorstand des ASV Köln, der am 4. April 1946 gewählt worden war, nochmals verändert. In einem Rundschreiben berichtete der Vorstand an die Mitglieder: „Alle Vorgenannten (Vorstandsmitglieder, Anm. d. Verf.) sind alte Mitglieder des ASV und die Tatsache, dass Kamerad Nottbrock die Gesamtleitung des Sportbetriebs übernommen hat, verbürgt die besten Aussichten

---

<sup>309</sup> Nach Bearbeitung der Fragebögen erging eine Stellungnahme des Unterausschuss an den Hauptausschuss, der diese mit einer Stellungnahme an die Militärbehörde zur Entscheidung weiterleitete.

<sup>310</sup> Vgl. HASTK, Acc. 16, Entnazifizierung, Nr. 21 Unterausschüsse der einzelnen Dienststellen.

<sup>311</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)3, S. 1.

<sup>312</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 47, Bl. 38, Schreiben von Johannes Sampels an Odenthal vom 12.11.1946. Im Antwortschreiben vom 19.11.1946 wird eine Umbesetzung des Vorstandes angekündigt. Der Verein wird noch mehrfach auf ein ordnungsgemäßes Ausfüllen der Fragebögen und Benennung von Zeugen hingewiesen.

für die Zukunft des ASV“. Eine Änderung des Vorstandes wurde aufgrund einer Mitteilung des Amtsgerichtes vom 9. Mai 1946, also noch vor Inkrafttreten der Direktive Nr. 23, vorgenommen. Im Mitgliederrundschreiben vom 18. Juli wurde Fritz Nottbrock nicht mehr als Sportwart, sondern nun als Beisitzer aufgeführt.<sup>313</sup>

Auf die vielfachen Anfragen der Vereine über den Sachstand ihrer Anträge hinsichtlich der Genehmigung teilte das Stadtamt für Leibesübungen im September 1947 mit, dass das Hauptquartier einen Bescheid gegeben habe, wonach zu erwarten sei, „dass binnen kurzem eine Anweisung liberaler Art für die Betreuung der Sportorganisationen herauskommen wird“ und dass zwischenzeitlich nichts dagegen einzuwenden sei, dass die bei der „Dienststelle eingetragenen Sportvereine so weitermachen wie bisher“.<sup>314</sup>

Viele Selbstdarstellungen der Vereine vermitteln den Eindruck, dass deren Mitglieder kaum Berührungängste zu ehemaligen Angehörigen der NSDAP hatten. Die alten Vorstände, die ja das NS-Regime zumindest in seinen Strukturen unterstützt und die Instrumentalisierung des Sports weitestgehend zugelassen hatten, waren oft auch wieder die Neuen. Ehemalige Funktionsträger der Gau- und Kreisfachämter tauchten erneut an verantwortlichen Stellen in den Vereinen und Verbänden wieder auf.<sup>315</sup> Die Zugehörigkeit zum „Sportsystem“ schien sogar über ideologische Grenzen hinaus Solidarität zu schaffen. So schlug der KPD-Stadtverordnete und Vorsitzende des Ortsverbandes Kölner Schwimmvereine Oskar Nolze dem Personalausschuss 1948 den Schwimmer und Olympia-Teilnehmer Ernst Budig zur Wiederaufnahme in städtische Dienste vor<sup>316</sup>, obwohl das Personalamt dem früheren Beamten Budig 1946 einen

---

<sup>313</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 137, Bl. 9. Ob die Funktion Nottbrocks als Gaufachamtsleiter Leichtathletik vor 1945 bei der Vorstandsneuwahl eine Rolle gespielt hatte, oder ob andere Umstände dafür verantwortlich waren, konnte nicht ermittelt werden. In der Einladung zur Wiederholung der Vorstandswahlen heißt es: „Gemäß Mitteilung des Amtsgerichts Köln vom 9.5.1946 sind die in unserer Mitgliederversammlung vom 4.4.1946 gefassten Beschlüsse rechtlich nicht verbindlich, weil [...] Fehler unterlaufen sind.“ HASTK, Acc. 871, Nr. 137, Bl. 5.

<sup>314</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)9

<sup>315</sup> Der ehemalige Gaufachwart für Fußball, Alfons Kierdorff, galt als „unbelastet“ und war in zahlreichen Gremien vertreten (Zweckverband für Leibesübungen, Rasensportverband Groß-Köln). Fritz Nottbrock war Gaufachamtsleiter für Leichtathletik gewesen und gehörte nach dem Krieg zu den wichtigsten Männern beim ASV Köln. Max Bleidt, ehemaliger Gaufachamtsleiter für Handball, wurde zunächst Pressewart des Westdeutschen Handballverbandes (Kreis Köln) und von 1955 bis 1970 Vorsitzender der Turn- und Fechtgemeinde Nippes.

<sup>316</sup> *Kölner Sportgeschichte e.V.*, Bestand 92/18, Schreiben von Oskar Nolze an Ernst Budig vom 28.7.1948. Das Schreiben endete mit dem Hinweis: „Mit diesem Vorschlag, welcher sich auf Ihre Kennt-

negativen Bescheid erteilt hatte, da er „nach den gegebenen Richtlinien zu den aktiven Nationalsozialisten“ gehört habe.<sup>317</sup> Aufgrund seiner Parteizugehörigkeit und seiner Tätigkeit in der Ortsgruppe „Horst Wessel“ wurde er vom Kölner Entnazifizierungsausschuss in Kategorie IV eingereiht. Budig konnte seine Tätigkeit als Vermessungsinspekteur bei der Stadt Köln wieder aufnehmen.

Trotz der „kleinen und großen Ehrenbriefe und Ordensauszeichnungen“ der Nazis galt auch der alte und neue Vorsitzende des Rasensportverbandes, Alfons Kierdorff, als „einer der wenigen die nicht, vor den Nazis [...] kapitulierten und es ablehnten, der Partei beizutreten.“<sup>318</sup> Damit war er aus Sicht der Mitglieder des Fachverbandes, des Zweckverbandes und des Mülheimer SV legitimiert, weiterhin als Funktionär zu agieren. Auf die erfahrenen Funktionäre schien man nicht verzichten zu wollen oder zu können. Eindeutig äußerte sich dahingehend der Autor der Jubiläumsschrift des Polizeisportvereins Köln:

„Wenn auch als Politischer gekränkt oder im Dienstgrad zurückversetzt, so wurde dennoch so mancher zum tatkräftigen Mitarbeiter beim Wiederaufbau der polizeisportlichen Gemeinschaften in Stadt und Land. Es dürfte daher im deutschen Westen vornehmlich der Verdienst der Älteren sein, mit ihren organisatorischen Fähigkeiten dem aktiven Sport der Polizei-Nachkriegsgeneration [...] wieder Geltung und Achtung verschafft zu haben.“<sup>319</sup>

Bei der Zusammenkunft der Ländersportreferenten 1947 wurden „Richtlinien für die politische Säuberung des Sports“ beschlossen, wobei Zonensportrats-Vorsitzender Hugo Grömmer die „restlose Säuberung“ und „demokratische Neugestaltung des Sports“ forderte. Dabei verwies Grömmer auch auf einen Vorfall in Köln, wo anlässlich des Fußballspiels Westdeutschland gegen Süddeutschland

„den Sportlern im Apenrader Hof jene Männer als besonders verdiente Sportführer präsentiert wurden,... die mehr oder weniger politisch belastet sind. Köbes Zündorf war

---

nisse aufbaut, hoffe ich, Ihnen sowie der Stadt Köln gedient zu haben.“ Ernst Budig war 1928 Teilnehmer bei den Olympischen Spielen und mehrfacher Deutscher Meister über 100 m-Freistil.

<sup>317</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Bestand 92/18, Schreiben der Personalamtes an Ernst Budig vom 25.7.1946.

<sup>318</sup> *Kölner Sportkurier* 4(1949)8, S. 4.

<sup>319</sup> O. VERF., *30 Jahre Polizeisportverein Köln 1922*, Köln 1952, S. 31.

auch da, der Mann, der die verhetzenden Artikel in den deutschen Sportzeitungen während der Nazizeit geschrieben hat."<sup>320</sup>

Die Anschuldigungen Grömmers blieben auf Kölner Ebene ohne Reaktion. Jakob Zündorf, Mitbegründer des Zweckverbandes für Leibesübungen und Sportjournalist, war von 1933 bis 1938 Gaufachwart für Fußball, von 1938 bis 1945 Kreissportführer gewesen.<sup>321</sup> Seine Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Fußball“ lassen kaum Zweifel an seiner Einstellung zur nationalsozialistischen Ideologie aufkommen. Nach 1945 übernahm Zündorf aber keine Funktionen mehr. Aus seinem Briefwechsel mit Carl Diem ist zu entnehmen, dass sowohl Diem als auch andere Funktionäre in seinem Entnazifizierungsverfahren als Zeugen aussagten.<sup>322</sup> 1951 wurde Jakob Zündorf bei der Jahreshauptversammlung des Zweckverbandes auf Antrag von Alfons Kierdorff „unter starkem Beifall der Versammlung zum Ehrenmitglied ernannt“.<sup>323</sup>

Der sozialdemokratische Stadtverordnete und ehemalige Arbeitersportler Hein Hamacher stellte 1946 vor dem Rat der Stadt Köln fest, „daß es heute noch Vereinsleitungen gibt, Vorsitzende Kölner Sportvereine, die selbst in zwölf Jahren Weimarer Republik immer besonderen Wert darauf gelegt haben, bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen statt der Farben der Republik, schwarz-weiß-rote Fahnen herauszuhängen“. Hamachers Angriff zielte dabei gegen die Mitläufer und Konservativen, also auf breiter Basis gegen den alten Klassenfeind aus dem bürgerlichen Lager, dessen Mitglieder „auch wenn sie nicht Mitglied der Partei waren“ er nicht für berufen hielt, „die deutsche Jugend zu führen“.<sup>324</sup> Seine Stellungnahme vor der Stadtverordnetenversammlung rief keine Gegenreaktion hervor.

Die Feststellung von NITSCH (1982), dass die führenden Positionen „durchweg“ von ehemaligen Arbeitersportler übernommen wurden, war für andere Städte,

---

<sup>320</sup> STRYCH, *Der westdeutsche Sport*, S. 20.

<sup>321</sup> Zündorf war darüber hinaus von 1907 bis 1914 Vorsitzender des Kölner Club für Rasensport und von 1939 bis 1941 Vorsitzender des Verein für Leibesübungen von 1899.

<sup>322</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 1636, Brief von Diem an Zündorf vom 21.7.1947, Eidesstattliche Erklärung. Aus dem weiteren Briefwechsel ist zu entnehmen, dass als weitere Zeugen für Zündorf der Redakteur der Rheinischen Post, Paul Vogelpoth und der Chefredakteur Josef Noe, sowie der Stadtverordnete Dr. Braubach aussagten. Gegen Zündorf hatten Heinrich Sorg und Willi Schirmmacher ausgesagt.

<sup>323</sup> *Kölner Sportkurier* 6(1951)3, S. 1.

<sup>324</sup> VStVK vom 18.7.1946, S. 205ff.



insbesondere im norddeutschen Raum durchaus zutreffend, - in Köln sucht man dafür vergeblich nach Belegen.<sup>325</sup> Ausschlaggebend war möglicherweise die sich in anderen Gemeinden rascher vollziehende Wiederbegründung der Vereine und Verbände, zu einem Zeitpunkt, als die Entnazifizierungsmaßnahmen und das politische Klima die bürgerlichen Kräfte noch verstärkt ausschlossen. In Köln konnten sich aufgrund der relativ späten Reorganisation und der sich abschwächenden Wirkung der Entnazifizierung die bürgerlichen Kräfte von Anfang an wieder etablieren. Das liberale Vorgehen der Militärregierung und die überwiegende Mehrheit der konservativen Vereine führten zu einem Klima, in dem der bürgerliche Sport sich frei entfalten konnte.<sup>326</sup> Gestärkt wurde diese Haltung zudem durch die in der Stadtverwaltung zu beobachtende Bereitschaft, ehemalige Nationalsozialisten in neue Ämter zu übernehmen.<sup>327</sup>

---

<sup>325</sup> NITSCH, „Dreißig Jahre“, S. 840. NITSCH bezog diese Äußerung auf Funktionen in den neuen Landes-, Bezirks- und Kreissportverbänden. In Hannover übernahm z.B. der ehemalige Arbeitersport-funktionär Heinrich Kabus das Stadtamt für Leibesübungen im April 1945. Im Januar 1946 übernahm er den Vorsitz des „Turn- und Sportkreises Hannover.“ Siehe WIESER, Lothar, „Hannover“, in: DSB, *Die Gründerjahre*, Bd.1, S.147. In Frankfurt war der ehemalige ATSB-Kreisspartenführer Fußball Martin Schmidt maßgeblich beteiligt an der Gründung des Stadtsportverbandes, der im Oktober 1945 seine erste Vollversammlung durchführte. Siehe GISSEL, Norbert, „Frankfurt“, in: DSB, *Die Gründerjahre*, Bd.1, S. 145. In Hamburg gründete die „Sozialistische Freie Gewerkschaft“ eine Initiativgruppe zur Kontrolle des Sports, die sich aber an dem „Unwillen“ der Besatzungsmacht scheiterte. Mit Hermann Lütke-meier und Franz Heitgres im Vorstand, sowie Heinz Güsmann als hauptamtlicher Geschäftsführer wurden aber später zwei der sozialistischen Sportbewegung nahestehende Funktionäre in den Hamburger Verband für Leibesübungen berufen. Siehe: TIEDEMANN, Claus, „Hamburg“, in: DSB, *Die Gründerjahre*, Bd. 2, S. 113ff. In Stuttgart war es der ehemalige Arbeitersportler Paul Keller, der den ersten „Arbeitsausschuss für Sport- und Körperpflege“ initiierte. Siehe: GRUNDGEIGER, Klaus, *Not und Spiele*, Stuttgart 1985, S. 18ff. Auch in den Führungspositionen des Kölner Zweckverbandes für Leibesübungen und den lokalen Fachverbänden sind nur wenige ehemalige Arbeitersportler zu finden.

<sup>326</sup> Auch in den Führungspositionen des Kölner Zweckverbandes für Leibesübungen und den lokalen Fachverbänden waren nur wenige ehemalige Arbeitersportler zu finden. Die Kölner Reorganisation unterstützt die Aussagen von KRÜGERS (1975), dass die Vereine „nach einer gewissen Übergangszeit“ bis 1948 „personell unter der alten Führung“ wieder aufgebaut wurden, und von STRYCH, dass eine „echte Entnazifizierung“ im Sport nicht stattgefunden habe. KRÜGER, *Sport und Politik*, S. 19, STRYCH, *Der westdeutsche Sport*, S. 21. NITSCH stellte für beide Darstellungen gewisse Mängel fest, u.a. weil „den Autoren noch das Instrumentarium für eine systematische Quellensuche fehlte“ und Forschungen zur allgemeinen Nachkriegsentwicklung unberücksichtigt blieben. Vgl. NITSCH, „Forschungsstand“, S. 31.

<sup>327</sup> Adenauer selbst berichtete in seinen Erinnerungen, er sei bereits Mitte 1945 dafür eingetreten, weniger belastete NSDAP-Mitglieder wieder zur Arbeit zuzulassen. Vgl. ADENAUER, Konrad, *Erinnerungen*, Köln 1965, S. 28.

#### 2.4.3.1. Die Führungsriege

Dreh- und Angelpunkt im Wiederaufbau des organisierten Kölner Sports war der international bekannte Schiedsrichter Peco Bauwens.<sup>328</sup> Der 1886 geborene Bauunternehmer Bauwens war in erster Linie begeisterter Fußballer und von 1927 bis 1934 Vorsitzender des VfL Köln 1899, dem ältesten Kölner Fußballverein.<sup>329</sup> Er pflegte aber auch intensive Kontakte zu den Ruderern und war Mitglied der Kölner Turnerschaft von 1843. Den Engländern war er vor allem von seinen zahlreichen Einsätzen als internationaler Schiedsrichter und Mitglied der FIFA-Executive von 1932 bis 1945 bekannt. Als „selbsternannter“ aber durchaus auch anerkannter Sprecher der Kölner Vereine übernahm er ab Oktober 1945 die Verantwortung für den Wiederaufbau des Kölner Sports. Von der britischen Militärregierung wurde Bauwens in die Kölner Stadtverordnetenversammlung berufen, wo er als Parteiloser die so genannte „Bauwens-Gruppe“ anführte. Das „parteiliche Gezänk“ war Bauwens zuwider, der Sport hatte nach seiner Meinung „größte Bedeutung“ für die „Gesundung des Volkes“ und die Aufgabe, „dem drohenden Auseinanderfallen des deutschen Volkes zu begegnen“.<sup>330</sup> In vielen Chroniken charakterisiert als „Treuhand des Sports“<sup>331</sup> nutzte er seine guten Verbindungen zur englischen Militärregierung und war daher für viele Funktionäre ein wertvoller Ansprechpartner.

Hinsichtlich seiner „unbelasteten“ Vergangenheit ist Bauwens keineswegs eindeutig einzuordnen. Zeitgenossen berichten zwar von seiner Distanz zu den Nationalsozialisten, zumal seine Frau aus einem jüdischen Elternhaus stammte. Ebenso trug der kolportierte Sachverhalt, dass in seiner Firma der „Regimegegner“ Johannes

---

<sup>328</sup> Eine wissenschaftlich fundierte Biographie über Peco Bauwens liegt bislang nicht vor. Einige Kurzbiographien in: MÜLLER, Jupp, „Peco Bauwens“, in: DSB, *Gründerjahre des Deutschen Sportbundes*, Bd.2, S. 90; *Kölner Sportkurier* 16(1961)12, o. S.; *Olympisches Feuer* 7(1957)3, S. 17; *Kölner Stadtanzeiger* vom 14.6.1974; Kurzbiographie Bauwens siehe Anhang.

<sup>329</sup> Der Verein wurde 1899 als „Internationaler Fußball-Club Köln“ gegründet, änderte noch im gleichen Jahr seinen Namen in „Kölner Fußball-Club“ und hieß ab 1916 „Kölner Sport-Club (KSC)“. 1937 schlossen sich die Vereine KSC und der Kölner Club für Rasensport zum „Verein für Leibesübungen 1899“ zusammen. Siehe O. Verf., *100 Jahre VfL 99 Köln e.V.*, Köln 1999, S. 26-31.

<sup>330</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Schreiben von Bauwens an Diem vom 17.12.1945.

<sup>331</sup> Diese Bezeichnung verwandte z.B. der Autor der Festschrift O. Verf., *40 Jahre SC Colonia 06*, S. 3.

Sampels als kaufmännischer Baustellenleiter überleben konnte<sup>332</sup>, zu seiner Entlastung bei. Andererseits war Bauwens seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP.<sup>333</sup> Er pflegte in der Fußballerszene Kontakte zu Jakob Zündorf und zum ehemaligen Stabsleiter des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen, Guido von Mengden, der nach 1945 im Bauwenschen Unternehmen für Werbung und Verwaltung zuständig war.<sup>334</sup> Im Rahmen der „Westwall-Errichtung“ soll das Bauunternehmen Bauwens durchaus lukrative Aufträge erhalten haben. Der konservativ-liberale Bauwens gehörte wie viele andere zu der großen Schar der „unkritischen, autoritätsgläubigen“ Mitläufer, deren Karrierewünsche, Machtstreben und nationale Gesinnung sich durchaus mit dem nationalsozialistischen Regime vereinbaren ließen. Die Frage nach Mitschuld, Täterschaft und moralischer Disposition stellt sich bei Bauwens ebenso, wie bei den vielen anderen „Sportführern“ des Dritten Reichs und eine eindeutige Bewertung kann es nach dem einfachen Täter-Opfer-Schema nicht geben.<sup>335</sup>

Nach dem Krieg spielten persönliche Beziehungen und die entsprechenden Verbindungen zu den Alliierten, aber auch zu „unbelasteten“ Personen eine wichtige Rolle. Gegenseitige Bekundungen der Unbescholtenheit und Zeugenaussagen in den offiziellen Entnazifizierungsverfahren waren unter Sportlern bzw. Sportfunktionären genauso üblich, wie in anderen Bereichen.<sup>336</sup> Entlastende Aussagen beruhte auf Gegenseitigkeit und ließen Koalitionen entstehen. Carl Diem schrieb im September 1945 an Bauwens, dass sie „beide (Diem und Bauwens, Anm. d. Verf.) die einzigen unbelasteten Sportführer“ seien, denn alle anderen wären „durch das Joch der Partei gegangen“.<sup>337</sup>

---

<sup>332</sup> MÜLLER, „Bauwens“, S. 90.

<sup>333</sup> HEINRICH, Arthur, *Der Deutsche Fußball-Bund. Eine politische Geschichte*, Köln 2000, S. 165.

<sup>334</sup> MÜLLER, „Bauwens“, S. 90; sowie BERNETT, *Guido von Mengden*, S. 100. BERNETT erwähnte keine Verbindungen zu Bauwens, schilderte aber eingehend die Rückkehr des ehemaligen NS-Sportfunktionärs von Mengden in den Westen und seine „zweite Karriere“.

<sup>335</sup> So muss die Darstellung von HEINRICH (2000) kritisch hinterfragt werden, wenn er von Bauwens schreibt, er und seine „rheinische Nachkriegsentourage“ hätten aus „eigener Machtvollkommenheit“ agiert, nicht einmal „darum bemüht, sich irgendeine Legitimation zu verschaffen.“ Diese und ähnliche Bewertungen vermitteln den Eindruck einer Vorverurteilung und mangelnden kritischen Distanz. Vgl. HEINRICH, *Der Deutsche Fußball-Bund*, S. 165ff.

<sup>336</sup> Bauwens schrieb z.B. im Vorfeld zur Gründung der Deutschen Sporthochschule an Lindner ein Entlastungszeugnis für Diem, siehe HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Bl. 17, Schreiben Bauwens an Lindner vom 4.2.1947.

<sup>337</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Schreiben von Diem an Bauwens vom 22.9.1945.

Das Netzwerk der führenden Persönlichkeiten um Bauwens, Kierdorff, Sampels, und Stauff, die alle bereits vor 1945 Verbandsfunktionen innehatten, entwickelte sich zum neuen „Machtzentrum“ im Kölner Sport. Als Gegner sah man dabei nicht die Alliierten und die ehemaligen Nazis, sondern die Kommunisten, Sozialdemokraten und so genannten Linken. Den Einheitsbestrebungen fiel allerdings auch die in Köln recht stark vertretende katholische DJK-Bewegung zum Opfer. Bauwens schrieb in seinem Antwortschreiben an Diem vom 17. Dezember 1945, dass „er stolz darauf sei, „hier im Westen verhindert zu haben, daß sich wieder ein Arbeiter Turn- und Sportkartell oder eine deutsche Jugendkraft aufgetan“ habe.<sup>338</sup> Sein großer Wunsch nach einem Einheitssportverband mit einer entsprechenden Macht für die Fachverbände, den er auch auf überregionalen Ebenen mit Vehemenz vertrat,<sup>339</sup> erfüllte sich in Köln ohne erkennbaren Widerspruch. Carl Diem bemerkte in einem Dankschreiben an Jakob Zündorf, der ihm zum 65. Geburtstag gratuliert hatte, dass es gälte die „Flamme der Sportkameradschaft zu schüren, in die sonst zu viel roter Mohn hinein geblasen wird.“<sup>340</sup> Die wenigen ehemaligen Arbeitersportler spielten im Wiederaufbau des Kölner Sports keine ausschlaggebende Rolle, so dass sich die bereits in der Weimarer Zeit herrschenden Verhältnisse fortsetzen konnten. Damit erklärt sich vielleicht auch, dass der Arbeitersport allmählich ganz aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwand. Im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums des Stadtsportbundes 1969 erschien ein moderat verfasster Beschwerdebrief eines ehemaligen Arbeitersportlers, der darauf hinwies, dass der Arbeitersport in den Darstellungen der Dachorganisation unberücksichtigt geblieben sei.<sup>341</sup>

#### 2.4.3.2. *Der Kölner Sportkongress*

Der Kölner Sportkongress 1950 markiert den Abschluss der ersten Wiederaufbauphase des Kölner Sports. Die Wiederbegründung der Vereine, der großen Verbände und des Zweckverbandes war zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen. Der

---

<sup>338</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Schreiben von Bauwens an Diem vom 17.12.1945

<sup>339</sup> Zur Beteiligung von Bauwens an der Entstehung des DSB und des LSB NW siehe u.a. STRYCH, *Der westdeutsche Sport*, S. 53ff., DSB (Hg.), *Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes*, S. 29ff.

<sup>340</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Schreiben von Diem an Zündorf vom 3.7.1949.

Sportausschuss und das Sportamt hatten die Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre überwunden und der Sportbetrieb lief in geregelten Bahnen. Verschiedene Fachverbände, vor allem die Fußballer und Leichtathleten, sowie der Deutsche Radfahrer-Bund und der Deutsche Tennis-Bund hatten Köln als Austragungsort für überregionale Veranstaltungen gewählt. Mit der Ansiedelung der Sporthochschule sah man sich erneut im „geistigen“ Zentrum des deutschen Sports. Der Vorschlag zur Einberufung eines Sportkongresses „durch die Stadt Köln unter Mitträgerschaft des Deutschen Städtetages“ wurde von Carl Diem dem Sportausschuss im Januar 1949 erstmals vorgelegt.<sup>342</sup> Der Ausschuss entschied die Durchführung der Veranstaltung im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten der 1900-Jahrfeier der Stadt Köln 1950.

Im Vorfeld der Planungen für den Kölner Sportkongress kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rat und Verwaltung. Zur Vorbereitung und Beratung der Jubiläumsveranstaltungen war ein Sonderausschuss der Stadtvertretung gebildet worden. Dieser Ausschuss stimmte dem Vorschlag der Verwaltung unter dem Sportdezernenten Dr. Busch zu, „vom 22. bis 30. Juli 1950 eine Sportwoche zu veranstalten“ und erteilte den Auftrag, besonders darauf zu achten, dass „die ethische Bedeutung des Sports betont wird und dass durch diese Sportwoche den Entartungen, die das Sportleben zurzeit zeigt, entgegengewirkt wird.“<sup>343</sup> Vorschläge zur Gestaltung des Kongresses sollte das Stadtamt für Leibesübungen erarbeiten, die im Februar 1950 dem Sonderausschuss zur Beratung vorgelegt wurden. Maßgeblichen Anteil an der inhaltlichen Umsetzung und Organisation des Kongresses hatte Johannes Sampels, der in seiner Funktion als erster Vorsitzender der ADS in der Veranstaltung einen willkommenen Anlass sah, Bedeutung und Stellenwert des Sports im städtischen Umfeld herauszustellen. Weiteren Anregungen von Bürgermeister Görlinger, „einen Redner, der in der früheren Arbeiterturn- und Sportbewegung an führender Stelle tätig war, für ein Referat zu gewinnen“ wurde entsprochen, ebenso der Empfehlung des Ratsmitglieds Dr. Braubach, „auch Ärzte zu Wort kommen zu lassen“.<sup>344</sup> Für die

---

<sup>341</sup> *Kölner Sportkurier* 25(1970)1,2, S. 15.

<sup>342</sup> HASTK, Acc.5, Nr. 7187, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 21.1.1949.

<sup>343</sup> VStVK vom 13.7.1950, S. 234.

<sup>344</sup> VStVK vom 13.7.1950, S. 235. Als weitere Redner wurden Fritz Wildung (Thema: Sport und Arbeitsfähigkeit), Prof. Dr. Wedekind (Thema: Sport vom Standpunkt des Arztes) und Prof. Dr. Kohlrausch (Thema: Körpererziehung für Geschädigte) gewonnen.

Durchführung des Kongresses wurden 20.000 DM aus den Mitteln des Jubiläumsetats zur Verfügung gestellt.

Insbesondere bei den sozialdemokratischen Vertretern des Sportausschusses stießen die Vorbereitungen des Sportamtes auf Proteste, da „weder die Stadtvertretung in ihrer Gesamtheit noch der zuständige Fachausschuss mit dieser für die Stadt Köln so wichtigen Frage befasst worden ist“.<sup>345</sup> Hein Hamacher vertrat die Position, „daß der zuständige Ausschuß vorher Stellung hätte nehmen müssen, zu einem Kongress, der sich mit grundlegenden Fragen des Sportes, der Erziehung und allem, was mit dem Sport im allgemeinen und in seiner heutigen Auswirkung zusammenhängt, beschäftigt“. Hamacher sah insbesondere die Gefahr, dass nicht alle geistigen Strömungen gleichberechtigt am Rednerpult stehen würden, und die Chance einer klärenden Diskussion um die noch vorhandenen „starken Gegensätzlichkeiten selbst in der Organisation des Sports“ sei somit verpasst worden. Zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung waren Organisation, Einladungen, Drucksachen etc. für die Veranstaltung aber schon so weit fortgeschritten, dass der Protest letztendlich ohne Wirkung blieb.

Das eigenmächtige Vorgehen der Organisatoren rief bei den Sozialdemokraten den Eindruck einer bewussten Ablehnung ihrer Mitarbeit hervor. Bei dieser überregionalen Bedeutung des Kongresses in grundsätzlichen Fragen zum Sport wünschten sie sich eine größere Beteiligung. Ihre Protestreaktion ist eines der wenigen Beispiele für das weiterhin bestehende Misstrauen gegenüber den konservativ-bürgerlichen Kräften in der Stadt. Unterschiedliche Vorstellungen über den Sport waren nach wie vor vorhanden. Allerdings hatte der Widerstand zu diesem Zeitpunkt keine Auswirkungen mehr auf strukturelle Fragen, da längst die Weichen für die Reorganisation des Sports auf allen Ebenen gestellt bzw. abgeschlossen waren. Auch wenn man noch einmal die Chance nach einer „klärenden Diskussion“ ergreifen wollte, an der defensiven Position der ehemaligen Arbeitersportfunktionäre auf Kölner Ebene änderte dies nichts.

Im Rahmen der Meisterehrung der Kölner Sportler 1951 wertete Oberbürgermeister Görlinger den Kölner Sportkongress als „besonderes Geschenk“ der

Stadt Köln an den „gesamten Sport“ und das deutsche Volk, der „alle früheren Kongresse in den Schatten stellte“ und die große Beteiligung habe bewiesen, „dass ein Bedürfnis nach geistiger Zielsetzung im deutschen Sportleben vorhanden ist.“<sup>346</sup> Mit dieser Aussage stellte das Stadtoberhaupt die Bedeutung des Kongresses noch einmal klar heraus, und betonte das freiwillige städtische Engagement, einen Beitrag zur nationalen Sportentwicklung leisten zu wollen. Das in Köln vorhandene Bewusstsein als „geistige Zentrale des Sports“ war bereits im Zusammenhang mit der Gründung der Sporthochschule zum Ausdruck gekommen.<sup>347</sup>

#### 2.4.4. Die Reorganisation des Zweckverbandes

Peco Bauwens war auch der Initiator, der die Wiederbegründung des Zweckverbandes für Leibesübungen vorantrieb. Den Auftrag zur Vorbereitung des Gründungsaktes übergab er an Johannes Sampels.<sup>348</sup> Vertreter der Kölner Turn- und Sportverbände beschlossen am 22. Februar 1946 die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Kölner Dachverbandes, der die Organisationsstruktur der Vorläuferinstitution aus der Weimarer Zeit als „Verband der Verbände“ übernehmen sollte.<sup>349</sup> Bis zur ersten Jahreshauptversammlung übernahm Alfons Kierdorff gemeinsam mit Johannes Sampels und Bernhard Skamper<sup>350</sup> die Geschäftsführung. 1947 wählten die Verbandsvertreter Kierdorff zum ersten Vorsitzenden.<sup>351</sup> Kierdorff galt – wie Bauwens – als strikter Gegner

---

<sup>345</sup> VStVK vom 13.7.1950, S. 234.

<sup>346</sup> *Kölner Sportkurier* 61951)1, S. 2.

<sup>347</sup> Zur Gründung der Sporthochschule Siehe Kapitel 3.4.1.

<sup>348</sup> Als erste offizielle Geschäftsstelle gab der Zweckverband im Kölner Sportkurier die Adresse von Peco Bauwens an. (Antwerpener Straße 55) Bauwens übernahm keine Funktion im Zweckverband. Bereits bei der ersten Jahreshauptversammlung trat er als „Ehrenvorsitzender“ in Erscheinung, obwohl eine entsprechende „Wahl“ nicht stattgefunden hatte.

<sup>349</sup> Aufgrund dieser bereits in der Weimarer Zeit entstanden Strukturen gab es in Köln keine Diskussion über die Verbandsorganisation. Bauwens war auch überregional ein Verfechter des Fachverbandsprinzips. Die erste Satzung des LSB NRW von 1950 rückte die lokalen Zweckverbände ins zweite Glied, mit ihren acht Stimmen in der Mitgliederversammlung und nur drei Stimmen im Hauptausschuss waren sie gegenüber den Fachverbandsvertretern eindeutig unterrepräsentiert. Die Stimmenverhältnisse wurde in den kommenden Jahren zwar geändert, was aber keine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse bedeutete. Zu den Diskussionen im Vorfeld der Gründung des LSB siehe: STRYCH, *Der westdeutsche Sport*; DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), *Gründerjahre des Deutschen Sportbundes, Bd. 1*; LANDESPORTBUND NRW, *50 Jahre LSB*; WEIßPFENNIG, „Der Neuaufbau des Sports“.

<sup>350</sup> Bernhard Skamper war Vorstandsmitglied des Deutschen Schwimmverbandes und Präsidiumsmitglied des Nationalen Olympischen Komitees.

<sup>351</sup> Die weiteren Mitglieder des Vorstandes waren: Johannes Sampels (2. Vorsitzender und Geschäftsführer), Adam Krahforst (3. Vorsitzender), Karl Halfen (Verband Kölner Turnvereine) und Anton Budde (Technischer Obmann).

jeglicher politischen Einflussnahme auf den Sport, eine „Verquickung von Sport und Politik“ würde es unter ihm nicht geben.<sup>352</sup> Bereits in der Weimarer Zeit hatte mit Jakob Zündorf ein Fußballer an der Spitze des Zweckverbandes gestanden. Kierdorff, der 1938 das Amt des Gaufachwirts für Fußball von Jakob Zündorf übernommen hatte, am 1. Februar 1946 zum Vorsitzenden des Rasensportverbandes Groß-Köln und am 21. Dezember 1946 zum Vorsitzenden des Fußball-Verbandes Mittelrhein gewählt worden war, setzte diese Tradition fort.<sup>353</sup> In den Veröffentlichungen aus Anlass späterer Ehrungen und Nachrufen über Alfons Kierdorff wurde seine siebenjährige Amtszeit als Gaufachwart stets als „Dienst an der Sache“ mit berücksichtigt.<sup>354</sup> Als weitere Mitglieder des ersten Vorstandes des Zweckverbandes wurden Adam Krahorst (stv. Vorsitzender), Karl Halfen (Kassierer) und Anton Budde gewählt.<sup>355</sup> Johannes Sampels übernahm gleich zwei Funktionen in neuen Zweckverband, die des stellvertretenden Vorsitzenden und des Geschäftsführers.

Insgesamt hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt zehn Fachverbände wiederbegründet, die jeweils einen Vertreter in den Technischen Ausschuss und für je 500 Vereinsmitglieder einen weiteren Vertreter in die Hauptversammlung des Zweckverbandes entsandten.<sup>356</sup> Der stärkste Verband war der Rasensportverband Groß-Köln, der 41 Vereine vertrat. Durch die Vorstandsmitglieder Bauwens und Kierdorff erhielt der Einfluss der Fußballer zusätzliches Gewicht. Erst im Laufe der 1960er Jahre, als die Mitgliederzahlen des Kölner Turngaus erstmals die des Fußballverbands

---

<sup>352</sup> FUßBALL-VERBAND MITTEL RheIN, *50 Jahre*, S. 47.

<sup>353</sup> FUßBALL-VERBAND MITTEL RheIN, *50 Jahre*, S. 22. In der Schilderung der Sitzung vom 1.2.1946 findet man auch einen kleinen Hinweis auf die Vertreter der beiden Parteien SPD (Hamacher) und KPD (Preuss), die „ihre ins Auge gefassten Ziele und Richtlinien zum Ausdruck“ brachten, aber am „Widerstand der führenden Männer scheiterten.“

<sup>354</sup> Willi Weyer huldigte zum 75. Geburtstag 1964 seine 25-jährige Tätigkeit „an der Spitze des großen Verbandes“, in: *Sport in NRW* (1964)8, S. 3, im Rahmen seiner Wiederwahl 1971 stellte man fest, dass Kierdorff „seit 35 Jahren seine Pflicht als erster Mann erfüllt.“ *Kölner Stadtanzeiger* vom 21.6.1971.

<sup>355</sup> Adam Krahorst war Mitbegründer des Schwerathleten-Verbandes NRW 1946 und arbeitete von 1929 bis 1966 bei der Stadionverwaltung. Siehe: SCHERER, Karl-Adolf, *Hundert Jahre Ringen in Deutschland*, Niedernberg 1991, S. 187. Anton Budde wurde 1947 Vorstandsmitglied des Westdeutschen Handball-Verbandes. Karl Halfen war Vorsitzender des TV Ehrenfeld und von 1951 bis 1955 stellvertretender, von 1956 bis 1967 Vorsitzender des Kölner Turngaus.

<sup>356</sup> Dies waren der Rasensportverband Groß Köln, Verband Kölner Turnvereine (Mai 1946), Ortsverband Kölner Schwimmvereine, Bezirksausschuss Kölner Radfahrvereine, Schwerathletenverband Köln, Stadtverband für Amateurboxen, Kölner Regatta-Verein, Kölner Hockeykreis (August 1946), Verband Kölner Kegler (August 1946) und der Westdeutsche Handballverband Kreis Köln (November 1946). Vgl. BORKHART, Winrich, *Die Geschichte des Stadtsportbundes 1919-1969*. Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1984,



Mittelrhein, Kreis Köln, übertrafen, änderte sich die Stimmenverhältnisse zugunsten der Turner.<sup>357</sup>

#### 2.4.4.1. Die Vorstandsmitglieder des Dachverbandes

Laut Satzung hätten in der zweiten Jahreshauptversammlung 1948, die nun unter dem Begriff „Kölner Sportparlament“ im Sitzungssaal des Rathauses stattfand, die „Hälfte der Mitglieder des Vorstandes“ ausscheiden müssen, da aber keine neuen Vorschläge gemacht wurden, erfolgte eine einstimmige Wiederwahl von Sampels, Krahorst und Halfen.<sup>358</sup> Ab 1950 übernahm Dr. Willi Schwarz den Posten des Geschäftsführers von Sampels. Der aus der bürgerlichen Turnertradition stammende Verwaltungsdirektor der Sporthochschule wurde in den folgenden Jahren mehr und mehr zu einer wichtigen Person in der Kölner Sportszene, in der er aber eher im Hintergrund agierte. In zahlreichen Gremien war Schwarz vertreten, arbeitete als loyaler Vertrauter mit Carl Diem zusammen und galt als ungemein fleißig und ideenreich. 1961 übernahm er im Zweckverband die Position des neu eingeführten dritten stellvertretenden Vorsitzenden. Insgesamt gehörte Schwarz 22 Jahre dem Vorstand an. Diese lange Amtszeit wurde nur von Karl Halfen übertroffen, der 23 Jahre die Position des Kassierers inne hatte. Beide – Halfen und Schwarz – standen dem Kölner Turngau von 1949 bis 1963 als Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende vor.<sup>359</sup> Damit wurde zumindest auf Vorstandsebene gegenüber dem starken Einfluss der Fußballer ein Ausgleich erzielt.

„Als Zweckverband betrachten wir uns als Sachverwalter des Sportgedankens schlechthin, als Sprecher des gesamten außerschulischen, auch des nicht zu

---

S. 44ff. Die Hauptversammlung war das oberste beschließende Organ und tagte alle zwei Jahre. Sie beschloss über Haushaltsplanung, Vorstandsmitglieder und Beiträge.

<sup>357</sup> Eine Aufstellung aller Mitgliedsverbände, die bis 1975 dem Zweckverband/Stadtsportbund beitraten im Anhang.

<sup>358</sup> *Kölner Sportkurier* 3(1948)2, o. S.

<sup>359</sup> Von 1949 bis 1954 war Schwarz Vorsitzender und Karl Halfen Stellvertreter, von 1956 bis 1963 tauschten sie die Rollen. 1964 schied Schwarz aus dem Vorstand des Kölner Turngaus aus, Halfen blieb noch bis 1967 Vorsitzender und bis 1970 Stellvertreter. Halfen war also auch hier 21 Jahre im Vorstand tätig. Siehe: TURNGAU KÖLN 1876 E.V., *125 Jahre Turngau Köln*, Köln 2001, S.180.

unterschätzenden nichtorganisierten Sports“,<sup>360</sup> so formulierte Willi Schwarz im Jahresbericht 1954 die Rolle der Dachorganisation. Am 23. November 1954 erfolgte im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung die erste Satzungsänderung, die eine Anpassung an die geltenden Bestimmungen der Gemeinnützigkeitsverordnung bedeutete. In der neuen Fassung des §1 hieß es: „Der Zweckverband ist parteipolitisch und religiös neutral und dient ausschließlich und unmittelbar nur gemeinnützigen Zwecken“. Das „eventuell vorhandene Vermögen“ würde im Falle einer Auflösung der Stadt Köln (Sportamt) zufließen, die es „ausschließlich für gemeinnützige, sportliche Zwecke verwendet“.<sup>361</sup> Diese alle Bereiche des Sports umfassende Zuständigkeit übte der Zweckverband bis Ende der 1950er Jahre aber nur bedingt aus. Als direkter Ansprechpartner für die Sportorganisationen war er zwar maßgeblich mit allen Fragen und Problemen der Nachkriegsära des Kölner Sports beschäftigt. Darüber hinaus gehende Initiativen für den unorganisierten Sport oder den Schulsport waren nicht zu erkennen und möglicherweise auch nicht gewollt. Die kurzen Kommunikationswege über Sampels zu Rat und Verwaltung und über die Bürgermitglieder zum Sportausschuss garantierten eine reibungslose Abwicklung der Vorstandsgeschäfte und Organisationsaufgaben.

Eine zweite Phase wurde mit der Amtsniederlegung von Johannes Sampels als stellvertretender Vorsitzender 1959 eingeleitet. Sampels begründete diesen Schritt öffentlich mit der Schwierigkeit seiner Doppelfunktion in Sportverwaltung und Zweckverband. Dem Rücktritt war aber auch ein handfester Streit mit dem Zweckverbandsvorsitzenden Kierdorff vorausgegangen.<sup>362</sup> Sampels hatte gegenüber Kierdorff seinen Missmut darüber geäußert, dass er sich die Zweckverbandsführung

---

<sup>360</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Auszug aus dem Jahresbericht zur außerordentlichen Hauptversammlung des Zweckverbandes am 23.11.1954.

<sup>361</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der außerordentlichen Hauptversammlung des Zweckverbandes vom 24.11.1954. Da der Zweckverband eine „Interessensgemeinschaft der Turn- und Sportverbände“ war, mussten die angeschlossenen Verbände ebenfalls eine Bescheinigung über die Gemeinnützigkeit vorlegen.

<sup>362</sup> Kernpunkte des Streits waren die Eröffnungsveranstaltung der Kölner Sporthalle und die Sportplatzsituation im Kölner Norden. Kierdorff hatte gegenüber dem Oberbürgermeister behauptet „Die Eröffnung der Kölner Sporthalle wird eine Hereinfall“. Dies wertete Sampels als persönlichen Affront, da er maßgeblich an der Organisation beteiligt war. Seine Verärgerung richtete sich gegen die „Fußball-Grossvereine“, die eine Beteiligung versagten, was Sampels als „Blamage“ empfand. Hinsichtlich der Sportplatzprobleme hatte sich Kierdorff eindeutig hinter seine Vereine gestellt. Siehe: Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, SSBK, Brief Sampels an Kierdorff vom 15.12.1958, Antwortschreiben Kierdorff an Sampels vom 18.12.1958.

„anders, d.h. vielseitiger und für alle Vereine – erst recht für die kleinen – vorgestellt habe und nicht nur einseitig (für den, Anm. d. Verf.) Fußball“. Das Verhältnis des Vorsitzenden Kierdorff schien sich auch zu den übrigen Vorstandsmitgliedern in der Folgezeit noch zu verschlechtern. Eine für den 1. Oktober 1959 geplante Werbeveranstaltung in der Kölner Messe musste mangels Beteiligung der Vereine, insbesondere der großen Fußballvereine abgesagt werden. Wie bereits bei der Sporthalleneröffnung 1958 empfand der Vorstand des Zweckverbandes die Absage der Fußballer als Affront gegen die übrige Sportgemeinschaft, wofür er den Vorsitzenden verantwortlich machte. Im Oktober 1960 erklärte Alfons Kierdorff seinen Rücktritt.<sup>363</sup> Bei der folgenden Jahreshauptversammlung im März 1961 wurde er dennoch zum Ehrenvorsitzenden des Zweckverbandes gewählt.<sup>364</sup>

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Zweckverbandes 1959 waren erstmals kritische Töne verschiedener Vorstandsmitglieder laut geworden. Willi Schwarz fragte mit einer gewissen Missbilligung: „War die frühere Zeit nicht grösser? Kann sich der heutige Zweckverband dem früheren so überaus aktiven, erfolgreichen Verband an die Seite stellen?“<sup>365</sup> Sampels unterstützte diese Kritik in seinem Rückblick auf die zurückliegenden Jahre:

„Die Fachverbände sind zu technisiert, sie denken und arbeiten meist nur in ihrem Bereich und in ihrem Fach. [...] Die großen Werbeveranstaltungen [...] konnten nur mit besonderen Anstrengungen durchgeführt werden und unterlagen schließlich der ‚Müdigkeit der Guten‘ mangels tragender Ideen, die in der Tradition verankert sind.[...] Die Freizeitbewegung fand keinen Widerhall bei den Verbänden des Sports. Die Tore wurden nicht geöffnet. Die Helfer blieben aus. Will der Zweckverband auch weiterhin seine Aufgabe erfüllen, muß er in erster Linie Anwalt der Kleinen sein.“<sup>366</sup>

„Um das Niveau zu heben“ – so der Vorsitzende Kierdorff im Kölner Sportparlament des gleichen Jahres – sollte der Vorstand erstmals um fünf Beisitzer aus

---

<sup>363</sup> Bereits in seinem Antwortschreiben an Sampels vom 18.12.1958 hatte Kierdorff mit seinem Rücktritt gedroht. In einem handschriftlichen Vermerk an Willi Schwarz empfahl Sampels eine Rücksprache mit Peco Bauwens und schlug als Nachfolger für den Vorsitz des Zweckverbandes Dr. Paul Ernst Bauwens vor. Seinen endgültigen Rücktritt erklärte Kierdorff bei der Vorstandssitzung am 10.10.1959. Diese Erklärung wurde aber wohl nicht im Protokoll vermerkt, was zu einer nochmaligen telefonischen Nachfrage führte, wobei Kierdorff bestätigte, dass es sich bei seiner Rücktrittserklärung „keineswegs um eine nicht ernstgemeinte Erklärung gehandelt habe.“ Kölner Sportgeschichte e.V. Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 11.11.1960.

<sup>364</sup> *Kölner Sportkurier* 16(1961)4, S. 2.

<sup>365</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.2.1959.

Rat, Verwaltung und Wirtschaft erweitert werden.<sup>367</sup> Auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 11. November 1960, wo sich das Gremium mit der Situation des Rücktritts des Vorsitzenden beschäftigen musste, stand erneut der Punkt „Wiederbelebung der Arbeit des Zweckverbandes, Hebung des Ansehens, evtl. organisatorische und personelle Neugestaltung“.<sup>368</sup> Die ersten Anzeichen für einen drohenden Ansehensverlust der Dachorganisation innerhalb der Kölner Sportlandschaft wurden also durchaus ernst genommen, denn auch in der Presse hatte man die „Schlafmützigkeit des Zweckverbandes“ angeprangert. Der zunehmende Rückzug der Vereine in den eigenen Geschäftsalltag einerseits, sowie die immer stärker werdende Beteiligung der Kölner Sportverwaltung an den Problemen und Fragen der Clubs andererseits, stellte die Dachorganisation vor eine tiefer gehende Identitätsfrage. Das Bedürfnis nach verbandsübergreifenden Werbeveranstaltungen und gemeinsamen Lösungsstrategien für die Belebung der allgemeinen Sportszene schwanden und demzufolge auch die zentrale Machtposition der Dachorganisation.

Für die Vorstandssitzung im Januar 1961 wurde eine eingehende Diskussion des Problems angekündigt mit dem Hinweis, es soll „ein Programm festgelegt“ und „eine organisatorische und personelle Neugestaltung erarbeitet werden“. Eine Lösung schien man in der Einbindung weiterer Fachleute und sportpolitisch Verantwortlicher in die Vorstandsarbeit zu sehen. Darüber hinaus beabsichtigte man als zusätzliches Organ, einen Hauptausschuss einzurichten, der sich aus dem Vorstand und den Vorsitzenden der dem Zweckverband angeschlossenen Verbände zusammensetzen sollte. Diese Idee von Willi Schwarz wurde aber in der nächsten Vorstandssitzung wieder verworfen, da „die Verbände in der Mitgliederversammlung restlos erfasst“ wären und „ein Hauptausschuß nur eine weitere Belastung für eine ersprießliche Vorstandsarbeit

---

<sup>366</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)5, o. S.

<sup>367</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)4, S. 3. Jahresbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen von 1959. Laut Satzung konnten bis zu acht Beisitzer gewählt werden, was allerdings nicht auf der Jahreshauptversammlung geschah. Stattdessen wurde es dem Vorstand überlassen, „in einer der üblichen Versammlungen mit den Vorsitzenden der dem Zweckverband angeschlossenen Verbände die Beisitzer zu wählen.“ *Kölner Sportgeschichte e.V.*, Best. 92/18, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Zweckverbandes für Leibesübungen Groß-Köln vom 23.3.1959.

<sup>368</sup> *Kölner Sportgeschichte e.V.*, Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 11.11.1960. Weiter heißt es zu diesem Punkt: „Der vielen Schwierigkeiten – nicht der Planung – sondern der Verwirklichung sind sich alle bewußt.“ Das Folgende ebenda.

bedeute“.<sup>369</sup> Mit der auf der Jahreshauptversammlung 1961 beschlossenen Satzungsänderung wurden die Vertreter des Rates und der Stadtverwaltung außerhalb der fünf sonstigen Beisitzer zu ständigen Mitgliedern des Vorstandes.<sup>370</sup> Mit dieser verbindlichen Beteiligung von Politik und Verwaltung gab der Zweckverband die Position der ausschließlichen Selbstverwaltung des Sports auf. Willi Schwarz formulierte in seinem „Ausblick“ im Rahmen des Tätigkeitsberichts: „Auf den Zweckverband kommen also mit der Zeit, mit dem Morgen und Übermorgen weitere Aufgaben zu. Die Neubildung des Vorstandes des Zweckverbandes, seine Verzahnung mit Stadtvertretung und Stadtverwaltung, schlechthin einer breiteren Öffentlichkeit, könnten dieser Zielsetzung nur dienlich sein.“<sup>371</sup>

Nachfolger im Amt des ersten Vorsitzenden wurde Oskar Stauf, der auf Vorschlag von Bauwens gewählt wurde. Stauf war – wie sein Vorgänger – bereits in der Weimarer Zeit und im „Dritten Reich“ in der Kölner Sportszene aktiv, war von 1939 bis 1949 Vorsitzender des Kölner Schwimmvereins „Rhenus“ und seit 1946 Vorsitzender des Ortsverbandes Kölner Schwimmvereine. Ebenfalls 1961 rückten mit Hermann Schmaul als stellvertretender Vorsitzender und Obmann des Technischen Ausschusses und Fritz Busse als Geschäftsführer zwei neue Vertreter des Kölner Fußballverbandes in den Vorstand. In Anbetracht der vorangegangenen Querelen wollte der Kölner Fußballverband zum Ausdruck bringen, „enger mit der Zweckverbandsarbeit verbunden zu sein“.<sup>372</sup>

1963 wurde die Satzung wieder umformuliert und der Vorstand erweitert, so dass „außer den bisherigen Mitgliedern je ein Vertreter der Kölner sportärztlichen Arbeitsgemeinschaft der Leibeserzieher und der Bundeswehr, ferner bis zu 9 (bisher 8) Beisitzer angehören sollen, von denen nunmehr zwei durch den Rat der Stadt Köln vorgeschlagen werden“ konnten.<sup>373</sup> Auf Beschluss der Hauptversammlung vom 23. März 1965 erfolgte die Umbenennung des Zweckverbandes in Stadtsportbund Köln e.V. (SSBK) gemäß § 13 der Satzung des LSB NW, wonach ein Stadtsportbund die

---

<sup>369</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 7.1.1961.

<sup>370</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 27.12.1960.

<sup>371</sup> *Kölner Sportkurier* 16(1961)5, S. 2. Als weitere Aufgaben nannte Schwarz den „Goldenen Plan“, den „Zweiten Weg“ und den Fünfjahresplan.

<sup>372</sup> *Kölner Sportkurier* 16(1961)4, Jahresbericht des Kölner Sportparlaments 1961.

<sup>373</sup> *Kölner Sportkurier* 18(1963)4, S. 1.

selbständige Untergliederung des LSB auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise darstellte, und Vertreter derselben Mitglieder des Hauptausschusses wurden. In diesem Jahr traten acht weitere Verbände der Kölner Dachorganisation bei.

Sechs Jahre nach dem ersten gescheiterten Versuch gründete der Stadtsportbund 1967 doch einen Hauptausschuss „zur besseren Kontaktpflege zwischen Mitgliederverbänden und Vorstand.“ Dieses Gremium, das den ursprünglichen „Technischen Ausschuss“ ersetzen sollte, wurde von den Verbänden aber nur zögerlich wahrgenommen.<sup>374</sup> Die Notwendigkeit für ein zusätzliches Organ wurde scheinbar nicht anerkannt, da die grundlegenden übergeordneten Fragen des Sportalltags kaum noch eine Rolle spielten.

Im Jubiläumsjahr 1969 löste Hermann Schmaul den seit acht Jahren amtierenden Oskar Stauf als Vorsitzenden ab. Hans-Gerhard König, der als Geschäftsführer des 1. FC Köln den neuen Vorsitzenden aus der Fußballszene kannte, beschrieb Schmaul bei seiner Amtseinführung „als nicht immer bequemen Mann“ und als Fußballer, der auch die „Nützlichkeit des professionellen Fußballs“ erkannte. Zudem wisse Schmaul, „daß die Bedeutung des Stadtsportbundes von nicht wenigen Leuten als gering eingeschätzt wird“.<sup>375</sup> Wenn diese Einschätzung über Hermann Schmaul auch bei anderen Meinungsführern vorherrschte, war seine Wahl vielleicht in der Tat ein Versuch, die Kluft zwischen Amateur- und Profisport zu schließen. Die Unzufriedenheit über die Rolle des Stadtsportbundes blieb aber weiterhin bestehen. Bis 1972 war der Vorstand auf insgesamt 28 Personen angewachsen. Mit dem Bestreben, immer mehr Personen einzubinden, gleichzeitig etablierte Vorstandsmitglieder aber weiterhin zu „versorgen“, wurden die Anzahl der Beisitzer ständig erhöht und zusätzliche Positionen geschaffen. Funktionen, die möglicherweise für größere Transparenz und Öffentlichkeitswirksamkeit gesorgt hätten, wie z.B. der Pressewart, waren dagegen längere Zeit nicht besetzt.

---

<sup>374</sup> Den Hauptausschuss bildeten der Vorstand und die Vorsitzenden, bzw. deren Stellvertreter der Mitgliedsverbände. Siehe Jahresbericht zur Ordentlichen Hauptversammlung des SSBK am 27.10.1969, S. 8. Zur ersten Versammlung am 10.10.1967 erschienen nur 17 Verbände, 1968 waren es 22 und 1969 25. Dem Hauptausschuss oblag als Aufgabe die Beratung über Fragen grundsätzlicher Bedeutung, die er als Empfehlung dem beschließenden Organ zuleitete.

<sup>375</sup> *Kölner Sportkurier* 24(1969) 11/12, S. 13.

Der Kontakt zur Basis der Sportvereine blieb trotz der erkennbaren Bemühungen ein fortwährendes Problem. Die Teilnehmerzahlen bei Versammlungen und Veranstaltungen blieben hinter den Erwartungen zurück und belebten Anfang der 1970er Jahre erneut die Diskussion, wie die Vereine unmittelbarer an der Arbeit des Stadtsportbundes beteiligt werden könnten. 1971 sollte die Satzung dahingehend geändert werden, dass die Vereine die Möglichkeit einer direkten Mitgliedschaft erhielten und Stimmrecht bei Entscheidungen hätten. Angeregt wurde die Satzungsänderung von Dr. Willi Schwarz, der gemeinsam mit drei weiteren Vorstandskollegen einen Satzungsausschuss leitete.<sup>376</sup> Aufgrund bestehender Meinungsverschiedenheiten wurde die neue Satzung aber erst bei der Hauptausschusssitzung 1974 verabschiedet. Eine direkte Mitgliedschaft der Vereine wurde darin allerdings nicht ermöglicht. Die neue Satzung sah stattdessen vor, dass jede dritte Stimme der stimmberechtigten Mitglieder eines Fachverbandes von einem Vereinsvertreter, der nicht Vorstandsmitglied im Fachverband sein durfte, wahrgenommen werden sollte. Die Aufgabenstellungen des Stadtsportbundes wurden neu formuliert und sollten „konkret und den modernen Anforderungen einer starken Vertretung der Kölner Turn- und Sportvereine adäquat sein.“

Über den gesamten Zeitraum blieben daher die Machtverhältnisse zwischen den Verbänden und dem Zweckverband bzw. Stadtsportbund unverändert, den Sportbetrieb betreffende Fragen wurden in erster Linie auf fachverbandlicher Ebene diskutiert und entschieden. Die Vereine mussten ihr Mitbestimmungsrecht an die Verbände abtreten und hatten keinen direkten Einfluss auf sportpolitische Entscheidungen über „ihre“ Dachorganisation. Damit verhinderte der Stadtsportbund im Grunde die Stärkung seiner eigenen Position, die er als Gegengewicht zu einer sich ständig ausweitenden Sportverwaltung gebraucht hätte. Die weniger erfolgreiche zweite Phase nach der Ära Sampels/Kierdorff wurde begleitet von einem zunehmenden Rückzug der Verbände aus der Arbeit des Zweckverbandes/Stadtsportbund, was dessen defensive Position zusätzlich verstärkte. Beeinflusst wurde diese Tendenz durch die Vorherrschaft der großen Verbände. Eine herausragende Stellung nahm von Anfang an der

---

<sup>376</sup> 1971 gehörten Walter Beienburg, Klaus Weyand und Hermann Schmaul dem Ausschuss an, von 1972 bis 1974 bildeten Willi Schirmmacher, Düster und Dr. Simon dieses Gremium. Siehe: HOFFMAN, *Stadtsportbund 1969-1984*, S. 15. Das Folgende ebenda.

Rasensportverband Groß-Köln bzw. Fußballkreis Köln ein, der zudem über mehr als 20 Jahre des Untersuchungszeitraums den Vorsitzenden stellte und weitere Mitglieder im Vorstand etablieren konnte. Durch ihre Beteiligung bzw. „Nichtbeteiligung“ konnten sie den Erfolg von Veranstaltungen negativ beeinflussen. Mittel und Wege, dieser Entwicklung entgegen zu steuern, fand die Dachorganisation nicht. Kurze Zeit nach Inkrafttreten der neuen Satzung 1971 ergab sich durch die anstehende „kommunale Neugliederung“ der Stadt Köln eine völlig neue Situation, die den Stadtsportbund zu einer erheblichen Umstrukturierung zwang.<sup>377</sup>

#### 2.4.4.2. Aufgaben und Arbeit

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren befasste sich der Zweckverband vorrangig mit den anstehenden Schwierigkeiten des Vereinsalltags. Aufschluss über die Aktivitäten gewinnt man aus den Veröffentlichungen im „Kölner Sportkurier“, der bereits vor der eigentlichen Gründung der Dachorganisation am 1. Februar 1946 erstmals erschien. Die ersten „Mitteilungen des Zweckverbandes für Leibesübungen Groß-Köln“ finanzierte Peco Bauwens. Im Mittelpunkt der Arbeit standen danach die Bemühungen um neue Sportplätze und Geräte, die Senkung der Vergnügungssteuer und die Wiedereinrichtung der sportärztlichen Beratungsstelle.<sup>378</sup> Erfolge hatte der Zweckverband beispielsweise mit seinen Anträgen auf Fahrpreisermäßigung und der Bereitstellung von Bezugsmarken für die Beschaffung von Sportgeräten.

Groß angelegte Werbeveranstaltungen sollten die Bevölkerung für den Sport mobilisieren. Zu diesen alljährlich stattfindenden Ereignissen gehörten die „Kölner Ringstaffel“<sup>379</sup> und die „Vaterstädtischen Festspiele“<sup>380</sup>. 1947 rief der Zweckverband erstmals wieder zur Teilnahme an dem Staffellauf über die Kölner Ringe auf. Aus nicht

---

<sup>377</sup> Köln wurde nach der „Neugliederung“ in neun Bezirke aufgeteilt, die ab 1976 jeweils durch eine Bezirksverwaltungsstelle betreut wurden. Der Stadtsportbund initiierte die Einrichtung von Stadtbezirks-Sportverbänden (SBSV) in allen neun Gebieten, die als beratende und unterstützende Organe für die Vereine gegenüber den Bezirksverwaltungen tätig sein sollten. Die Stadtbezirks-Sportsverbands-Vorsitzenden wurden in den Hauptausschuss des Stadtsportbundes integriert, was eine erneute Satzungsänderung voraussetzte. Eine vollständige Anpassung an die neue Lage war erst 1979 mit der Konstituierung des letzten SBSV erreicht.

<sup>378</sup> Zur Vergnügungssteuer siehe Kapitel 3.2.4.1.

<sup>379</sup> Die Kölner Ringstaffel war bereits 1920 erstmals in Köln ausgetragen worden. Abgesehen von kleineren Unterbrechungen fand dieser Lauf mit unterschiedlichen Streckenführungen bis 1937 statt. Siehe *Kölner Sportkurier* 4(1949)5, S. 1.



nachvollziehbaren Gründen fand die Veranstaltung allerdings nicht statt. Erst 1949 gelang die erste erfolgreiche Durchführung in Kooperation mit dem Westdeutschen Leichtathletik-Verband, Kreis Köln. 52 Vereine mit 247 Mannschaften meldeten insgesamt über 2.000 Läufer an. Eine erste, in Anlehnung an die Vaterländischen Festspiele der Vorkriegszeit gestaltete, „Kölner Sportwoche“ organisierte der Zweckverband im Rahmen des Stadionjubiläums 1948. Ab 1949 wurde die Veranstaltung unter der Bezeichnung „Vaterstädtische Festspiele“ alljährlich wiederholt.<sup>381</sup>

Nach anfänglichen Erfolgsmeldungen gerieten beide Veranstaltungen ab Anfang der 1950er Jahre immer mehr in die Kritik. Die Teilnehmerzahlen erfüllten keineswegs die Erwartungen. Der Zweckverband drohte den Vereinen, die sich nicht an Veranstaltungen beteiligten, „Anträge um Unterstützung aus Toto- und städtischen Mitteln vom Zweckverband für Leibesübungen dementsprechend“ zu behandeln.<sup>382</sup> Das bedeutete, dass der Zweckverband Beihilfeanträge zukünftig ablehnend begutachten würde, was die Vereine bei der Vergabe von städtischen Fördermitteln benachteiligt hätte. Dieses Druckmittel blieb jedoch ohne Wirkung, entweder weil manche Vereine gar nicht auf städtische Gelder angewiesen waren oder erkannt hatten, dass die letzte Entscheidung über die Mittelverteilung im Sportausschuss und im Rat getroffen wurde und der Zweckverband die Machtposition, die er nach außen vertrat, tatsächlich gar nicht hatte. Bereits 1951 hatte der Obmann des Technischen Ausschusses, Anton Budde, erstmals den Antrag formuliert, in dem Vereine, die „bei den vaterstädtischen Festspielen nicht mitmachen, in Zukunft von der Gewährung von Beihilfen“ ausgeschlossen werden sollten.<sup>383</sup> Über den Antrag wurde nicht abgestimmt, sondern

---

<sup>380</sup> In Anlehnung an die seit 1899 stattfindenden „Vaterländischen Festspiele“ knüpfte man auch hier an die Vorkriegstradition an. Lediglich die Namensgebung bereitete den Organisatoren Probleme.

<sup>381</sup> Zu der Bezeichnung „Vaterländische Festspiele“ äußerte sich Dezernent Busch in einer Stellungnahme an das Stadtamt für Leibesübungen 1947: „Der Gedanke, die Vaterländischen Festspiele und diesen Namen wieder aufleben zu lassen, ist zur Zeit nicht diskutabel, da wir zunächst klare politische Verhältnisse haben müssen. Ich möchte unter allen Umständen nicht das Alte wieder aufleben lassen, sondern etwas Neues in grösserer und schönerer Form bringen.“ HASTK, Acc. 2, Nr. 1306, Bl. 24.

<sup>382</sup> *Kölner Sportkurier* 8(1953)5, S. 2. 1953 gingen von 325 gemeldeten Mannschaften 225 an den Start, 1954 waren es 258, 1956 217 Mannschaften. Bei der Veranstaltung 1956 versuchte der Zweckverband durch besondere Maßnahmen das Meldeergebnis zu verbessern. Doch der Appell an die Fußballvereine und das für den Veranstaltungstag verhängte Spielverbot wurde seitens der Verbände ignoriert.

<sup>383</sup> Kölner Sportgeschichte, Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 27.4.1951.

nur festgehalten, dass „alle, die der Natur des betriebenen Sports nach mitmachen können, mit machen müssen.“ 1952 bedauerte man insbesondere die Zurückhaltung der Fußballvereine.<sup>384</sup>

1956 bemühte sich der Zweckverband, die Vaterstädtischen Festspiele zu einem allumfassenden „stadtkölnischen Fest, an denen – aktiv oder passiv – ganz Köln, also nicht nur die Kölner Turner und Sportler“<sup>385</sup> teilnehmen sollten, werden zu lassen, was aber letztendlich nicht umgesetzt wurde. 1958 folgte erneut eine eingehende Diskussion im Zweckverband über eine inhaltliche Neuorientierung und eine veränderte Namensgebung.<sup>386</sup> Sampels übte harte Kritik an der zurückliegenden Veranstaltung: „Das war kein Fest des Kölner Sports, sondern ein aufgelöster Haufen, der sich technisch abwickelte.“<sup>387</sup> In einer Abstimmung votierte die Mehrzahl der Anwesenden für eine Weiterführung der Spiele. Die beiden Gegenstimmen stammten von Johannes Sampels und Willi Schwarz, der eine neue „dezentralisierte“ Form der Veranstaltung vorgeschlagen hatte. Während einer gemeinsamen Sitzung von Sportausschuss und Zweckverband nach den Vaterstädtischen Festspielen 1958 schaltete sich auch Oberbürgermeister Burauen in die Überlegungen ein. Nach seiner Meinung müssten „die Spiele [...] unbedingt erhalten bleiben“, die Veranstaltung sollte aber „moderner, zugkräftiger“ gestaltet werden.<sup>388</sup> Ferner stellte er fest: „Die Förderung der Festspiele durch die öffentliche Hand soll nur dem Sport dienen und nicht den Vereinen.“<sup>389</sup> Ohne die Vereine war aber eine gemeinsame Werbeveranstaltung nicht durchführbar, das Interesse daran schien aber nicht mehr vorhanden zu sein und die Notwendigkeit für eine derartige Werbung wurde vielleicht auch nicht gesehen. Von städtischer Seite war es durchaus verständlich an der Durchführung festzuhalten, da sich in dieser Form das

---

<sup>384</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 6.5.1952.

<sup>385</sup> *Kölner Sportkurier* 11(1956) 7, S. 2.

<sup>386</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 6.3.1958..

<sup>387</sup> Sampels referierte im Januar 1958 ausführlich über die Vaterstädtischen Festspiele, über „die große Geschichte, die vielen Versuche, aus dieser Veranstaltung etwas Werbendes, Grosses für ganz Köln Bedeutsames zu schaffen, erschreckend die Uninteressiertheit selbst der Turner und Sportler“. Vgl. Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 21.1.1958

<sup>388</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll über die Sitzung des Zweckverbandes und dem Sportausschuss vom 8.7.1958. Auf der Anwesenheitsliste trug sich Burauen als „Kegler“ ein.

<sup>389</sup> Kölner Sportgeschichte e.V.. Best. 92/18 Notizen über die gemeinsame Sitzung Zweckverband und Sportausschuss vom 8.7.1958.

ursprüngliche Konzept der kommunalen Daseinsfürsorge für eine umfassende Bewegungskultur nach wie vor widerspiegelte. Zwecks „Reform der Vaterstädt. Festspiele“ wurde im September 1958 noch ein Sonderausschuss gebildet, der sich aus Mitgliedern des Sportausschusses und des Zweckverbandsvorstands zusammensetzte.<sup>390</sup> Obwohl die Stadt Köln, die ja als Mitveranstalter auftrat, zunächst an einer Weiterführung der Festspiele festhielt, folgte im Frühjahr 1959 die Ankündigung des Sportamtes, seine Mitarbeit an den Vorbereitungen einzustellen.

Das endgültige Ende der „Vaterstädtischen Festspiele“ wurde mit Wehmut begleitet, denn diese waren nach Meinung des Zweckverbandes „doch in Wirklichkeit seit Jahren eine der wenigen echten Sportveranstaltungen überhaupt [...] uninteressiert am Publikumszuspruch“ und „frei von hysterischen Beifallsaktionen am Spielfeldrand“.<sup>391</sup> Als „Ersatz“ für die Vaterstädtischen Festspiele sollte nun eine breitgefächerte „Kölner Sportschau“ in der neuen Sporthalle als Werbeveranstaltung dienen. Mangels Zuspruch von Seiten der Verbände konnte auch diese Veranstaltung erstmals 1963 in Kooperation mit dem Polizeisportverein Köln realisiert werden, als die Sparkasse der Stadt Köln das finanzielle Risiko übernahm. Die Mitarbeit des Zweckverbandes an dieser Veranstaltung endete mit der Amtszeit von Oskar Stauf 1969.

Das Scheitern der beiden Traditionsveranstaltungen war symptomatisch für das Verhältnis zwischen dem Zweckverband und den Verbänden. Als „Sachwalter des Sportgedankens schlechthin“, also auch des „gesamten außerschulischen“ und unorganisierten Sports war der Zweckverband keineswegs nur übergeordnete, sondern auch nebengeordnete Instanz, die zuweilen auch in Konkurrenz zu den Verbänden arbeitete. Mit seinem einseitigen Selbstverständnis und seinem rückwärts gerichteten Beharren an den alten Konzepten hatte der Zweckverband sich der Möglichkeit beraubt, Kräfte zu bündeln und eine entsprechende gesellschaftliche Repräsentanz zu erzielen. Andererseits schienen die Sportverbandsvertreter fast ausschließlich mit ihren eigenen

---

<sup>390</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Zweckverbandes vom 2.9.1958.

<sup>391</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959) 6, S. 4.

Interessen und Problemen beschäftigt zu sein, so dass die Durchsetzungskraft gemeinsamer Zielsetzungen auch von dieser Seite her geschwächt wurde.<sup>392</sup>

Ein wichtige Funktion, aus der sich dennoch eine Machtposition der Dachorganisation ableiten ließe, erfüllte der Zweckverband in der gutachterlichen Stellungnahme bei Beihilfeanträgen der Vereine, die in den gemeinsamen Sitzungen des Vorstandes und der Verbandsvertreter erörtert und entschieden wurden. Alle Anträge von Vereinen, deren Verband nicht Mitglied im Zweckverband war, lehnte dieses Gremium des Zweckverbandes grundsätzlich ab.<sup>393</sup> Die Stellungnahme der Fachverbände wurde vor den jeweiligen Verhandlungen eingeholt. Diese Praxis änderte der Zweckverband 1960. Das Protokoll vom 10. Oktober 1960 erweckt den Eindruck, dass die Änderung eine Reaktion auf die mangelnde Beteiligung der Vereine bei der Messeveranstaltung im gleichen Monat war, die - wie bereits beschrieben - auch zum Rücktritt des Vorsitzenden Kierdorff geführt hatte. In Zukunft sollten die Beihilfeanträge nur noch im Vorstand behandelt werden, wobei ein Vertreter des Antragstellenden Vereins hinzu geladen werden sollte.<sup>394</sup> Bereits in der folgenden Sitzung, in der insgesamt sieben Anträge besprochen wurden, fanden drei Anträge nicht die uneingeschränkte Zustimmung.<sup>395</sup>

Da der Sportausschuss scheinbar in allen Fällen, auch in der Ablehnung von Anträgen der nicht organisierten Vereine, der Entscheidung des Zweckverbandes folgte, konnte dieser mit seiner Beurteilung, die Grundlage für eine Bewilligung oder Ablehnung von Finanzmitteln legen und die Vereine zu einer Mitgliedschaft im Zweckverband zwingen.<sup>396</sup> Der Vorstand fungierte im Grunde als vorbereitendes Organ

---

<sup>392</sup> Nach BORKHART wurden die Sitzungen des Zweckverbandes regelmäßig von 2/3 der Verbandsvertreter besucht, wobei der größte Teil der Wortbeiträge von den Vorstandsmitgliedern stammte. „Verbandsvertreter meldeten sich meist nur dann zu Wort, wenn es um die Unterstützung eines Beihilfeantrages eines ihrem Verband angeschlossenen Vereins ging.“ Siehe BORKHART, *Die Geschichte des Stadtsportbundes*, S. 73ff.

<sup>393</sup> 1952 wurde der Antrag des Radsportvereins „Aufgewacht“ abgelehnt, „da der Verein nicht dem Zweckverband angeschlossen ist.“ Kölner Sportgeschichte e.V. Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Zweckverbandes und der angeschlossenen Verbände vom 5.7.1952.

<sup>394</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung des Zweckverbandes vom 10.10.1960.

<sup>395</sup> Der Antrag des „Bezirks Köln im Bund Deutscher Radfahrer“ wurde abgelehnt, da nur „Anträge von Kölner Sportgemeinschaften bezuschusst werden können“, der Antrag des Kanuklub Grün-Gelb wurde zurückgestellt wegen nicht vollständiger Unterlagen und ein Antrag des ESV Olympia wurde zwar befürwortet, aber mit der dringenden Aufgabe, den Mitgliedsbeitrag zu erhöhen.

<sup>396</sup> Aus den Protokollen der Sportausschuss-Sitzungen sind keine Konfliktfälle bekannt.

des Sportausschusses, in dem er die Beschlussvorlagen der Sportverwaltung ergänzte. Die Zusage von Beihilfen sollten dabei nicht nur von der Beteiligung der Vereine an Zweckverbands-Veranstaltungen, sondern auch von der „aktiven Mitarbeit“ der Verbände an der „allgemeinen Sportarbeit“ abhängig gemacht werden.<sup>397</sup> Dieses Druckmittel übte der Zweckverband aber nie aus, was jedoch nicht bedeutet, dass im Bewusstsein der Vereinsvorstände die Sanktionen keine Rolle spielten. Möglicherweise beantragten die Vereine, die aufgrund ihrer Distanz zur Dachorganisation die Ablehnung ihrer Anträge voraussahen, gar keine städtischen Mittel. Ihr Wunsch nach Autonomie konnte durch die Funktion des Zweckverbandes als verlängerter Arm der Politik noch verstärkt werden.

Zwecks Vereinfachung der Vorstandsarbeit einigte man sich 1961 darauf, dass nur noch Anträge über 1.500 DM im Gesamtvorstand beraten wurden.<sup>398</sup> Zusätzlich übernahm der Zweckverband auch die Bearbeitung der Beihilfen für Übungsleiter, deren Richtlinien der Sportausschuss im Juli 1961 beschlossen hatte. Im Tätigkeitsbericht von 1963 kritisierte der Vorstand jedoch, dass innerhalb von zwei Jahren „nur 55 von 400 Vereinen, das sind 14 Prozent, von der Möglichkeit einer Beihilfe für die Übungsleitertätigkeit Gebrauch machen“.<sup>399</sup> Von einer Vereinfachung des Antragsverfahrens erhoffte man sich hier eine Besserung. Ende des Jahres 1963 hatten immerhin 67 Vereine einen Antrag eingereicht, wobei die Turn- und Fußballvereine an der Spitze lagen.<sup>400</sup> Hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit der Beihilfen bemerkte man 1966 unter der Überschrift „Wozu ist der Stadtsportbund eigentlich da“:

---

<sup>397</sup> In der Sitzung vom 2.10.1953 monierte der Vorsitzende Kierdorff das Fernbleiben einiger Verbandsvertreter, die aufgefordert werden sollten, „eine Erklärung abzugeben“. Der Vorstand sei nicht bereit, „nur Beihilfeanträge entgegenzunehmen, sondern er erwartet Anteilnahme und Mitwirkung an der allgemeinen Sportarbeit.“ Die Verbände, die seit längerer Zeit fehlten waren der Amateur-Box-Verband, der Kölner Hockey-Kreis, der Tischtennis-Kreisverband, der Reit- und Fahrverein, der Kölner Fecht-Klub und der Kölner Golf- und Landclub.

<sup>398</sup> Der Geschäftsführer konnte Anträge bis zu 500 DM nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden und bis zu 1.500 DM nach Rücksprache mit seinen drei stellvertretenden Vorsitzenden entscheiden. Vgl. Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 21.9.1961, Siehe auch: BORKHART, *Geschichte des Stadtsportbundes*, S. 85.

<sup>399</sup> *Kölner Sportkurier* 18(1963)4, S. 2. Insgesamt waren in den zwei Jahren des Tätigkeitsberichts 163 Anträge behandelt worden, 55 davon zu Übungsleiter-Beihilfen. Einer im April 1962 einberufenen Besprechung zum Problem der wenigen Anträge folgten nur 12 der 30 Verbände.

<sup>400</sup> *Kölner Sportkurier* 19(1964)3, o. S., Tabelle über eingereichte und bewilligte Anträge auf Zuschuss für Übungsleitertätigkeit (LSB) 1963.

„Die meiste Zeit des Jahres vergeht damit, anonyme, aber für Vereine und Verbände wichtige bürokratische Arbeit zu leisten.[...] Es geht um viel Geld! [...] Die Mitglieder, die diese zusätzliche Arbeit freiwillig auf sich nehmen, die ihre karge Freizeit opfern, sind Idealisten [...], neutral und unbestechlich. Das schließt nicht aus, daß jeder versucht, die Interessen seines Verbandes nach besten Kräften zu wahren. Allerdings ist der ‚Vetternwirtschaft‘ durch die Notwendigkeit der erforderlichen Mehrheitsbeschlüsse bei der Vergabe öffentlicher Mittel ein Riegel vorgeschoben.“<sup>401</sup>

Mit der am 8. Mai 1968 vom Sportausschuss der Stadt Köln verabschiedeten einheitlichen Beihilfeordnung der Stadt Köln wurde das Verfahren hinsichtlich Vereinsbeihilfen grundsätzlich geändert, was der Dachorganisation zugleich aber auch das Mitbestimmungsrecht und die Kontrollfunktion bei der Unterstützung der Vereine entzog.<sup>402</sup> In seinem Bericht zur Hauptversammlung von 1969 formulierte Hermann Schmaul diesen Verlust treffend, die einen weiteren Rückzug des SSBK zur Folge haben sollte:

„Durch die Einführung der Beihilfeordnung der Stadt Köln wurde ein entscheidender Arbeitsteil des SSB – die Bearbeitung von Anträgen – gestrichen. Hierdurch wurde dem Vorstand ein Aktivum an Mitbestimmung genommen. Hier war noch eine aktive Arbeit gegeben, da die Mitgliedsverbände in Zusammenarbeit mit dem Vorstand über die einzelnen Fragen in und über den Vereinen sprechen und handeln konnten. Die Vorstandssitzungen konnten auf ein Minimum herabgesetzt werden, zumal der geschäftsführende Vorstand anstehende Fragen erledigte und die Auffassung unterstützte, die Verbandsvertreter in ihrer Arbeit im eigenen Fachverband nicht noch unnötig zu belasten.“<sup>403</sup>

Eine weitere zentrale Aufgabe sah der Zweckverband in der Bewerbung und Durchführung der Sportabzeichen-Prüfungen, die 1948 durch den Landessportbund NRW wiedereingeführt worden waren.<sup>404</sup> Die Intention für die Wiedereinführung war, einen Anreiz für die breite Masse der Bevölkerung zur sportlicher Betätigung zu geben, „zweifellos mit der Hoffnung verbunden, dass dieser Kontakt mit dem Sport in eine spätere Vereinsmitgliedschaft münden würde“.<sup>405</sup> Die Resonanz in der Kölner Bevölkerung schien allerdings nicht sehr groß zu sein, trotz der immer wiederkehrenden

---

<sup>401</sup> *Kölner Sportkurier* 21(1966), Nr. 3,4, S. 19.

<sup>402</sup> Lediglich die Anträge auf Übungsleiter-Zuschüsse seitens des Landessportbundes wurden hier weiter beraten und bearbeitet.

<sup>403</sup> *Kölner Sportgeschichte e.V.*, Best. 92/18, Bericht des Vorsitzenden der Hauptversammlung 1969.

<sup>404</sup> Einheitliche Richtlinien für ein Deutsches Sportabzeichen gab es aber erst ab 1949, ausgearbeitet von der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sport“. Siehe: LUH, Andreas, *75 Jahre Deutsches Sportabzeichen*, Bochum 1989, S. 80.

<sup>405</sup> CACHAY, *Sport und Gesellschaft*, S. 266.

Anregung durch den Zweckverband. 1949 forderte Johannes Sampels im Kölner Sportkurier,

„nunmehr unverzüglich die Trainingsstunden auf die Übungen des Sportabzeichens abzustellen (sind), womit den Mitgliedern ein Ziel aufgezeichnet wird, das in Jahresfrist zu erreichen die Aufgabe jedes deutschen Sportlers sein muß“.<sup>406</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Köln</b>	<b>BRD</b>
1949	73	
1952	*	22.902
1953	*	28.430
1954	*	29.332
1955	*	36.907
1956	715	39.659
1957	*	47.270
1958	*	59.154
1959	*	82.079
1960	*	70.793
1961	1352	75.351
1962	1501	74.446
1963	*	92.740
1964	981	149.729
1965	936	147.968
1966	*	192.344
1967	*	221.366
1968	*	206.385
1969	1693	272.261
1970	1143	272.431
1971	1800	311.394
1972	2970	344.411
1974	3596	332.423
1975	5382	434.451

---

<sup>406</sup> *Kölner Sportkurier* 4(1949)3, o. S.

Tabelle 6: Sportabzeichen-Prüfungen in Köln und in der BRD 1949 bis 1975.

Von den 900 Sportabzeichen, die laut Bericht des LSB NRW im Jahr 1949 abgelegt wurden, entfielen insgesamt 73 auf Köln.<sup>407</sup> An diesem geringen Interesse änderte sich auch in den kommenden Jahren nichts Wesentliches, allerdings schien die Zurückhaltung bis zum Beginn der 1960er Jahre nicht nur für Köln zuzutreffen. Gemäß der Statistik von LUH (1989) legten 1963 0,15% der nordrhein-westfälischen Bevölkerung das Sportabzeichen ab, in Köln waren es 1962 0,18 %.<sup>408</sup> 1964 und 1965 sanken die Angaben aber wieder deutlich ab. 1966 veröffentlichte der Kölner Sportkurier Vergleichszahlen zu Bonn, wobei das Abschneiden der Stadt Köln als „blamabel“ und „alarmierend“ empfunden wurde.<sup>409</sup> 1967 bestellte der SSBK einen Sportabzeichen-Obmann und 1968 wurde ein spezieller Sportabzeichen-Ausschuss eingerichtet. Die jährlichen Zahlen der Sportabzeichen-Prüfungen lagen in Köln aber 1969 und 1971 noch immer „in der unteren Hälfte der Stadt- und Kreissportbünde“.<sup>410</sup> Diese „Verweigerung“ der Bevölkerung trotz der verstärkten Bemühungen zeigte sich im übrigen in den 1960er Jahren auch beim städtischen Freizeitsportangebot.<sup>411</sup> Erst nachdem das Sportamt Teile der Organisation, Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit übernommen hatte, die Möglichkeiten für die Prüfungen dezentralisierte und vor allem an den Schulen und in den Vereinen verstärkt für das Sportabzeichen warb, stieg die Zahl der Prüfungen Anfang der siebziger Jahre deutlich an.<sup>412</sup>

---

<sup>407</sup> *Kölner Sportkurier* 5(1950)2, o. S.

<sup>408</sup> 1.501 Sportabzeichen bei einer Bevölkerung von 827.659 Einwohnern.

<sup>409</sup> *Kölner Sportkurier* 21 (1966), 3,4, S. 3. Der Autor bewertete in diesem Zusammenhang die Sportabzeichen-Aktion des Jahres 1965 als großen Misserfolg. Der SSBK wurde damit nicht in Verbindung gebracht.

<sup>410</sup> Jahresbericht zur ordentlichen Hauptversammlung des SSBK am 27.10.1969. S. 17. *Kölner Stadtanzeiger* vom 26.6.1971, in einer Sportabzeichen-Statistik des LSB von 89 Städten belegte Köln den Platz 87.

<sup>411</sup> Siehe dazu Kapitel 2.3.

<sup>412</sup> 1972 veröffentlichte das Sport- und Bäderamt erstmals die Zahlen der Sportabzeichen-Prüfungen. Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1972, S. 70. Vgl. auch Verwaltungsbericht 1975, S. 73. Hier heißt es u.a.: „Durch die intensive Werbung, insbesondere an den Kölner Schulen, erhöhte sich die Zahl der Sportler, die die Bedingungen für das Sportabzeichen erfüllten.“



#### 2.4.4.3. Die Rolle des Zweckverbandes/ Stadtsportbundes

In seiner Amtszeit als Geschäftsführer pflegte Dr. Willi Schwarz bei den Jahreshauptversammlungen ausführliche Geschäftsberichte zu liefern. Sein Dank galt dabei stets auch der Stadtverwaltung und dem Sportausschuss für die „stetige, tatkräftige Unterstützung“.<sup>413</sup> Ähnliche Worte fand Johannes Sampels in einem Entwurf zum Jahresbericht 1957, wo es heißt: „In guter Zusammenarbeit (mit dem Sportausschuss, Anm. d. Verf.) wird unsere Arbeit gewürdigt und finden wir in allen Parteien bestes Verständnis und Entgegenkommen für unsere Sache und eifrige Befürworter.“<sup>414</sup> Weiter formulierte Sampels die Rolle des Zweckverbandes als „Forum, das die großen Fragen Kölner Sportpolitik einleitete, die Wünsche und Forderungen der Öffentlichkeit bezw. der Stadtverwaltung unterbreitete und für eine gemeinsame Willensbildung sorgte“. Traditioneller Brauch schien es auch zu sein, dem jeweils neu gewählten Oberbürgermeister seine Referenz zu erweisen, wobei die Gelegenheit genutzt wurde „Wünsche des Zweckverbandes vorzutragen“, wozu auch die „Anerkennung wie andere Verbände und Gesellschaften“ und die Bitte um „Einladungen zu Veranstaltungen der Stadt Köln“ gehörte.<sup>415</sup>

Der Zweckverband verstand sich als Interessengemeinschaft, als „Vorkämpferin des Sports in Köln“, als „Kern- und Werbetruppe“<sup>416</sup>, die als „Bindeglied zwischen den angeschlossenen Verbänden und Vereinen einerseits und den Behörden, öffentlichen Körperschaften, Schulen und Privaten andererseits“ wirken sollte.<sup>417</sup> Dieses „Bindeglied“ fokussierte sich in den ersten Nachkriegsjahren auf eine Person. Johannes Sampels hatte als Leiter des Stadtamtes für Leibesübungen und Geschäftsführer des Zweckverbandes zwei entscheidende Positionen inne. Dies führt in der Bewertung zu Schwierigkeiten, da die Aufgabenverteilung zwischen den beiden Ämtern kaum erkennbar ist. Als städtischer Verwaltungsbeamter war Sampels dienstlich verpflichtet,

---

<sup>413</sup> Kölner Sportgeschichte, Best. 92/18, Protokoll der Jahreshauptversammlung des Zweckverbandes vom 23.3.1959.

<sup>414</sup> Kölner Sportgeschichte, Best. 92/18, Aus dem Jahresbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen, Vorbericht. Das Folgende ebenda.

<sup>415</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 13.6.1961. Der Vorsitzende Stauf gab dem Vorstand zur Kenntnis, dass er, seine drei Stellvertreter und der Geschäftsführer dem Oberbürgermeister vorgestellt würden.

<sup>416</sup> *Kölner Sportkurier* 10(1955)4, S. 1.

die Interessen der Stadt zu wahren. Als Vertreter der Selbstverwaltung des Sports verfügte er über Kenntnisse und Verbindungen, die er in seiner Verwaltungsarbeit berücksichtigen und über Beschlussvorlagen für den Sportausschuss einbringen konnte. Die Erfolgsaussichten von Anträgen und Vorschlägen von Seiten des Zweckverbandes unterlagen seiner Einschätzung und Steuerung. Zudem oblag ihm die Schriftleitung der „Amtlichen Mitteilungen des Zweckverbandes“ und des Stadtamtes für Leibesübungen im monatlich erscheinenden „Kölner Sportkurier“.<sup>418</sup> Einige Tätigkeiten findet man sowohl in den Jahresberichten des Zweckverbandes als auch in den Verwaltungsberichten der Stadt Köln aufgeführt.<sup>419</sup> Diese „Janusköpfigkeit“ der Funktionen brachte Sampels bei seinem Rücktritt als stellvertretender Vorsitzender des Zweckverbandes 1959 zum Ausdruck:

„Forderungen des Zweckverbandes überschneiden sich häufig mit den Aufgaben des Sportamtes. Dabei gibt es Dissonanzen, die schwer auszubalancieren sind, obschon ich diese Kunst [...] zu beherrschen glaubte. Ich möchte aber jeden Ansatz einer Kommunalisierung des Sports vermeiden, ein Experiment, welches in der Sowjetzone kläglich Schiffbruch erlitten hat, trotz unerhörten Finanzaufwandes. Die Kommune soll den Sport mit ihren Mitteln nur fördern, sie darf ihn nicht führen. Die Arbeit der freien Verbände muß im deutschen Sportleben oberstes Gesetz sein, sie darf nicht an der „Müdigkeit der Guten“ scheitern, die dem Sportamt die Arbeit der Sportverwaltung schließlich überläßt.“<sup>420</sup>

Deutlich wird an dieser Aussage, dass Sampels in der Zweckverbandstätigkeit den wesentlichen Gestaltungsspielraum für den Sport sah. Eine eindeutige Trennung zwischen kommunaler Sport- und Selbstverwaltung schien aufgrund der Personalunion nicht mehr haltbar und veranlasste Sampels zum Rückzug aus dem Zweckverband.

---

<sup>417</sup> Siehe BORKHART, *Die Geschichte des Stadtsportbundes*, S. 50, Satzung des Zweckverbandes für Leibesübungen vom 25.2.1947, § 2.

<sup>418</sup> Der *Kölner Sportkurier* erschien ab 1946 monatlich als „Amtliche Mitteilungen des Zweckverbandes für Leibesübungen“ und „Amtliche Mitteilungen des Stadtamtes für Leibesübungen“. Nach dem Rücktritt von Johannes Sampels als 2. Vorsitzender des Zweckverbandes 1959 sollte das Organ nur noch als Nachrichtenblatt des Zweckverbandes dienen. Die von der Stadt Köln zur Verfügung stehenden Mittel von DM 4.000 wurden weiterhin bewilligt.

<sup>419</sup> So nennt der Verfasser des Tätigkeitsberichts des Zweckverbandes im März 1947 Veranstaltungen und Lehrgänge für Jugendleiter, eine Arbeitstagung für Vereinsleiter und den Tag der Sportjugend. Alle genannten Aktivitäten tauchen auch im ersten Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1947 auf. Siehe *Kölner Sportkurier* 2(1947) Nr. 3, Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1947, S. 43.

<sup>420</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)3.

Auf der Suche nach erfolgreichen Betätigungsfeldern, stellte der Zweckverband 1963 ein insgesamt zehn Punkte umfassendes Aktionsprogramm zusammen, in dem er u.a. von der Stadtvertretung forderte:

Punkt 5: „Den Bau von Sportstätten in Verbindung mit Sportjugendheimen (Umkleidehäuser) gemäß den Richtlinien des „Goldenen Planes“ intensiv weiterzuführen, insbesondere die Planung von Bezirkssportanlagen in neuerstellten Wohngebieten und die rechtzeitige Ersatzgestaltung für durch Verkehrsplanung fortfallende Sportanlagen.“<sup>421</sup>

Bei diesem Punkt handelte es sich um eine Forderung, die auf übergeordneter Ebene, also vom LSB, vom DSB oder von der DOG initiiert und auf kommunalpolitischer Ebene zum Thema gemacht worden war, allerdings waren politische Entscheidungen dazu bereits Jahre zuvor gefallen.<sup>422</sup> Grundsätzlich war es nicht falsch, derartige Forderungen von Zeit zu Zeit zu wiederholen, zumal wenn die Realisierung der Ratsbeschlüsse auf sich warten ließ.<sup>423</sup> Als Sprachrohr des Kölner Sports demonstrierte der Zweckverband mit dem Aktionsprogramm sein Bemühen, sich nach wie vor für die Belange des Kölner Sports einsetzen zu wollen. Eine reales Machtpotential und kreative Kraft hatte die Dachorganisation aber zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, da sie mehr und mehr das Vertretungsrecht für die Gesamtheit der Kölner Sportszene verlor. Längst hatte die Politik begonnen, das Feld sportpolitischen Handelns für sich allein zu beanspruchen und den Zweckverband ins zweite Glied zu schieben.

Als mit der Nummer 11/12 1969 der „Kölner Sportkurier“ als offizielles Organ letztmalig erschien, verlor die Dachorganisation eine wichtige Möglichkeit, in die Vereine hineinzuwirken.<sup>424</sup> Auf der politischen Ebene wurde das Mitspracherecht des Stadtsportbundes im Sportausschuss zudem radikal reduziert. Mit der Neubildung des Sportausschusses 1969 waren auf Beschluss des Rates nur noch drei Vertreter der

---

<sup>421</sup> *Kölner Sportkurier* 18(1963)7 o. S.

<sup>422</sup> Zum Ersatz von fortfallenden Sportplätzen hatte der Rat bereits 1955 einen Antrag der CDU beschlossen. Die einzigen beiden Forderungen, die noch nicht zum Abschluss gebracht worden waren, betrafen die Regattabahn und das Stadion. Siehe Kapitel 3.1.2.1.

<sup>423</sup> Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.5.

<sup>424</sup> Stattdessen veröffentlichte nun das Sport- und Bäderamt alle ein bis zwei Monate die Amtlichen Mitteilungen der Stadt Köln, in dem alle sportpolitischen Entscheidungen, Lehrgangsausschreibungen und Bekanntmachungen erschienen. Erst 1978 erschien mit dem „Kölner Sport“ eine neue Zeitschrift des Stadtsportbundes.

Dachorganisation als Bürgervertreter zugelassen.<sup>425</sup> Beide Änderungen – so wie der bereits beschriebene Verlust der Gutachtertätigkeit – sind eindeutige Hinweise darauf, dass der Stadtsportbund seine Funktion als zentrale kommunale Dachorganisation in der Selbstverwaltung des Sports mehr und mehr eingebüßt hatte, zugunsten einer zunehmenden „Kommunalisierung“, wie sie Johannes Sampels einst vermeiden wollte.

#### 2.4.5. Die Entwicklung des Kölner Vereinssports

In der beschriebenen Dreiteilung der am politischen Entscheidungsprozess Beteiligten (Rat, Verwaltung, Bürgergruppierungen) spielen die „Interessengruppen“ eine ebenso wichtige Rolle. Insbesondere den zahlreichen bundesdeutschen Vereinen wird „eine zentrale Rolle bei der Artikulation von Bürgerwünschen und -interessen“ zugestanden und ihre Bedeutung für die gesellschaftspolitische Landschaft einer Großstadt hoch eingeschätzt.<sup>426</sup> Bis in die 1970er Jahre waren fast ausschließlich die Sportvereine die Träger der deutschen Sportbewegung. Mit ihren demokratischen Entscheidungsstrukturen und den vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten galten sie als ideale Organisationsformen und standen als „Basisorganisation des Sports“ nie zur Diskussion,<sup>427</sup> wodurch sie auch als „gültige Indikatoren grundlegender Änderungen“ in einem System betrachtet wurden.<sup>428</sup> Mit dieser verengten Sichtweise blieben kommerzielle Sportanbieter oder der unorganisierte Freizeitsport z.B. bei der Sportplatzplanung weitestgehend unberücksichtigt. Wissenschaftlich ist die Frage nach der Effektivität bei der Durchsetzung von Sportvereinsinteressen und deren Machtpotential als Akteure im Prozess der kommunalpolitischen Willensbildung noch

---

<sup>425</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt waren sieben Mitglieder des Stadtsportbundes als sachkundige Bürger mit beratender Stimme im Sportausschuss vertreten. Das entsprach bei 24 Personen immerhin einem Anteil von fast 30%.

<sup>426</sup> WEHLING, *Kommunalpolitik*, S. 94. Bedürfnisse, die sich nicht in Vereinsform darstellen seien „nicht sichtbar und gelten als unwichtig“. Öffentliche Aufgaben würden danach nur „selektiv“ wahrgenommen. Siehe auch NABMACHER, „Einflußfaktoren“, S. 82. Als sogenannte „pressure group“ übten Bürger Einfluss auf die Lokalpolitik im Sinne ihrer eigenen Interessen aus. Diese Beobachtung gilt aber auch als bedenklich, da das lokale Vereinswesen keineswegs repräsentativ für die Gesamtbürgerschaft ist und „Verzerrungen nach Geschlecht und Schichtzugehörigkeit bestehen“. Auf der anderen Seite versuchten auch Parteien, in den Vereinen „Fuß zu fassen“ und sie so einem „vorpolitischen Raum“ anzugliedern. Nach WEHLING liegen hier auch die Probleme der SPD, die keine „Symbiosen“ mit den Vereinen pflege. Siehe WEHLING, *Kommunalpolitik*, S. 94ff.

<sup>427</sup> NITSCH, Franz, „Dreißig Jahre“, S. 840.

<sup>428</sup> SAHNER, „Vereine und Verbände“, S. 98.

nicht endgültig geklärt.<sup>429</sup> Ab den 1970er Jahren standen Sportvereine vermehrt im Blickfeld soziologischer Untersuchungen, u.a. mit der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse von LENK.<sup>430</sup> Damit war eine Standortbestimmung der Sportvereinslandschaft für den hier zu analysierenden Zeitraum vorgenommen worden, auf deren Grundlage auch eine Bewertung der Kölner Vereinsentwicklung erfolgen soll.

Anhand der vorliegenden Zahlen der Statistischen Jahrbücher der Stadt Köln lässt sich die Entwicklung der Vereine und Mitgliederzahlen über den gesamten Zeitraum verfolgen. (Abbildung 6 und 7, Anhang) Die Daten wurden alljährlich vom Sportamt erhoben, wobei die Akten darauf hinweisen, dass nicht alle Vereine der Forderung nach Meldung der Zahlen nachkamen, trotz der Androhung, dass bei nicht „termingerechter“ Abgabe, der „Verein von der weiteren Sportförderung ausgeschlossen werde“.<sup>431</sup> Die in vielen Veröffentlichungen und Chroniken zitierte „rasche“ Wiederbelebung des Sports kann durch diese Zahlen nicht belegt werden.<sup>432</sup>

---

<sup>429</sup> HEINEMANN (2004) stellte fest, dass die hohe Zahl der Sporttreibenden „sich nicht ohne weiteres in wirtschaftliche oder politische Macht“ umsetzen ließe. Als Grund nannte er die Heterogenität der Mitgliederschaft in den Verbänden, die schwer zu mobilisieren sei und der demzufolge das entsprechende Druckmittel fehle. Siehe HEINEMANN, Klaus, *Sportorganisationen. Verstehen und Gestalten*, Schorndorf 2004, S. 280 ff. Zu den Mechanismen der Machtstrukturen innerhalb der Sportorganisationen bemerkte HEINEMANN, dass die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten oft „subtiler“ seien, und über „soziale Beziehungen, über gesellschaftliche Akzeptanz und den Apell an die Solidarität“ funktionierten.

<sup>430</sup> LENK, Hans, *Materialien zur Soziologie des Sportvereins*, Ahrensburg 1972. Die Erkenntnis, dass der „Sportverein noch immer ein Stiefkind der Soziologie geblieben ist“ veranlasste das Bundesinstitut für Sportwissenschaft zu einem Forschungsauftrag an das Institut für Soziologie in Karlsruhe mit einer umfassenden Studie über die „Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland“. Die von SCHLAGENHAUF 1977 veröffentlichten Ergebnisse lieferten erste differenzierte Befunde zum „Verein als Ort aktiver Freizeitgestaltung“. Siehe SCHLAGENHAUF, *Sportvereine Bd.1*, S. 116. Sie beschrieben die von den Sportvereinen reklamierte soziale Integrationsleistungen, die Gesundheitsfunktion sowie Aspekte der Mitgliederzufriedenheit. Auf der Basis des im Gesamtprojekt erhobenen Untersuchungsmaterials veröffentlichte TIMM 1979 einen zweiten Band mit Befunden zur „Angebotsstruktur des Sportvereinswesens“, zur „Finanzsituation des Vereins“ sowie zur „Bedeutung der einzelnen Vereinsarten für die Bewältigung der Sportnachfrage“. Siehe TIMM, *Sportvereine Bd.2*. Die Untersuchungsansätze von SCHLAGENHAUF und TIMM wurden in weiteren Forschungsprojekten des DSB und des Bundesinstituts für Sportwissenschaft in den Jahren 1978, 1982, 1986 und 1991 fortgesetzt. Die Ergebnisse der „Finanz- und Strukturanalysen der Sportvereine in Deutschland“ (FISAS) von 1978 wurden veröffentlicht unter dem Titel „Der Verein heute“. Die Reihe weiterer Untersuchungen unter Berücksichtigung der neuen Bundesländer setzt sich bis in die Gegenwart fort. Siehe auch: HEINEMANN, Klaus, *Der Sportverein. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung*, Schorndorf 1994; sowie EMRICH, Eike/ PAPANASSIOU, Vassilios/ PITSCH, Werner, *Die Sportvereine*, Schorndorf 2001. Die Finanz- und Strukturanalysen dienen u.a. dazu, staatliche Förderung von Seiten der Sportorganisationen zu fordern, bzw. Förderung durch den Staat nach dem Subsidiaritätsprinzip zu rechtfertigen.

<sup>431</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 831, Bestandserhebung der Vereine 1962-1968, o.Pg. 1965 änderte man den Text noch dahingehend, dass die „Vereine bei künftiger Sportförderung, besonders bei der Gebührenbefreiung für benutzte städtische Sportanlagen nicht berücksichtigt werden können.“ Der Grund für die relativ starken Schwankungen der Zahlen könnte daher auch an den abgegebenen liegen.

<sup>432</sup> Grafik zur Mitgliederentwicklung siehe Anhang.

Den größten Anteil an den in der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder entstehenden Vereinen hatten die Fußballer und Handballer, deren Spielbetrieb und überörtliche Veranstaltungen zum Teil große Zuschauermassen mobilisierten und die öffentliche Wahrnehmung eines florierenden Sportbetriebs hervorgerufen haben mögen.<sup>433</sup> Zwischen 1947 und 1952 änderte sich der Aktivitätsgrad der Bevölkerung in den Sportvereinen kaum. Die stetig wachsende Einwohnerschaft spiegelte sich nicht in einem vergleichbaren Zuwachs an Mitgliederzahlen der Clubs wieder. Auch die Zahl der Vereine stieg erst nach 1950 eindeutig an. Nach der Währungsreform 1948 hatten insbesondere finanzielle und den Sportbetrieb hemmende Probleme Einfluss auf diese Entwicklung.<sup>434</sup> Über die „nach dem 20. Juni eingetretene Krise in der Kassenlage“ der Vereine äußerte sich Johannes Sampels im Kölner Sportkurier. Er appellierte an den „Opfergeist“ der Vereinsmitglieder, da sich „in dieser Notlage der Sport [...] selbst helfen“ müsse. Dabei sei die Beitragszahlung nicht eine Frage der Finanzkraft, sondern eine Sache der „Erziehung und Gesinnung“ und eines rechten „Sportsgeist“.<sup>435</sup> 1953 stieg die Zahl auf 229 Vereine an, womit der Vorkriegszustand aber noch nicht erreicht war. Der Organisationsgrad der Bevölkerung stieg von 6,0 % (1947) auf 6,9 % (1953), fiel aber anschließend aufgrund der rasch weiter steigenden Gesamtbevölkerungszahl wieder deutlich ab.

Auffällig sind die Angaben für die Jahre 1953 bis 1955. Die Zahl der Mitglieder stieg 1953 um 8.000 und der Aktivitätsgrad von 5,8 % auf 6,9 % (!). 1955 sank die Zahl der Vereine wieder deutlich ab, 7.000 Sportler weniger entsprachen nun wieder einem Aktivitätsgrad der Bevölkerung von 5,8 %, also dem Stand von 1948 bis 1952. Für diese Tatsache gab es nach Meinung des Sportausschussvorsitzenden Hans Grün nur eine Schlussfolgerung, die zugleich seine Forderung nach einem größeren städtischen Engagement unterstützte:

„Nun glaube ich nicht, dass die Freude am aktiven Sport in Köln geringer wäre als in Bremen, Hannover oder an anderen Orten, denn dafür gäbe es keine Erklärung. Ich habe nur eine Erklärung, daß in Köln der Mangel an Sportplätzen und Turnhallen so groß ist,

---

<sup>433</sup> Die hohe Anzahl der Fußballvereine wurde 1966 erstmals von den Turnvereinen übertroffen. Zahlenmäßig stand der Turngau Köln 1947 im Vergleich zu den anderen 18 Gauen des Rheinischen Turnerbundes nur an 12. Stelle, erst ab 1961 war er wieder der größte Gau in seinem Regionalverband.

<sup>434</sup> So entstanden in diesem Jahr auch die beiden erfolgreichen Kölner Fußballvereine 1. FC Köln und die SC Fortuna Köln.

<sup>435</sup> *Kölner Sportkurier* 3(1948)10, o. S.

daß eben all diese Menschen, die gern noch aktiven Sportbetreiben, keine Gelegenheit dazu haben.“<sup>436</sup>

Dem allmählichen Anstieg von 1947 bis 1955 folgte eine Phase der Stagnation bis 1959. Zwischen 1960 und 1961 fand ein deutlicher Zuwachs von mehr als 10.000 neuen Mitgliedern statt, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Vereine um 10 abnahm. Der Organisationsgrad der Bevölkerung stieg erstmals über 7% an. Diesen Trend eines „echten Gewinns, der weit über den anteiligen jährlichen Bevölkerungszuwachs hinausgeht“ erläuterte Sportamtsleiter Sampels im Rahmen eines Fragebogens zur Sportfinanzstatistik des Deutschen Städtetages im Februar 1961. Darin interpretierte er den Zuwachs von 3.609 Sportlern gegenüber 1959: „Es scheint sich also erstmalig seit langen Jahren auch eine Aufwärtsbewegung in die ins Stocken geratenen Mitgliederziffern der Sportvereine anzuzeigen.“<sup>437</sup> Weiterhin bedenklich sei aber die große Zahl der inaktiven Sportler (11.474 von 54.106 insgesamt), sowie das Absinken der sportlichen Betätigung der weiblichen Bevölkerung. Darüber hinaus fänden von rund 115.000 Schülern trotz planmäßigen Turnunterrichts nur 18.938 Jungen und Mädchen den Weg in die Turn- und Sportvereine.

Bis 1965 stieg die Zahl der Vereine auf 328. Anschließend folgte eine kontinuierliche Abnahme bis 1972. Bei einer differenzierten Betrachtung der Sportarten zeigt sich, dass ab diesem Zeitraum die Zahl der Fußballclubs stagnierte, die Leichtathletik-, Radsport- und Wassersportvereine deutlich abnahmen.<sup>438</sup> Am Ende des Untersuchungszeitraums 1975 (335) erreichte die Zahl der Vereine den ungefähren Wert von 1965 (328) wieder. Der sprunghafte Anstieg der Vereine für das Jahr 1976 erklärt sich durch die im Zuge der kommunalen Neugliederung vorgenommene Eingemeindung der Vororte.

Die Mitgliederzahlen nach 1965 bei gleichzeitig sinkenden Vereinszahlen belegen, dass die steigende Sportnachfrage durch die Kapazitäten der bestehenden Vereine gedeckt werden konnte. Die Zahl der Inaktiven war mit 20 % relativ hoch, so

---

<sup>436</sup> VRK vom 1.4.1955, S. 194. Inwieweit Änderungen bei der statistischen Erhebung für die unverhältnismäßig hohen Schwankungen verantwortlich sind, konnte nicht ermittelt werden.

<sup>437</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 819, o. Pg. Die Zahl von 3.609 stimmt nicht mit der Angabe des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Köln überein (1.558), wobei möglicherweise ein anderer Stichtag gewählt wurde.

<sup>438</sup> Gleichzeitig nahm die Zahl der Turn- und Gymnastikvereine deutlich zu.

dass auch von dieser Seite der Sportbetrieb eher entlastet wurde. Insgesamt entsteht jedoch der Eindruck, dass die „Sportfreudigkeit“ der Kölner im Bereich des organisierten Vereinssports eher gering war. Für eine eindeutige Bewertung kann der Vergleich zu den Untersuchungsergebnissen der Vereinsstudien der 1970er Jahre aufschlussreich sein.<sup>439</sup> Über die gesamte Zeitspanne gesehen unterscheiden sich die Kölner Zahlen deutlich von den Angaben über die Mitgliederentwicklungen des DSB und des LSB NRW. Zwischen 1950 und 1965 verlief der Anstieg in Köln zwar auf niedrigerem Niveau aber noch annähernd parallel zum Bundesdurchschnitt, in den kommenden zehn Jahren geriet dieser Aufwärtstrend in Köln jedoch ins Stocken.<sup>440</sup> Während sich in der Bundesrepublik die Mitgliederzahlen verdoppelten, erhöhte sich die Zahl in Köln von 77.000 (1965) auf 98.000 (1975) Mitglieder, also nur um gut 25 Prozent.

Die Schlussfolgerung, dass in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern der Anteil der organisierten Bevölkerung am geringsten ausfällt, war ein zentrales Ergebnis der Studie von LENK (1972).<sup>441</sup> Einen vergleichbaren Befund ergaben die Vereinsstudien von SCHLAGENHAUF (1977) und TIMM (1979), die mit zunehmender Ortsgröße eine immer geringere Beteiligung der Bevölkerung in Sportvereinen feststellten, wobei zum Zeitpunkt der ersten Studie 1974 ein Organisationsgrad von über 18% für Gemeinden über 500.000 Einwohnern ermittelt wurde.<sup>442</sup> Hier lag Köln mit 11,3% (1974) deutlich

---

<sup>439</sup> Ein Vergleich zu aktuellen regional begrenzten Studien erscheint wenig sinnvoll, da bisher keine Untersuchungen über eine großstädtische Vereinsentwicklung durchgeführt wurde und sich die vorliegenden Arbeiten auf die 1990er Jahre beschränken. Als Beispiele für regionale Sportvereinsforschung liegen vor JÜTTING, Dieter H. (Hg.), *Sportvereine in Münster*, Münster 1994; BAUR, Jürgen/ KOCH, Uwe/ TELSCHOW, Stefan, *Sportvereine im Übergang – die Vereinslandschaft Ostdeutschlands*, Aachen 1995, sowie von EMRICH, Eike/ PAPATHANASSIOU, Vassilios/ PITSCH, Werner, *Sportvereine im Sportbund Pfalz*, Niedernhausen 1998; und EMRICH, Eike/ PAPATHANASSIOU, Vassilios/ PITSCH, Werner, *Sportvereine im Blickpunkt – Strukturelemente, Umweltverflechtungen und Selbstverständnis Saarländischer Sportvereine*, St. Ingbert 1999.

<sup>440</sup> Der Anstieg zwischen 1950 und 1965 wurde in erster Linie beeinflusst durch den hohen Bevölkerungsanstieg der Stadt Köln in diesem Zeitraum, so dass man nicht von einer Erhöhung der Sportaktivität ausgehen kann.

<sup>441</sup> LENK, *Materialien zur Soziologie*, S. 13. Im Vergleich zu den Erhebungen des Deutschen Sportbundes liegen die Prozentangaben für die in Vereinen organisierte Kölner Bevölkerung immer deutlich niedriger. 1971 waren durchschnittlich 17,6% der deutschen Bevölkerung in Sportvereinen organisiert, ein Wert der in Köln erst in den 1990er Jahren erreicht werden sollte.

<sup>442</sup> SCHLAGENHAUF, *Sportvereine in der Bundesrepublik*, S. 164, Schaubild 72, S. 165, sowie TIMM, *Sportvereine*, S. 67. Die Funktionen des Vereins, der historisch betrachtet eher als „typisch städtische“ Erscheinung aufgefasst wurde, hatten sich nach TIMM derart gewandelt, so dass die vereinsgebundene Freizeitaktivität kein typisch städtisches Verhaltensmuster mehr war. Siehe auch TIMM, *Sportvereine*, S. 66. Nach einem weiteren Untersuchungsergebnis von SCHLAGENHAUF war der geringere Organisations-



unter dem Mittelwert. Auch ein Vergleich zu anderen Großstädten verstärkt den Eindruck, dass die Beteiligung der Kölner Bevölkerung am organisierten Sport über den gesamten Zeitraum an der unteren Grenze anzusiedeln ist. So waren in Hannover 1950 10% (Köln: 5,7%) der Bevölkerung Vereinsmitglieder, 1970 waren es in Hannover 15,15%, in Hamburg 12,5%, in Frankfurt 13,3% , in Stuttgart 12%, in Dortmund 11,5% und in Düsseldorf 10,5%.<sup>443</sup> ( in Köln dagegen nur: 9,8%).

Inwieweit die Sportstätten-situation hier möglicherweise ein begrenzender Faktor war, kann nur vermutet werden. Unmittelbar nach dem Krieg führte das mangelnde Sportstättenangebot in erster Linie dort zu einem Problembewusstsein, wo man um den Leistungsstand der Sportler und damit nicht zuletzt um das Renommee der Vereine oder einer Sportart besorgt war. So schrieb der Sportwart des Westdeutschen Schwimmverbandes, Bezirk Köln, an seinen Vorsitzenden 1948: „Alle Fachleute des Kölner Schwimmsports bemühen sich seit 1946 durch Steigerungen der Leistungen, der Schwimmerstadt Köln ihren alten Ruf zurückzugeben.“ Da aber nur ein einziges Schwimmbad zur Verfügung stehe, in dem die kleinen Vereine für sich dieselben Zeiten beanspruchten wie die „sportstarken“ Clubs werde „dieses Vorhaben zunichte gemacht.“<sup>444</sup> Um so verwunderlicher scheint die hohe Anzahl der Wassersport treibenden Vereine, die sich bis 1966 kontinuierlich auf 98 Vereine erhöhte, dann allerdings wie in den Sportarten Radsport und Leichtathletik wieder deutlich sank.

Weitere charakteristische Merkmale eines großstädtischen Sportangebots und der Vereinsstrukturen sind zum einen die „Einbeziehung aller gesellschaftlicher Gruppierungen“ und zum anderen die organisatorische Polarisierung zwischen spezialisierten Einzweckvereinen und Großorganisationen mit mindestens fünf Sportarten.<sup>445</sup> Zu den Großvereinen gehörten in Köln 1962 12 Clubs mit jeweils über 1.000 Mitgliedern. Dem gegenüber standen 263 kleine ein- und mehrspartige Vereine

---

grad aber keineswegs gleichbedeutend mit einer geringeren Sport- und Freizeitaktivität der Stadtbevölkerung. SCHLAGENHAUF, *Sportvereine in der Bundesrepublik*, S. 165. Inwieweit das quantitative Vereins- und Anlagenangebot Einfluss auf die Beteiligungsraten an vereinsgebundener Sportaktivität nahm, konnte anhand der Untersuchungen nicht festgestellt werden. TIMM verwies aber auf die Unterversorgung in den Städten Hamburg, Bremen und Berlin.

<sup>443</sup> Ermittelt nach den Angaben in *Gemeinde und Sport*, Jahrbuch 1970/71.

<sup>444</sup> WESTDEUTSCHER SCHWIMMVERBAND, *25 Jahre Bezirk Köln*, S. 19, Brief von Oskar Nolze an Oskar Stauf vom 30.3.1948.

<sup>445</sup> TIMM, *Sportvereine*, S. 103.

(bis 250 Mitglieder), von denen wiederum eine hohe Zahl (96) nur bis zu 50 Mitglieder hatten.<sup>446</sup> Diese Kleinstvereine sind relativ anfällig für Finanz- oder Personalprobleme, was die Ursache für das „Vereinssterben“ ab 1965 gewesen sein könnte.<sup>447</sup>

Bei der Betrachtung der Vereinsstrukturen deutet sich ein eher untypischer Zusammenhang zwischen Alter und Größe der Vereine an, der nach TIMM im allgemeinen eine „lineare Beziehung“ darstellt, d.h. die meisten Großvereine einer Gemeinde stammen aus der Zeit vor 1918.<sup>448</sup> Die beiden größten Kölner Vereine von 1951 bis 1962 waren der 1925 gegründete Postsportverein Köln (1951: 2.113 Mitglieder) und der 1948 entstandene 1. FC Köln mit insgesamt 1.510 Aktiven.<sup>449</sup> Der Postsportverein Köln war ein typischer Mehrspartenverein, der bereits 1938 der größte Kölner Verein gewesen war.<sup>450</sup> Der Verein konnte im Oktober 1945 seinen Betrieb in vielen Abteilungen rasch wieder aufnehmen, da er über eine eigene Anlage in Köln-Bocklemünd verfügte. Im Kölner Sportkurier von 1962 führte man die Spitzenposition der beiden Behördensportvereine (Post, Polizei) auf die Vielseitigkeit ihres Sportbetriebs zurück. Der 1. FC Köln entstand durch eine Fusion des Kölner Ballspiel-Clubs von 1901 mit dem SV Sülz 07 und hatte neben seinen erfolgreichen Fußballmannschaften auch große Abteilungen für Leichtathletik, Handball und Gymnastik. Der Club mit dem Geißbock-Maskottchen zog vor allem durch sein Image und die Erfolge seiner ersten Fußballmannschaft zahlreiche, allerdings auch inaktive, Mitglieder an.

---

<sup>446</sup> *Kölner Sportkurier* 17(1962)11, S. 1.

<sup>447</sup> LENK, *Materialien zur Soziologie*, S. 12. Das Vereinsangebot in verschiedenen Sportarten siehe Tabelle 17 im Anhang.

<sup>448</sup> TIMM, *Sportvereine*, S. 61.

<sup>449</sup> *Kölner Sportkurier* 6(1951)1, S. 5. Erst an dritter Stelle stand mit rund 1.200 Mitgliedern der Traditionsverein VfL Köln von 1899. An vierter Stelle folgte mit dem SC Preussen Dellbrück ein weiterer Fußballverein, dann der Alpenverein, der SC Rapid, der Polizeisportverein, der ESV Olympia, der SC Wiking. Erst an 10. Stelle erschien in der Auflistung ein Turnverein (Turn- und Sportverein 1874/93), der älteste Kölner Verein, die Kölner Turnerschaft belegte Rang 13 mit 530 Mitgliedern. 1962 hatte der Postsportverein 2.292 Mitglieder und der 1. FC Köln 2.017 Mitglieder, an dritter Stelle lag nun der Polizeisportverein mit 1.838 und der ESV „Olympia“ mit 1.750 Mitglieder an vierter Stelle. An die fünfte Stelle hatte sich nun der Mülheimer Turnverein von 1850 gesetzt.

<sup>450</sup> 1938 hatte der Postsportverein 2.028 Mitglieder, der zweitgrößte Verein war der Reichsbahn Turn- und Sportverein (nach 1945 Eisenbahner-Sportverein „Olympia“) mit 1.538 Mitgliedern, siehe: Gauverordnungsblatt des DRL, Gau XI Mittelrhein vom 28.3.1938, S. 205. In seiner Chronik zum 50-jährigen Bestehen wurde für 1939 sogar die Zahl von 4.800 Mitgliedern genannt. Siehe: O. VERF., *50-jähriges Bestehen des Post-Sportvereins Köln 1925-1975*, Köln 1975, o. S.

Die vorliegenden Ergebnisse geben einen eindeutigen Hinweis darauf, dass die Beteiligung der Kölner Bevölkerung am organisierten Sport im Untersuchungszeitraum gering war. Dies zeigt sich sowohl im Vergleich zum allgemeinen bundesweiten Trend, als auch zum Aktivitätsgrad der Bevölkerung anderer Großstädte. Die Ursachen dafür liegen möglicherweise in der großen Konkurrenz durch andere Freizeit- und Vereinsangebote, die in Köln u.a. aufgrund der stark vertretenen Karnevalsvereine sowie der großen Zahl sonstiger Bildungseinrichtungen gegeben ist. Darüber hinaus entwickelte sich in Köln ab Ende der 1960er Jahre eine große unorganisierte Sportszene. Insbesondere für die Freizeitfußballer bot die Stadt Köln mit ihren ausgedehnten Flächen im Grüngürtel gute Voraussetzungen.

	<b>Vereine</b>	<b>Mitglieder</b>	<b>% der Bev.</b>	<b>DSB</b>
1947	135	29.810	6,0	
1948	130	30.650	5,8	
1949	153	31.316	5,7	
1950	153	32.187	5,7	6,7
1951	187	34.934	5,7	6,9
1952	208	36.257	5,8	7,1
1953	229	44.825	6,9	7,2
1954	237	46.746	6,9	7,2
1955	220	39.905	5,8	7,3
1956	226	47.145	6,5	8,2
1957	253	44.698	6,1	8,6
1958	266	52.654	7,1	8,9
1959	271	48.945	6,5	9,5
1960	295	50.503	6,6	9,5
1961	285	60.552	7,4	9,8
1962	293	63.237	7,7	10,1
1963	303	69.458	8,3	10,3
1964	312	75.990	9,1	10,8
1965	328	76.499	9,1	11,7
1966	327	79.679	9,3	13,1
1967	318	77.891	9,1	13,9
1968	303	80.882	9,5	15,0
1969	302	84.455	9,9	16,0
1970	304	83.160	9,8	16,7
1971	294	88.560	10,5	17,6
1972	288	96.300	11,4	19,0
1973	313	89.940	10,7	20,8
1974	280	94.265	11,3	21,0
1975	335	98.518	9,6	22,0

Tabelle 7: Vereinszahlen, Mitgliederentwicklung und Anteil der in Sportvereinen organisierten Bevölkerung 1946 bis 1975. (Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Köln 1947-1975. Stichtag war von 1947 bis 1967 der 31.3. des jeweiligen Jahres, ab 1968 der 1.1.)

### **3. Entscheidungsprozesse in ausgewählten sport- und freizeit-politischen Handlungsfeldern**

#### **3.1. Die kommunale Sportpolitik für Sport- und Freizeitanlagen**

Seit der Sport als öffentliche Aufgabe Anerkennung gewonnen hatte, stand der Sportstättenbau im Zentrum kommunaler Sportpolitik. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit für das Gemeinwohl der Bürger entschieden die Kommunen über Bau, Unterhalt und Überlassung von Sportstätten für den Breiten- und Freizeitsport, gewährten Zuschüsse für vereinseigene Anlagen und unterstützten den Profisport durch die Errichtung von Großsportanlagen. Insgesamt investierten die Städte und Gemeinden den größten Teil ihrer Sportförderung in diesem Bereich.

Anfang des 20. Jahrhunderts hatten die Kommunen mit den ersten systematischen Bedarfsberechnungen und Planungen für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Freizeitanlagen begonnen.<sup>451</sup> Das Bedürfnis nach mehr Wohnqualität, Erholung, Licht und Luft stieg insbesondere in den Städten mit ihren gesundheitsgefährdenden Wohnquartieren. Maßgebliche Impulse für das konsequente Verlangen nach Spiel- und Sportflächen und für dahingehende gesetzliche Maßnahmen lieferte Carl DIEM im Entwurf des Spielplatzgesetzes von 1911, wonach es „städtische Angelegenheit“ werden müsse, „daß entsprechend der Einwohnerzahl auf städtische Kosten mitten in jeder Stadt mit allen hygienischen Einrichtungen versehene Sportgelegenheiten geschaffen werden“.<sup>452</sup> DIEM räumte diesem Ziel in den folgenden Jahren seines Wirkens eine hohe Priorität ein. Unter der Frage „Wie machen wir die Leibesübungen zu dem Allgemeingut des Volkes?“<sup>453</sup> bekräftigte er 1917 den Ruf nach Zwangsmaßnahmen, denn ohne diese sei die Sportbewegung „Flickwerk“ und nur von

---

<sup>451</sup> WAGNER, Martin, *Städtische Freizeitflächenpolitik*, Berlin 1915. Der Architekt Martin Wagner verfasste eine Dissertation mit dem Thema „Das sanitäre Grün der Städte“, 1926 wurde er Stadtbaurat in Berlin. Gemeinsam mit DIEM entwickelte er ein Modell, Sport- und Spielflächen als quantitative Orientierungswerte im Städtebau zu verankern. Siehe HAAS, Heinrich, *Sport und kommunale Entwicklungsplanung*, S. 2.

<sup>452</sup> DIEM, Carl, „Die erste Forderung des Reichsspielplatzgesetzes (1911)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), *Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports*, St. Augustin 1982, S. 44. Vorbild für das Spielplatzgesetz waren ähnliche gesetzliche Vorschriften amerikanischer Städte, die Diem während seines USA-Aufenthalts kennengelernt hatte.

„schönen Worten“ begleitet. „Das Gesetz, das die Städte und Gemeinden zwingt, ihrer Jugend leicht erreichbare und ordnungsgemäß angelegte Spielplätze zu bauen“, sei unumgänglich.<sup>454</sup>

Auch wenn in den nachfolgenden Entwürfen des Reichsspielplatzgesetzes die Kommunen durch finanzielle Zuschüsse vom Reich entlastet werden sollten<sup>455</sup>, so blieb die Zuständigkeit für den Sportplatzbau allein auf die Gemeinden beschränkt. Diem wollte seine Forderungen als „städtebauliche“ Idee verstanden wissen. Zu Hilfe kam ihm dabei die Veröffentlichung einer Denkschrift des Reichsinnenministeriums, die ein „erschütterndes Bild“ über den Gesundheitszustand der Bevölkerung zeichnete, der für die kommunalen Verwaltungen einen immensen Kostenaufwand zur Folge haben würde.<sup>456</sup> Die Verknüpfung der Sportplatzfrage mit ökonomischen Vorteilen aufgrund der zu erwartenden Einsparungen im Gesundheitsbereich war eines der treibenden Argumente für die Lokalpolitiker, sich der Frage anzunehmen. Die Forderung nach 3 qm Spielfläche/Einwohner wurde in vielen deutschen Städten bis in die 1930er Jahre umgesetzt, ohne dass das Spielplatzgesetz jemals in Kraft trat. Diesen Fortschritt wertete DIEM rückbetrachtend als „Hochleistung der Demokratie“.<sup>457</sup> Die treibende Kraft war nach seiner Auffassung die wachsende Anzahl der Sporttreibenden selbst gewesen, die den entscheidenden Druck auf die Politik ausgeübt und die Übernahme des Sports als öffentliche Aufgabe durchgesetzt hätten.

Köln gehörte zu den Städten, die nach den Kriterien des Reichsspielplatzgesetzes in der Weimarer Zeit ein „vorbildliches“ Engagement für den Sportstättenbau entwickelten, was Grundlage und Ausgangspunkt für die Entwicklung nach 1945 war. Im Mittelpunkt des Kölner Sportgeschehens vor und nach dem Krieg stand die ca. 200 ha große am Stadtrand gelegene Anlage des Müngersdorfer Stadions, die den größten Flächenanteil am städtischen Sportplatzangebot ausmachte. Hier

---

<sup>453</sup> DIEM, „Die erste Forderung“, S. 114.

<sup>454</sup> Im Entwurf zum Reichsspielplatzgesetz wurde jede Gemeinde von mehr als 5.000 Einwohnern verpflichtet, im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl Spielplätze zur freien Benutzung anzulegen. Angegeben wurden 4 qm Fläche/Kopf der Bevölkerung. DIEM, „Die erste Forderung“, S. 119.

<sup>455</sup> So wurde das Reichsspielplatzgesetz des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen dahingehend modifiziert, dass der Reichskanzler 5 Millionen Mark bewilligen konnte. 1918 forderte Diem bereits 50 Millionen Mark über 10 Jahre verteilt.

<sup>456</sup> DIEM, Carl, „Die Spielplatzfrage als kommunales Problem (1926)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT, *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, S. 194ff.

konzentrierten sich Anlagen für verschiedene Sportarten, wie Fußball, Leichtathletik, Radsport, Reiten, Schwerathletik, Schwimmen, Tennis und Hockey. Hier fanden auch die von der Stadt Köln ins Leben gerufenen Volkssportkurse statt, die jedem Bürger ohne Vereinsmitgliedschaft sportliche Aktivitäten ermöglichten. Darüber hinaus gab es im gesamten Stadtgebiet, insbesondere in dem breit angelegten Grüngürtel Sportplätze, so dass Köln 1924 über eine Sportplatzfläche von 4qm/Einwohner verfügte. Das vorbildliche Engagement der Stadt Köln auf dem Gebiet der Sportplatzanlagen wird allerdings relativiert durch die geringen Aktivitäten im Turnhallenbau. Mit nur 93 Hallen lag Köln im innerdeutschen Vergleich der Großstädte an drittletzter Stelle. Die Forderung des DRA nach 0,1qm Turnhallenfläche pro Kopf der Bevölkerung verfehlte die Stadt um mehr als das Doppelte.<sup>458</sup> Die Zusammenstellung der Spiel- und Sportplätze der Städte Hamburg, Köln und Hannover von NIELSEN (2002) verdeutlicht den Spitzenplatz Köln im Bereich der kommunalen Spiel- und Sportplätze. Der größte Flächenanteil mit 114ha waren in allen Städten „Vereinsplätze auf städtischem Gebiet“ waren.<sup>459</sup> Im Vergleich der Gesamtzahl der Plätze lag Köln mit 63 hinter den Städten Hamburg (87) und Hannover (70).

Während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes wurden mit Ausnahme von zehn neuen Schießanlagen und eines Geländesportplatzes am Stadion kaum weitere Anlagen errichtet. Der Bedarf an Sportstätten, insbesondere an Hallen, war zwar aufgrund der zusätzlichen Anfragen von Seiten der Parteiorganisationen, der Hitler-Jugend, der SA, der DAF und der NS-Volkswohlfahrt gestiegen, auf der anderen Seite sank die Zahl der Mitglieder in den Sportvereinen durch die Zerschlagung der jüdischen und Arbeitersport-Organisationen sowie durch die zunehmende Konkurrenz mit den NS-Gliederungen. In mehreren Verwaltungsberichten nach 1933 findet man die gleichlautende Formulierung, dass „die Übungsmöglichkeiten in den Schwimm- und Turnhallen nicht ausreichend sind“<sup>460</sup>, was aber ohne sichtbare Auswirkungen auf die Bautätigkeit blieb.

---

<sup>457</sup> DIEM, Carl, „Breitenarbeit der Städte“, in: CARL-DIEM-INSTITUT, *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, S. 353.

<sup>458</sup> Vgl. Kölner Statistisches Taschenbuch, 1932, S. 75.

<sup>459</sup> In Hamburg waren es 42,61 ha und in Hannover 72,0 ha. Siehe NIELSEN, *Sport und Großstadt*, S. 575.

<sup>460</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1937/1938, S. 54

### 3.1.1. Sportstätten im Rahmen der Kölner Wiederaufbaupläne nach 1945

Wie ein Phönix aus der Asche - so beschrieb man in der zweiten Nummer des Kölnischen Kuriers 1945 das hoffnungsvolle Bild über die wiedererstehende Stadt. Der hohe Zerstörungsgrad war zugleich eine Gelegenheit, Sünden der Vergangenheit zu korrigieren und umfassende neue Ideen nun zu verwirklichen. Konrad Adenauer verwandte einen großen Teil seiner Zeit als Nachkriegs-Oberbürgermeister darauf, in Anlehnung an die Planungen der 1920er Jahre den Kölner Raum zu gestalten und präsentierte den Besatzungsmächten Pläne mit umfangreichen Eingemeindungen, die in Form von großzügigen Siedlungen mit 15.000 Einwohnern und landwirtschaftlichen Flächen im Außenbereich entstehen und die Innenstadt entlasten sollten.<sup>461</sup> Der Stadtkern sollte erst im zweiten Schritt wieder aufgebaut werden und sein altes Erscheinungsbild zurück erhalten. Die Pläne sahen vor, den Durchgangsverkehr, die Eisenbahntrasse und den Hauptbahnhof aus der Innenstadt zu verbannen und nach außerhalb zu verlegen. Auseinander gehende Meinungen gab es jedoch über die Art des Wiederaufbaus. Während die einen für eine weitgehende Restaurierung der historischen Vorbilder plädierten, forderten andere Stimmen moderne Neubauten. Im November 1945 entschloss sich die Stadtverwaltung, die Stadtplanung einer Gesellschaft privaten Rechts, der so genannten Wiederaufbau GmbH, zu übertragen. Der Auftrag stieß allerdings auf heftige Kritik, denn die Gesellschaft war unter derselben Leitung bereits 1941 mit der Gestaltung des „nationalsozialistischen“ Kölns beauftragt gewesen.<sup>462</sup> Darüber hinaus befürchtete man eine Planung unter Ausschluss der Öffentlichkeit ohne Kontrollmöglichkeiten.

Infolge der Kriegseinwirkungen waren in der Stadt Köln 80% der Sportanlagen zerstört worden. Der Stadtverordnete Josef Sampels erinnerte in seiner Rede vor dem Rat der Stadt Köln am 23. Juni 1947 an das ehemalige Bewusstsein der Stadt Köln als „Sportstadt und Sporthochburg“. Er wies darauf hin, dass „wohl keine Stadt von sich behaupten kann, die Bedingungen des früheren Spielplatzgesetzes weit über das

---

<sup>461</sup> BRUNN, Gerhard, „Köln in den Jahren 1945 und 1946. Die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens“, in: DANN, Otto, *Köln nach dem Nationalsozialismus*, S. 64ff.

<sup>462</sup> Siehe WIKTORIN, Dorothea, „Der Wiederaufbau nach dem Untergang“, in: MÖLICH/WUNSCH, *Köln nach dem Krieg*, S. 144ff.



vorgeschriebene Maß hinaus erfüllt zu haben“.<sup>463</sup> Mitschuld an der jetzigen Sportplatzmisere habe aber auch das „Naziregime“, das mit den „vor der Systemzeit geschaffenen vorbildlichen Sporteinrichtungen und Sportorganisationen nur politische Geschäfte gemacht, alle Ideale zerstört und den Staatssportler geboren habe“. Der Spielplatzbau stehe seit 1933 still und im Vergleich zur damaligen Versorgung habe man „bis heute mehr als die Hälfte der Sportplätze“ verloren.

Besonders schwierig war die Situation für die Hallensportler und Schwimmer, denn von den ursprünglich vorhandenen 93 Turn- und Spielhallen konnten bis 1947 nur sieben wieder hergerichtet werden und von sechs städtischen Schwimmbädern war nur noch das Neptunbad in Ehrenfeld benutzbar. Anfang der 1950er Jahre wurden den Vereinen behelfsmäßig die Messehallen für Wintersportveranstaltungen zur Verfügung gestellt.

	<b>vor dem Krieg vorhanden</b>	<b>nach 1945 benutzbar</b>	<b>bis 1947 instand-gesetzt</b>	<b>bis 1949 instand-gesetzt</b>
Leichtathletikplätze (mit Laufbahn)	27	9	16	19
Fußballplätze	87	42	58	62
Hockeyplätze	9	3	6	8
Tennisplätze	95	14	21	14
Turnhallen	93	7	-	8
Schwimmbäder	6	1	-	1
Freibäder	3	0	-	1

Tabelle 8: Sportstätten in Köln vor und nach dem 2. Weltkrieg, sowie Instandsetzung bis 1949. (Quelle: Kölner Sporkurier 2(1947)2, S. 1, Kölner Sportkurier 4(1949)10, S. 2.)

Als Ausgleich für die zerstörten Turnhallen empfahl Sampels die Schaffung von Grünflächen in der Nähe der Schulen, „die Gelegenheit bieten, das Turnen ins Freie zu

<sup>463</sup> VStVK vom 23.6.1947, S. 193 ff. Das Folgende ebenda.

verlegen.“ Das stieß allerdings beim Ausschuss für öffentliche Anlagen auf wenig Gegenliebe, da dieser den Standpunkt einnahm, dass „Sportvereine aus den öffentlichen Anlagen fern gehalten werden sollten“.<sup>464</sup> 1947 fand die erste Besprechung der Wiederaufbau GmbH mit Vertretern der Sportverwaltung und Sportorganisationen statt, um die Planungen im Bereich Sportstättenbau zu erörtern.<sup>465</sup> Die städtebauliche Gesamtkonzeption von Dr. Rudolf Schwarz basierte auf der Vorstellung eines föderalistischen Gebildes aus einzelnen Stadtteilen und Vororten als „stadtkölnischer Städtebund“.<sup>466</sup> Auf der Grundlage der so genannten „Stadtzellen als der kleinsten Einheit“ verfolgte die Wiederaufbau GmbH den Anspruch einer flächendeckenden Versorgung durch eine enge Verbindung von Schulen und Sportbauten.<sup>467</sup> Als notwendig erachtete man dabei auch die Errichtung von Schwimmbädern für den wöchentlichen Schwimmunterricht und die Körperreinigung. Dr. Schwarz plante für Einheiten von je „5.000 Seelen“ zwei „Doppelschulen“ (je eine für Mädchen und Jungen), die mit einem Schwimmbad und einem Sportplatz ausgestattet werden sollten. Als Großanlagen waren neben dem bestehenden Stadion noch ein Stadion im Rechtsrheinischen, eine Regattabahn und eine Wintersporthalle im Gespräch, weitere Anlagen für die größeren Stadtbezirke und „Stadtstädte“, wie Ehrenfeld, Nippes, Merheim lksrh., Südstadt, Mülheim und Deutz wollte man noch festlegen. Erst ein Jahr später beschäftigte sich die Wiederaufbau-GmbH erneut mit dem Sportstättenbau.<sup>468</sup> Unter Beteiligung der Gesundheits- und Schulverwaltung brachte das Treffen nur wenige Neuerungen hervor. Weiterhin hielt man an dem Plan der direkten Anbindung von Sportplätzen an den Volksschulen fest. Ein weiteres Thema war das geplante Gesundheitszentrum mit großem „Badehaus“ an Stelle des zerstörten Bürgerhospitals.

---

<sup>464</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 760, Bl. 7.

<sup>465</sup> Zu den Teilnehmern gehörten: Prof. Dr. Rudolf Schwarz, Dr. Hans Busch, Carl Diem, Peco Bauwens, Oskar Stauf, Dr. Kamp (Städt. Bäderdirektor), Wilhelm Jung, Johannes Sampels, Cremer. HASTK, Acc. 871, Nr. 760, Bl. 10.

<sup>466</sup> WIKTORIN, „Wiederaufbau“, S. 153.

<sup>467</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 760, Bl. 10. Das Folgende ebenda

<sup>468</sup> Zum Personenkreis gehörten dieses Mal: Dr. Jordans, Herr Feibach (Gesundheitsamt), Bäderdirektor Jung, Dr. Gaumitz (Gesundheitsfürsorge), Johannes Sampels, Herr Theile (Schulamts), Architekt Kleinertz, Reg. Baumeister Schaller, Prof. Schwarz. HASTK, Acc. 871, Nr. 760, Bl. 25. Das Folgende ebenda.

Im Rahmen der Beratungen um das Agrippabad in den 1950er Jahren sollte dieses Thema noch für politische Diskussionen sorgen.<sup>469</sup>

Seinen Unmut über die unbefriedigende Situation des Sportstättenangebots äußerte der Sportausschussvorsitzende Theo Rimek vor dem Rat erstmals im März 1948. Er bezog sich dabei auf die ein Jahr zuvor von Josef Sampels vorgetragenen Wünsche und stellte fest, „daß die Stadtverwaltung von unseren ganzen damaligen Anträgen sage und schreibe gar nichts durchgeführt hat“.<sup>470</sup> Den Beigeordneten Giesen (Friedhofs- und Gartenamt), Schweyer (Hochbauamt) und Linnartz (Schuldezernent) warf Theo Rimek Versäumnisse vor und wiederholte die Forderungen des Vorjahres. Tatsächlich blieb es in der Praxis bis Anfang der 1950er Jahre fast ausschließlich eine Angelegenheit der Vereine, ihre von der Stadt gepachteten Sportstätten wieder herzurichten, allerdings teilweise mit finanzieller Unterstützung aus dem städtischen Haushalt. Die Idee, aus dem Etat für die Kriegsschädenbeseitigung auch den Sportvereinen Mittel zukommen zu lassen, äußerte 1949 der kommunistische Sportausschussvorsitzende Nolze, was in der Zukunft auch realisiert wurde.<sup>471</sup> Von städtischer Seite erging mehrfach der Appell an die Vereine, die Sportanlagen in Selbsthilfe wieder instand zu setzen, unter anderem mit der Begründung, dass es für einen Verein „eine schöne und dankbare Aufgabe sei, sich durch Aufbauarbeit das weitere Anrecht auf den bisher gehaltenen Platz zu sichern.“<sup>472</sup> In den ersten beiden Jahren konnten auf diese Weise unter der „lobenswerten“ Beteiligung der Vereine, 16 Fußball-, sieben Leichtathletik-, drei Hockey- und sieben Tennisplätze wieder hergerichtet werden.<sup>473</sup> Im Jahresbericht des Zweckverbandes von 1949 erschien eine „Aufzählung“ der Leistungen, die als „Gradmesser für den Idealismus und Opfergeist“ der Vereine zu sehen seien.<sup>474</sup> Bei fast allen genannten Baumaßnahmen handelte es sich um von den Vereinen selbstgenutzte Sportstätten, Clubheime oder Bootshäuser. In Ehrenfeld übernahmen drei Vereine die Entschuttung einer städtischen Turnhalle.

---

<sup>469</sup> Vgl. Kapitel 3.1.5.1.

<sup>470</sup> VStVK vom 15.3.1948, S. 126.

<sup>471</sup> VStVK vom 7.7.1949, S. 307. Es liegen allerdings keine Angaben über die Höhe der Mittel vor.

<sup>472</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 47, Bl. 5, Schreiben der Stadionverwaltung an den Verein für Rasensport rrh. vom 27.10.1945.

<sup>473</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)2, o.S.

Die Umsetzung des ursprünglichen Gesamtkonzeptes einer „urbanen Wohnsiedlung“ im Zentrum und der Verlagerung des Verkehrs, sowie die von Dr. Rudolf Schwarz vorgeschlagenen „Stadtzellen“ scheiterten letztendlich an den rechtlichen Bestimmungen. Eine Bodenreform und die notwendigen Baugesetze fehlten in Nordrhein-Westfalen, was eine umfassende Städteplanung erschwerte und den Fortgang des Wiederaufbaus im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Großstädten verzögerte. Erst mit der Verabschiedung des Aufbaugesetzes in Nordrhein-Westfalen 1950 wurde die Rechtsgrundlage für den Wiederaufbau erlassen.<sup>475</sup>

### 3.1.2. Die Entwicklung der Sport- und Freizeitanlagen bis 1960

Die rechtliche Grundlage für die Instandsetzung und Neuplanung von Sportanlagen bildeten die Anfang der 1950er Jahre erlassenen Wiederaufbaugesetze der Länder. Laut Bundesbaugesetz (§ 6) zur Flächennutzung wurden Sport- und Spielflächen als sogenannte „Restflächen“ eingestuft, ebenso wie „Flächen für öffentliche Sonderzwecke wie Kleingärten, Friedhöfe, [...] Kiesgruben, Schutthalde[n]“.<sup>476</sup> Eine Änderung erfolgte erst durch das Bundesbaugesetz von 1960, das nun ausdrücklich eine Flächensicherung für Sportflächen vorsah.

Wichtige Impulse für den Sportstättenbau gingen nach dem Zweiten Weltkrieg erneut von Carl DIEM aus. In seinem Vortrag über kommunale Aufgaben im Rahmen der 1. Arbeitstagung der Leiter der kommunalen Sportämter 1949 forderte er, jede Gemeinde zu verpflichten, „dass sie die nötigen Übungsstätten für normalen Sportbetrieb [...] in ausreichender Güte und würdiger Schönheit herstellt und unterhält und sie den Vereinen gegen eine möglichst geringe Gebühr zur Benutzung überlässt.“<sup>477</sup>

---

<sup>474</sup> *Kölner Sportkurier* 4(1949)4, S. 2. Die Auflistung umfasst die von insgesamt 17 Vereinen durchgeführten Baumaßnahmen und finanziellen Aufwendungen. Der gesamte Aufwand betrug danach 507.881 RM bzw. 130.823 DM.

<sup>475</sup> WIKTORIN, „Der Wiederaufbau“, S. 149.

<sup>476</sup> HAAS, Heinrich, Sport und kommunale Entwicklungsplanung am Beispiel der Sportstättenplanung, Münster 1990, S. 6.

<sup>477</sup> DIEM, Carl, „Sport und kommunale Aufgaben (1949)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT, *Ausgewählte Schriften*, Bd. 2, S. 335. Diem forderte in Anlehnung an den ersten Entwurf des Reichsspielplatzgesetzes 4 qm Spiel- und Sportfläche pro Einwohner, sowie 0,1 qm Hallenfläche und ein Schwimmbad pro 50.000 Einwohner. Das Folgende ebenda.

Sportplatzbau müsse Stolz einer jeden Stadtverwaltung sein. Im Sinne einer vorausschauenden, modernen Sportstättenplanung riet er zudem zur Einrichtung einer „Spielplatzberatungsstelle“, die er selbst 1953 an der Sporthochschule in Köln etablierte.<sup>478</sup> Parallel zur ersten Bestandserhebung der vorhandenen Turn- und Sportstätten in Deutschland durch das statistische Bundesamt 1955 entstand der von Diem mitverfasste „Zehnjahresplan“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter. Im Zentrum der Argumentation standen wie bereits 1920 die stetig steigenden Soziallasten in den Bereichen der Kranken- und Unfallversicherungen, Invalidenrenten, vorzeitigen Renten sowie die nach dem Zweiten Weltkrieg anwachsende Jugendkriminalität. Dieser Notstand, dem man mit einem erhöhten Sportangebot auf der Grundlage eines flächendeckenden Übungsstättenbau-Programms begegnen müsse, könnten „die Gemeinden allein nicht bannen.“ Im Sinne eines Gemeinschaftswerks auf der Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung der Länder sollten Beiträge des Staates, des Sportes und Anteile aus den Einnahmen der Toto-Gesellschaften in einen Allgemeinen Deutschen Übungsstättenfonds eingezahlt werden, wodurch die Hälfte der benötigten Baukosten zu finanzieren sei.<sup>479</sup> EULERING (1982) bewertete diesen Plan, der eine „umfangreiche und unkonventionelle Zusammenarbeit sehr verschiedenartiger Partner“ erfordert hätte, rückbetrachtend als zu kompliziert, „um Realität werden zu können“.<sup>480</sup> Anknüpfend an die Situation der Weimarer Zeit blieb die Zuständigkeit für den Sportstättenbau bis Anfang der 1960er Jahre weitgehend allein auf die Kommunen beschränkt. Es lag daher fast ausschließlich in den Händen der Kommunalpolitik, die lokale Entwicklung des Sports zu fördern, zu gestalten und zu steuern.

---

<sup>478</sup> Diese wurde ein Jahr später zur „Übungsstätten-Beratungsstelle des Deutschen Sportbundes“ und 1957 vom Deutschen Städtetag zur Zentrale(n) Beratungsstelle für den Kommunalen Sportstättenbau“ erklärt. Vgl. BREUER, Günter, *Sportstättenbedarf und Sportstättenbau. Eine Betrachtung der Entwicklung in Deutschland (West) von 1945-1990 anhand der baufachlichen Planung, öffentlichen Verwaltung und Sportorganisationen*, Köln 1997, S. 32.

<sup>479</sup> Ausgehend von einem Bedarf von 6.000 fehlenden Spielplätzen mit Laufbahn, 3.000 ohne Laufbahn, 9.000 Turnhallen und 700 Hallenbädern errechnete Diem einen Gesamtbedarf von 1,35 Milliarden DM. Die Hälfte der Kosten sollten beim Bauherrn (Gemeinden, Gemeindeverbände, Vereine) verbleiben, die andere Hälfte sollte über 10 Jahre verteilt aus dem Übungsstättenfonds finanziert werden. DIEM, Carl, „Zehnjahresplan für den Übungsstättenbau (1955)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT, *Ausgewählte Schriften*, Bd.2, S. 374ff.

<sup>480</sup> EULERING, Johannes, „Staatliche Sportpolitik der Länder“, in: UEBERHORST, Horst, *Geschichte der Leibesübungen*, Bd. 3,2, Berlin 1981, S. 873.

Die Planungen der Kölner Wiederaufbau GmbH von 1947/1948 fanden als konzeptionelle Grundlage für den Sportstättenbau keine weitere Berücksichtigung mehr. Im gesamten Stadtgebiet wurde der Wiederaufbau von vielfältigen Schwierigkeiten begleitet, wie z.B. der Zersplitterung des Grundbesitzes in kleine Parzellen und der geringen Bereitschaft der Stadtverwaltung, Zwangsmaßnahmen gegen die Eigentümer zu ergreifen. Die Pflicht zum raschen Wiederaufbau stand letztendlich über dem Anspruch einer langfristigen modernen Stadtplanung.<sup>481</sup>

1949 veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter (ADS) in Verbindung mit der Sporthochschule in Köln eine „Bundestagung für Sportstättenbau und Sportstättenpflege“. Im Rahmen dieser internationalen Veranstaltung, zu der 118 Vertreter aus 50 Städten anreisten, wurden erstmals auch „Bezirkssportanlagen“ vorgestellt, deren Nutzen durch die Konzentration mehrerer Plätze in einem Stadtteil vor allem bei den Ersparnissen in Bau und Unterhalt gesehen wurden. Voraussetzung für die Einrichtung derartiger Anlagen war aber ein relativ hoher Flächenbedarf in den einzelnen Stadtbezirken. Die Idee wurde auch in Köln aufgegriffen, die Realisation einer flächendeckenden Versorgung mit Bezirkssportanlagen sollte aber noch Jahrzehnte dauern.

1952 richtete die Kölner Stadtverwaltung unter Federführung des Städtebauamtes einen Arbeitskreis für die Spiel- und Sportstättenplanung ein.<sup>482</sup> In der ersten Sitzung dieser großen Runde mit 19 Vertretern aus sieben verschiedenen Ämtern wurden Zeiträume und Zuständigkeiten geklärt, die für die weitere Entwicklung des Sportstättenbaus in Köln eine entscheidende Rolle spielen sollten. Das vorliegende Protokoll dieser Besprechung fasste die wesentlichen Punkte zusammen:

Der Bau von Bädern, Spiel- und Sportflächen war Bestandteil eines Leitplans, der durch das Aufbaugesetz vorgeschrieben war und vom Minister genehmigt werden musste.

---

<sup>481</sup> WIKTORIN, „Wiederaufbau“, S. 155. Leiter des Stadtplanungsamtes war Eduard Peeks, der als Bauingenieur die Wiederaufbaupläne umsetzen sollte. Die Arbeit konzentrierte sich aber mehr auf die Ausarbeitung von Durchführungsmaßnahmen.

<sup>482</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 858, o. Pg. Protokoll der ersten Sitzung des Arbeitskreises „Spiel- und Sportflächenplanung“ vom 11.2.1952. Die erste Sitzung fand beim Städtebauamt statt. Anwesend waren Vertreter des Liegenschaftsamtes (Prof. Pirkel), des Statistischen Amtes, des Sportamtes (Sampels,

Es sollten lediglich die Flächen für Sportzwecke, die keine rechtlichen und finanziellen Belastungen für die Gemeinde haben würden und die erst nach einem Zeitraum von 5-10 Jahren umzusetzen seien, im Leitplan dargestellt werden.<sup>483</sup>

Eine begriffliche Trennung zwischen den verschiedenen Sportplätzen sollte vorgenommen und die dementsprechende Trägerschaft festgelegt werden, „um von vorne herein Klarheit in den Forderungen der verschiedenen Dienststellen zu erreichen“ sowie um die Frage zu klären, „wer die Mittel für Grunderwerb, Freimachung, Entschädigung usw. aufzubringen hat und wer die Verantwortung zu übernehmen hat“.

Eine Sportflächenplanung sollte von der Schulplanung abhängig gemacht werden und erst nach deren Abschluss zu beginnen.

Mit diesem Ergebnis hatte der Arbeitskreis Absprachen für die zukünftige Koordination innerhalb der Stadtverwaltung getroffen, allerdings darüber hinaus keine grundlegende Konzeption entwickelt. Erste Unstimmigkeiten zwischen Sportamt und Liegenschaftsamt entstanden bereits im Laufe dieser ersten Sitzung.<sup>484</sup> Bestimmte Probleme, wie die „begriffliche Trennung“ und die Verteilung der Trägerschaften auf die verschiedenen Ämter, die in der zweiten Sitzung des Arbeitskreises im Detail vorgenommen wurde, erschwerten in der folgenden Zeit eine übergeordnete Planung.<sup>485</sup>

---

Cremer), der Bäderverwaltung, des Schulamtes, sowie vier Vertreter des Gartenamtes und neun weitere Vertreter des Städtebauamtes. Das Folgende ebenda.

<sup>483</sup> Dazu heißt es: „Lediglich in den Fällen, in denen eine Freihaltung für Spiel- und Sportflächen keine rechtliche oder wesentliche finanzielle Belastung für die Stadt zur Folge hat [...], können in den Leitplan Planungen eingetragen werden, mit deren Realisierung erst nach einem Zeitraum von 5-10 Jahren zu rechnen ist.“ Siehe HASTK, Acc. 871, Nr. 858, o. Pg.

<sup>484</sup> Das Sportamt hatte auf die dringende Notwendigkeit der Bereitstellung von Sportplätzen im südlichen und nördlichen Stadtgebiet aufmerksam gemacht. Prof. Pirkel vom Liegenschaftsamt, wies darauf hin, dass die Mittel für den Erwerb der Grundstücke vom Sportamt aufgebracht werden müssten. Sampels entgegnete darauf, „dass das Sportamt noch in keinem Falle Grunderwerbskosten hätte aufbringen müssen. Sportplätze müssten als ein Teil der erforderlichen Grün- bzw. Freiflächen betrachtet werden. Unter diesem Gesichtspunkt müssten die für die Herrichtung von Sportplätzen notwendigen Grundstücke durch das Liegenschaftsamt erworben [...] werden.“ Siehe HASTK, Acc. 871, Nr. 858, o. Pg., Aktennotiz des Sportamtes zur 1. Arbeitssitzung vom 11.2.1952.

<sup>485</sup> Zur Begriffsbestimmung wurde folgendes festgelegt: „Jugendspielplätze“ – liegen ausschließlich im öffentlichen Grün, Träger einschließlich Finanzierung, Ausführung und Unterhaltung ist das Gartenamt. „Schulspielplätze“ - möglichst in Verbindung mit Schulen, Träger einschließlich Finanzierung der Planung, Ausführung, Unterhaltung ist das Schulamt, das sämtliche Maßnahmen in Einvernehmen mit dem Garten- und Friedhofsamt durchführt. Sportplätze sind im allgemeinen eingefriedet und stehen vorwiegend einem bestimmten Besucherkreis zur Verfügung. Außerdem haben sie so zu liegen, dass sie verkehrsmäßig erschlossen sind. Aufbauten müssen möglich sein, tragfähiger Baugrund sowie die

Zudem verhinderte die Abhängigkeit von der als vorrangig angesehenen Schulplanung, die zwar vom Sportamt im Grunde unterstützt wurde, eine eigene Prioritätensetzung und Wertschätzung.

Einen Monat nach den ersten Arbeitskreissitzungen, am 26. März 1952, monierte der Stadtverordnete Hans Grün im Rat, dass „bis heute noch immer eine Planung der gesamten Sportplatzanlagen“ vom zuständigen Hoch- und Tiefbauamt fehle.<sup>486</sup> In der Sportausschuss-Sitzung vom 16. Mai 1952 gab das Städtebauamt erstmals einen Überblick über die vorgesehenen Sportplätze. Zu den derzeit bestehenden 75 städtischen und privaten Sportplätzen waren danach 34 weitere geplant.<sup>487</sup> Der Sportausschuss empfahl in Zusammenarbeit mit den beteiligten Dienststellen eine „Dringlichkeitsliste“ aufzustellen, da in bestimmten Stadtbezirken der Mangel an Sportanlagen besonders hervortrat. Diese Liste, die vor allem den Bedarf im nördlichen und südlichen Köln beschrieb, wurde auch die Diskussionsgrundlage für die 4. Sitzung des Arbeitskreises im Juli 1952.<sup>488</sup> Von diesem Zeitpunkt an berichtete das Städtebauamt in regelmäßigen Abständen über den Fortschritt seiner Planungen vor dem Sportausschuss. Inhaltliche Diskussionen oder Auseinandersetzungen mit den Plänen sind aus den Akten nicht erkennbar. Hier und da äußerten einzelne Ausschussmitglieder Wünsche zu bestimmten Projekten oder wiesen auf den Mangel an Sportstätten in bestimmten Bezirken hin. Allerdings schien dem Sportausschuss eine Beteiligung der Bürgermitglieder als Sachverständige zu diesem Thema wichtig zu sein. Unter TOP 7 der Sportausschuss-Sitzung vom 21. Oktober 1953 heißt es:

---

Möglichkeit alle erforderlichen Versorgungsleitungen heranzubringen. Träger hierfür ist das Sportamt, das die Finanzierung der Planung, Ausführung und Unterhaltung übernimmt. Alle Maßnahmen werden im Einvernehmen mit dem Garten- und Friedhofsamt durchgeführt. Die übergeordnete Zuständigkeit für Planung und Ausweisung der erforderlichen Flächen erfolgt durch das Städtebauamt.“ HASTK, Acc. 871, Nr. 858, o. Pg.

<sup>486</sup> VStVK vom 26.3.1952, S. 90. Hans Grün (SPD) wandte sich bei diesem Punkt direkt an Dr. Kleppe vom Hoch- und Tiefbauamt. In der gleichen Sitzung stellte der Stadtverordnete Paulus (CDU) mit „Freude und Genugtuung“ fest, „daß wir insgesamt für Sport- und Spielplätze 170.000 DM zur Verfügung haben.“ Der Sportausschuss hatte bewirkt, dass der Etat für Sportplätze aus den Mitteln für Kriegsschädenbeseitigung von 53.000 auf 100.000 DM erhöht wurde. Auch Paulus bemängelte aber das Defizit an Sportplätzen.

<sup>487</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7206, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 16.5.1952. Die Zahlen stimmen im übrigen nicht mit den vom Statistischen Jahrbuch veröffentlichten Zahlen überein. Danach hatte Köln 1952 insgesamt 106 städtische und private Sportplätze (siehe Tabelle 10)

<sup>488</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 858, Protokoll der 4. Sitzung des Arbeitskreises vom 14.7.1952.



„Da die Wahl der Bürgermitglieder zum Sportausschuss wegen des Fehlens einer Hauptsatzung zur neuen Gemeindeordnung noch nicht geklärt ist, schlägt der Sportausschuss vor, die ehemaligen Bürgermitglieder immer dann einzuladen, wenn über die Sportplatzplanung in Köln verhandelt wird. Die Berichte des Städtebauamtes sollen dann immer als 1. Punkt der Tagesordnung erledigt werden.“<sup>489</sup>

Mit Beginn des Jahres 1953 veröffentlichte der Zweckverband für Leibesübungen ein umfassendes „Wunschprogramm seiner Verbände“. Man verband die Forderung mit der Hoffnung, „daß das Zehnpunkteprogramm im laufenden Jahr in Gang gesetzt wird“.<sup>490</sup> Bei dieser Wunschliste handelte es sich fast ausnahmslos um größere Projekte, deren Verwirklichung zum Teil noch Jahrzehnte dauern sollte. Angefangen von einem 100.000-Mann-Stadion, einer Regattastrecke, einer großen Spielhalle, einem zentralen Schwimmbad und einigen Freibädern bis hin zu einem Sportflug-Gelände, weiteren Turnhallen, Rollschuhbahnen und Schießständen reichten die Forderungen.

Auf Anordnung des Oberstadtdirektors sollten die einzelnen Dienststellenleiter nun einen „Vierjahresplan“ aufstellen, der sich im Ergebnis mit den Wünschen des Zweckverbandes in den meisten Punkten deckte. Zwei Monate später hatte der Zweckverband aus dem „Wunschprogramm“ ein „Dringlichkeitsprogramm“ zusammengestellt, das einen eindeutig anderen Charakter aufwies. An erster Stelle standen nun die Erweiterung des Spielplatz- und Turnhallenbaus sowie das zentrale Schwimmbad und ein „Haus der Jugend und des Sports“. Der Zweckverband stellte alle anderen Wünsche zunächst zurück „in der Erwartung, daß man für diese Wünsche Verständnis und tätige Hilfe“ entgegenbringen würde.<sup>491</sup>

1954 veröffentlichte Johannes Sampels im Kölner Sportkurier unter der Überschrift „Was tun die Gemeinden für den Sport?“ eine Statistik der ADS. Sampels wehrte sich damit gegen Vorwürfe die nach seiner Meinung „ziemlich wahllos“ und „nach jeder Richtung“ gemacht worden waren.<sup>492</sup> Statt dessen versuchte er zu belegen,

---

<sup>489</sup> HAStK, Acc. 5, Nr. 7214, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 21.10.1953

<sup>490</sup> *Kölner Sportkurier* 8(1953)1, o. S.

<sup>491</sup> *Kölner Sportkurier* 8(1953)3, o. S.

<sup>492</sup> *Kölner Sportkurier* 9(1954)5, S. 3. Mit den von Sampels veröffentlichten einzelnen Etatzahlen können – allerdings unter gewissem Vorbehalt – auch Rückschlüsse auf die in Köln eher geringen Haushaltsmittel für den Sportstättenbau gezogen werden. Köln rangierte hinter den anderen Großstädten Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Bochum und Düsseldorf nur auf Platz sieben. Bei einem

„wie nahe“ man in Köln und in anderen Städten „schon an die Vorkriegsziffer“ heranreiche. Die Angriffe gegen die Kommunen stammten u.a. vom Vizepräsidenten des Landessportbundes, Hugo Grömmer, der im Jahresbericht des LSB 1953 zum kommunalen Sportetat schrieb: „Es soll Städte und Gemeinden geben, die gar nichts oder nur geringe Beträge in ihrem Haushalt vorgesehen haben.“ Als Reaktion auf diese Kritik initiierte der ADS eine kurzfristige Umfrage bei den Mitgliedsstädten, dessen Ergebnis u.a. im Kölner Sportkurier veröffentlicht wurde.<sup>493</sup> Hintergrund für die Auseinandersetzung zwischen Grömmer und Sampels war der „Sampelsche Finanzvorschlag“, den er in Anlehnung an den Zehnjahresplan erarbeitet hatte, und der vom ADS und dem Sportausschuss des Deutschen Städtetages unterstützt wurde.<sup>494</sup> Hierbei forderte Sampels eine erhebliche „Vermehrung der Mittel“, die aus den Quellen der Sportverbände und des Totos kommen sollten. Der LSB und der DSB hingegen sahen die Gemeinden vorrangig als „Träger des Diemschen Zehnjahresplans“. In seiner Entgegnung bemängelte Grömmer aber auch, dass „die Städte weniger daran denken sollten, Großanlagen zu errichten und erst mal die zwingende Not zu steuern“.<sup>495</sup> Damit unterstellte er den Gemeinden ein vorrangiges Interesse an den Prestigebauten und mangelndes Engagement im freizeit- und Breitensportlichen Bereich.

Die im Sportkurier von Sampels veröffentlichten Zahlen beschönigten die tatsächliche Situation auf Kölner Ebene. Ab Mitte der 1950er Jahre verschlechterte sich das Sportstättenangebot zunehmend. Aufgrund der allgemeinen Aktivitäten im Wohnungs- und Industriebau verschwanden immer mehr Sportplätze aus dem Stadtbild. „Was wir in den letzten Jahren in Köln an Sportplätzen geschaffen haben, war nur Ersatz für weggefallene Sportplätze“, stellte der Stadtverordnete Karl Paulus 1955 fest und beantragte für die CDU-Fraktion, dass „bei Wegfall von Sportplätzen durch Planungsmaßnahmen, Grundstücksverkäufe oder sonstige artfremde Verwendung zunächst für die Gestellung einer gleichwertigen Sportplatzanlage durch das Dezernat

---

Vergleich der pro Kopf Aufwendungen schnitt die bevölkerungsreichste nordrhein-westfälische Stadt noch schlechter ab.

<sup>493</sup> Danach hatten die 28 befragten Städte und Gemeinden in NRW 1953 insgesamt 3,2 Milliarden DM für Neubauten und 1,9 Milliarden DM für die Instandsetzung von Sportstätten ausgegeben.

<sup>494</sup> Siehe Kapitel 3.2.1.

<sup>495</sup> *Kölner Sportkurier* 9(1954)6, o. S.

gesorgt sein muss, dem die Nutznießung zufloß“.<sup>496</sup> Der Antrag sah zunächst vor, dass beim Wegfall von Sportflächen eine Ausgleichszahlung vom nutznießenden Dezernat an das Sportdezernat erfolgen sollte. Mit dem Hinweis, dass eine derartige Regelung gegen die Gemeindeordnung verstoße, wurde der Antrag geändert und mit großer Mehrheit beschlossen.<sup>497</sup> Insgesamt war die Zahl der Sportanlagen zwischen 1947 und 1956 von 75 auf 300 gestiegen, damit war der Vorkriegszustand aber selbst elf Jahre nach Kriegsende noch nicht wieder erreicht.

In einer leidenschaftlichen Rede im Januar 1957 vor dem Stadtrat erinnerte Hans Grün an die Kölner Tradition im Spielplatzbau. Das im Entwurf des Haushaltsplans „nicht ein einziger Pfennig“ für den Sportplatzbau vorgesehen sei, empfand auch sein Kollege Heinrich Schmitz von der CDU „beschämend“ und er wünschte sich einige Änderungen für die zweite Lesung, um

„den Sportausschuss nicht zu veranlassen, vor den Türen der Dezernenten mit den Catchern antreten zu müssen. Bis jetzt sind nur die Leichtathleten, Schwimmer und Ruderer gekommen. Wenn die Catcher kommen, wird es schlimmer. Ich möchte sie bitten, uns nicht zu Bettlern oder zu Leuten zu machen, die ihnen dauernd lästig fallen müssen für notwendige Sachen.“<sup>498</sup>

Diesem Wunsch schien der Finanzausschuss im folgenden Jahr nachzukommen, als er den Etat für die „Neuanlegung von Sportplätzen“ deutlich erhöhte.<sup>499</sup> „Über die plötzliche Liebe des Oberstadtdirektors und des Herrn Kämmerers“ zeigte sich Hans Grün „erstaunt“, musste aber bei genauerem Hinsehen feststellen, dass durch die bewilligten Mittel „keine neuen Sportplatzanlagen geschaffen werden, sondern sie sollen allein zum Ersatz für solche Plätze dienen, die aus planerischen oder sonstigen

---

<sup>496</sup> VRK vom 1.4.1955, S. 190ff. Das Folgende ebenda.

<sup>497</sup> Gegen den Antrag gab es Einwände, da es sich um eine gemeinsame städtische Verwaltung unter der Verantwortung des Oberstadtdirektors handele und die zur Verfügungstellung von Ausgleichszahlungen eines Dezernats an das Sportdezernat gegen die Gemeindeordnung verstoße. Daher lautete der Beschluss: „Der Rat beauftragt den Oberstadtdirektor, bei Wegfall von Sportplätzen durch Maßnahmen der Verwaltung irgendwelcher Art in Zukunft zunächst für die Gestellung einer gleichwertigen Sportplatzanlage zu sorgen. Wenn der Oberstadtdirektor im Einzelfall glaubt, diesem Verlangen nicht entsprechen zu können, hat er die Angelegenheit dem Hauptausschuss zu unterbreiten.“ VStVK vom 1.4.1955, S.195ff.

<sup>498</sup> VRK vom 31.1.1957, S. 131.

<sup>499</sup> Der Finanzausschuss schlug eine Erhöhung von 182.500 DM auf 397.900 DM vor. VRK vom 6.3.1958, S. 113.

Gründen in diesem Jahr wegfallen“.<sup>500</sup> Der Antrag der CDU schien demzufolge keine nachhaltigen Auswirkungen zu zeigen. Auch für 1957 und 1958 stellte der CDU-Stadtverordnete Schmitz einen Verlust von acht Sportplätzen fest, worauf der Sportausschuss eine weitere Erhöhung der Mittel beantragte, die vom Finanzausschuss auch bewilligt wurde, so dass zumindest eine gleichbleibende Versorgung mit Sportflächen gewährleistet werden konnte.

Inwieweit sich die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Sportflächen auf die Entwicklung der Sportinfrastruktur auswirkte, soll im folgenden an den konkreten Angaben zum Sportplatz- und Turnhallenbau dargestellt werden.

### *3.1.2.1. Sportplätze und Turnhallen*

Nach den Angaben der Statistischen Jahrbücher stieg von 1945 bis 1953 die Zahl der Sportflächen von 80 auf 114 städtische und private Plätze an. Der Deutsche Städtetag hatte 1950 mit dem Hinweis auf die gesundheitliche Bedeutung der Jugend 4 qm Spiel- und Sportfläche und 0,1 qm Hallenfläche pro Einwohner gefordert. Im Vergleich zu anderen Großstädten schien Köln bei der Berechnung der Spielplatzflächen 1951 noch einen Spitzenplatz einzunehmen. Die im Kölner Sportkurier veröffentlichten Angaben wiesen eine Fläche von 3,23 qm/pro Kopf der Bevölkerung aus, was hinsichtlich der Forderungen des Deutschen Städtetages ein Defizit von 465.000 qm bedeutete.<sup>501</sup> Dieses erhöhte sich bis 1954 auf 1 Million qm, 1958 waren es 1,18 Millionen qm Spielfläche. In einem Schreiben an die Sportausschussmitglieder kommentierte Dezernent Rolf Kattaneck die vorliegenden Zahlen:

---

<sup>500</sup> VRK vom 6.3.1958, S. 113. Der Sportausschuss beantragte daher eine weitere Erhöhung der Haushaltsmittel. Der Finanzausschuss bewilligte Ausgaben in Höhe von 500.000 DM (102.100 DM mehr als zunächst veranschlagt) für die Anlage von neuen Spielplätzen bzw. den Ersatz von Sportplätzen. VRK vom 24.4.1958, S. 183.

<sup>501</sup> Im Vergleich dazu: Stuttgart 3,21 qm, Frankfurt 2,98 qm, Duisburg 2,61 qm, Hannover 2,43 qm, Düsseldorf 2,24 qm. *Kölner Sportkurier* 6(1951)11, S. 2. Es ist allerdings nicht nachzuvollziehen, auf welcher Grundlage die Zahlen entstanden, da keine Angaben zur Bruttogesamtfläche veröffentlicht wurden. Laut Statistischem Jahrbuch betrug die Einwohnerzahl Kölns 603.283, was eine Gesamtfläche für Sportanlagen von 1,94 Millionen qm bedeuten würde.

„Das ständige Wachsen der Bevölkerung und die Schaffung neuer Wohnbezirke - vor allem im Norden Kölns - wird Planungsergänzungen und -umänderungen erforderlich machen, die Ihnen von Fall zu Fall mitgeteilt werden sollen. In anderen Teilen des Stadtgebietes sind Ideallösungen einfach wegen der Dichte der Wohngebiete und aus Mangel an günstig gelegenen und entsprechen zugeschnittenen Grundstücken in Wohnnähe nicht mehr möglich.<sup>502</sup>

Bereits einige Monate zuvor hatte Kattaneck auf Schwierigkeiten bei der „Freimachung“ von Flächen für Sportzwecke hingewiesen, da „das größte Problem die Beschaffung von Ersatzwohnungen für die behelfsmäßig untergebrachten Familien“ zuerst zu lösen sei.<sup>503</sup> Mit der Feststellung, dass es „vollends unmöglich“ sei, „Grundstücke zu finden, die nicht erst freigemacht werden müssen“, benannte er einen wesentlichen Grund für die langen Bauzeiten. Der Stadtverordnete Heinrich Schmitz (CDU) wandte sich in seiner Rede zum Haushalt 1958 mit einem „dringenden Appell“ an das Liegenschaftsamt, „für Sportplätze Grundstücke bereitzustellen“.<sup>504</sup> Innerhalb der Stadtverwaltung war das Garten- und Friedhofsamt verfügungsberechtigt und die federführende Stelle, wenn Sportstätten auf Flächen des Stadtwaldes oder anderen Grünanlagen geschaffen werden sollten. Das Sportamt hatte lediglich die Aufgabe, entsprechende Anträge der Vereine oder des Sportausschusses entgegenzunehmen, mit einer Stellungnahme zu versehen und an das Gartenamt oder das Liegenschaftsamt weiterzuleiten.<sup>505</sup> Man kann davon ausgehen, dass die Bereitschaft der zuständigen Dezernate, Flächen für Sportanlagen zur Verfügung zu stellen, nicht sehr groß war. Grundsätzlich lag es also in der Verantwortung mehrerer Verwaltungsstellen, für eine entsprechende Sportstätteninfrastruktur zu sorgen. Das Sportamt war auf deren Unterstützung angewiesen und hatte keine Handhabe gegen möglich Blockaden.

---

<sup>502</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 761, Schreiben des Dezernenten Kattaneck an die Sportausschuss-Mitglieder vom 1.6.1958. Auch hier legte das Dezernat die Bruttogesamtflächen zugrunde, die 1958 1,82 Millionen qm betrug. Auf der Grundlage von 750.000 Einwohnern ergibt dies eine Fläche von 2,42 qm/ Einwohner, also deutlich weniger als die 1951 von Sampels veröffentlichten Zahlen.

<sup>503</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 761, o. Pg. Schreiben des Beigeordneten Kattaneck an die Mitglieder des Sportausschuss vom 1.11.1957 über die Aufstellung der Mittel, die für Sportzwecke bereitgestellt aber nicht ausgegeben worden seien. Abschließend stellte er fest: „Es ist gewiss unerfreulich, daß erhebliche Mittel für den Sport manchmal über Jahre festliegen, bevor sie ihrem Zweck zugeführt werden können.“

<sup>504</sup> VRK vom 6.3.1958, S. 116. Schmitz wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass man nicht so „knauserig“ sein sollte, wie bei der „Bereitstellung von Grundstücken für die Sportjugendheime“. Denn durch diese „Knauserigkeit“ seien nachweislich 10 Heime entgangen, die der DFB finanziert hätte.

<sup>505</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 31. Die Verfügung des Organisationsamtes über Grundstücksangelegenheiten stammte vom 2.10.1952.

Diese Problematik spiegelt sich auch in der Entwicklung zwischen 1953 und 1958 wider. In diesem Zeitraum sank die Anzahl der Sportplätze auf 110 trotz steigender Mitgliederzahlen in den Vereinen. Die städtebaulichen Maßnahmen im Wohnungsbau und Verkehr führten mehrfach zum Wegfall von Sportplätzen. Als der „Goldene Plan“ im Kölner Sportkurier 1959 vorgestellt wurde, verglich Johannes Sampels die vorhandenen und benötigten Sportflächen in Köln mit den Vorgaben der DOG. Insgesamt stellte er einen „Fehlbestand“ von 105 Sportplätzen fest, 58 davon seien in der Stadtplanung aufgenommen.<sup>506</sup> Bei einem Bestand von 124 vorhandenen Plätzen bedeutete dies, dass nach den vorgelegten Richtlinien das Sportplatzangebot fast verdoppelt werden musste.

Neben dem bedarfsorientierten Neubau von Sportplätzen stellte die Instandhaltung der vorhandenen und verpachteten Anlagen ein großes Problem dar. Die Vereine waren aus verschiedenen Gründen vielfach nicht in der Lage die notwendigen Maßnahmen zur Pflege zu leisten. Im Haushaltsplan 1954 wurden erstmalig 70.000 DM allein für Instandsetzungsarbeiten eingestellt, und zwar für „Sportplätze außerhalb des Stadions, deren Mieter ihrer vertraglich übernommenen Unterhaltungspflicht nicht nachkommen können“.<sup>507</sup> Die Notwendigkeit der Maßnahmen musste durch das Gartenamt festgestellt werden. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Unstimmigkeiten, da sich die Kostenanschläge für die notwendigen Arbeiten des Gartenamtes und des Sportamtes erheblich unterschieden. „Wenn das Sportamt die jeweiligen Vorschläge des -83- (Gartenamt) durchführen würde, wäre das Endergebnis in der Instandsetzung von höchstens 2-3 Sportplätzen im Jahr zu sehen“, urteilte Johannes Sampels nach einem Gespräch mit dem Leiter des Garten- und Friedhofamtes. Dieser wiederum war der Meinung, dass fast alle Sportplätze in Köln „generalüberholungsbedürftig“ wären und mit „Flickarbeiten kein Erfolg zu erzielen

---

<sup>506</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)10, o. S. Die Berechnung nach den Vorgaben des „Goldenen Plans“ ergaben „bei 765.000 Einwohnern 2.295.000 qm oder 229 Sportplätze a 10.000 qm“. Vorhanden seien „1.513.600 qm Spielflächen und 124 Sportplätze“.

<sup>507</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 42. Nach den vorliegenden Richtlinien sollten auch nichtstädtische Sportplätze berücksichtigt werden, „ausgehend von dem Grundsatz, dass auch die auf Privatgelände gelegenen Plätze im gleichen Rahmen beispielbar gehalten werden müssen, wie die auf städtischem Grundstücken gelegenen. Sonst würden die Vereine, die ihren Platz von privaten Grundstückseigentümern gepachtet haben – dafür im Regelfalle auch einen höheren Pachtzins zahlen – von der Stadtverwaltung im Vergleich zu den anderen Vereinen, schlechter behandelt.“ Dieser Vorlage

wäre“.<sup>508</sup> Er forderte eine „höhere Beteiligung der Vereine an Neubau und Pflegekosten“ und verwies auf die Möglichkeit, „einen Platz durch mehrere Vereine“ nutzen zu können. Abschließend bemerkte der zuständige Amtsleiter dazu,

„daß mir eine bessere fachmännische Pflege kostensparend zu sein scheint, daß sich aber ohne gleichzeitige Neuordnung der Beteiligung der Vereine an den Pflege- und Überholungskosten keine empfehlenswerte und beispielhafte Lösung finden lassen wird.“<sup>509</sup>

Sportplätze in den öffentlichen Grünanlagen waren dem Kölner Gartenamt nach wie vor wenig willkommen. Unterstützung fand das Amt in dieser Haltung zum Teil in der Verwaltungsspitze, wie ein Beispiel aus dem Jahr 1959 zeigt. Im Rahmen einer Sportausschuss-Sitzung war die Verweigerung des Gartenamtes zum Bau eines Sportplatzes von einigen Ausschussmitgliedern als Skandal bezeichnet worden. Vor dem Rat der Stadt Köln stellte sich Oberstadtdirektor Dr. Adenauer auf die Seite des Gartenamtes und sah sich dabei zugleich als Fürsprecher für der „unorganisierten“ Bevölkerung:

„Die Grünanlagen haben eine doppelte Aufgabe: sie sollen ein Erholungsgebiet für die Kölner Bevölkerung sein und darüber hinaus sollen sie luftfilternd wirken. Ein Grüngürtel hat also auch dann für eine Großstadt seine Bedeutung, wenn er von niemand aufgesucht wird. [...] In dieser Zeit einer ständig zunehmenden Industrialisierung und Verunreinigung der Luft müssen wir kompromißlos darauf achten, daß uns die Lungen der Großstadt gesund bleiben. Ich bin überzeugt, daß so wie ich, die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung denkt, die nur leider deshalb sich nicht mit dem erforderlichen Nachdruck Geltung verschafft, weil ihr keine Organisation als Sprecher zur Verfügung steht.“<sup>510</sup>

Der Sportamtsleiter versuchte, auf überregionaler Ebene eine Lösung zu finden mit dem Ziel, „die Vereinssportplätze in Köln in einen dauernden besseren Zustand zu versetzen“.<sup>511</sup> Er wandte sich an den Deutschen Städtetag, der in seiner Tagung vom 21. Januar 1959 u.a. beabsichtigte, „eine weitgehende Abstimmung und Angleichung der

---

stimmte das Dezernat allerdings nicht zu. HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 45, Schreiben der Sozialverwaltung an Sampels vom 24.4.1954.

<sup>508</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 73.

<sup>509</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 188, Stellungnahme des Garten- und Friedhofamtes vom 15.8.1959.

<sup>510</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)3, o. S.

<sup>511</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 178.

Grundsätze für Pflege und Unterhaltung der Sportplätze zu erzielen“.<sup>512</sup> Eine derartige Regelung wurde aber zunächst nicht zustande gebracht.

Trotz der erkennbaren Bemühungen hatte die städtische Sportverwaltung in dieser Phase nur wenig Einfluss und Gestaltungsmacht, für eine grundlegende Verbesserung der Sportstätten-situation zu sorgen. Die Versuche von Sampels, durch übergeordnete Stellen, wie z.B. den Deutschen Städtetag Rückendeckung zu erhalten, entfalteten in diesem Zeitraum noch keine Wirkung.

	<b>Sportplätze städtische</b>	<b>Sportplätze private</b>	<b>Turnhallen</b>
1945	54	26	7
1946	63	26	7
1947	63	26	9
1948	67	26	9
1949	71	27	10
1950	79	27	12
1951	81	25	17
1952	84	29	20
1953	89	25	22
1954-1955	keine Angaben		
1956	102 städtische und private		32
1957	109		50
1958	110		51

Tabelle 9: Anzahl der Sportplätze und Turnhallen in Köln 1945 bis 1958 (Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Köln 1945-1958. 1959 wurde die Grundlage der Statistik geändert.)

Gemessen an der Versorgung mit Sport- und Spielflächen war die Turnhallensituation nach Kriegsende deutlich schlechter. Dem Schul- und Vereinssport standen nur noch sieben, ab 1949 acht Turnhallen zur Verfügung. Bei den

<sup>512</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 515, Bl. 178, Schreiben von Sampels an Direktor Stöck, Deutscher Städtetag, vom 13.3.1959. Ob und wann es eine einheitliche Regelung gegeben hat, konnte nicht ermittelt werden.



Haushaltsplanberatungen 1949 machte der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, „dass unsere Lehrer im Unterricht auf die Körperertüchtigung der Kinder viel mehr Rücksicht nehmen müssen, als es bisher geschehen ist. [...] Wir müssen dafür die Voraussetzungen schaffen, indem wir für Turnhallen im Rahmen des Schulprogramms sorgen“.<sup>513</sup> Bei der zuständigen Schulverwaltung schien dieses Problem zunächst keine hohe Priorität zu haben. Sampels bescheinigte zwar dem Schuldezernenten Dr. Linnartz bei seiner Verabschiedung 1952, ein „echter Freund des Sports“ gewesen zu sein, der nicht vergessen habe, „neben den zerstörten Schulräumen auch die Turnhallen wiederaufzubauen, obschon ihm das sehr schwer gemacht wurde“.<sup>514</sup> Der Bau von Turnhallen verlief in der Tat ausgesprochen schleppend. Welche Schwierigkeiten in diesem Bereich ausschlaggebend waren, ist aus den Akten nur in Ansätzen zu erkennen. 1955 mutmaßte Dezernent Rolf Kattanek, dass die Frage des Turnhallenbaus „nicht nur ein finanzielles, sondern mehr noch ein ethisches Problem“ sei. Die Bedeutung der Leibeserziehung würde bei den Verantwortlichen nicht erkannt.<sup>515</sup> In den Haushaltsberatungen vom 1. April 1955 erläuterte der Stadtverordnete Paulus die Turnhallensituation:

„Von 106 Turnhallen vor dem Krieg haben wir heute 23. Im Rechnungsjahr 1954 sollten fünf neue Turnhallen gebaut werden. Am Schluß des Rechnungsjahres stelle ich fest, ist noch mit keiner dieser fünf geplanten Hallen angefangen worden. Ich frage die Verwaltung ‚Woran liegt das?‘ Dann haben wir, Herr Oberstadtdirektor, für das Jahr 1955 den Neubau von sieben weiteren Turnhallen angekündigt. Ich habe nach dem vorher Gesagten Ursache, sehr pessimistisch zu sein.“<sup>516</sup>

Die Ankündigung des Regierungspräsidenten, „in Zukunft bei allen Turnhallen-Neubauten der Gemeinden einen Landeszuschuss von 50.000 DM zu gewähren“<sup>517</sup>, hatte zur Folge, dass zwischen 1956 und 1957 18 neue Turnhallen errichtet wurden. Mit dem Vorkriegszustand verglichen fehlten aber auch 1958 nach Aussage des

---

<sup>513</sup> VStVK vom 7.7.1949, S. 309.

<sup>514</sup> *Kölner Sportkurier* 7(1952)12, o. S., das Folgende ebenda.

<sup>515</sup> HASTK, Acc 5, Nr. 1133, Bl. 130, Stellungnahme Kattaneks zu einem Zeitungsartikel der NRZ ( „Was tut die Stadt für den Sport?“) auf Anforderung des Oberstadtdirektors vom 19.4.1955. Im Text lautet es weiter: „Tatsache ist jedenfalls, daß durch die Vernachlässigung des Schulsports viele hochqualifizierte Jugendliche überhaupt nicht erfasst und gefördert werden können, und daß in vielen Schülern und Schülerinnen die Freude am Sport und Spiel ungeweckt“ bliebe.

<sup>516</sup> VRK vom 1.4.1955, S. 192. Im Zuge seiner weiteren Ausführungen nahm Paulus auch Bezug auf die zukünftige Bedeutung der Ballspiele in den Turnhallen, sowie notwendige bauliche Änderungen in den Hallen.

Stadtverordneten Heinrich Schmitz immer noch 70 Turnhallen, denn „nach den Richtzahlen des Deutschen Städtetages wären bei unserer Bevölkerung insgesamt 241 Turnhallen erforderlich“.<sup>518</sup> Erneut forderte er die Schulverwaltung auf, bei jeder Schule, die gebaut werde, eine Turnhalle mitzuplanen. Für 1959 beantragte die CDU-Fraktion, im Rahmen des „Sonderplans Schulen“ 1,5 Millionen DM für den Turnhallenbau bereitzustellen, was bedeuten würde, dass noch im gleichen Jahr mit dem Neubau von 15 Turnhallen begonnen werden könnte. Mit ausschlaggebend für diese Initiative waren die besseren Förderungsbestimmungen des Landes NRW für diesen Zweck.<sup>519</sup> Bewilligt wurden allerdings nur 600.000 DM zuzüglich 100.000 DM für Sportgeräte. Dennoch war dieses Programm eine Initialzündung für die Entwicklung im Turnhallenbau der folgenden Jahre. Ratsmitglied Heinrich Schmitz (CDU) forderte in diesem Zusammenhang auch, dass eine „Abstimmung des Schulsports und des Erwachsenensports, d.h. eine Zusammenarbeit zwischen Schulamt und Sportamt dringend notwendig sei“. Das deutliche Hallendefizit war möglicherweise mit ausschlaggebend für die eher schleppende Entwicklung der Turnvereine. Gezielte Aktivitäten aus den Reihen des Kölner Turngaus, diese Situation grundlegend zu ändern, gab es allerdings scheinbar nicht.

Eine Übersicht über das gesamte „Inventarium der Sportanlagen in Köln“ verfasste die Stadtverwaltung 1959.<sup>520</sup> In seinen Vorbemerkungen stellte Dezernent Kattaneck die scheinbar „erschreckenden Zahlen“ fest, dass nach den geltenden Richtlinien des Deutschen Städtetages z.B. für den Rasensport noch 166 Plätze mit 7.500 qm geschaffen werden müssten. Abgesehen davon, dass für die praktische Umsetzung keine Flächen zur Verfügung ständen, würde dieser Umfang aber auch „nicht benötigt“, da „die Mitgliederzahlen der Sportvereine in Köln sich trotz ständigem Anwachsen der Bevölkerung anteilmäßig nicht“ vermehrten. Maßstab für die zukünftige Planung sollte nach Meinung der Verwaltung daher der tatsächliche und

---

<sup>517</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 760, o. Pg., Schreiben vom 16.10.1956.

<sup>518</sup> VRK vom 6.3.1958, S. 117. Laut Angaben des Statistischen Jahrbuchs hatte Köln 1958 51 Turnhallen, was einem Defizit von 190 Hallen entsprochen hätte. Im Kölner Sportkurier wurden 1959 ähnliche Zahlen veröffentlicht. Ausgehend von 765.000 Einwohnern benötigte man insgesamt 180 Turnhallen, vorhanden wären 58, „in der Ausführung“ seien 22 und geplant seien weitere 56. Vgl. *Kölner Sportkurier* 14(1959)10.

<sup>519</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 193. Das Folgende ebenda.

nicht der „theoretisch errechnete“ Bedarf sein, und dieser betrage in den nächsten Jahren 16 Sportplätze und 25 Tennisanlagen.<sup>521</sup> In einem Schreiben an Dr. Willi Schwarz nahm der Leiter der Sportstättenberatungsstelle, Frieder Roskam, zu der vorliegenden Statistik Stellung.<sup>522</sup> Scharfe Kritik übte dieser an der mangelnden Sachkenntnis des Verfassers, da die Übersicht der Kölner Sportanlagen einen Vergleich mit anderen Städten nicht zuließe, was seiner Meinung nach möglicherweise „Absicht“ sei.<sup>523</sup> Seine Beurteilung endete mit der Schlussfolgerung, „daß man einer klaren Gegenüberstellung mit Absicht ausgewichen ist, um sich nicht sagen lassen zu müssen, wie wenig doch im Grunde in Köln für den Sportbau und für Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen getan worden ist“.

Ein eher versöhnliches Fazit zog 1959 Hans Grün (SPD), obwohl er in seiner Rolle als Sportausschuss-Vorsitzender das Defizit an Sportplätzen für Amateurvereine, die noch nicht über einen eigenen Platz verfügten, weiterhin anmahnen musste. Darüber hinaus bezog er sich in seinen Ausführungen aber vorrangig auf die großen Projekte und stellte fest:

„Die Situation ist heute ganz anders, als sie zur Zeit des Wiederaufbaubeginns unserer Stadt gewesen ist. Heute haben wir das Zentralbad, wir haben die Sporthalle, die Tennishalle im Stadion. Die Flieger haben ihren Sportflugplatz, die Jäger und Schützen ihren sportgerechten Schießstand, und die Jugend hat ihre Rollschuhbahn. Das sind sicher sehr großartige Leistungen.“<sup>524</sup>

Diese „Erfolgsmeldungen“ konnten für die SPD zu diesem Zeitpunkt parteipolitisch von Nutzen sein. Nachdem die SPD die Wahlen 1956 gewonnen hatte und nun die stärkste Fraktion stellte, war es von Vorteil, die Leistungen auf bestimmten Gebieten herauszustellen und in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern. In der Beurteilung der Sportstättensituation war man sich zwischen Verwaltung und Politik im

---

<sup>520</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Inventarium der Sportstätten der Stadt Köln, Dezember 1959.

<sup>521</sup> Auf welcher Grundlage diese Berechnungen entstanden waren, ist aus der Zusammenstellung nicht zu entnehmen.

<sup>522</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Schreiben von Frieder Roskam an Dr. Schwarz vom 19.1.1960.

<sup>523</sup> Roskam kritisierte u.a., dass Radrenn- und Eislaufbahnen in der Kategorie der allgemeinen Sportanlagen aufgeführt wurden, ebenso sei eine Zusammenfassung von Turnhallen, Gymnastikhallen, Hallenbädern, Sporthallen, Mehrzweckhallen, Reithallen unlogisch und schiene nur die „Tatsache des großen Mangels“ zu verschleiern.

<sup>524</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 189.

Großen und Ganzen einig. Die Verwaltung sah keine Veranlassung über das notwendige Maß hinaus, Sportanlagen zu bauen, und der Politik fehlte der öffentliche Druck aus den Reihen der Vereine, hier mehr zu fordern. Andererseits war man nicht ganz untätig gewesen, wenngleich die Liste der realisierten Projekte, die auch den Wünschen des Zweckverbandes entgegen kam, über den bestehenden Mangel an Sportplätzen und Turnhallen hinweg täuschte.

### 3.1.2.2. Kölner Sporthalle

„Bauen wir Großkampfbahnen oder Sportplätze?“ – so titelte der Kölner Sportkurier 1949 die gedruckte Rede des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Robert Görlinger, in der er eindeutig feststellte,

„daß der Bau von Großstadion nur der Abschluß und die Krönung des Spielplatzbaues sein darf, und daß der Bau von Spielplätzen für unsere Vereine und Mannschaften und der Bau von Turn- und Schwimmhallen unbedingt den Vorrang haben muß, weil er das breite Betätigungsfeld der sportausübenden Jugend ist.“<sup>525</sup>

Im Zeitraum bis 1960 wurden aber trotz des erheblichen Mangels an allgemeinen Sportplätzen und Turnhallen und trotz der oben genannten eindeutigen Prioritätensetzung von Seiten der Politik auch größere Projekte realisiert. Der Bau einer großen Sporthalle war dabei ein bevorzugter Plan der SPD, der scheinbar nicht in Konkurrenz zu den Worten Görlingers gesehen wurde. Ganz anders verhielten sich die Sozialdemokraten in der Diskussion um den Neubau des Müngersdorfer Stadions.<sup>526</sup>

Hallensportereignisse hatten vor dem Zweiten Weltkrieg in der Rheinlandhalle in Ehrenfeld stattgefunden. Die ehemalige Maschinenhalle der Helios-Werke war aus privaten Mitteln umgebaut und im Oktober 1928 mit einem „Bunten Schnitt durch den Kölner Sport“ eröffnet worden. Seitdem stand sie im Mittelpunkt zahlreicher Box- und Radsportveranstaltungen, und vor allem die Kölner Sechstagerrennen erfreuten sich

---

<sup>525</sup> *Kölner Sportkurier* 4(1949)7, S. 2. Die Rede hielt Görlinger anlässlich des Empfangs der Stadt Köln für die Mannschaften des BV Borussia Dortmund und des 1. FC Kaiserslautern, die das Vorentscheidungsspiel um die Deutsche Meisterschaft am 3.7.1949 in Köln austrugen. Görlinger verwies gleichzeitig auf die „fertigen Pläne“ für den Ausbau des Stadions auf 100.000 Zuschauer, wenn die Möglichkeit bestünde, dass „das Projekt als Notstandsarbeit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit Hilfe öffentlicher Mittel durchgeführt werden kann“.

beim Kölner Publikum großer Popularität. Pläne, die Halle nach dem Krieg wieder für sportliche Zwecke nutzbar zu machen, scheiterten an „finanziellen, bautechnischen und verkehrstechnischen Dingen“.<sup>527</sup> 1949 forderte der sozialdemokratische Stadtverordnete Heinrich Hempel erstmals eine „Hallensportstätte, wie jede Großstadt und zumal eine sporttreibende Stadt wie Köln sie haben müßte“. Er sei sich aber darüber klar, dass eine derartige Halle nicht aus städtischen Mitteln zu finanzieren wäre.<sup>528</sup>

Erste Pläne entstanden im Zusammenhang mit der Instandsetzung des Eis- und Schwimmstadions, das 1936 erbaut und seitdem von der Firma Linde in privater Trägerschaft betrieben wurde.<sup>529</sup> Die Kosten für die Renovierung der im Krieg schwer beschädigten Anlage beliefen sich auf 238.000 RM bzw. 250.000 DM. 1951 stellte die Fa. Linde einen Antrag an die Stadt Köln, eine Ausfallbürgschaft für die jährlichen Unterhaltskosten in Höhe von 40.000 DM über mehrere Jahre zu gewähren. In der Begründung wies die Firma darauf hin, dass die Kölner Eisbahn die einzige in Europa sei, „die keine finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalte“ und „selbst die Schweizer Eisbahnen, die einen beträchtlich höheren Besuch durch den Fremdenverkehr aufzuweisen hätten, erhielten alle laufende Zuschüsse von ihren Städten“.<sup>530</sup> Obwohl das Sportamt die Angaben des Betreibers bestätigte, lehnte der Sportausschuss den Antrag zunächst ab, bewilligte aber einen einmaligen Zuschuss von 30.000 DM, der allerdings auch in den kommenden Jahren gezahlt wurde. 1953 befürwortete der Sportausschuss sogar eine Erhöhung des Zuschusses, bat aber die Verwaltung zu prüfen „inwieweit andere Sportarten dort betrieben und welche Kosten ein Umbau verursachen würde“.<sup>531</sup> Auf der nächsten Sitzung stellte ein Vertreter

---

<sup>526</sup> Siehe Kapitel 3.1.5.2.

<sup>527</sup> KÖLNER SPORTSTÄTTEN GMBH, Kölner Sporthalle. Bildband aus Anlass des 10. Veranstaltungsjahres, Köln 1968, o. S.

<sup>528</sup> VStVK vom 7. 7.1949, S. 309.

<sup>529</sup> Das Eis- und Schwimmstadion an der Lentstraße war vom Blockeisfabrikanten Gottfried Linde erbaut worden. Auf einer Gesamtfläche von 21.938 qm entstanden ein großes Schwimmbecken, zwei Kunsteisbahnen, von denen die eine nach den international festgelegten Regeln als Eishockeybahn mit Bande und Tribüne errichtet wurde, und eine große Liegewiese.

<sup>530</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7200, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 5.11.1951.

<sup>531</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7214, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 21.10.1953. Zwischenzeitlich war das Eis- und Schwimmstadion von der belgischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden, was die Fraktion der KPD zu einer Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung veranlasste. Sie bemerkte, „die Kölner Stadtvertretung hätte so, wie viele andere Stadtvertretungen, mutig zum Ausdruck bringen müssen, daß bei der großen Not an Schwimmbädern in der Stadt Köln, diese Beschlagnahme zurückgenommen werden müßte.“ Siehe: VStVK vom 31.7.1952, S. 227.

der Firma Linde Pläne zur Überdachung und Schaffung einer Mehrzweck- und Kongresshalle vor. Die vorgelegte Rentabilitätsrechnung sollte geprüft werden, insbesondere inwieweit die Mehrkosten von 1 Millionen DM für den Einbau einer Radrennbahn sinnvoll seien.<sup>532</sup>

Ein halbes Jahr später stand das Thema wieder auf der Tagesordnung des Sportausschusses, wurde aber vertagt, da dem Oberstadtdirektor inzwischen der Entwurf eines neuen Hallenprojekts vorlag. Obwohl die Verwaltung gegenüber den Plänen einer von Wilhelm Riphan entworfenen „Halle am Rhein“ des Hallenbetreibers Orthmann ausgesprochen skeptisch gegenüber stand<sup>533</sup>, setzte der Sportausschuss-Vorsitzende Hans Grün (SPD) durch, dass die Initiatoren das Hallenprojekt in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss „Wirtschaft und Häfen“ persönlich vorstellen konnten. Die Teilnehmer der Sitzung gelangten zu der Ansicht, dass das Projekt weiter verfolgt werden sollte:

„Nach einmütiger Auffassung des Sportausschusses und des Ausschusses Wirtschaft und Häfen nach den nunmehr vorliegenden Plänen sei das Projekt wert, von der Stadt Köln gefördert zu werden. Die Halle am Rhein zeigt günstigere Ausgangspositionen als alle anderen geplanten gleichgearteten Objekte.“<sup>534</sup>

Der Vorschlag wurde zur Beratung an die Ratsfraktionen übergeben. Die dort geführten Diskussionen und letztendlich entscheidenden Argumente, die noch im gleichen Jahr mit der endgültigen Ablehnung durch den Hauptausschuss endeten, sind allerdings nicht nachvollziehbar.<sup>535</sup> In seiner Rede zum Haushalt 1955 forderte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Theo Burauen, erneut den Bau einer „größeren Sporthalle“ egal, „ob sie nun so oder so aussieht, ob sie da oder dort liegen soll, ob sie eine private oder von der öffentlichen Hand mit geförderte Einrichtung ist“.<sup>536</sup> Zwei

---

<sup>532</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7215, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 13.11.1953.

<sup>533</sup> Im Protokoll der Sitzung heißt es: „Der Finanz- und Steuerausschuss habe sich bereits früher mit der Angelegenheit befaßt und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Verwirklichung der Pläne mit Unterstützung der Stadt indiskutabel sei.“ Insbesondere bezweifelte man die Rentabilitätsberechnungen des Betreibers. HASTK, Acc. 5, Nr. 7221, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 23.4.1954.

<sup>534</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7222, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 28.4.1954. Als Standort war der Platz zwischen Riehler Straße und Niederländer Ufer vorgesehen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 9 Millionen DM, für 3 Millionen DM sollte die Stadt Köln eine Bürgschaft übernehmen, sowie das Grundstück kostenlos überlassen und eine „verkehrsmäßige Bereinigung“ vornehmen.

<sup>535</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 364, S. 140. Aktennotiz an den Oberbürgermeister vom 22.7.1954. In der Akte befindet sich u.a. eine ausführliche Beschreibung des Projekts und eine Denkschrift.

<sup>536</sup> VRK vom 10.2.1955, S. 105.

Monate später beantragte die CDU, die Verwaltung solle alle vorliegenden Projekte einer erneuten Prüfung unterziehen.<sup>537</sup>

Mehr als ein weiteres Jahr später, im Oktober 1956, schlossen einige Ratsvertreter als „Privatleute“ einen Vorvertrag mit den Betreibern der freigewordenen Rheinlandhalle, um diese gegebenenfalls für sportliche Zwecke zu sichern, was bei den Vertretern der SPD für Verwunderung sorgte.<sup>538</sup> Der Anlass für diese Initiative waren die Pläne der SPD, für die Sporthalle eine Ausstellungshalle der Kölner Messe umzubauen. Diesem Vorhaben stand die CDU wiederum ausgesprochen skeptisch gegenüber, da sie Einschränkungen für den Messebetrieb fürchtete. Mit der „Sicherung“ der Rheinlandhalle ohne politischen Auftrag wollte man diese Pläne blockieren.

Eine endgültige, wenn auch zunächst nicht befriedigende Lösung, wurde dennoch 1957 erzielt, als der Hauptausschuss dem Antrag zustimmte, die Messehalle X in Köln-Deutz als sogenannte Mehrzweckhalle zu errichten. In der „messe- und ausstellungsfreien Zeit“ sollte diese Halle für „Sport und andere Veranstaltungen“ genutzt werden. Als Träger der Sporthalle entstand die Kölner Betriebsgesellschaft GmbH, die als Tochterunternehmen der Dortmunder Westfalahallen AG gegründet wurde.<sup>539</sup> Die Umsetzung erfolgte innerhalb eines Jahres. Die Eröffnungsansprachen am 13. Dezember 1958 hielten der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, und Oberbürgermeister Theo Burauen, der den Kölner Bürgern sein Lob für ihre Geduld aussprach, aber es seien „zunächst wichtigere Probleme in der Stadt zu lösen“ gewesen. Bereits kurze Zeit nach der Eröffnung wurden erste kritische Töne zur neuen Halle laut. Unter dem Titel „Sporthalle oder Circus Maximus“ im Kölner Sportkurier beschwerte sich der Vorsitzende des lokalen Handballverbandes Dr. Elmar Heimerzheim über die Sensationsberichterstattung der Kölner Presse im Rahmen der ersten Sechstagerennen

---

<sup>537</sup> VRK vom 1.4.1955, S. 193. Der Stadtverordnete Paulus nannte hier wiederum das Eis- und Schwimmstadion, die Halle am Rhein, sowie die Rheinlandhalle und die Messehalle.

<sup>538</sup> VRK vom 17.10.1956, S.350ff. Anfrage der SPD zum Bericht einer Tageszeitung mit der Überschrift „Vorvertrag über die Rheinlandhalle getätigt“.

<sup>539</sup> Im Vertrag hieß die Betriebsgesellschaft offiziell „Kölner Rheinhalle-Betriebsgesellschaft mbH“. Weiterhin hieß es im Vertrag, dass die Halle X etwa ab 15.12.1958 bis 1.2.1959 zu Sportzwecken zur Verfügung gestellt wird. Ein Beirat der Stadt Köln, bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung und des Sportausschusses, der u.a. Mitbestimmungsrecht über Programme oder Verpachtungen hatte, wurde gebildet. Vgl. Kölner Sportstätten GmbH, *Kölner Sporthalle*, o. S. Das Folgende ebenda.

und übte harte Kritik an den hohen Mietkosten der Halle.<sup>540</sup> In der folgenden Nummer unterstrich Fritz Ruland vom Bund Deutschen Radfahrer, Bezirk Köln, diese Vorwürfe. Sein Befremden äußerte er insbesondere über den von der Stadt gewährten Mietkosten-Zuschuss an einen Berufsbox-Veranstalter in Höhe von 6.000 DM.<sup>541</sup> Eine denkbar knappe Abstimmung über diesen Zuschuss hatte es in der Ratssitzung vom 29. Januar 1959 gegeben.<sup>542</sup> In den Haushaltsberatungen des gleichen Jahres forderte der CDU-Stadtverordnete Heinrich Schmitz 16.000 DM Beihilfen für „Amateurveranstaltungen im Sportpalast“, und er wies „ausdrücklich“ darauf hin, „daß von diesen 16.000 DM mit unserem Willen nicht einmal 6 Pf an Berufsboxer oder deren Veranstalter gehen sollen“.<sup>543</sup>

Die Realisierung des Projekts Sporthalle wurde trotz der verschiedenen Ansätze und Lösungsvorschläge in der letzten Planungsphase konsequent verfolgt. Insbesondere die Sozialdemokraten, von deren Verbindungen zur Rad- und Boxsportszene man ausgehen kann, traten immer wieder für die Umsetzung ein. Die bei der SPD spürbare Risikofreudigkeit für ein zukunftsfähiges „Neubauprojekt“ wurde durch die Bedenken der Verwaltung zunichte gemacht. Nach dem Führungswechsel 1956 wurden diese Pläne von den Sozialdemokraten nicht weiter verfolgt, sondern eine schnelle praktikable Lösung gesucht, die sich in Kooperation mit der Messe anbot.

---

<sup>540</sup> Hintergrund für diese Beschwerde war die unbefriedigende Situation für den Handballkreis Köln, der seine Spielrunden außerhalb Kölns abhalten musste, da keine geeignete Halle in Köln vorhanden war. Regelgerechte Maße hatten nur die Halle von Rot-Weiß in Müngersdorf und die Sporthalle. Heimerzheim stellte fest, dass die Mietkosten für die Sporthalle für Amateurvereine unerschwinglich seien. *Kölner Sportkurier* 14(1959)1, o. S.

<sup>541</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)2, S. 5. Für eine Veranstaltung im Dezember 1958 hatte der Bezirk Köln des Bund Deutscher Radfahrer 2.500 DM Hallenmiete zuzüglich 500 DM Heizkosten zu zahlen. Bei der Boxveranstaltung handelte es sich um den Kampf zwischen Peter Müller und Germinal Ballarin am 30.1.1959.

<sup>542</sup> Das Ergebnis der Abstimmung ergab eine Mehrheit von 20:19 für den Antrag der SPD, den Zuschuss an den Boxveranstalter zu gewähren. In einer ersten Auszählung lautete das Ergebnis 19:19 worauf Oberbürgermeister Burauen bereits erklärte, die Vorlage sei abgelehnt. Auf Zuruf des SPD-Stadtverordneten Schlösser wurde ein zweites Mal gezählt. Die überplanmäßigen Ausgaben wurden der Haushaltsstelle Wirtschaftsförderung und Verkehrsplanung entnommen. VRK vom 29.1.1959, S. 39. Die Gewährung des Zuschusses muss man im Zusammenhang mit der nach wie vor uneinheitlichen Praxis zur Erhebung der Vergnügungssteuer in den einzelnen Städten sehen. Mit der Beihilfe konnte z.B. der in der Konkurrenz zu anderen Städten höhere Steuersatz ausgeglichen werden. Dadurch konnte die Veranstaltung für die Kölner Sporthalle gesichert werden.

<sup>543</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 193. Für die FDP sprach der Stadtverordnete Dr. Jacobs, der mit Hinweis auf die Entscheidung im Januar betonte, „ein solcher Vorgang wird niemals mehr unsere Zustimmung finden.“



Die Westfalahallen AG kündigte bereits 1959 den Vertrag. Mit der Gründung der neuen „Kölner Sporthallen GmbH“ wählte man Hans Grün zum Geschäftsführer über die Kölner Sporthalle und das Eis- und Schwimmstadion, das inzwischen in städtischen Besitz übergegangen war. Hans Grün, der bis 1978 Geschäftsführer der Sportstätten GmbH blieb, setzte sich in erster Linie für erweiterte Veranstaltungsmöglichkeiten ein. Da die Halle nur wenige Wintermonate für Sportveranstaltungen genutzt wurde, standen die aufwändigen Um- und Aufbauarbeiten z.B. für die Radrennbahn und die Tribünen in keinem Verhältnis zu dem kurzen Zeitraum. Am 31. März 1962 wurde die Halle X aus dem Verband der Messe- und Ausstellungs-GmbH herausgenommen und stand von da an ausschließlich Veranstaltungszwecken zur Verfügung.

Der wirtschaftliche Erfolg der Sporthalle in den ersten beiden Jahren führte auch bei Oberstadtdirektor Dr. Adenauer zu einem Stimmungsumschwung, der zugab, „es früher nicht für notwendig gehalten“ zu haben, „in Verbindung mit den Messebauten eine Sporthalle zu errichten“. Nun brachte er sogar den Gedanken an eine neue Sporthalle ins Spiel, für den Fall, dass die Messe das Gelände in Zukunft doch für ihre Erweiterungspläne benötigen sollte.

„Nun, meine Damen und Herren, die Sporthalle hat sich so günstig entwickelt und es finden so zahlreiche und so gute Veranstaltungen dort statt, daß ich glaube, es war absolut richtig, im Messegelände eine Sporthalle zu errichten.[...] Es ist durchaus möglich, daß wir auf das Gelände zurückgreifen müssen, weil wir die Messe nicht zersplittern können. Ich habe der Verwaltung Auftrag gegeben, ein Gelände auszusuchen und vorzuhalten, für den Fall, daß einmal eine neue Sporthalle gebaut werden muss.“<sup>544</sup>

In den ersten zehn Jahren fanden zahlreiche nationale und internationale Sportveranstaltungen in der Deutzer Halle statt. Die Palette reichte über Radrennen, Boxkämpfe, Handball-Europacup-Spiele, Tanzturniere, Kunstturnmeisterschaften, Eislauf-Revuen und verschiedene Sportfeste. Als Trainingsstätte war die Sporthalle insbesondere für die Bahnradsportler von großem Wert. Im Bewusstsein der Bevölkerung war die Kölner Sporthalle aber vorrangig eine multifunktionale und kommerzielle Veranstaltungsstätte, die zusätzlich für Kongresse,

Aktionärsversammlungen, Zirkusdarbietungen und die traditionelle Karnevalssitzung „Lachende Sporthalle“ genutzt wurde. Anfang der 1970er Jahre erweiterte die Kölner Messe ihr Hallenangebot, wodurch die Parkmöglichkeiten der Sporthallenbesucher stark eingeschränkt wurden. Die Sporthalle selbst blieb aber bis 1998 von den Expansionswünschen der Messe verschont.<sup>545</sup>

---

<sup>544</sup> VRK vom 26.1.1961, S. 21. Im gleichen Jahr schlug die Verwaltung ein Gelände an der Vorgebirgsstraße in Köln-Zollstock für eine neue Sporthalle vor. Vgl. VRK vom 12.10.1961, S. 257.

<sup>545</sup> 1998 wurde die Kölner Sporthalle abgerissen. Mit der neuen Kölnarena erhielt die Domstadt 1999 Europas größte Veranstaltungshalle. Mit ihren Dimensionen war auch für außersportliche Marktsegmente konzipiert, der Sport spielte nur dann eine Rolle, wenn er die entsprechenden Besucherzahlen versprach. Die Kölner Sechstage-Rennen konnten hier nicht mehr stattfinden, da der Einbau einer Radrennbahn nicht möglich war.

### 3.1.3. Der Sportstättenbau in Deutschland von 1960 bis 1975

Die ersten Turn- und Sportstättenstatistiken der Nachkriegszeit, die Mitte der 1950er Jahre erhoben wurden, sowie die „kommunalen Leitsätze für die Sportförderung“ des Deutschen Städtetages (1958)<sup>546</sup> bildeten die Planungsgrundlage für den Aufbau einer flächendeckenden Sportstätteninfrastruktur, die nach dem Modell des „Goldenen Plans“ umgesetzt werden sollte. Die ersten „Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel und Sportanlagen in den Gemeinden mit 5.000 und mehr Einwohnern“ wurden 1956 von der DOG aufgestellt<sup>547</sup>, für Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern folgte eine entsprechende Ausarbeitung 1959.<sup>548</sup> Abgesehen von dem „Diemschen Prinzip der Fixierung eines Orientierungswertes auf der Grundlage des Verhältnisses ‘Sportfläche/Kopf der Bevölkerung’“ waren die in den Richtlinien festgelegten Zielangaben „genauer hinsichtlich Standort, Anlagenkategorie, Abmessungen und dem Begriff der „nutzbaren Sportfläche“.<sup>549</sup> Mit diesem Konzept wurden erstmals Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam – wenn auch nicht im gleichen Maße – an der Realisation einer sportpolitischen Zielsetzung beteiligt. Fünf Jahre nach dem ersten Memorandum wurde eine erste Zwischenbilanz aufgrund einer bundeseinheitlichen Erhebung der Statistischen Landesämter gezogen. Danach war die Differenz zwischen vorhandenen und benötigten Sportstätten im Vergleich zu früheren Bestandserfassungen noch weiter angewachsen<sup>550</sup>, so dass eine Erweiterung des

---

<sup>546</sup> Der Deutsche Städtetag hatte bereits 1950 mit dem Hinweis auf die gesundheitliche Bedeutung der Jugend 4 qm Spiel- und Sportfläche und 0,1 qm Hallenfläche pro Einwohner gefordert. In seinen „Leitsätzen für die kommunale Sportpflege“ 1958 bekräftigte er diese Forderung noch einmal.

<sup>547</sup> Die Richtlinie wurde erarbeitet in Zusammenarbeit mit der DOG, dem Sport-, Bau- und Hauptausschuss und Präsidium des Deutschen Städtetages, dem Jugend- und Sportausschuss, dem Bauausschuss und dem Hauptvorstand des Deutschen Städtebundes, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, der Übungsstätten-Beratungsstelle des DSB und der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen. Sie forderte von den Gemeinden eine rechtsverbindliche Sicherung von Flächen für Erholung, Spiel und Sport. DEUTSCHE OLYMPISCHE GESELLSCHAFT (Hg.), *Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in Städten*, Frankfurt 1956.

<sup>548</sup> Auf der Grundlage dieser Richtlinien wurden die ersten kommunalen Sportstättenleitpläne erarbeitet. Als Kriterien galten: Einwohnerzahlen, Schulsysteme und Klassenzahlen, Sportvereine und betriebene Sportarten sowie eine quantitative Bestandsaufnahme der vorhandenen Sportanlagen. Siehe HAAS, *Sport und kommunale Entwicklungsplanung*, S. 9.

<sup>549</sup> BREUER, *Sportstättenbau*, S. 33. Innerhalb der nächsten 15 Jahre sollte der ermittelte Fehlbestand mit einem berechneten Finanzbedarf von 6,3 Milliarden DM ausgeglichen werden. Bund und Länder kündigten 1961 eine Erhöhung der Mittel für den Übungsstättenbau an.

<sup>550</sup> Im Bereich der Kernsportarten wurde ein Fehlbestand von 14.700 Sportplätzen, 15.900 Sporthallen, 3.000 Hallenbädern, 2.400 Freibädern und 31.000 Kinderspielplätzen festgestellt.

Gesamtvolumens notwendig wurde, was im zweiten Memorandum von 1967 festgehalten wurde.<sup>551</sup>

Als die Umsetzung des „Goldenen Plans“ in Angriff genommen wurde, war das Anlagendefizit in Nordrhein-Westfalen gemessen am Anteil der Gesamtbevölkerung (1960) im Vergleich zu anderen Bundesländern das größte. Diese schlechte Ausgangssituation hatte allerdings keine höheren Investitionen zur Folge. Im Gegenteil – NRW blieb sogar hinter den ursprünglich geplanten Investitionen zurück und lag deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (Tabelle 11).<sup>552</sup> Ausschlaggebend dafür war der von TIMM (1979) dokumentierte deutliche Unterschied im Aktivitätsgrad der Bevölkerung in den verschiedenen Bundesländern. Dieser Faktor war bei den Bedarfsberechnungen des „Goldenen Plans“ zwar nicht berücksichtigt worden, führte in der Förderpraxis jedoch dazu, dass dort das berechnete Investitionsvolumen geringer ausfiel, wo bereits Sportanlagen in höherer Zahl vorhanden waren und der zusätzliche Bedarf gemessen am Aktivitätsgrad an neuen Anlagen eher gering war. Für NRW schienen die im Bundesdurchschnitt eher verhaltenen Bauaktivitäten keinen begrenzenden Faktor für die zunehmende Sportaktivität der Bevölkerung zu sein, da die Mitgliederzahlen in den Vereinen weiter anstiegen.<sup>553</sup>

---

<sup>551</sup> Eine neue Berechnung des Bedarfs wurde notwendig, da unter anderem die gezielte Werbung des DSB für den Breitensport über die Aktionen „Zweiter Weg“ (1959) zu einem veränderten Sportverhalten in der Bevölkerung führte. Steigende Mitgliederzahlen der Sportvereine, die Erweiterung des Sportartenangebots und die veränderten Ansprüche forderten eine Überarbeitung der Rahmenbedingungen, denen die zweite Fassung des „Goldenen Plans“ Rechnung tragen sollte. So schien es notwendig nicht nur den „Allgemeinbedarf“ zu befriedigen, sondern auch Anlagen des „besonderen Bedarfs“ zu schaffen.

<sup>552</sup> Der errechnete Finanzmittelbedarf belief sich auf 34,6% der Gesamtsumme, investiert wurden 29,6 %, Siehe TIMM, *Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 127, Tab. 63, S. 128ff. TIMM kritisierte in diesem Zusammenhang, dass „die Berechnungen des Goldenen Planes (1960) [...] von einer Gleichverteilung der sportlichen Aktivität über das gesamte Bundesgebiet“ ausgingen.

<sup>553</sup> Für NRW muss man daher auch die Aussage Timms relativieren, dass überall dort, wo die „tatsächlichen Investitionssummen [...] über dem entsprechenden Anteil der Bevölkerung lagen, der Anteil der DSB-Mitglieder von 1960 bis 1975 zugenommen hat und umgekehrt.“ TIMM, *Sportvereine*, S. 129.

	<b>Sportstätten (gesamt)</b>	<b>Sportplätze</b>	<b>Sporthallen</b>	<b>Freibäder</b>	<b>Hallenbäder</b>
Bundesgebiet 1965	81.151	28.402	11.878	1.835	881
Bundesgebiet 1976	151.556	49.958	21.775	2.713	2.960
	<b>+ 86%</b>	<b>+ 75%</b>	<b>+ 84%</b>	<b>+ 50%</b>	<b>+ 228%</b>
Nordrhein-Westfalen 1965	21.400	6.289	3.431	392	446
Nordrhein-Westfalen 1976	33.163	10.071	5.465	468	892
	<b>+ 54%</b>	<b>+ 59%</b>	<b>+ 60%</b>	<b>+ 17%</b>	<b>+ 200%</b>

Tabelle 10: Anstieg der Sportanlagen in der BRD und in NRW zwischen 1965 und 1976. (Quelle: DOG (Hg.), Erhebung über den Bestand an Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in der Bundesrepublik Deutschland vom 1.1.1976, Frankfurt 1978.)

Mit der Annahme des „Goldenen Plans“ durch die politischen Entscheidungsträger rückte der Sportstättenbau in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Rückbetrachtend wurde seine Umsetzung zunächst fast durchweg als Erfolg verbucht. Er habe bewirkt, „daß in einem Vierteljahrhundert in der Bundesrepublik Deutschland Sportanlagen in einem weltweit unvergleichbaren Ausmaß und von seltener Qualität entstanden“.<sup>554</sup> Nach EULERING (1982) hatte der Erfolg des „Goldenen Plans“ „vielfältige Ursachen“. Dazu gehörten die „einfach handhabbare Quantifizierung des Bedarfs, die Konzentration auf die Sportstättengrundversorgung, die praktikable Umsetzbarkeit in planerische Prozesse auf der kommunalen Ebene und in der Landesplanung“<sup>555</sup> sowie seine „Offenheit“, die auch lokale und regionale Ergänzungen im Bereich der Sonder- und Großsportanlagen möglich machte. Nicht zuletzt konnten „die bis dahin in der Sportpolitik recht abstinenten Parteien alle für die Unterstützung des 'Goldenen Plans' gewonnen werden.“<sup>556</sup> Dreimal wurde der „Goldene Plan“ in den

<sup>554</sup> DIGEL, Helmut, „Die öffentliche Sportverwaltung“, S. 66.

<sup>555</sup> EULERING, „Staatliche Sportpolitik“, S. 875. Das Folgende ebenda.

<sup>556</sup> Die CDU beschloss „familiennahe Kindergärten und Spielplätze und den Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem „Goldenen Plan“ im „Kölner Manifest“ 1961, die SPD erklärte auf ihrem außerordentlichen Parteitag in Bonn 1961: „Wir werden den von der Deutschen Olympischen Gesellschaft aufgestellten „Goldenen Plan“ nicht nur bejahen, sondern tatkräftig

Regierungserklärungen neuer Bundesregierungen aufgenommen. Diese Akzeptanz und die Unterstützung aller Parteien waren nach wie vor darauf zurückzuführen, dass eine enge Verbindung mit dem Thema „Volksgesundheit“ hergestellt wurde. Diese parteienübergreifende Argumentationsgrundlage wirkte einerseits „entpolitisierend“, verlieh dem Sport aber andererseits auch gesamtgesellschaftliche Bedeutung.<sup>557</sup> Die Notwendigkeit einer flächendeckenden Sportstätteninfrastruktur war Ausgangspunkt und Kernstück sportpolitischer Erklärungen oder wie EULERING (1981) resümierte: „Der Goldene Plan wurde so das Exempel für das Prinzip der Partnerschaft in der Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.“<sup>558</sup> Dabei entstand der Eindruck, dass die „politische Öffentlichkeit in Ermangelung eigener Konzepte“ bereit war, die „Argumente zur Rechtfertigung des Sports als gesellschaftspolitische Aufgabe uneingeschränkt zu übernehmen“.<sup>559</sup>

Zusätzlichen Antrieb erhielt der Sportstättenbau durch die Basis der Sporttreibenden selbst. Die Mitgliederzahlen in den Vereinen und Verbänden des DSB stiegen zwischen 1954 und 1971 von 3,8 Millionen auf 10,8 Millionen an.<sup>560</sup> Auf welchen Ebenen Aktion und Reaktion stattgefunden haben, ist nicht entschieden. Nach BREUER (1997) sind Wechselwirkungen zwischen steigenden Vereins- und Mitgliederentwicklung und der Erweiterung des Sportstättenangebots bislang nicht hinreichend untersucht worden, allerdings seien Zusammenhänge erkennbar.<sup>561</sup> So konstatiert er für den Zeitraum von 1965 bis 1980, dass „die Steigerung der Mitgliedschaften und der hieraus resultierende Nachfrage angelehnt an das Angebot der

---

verwirklichen helfen.“ Und auch die F.D.P. fasste auf ihrem kommunalpolitischen Bundeskongress den Entschluss, den „Goldenen Plan“ als „wichtigste Voraussetzung für eine körperlich gesunde Entwicklung der Jugend“ anzuerkennen.

<sup>557</sup> Die einheits- und identitätsstiftende Bedeutung des Themas Volksgesundheit hatte DIEM bereits in den 1920er Jahren erkannt. Er stellte Sport als ein Gebiet dar, auf dem sich alle Parteien, „von der extremen linken bis zur extremen rechten ohne Meinungsunterschiede“ vereinen könnten. Nach CACHAY (1988) begann sich der Sport nach 1945 erneut auf das gesellschaftliche Problem der Volksgesundheit zu beziehen. „Damit ging zum einen eine integrierende Wirkung nach innen einher, das Bezugssystem Volksgesundheit wirkte gleichsam entpolitisierend, eine für die Stabilität und die weitere Entwicklung des Sports nach dem Dritten Reich wesentliche Bedingung, zum anderen konnte damit die gesellschaftliche Notwendigkeit des Sports nach außen betont werden. [...] Allein schon der Bezug auf das Problem Volksgesundheit dürfte dem Sportsystem somit (gesamt)gesellschaftliche Relevanz verliehen haben.“ CACHAY, Klaus, *Sport und Gesellschaft*, Schorndorf 1988, S. 274ff.

<sup>558</sup> EULERING, „Staatliche Sportpolitik“, S. 874.

<sup>559</sup> TIMM, *Die Sportvereine*, S. 125.

<sup>560</sup> Der Anteil der sportlich aktiven Bevölkerung stieg von 7,2% (1954) auf 17,6 % (1971). LENK, Hans, *Materialien zur Soziologie des Sportvereins*, Ahrensburg 1972, Anhang S. 4/5.

zahlenmäßig gut im Verhältnis stehenden Sportstätten“ verläuft. SCHLAGENHAUF (1977) stellte in seiner Vereinsstudie fest, dass die vorhandenen Anlagen weniger Einfluss auf die Quantität der Sportaktivität der Bevölkerung haben, sondern in „erster Linie in der qualitativen Determinierung des sportlichen Handlungsfeldes, das heißt in der Beeinflussung der ‚Sportartenwahl‘ ausschlaggebend“ gewesen seien.<sup>562</sup>

Kritik an der Konzeption des „Goldenen Plans“ wurde ab den 1970er Jahren aus sozialliberalen Kreisen laut. Sie bezog sich unter anderem auf die stereotype Architektur der Sportstätten, weil die an feste Normen orientierten Bauten nur als „bedingt geeignet“ bewertet wurden, „Bewegungsraum für eine umfassende Körperkultur bzw. für neue sozialpolitische Aufgaben im Bereich der Körperkultur zu sein“.<sup>563</sup> Selbst die ursprünglichen Diemschen Pläne der Vorkriegszeit wurden z.B. von HAAS (1990) positiver beurteilt, da die Umsetzung des Sportstättenbaus damals in Form von Volks- und Sportparks erreicht worden wäre, „die in einem vielfältigen Angebot Attraktivität für breite Besucherschichten boten“, während der Sportstättenbau nach dem Krieg „diese Vielfalt“ und die „spielerische Komponente“ vermissen ließe.<sup>564</sup>

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die zu erzielende Grundversorgung auf Vorgaben von 1960 bzw. 1967 beruhten und den veränderten Verhaltensweisen der aktiven Sportler und der stark gestiegenen Nachfrage nicht gerecht werden konnte. „Mit dieser Interessenentwicklung in der Bevölkerung hält die Entwicklung von Sportstätten und –möglichkeiten nicht Schritt.“ – so lautete das Resumé einer Studie des EMNID-Instituts 1973.<sup>565</sup> Der Vorwurf zielte auch hier auf das starre Festhalten der Planer an den so genannten „klassischen“ Sportbauten, was den geänderten Freizeitinteressen und Bedürfnissen der Bürger zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gerecht würde. Sport sei kein statisches Phänomen, dass „durch Zahlenwerte erfassbar und kalkulierbar ist“, und auch die Annahme, dass die Bedürfnisse nach Sport und Spiel in der Bevölkerung gleich

---

<sup>561</sup> BREUER, *Sportstättenbedarf*, S. 74. Das Folgende ebenda.

<sup>562</sup> SCHLAGENHAUF, Karl, *Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland*, S. 165ff.

<sup>563</sup> DIGEL, „Die öffentliche Sportverwaltung“, S. 66.

<sup>564</sup> HAAS, *Sport und kommunale Entwicklungsplanung*, S. 10.

<sup>565</sup> EMNID INSTITUT, *Freizeit- und Breitensport. Ausübung, Bedürfnisse, Angebote und Institutionen*, Bielefeld 1973, S. XXXI. Die Bedürfnisse der Bevölkerung hatten sich nach dieser Studie nicht nur hinsichtlich des vereinsungebundenen Angebots, sondern auch im Hinblick auf die zunehmende Spezialisierung in den Sportarten stark geändert.

verteilt sind, könne sich als Fehler erweisen.<sup>566</sup> Aus diesen Erkenntnissen heraus entwickelten sich ab Mitte der 1970er Jahre verstärkt Forderungen nach einer veränderbaren, offeneren Sportstättenplanung, die sich an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, an den Veränderungen im Sport- und Freizeitverhalten der Bevölkerung und an städtebaulichen Konzepten orientieren sollte.<sup>567</sup> Noch in den 1990er Jahren gab es kritische Töne zur Umsetzung des „Goldenen Plans“. Sie bezogen sich auf die im Anschluss an die Bedarfsberechnungen aufgestellten Finanzierungs- und Zuschussrichtlinien, die zu einer „Verengung der Grundidee“ eines ursprünglich breit angelegten Konzepts geführt hätten.<sup>568</sup>

#### **3.1.4. Die Entwicklung der Sport- und Freizeitanlagen in Köln 1960 bis 1975**

„Köln steht noch auf Platz sieben“ lautete die Schlagzeile eines Berichts der Kölnischen Rundschau vom 13. August 1961,<sup>569</sup> der sich auf die Veröffentlichung einer Untersuchung aus dem gleichen Jahr bezog. Im Mittelpunkt dieser Erhebung standen Anzahl und Flächen von Sport- und Spielplätzen in deutschen Großstädten, in der Köln mit 105 Spielfeldern den siebten Rang belegte.<sup>570</sup> Allerdings zweifelte der Reporter daran, dass „die von den städtischen Sportämtern gemachten Angaben [...] zutreffen“. Die Rangliste hätte zudem den Nachteil, dass sie keine Bewertung des Zustandes der Spielfelder enthielte. Im Rahmen einer Anfrage des Deutschen Städtetages aus dem gleichen Jahr stellte Sampels fest, dass „rein rechnerisch nach den Richtlinien der

---

<sup>566</sup> HAAS, *Sport und kommunale Entwicklungsplanung*, S. 17. HAAS kam in seiner Studie zur kommunalen Sportentwicklungsplanung zu dem Ergebnis, dass sich 45 der 50 untersuchten Kommunen an den Bedarfsrichtwerten des „Goldenen Plans“ orientiert hatten. Obwohl einige Kommunen Kritik an den DOG-Richtwerten äußerten, hätten nur wenige eigene Bedarfswerte angesetzt. Vgl. HAAS, *Sport und kommunale Entwicklungsplanung*, S. 24 ff.

<sup>567</sup> Diesen Anforderungen wollte die dritte Fassung der Richtlinien 1976 Rechnung tragen. Der Sportstättenbau der Zukunft sollte sich danach um einer „verbesserte Sozialordnung, um bessere Möglichkeiten von Bildung und Ausbildung und um größere Chancen zur Ausgestaltung der Freizeit“ bemühen. Vgl. *Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen. III. Fassung 1976*, S. 3.

<sup>568</sup> Diese Meinung vertrat z.B. QUANZ in der Diskussion anlässlich der 6. Fachtagung „Kommune und Sport“ 1992. Vgl. IAKS (Hg.) *Kommune und Sport*, 6. Fachtagung zum Generalthema: Neue Sportstättenplanung unter veränderten Bedingungen, Köln 1992, S.13ff.

<sup>569</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 819, o. Pg., Zeitungsartikel in der *Kölnischen Rundschau* vom 13.8.1961. Die Veröffentlichung, auf die sich der Autor des Artikels bezog, stammte von Arthur Adler.

<sup>570</sup> 105 Spielfelder bedeutete gegenüber den Angaben des Statistischen Jahrbuchs von 1959 (110 Plätze) und des Kölner Sportkuriers (124 Plätze) ein erneuter Rückgang.



Deutschen Olympischen Gesellschaft (der) feststellbare Bedarf allein an Sportplätzen [...] für Köln etwa 2.400.000 qm betragen“ müsste. Tatsächlich ergebe die Nettofläche für Sportstätten zu diesem Zeitpunkt aber erst 1.250.000 qm, so dass dieses „Wunschbild noch in weiter Ferne“ liege.<sup>571</sup>

Ende 1963 prognostizierte Sportausschussmitglied Haumann, dass die geforderten Richtlinien des „Goldenen Plans“ bezüglich der Sportflächen pro Einwohner in den großen Kommunen kaum realisierbar seien:

„Wenn wir uns auch darüber im Klaren sind, daß wir die Forderungen des Deutschen Sportbundes, die aus dem „Goldenen Plan“ sprechen, in einer Großstadt nie erfüllen können, so muß jede Möglichkeit der Errichtung neuer Sportanlagen wohnortnah gesucht werden.“<sup>572</sup>

Damit widersprach Haumann den euphorischen Äußerungen, die Oberbürgermeister Burauen im Rahmen der Meisterehrung am Anfang des gleichen Jahres, im Januar 1963, gemacht hatte. Burauen hatte versprochen, dass der „Goldene Plan“ in Köln unter erheblichen Aufwendungen vorwärtsgetrieben würde und es „keine 15 Jahre für seine Erfüllung brauchen“ werde.<sup>573</sup> Die realistischere Weitsicht Haumanns sollte sich bestätigen, wie spätere Untersuchungen in den Großstädten belegen. Zu diesem Zeitpunkt war die Äußerung aber auch ein Signal, die hohen Erwartungen an das städtische Engagement zu mäßigen. Grundsätzlich - so bemerkte Dr. Willi Schwarz 1964 in einem Artikel über den „Goldenen Plan“ - schien der Gedanke, Sportstätten in diesem Umfang zu bauen, „mittlerweile eine Selbstverständlichkeit für alle Kommunalpolitiker geworden“ zu sein. Er stellte aber eine unterschiedliche Wahrnehmung bei den Generationen fest: „Die Älteren unter uns - offen gestanden - staunen doch immer ein wenig, wenn sie solche - früher nie gekannte - Zahlen lesen. Die Jungen halten es wie die Realpolitiker einfach für selbstverständlich.“<sup>574</sup>

In welcher Weise hatten die Richtlinien der DOG aber tatsächlich Einfluss auf die Sportstättenplanung der Stadt Köln? Eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft

---

<sup>571</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 819, o. Pg., Schreiben des Sportamtes an das Statistische Amt vom 7.2.1961.

<sup>572</sup> VRK vom 19.12.1963, S. 401.

<sup>573</sup> *Kölner Sportkurier* 19(1963)1, S. 1. Burauen berichtete über 48 Bauprojekte, die zur Zeit abgewickelt würden, die aber „leider den konjunkturbedingten Schwierigkeiten“ unterlägen.

<sup>574</sup> Dr. Willi Schwarz, „Großinvestitionsbedarf der Gemeinden - auch für Sportübungsstätten“, *Kölner Sportgeschichte e.V.*, Best. 92/18, Manuskript vom 24.6.1964.

Deutscher Sportämter (ADS), die im Rahmen der Erhebung über den Sportstättenbau in den Gemeinden 1964 über das Vorhandensein eines „örtlichen Goldenen Plans“ gestellt wurde, musste die Kölner Stadtverwaltung verneinen.<sup>575</sup> Selbst die Frage, ob ein derartiger Plan in Zukunft beabsichtigt sei, wurde mit „Nein“ beantwortet. Erst nachdem im Mai 1968 der Regierungspräsident die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren über die Anregung der Landesregierung NW, „die Sportstättenplanung zumindest mit bedeutenden regionalen und überregionalen Sportstätten in die Strukturplanung des Landes NW mit einzubeziehen“, informiert hatte, regten sich die Kölner Sportpolitiker.<sup>576</sup> Der Wunsch bzw. die Forderung nach einem lokalen „Goldenen Plan“ geriet nun in die Diskussion. Im Rahmen der Sportausschuss-Sitzung vom 4. Februar 1969 erläuterte der Leiter des Instituts für Sportstättenbau, Frieder Roskam, den Zweck und die Notwendigkeit eines derartigen Sportstättenleitplans.

Im Vorfeld der Kommunalwahl 1969, brachte die SPD-Fraktion schließlich den Antrag zur Erstellung eines umfassenden Sportstättenleitplans in die Verhandlungen des Rates ein.<sup>577</sup> Dass diese Forderung nicht neu sei, bemerkte Hans Grün (SPD) in seiner Antragsbegründung, ebenso räumte er Fehler in der Vergangenheit ein, die u. a. darin bestanden hätten, dass Sportanlagen erst dann geschaffen worden wären, wenn die gesamte Bebauung bereits abgeschlossen war. Sportanlagen seien bei der Gesamtstadtplanung zu wenig berücksichtigt worden. Daher bekräftigte er die Dringlichkeit des Antrags, zumal „die Investitionen für den Sport in ihrer Wachstumsrate weit hinter allen anderen Investitionen nachhinken“ würden.<sup>578</sup> In seiner anschließenden Rede wies CDU-Ratsmitglied Friedel Haumann darauf hin, dass die SPD-Fraktion damit „ihre eigene Verwaltung“, die vom „Oberstadtdirektor über den Beigeordneten bis ins letzte Glied“ von der SPD gestellt würde, angreife und sie nun

---

<sup>575</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 819, o. Pg.

<sup>576</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 820, o. Pg., Schreiben des Regierungspräsidenten an die Oberstadtdirektoren in Bonn, Köln und die Oberkreisdirektoren in Bergheim, Bergisch Gladbach, Euskirchen vom 15.5.1968.

<sup>577</sup> VRK vom 29.5.1969, S. 176. Der Antrag lautete: „Die SPD-Fraktion stellt hiermit den Antrag, der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, die Arbeiten für den Sportstättenleitplan so beschleunigt durchzuführen bzw. vorzuziehen, daß das Ergebnis bis zu den Beratungen des Haushaltsplanes 1970 in den Fachausschüssen vorliegt.“ Das Folgende ebenda.

<sup>578</sup> Zur weiteren Erläuterung führte Grün aus: „Wie der Antrag sagt, handelt es sich um den Plan zum Bau von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen als Teilplan des Flächennutzungsplanes unter Verwertung statistischer Unterlagen über Bevölkerungszahlen in den einzelnen Wohngebieten, Bestand, Qualität und Ausnutzung vorhandener Anlagen. Nach der Bundesbauordnung sollen in den Flächennutzungsplan der Gemeinden auch Spiel-, Sport- und Erholungsanlagen ausgewiesen werden.“

zwingen wolle, feste Termine einzuhalten. Haumann unterstellte der SPD ein Ablenkungsmanöver von den Versäumnissen und Fehlern der Vergangenheit, wobei die Verwaltung ja letztendlich mitverantwortlich dafür gewesen sei. Grün wehrte diesen Angriff ab mit dem Hinweis, dass die Sportstättenleitplanung viel mehr zum Stadtplanungsamt gehöre als zum Sportamt, und hier sei der zuständige Beigeordnete zur damaligen Zeit kein Sozialdemokrat gewesen.<sup>579</sup> Grundsätzlich befürwortete die CDU die Aufstellung eines derartigen Leitplans, wie sie es auch in ihrem „Sportprogramm“ von 1969 zum Ausdruck brachte.<sup>580</sup> Sport- und Bäderamt, Stadtplanungsamt, Schulamt, Grünflächenamt und Liegenschaftsamt entwickelten noch im gleichen Jahr gemeinsam einen Sportstättenleitplan als Anlage zum Flächennutzungsplan, der im darauf folgenden Jahr dem Rat zu Beschlussfassung vorgelegt werden sollte. Dem Wunsch der SPD-Fraktion zu Folge sollte ein umfangreiches Sanierungsprogramm für die städtischen Sportanlagen ein Jahr später in Angriff genommen werden.<sup>581</sup>

Eine der wenigen öffentlichen politischen Auseinandersetzungen zum Thema „Sportstättenbau“ gab es im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972. Die Kölnische Rundschau veröffentlichte einen Leserbrief von Sportausschussmitglied Heinrich Heinen (CDU) mit dem Titel „Köln ist doch Sportprovinz“. Heinen reagierte damit auf einen zuvor erschienenen „Erfolgsbericht“ von Franz Wendland (SPD) und beschuldigte diesen, vergessen zu haben, „daß die zum Teil seit Jahren erwähnten und nunmehr begonnenen Maßnahmen nur einen kleinen Anteil des Nachholbedarfs“ an Sportstätten für Köln decken würden. Als Beweis veröffentlichte er eine Übersicht, die belegen sollte, dass „viele andere vergleichbare Städte viel besser im Bau von Sportstätten jeglicher Art [...] wegkommen“.<sup>582</sup> Das gewachsene Interesse an einem „sportlichen“ Image für die Stadt, dass durch die Vergabe der Olympischen Spiele nach Deutschland in vielen Kommunen ausgelöst worden war, veränderte das Bewusstsein

---

<sup>579</sup> VRK vom 29.5.1969, S. 181.

<sup>580</sup> HASTK, Best. 1276, Nr. 47, o.Pg., ohne Datum. Das Sportprogramm der CDU wurde vermutlich zur Kommunalwahl 1969 aufgestellt.

<sup>581</sup> Über einen Zeitraum von drei Jahren sollten insgesamt 120 Anlagen saniert werden, wozu 2 Millionen DM bereitgestellt wurden. Siehe *Kölner Sportkurier* 25 (1970) Heft 1,2, S. 23.

<sup>582</sup> *Kölnische Rundschau* vom 11.8.1972. In der Übersicht wurde der Bestand an Hallen- und Freibädern sowie an Turnhallen und Sportplätzen verschiedener Städte aufgelistet. Allerdings ist keine Quelle angegeben.

der Politiker. Eigene Erfolge oder Misserfolge des politischen Gegners in der Sportpolitik waren nun ein weiterer Gradmesser die Kompetenz in der Kommunalpolitik. Dies galt es auch in der Öffentlichkeit herauszustellen.

#### *3.1.4.1. Sportplätze und Turnhallen*

1961 wurde der Etat zum Neubau von Sportstätten in Köln erstmals deutlich erhöht. Von den insgesamt 1.661.300 DM waren bis Mitte des Jahres allerdings erst 700.000 DM verausgabt worden, was die CDU-Fraktion zu einer Pressemitteilung veranlasste, worin sie bemängelte, „dass durch die Stadtplanung, durch Straßenbauten, Ausweisung von Bauland, etc. Sportplätze wegfallen, ohne dass es möglich war vorher einen neuen Platz zu bauen.“<sup>583</sup> „Konjunkturbedingte Schwierigkeiten“ und die nach wie vor entstehenden „Verzögerungen beim Erwerb und der Freistellung der Grundstücke“ nannte Oberstadtdirektor Dr. Adenauer als Gründe hierfür.<sup>584</sup> In der Bilanz des Jahres 1961 verkündete der Stadtverordnete Schlösser (SPD) die Fertigstellung von neun Tennisfeldern und sechs Sportplätzen, sowie den Baubeginn vier weiterer Plätze, benannte aber zugleich den noch ausstehenden Bedarf von 30 zusätzlichen Plätzen.<sup>585</sup> In einer Sitzung des Sportausschusses am 3. Dezember 1963 wies der Leiter des Liegenschaftsamtes wiederholt auf die Schwierigkeiten beim „Ankauf von Gelände, bei der Freistellung und Erschließung“ hin.<sup>586</sup> Die rechtlichen Voraussetzungen für die Beschaffung von Ersatzgelände würden weiterhin fehlen. Der Sportausschuss betonte dagegen nochmals sein Festhalten an dem inzwischen acht Jahre zurückliegenden Ratsbeschluss von 1955 und bestand darauf, „daß die Bauvorhaben des Sportes bei den Fachdienststellen nicht nachrangig behandelt werden.“

---

<sup>583</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 760, o. Pg. Pressemitteilung der CDU-Ratsfraktion, August 1961. In einer Anfrage vom 25.8.1961 an den Oberstadtdirektor forderte die CDU, die Freigabe der noch zur Verfügung stehenden Mittel von 700.000 bis 800.000 DM für einige „baureife Sportplatzprojekte“. Die Verwaltung beantwortete diese Anfrage mit dem Hinweis, dass die Etats für laufende Projekte festgelegt seien und nur noch ein kleiner Betrag zur freien Verfügung stehe. HASTK, Acc. 871, Nr. 572, o. Pg. Die Anfrage der CDU wurde im übrigen am gleichen Tag gestellt, wie der Antrag zum Stadionneubau. (siehe Kapitel 3.1.5.2.).

<sup>584</sup> VRK vom 12.10.1961.

<sup>585</sup> VRK vom 14.12.1961, S. 395. Schlösser berichtete, dass für 1962 weitere 6 bis 8 Sportplätze, sowie der Bau eine großen Sport- und Spielhalle geplant seien.

<sup>586</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7376, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 3.12.1963. Das Folgende ebenda.

<b>Jahr</b>	<b>Sportplätze</b>	<b>Nutzbare Spielfläche (qm)</b>	<b>Turnhallen</b>	<b>Nutzbare Hallenfläche (qm)</b>
1960	289	1.097.325	88	45.279
1961	271	1.197.733	132	39.748
1962	274	1.228.083	167	50.416
1963	297	1.350.464	189	56.372
1964 (Stand 1.6.63)	297	1.350.464	189	56.372
1965	319	1.561.900	195	77.888
1966	316	1.543.570	213	68.231
1967	332	1.558.810	220	71.341
1968 (Stand 1.6.67)	332	1.558.810 <sup>1)2.167.810</sup>	220	71.341
1969	349	1.266.970	223	70.755
1970 (Stand 1.6.69)	349	1.266.970	223	70.755

Tabelle 11: Sportstättenstatistik der Stadt Köln 1960 bis 1970. Nach 1970 wurden keine Zahlen über Sportstätten mehr veröffentlicht. Bei den Angaben der Flächen handelt es sich um reine Spiel- und Sportflächen (netto). Zur Rubrik der Sportplätze gehörten Ballspiel-, Leichtathletik- und Tennisplätze, Radrenn-, Rollschuh- und Eislaufbahnen. Zur Rubrik der Turnhallen gehörten auch Gymnastikhallen, Hallenbäder, Lehrschwimmbecken, Sport-, Mehrzweck- und Reithallen. Darüber hinaus wurden in den Statistiken in einer weiteren Rubrik die Gesamtflächen der Golfplätze, Freibäder, der Regattabahn, des Flughafens und der Pferderennbahn aufgeführt, die Veränderungen sind hier zwar eher geringfügig, die großen Flächen haben aber einen enormen Anteil bei der Darstellung der gesamten „Sportflächen“. Eine vierte Rubrik fasste die Flächen für Sportjugendheime, Umkleidehäuser und Bootshäuser zusammen. Die Zahlen wurden nicht in jedem Jahr aktualisiert. (Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Köln 1960ff.)<sup>1)</sup> Die Angabe von 1.558.810 qm stimmt nicht überein mit einer Aufstellung des Sportamtes aus dem Jahr 1968, wo als Netto-Spielfläche 2.167.810 qm angegeben wurde. Die übrigen Angaben und auch die Summen in dieser Liste stimmen mit den Zahlen der Statistischen Jahrbücher überein. (Vgl. HASTK, Acc. 871, Nr. 819 Statistik der Spiel- und Sportanlagen, o. Pg.)

Das positive Bild, dass ab Mitte der 1960er Jahre über den Fortschritt im Sportplatzbau durch Rat und Verwaltung vermittelt wurde, spiegelt sich in den statistischen Angaben nicht wider. Nach wie vor schienen andere städtebauliche Maßnahmen im Wohnungs-, Industrie- und Straßenbau einem deutlichen Flächengewinn für Sportplätze entgegenzustehen. Im Vergleich zu den Zahlen aus dem Zeitraum bis 1960 liegen die Angaben über Sportflächen in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Köln deutlich niedriger, allerdings muss man die unterschiedliche

Praxis in der Brutto-/Netto-Flächenberechnung berücksichtigen.<sup>587</sup> Die Angaben zeigen einen durchschnittlichen Zugewinn von nur 100.000 qm pro Jahr, so dass das bereits 1958 festgestellte Defizit von 1,18 Millionen qm sich bei weiter wachsender Bevölkerung noch deutlich steigern musste. Sehr auffällig und unerklärlich ist zudem der Rückgang um fast 300.000 qm in den Jahren 1968 bis 1970.

Ein relativ deutlicher Anstieg an neuen Turnhallen war in den Jahren 1961 (44) und 1962 (35) zu verzeichnen. Der Zuwachs stand jedoch nicht ausschließlich im Zusammenhang mit dem Förderprogramm des „Goldenen Plans“, sondern war auf den von der CDU aufgestellten „Sonderplan Schulen“ zurück zu führen. Eine erste Dringlichkeitsliste für das Turnhallenbauprogramm, die im Rahmen des Sonderplans realisiert werden sollte, wurde bereits im September 1959 aufgestellt. Im Juli des gleichen Jahres folgte eine Erweiterung dieser Liste.<sup>588</sup> In der Umsetzung zeigte sich allerdings erneut, dass innerhalb des „Sonderplans Schulen“ der Turnhallenbau keine hohe Priorität hatte. Im Rahmen der zweiten Lesung zum Haushalt 1960 stellte Hans Grün fest, dass der Turnhallenbau bei weitem nicht mit dem Bau von Schulen hat „Schritt halten können.“<sup>589</sup> Die SPD forderte daher die Bereitstellung von weiteren 2 Millionen DM für den Bau von Turnhallen, was der Finanzausschuss genehmigte. Dass die CDU diesen Erfolg nicht ohne weiteres allein der SPD überlassen wollte, zeigt die Gegenrede von Dr. Lemmens:

„Schließlich ist – und zwar auf unseren Antrag, Herr Grün, es war nicht nur Ihr Antrag, wir haben dazu schriftlich Stellung genommen, bevor Ihr Antrag auf 2.000.000 DM Beitrag zum Turnhallenbau vorlag – auch ein erheblicher Mehrbetrag für den Turnhallenbau im Rahmen des Sonderplanes Schulen zusätzlich bereitgestellt worden.“<sup>590</sup>

Erst 15 Jahre nach Kriegsende hatte der Bestand an Turnhallen (88) annähernd den Vorkriegszustand (93) wieder erreicht, innerhalb der nächsten zwei Jahre

---

<sup>587</sup> So wurden in den Statistiken der Jahrbücher auch Tennisplätze, Radrenn-, Rollschuh- und Eislaufbahnen zu den Sportflächen hinzugerechnet, die in den 1950er Jahren meist gesondert aufgeführt wurden. Diese Praxis hatte Roskam in seiner Stellungnahme zum Inventarium der Sportstätten der Stadt Köln von 1959 bereits stark kritisiert. Auf der anderen Seite handelt es sich bei den Angaben in den Statistischen Jahrbüchern von 1960 bis 1970 um Nettoangaben, während bis 1960 vermutlich Bruttoangaben gemacht wurden.

<sup>588</sup> VRK vom 21.7.1960, S. 152ff.

<sup>589</sup> VRK vom 24.3.1960, S. 77.

<sup>590</sup> VRK vom 24.3.1960, S. 83.

verdoppelte er sich fast. Der Stadtverordnete Haumann, der 1962 für die kommenden zwei Jahre den Bau weiterer 30 Turn- und Gymnastikhallen prognostizierte, wies „mit Stolz“ auf die Zahlen hin, „weil doch der Turnhallenbau gerade in den letzten Jahren solche Fortschritte gemacht hat, nicht zuletzt durch den von meiner Fraktion eingebrachten ‚Sonderplan Schulen‘“.<sup>591</sup> Als Fürsprecher des Vereinssports stellte Haumann in seiner Rede 1963 gleichzeitig die Forderung nach einer besseren Ausnutzung und einer verwaltungsmäßigen Regelung über die Hallenöffnung an den Wochenenden.<sup>592</sup> Mit seiner Prognose sollte Haumann Recht behalten. Bei der alle zwei Jahre stattfindenden Bestandserhebung der ADS über den Sportstättenbau in den Gemeinden meldete das Sportamt für den Zeitraum vom 1. August 1962 bis 1. August 1964, dass weitere 31 Turnhallen, sowie 1 Sporthalle, 7 Sportplätze und 12 Spielplätze gebaut worden seien.<sup>593</sup>

Ein Vergleich der Zahlen zwischen 1960 und 1969 verdeutlicht insgesamt eine Zunahme der nutzbaren Spielfläche um 50%, die Zahl der Sportplätze stieg um 60 neue Anlagen an. Anders als im Zeitraum bis 1960, wurden in diesen zehn Jahren vermehrt großflächige Anlagen errichtet. Nach der oben aufgeführten Statistik wies die Stadt Köln 1969 ca. 1,9 qm nutzbare Spielfläche und 0,09 qm Hallenfläche pro Einwohner aus. In Anlehnung an die Vorgaben des „Goldenen Plans“ von 1956 hatte man die Hallenkapazitäten danach annähernd erreicht. Von den dort geforderten Nettosportflächen war man allerdings noch weit entfernt. Da die Kölner Statistiken darüber hinaus Flächen zusammenfassten, die nach den DOG-Richtlinien getrennt aufgeführt werden sollten, war das tatsächliche Defizit in beiden Bereichen größer.<sup>594</sup>

---

<sup>591</sup> VRK vom 19.12.1962, S. 435.

<sup>592</sup> *Kölner Sportkurier* 19(1963)4, S. 1. Bereits auf seiner nächsten Sitzung sollte der Unterausschuss des Sportausschuss sich mit dieser Frage beschäftigen. Einen entsprechenden Antrag formulierten die Vereine des Schwerathletenverbandes und des Kölner Turngaus auf der Jahreshauptversammlung des Zweckverbandes 1963, der anschließend an die Stadtverwaltung geleitet wurde.

<sup>593</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 819, o. Pg. Darüber hinaus wurde gefragt nach den im Bau befindlichen Anlagen und Projekten, die noch 1964 begonnen werden sollten. Hier nannte das Sportamt 18 Turnhallen, sowie 10 weitere, deren Baubeginn bevorstand, sowie je 3 zusätzliche Sport- und Spielplätze.

<sup>594</sup> Eislaufflächen, Radrennbahnen, Reithallen usw. gehörten nach den Richtlinien 1956 zum Bereich Sonderanlagen, wurden bei den Angaben der Statistischen Jahrbücher aber den Sport- und Spielplätzen hinzugerechnet. Vgl. Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in den Städten, 1. Fassung, 1956, o. S. Für den Sektor der „Kinderspielplätze“, die in der vorliegenden Untersuchung unberücksichtigt blieben, schien das Ergebnis positiver. Der Vorsitzende des Spielplatz-Unterausschusses Willi Glomb gab 1974 bekannt, dass die im „Goldenen“ Plan angestrebte „Spielplatzfläche“ von 1,5 qm/ Einwohner fast erfüllt sei und beurteilte die Entwicklung in diesem Bereich als durchweg positiv.

Ab 1966 wurden auf Wunsch der SPD die Mittel für den Sportplatzbau auf städtischen Grundstücken nicht mehr mit Beteiligung der Vereine, sondern ausschließlich aus dem städtischen Haushalt und durch Zuwendungen des Landes erbracht und der Bau unter städtischer Regie durchgeführt.<sup>595</sup> Davon versprach man sich u.a. eine einheitliche und demzufolge rentablere Bauweise. Die Vereine verloren damit aber auch ein Mitspracherecht und konnten bei der Vergabe keine Ansprüche mehr geltend machen. Die Stadtverwaltung übernahm die Entscheidung über die städtische Sportinfrastruktur ab diesem Zeitpunkt gänzlich in eigener Verantwortung. Im nächsten Schritt wurde beschlossen, die städtischen Anlagen auch nicht mehr durch die Vereine, sondern nur noch von den Fachämtern zu unterhalten, um sicher zu stellen, „daß die mit hohem finanziellen Aufwand erstellten Sportanlagen auch tatsächlich die sorgfältige Pflege erhalten, die sie unbedingt benötigen“.<sup>596</sup> Der Entlastung der Vereine stand damit ein deutlicher Verlust an Mitverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber.

Im Mittelpunkt der Sportstättenplanung stand im Zeitraum der 1960er Jahre die Realisierung der großen Bezirkssportanlagen. Mit der Einweihung der Sporthalle Everhardtstraße und der Fertigstellung des dritten Hartplatzes wurde 1963 die „Prälat-Ludwig-Wolker-Anlage“ in Ehrenfeld als erste Bezirkssportanlage fertiggestellt. 1969 standen die Entwürfe vier weiterer derartiger Anlagen zur Debatte.<sup>597</sup> Der stellvertretende Sportausschussvorsitzende Franz Wendland (SPD) beschrieb die grundsätzlichen Vorteile der Großanlagen als „wirtschaftlicher“ und „zweckmäßiger“ im Vergleich zu kleineren in der Stadt verstreuten Sportplätzen. Ihre Errichtung würde auch den von der SPD angestrebten Breiten- und Jedermannsport unterstützen. In dieser Haltung bestand Einmütigkeit mit der CDU, die es darüber hinaus für richtig hielt, „nicht mehr dem kleinkarierten Denken von Sportvereinen nach Dezentralisation zu folgen“, zumal die Vereine die Sportanlagen nicht pflegen könnten. Als Nachteil stellte sich bald heraus, dass Planung und Umsetzung über einen relativ langen Zeitraum hohe Finanzmittel auf einzelne Anlagen konzentrierte, so dass der Spielraum für weitere

---

*Kölner Stadtanzeiger* vom 5.4.1974. Nach dieser Zeitungsmeldung gab es in Köln 307 städtische Spielplätze (991.300qm Fläche, 1,19 qm/Einwohner)

<sup>595</sup> VRK am 28.10.1965, S. 229. Stattdessen sollten die Vereine ihre Mittel zukünftig für bewegliche sportliche Einrichtungen und Geräte ausgeben, so dass sie keiner wesentlichen städtischen Beihilfe mehr bedürften.

<sup>596</sup> Ratsmitglied Franz Wendland in der Ratssitzung vom 15.12.1966.



Gestaltungsaufgaben sehr gering war. 1972 schlug Ratsmitglied Dr. Meyer (CDU) daher vor:

„Der Bau dieser Großanlagen ist teuer und erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren. Wir finden es daher richtig, daß angesichts der finanziellen Situation unserer Stadt nur jeweils ein Teilausbau erfolgen sollte, damit im Rahmen des Sportstättenleitplanes eine breite Streuung sportlicher Einrichtungen über das Stadtgebiet erfolgt und nicht nur jeweils ein Stadtteil durch den Gesamtbau einer Bezirkssportanlage bevorzugt und gefördert wird.“<sup>598</sup>

1975 waren die beiden Bezirkssportanlagen Süd und Bocklemünd fertiggestellt worden und Ratsmitglied Dr. Winkler erinnerte in seiner Rede vor dem Stadtrat noch einmal an das nicht eingelöste Versprechen, dass „Herr Grün“ dem Bürgerverein Bayenthal-Marienburg gegeben hatte, „die Bezirkssportanlage Süd würde Ende 1971 in Betrieb gehen“.<sup>599</sup> Wie für den Zeitraum bis 1960 schien auch in den darauf folgenden Jahren Planung und Realisierung der Sportstätteninfrastruktur der Stadt Köln eher ein Stiefkind der Stadtverwaltung zu sein. Die baulichen Verzögerungen waren dabei weniger das Resultat fehlender Finanzen, sondern beruhten nach wie vor auf Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von Flächen aufgrund anderer Prioritäten.

#### *3.1.4.2. Das Kölner Stadion*

Das 1923 unter dem Oberbürgermeister Konrad Adenauer errichtete Stadion war in den 1920er und 1930er Jahren Mittelpunkt zahlreicher Großveranstaltungen und der Garant für das Image Kölns als die „Sportstadt des Westens“.<sup>600</sup> Unmittelbar nach dem Krieg wurde das Stadion von der amerikanischen und ab dem 24. Juni 1945 von der britischen Militärregierung beschlagnahmt und wieder instand gesetzt. Anlässlich einer

---

<sup>597</sup> VRK vom 13.3.1969, S. 69ff. Das Folgende ebenda.

<sup>598</sup> VRK vom 26.10.1972, S. 385.

<sup>599</sup> VRK vom 6.11.1975, S. 396. Auch für die im Rahmen der Talentförderung durchgeführten Maßnahmen, von denen die Kölner Vereine hätten profitieren können, schien von der Verzögerung der Fertigstellung der Bezirkssportanlagen betroffen zu sein. Die Kath. Hauptschule Longerich wandte sich diesbezüglich am 12.8.1971 an das Sport- und Bäderamt mit dem Hinweis: „Die talentierten Schüler würden sofort in den ansässigen Verein wechseln, wenn die an der Schule liegende Bezirkssportanlage Etzelstraße endlich fertiggestellt würde.“ HASTK, Best. 1276, Nr. 42, o. Pg. Schreiben der Katholischen Hauptschule Longerich an das Sport- und Bäderamt vom 12.8.1971, betr. Sportneigungsgruppen an Kölner Schulen.

Besichtigung der Stadionanlagen hatte der 2. Major Lawson den Wunsch geäußert, „daß das Stadion auch äußerlich ein Ausstellungsstück wird und die Bauarbeiten schnell und gut zu Ende geführt werden.“ Der Major hielt es für „außerordentlich wichtig, daß der Kölner Bevölkerung Sportmöglichkeiten zur Verfügung gestellt“ würden, „um sie im Hinblick auf den kommenden Winter zu kräftigen und um die Stimmung zu heben“.<sup>601</sup> Diese Einschätzung war Grundlage für ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und dem britischen Kommandanten White vom 16. März 1946 über die zukünftige Stadionnutzung. Auf Vorschlag des Kommandanten White übernahm die Stadt noch im gleichen Jahr die Verwaltung des Stadions unter bestimmten Auflagen. So sollten die entstandenen Reparaturkosten in Höhe von 150.000 RM von der Stadt übernommen werden und Sergeant Davison als Beauftragter der Militärregierung im Stadion verbleiben, „um die reibungslose Abwicklung des Sportverkehrs zu gewährleisten“.<sup>602</sup> Die Tradition der in den 1920er Jahren eingeführten „Volkssportkurse“ wurde im Sommer 1946 wieder aufgegriffen. Sportamtsleiter Sampels berichtete 1947, dass die Kurse „aber noch nicht die gewünschte Beteiligung“ fanden, was er auf die ungünstige Ernährungslage zurückführte.<sup>603</sup>

Mit der Einrichtung der Sporthochschule Köln im November 1947 erhielt der Sportkomplex eine zusätzliche Bedeutung, was seinen Bestand auch in der Zukunft sichern sollte. Als die Stadt Köln 1948 das 25-jährige Jubiläum des Stadions feierte, verwiesen die Funktionäre mit Stolz auf die erfolgreiche Geschichte und die herausragende „Größe“ des Stadions in vielerlei Hinsicht. Eine dringende Notwendigkeit, die Hauptkampfbahn um- oder neu zu bauen, bestand Anfang der 1950er Jahre für Politik und Verwaltung noch nicht, obwohl erste Ideen bereits Ende der 1940er Jahre im Rahmen der Wiederaufbaupläne genannt worden waren.

---

<sup>600</sup> Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse im Rahmen der Kommunalpolitik in: LANGEN/ DERES, *Müngersdorfer Stadion*, S. 69ff.

<sup>601</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 889, o. Pg. Auszug aus der Niederschrift über die Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Kommandanten der Militärregierung für den Stadtkreis Köln am 16.3.1946. Lawson hatte auch Vorschläge für die Nutzung des Stadions unterbreitet. Von den Gebäuden am Eingang der Hauptkampfbahn sollten die östlichen der „Jugendgruppe des westlichen Stadtteils“, die Gebäude der Westseite den Belgiern zur Verfügung gestellt werden. Schwimmbad, Sportplätze und die Tennisplätze sollten von Engländern, Deutschen und Belgiern gemeinsam genutzt werden.

<sup>602</sup> HASTK, Abt. 5, Nr. 184, Bl. 244. Die weiteren Bedingungen bezogen sich hauptsächlich auf die unentgeltliche Nutzung der Tennis- und Rasenplätze, sowie bei Sonderveranstaltungen durch die alliierten Soldaten.

<sup>603</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)2, o. S.

Beschwerden von Seiten der Sportler führten zu einigen zwingend erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen und Instandsetzungsarbeiten an einzelnen Anlagen.<sup>604</sup> Im Vergleich zu anderen Städten konnte man mit dem vorhandenen Stadion mit einem Fassungsvermögen der Hauptkampfbahn von 60.000 Zuschauern zunächst immer noch konkurrieren. Der eklatante Mangel an sonstigen Sportanlagen verhinderte jegliche Überlegung hinsichtlich der Stadionfrage. Oberbürgermeister Burauen formulierte 1957 eine eindeutige Prioritätensetzung, in dem er „das Bauen von Sportplätzen für den praktischen Betrieb der Vereine und der Bevölkerung“ befürwortete, den mit erheblichem Aufwand verbundenen Bau eines Großstadions dagegen ablehnte.<sup>605</sup>

Ende der 1950er Jahre erhielt die Stadiondiskussion Antrieb durch zunehmende Beschwerden von Seiten der Fachverbände über die veralteten Anlagen<sup>606</sup> und durch die Einrichtung der Fußball-Bundesliga. Der Vorsitzende des 1. FC Köln, Franz Kremer, wandte sich im August 1958 an Oberbürgermeister Theo Burauen und wies auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Fassungsvermögens der Stadiontribünen hin, u.a. um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Bestehen in der Bundesliga zu erfüllen. Kremer bot an, weitere Einzelheiten mit einem neu zu gründenden Gremium zu planen, bat aber um vertrauliche Behandlung, da er „der Entwicklung nicht vorgreifen“ dürfe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Ich halte es aber für wichtig, daß die Stadt Köln am Tage X bereit und in der Lage ist, daß ein oder sogar zwei Vereine der Stadt die Voraussetzungen (für die Bundesliga, Anm. d. Verf.) in allen Punkten erfüllen.“<sup>607</sup> Im Anschluss an den Länderkampf Deutschland-Polen 1959 hatte sich auch der Vorsitzende des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, Dr. Max Danz, in einem Dankschreiben an den Oberbürgermeister gewandt und äußerte die Hoffnung, dass die

---

<sup>604</sup> So beklagten sie vor allem die Leichtathleten des ASV Köln des öfteren über den Zustand der Weitsprung- oder Hochsprunganlagen.

<sup>605</sup> *Kölner Sportkurier* 12 (1957)1, o. S., Theo Burauen, „Großstadion oder Vereinssportplätze?“

<sup>606</sup> So beklagte sich z.B. der ASV Köln über die unzureichenden Trainingsbedingungen innerhalb des Stadions. Siehe HASTK, Acc. 871, Nr. 144, o. Pg.

<sup>607</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 361, Bl. 298, Schreiben Franz Kremer an Oberbürgermeister Burauen vom 5.8.1960. Laut handschriftlichem Vermerk vom 25.8. wurde Kremer verständigt, dass Burauen mit ihm einen Termin verabreden werde.

Stadt „sich zu einer Modernisierung des so traditionsreichen Müngersdorfer Stadions entschließen kann.“<sup>608</sup>

Die neuerliche Diskussion wurde von den Mitgliedern der CDU und von Oberstadtdirektor Max Adenauer aufgegriffen. Ihre Forderung lautete, die alte Hauptkampfbahn für Sportereignisse aller Art zu modernisieren, was u.a. bedeutete, dass die Laufbahn nach den veränderten Wettkampfnormen des Internationalen Leichtathletik-Verbandes von 500 auf 400m verkleinert werden musste.<sup>609</sup> Gleichzeitig sollte ein zweites „reines Fußballstadion“ für 70.000 Zuschauer im Stadion-Nordfeld oder auf den Jahnwiesen gebaut werden. Einen entsprechenden Antrag formulierte die CDU-Fraktion kurz vor der Kommunalwahl 1961. Fast zur gleichen Zeit regte auch der Vorsitzende des Landessportbundes Willi Weyer bei Ministerpräsidenten Meyers an, das Land solle einen geeigneten Standort für ein großes repräsentatives Stadion in Nordrhein-Westfalen suchen. Hintergrund für diese Initiative des LSB war die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen bei der Vergabe von Länderspielen für das Jahr 1962 nicht berücksichtigt worden war.<sup>610</sup> Das zuständige Kultusministerium verwies jedoch auf die Notwendigkeit, eher kleinere Anlagen zu fördern. Die Kölner SPD folgte dieser Haltung und lehnte den Bau eines reinen Fußballstadions ab. Sie verteidigte das Müngersdorfer Stadion als Mehrzweckanlage, erkannte aber gleichzeitig mehr und mehr die Notwendigkeit einer Modernisierung. Im Rahmen der Meisterfeier im Januar 1962 betonte Oberbürgermeister Burauen erneut, dass „von überdimensionierten Sportstätten Abstand“ genommen werden müsse und man sich damit zu bescheiden habe, dem „Sport als allgemeine Leibesübung, als gesundheitsvorsorgliche und gesundheitserhaltende Maßnahme den Vorrang“ zu geben.<sup>611</sup> Unterstützung erhielten die sozialdemokratischen Stadtverordneten vom Leiter der Sportstättenberatungsstelle an der DSHS Köln, Friedel Roskam und dem Vorstand des Zweckverbandes für

---

<sup>608</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 361, Bl. 157, Schreiben von Dr. Max Danz an Oberbürgermeister Burauen vom 24.9.1959.

<sup>609</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 572, Antrag der CDU-Fraktion, Schreiben Dr. Lemmens an Oberstadtdirektor Dr. Adenauer vom 25.8.1961. Darin heißt es weiter: „Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die Verbindung Leichtathletikstadion, Fußballstadion immer zu schlechten Kompromissen führen wird.“

<sup>610</sup> Tatsächlich fanden von 1962 bis 1965 keine repräsentativen Spiele in Nordrhein-Westfalen statt. Von 1952 bis 1961 war Düsseldorf dreimal und Köln viermal Austragungsort von Länderspielen. Siehe REINCKE/ROMEYK, *Nordrhein-Westfalen*, S. 480.

<sup>611</sup> *Kölner Sportkurier* 17(1962)1, S. 2. Burauen stellte dazu fest, dass ihn diese Meinungsäußerung „einige Sympathien kosten könne.“

Leibesübungen, der ebenfalls empfahl, „die jetzige Hauptkampfbahn so zu modernisieren und umzubauen, daß sowohl Fußball als auch Leichtathletik mit einem entsprechenden Fassungsvermögen zu ihrem Recht kommen.“<sup>612</sup>

Der Planungsbeginn für die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen wurde 1962 im Sportausschuss mit den Stimmen der SPD und F.D.P. durchgesetzt und im Rat beschlossen. Allerdings nur für die Planung, da absehbar war, dass die Umsetzung noch einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Trotzdem wollte man die zukünftige Richtung - nämlich den Bau eines Mehrzweckstadions - festlegen. Dieses Mal versuchte die CDU mit dem Argument, das zur Zeit akute Probleme auf dem Baumarkt beständen, den Planungsbeginn zu verzögern, denn der Zeitgewinn hätte möglicherweise für ihr Vorhaben noch eine Chance bedeutet. Die Finanznot der Stadt, wo andere Projekte, wie z.B. der U-Bahn-, Schul- und Wohnungsbau Priorität hatten, verhinderten in der Folgezeit die Umsetzung größerer Modernisierungsmaßnahmen. Andererseits weigerte sich aber auch der 1. FC Köln für die Ausrichtung seiner Bundesliga-Spiele in die Radrennbahn auszuweichen, da dies einen finanziellen Verlust bedeutet hätte.<sup>613</sup> Statt dessen beschloss der Rat mit Unterstützung der Verwaltung, zusätzliche Tribünen in der Hauptkampfbahn zu installieren.

Mit den wachsenden Chancen in der Vermarktung beschäftigte sich der Sportausschuss im September 1964 aufgrund einer Anfrage des CDU-Ratsmitglieds Conin bezüglich der Werbemöglichkeiten im Stadion.<sup>614</sup> Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, „welche Möglichkeiten das Kölner Stadion bietet und welche Einnahmen zu erzielen seien“. Eine Nachfrage in den anderen Bundesliga-Städten ergab in der Mehrzahl, „daß derartige Werbungen nicht gestattet“ waren, „um den repräsentativen Charakter der Anlagen zu wahren, das Landschaftsbild nicht zu verschandeln und die sportliche Bestimmung des Stadions nicht zu beeinflussen“.<sup>615</sup> Das Ergebnis der Umfrage zeige, so die abschließende Stellungnahme der Verwaltung, dass

---

<sup>612</sup> *Kölner Sportkurier*, 16(1961)12, o. S.

<sup>613</sup> Vgl. LANGEN/DERES, *Müngersdorfer Stadion*, S. 79.

<sup>614</sup> Nach den Informationen Conins waren in neun Stadien der Bundesliga Werbebanden angebracht, die den Städten Einnahmen bis zu 18.000 DM brachten. HASTK, Acc 5, Nr. 7385, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 30.6.1964. Das Folgende ebenda.

<sup>615</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7388, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 8.9.1964. Insgesamt waren zwölf Städte von der Verwaltung angeschrieben worden, 10 davon hatten übereinstimmend geantwortet, Textwerbung durch Spruchbänder, Beschriftung der Innenbanden oder Fassaden nicht zu dulden.

das Verbot der Stadt Köln, Reklame zuzulassen, von den meisten anderen Städten vergleichbar gehandhabt würde.

Der Geißbock-Club selbst beauftragte in dieser Phase den Architekten Hans Schulten mit der Planung eines vollüberdachten Fußballstadions für 75.000 Zuschauer. Schulten war Mitglied des 1. FC Köln und hatte bereits das Geißbockheim und die Clubanlage an der Berrenrather Straße geplant. Als möglicher Standort stand nach wie vor die Jahnwiese, als weiterer das Radstadion in der Diskussion. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 1964 wiederholte die Kölner CDU die Forderung nach einem neuen Fußballstadion. Nach der Wahl (im November 1964) wies der Fraktionsvorsitzende der SPD, John van Nes Ziegler darauf hin, dass die Stadionfrage völlig „unnötigerweise“ im Wahlkampf zum Thema gemacht worden war und „ohne den geringsten Einfluss“ auf das Wahlergebnis geblieben sei.<sup>616</sup> Die SPD konnte sich aufgrund des neuerlichen Wahlerfolgs - sie hatte dieses Mal sogar die absolute Mehrheit im Rat - in ihrer Haltung bestärkt sehen. Selbst die sportlichen Erfolge des 1. FC Köln in den Jahren 1962 und 1964 trugen letztlich nicht dazu bei, der Stadionsdiskussion entscheidenden Schwung zu verleihen. Die Pläne von Hans Schulten für ein reines Fußballstadion wurden aufgrund der Kostenberechnungen auch von der CDU 1966 endgültig ad acta gelegt.

Erst die Entscheidung des Internationalen Fußballverbandes, die Fußballweltmeisterschaft 1974 nach Deutschland zu vergeben, beendete die Diskussion. Die Stadt Köln bewarb sich im Oktober 1967 offiziell als Austragungsort und war damit gezwungen, eine international taugliche Wettkampfstätte anzubieten, wenn sie den nordrhein-westfälischen Mitkonkurrenten Dortmund, Duisburg, Düsseldorf oder Gelsenkirchen nicht unterliegen wollte. Mit der Vergabe der Olympischen Spiele 1972 nach München befürchtete man eine „gewaltige Konzentration aller sportlichen Großveranstaltungen im Süden“ Deutschlands.<sup>617</sup> In dieser Situation wurde Hans Schulten von der Stadt beauftragt, nach einem von der Stadtverwaltung verfassten Raumprogramm ein neues Stadion zu entwerfen. Sein Modell wurde 1968 im Rat vorgestellt und veranlasste die Politiker zu begeisterten Äußerungen. Für die Eröffnung 1973 plante man auch, das Deutsche Turnfest nach Köln zu holen. In der

---

<sup>616</sup> VRK vom 10.11.1964, S. 275. Das Folgende ebenda.

<sup>617</sup> VRK vom 19.10.1967, S. 266

grundsätzlichen Zielsetzung über die Notwendigkeit und Außenwirkung einer modernen Großsportanlage war man sich innerhalb der großen Parteien einig, denn nicht umsonst habe man „in den vergangenen Jahren immer wieder bedauert, daß Großveranstaltungen an unserer Stadt vorbeigegangen sind“.<sup>618</sup>

Tendenzielle Unterschiede bestanden aber nach wie vor, wie die Stellungnahme des Sozialdemokraten Franz Wendland zum Stadionbeschluss 1969 deutlich machte. Eine klare Zielsetzung für den zeitlichen Rahmen und die Umsetzung lieferte der stellvertretende Sportausschussvorsitzende mit seiner Argumentationskette nicht. Stattdessen wird das Bemühen um die Klientel des „kleinen Mannes“ und der Breitensportler offensichtlich:

„was die Überdachung angeht, hoffen wir doch, daß eine Lösung gefunden wird. Wir sagen das nicht zuletzt deshalb, [...] weil wir daran interessiert sind, daß der kleine Mann, der Normalzuschauer eine gute Unterbringung vorfindet. Wir sind [...] der Auffassung, daß die Fußballweltmeisterschaft, die immer herangezogen wird, um den Umbau des Stadions zu forcieren, eigentlich nur ein Anstoß sein kann, [...] Im Grundsatz stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Umbau in jedem Fall durchzuführen ist. [...] Natürlich ist es gut, wenn Köln ein oder zwei Spiele [...] bekommt. Das hebt den Nimbus und den Bekanntheitsgrad der Stadt. [...] Wir geben zum wiederholten Male die Erklärung ab, daß durch den Umbau des Stadions keine Kürzung der Mittel für den Amateursport erfolgt. [...] Wir versprechen uns von dem Umbau unter anderem auch eine Belebung des Amateursports. [...] Die Ausstrahlung auf die Vereine ist nicht von der Hand zu weisen.“<sup>619</sup>

In den folgenden Jahren standen die Planungen, Finanzberechnungen und Entwürfe für das neue Stadion im Mittelpunkt der sportpolitischen Auseinandersetzungen im Rat der Stadt Köln, die sich dieses Mal in einen handfesten Parteienstreit ausweiteten.<sup>620</sup> Ausgelöst wurde er zwischen SPD/CDU und F.D.P. durch den Beschluss zum Nachtragshaushalt für das Jahr 1971, in dem 6 Millionen DM für den Stadionneubau genehmigt worden waren. Der Innenminister des Landes Nordrhein-

---

<sup>618</sup> VRK vom 24.10.1968, S. 349. In dieser Sitzung wurde ein Stadion-Modell des Architekten Hans Schulten vorgestellt, das allen Erwartungen entsprach. Sportausschussvorsitzender Haumann (CDU) beantragte neben der Bereitstellung der Planungsmittel auch eine Bewerbung für das Deutsche Turnfest 1973. Später wurde von Seiten des Hochbauamtes aufgrund höherer Kostenschätzungen Einwände gegen das Schulten-Modell erhoben.

<sup>619</sup> VRK vom 10.7.1969, S. 269ff. In dieser Sitzung beschloss der Rat, „daß Herr Architekt Schulten im Rahmen seines bisherigen Planungsauftrages unter Hinzuziehung des Herrn Architekten Dr. Lohmer als Berater [...] die Planung des Umbaus der Hauptkampfbahn mit einem Kostenlimit von 33 Millionen DM fortführt.“ Darüber hinaus sollte das Institut für Sportstättenbau an den Beratungen beteiligt werden. Die Unterlagen sollten bis zum 1.11.1969 dem DFB eingereicht werden. Vgl. ebenda, S. 272.

Westfalen, Willy Weyer, wies den Regierungspräsidenten an, diesen Beschluss zu beanstanden. CDU und SPD empfanden dieses Vorgehen als Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung, und die F.D.P. geriet in den Verdacht, ihre Ablehnung gegen das Stadionprojekt des Architekten Schulten mit Unterstützung des F.D.P.-Landesministers durchsetzen zu wollen. Die SPD reagierte unverzüglich auf den drohenden Vorwurf des unverantwortlichen Handelns und beschloss in ihrer Fraktionssitzung vom 10. August 1971, die Mittel für das Stadion zu streichen, um andere Projekte nicht zu gefährden. In der Sitzung des Rates vom 26. August 1971 wurde das Schulten-Stadion für „tot“ erklärt und die Summe im Nachtragshaushalt gestrichen.<sup>621</sup>

Einen Monat später beschloss der Rat die Ausschreibung eines Firmenwettbewerbs.<sup>622</sup> Für die SPD schien nun der Zeitpunkt gekommen, zu ihrer ursprünglichen Position zurückzukehren, das alte Stadion zu modernisieren, zumal erkennbar wurde, dass der Zeitplan für die Fertigstellung zur Fußballweltmeisterschaft nicht eingehalten werden konnte. Ende des Jahres beantragte die SPD gemeinsam mit der F.D.P., die Bewerbung zurückzuziehen und zu prüfen, wie die inzwischen stillgelegte Hauptkampfbahn „in technisch und finanziell realisierbaren Abschnitten erneuert werden kann.“<sup>623</sup> Von Seiten der CDU befürchtete man vor allem den Ansehensverlust der viertgrößten Stadt. Die Positionen von SPD und CDU, die seit 1968 einer gemeinsamen Linie gefolgt waren, gingen in der hitzigen Debatte im November 1971 wieder auseinander. Der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokraten, unter den gegebenen Umständen sei, ein Stadion „für die Weltmeisterschaften, für anderthalb Stunden“<sup>624</sup> nicht zu rechtfertigen, trat nun wieder deutlich hervor. Mit der Koalition aus SPD und F.D.P. wurde – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – die Bewerbung zurückgezogen. Bemerkenswert war, dass

---

<sup>620</sup> LANGEN/DERES, *Müngersdorfer Stadion*, S. 84 ff.

<sup>621</sup> VRK vom 26.8.1971. S. 395-430.

<sup>622</sup> VRK vom 7.10.1971, S. 527-538. In dieser Sitzung kam es zum Skandal, als Wilhelm Peter Winkler (FDP) einen Artikel der Zeitschrift „konkret“ zitierte, wo dem Sportausschussvorsitzenden Haumann und der SPD vorgeworfen wurde, Millionenbeträge aus den Stadionkosten erhalten zu haben. SPD und CDU verließen daraufhin gemeinsam den Saal. Die Vorwürfe stellten sich hinterher als haltlos heraus.

<sup>623</sup> VRK vom 9.11.1971, S. 559-574.

<sup>624</sup> Verhandlungen vom 9.11.1971, S. 571. Der Sozialdemokrat Peter Fröhlich betonte in seiner Rede, dass er „grundsätzlich immer nur mit halbem Herzen bei dieser Sache gewesen“ sei. Allerdings befürworte er ein Stadion, das „nicht auf einen Verein oder auf ein Ereignis zugeschnitten“ sei.



Oberbürgermeister Burauen sich bei der abschließenden Abstimmung enthielt. Als Repräsentant der Stadt verließ er die sozialdemokratische Linie.

Die CDU und der 1. FC Köln sind in diesem Prozess als gemeinsam Handelnde anzusehen. Sie konnten sich mit ihrer Forderung nach einem reinen Fußballstadion nicht durchsetzen, da es ihnen nicht gelang, entscheidende Bundesgenossen zu finden. Dies resultierte einerseits aus den bestehenden Machtverhältnissen, aber auch (zumindest ab Mitte der 1960er Jahre) aus einer sozialdemokratisch orientierten Verwaltung und einem Zweckverband, der sich dem Breitensport verpflichtet sah. Alle Beteiligten spielten in dem Meinungsbildungsprozess eine Rolle. Hätte beispielsweise die Sportverwaltung eine andere Position eingenommen, hätte dies durchaus zu einem anderen Ergebnis führen können. Während der CDU dominierten Periode bis 1956 wurden die Forderungen nach einem reinen Fußballstadion nicht umgesetzt, weil der Wohnungs- und Straßenbau Priorität hatte und der Zustand des Stadionkomplexes selbst für internationale Wettbewerbe noch ausreichte. Unter sozialdemokratischer Führung geriet das Stadionprojekt zunächst fast völlig aus dem Blickwinkel. Eine Bestätigung dieser Haltung sah die SPD in der Wahl 1964. Erst 1968 im Rahmen der Bewerbung um die Weltmeisterschaft wurde eine gemeinsame Linie mit der CDU gefunden, die sich aber nicht durchhalten ließ. Die ablehnende Haltung der F.D.P. gegenüber dem kostenaufwändigen Neubau kam der SPD im Grunde entgegen. Die unkalkulierbaren Folgen standen zur eher breitensportorientierten Politik der SPD im Widerspruch und das sportliche Großereignis allein reichte für eine risikobehaftete Entscheidung nicht aus. Dabei nahm sie auch die zu befürchtenden Verunglimpfungen in der Presse in Kauf.

In den Haushaltsplan für 1973 wurden erneut Mittel für den Neubau der Hauptkampfbahn eingesetzt und der Auftrag zum Neubau konnte erteilt werden. Für insgesamt 42 Millionen DM baute die Fa. Dyckerhoff & Widmann in den folgenden zwei Jahren das neue Stadion. Mit 10 Millionen DM beteiligte sich das Land NRW an den Kosten, so dass die verlorengangenen Zuschüsse für ein Weltmeisterschaftsstadion weitgehend ausgeglichen werden konnten. Die Eröffnung fand am 12. November 1975 mit einem Spiel zwischen den beiden Bundesligavereinen 1. FC Köln und SC Fortuna Köln statt. Köln hatte nun eine der attraktivsten

Wettkampfstätten Deutschlands. Mit einem Fassungsvermögen von 60.000 Zuschauern war es zwar nur die achtgrößte Arena in Deutschland, aber mit 100% überdachten Tribünenplätzen lag es an der Spitze.

### **3.1.5. Der Bäderbau 1945 bis 1975**

Von den fünf städtischen Hallenbädern, die alle im Zeitraum zwischen 1885 und 1914 entstanden waren, hatte nur das Neptunbad in Ehrenfeld den Krieg einigermaßen unbeschadet überstanden und wurde Ende 1945 wieder eröffnet. Das Hohenstaufenbad und die beiden Volksbäder in der Fleischmengergasse und der Achterstraße waren völlig zerstört. Das neben den Strandbädern am Rhein existierende Freibad in Müngersdorf wurde ab 1946 wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.<sup>625</sup>

Thema des ersten Gesprächs mit der Wiederaufbau-GmbH am 4. November 1947 war neben der allgemeinen Sportstätten-situation auch der zukünftige Bäderbau. Anwesend waren der Vorsitzende des Ortsverbandes Kölner Schwimmvereine, Oskar Stauf sowie Dr. Kamp und Wilhelm Jung von der städtischen Bäderdirektion. Die Sitzung endete mit recht konkreten Ergebnissen und Berechnungen. Für eine Einwohnerzahl von 750.000 wurde ein Bedarf von „90 Volks- und Schulbäder(n), 15 Volksbäder(n) mit Lichtbädern, 6-7 Hallenbäder(n) und etwa 15 Gartenbäder(n)“ festgestellt.<sup>626</sup> Die ehemaligen „Strombäder“ am Rhein wurden aus „hygienischen und betriebstechnischen Gründen“ abgelehnt. Für die Errichtung von Hallenbädern legte man eine Versorgungskapazität für 100.000 Personen fest, die in einem „Umkreis von ca. 1,5 km Radius wohnen“. Die ersten Projekte, die in Angriff genommen werden sollten, waren die Wiedererrichtung des rechtsrheinischen Bads in Kalk und der Neubau eines zentralen Bads in der Innenstadt. Vergleichbar zur Situation im Sportstättenbau blieben diese optimistischen Pläne in den folgenden Jahren ein nicht realisierbarer Wunsch. Lediglich die Zahl der Hallenbäder blieb ein Orientierungswert für die weiteren Umsetzungen.

---

<sup>625</sup> Vom 12.5. bis 7.10.1946 besuchten insgesamt 167.193 Badegäste das Stadion-Schwimmbad. Siehe *Kölner Sportkurier* 2(1947)2, o. S.

Viele Schwimmvereine halfen selbst in Kooperation mit der Bäderdirektion bei der Wiedereinrichtung des rechtsrheinischen Deutz-Kalker-Bads mit. In den Abendstunden vom 12. Juli bis 1. Oktober 1948 wurden die Entschuttungsarbeiten durchgeführt. Im Gegenzug für die geleisteten Arbeitsstunden sollten die Vereine bei der zukünftigen Verteilung der Schwimmstunden berücksichtigt werden. Die beteiligten Vereine sowie deren Arbeitsaufwand veröffentlichte Sportamtsleiter Sampels in der Novemberausgabe des Kölner Sportkuriers, und stellte dabei zugleich die Forderung an die Stadtverwaltung,

„den Kölner Schwimmern den verdienten Lohn für ihre vorbildliche Arbeitsleistung durch baldige Inangriffnahme der Wiederherstellung des für die gesamte rechtsrheinische Bevölkerung notwendigen Bades zu gewährleisten.“<sup>627</sup>

Tatsächlich wurden die weiteren Renovierungsarbeiten wenig später in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und im Jahr 1949 durchgeführt. Der engagierte Gesundheitspolitiker Dr. Helmut Braubach (SPD) äußerte in diesem Zusammenhang: „Das ist mehr für die Volksgesundheit auf dem Gebiete der Leibesübungen getan als Vertragsspielertum und Toto, mehr als wenn 65.000 zusehen, wenn 22 spielen.“<sup>628</sup> Am 1. Oktober 1950 konnte das Deutz-Kalker-Bad wieder eröffnet werden.

In den Sommermonaten der Nachkriegsjahre badeten und schwammen die Kölner mit Vorliebe im Rhein. Die Stadtverwaltung sah diese Gewohnheiten jedoch mit Besorgnis, da der stetig steigende Schiffsverkehr und die Wasserqualität des Rheins eine zunehmende Gefährdung darstellten. 1950 erwarb die Stadt Köln daher das ehemalige Riehler Freibad „Rheinlust“ von einem privaten Pächter, dass in den nächsten Jahren in mehreren Bauabschnitten ausgebaut werden sollte. 1952 wurden die Pläne im Rat vorgestellt. Die Freibadanlage am Riehler Rheinufer sollte vor allem für die Bevölkerung des nördlichen Stadtgebiets errichtet werden, um sie davon abzuhalten

---

<sup>626</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 922, Bäderplanung, Bericht und Auswertung der Wiederaufbau A.G. vom 14.11.1947 „Die Anordnung von Sport, Volks- und Gartenbädern im neuen Stadtbild von Köln“.

<sup>627</sup> *Kölner Sportkurier* 3(1948), 11, o. S. Danach hatten die Schwimmvereine 1.420 Stunden gearbeitet, die ständigen Arbeiter der Bäderdirektion leisteten 740 Stunden. An der Spitze der Tabelle lag der SC Poseidon, gefolgt vom SV Rhenania. Lobend erwähnt wurde auch der Vorsitzende des SV Rhenania, „der fast jeden Abend im Deutz-Kalker Bad anwesend war“ und die Damen des Ehrenfelder Damen-Schwimmvereins.

<sup>628</sup> VStVK vom 7.7.1949, S. 20.

„am Rheinufer von der Mülheimer Brücke bis zum Niehler Hafen zu baden“.<sup>629</sup> In diesen Stadtteilen fehlte es an weiteren Bademöglichkeiten, zumal die belgische Armee das Eis- und Schwimmstadion in Riehl beschlagnahmt hatte. Die Inanspruchnahme des beliebten Freizeitgeländes durch die Besatzer erzeugte bei der Bevölkerung Unwillen. Die Stadt bemühte sich mit der Einrichtung des Riehler Bads, diesen Konflikt zu entschärfen und den dringend notwendigen Ersatz zu beschaffen.

In der Ratssitzung vom 31. Juli 1952, also kurz vor der nächsten Kommunalwahl im November, beantragte die CDU-Fraktion die Errichtung eines weiteren Freibads im Süden der Stadt. Der Stadtverordnete Oskar Nolze (KPD) erweiterte die Forderung dahingehend, dass „zum mindesten in jeden Vorort unserer großen Stadt ein Freibad gehört“. Allerdings unterstellte Nolze in diesem Zusammenhang der CDU-Fraktion ein Ablenkungsmanöver, wodurch sie dem Unmut über die Beschlagnehmung des Eis- und Schwimmstadions durch die belgische Armee aus dem Weg gehen wolle. Mit dem Hinweis „mit Bädern keine Wahlpropaganda betreiben zu wollen“ mahnte der Vertreter der SPD, zunächst die in Angriff genommenen Projekte (weiterer Ausbau des Deutz-Kalker-Bads, Hufendicksche Bad „Rheinlust“) zu Ende zu führen. Die Errichtung eines weiteren Freibads wurde dennoch einstimmig beschlossen und die Stadtverwaltung beauftragt, möglichst bald einen Plan für die Lage und die bautechnische Gestaltung vorzulegen. Der aktuelle Bedarf an zusätzlichen Bademöglichkeiten im Freien war scheinbar so groß, dass noch im gleichen Jahr ein Löschteich in Brück notbehelfsmäßig als Freibad eingerichtet wurde.

#### *3.1.5.1. Zentralbad*

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen zum Thema „Bäderbau“ stand in den folgenden Jahren der Neubau des „Zentralbads“. Die Idee für ein zentrales Hallenbad, das in der Stadtmitte entstehen und zur „Durchführung größerer Sportkämpfe“ geeignet sein sollte, wurde erstmals in der bereits erwähnten Besprechung bei der Wiederaufbau GmbH 1947 geäußert. Über die Notwendigkeit dieses Schwimmbads als Ersatz für das ehemalige im Stadtkern gelegene

---

<sup>629</sup> VStVK vom 31.7.1952, S. 227. Das Folgende ebenda.

Hohenstaufenbad und die Badeanstalten in der Fleischmengergasse und Achterstraße bestand auf allen Ebenen Konsens. Als Forderung beider Parteien taucht es in den Ratsprotokollen von 1949 bis 1951 immer wieder auf, ohne dass konkrete Ansätze zu einer Realisierung erkennbar werden. Die allgemein unbefriedigende Schwimmbad-Situation kritisierten 1952 gleich mehrere Stadtverordnete.

1952 forderte Sportausschussvorsitzender Hans Grün (SPD): „Wir kommen nicht daran vorbei, zum mindesten im nächsten Jahr an den Bau des dritten Schwimmbads in Köln und zwar im Stadtkern heranzugehen.“<sup>630</sup> Sein Fraktionskollege Braubach forderte die Ratsmitglieder und Beigeordneten auf „mal geschlossen an einem solchen Heringstonnenbad abends in einem der städtischen Hallenbäder“ teilzunehmen. Aus einem Vergleich zu anderen Großstädten wie München, Bochum oder Bremen zog er die Schlussfolgerung: „Uns bleibt in Köln nur eins: Wir müssen uns schämen!“<sup>631</sup> Auch der stellvertretende Vorsitzende des Orstverbandes Kölner Schwimmvereine und Schwimmsportlehrer Oskar Nolze verwies vor der Stadtvertretung auf die katastrophalen Zustände in diesen „Hühneraugen-Kukirol-Weihern“, in dem „in einer einzigen Übungsstunde 300 Kinder abgefertigt werden müssen.“<sup>632</sup> Im Haushaltsentwurf 1953 wurden erstmals 3 Millionen DM für die Planungen eines Zentralbads eingesetzt. Gegen den Bau eines zentralen Hallenbads wandte sich nur die Fraktion der F.D.P., die den Standpunkt vertrat, „daß wir unser Geld statt für ein Hallenschwimmbad inmitten der Stadt, besonders in Köln, wo der Rhein in der Nähe ist, eher für den Wohnungsbau aufwenden müssen.“<sup>633</sup>

Die CDU-Fraktion sah die Standortfrage des neuen Bads mit weiteren Bauten der öffentlichen Gesundheitspflege verknüpft. Gerade über diesen Punkt entbrannte ein Jahr später eine heftige Debatte. Im Rahmen der Wiederaufbauplanungen propagierten Architekten und Stadtplaner unter anderem die Gestaltung von einzelnen zweckgebundenen „Vierteln“, wie z.B. ein Wohnviertel, ein Kulturviertel oder ein Ladenviertel. Für das Gebiet um das Gesundheitsamt am Neumarkt plante man dementsprechend die Schaffung eines „Gesundheitsviertels“ mit dem wieder

---

<sup>630</sup> VStVK vom 26.3.1952, S. 91.

<sup>631</sup> VStVK vom 26.3.1952, S. 93.

<sup>632</sup> VStVK vom 26.3.1952, S. 94.

aufzubauenden Bürgerhospital, medizinischen Einrichtungen und dem Zentralbad. Diese Überlegungen machen deutlich, dass der Bau eines zentralen Schwimmbads in erster Linie als gesundheitsfördernde und sozialpflegerische Einrichtung gesehen wurde. Der Dezernent Dr. Franz Vonessen und andere Stadtverordnete erwähnten jedoch mehrfach auch den Nutzen für die Schwimmsportler. Gerade die Charakterisierung des Zentralbads als „Sportbad“ sollte ein zentrales Argument in der Standortdiskussion werden.

Am 20. Mai 1954 kam es zu einer ausführlichen Debatte um den Bau des Hallenschwimmbads und die „Erstellung von Bauten der Gesundheitsverwaltung“.<sup>634</sup> F.D.P.-Stadtverordnete Sondheim wandte sich dabei gegen die vorgesehenen Standorte der geplanten Einrichtungen an der Cäcilienstraße in unmittelbarer Nähe zum Neumarkt. Ihre grundsätzliche Ablehnung gegen das Zentralbad hatte die F.D.P. inzwischen aufgegeben, da man nicht darauf warten könne, „bis die Außenviertel alle eine Badeanstalt haben.“ Aber das „sportgerechte Bad würde natürlich kein Mensch an den Neumarkt legen, ebensowenig wie man ein Stadion an den Neumarkt legen würde.“ Stattdessen schlug Sondheim das Gelände Großer Griechenmarkt/Agrippastraße vor, da diese Grundstücke auch sehr viel preiswerter seien.<sup>635</sup> Im weiteren Verlauf der Sitzung sprachen sich auch mehrere CDU-Stadtverordnete für den Standort Agrippastraße aus, unter anderem weil man bei der Entwicklung der Stadt noch so manchen repräsentativen Bauplatz benötigen werde.

Der Gesundheitsdezernent Dr. Vonessen hingegen vertrat den Standpunkt, dass „die Zusammenlegung von Bad, Krankenhaus und ambulanten Einrichtungen einzigartig günstig und wirtschaftlich“ sei und verwies darüber hinaus erneut auf die Belange der Sportler: „Köln war immer eine Hochburg des Wassersports“ und bisher hätte „kein Schwimmbecken sportgerechte Abmessungen“. Dies war auch die Meinung der SPD-Fraktion, die darüber hinaus Unterstützung vom Pressechef Dr. Schmitt erhielt,

---

<sup>633</sup> VStVK vom 24.3.1953, S. 159. Dr. Jacobs (F.D.P.) schlug im weiteren Verlauf seiner Rede vor, die Errichtung von Kleinstschwimmbecken in Schulen vorzuziehen.

<sup>634</sup> VRK vom 20.5.1954, S. 17ff. Das Folgende ebenda.

<sup>635</sup> VRK vom 20.5.1954, S. 283: Der CDU-Stadtverordnete Binot präzisierte diese Aussage noch dahingehend, „daß für das Zentralbad 7.300qm Bodenfläche gebraucht werden, und daß dafür rund 1,5 Millionen DM beansprucht werden, während der Platz Agrippastraße-Großer Griechenmarkt in der gleichen Größe mit 300.000 DM zu bewerten ist.“

der feststellte, dass „das Bad am Griechenmarkt eine Einrichtung des Viertels, während es an der Cäcilienstraße eine zentrale Einrichtung der Großstadt“ wäre. Bei der abschließenden Abstimmung entfielen 23 Stimmen (alle 20 SPD-Stimmen, 3 Stimmen von der CDU) auf den Standort Cäcilienstraße und 28 Stimmen auf den Standort Griechenmarkt bei drei Enthaltungen. Im Jahresbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen 1957 kommentierte Sampels in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender die Debatte. Der Zweckverband sei danach mit der beschlossenen Lage „nicht einverstanden“ gewesen, sein Einspruch habe zwar „zu erregten Debatten im Stadtrat, in Bürgerversammlungen, sowie zu Pressepolemiken“ geführt, aber leider habe man aber keinen Erfolg gehabt, „obschon die Stadtverwaltung unserem Vorschlag beiträt“.<sup>636</sup> So gesehen konnten sich der gemeinsame Standpunkt des Zweckverbandes, der Verwaltung und der SPD gegen die Ratsmehrheit der CDU nicht durchsetzen.

Mit dem Beschluss über den Standort war der Bau des Zentralbads endgültig auf den Weg gebracht. Die Architekten Hannsotto Schaeffler und Wolfgang Bleser vom Hochbauamt stellten im November 1954 die Pläne vor: In der Schwimmhalle sollte ein tiefes Becken (15x20m) mit verschiedenen Sprungmöglichkeiten (10m, 7,50m, 3m und 1m) und ein Schwimmerbecken (20x25m) mit acht Bahnen gemäß den internationalen Wettkampfbestimmungen entstehen. Die Möglichkeit zum Rudertraining bot ein zusätzliches Lehrbad. Im Untergeschoss waren Schwitzbäder mit Sauna, im zweiten Obergeschoss zusätzliche Wannen- und Brausebäder vorgesehen. 1.200 Zuschauer konnten auf den Galerien Platz finden. Am 18. November 1954 verabschiedete der Rat der Stadt Köln die Entwürfe und die veranschlagten Baukosten in Höhe von 8 Millionen DM. Im Juli 1955 erfolgte der erste Spatenstich.

Die Verwirklichung aller Pläne sollte allerdings insgesamt mehr als 15 Jahre dauern. Nachdem 1956 eine Finanzierungslücke von 2,9 Millionen DM entstanden war, drohte die Stilllegung der Bauarbeiten. Die Fertigstellung größerer Bereiche wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Im Mai 1958 eröffnete Oberbürgermeister Burauen offiziell die Schwimm- und Springerbecken des neuen Agrippabads und der Ortsverband Kölner Schwimmvereine führte bereits am darauf folgenden Wochenende

---

<sup>636</sup> Kölner Sportgeschichte, Best. 92/18, Jahresbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen Groß-Köln, Vorbericht.

erste sportliche Wettkämpfe durch. Kurz nach der Eröffnung freute sich der Verwaltungsausschuss über den sehr guten Besuch mit 15.000 Badegästen/pro Woche. In den nächsten Jahren folgte schrittweise der weitere Ausbau des Bads. Am 15. Juli 1959 wurde der Ruderkeller fertiggestellt, im Januar 1966 die Brause- und Wannenabteilung, am 21. November 1967 der Saunabereich und Anfang der 1970er Jahre die Gymnastikabteilung.

### *3.1.5.2. Hallen- und Freibäder*

Das Schwimm- und Badeangebot war aber auch nach dem Bau des Zentralbads keineswegs zufrieden stellend. Parallel zur Fertigstellung des Agrippabads forderte vor allem der Gesundheitsausschuss, der die Bäder als „Notwendigkeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens“ betrachtete, eine umfassendere Planung, wobei auch sportliche Belange Berücksichtigung finden sollten.<sup>637</sup> Der bis Ende 1953 für Sport zuständige Gesundheitsdezernent Dr. Franz Vonessen setzte sich, wie bereits erwähnt, immer wieder auch für die Interessen der Schwimmsportler ein. Auf der Grundlage eigener Berechnungen hatte er festgestellt, dass die Besucherzahlen in den Bädern insgesamt zwar gestiegen waren, gemessen am Bevölkerungszuwachs aber ein Rückgang zu verzeichnen war.<sup>638</sup> Ursache dafür waren die verbesserten hygienischen Bedingungen im privaten Bereich, so dass eine Umorientierung in der Argumentation für den Bäderbau notwendig wurde. Das wachsende Interesse am Sport bot dazu ein willkommenes Motiv.

Die nachlassende Inanspruchnahme der Wannen- und Brausebäder hatte aber keinen Einfluss auf die ursprünglichen Planungsziele, in den Vororten bzw. Bezirken insgesamt sechs bis sieben Hallenbäder und 15 Gartenbäder einzurichten. Der „neue“ Entwurf der Bäderplanung für Köln, der 1955 dem Sportausschuss vorgelegt wurde,

---

<sup>637</sup> Dezernent Dr. Franz Vonessen und der Stadtverordnete Dr. Braubach äußerten sich mehrfach in diesem Sinne. Z.B. VRK vom 20.5.1954, S. 267.

<sup>638</sup> Nach seinen Berechnungen kamen „auf ein Schwimmbecken im Jahr 1939 147.000 Besucher, 1952 252.000, auf eine Wanne damals 643, heute 1864, auf eine Brause 1206 und heute 3516. Also eine erhebliche Steigerung der Inanspruchnahme und trotzdem ein erheblicher Rückgang, wenn man die Bevölkerung zugrunde legt.“ VRK vom 20.5.1954, S. 267.



orientierte sich weiterhin an diesen Werten.<sup>639</sup> Neben den sechs Hallenbädern<sup>640</sup> sollten die Garten- oder Freibäder in erster Linie entlang des Rheins entstehen, „um nun doch ein Baden in der Nähe des Stroms in der dort guten Luft zu ermöglichen“.<sup>641</sup> Ein zweiter „Kranz“ sollte sich entlang dem Grüngürtel erstrecken.<sup>642</sup>

<b>Bad</b>	<b>Schwimmbhallen</b>	<b>Eröffnung</b>
Neptunbad	1 Becken	10.04.1912 1945 Wiedereröffnung
Deutz-Kalker-Bad	1 Becken	12.08.1914 01.11.1950 Wiedereröffnung
Agrippabad	2 Becken 1 Lehrschwimmbecken	14.05.1958
Bezirksbad Sülz (Marsilius-Bad)	1 Becken	17.07.1962
Nordbad in Nippes	1 Becken, 1 Lehrschwimmbecken	18.12.1962
Mülheim, Genoveva-Bad	1 Becken, 1 Lehrschwimmbecken	02.12.1966
Bickendorf, Rochusbad	1 Becken 1 Lehrschwimmbecken	31.07.1970
Hallenbad Worringen	1 Becken	01.11.1970
Schwimmzentrum der DSHS	1 Becken 1 Lehrschwimmbecken	23.6.1972
Kombibad Höhenberg	2 Becken 1 Lehrschwimmbecken	14.04.1975
Kombibad Zündorf	1 Becken 1 Lehrschwimmbecken	04.08.1976
Kombibad Zollstock	2 Becken 1 Lehrschwimmbecken	25.08.1976

Tabelle 12: Hallenbäder in Köln bis 1976. In verschiedenen Schriftstücken des Sport- und Bäderamtes erscheinen Aufstellungen, die noch zwei weitere Hallenbäder in Dellbrück und Zollstock (ab 3.1.1958) aufführen. (Quelle: SCHRÖDER, Volker, *Der Funktionswandel im Bäderbau und Bäderbetrieb der Kölner Hallenbäder vom Deutschen Reich (1871) bis zur heutigen Zeit (1991)*, Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1991.)

<sup>639</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 922, Bäderplanung, o. Pg., Kölner Bäderplanung vom 17.6.1955.

<sup>640</sup> Diese Bäder waren im einzelnen: Agrippabad, Bezirksbad Nippes, Neptunbad, Universitätsbad (Sülz), Deutz-Kalker-Bad und Genovevabad (Mülheim). Die Planung eines Bads im Bezirk Zollstock, Raderberg, Bayenthal war nicht vorgesehen, da „hier die Bevölkerungsdichte noch zu gering“ schien. Vgl. HASTK, Acc. 871, Nr. 922, o. Pg., Kölner Bäderplanung vom 17.6.1955.

<sup>641</sup> Dazu gehörten ein Freibad in der Mülheimer Heide, das städtische Freibad Riehl, ein Gartenbad in der Nähe des Fordturmes (Thermalbad), im Hindenburgpark und am Poller Fischerhaus.

<sup>642</sup> Hier waren vorgesehen bzw. bestanden bereits das Eis- und Schwimmstadion, ein Bad an der Venloer Straße, ein Bad in der Nähe der Luxemburger Straße

1956 stellte die Bäderverwaltung einen Zehnjahresplan für den Bäderbau auf. Die langen Planungs- und Realisierungsphasen deuten darauf hin, dass auch hier, vergleichbar mit den Problemen im Sportplatzbau, Schwierigkeiten bei der Ausweisung von Grundstücken auftraten. In einer ausführlichen Stellungnahme zum Zehnjahresplan vom 25. Oktober 1956 bemängelte dies der Dezernent für öffentliche Einrichtungen:

„Die Bäderplanung leidet – genau wie die Sportplatzplanung – unter der Grundstückspolitik. In dem Schicksal der Sportplatz- und Bäderplanung gewinnt man den Eindruck, daß die Bodenpolitik der Stadt Köln augenblicklich die Gesundheitsvorsorge zu wenig berücksichtigt. [...] Auch ist es nicht zu vertreten, daß bei Gelände-kauf für Neusiedlungen diesen eine Sportanlage zur Erzielung eines günstigeren Bodenpreises geopfert wird.“<sup>643</sup>

Als Beispiel benannte Bäderektor Jung das geplante Bad an der Piccoloministraße (Bezirkssportanlage Ost), das der Industrie „geopfert“ worden sei.

1959 wurde der Zehnjahresplan in ein „Dringlichkeitsprogramm für fünf Jahre“ modifiziert. Zwei Anträge der CDU-Fraktion vom Januar und August 1959 brachten den Bau von drei weiteren Hallenbädern in Sülz, Nippes und Mülheim mit auf den Weg gebracht.<sup>644</sup> In den Haushaltsplänen für 1959 und 1960 wurden Mittel in Höhe von je 1,75 Millionen DM für diese „Bezirkshallenbäder“ eingestellt sowie eine weitere Million für die Erweiterung des Freibads in Riehl. In seiner Rede zum Haushaltsplan 1960 äußerte Oberstadtdirektor Dr. Adenauer seine Genugtuung darüber, „daß im vergangenen Jahr der Bäderplan der Verwaltung, der im Jahre 1956 aufgestellt wurde, zum Ausgangspunkt für die systematische Verbesserung der Hallenbad- und Freibadverhältnisse in Köln genommen wurde.“<sup>645</sup> Das Zusammenspiel zwischen der antragstellenden CDU und der Stadtverwaltung war beispielhaft für eine gelungene politische Inszenierung. Die Chance auf eine baldige Realisierung der Projekte wurde nämlich durch die in Aussicht gestellten Fördermittel des Landes erhöht. Mit dem Lob für die weitsichtige Planung seiner Verwaltung lenkte der Oberstadtdirektor aber auch von den bereits beschriebenen Problemen der langen Bauzeiten ab, auf die der Stadtverordnete Hans Grün (SPD) in seiner Entgegnung hinwies. Beim Neubau des

---

<sup>643</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 922, Bäderplanung, o. Pg., Zehnjahresplan für den Bau von Freibädern.

<sup>644</sup> VRK vom 29.1.1959, S. 34, VRK vom 27.8.1959, S. 409. Widerstand gab es von Seiten der SPD nur gegen die Reihenfolge. Als vordringlich empfand man den Bau des Bads in Nippes, da es der Bevölkerung schon 1927 versprochen worden war.

Bezirkshallenbads in Mülheim würde es eine Verzögerung geben, „weil hier der Versuch, bestehende Grundstücksschwierigkeiten zu beseitigen, noch einige Zeit in Anspruch nehmen“.<sup>646</sup> Wie am Beispiel des „Turnhallenbauprogramms“ bereits gezeigt, hatte die CDU auch in diesem Fall die Fördermöglichkeiten der Landesregierung geschickt genutzt, um auf kommunaler Ebene Entschlossenheit und Durchsetzungskraft zu demonstrieren. Mit seiner Einschätzung sollte Grün allerdings ebenfalls recht behalten. Während die beiden Bezirksbäder Sülz und Nippes 1962 eröffnet werden konnten, dauerte es in Mülheim noch vier weitere Jahre bis das neue Genovevabad in Betrieb ging.

Nach der Eröffnung der Bäder in Sülz und Nippes verfasste die Bäderverwaltung ein Strukturprogramm zum künftigen Bäderbau in dem sie prognostizierte, dass „für den Bau der Hallen-, Schul- und Freibäder [...] noch 30-40 Millionen DM erforderlich“ seien.<sup>647</sup> Mit der Realisierung dieses Bäderprogramms sei aber nicht vor 1980 zu rechnen. „Wegen der ungünstigen Witterung im Sommer und der Staubeinwirkung“ schlug die Verwaltung vor „nicht nur Freibäder sondern kombinierte Hallen- und Freibadanlagen“ zu berücksichtigen.<sup>648</sup> Laut Protokoll war auch der Sportausschuss der Ansicht, „wegen der Witterungsbedingungen hierzulande in Zukunft nur noch kombinierte Bäder“ zu bauen. Allerdings schienen die Meinungen über die Vor- und Nachteile der kostenaufwändigeren „Kombibäder“ zunächst noch auseinander zu gehen, so dass man beschloss, verschiedene Anlagen zu besichtigen.<sup>649</sup> In der zwei Wochen später stattfindenden Ratssitzung vom 19. Dezember 1963 verwies Haumann auf den Beschluss des Sportausschusses, in Zukunft keine „Nur-Freibäder“ mehr bauen zu wollen, was die CDU schon seit langem gefordert habe.<sup>650</sup> „Mit Freuden“ habe man feststellen können, dass „auch der Oberstadtdirektor mittlerweile diese Auffassung angenommen hat“. Darüber hinaus – so Haumann – sei es nicht länger zu vertreten,

---

<sup>645</sup> *Kölner Sportkurier* 15(1960)4, o. S.

<sup>646</sup> *Kölner Sportkurier* 15(1960)4, o. S. Auch im Rahmen der Meisterfeier Ende 1961 verwies Oberbürgermeister Burauen auf die Probleme beim Mülheimer Bad, wo die Räumung des Bauplatzes noch Schwierigkeiten bereiten würde, da für 10 Familien noch Wohnungen gesucht werden müssten. *Kölner Sportkurier* 17(1962)1, S.2.

<sup>647</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 922, Bäderplanung, o. Pg., Aktennotiz vom 6.3.1963.

<sup>648</sup> VRK vom 19.12.1962, S. 436.

<sup>649</sup> HASTK, Acc. 5, Nr. 7376, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 3.12.1963.

<sup>650</sup> Genannt wurden die Bäderprojekte in Merheim, Klettenberg, Worringen und Riehl. Siehe VRK vom 19.12.1963, S. 401. Das Folgende ebenda.

„daß die Bäder [...] fertig geplant sind und zum Teil bereits seit Jahren Mittel bereit stehen, diese aber nicht begonnen werden“.

Insbesondere für die Kölner Schwimmvereine war die Bädersituation bis in die späten 1960er Jahre hinein unbefriedigend. Die Realisierung neuer Projekte unterlag ähnlichen Schwierigkeiten, wie im Sportplatz- und Turnhallenbau. Erst mit der Fertigstellung der Kombibäder in Höhenberg, Zündorf und Zollstock und dem Schwimmzentrum an der Deutschen Sporthochschule entspannte sich die Lage. Allerdings verfügte die Stadt Köln am Ende des Untersuchungszeitraums über eine relativ große Anzahl von kleinen Bädern mit einem Becken (20) sowie sechs weiteren Schwimmhallen mit mehreren Becken.<sup>651</sup> Die Summe der Wasserfläche betrug 7.896 qm, womit Köln einen Spitzenplatz in der Versorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik belegte. Die große Anzahl der Schulbäder war jedoch nicht für den Vereinsbetrieb geeignet. Über den gesamten Zeitraum betrachtet war auch in Köln – wie auf nationaler Ebene – der absolut größte Zuwachs an Sportstätten im Bereich der Bäder zu verzeichnen. Insgesamt wurden zehn größere Bauprojekte, sowie insgesamt 14 kleinere Lehrschwimmhallen realisiert

### **3.1.6. Probleme im Kölner Sportstättenbau und der Vergleich zu anderen Städten**

Die in der Weimarer Zeit geschaffene Sportstätteninfrastruktur wirkte in Köln bis in die Nachkriegszeit fort. Köln verfügte nach 1945 noch über ein Sportstättenangebot, das gute Voraussetzungen für die Austragung großer Sportereignisse bot. Der Sportbetrieb lief zunächst noch nicht in vollem Umfang, so dass auf dem Sektor der Sportplätze kein eklatanter Mangel auftrat. Diese Situation verschlechterte sich jedoch im Laufe der 1950er Jahre zunehmend. Der Mangel an freien Flächen für Wohnraum, Industrie und Verkehr führte zum Wegfall von Sportflächen, der auch durch den Ratsbeschluss von 1955 nicht aufgehalten werden

---

<sup>651</sup> Die Mehrzahl der kleinen Hallenbäder waren Lehrschwimmhallen (12). Die übrigen Bäder mit mehreren Becken waren Kombibäder. Vgl. DEUTSCHE OLYMPISCHE GESELLSCHAFT (Hg.), *Erhebung über den Bestand an Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen – Sportstättenstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1976*, Tabellenanhang, S. 63. Einschränkend muss bemerkt werden, dass die Statistik keine eindeutige Zuordnung der Kölner Bäder zulässt.

konnte, da die rechtlichen Grundlagen dafür fehlten. Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Sporttreibenden an.

Die Kölner Sportverwaltung sah sich grundsätzlich in der Hauptverantwortung für die Planung und Errichtung von Sportanlagen.<sup>652</sup> Mit der Einrichtung eines dezernatsübergreifenden Arbeitskreises zum Wiederaufbau der Sportstätteninfrastruktur war 1947 zwar ein Gremium für die zukünftige Bewältigung der Sportstättenprobleme geschaffen worden, der Arbeitskreis entwickelte jedoch keine Planungsgrundlagen oder Gesamtkonzepte über mehrere Jahre, weder in Absprache mit den Vereinen, noch durch Ermittlung des Bedarfs bei der sporttreibenden Bevölkerung. Die sich nur an einzelnen Sachproblemen orientierende Kommunikation der Verwaltung mit den Sportorganisationen führte dazu, dass grundlegende Konzeptionen, wie sie noch im Rahmen der ersten Wiederaufbaupläne von Rudolf Schwarz bestanden hatten, in zahlreiche Einzelprojekte und Maßnahmen zerfielen, die nach ihrer Dringlichkeit abgearbeitet wurden. Das Sportamt war in diesem Arbeitskreis keine übergeordnete und gestaltende Instanz, auch weil die Verfügungsberechtigung über die Flächen bei anderen Ämtern angesiedelt war.

Die gegensätzlichen Interessen und Koordinierungsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Dezernaten, u.a. mit dem Gartenamt, dem Schulamt und dem Liegenschaftsamt trugen zusätzlich dazu bei, dass ein Sportstättengesamtkonzept zunächst nicht entstehen konnte. Sowohl im Schriftverkehr des Sportamtes als auch in den Protokollen des Rates und des Sportausschusses kommt dieser Konflikt mehrfach zum Ausdruck. 1957 stellte Hans Grün (SPD) fest, dass die „Förderung und Pflege des Sports“ eine „Aufgabe der kommunalen Verwaltung schlechthin“ sei und „nicht nur des Sportamtes, sondern aller in Frage kommenden Dienststellen“.<sup>653</sup> Bereits in der Vergangenheit habe man Kritik geäußert, „daß eben nicht alle unsere Dienststellen in der Verwaltung sportfördernd wirken“. Bei der Einrichtung des übergeordneten

---

<sup>652</sup> Ein anderes „auf Selbsthilfe der Vereine beruhendes“ Konzept verfolgte z.B. Hannover, wo die Vereine von vornherein sowohl an den Investitionskosten, vor allem aber an den Folgekosten beteiligt wurden. Vgl. ALMSTEDT, Bertold, „Beispielgebend im Sportstättenbau“, in: NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE (Hg.), Sport in Hannover, S. 202.

<sup>653</sup> VRK vom 31.1.1957, S. 130. Grün nannte in diesem Zusammenhang „das Bauamt, das Gartenamt, das Liegenschaftsamt und andere.“ Das Folgende ebenda.

Arbeitskreises „Neue Stadt“ wurde beispielsweise die Bäderverwaltung vergessen.<sup>654</sup> Der Stadtverordnete Haumann forderte 1963, dass im Hinblick auf die Errichtung von Sportanlagen und Bädern, „eine stärkere Koordination der einzelnen Ämter und Dezernate wie Liegenschaftsamt, Garten- und Friedhofsamt, Hochbauamt, Tiefbauamt und Sportamt erreicht wird.“<sup>655</sup> Im folgenden Jahr kritisierte Sportausschussmitglied Conin im Rahmen einer Fragestunde des Rates, „daß den Sportprojekten in der Bauverwaltung vielleicht doch nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die notwendig wäre,“<sup>656</sup> und selbst bis in die 1970er Jahre schien das Problem nicht gelöst zu sein. Ein „kritisches Wort an die Verwaltung“ richtete Ratsmitglied Lehmann (SPD), der „die langen Entwurfs- und Bauzeiten sowie Verzögerungen allgemeiner Art“ bemängelte und auf dem Sektor des Sportplatzbaus eine Verbesserung der Koordinierung bei Planung, Vergabe und Ausführung erbat.<sup>657</sup>

Ein weiteres Problem ergab sich aus der Bodenpolitik des Städtebau- und Liegenschaftsamtes. Eine Ausweisung als Sportfläche stand gegenüber wirtschaftlich lukrativeren Nutzungen in der Prioritätenskala ganz unten. Am 22. Januar 1957 meldete die Neue Rheinzeitung: „Leider leidet die Bäderplanung – genau wie Sportplatzplanung – unter der Grundstückspolitik.“<sup>658</sup> Der Sportausschuss sprach sich mehrfach dagegen aus, bei einer Ausweitung von Industriegelände die Erholungs- und Sportflächen immer weiter aus der Stadt heraus zu drängen.

Auf der Basis der vorhandenen Daten können Aussagen über die Entwicklung des Sportstättenbaus im Vergleich zu anderen Städten bedingt getroffen werden.<sup>659</sup> Bei

---

<sup>654</sup> Dies veranlasste den Oberstadtdirektor zu einer Aktennotiz an die Bäderverwaltung. Darin heißt es: „Einer Vorlage des Sportamtes entnehme ich, daß ein Arbeitskreis „Neue Stadt“ existiert, unter der Federführung von 61/Stadtplanungsamt. In dem Verteiler ist ihre Dienststelle nicht aufgeführt. Ich halte es deshalb für notwendig, daß sie sich alsbald mit 61 in Verbindung setzen und dort ihre Ansprüche anmelden“.HASStK, Acc. 871, Nr. 922, o. Pg., Aktennotiz des Oberstadtdirektors vom 7.8.1959.

<sup>655</sup> VRK vom 19.12.1963, S.401. 1964 wiederholte der Vorsitzende der CDU-Fraktion diese Forderung mit dem Hinweis, dass zwischen der Aufnahme der Planungen und der Fertigstellung von Bädern und Sportanlagen zum Teil sieben Jahre lägen. Siehe: VRK vom 10.11.1964, S. 293.

<sup>656</sup> VRK vom 28.1.1965, S. 6. Anfrage der CDU-Fraktion betreffend Intensivierung der Bemühungen zur Beschaffung neuer Sportplatzanlagen.

<sup>657</sup> VRK vom 12.3.1970, S. 103.

<sup>658</sup> NRZ vom 22.1.1957.

<sup>659</sup> Selbst für Köln findet man divergierende Angaben zwischen den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Köln und in den Statistiken der ADS, die ab 1963 im Jahrbuch „Gemeinde und Sport“ veröffentlicht wurden. So erscheint z.B. für 1963 im Jahrbuch der ADS die Angabe von 79 städtischen Turnhallen, im Statistischen Jahrbuch der Stadt Köln sind hier 189 Einrichtungen angegeben. Auch wenn man

der Gegenüberstellung der Statistiken besteht allerdings das Problem, nach welchen Kriterien die Flächen berechnet, inwieweit vereinseigene und städtische Anlagen berücksichtigt und wie die einzelnen Sportstätten zugeordnet wurden. Ein Problem, womit im Untersuchungszeitraum im übrigen auch die Verwaltungen zu kämpfen hatten.<sup>660</sup>

---

berücksichtigt, dass in der Kölner Statistik noch Hallenbäder, Reithallen usw. mitgezählt wurden, erscheint die Differenz ungleich hoch. Siehe Gemeinde und Sport, 1962/1963, Anhang.

<sup>660</sup> 1967 forderte der Regierungspräsident eine Aufstellung der Sportübungsstätten in den Kreisen und Gemeinden und stellte anschließend fest: „Die erheblichen Abweichungen [...] gegenüber den Erhebungen des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen [...] stellen die Brauchbarkeit der Ermittlungen als Arbeitsunterlage in Frage“. HASTK, Acc. 871, Nr. 820, o. Pg., Schreiben des Regierungspräsidenten vom 24.5.1967. Gleichzeitig übermittelte er eindeutige Kriterien und verlangte eine Überprüfung der abgelieferten Daten, die von den ursprünglichen Zahlen deutlich abwichen. In seinem Antwortschreiben nannte der Dezernent nun bei der Anzahl der Spiel- und Sportplätze 137, in der Statistik der Zeitschrift „Gemeinde und Sport“ wurden lediglich 99 erwähnt.

	Köln	Düsseldorf	Dortmund	Frankfurt	Hannover	Stuttgart	Hamburg	München
<b>Spielefelder</b>								
1961	105	91	54	95	119	20	148	35
1963	122	92	102	129	191	35	167	95
1965	126	77	70	97	113	84	162	105
1968	99	98	111	134	121	106	261	142
1971	127	96	122	138	137	117	284	- <sup>4)</sup>
1973	126	61	110	140	143	126	293	190
<b>Turnhallen</b>								
1961	65	49	67	78	77	80	251	164
1963	83	60	62	90	88	85	242	191
1965	109	76	61	82	118	86	237	213
1968	108	90	93	155	129	102	258	248
1971	207	129	135	136	152	166	382	- <sup>4)</sup>
1973	212	151	136	148	154	171	408	314
<b>Schwimmbäder</b> <sup>1)</sup>								
1961	8	6	7	10	16	13	43	9
1963	8	8	9	10	14	16	42	12
1965	6	6	2	3	2	6	9	4
1968	10	6	9	9	10	11	38	14
1971	14	18	15	10	13	19	43	- <sup>2)</sup>
1973	16	18	16	13	13	20	44	17

Tabelle 13: Sportstättenentwicklung verschiedener Großstädte von 1960 bis 1973. (Quelle: Gemeinde und Sport; Jahrbücher 1960/61 bis 1972/73) 1) Städtische und private Hallen- und Freibäder. Der Rückgang bei manchen Städten kann dadurch begründet sein, dass ab 1967 in der Statistik eine zusätzliche Rubrik „Lehrschwimmbecken“ eingeführt wurde, die möglicherweise zuvor in der Gesamtzahl der Schwimmbäder mitgerechnet wurden. Unerklärlich sind allerdings die in einigen Städten sehr niedrigen Werte für 1965. 2) Die Angaben für München im Jahrbuch 1970/71 sind falsch.

Von der ADS wurden alljährliche Bestandserhebungen über das kommunale Sportstättenangebot über den Zeitraum von 1960 bis 1975 durchgeführt (Tabelle 14). Dabei ist weder eine eindeutig positive noch negative Position für Köln im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten nachzuweisen. Auffällig ist unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Einwohnerzahlen der relativ hohe Bestand an Spielfeldern 1961, der nur von Hamburg und Hannover übertroffen wird und der 1968 stark einbricht. Andererseits bestätigt sich bis Ende der 1960er Jahre der Mangel an Turnhallen und Schwimmbädern, deren Zahl gegenüber den Metropolen München und Hamburg deutlich niedriger liegt.<sup>661</sup> Zwischen 1968 und 1971 stieg die Zahl der Turnhallen in

<sup>661</sup> In Abhängigkeit von den Bevölkerungszahlen lag Köln (775.877 Einwohner) hier mit 11.936 Einwohnern/Halle nur noch vor Düsseldorf (695.721 Einwohner) mit 14.198 Einwohnern pro Halle. Im



Köln nach diesen Angaben fast um das Doppelte, ein deutlicherer Anstieg als bei allen anderen Städten. Abgesehen von der herausragenden Stellung des Stadtstaates Hamburg tritt insgesamt bei allen Städten unter Berücksichtigung ihrer Einwohnerzahlen eine Nivellierung des Sportstättenangebots ein.

Ein anderer Vergleich der Sportstättensituation zeigt ebenfalls, dass Köln am Ende des Untersuchungszeitraums durchaus mit anderen Städten konkurrieren konnte. Einen Spitzenplatz belegte die Domstadt in dieser Aufstellung bei den Hallenbädern. Bei den Sporthallen und den Tennisfeldern rangiert Köln hinter Hamburg und Stuttgart auf Platz 3 und bei den Sportplätzen auf Rang 4.<sup>662</sup>

Vor diesem Hintergrund muss man die Aussagen und Forderungen der Politiker aller Parteien relativieren, die vor allem in der Opposition den akuten Mangel an Sportstätten gerne als Vorwurf erhoben. Sowohl in der Mehrheitsfraktion als auch in der Opposition schien der Sportstättenbau ein geeignetes Thema zu sein, Erfolge der eigenen Partei oder Misswirtschaft des politischen Gegners hervorzuheben. Tendenziell setzte sich die CDU verstärkt für den Turnhallen- und Bäderbau ein, da diese Einrichtungen nicht ausschließlich von den Sportorganisationen genutzt wurden. Das Engagement auf diesem Gebiet stand daher der subsidiären Förderpraxis gegen dem Sport nicht im Weg. Auffällig sind die forcierten Antragsaktivitäten der CDU vor den Kommunalwahlen 1961 und 1964. In beiden Fällen wurde der Sport als geeignetes Thema angesehen, um auf entsprechende Defizite hinzuweisen, bzw. Wahlkampfgeschenke anzukündigen.

---

Vergleich dazu hatte München (1.075.000 Einwohner) ungefähr doppelt so viele Hallen (6.554 Einwohner pro Halle)

<sup>662</sup> Auf der Grundlage der Flächenberechnung würde Köln auch hier Rang 3 belegen, da Stuttgart trotz der hohen Anzahl von Sportplätzen eine geringere Fläche angibt.

	<b>Sportplätze<sup>1</sup> qm Nutzfläche</b>	<b>Sporthallen<sup>2</sup></b>	<b>Hallenbäder</b>	<b>Freibäder<sup>3</sup> (Becken ins.)</b>	<b>Tennisfelder</b>
Köln	216 1.499.241 qm	309	26	7 (17)	273
Düsseldorf	183 1.209.522 qm	170	17	4 (8)	238
Dortmund	163 1.209.522 qm	160		8 7 (16)	106
Frankfurt	146 1.277.000 qm	158	14	7 (13)	193
Hannover	398 1.933.797 qm	190	14	10 (21)	268
Hamburg	296 2.493.200 qm	500	18	17 (40)	421
Stuttgart	327 1.247.000 qm	178	23	10 (16)	281
München	189 1.186.952 qm	378	10	9 (33)	147

Tabelle 14: Sportplatzangebot verschiedener Großstädte 1976. (Quelle: DOG (Hg.), Erhebung über den Bestand an Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen – Sportstättenstatistik in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1976, Tabellenanhang.)

1) Erfasst wurden alle kommunalen Verbands-, Vereins-, Schul-, Hochschulanlagen und sonstige der Allgemeinheit zugängliche Sportplätze. Bei kombinierten Anlagen (Bezirkssportanlagen) waren jeweils die einzelnen Spielfelder anzugeben.

2) Soweit sich mehrere Hallen in einem Baukomplex befanden, waren sie entsprechend einzeln aufzuführen.

3) Nicht aufzunehmen waren private und Hotelhallenbäder. Bei Kombibädern war der Hallenbadanteil als selbständiges Hallenbad, während der Freibadanteil im Abschnitt Freibäder nachzuweisen war.

Abgesehen von der Unterstützung der Sozialdemokraten bei der Errichtung der Kölner Sporthalle, lagen die Anstrengungen der SPD verstärkt auf der Übernahme steuerungspolitischer Elemente, wodurch der Sportstättenbau und die Sportplatzunterhaltung letztendlich ein ausschließliches Feld städtischen Handelns wurden. Insbesondere die Stadiondiskussion verdeutlichte die Orientierung am Breitensport und Ablehnung eines Engagements für kapitalstarke Profivereine.

Die Bemühungen um den Sportstättenleitplan 1969 wurden zwar zunächst von der SPD aufgegriffen, fanden bei der Opposition aber volle Unterstützung. Beide Parteien stützten sich dabei auf Argumente der „hygienischen Fürsorge“ und „beste(n) Gesundheitsvorsorge“, wie die Redebeiträge von Franz Wendland (SPD) und Friedel

Haumann (CDU) im März 1969 zeigen.<sup>663</sup> Wendland zitierte in seinen grundsätzlichen Darstellungen das Reichsspielplatzgesetz von 1920 und nannte Zahlen über die Häufigkeit krankhafter Störungen. Das umfassende Sportstättenprogramm und eine Verbesserung in der Verwaltungskoordination sollte der „Beginn einer neuen Zusammenarbeit“ sein. Haumann bezeichnete die Initiativen sogar als „Wendemarke in der Sportpolitik unserer Stadt“. Einigkeit bestand auch darüber, dass der Sportstättenbau bis zu diesem Zeitpunkt eher vernachlässigt worden war und es sich bei den jetzigen Bemühungen um die Befriedigung eines „Nachholbedarfs“ handele.

Wie groß der eigentliche Bedarf an Sportstätten für die sporttreibende Kölner Bevölkerung überhaupt war, ist kaum zu ermitteln, ebenso ist ein entsprechender Druck von Seiten der Vereine auf die politische Ebene nur ansatzweise erkennbar. In der Zeit des Wiederaufbaus war man von Seiten der Verwaltung und der Politik um die Mithilfe der Vereine bemüht, die sich um Errichtung und Unterhaltung der Anlagen zunächst alleine sorgen mussten. Die vom Stadtsportbund vorgetragenen „Wünsche“ galten vorwiegend großen Projekten oder äußerten sich in pauschal formulierten Forderungen. Es entsteht der Eindruck, dass die Mehrzahl der Vereine sich gegenüber der Politik eher distanziert verhielt, eigene Lösungswege suchte und abgesehen von finanziellen Zuschüssen für einzelne Bauprojekte keine Erwartungen formulierte. Sampels vermutete 1961 darüber hinaus, dass für den Sportstättenbau nicht nur die erforderlichen Grundstücke fehlten, sondern „daß vornehmlich der Mensch selber nicht in dem erforderlichen Umfang für den Sport zu gewinnen sein wird“.<sup>664</sup> Aber selbst unter Berücksichtigung des eher mäßigen Anstiegs der Mitgliederzahlen in den 1960er Jahren ist nicht davon auszugehen, dass dieses Argument auf städtischer Seite ausschließlich die entscheidende Rolle spielte. Ob sich die Mitgliederzahlen anders entwickelt hätten, wenn das Sportstättenangebot größer gewesen wäre, kann man nur vermuten.

Das große Ziel, der Stadt Köln das ehemalige Image einer „Sporthochburg“ zu verleihen, ist im Bereich des Sportstättenbaus weder auf Seiten des organisierten Sports, noch auf Seiten der beiden großen Parteien oder der Verwaltung erkennbar. Die

---

<sup>663</sup> VRK vom 13.3.1969, S. 70ff.

<sup>664</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 819, o. Pg., Schreiben des Sportamtes an das Statistische Amt vom 7.2.1961.

Schwerpunkte lagen in der auf Wirtschaftsförderung und Wohnraumbeschaffung ausgerichteten Stadtentwicklung, was sich an der Verwaltungsarbeit wie an den Aktivitäten der Politik ablesen lässt. Erst mit einer gewissen Verzögerung erfolgte in den 1950er Jahren angepasst an die jeweilige Haushaltslage eine allmähliche Steigerung der Bauaktivitäten im Sportsektor. Die Gesundheitsfürsorge, vorwiegend für die jugendliche Bevölkerung, bildete dafür die Entscheidungsgrundlage. In den 1960er Jahren werden die Bemühungen von Seiten der Politik, eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur zu schaffen, deutlicher, der Wandel von einer „reagierenden“ zu einer „agierenden“ Haltung spürbar. Dies betrifft sowohl den Neubau von Sportstätten, als auch die Instandsetzung und Unterhaltung, sowie die einheitliche Regelung bei der Vergabe an die Organisationen.

### 3.2. Sportpolitische Entscheidungen bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln ist ein Indikator für das städtische Engagement auf dem Sportsektor und die zugrunde liegende Sportpolitik, deren Ziele und Aufgaben. Der jährliche Haushaltsplan einer Stadt beruht auf einem Entwurf der Verwaltung, der im Anschluss an die Beratungen in den Fachausschüssen im Rat verabschiedet wird. Er ist somit auch Ausdruck von politischen Prioritäten hinsichtlich der wahrzunehmenden Aufgaben, die sich in Art und Umfang in den Städten unterscheiden können. Insbesondere mit der Bereitstellung von Fördermitteln und der Entscheidung darüber, wer unter welchen Bedingungen in den Genuss dieser Förderung kommt, haben die Städte ein wichtiges steuerungspolitisches Instrument in der Hand. Die Haushaltslesungen und anschließenden Debatten im Rat, die von den Fraktionsführern der verschiedenen Parteien mit einer ausführlichen Stellungnahme eingeleitet werden, können daher auch für den Sportsektor Aufschluss geben über Zielsetzungen und Aufgabenschwerpunkte.<sup>665</sup>

Fördermittel im Sport sind entweder Geldmittel oder eine Realförderung z.B. in Form der Bereitstellung von Sportplätzen, welche immer der größere Anteil war. Die Legitimationsbasis für die Zuwendung finanzieller Mittel ergab sich aus der defizitären gesundheitlichen Situation der Bevölkerung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts dazu führte, dass sich der zum privaten Vergnügen betriebene Sport zu einer öffentlichen Aufgabe entwickelt hatte. Für die Gewährung der direkten „Pro-Kopf-Förderung“ an die Sportvereine diente als Bezugsgröße meist die Anzahl Mitglieder bzw. der Kinder und Jugendlichen in den Organisationen. Die meisten Kommunen legten in so genannten Sportförderrichtlinien Bedingungen und Voraussetzungen für Zuschüsse

---

<sup>665</sup>Zwischen Rat und Fachverwaltungen auf der einen Seite und dem Kämmerer auf der anderen Seite besteht eine Konkurrenz. Während Politik und Verwaltung die Ausgaben im Interesse ihrer Klientel fordern, muss der Kämmerer den Haushaltsplan nach den vorhandenen Ressourcen aufstellen. Darüber hinaus haben Politik und Verwaltung möglicherweise nur geringen Einfluss auf den Haushalt, was sich nach KUBAN (1993) an dem geringen Volumen nachweisen lässt, das in den Haushaltsberatungen noch bewegt wird. Siehe KUBAN, Monika, „Kommunale Haushaltspolitik“, in: ROTH, Roland/ WOLLMANN Helmut (Hg.), *Kommunalpolitik*, Bonn 1993, S. 336. Die Entscheidungen darüber, wie hoch die Ansätze im jeweiligen Haushaltsplan sind, müssten daher bereits im Vorfeld zum Teil auf informellem Weg getroffen werden.

fest.<sup>666</sup> Dadurch wurden die Vereine in die Lage versetzt, auch über längere Zeiträume zu disponieren.

Haushaltstechnisch wurden die Finanzmittel im Haushalt im Einzelplan 5, Gesundheit, Sport und Erholung aufgeführt, seit der Gemeindefinanzreform 1969 getrennt nach Verwaltungs- und Vermögenshaushalt (§ 80 GemO). Bezüglich des Sports sind innerhalb des Einzelplans 5 drei Abschnitte von besonderer Bedeutung:

550 Sportamt und Förderung des Sports<sup>667</sup>

560 Sportstätten<sup>668</sup>

570 Badeanstalten.

Eine ausführliche Analyse der öffentlichen Sportförderpraxis über den Zeitraum von 1965 bis 1991 in der BRD lieferte HOCKENJOS (1995).<sup>669</sup> Ein Vergleich der verschiedenen kommunalen Richtlinien zeigte nur geringe Unterschiede auf. Antragsberechtigt waren in den meisten Kommunen die gemeinnützigen Sportvereine mit Sitz in der jeweiligen Stadt. Als Voraussetzung für die Gewährung von Zuschüssen wurde überwiegend das Vorhandensein, aber nicht die tatsächliche Höhe, von Eigenmitteln benannt, wodurch die Kommunen dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung tragen wollten. Für HOCKENJOS sind den Sportförderrichtlinien „als Instrument für die Schaffung von Transparenz kommunaler Sportpolitik Grenzen gesetzt“, da der in den Verordnungen oft verwandte Begriff der „Angemessenheit“ der Eigenmittel meist unscharf formuliert sei.<sup>670</sup> Sein Fazit lautet, dass sich die Kommunen

---

<sup>666</sup> Die Art der Förderung variiert allerdings in den einzelnen Kommunen. So bevorzugen manche Städte die sogenannte Maßnahmenförderung, mit der Möglichkeit unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen.

<sup>667</sup> Der Abschnitt 550 erfasst im Verwaltungshaushalt die Aufwendungen für die Sportverwaltung (Personal, Sachmittel usw.), sowie Zuschüsse an die Vereine für die Pflege von Sportstätten, für die Durchführung von Veranstaltungen, für die Beschäftigung von Übungsleitern, für Ehrungen usw. Zum Vermögenshaushalt gehören Ausgaben, die im Zusammenhang mit Zuschüssen zu Bauvorhaben der Vereine fallen.

<sup>668</sup> Im Verwaltungshaushalt des Abschnitts 560 werden die mit der Unterhaltung kommunaler Sportstätten zusammenhängenden Ausgaben ausgewiesen. Einnahmen entstehen in Form von Mieten und Pachten, die der jeweilige Nutzer zu entrichten hat. Im Vermögenshaushalt werden alle Ausgaben erfasst, die mit dem Bau kommunaler Sportstätten zusammenhängen (Erwerb, Erschließung, Hochbaumaßnahmen, bauliche Verbesserungen).

<sup>669</sup> HOCKENJOS, *Öffentliche Sportförderung*, S. 3. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf diese Studie.

<sup>670</sup> HOCKENJOS, *Öffentliche Sportförderung*, S. 33. Außer dem Vorhandensein von Eigenmitteln wird oft die „Angemessenheit“ der Mitgliedsbeiträge als Bedingung genannt. Eine konkrete Definition über die Höhe dieser Beiträge fehlt dabei.

trotz des Vorhandensein vergleichbarer Richtlinien<sup>671</sup> in ihrer Praxis, wie und an wen Zuschüsse vergeben wurden, sehr unterschieden. Erschwert wird der Vergleich der städtischen Sportbudgets dadurch, dass diverse Sportausgaben aus dem Einzelplan 5 ausgegliedert werden, was z.B. für die dem Schulsport dienenden Sportstätten gilt, deren Ausgaben dann im Schuletat aufgeführt werden. Bestimmte größere Sportstätten (Stadien, Sporthallen, Eishallen) wurden von einigen Kommunen aus dem gesamten Etat herausgenommen und als GmbH geführt. Insgesamt waren die Ausgaben für den Sport über den gesamten Untersuchungszeitraum stark gestiegen, selbst inflationsbereinigt belief sich der Anstieg zwischen 1965 und 1991 auf etwa 400%.

Der gesamte Etat der Stadt Köln erhöhte sich zwischen 1946 und 1975 von 80,46 Millionen auf 4,75 Milliarden DM.<sup>672</sup> Von dieser Summe entfielen 1946 4,7 Millionen DM auf den Etat im Einzelplan 5 (Gesundheits- und Jugendpflege), 1975 waren es 154,6 Millionen DM. Der Anteil des Budgets im Sektor Gesundheit, Jugend und Sport am Gesamthaushalt war damit von 5,5% gesunken auf ca. 3,2%.

Eine Analyse der Kölner Zuschusspraxis zeigt die Zielsetzung der Sportpolitik auf und verweist auf die Fragen, welche Vereine besonders gefördert werden sollten, wer diese Förderung nutzte und wie sich die einzelnen Budgets innerhalb des Sportsektors über den gesamten Zeitraum änderten. Von Interesse ist dabei auch, ob die Zuwendungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert wurden.

### **3.2.1. Richtlinien und Antragspraxis für die kommunale Sportförderung**

Mit der Wiedereinrichtung des Stadtamtes für Leibesübungen zu Beginn des Jahres 1946 konnten die Vereine im Rahmen des vorhandenen Etats (40.000 DM) mit einer städtischen Beihilfe für den Aufbau ihres Sportbetriebs rechnen. Die meisten diesbezüglichen Anträge zielten auf eine finanzielle Beihilfe für Sportgeräte und die Errichtung vereinseigener Anlagen. Die Antragsteller beriefen sich in ihren Argumenten fast ausschließlich auf ihre wertvolle Arbeit im Rahmen der Jugendarbeit und ihre

---

<sup>671</sup> Die Empfehlungen des Deutschen Städtetages stammen aus dem Jahr 1987.

<sup>672</sup> Im Vermögenshaushalt waren 2,014 Milliarden DM, im Verwaltungshaushalt 2,742 Milliarden DM veranschlagt. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1975, S. 152.

herausragenden Leistungen, die den Namen der Stadt Köln auch weit über ihre Grenzen hinaustragen würden. Der Unterausschuss für Jugendpflege und Leibesübungen beschloss am 1. Juli 1947 Grundsätze für die Bewilligung von Beihilfen an die Vereine, wonach Zuwendungen aus städtischen Mitteln „grundsätzlich nur für Sach- nicht aber für Verwaltungsausgaben [...] gerechtfertigt“ seien.<sup>673</sup> Weiterhin war man der Auffassung, dass die Beihilfe nur ein Teil der Gesamtkosten der zu erfüllenden Aufgabe sein sollte, jedoch eine genauere Festlegung über den Anteil der Eigenkosten der Vereine erfolgte nicht. Stattdessen entschied der Sportausschuss von Fall zu Fall über die Höhe der Zuwendungen und die Beihilfen wurden nach der Vorlage der Rechnungen ausgezahlt. Mit diesen einfachen „Richtlinien“ wurde die Bewilligung der Vereinsbeihilfe über einen langen Zeitraum vollzogen. Auf eine Anfrage der Stadt Aschaffenburg bezüglich der Praxis bei der Gewährung von Beihilfen schrieb Amtsleiter Sampels:

„Bezüglich der Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen wird noch vermerkt, daß diese Gelder auf Antrag der Vereine mit Stellungnahme des örtlichen Zweckverbandes für Leibesübungen für folgende Zwecke ausgegeben werden: Sportplatzinstandsetzung, Sportheime, Sportgeräte, Sportveranstaltungen besonderer Art, Zuschuß für Bädermieten der Schwimmvereine, Leichtathletische Jugend-Wettkämpfe, Fahrtkosten zu deutschen Meisterschaften, Ehrenpreise.“<sup>674</sup>

Wie von Sampels beschrieben wurden alle eingereichten Anträge zunächst über den jeweiligen Fachverband, dann zum Zweckverband geleitet, der sie mit einer gutachterlichen Stellungnahme an die Stadtverwaltung weiterreichte.<sup>675</sup> Eine vom Sportamt verfasste Beschlussvorlage wurde anschließend im Sportausschuss behandelt, der in der überwiegenden Zahl der Fälle eine Zuwendung befürwortete. Ausnahmen bildeten Anträge von Vereinen, die nicht über ihren Fachverband dem Zweckverband angeschlossen waren oder, die in zu kurzen Zeitabständen Beihilfen anforderten.<sup>676</sup> Den Wunsch, die zur Verfügung stehenden Gelder bereits Anfang eines Jahres verplanen zu

---

<sup>673</sup> HASTK, Acc 5, Nr. 5887, Protokoll der Sitzung des Unterausschusses für Jugendpflege und Leibesübungen vom 1.6.1947.

<sup>674</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 807, o. Pg., Schreiben des Sportamtes an die Stadt Aschaffenburg vom 26.7.1954.

<sup>675</sup> Zur Praxis der Antragstellung siehe auch Kapitel 2.4.4.2.

<sup>676</sup> Dazu hatte der Zweckverband einen Grundsatzbeschluss gefasst, der besagte „Anträge von ein und dem selben Verein nur alle 2 Jahre zu behandeln, bzw. zu befürworten“. Siehe: Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.4.1962.



können, äußerte der Vorstand des Zweckverbandes in seiner Sitzung 1958.<sup>677</sup> Der Zweckverband hätte über seine Bürgermitglieder zwar immer Einblick in den Haushalt und die entsprechenden Vorgänge, die im Sportausschuss beraten wurden, gehabt. Möglicherweise war eine Transparenz der tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel aber nicht gegeben, was den Schluss nahe legt, dass die Verwaltung dieses Wissen für sich behielt. Das folgende Beispiel kann diese Annahme unterstützen. Im April 1966 forderte der Sportausschuss von der Verwaltung eine Erklärung darüber, warum der zur Verfügung stehende Etat bereits im Frühjahr mit mehr als 20.000 DM überschritten sei. Eine für die Sportausschuss-Sitzung am 5. April 1966 geforderte Vorlage wurde vor der Sitzung von der Verwaltung überraschend wieder zurückgezogen. Unter dem Titel „Sportetat bleibt rätselhaft“ berichtete auch die Kölnische Rundschau über den Vorfall. Dabei hatten nachträgliche Erkundigungen ergeben, dass „die finanzielle Voreiligkeit des Sportamtes noch größer ist, als es aus den Unterlagen ersichtlich war.“<sup>678</sup> Eine Erklärung für die Irritationen um die Gelder ist in den Akten nicht zu finden. Dennoch verdeutlicht das Geschehen, dass allein die Verwaltung die Übersicht über die Finanzen zu haben schien.

Ab den 1960er Jahren änderte man das Antragsverfahren dahingehend, dass nun die Vereine nicht über den Fachverband, sondern direkt an den Zweckverband herantraten und ein Vereinsvertreter im Rahmen der Vorstandssitzungen zum Anliegen gehört wurde. Zum guten Ton gehörte es wohl, auf positive Entscheidungen der Anträge durch den Sportausschuss mit entsprechenden Dankschreiben zu reagieren. In den Akten des Oberbürgermeisters findet man dazu einige Beispiele.<sup>679</sup> So teilte der Trainer des Ruderclubs Germania dem Sportamt mit, dass seine Mannschaft auf der Internationalen Ruder-Regatta in Trier in einem von der Stadt finanzierten Boot zwei

---

<sup>677</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll über die Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 21.1.1958. Letztendlich stellte man aber fest, „Dass die derzeitige Handhabung die richtige und die den gegebenen Verhältnissen bestangepasste ist.“

<sup>678</sup> *Kölnische Rundschau* vom 6.4.1966, Weiter heißt es in der Meldung: „Verwunderlich ist, daß im Sportamt die Abwicklung der Geschäfte ausschließlich auf die Spitze, nämlich auf den Sportamtsleiter abgestellt zu sein scheint.“ Amtsleiter Schirmer war zu diesem Zeitpunkt nicht dienstfähig aufgrund seiner Unfallverletzungen.

<sup>679</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 361-Nr.364, Sportangelegenheiten A-Z.

Siege errungen hätte. Das Boot trug zudem den Namen „Stadtrat“.<sup>680</sup> Der Zweckverband als das eigentlich vorentscheidende Gremium wurde dabei kaum wahrgenommen.

Zusätzlich zu den finanziellen Mitteln unterstützte das Stadtamt für Leibesübungen die Vereine ab 1949 mit der Zuteilung von Sportgeräten, die in Form von Weihnachtsspenden an die Jugendabteilungen übergeben werden sollten. Diese Zuwendungen wurden zugleich als eine „Anerkennung der Arbeit, die die Vereine auf dem Gebiete der sportlichen Jugenderziehung leisten“ betrachtet.<sup>681</sup> Grundlage für die Höhe der Zuteilung waren auch hier die im Rahmen der Bestandserhebungen des Stadtamtes gemeldeten jugendlichen Mitglieder. Abgesehen von der anerkennenden Geste an die Vereine legte die Stadtverwaltung im Gegenzug großen Wert darauf, „den Wünschen des Spenders zu entsprechen und das Sportmaterial in einer Versammlung oder bei der Weihnachtsfeier der betreffenden Sportgruppe zu überreichen.“<sup>682</sup> Dabei schien es zwischen den Beteiligten in der Praxis schon mal zu Unstimmigkeiten zu kommen. Im Rahmen einer Vorstandssitzung des Zweckverbandes 1952 verkündete Sampels, „daß eine ganze Reihe von Vereinen Zuweisungen für Weihnachten [...] bisher nicht abgeholt“ hätten und daher könne es um die Vereine „also wirtschaftlich noch nicht so ganz schlecht bestellt sein.“<sup>683</sup>

1961 beantragte die CDU-Fraktion die „Einführung einer Beihilfe zur Ausbildung und Unterstützung von Übungsleitern in den Sportvereinen“. In der Begründung dieses Antrags heißt es:

„Bei der Bedeutung, die der sportlichen Betätigung von der Gesunderhaltung unseres Volkes her zukommt, muß die Tatsache alarmierend wirken, daß nur 7% der Bevölkerung Mitglieder in Turn- und Sportvereinen sind. [...] Eine grössere Erfassung der Bevölkerung für die sportliche Betätigung erscheint uns eher zu erreichen zu sein, durch die Mitarbeit der Sportvereine. Diese müßten in die Lage versetzt werden, über ihren jetzigen Mitgliederbestand hinaus einen größeren Teil der Bevölkerung zu erfassen.“<sup>684</sup>

---

<sup>680</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 362, Bl. 14, Schreiben des Sportamtes an den Oberbürgermeister vom 12.6.1953.

<sup>681</sup> *Kölner Sportkurier* 6(1951)12, S. 3.

<sup>682</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 100, ESV Olympia, Allg. Schriftverkehr

<sup>683</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 8.1.1952.

<sup>684</sup> HASTK, Best. 871, Nr. 835, Beihilfen für Übungsleiter, o. Pg. Antrag der CDU-Fraktion an den Oberstadtdirektor vom 2.6.1961.

Der Antrag war einerseits eine Reaktion auf den gescheiterten Versuch des städtischen Freizeitsportangebots für die Bevölkerung, dass mangels Beteiligung Mitte des Jahres 1961 eingestellt werden sollte. Nun wollte man die Vereine animieren und bei ihren Bemühungen unterstützen, neue Mitglieder zu werben. Darüber hinaus standen im Oktober 1961 die nächsten Kommunalwahlen an. Der ganzseitige Pressebericht in der Kölnischen Rundschau vom 10. Juni 1961 mit dem Titel: „Silberner Plan soll den Volkssport neu beleben“ deutet auf die Zielrichtung hin, in den Sportvereinen Wähler zu mobilisieren. 15.000 DM sollten noch im gleichen Jahr an die Vereine gezahlt werden. Im Zweckverband, wo der Antrag ebenfalls diskutiert wurde, wiesen mehrere Vorstandsmitglieder darauf hin, „daß eine reichliche Zahl von ausgebildeten Übungsleitern vorhanden sei“.<sup>685</sup> Das Problem läge nicht in der Ausbildung, sondern bei der Bezahlung bereits ausgebildeter Übungsleiter, die nicht mehr bereit seien „ehrenhalber in den Vereinen tätig zu werden“. In diesem Zusammenhang berichtete Dr. Schwarz auch von der Initiative des Landes, das für den nächsten Haushaltsplan als erstmaligen Ansatz zwei Millionen DM für die Bezahlung von Ausbildungsleitern vorgesehen habe.<sup>686</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass die CDU dieses auf Landesebene bereits beschlossene Vorhaben, auf kommunaler Ebene in Wahlkampfzeiten für sich beanspruchen wollte. Der Sportausschuss beschloss im Juli 1961 einheitliche „Richtlinien für die Bewilligung von Beihilfen für die Übungsleiter“, allerdings nur für die Vereine, die „nachweislich ihr Sportprogramm ausweiten und hierfür Übungsleiter einstellten“.<sup>687</sup>

Vor der nächsten Kommunalwahl, im Juni 1964, stellte die CDU-Fraktion einen Antrag zur „Förderung des Vereinssports und zur Förderung des Zweiten Weges ab 1. Oktober dieses Jahres [...], keine Gebühren für die Benutzung von Turnhallen, Sportplätzen und Bädern“ durch die Stadt zu erheben.<sup>688</sup> Die Gebühren waren bis zu

---

<sup>685</sup> HASTK, Best. 871, Nr. 835 Beihilfen für Übungsleiter, o. Pg., Schreiben des Sportamtes an den Oberstadtdirektor vom 16.6.1961.

<sup>686</sup> Das Land NRW stellte 1962 erstmals Mittel in Höhe von 1,7 Millionen DM bereit für die Förderung der Übungsarbeit in den Turn- und Sportvereinen. Vgl. KULTUSMINISTER DES LANDES NRW, *Sport in Nordrhein-Westfalen. Erster Sportbericht der Landesregierung NRW*, Köln 1980, S. 52.

<sup>687</sup> *Kölner Sportkurier* 16(1961)7/8, S. 3.

<sup>688</sup> VRK vom 25.6.1964, S. 173. In der Begründung verwies Haumann auf die Absicht, die kleinen Amateurvereine unterstützen zu wollen, die auch nach kaufmännischen Gesichtspunkten nicht immer sehr weitschauend geführt würden. Darüber hinaus sei der Verwaltungsaufwand für diesen Posten fast größer als das Ergebnis. Bis zu diesem Zeitpunkt mußten die Vereine 100 DM pro Jahr für einen Sportplatz im

diesem Zeitpunkt nie Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung, Vereinen oder Politik gewesen. SPD-Ratsmitglieds Schlösser entgegnete daher auch für seine Fraktion, dass man einen derartigen Antrag bisher nicht eingebracht habe, zumal man „vielleicht nicht die Mehrheit des Hauses gefunden hätte“. Mit seinen rechtlichen Bedenken, da beispielsweise Vereine mit privaten Anlagen aus dieser Förderung ausgenommen seien, verwies Schlösser auf ein grundsätzliches Problem. Überraschend war dieser Antrag vor allem, weil er mit der grundsätzlichen Haltung der CDU zu einer rein subsidiären Unterstützung der Vereine in Widerspruch stand. Schlösser hatte in seiner Rede den Gesinnungswandel bei der CDU offenbart. Dass die CDU die bis dahin eindeutige Position zum Subsidiaritätsprinzip nun aufgab, muss man im Zusammenhang mit der bevorstehenden Kommunalwahl sehen. Obwohl die SPD vermutlich wenig Neigung verspürte, das Wahlversprechen der CDU zu unterstützen, wollte und konnte sie sich in der Sache nicht ablehnend verhalten. Der bis dahin bestehende Konsens über eine rein subsidiäre Förderpraxis wurde abgelöst von einem neuen Übereinkommen zur Gebührenbefreiung für alle städtischen Sportanlagen.<sup>689</sup> Gemeinsam mit der F.D.P. befürwortete die SPD, den Antrag zur weiteren Bearbeitung in den Sportausschuss zu verweisen.

Im Dezember, also erst nach den Kommunalwahlen 1964, erfolgte eine einvernehmliche Änderung und Ergänzung der Entgeltordnung für die Benutzung städtischer Sportanlagen und Sportgeräte, die zunächst bis Ende 1967 befristet war. In den folgenden Jahren wurde diese Änderung jeweils um ein weiteres Jahr verlängert. Bezeichnend war, dass nur den Vereinen die Miete erlassen wurde, die „über den jeweiligen Fachverband dem Zweckverband für Leibesübungen Groß-Köln e.V. angehörten und angemessene Jugendarbeit nachweisen“ konnten.<sup>690</sup> Eine tatsächliche Kontrolle dieser Forderungen gab es aber nicht, vielmehr reichten die bei den jährlichen Vereinerhebungen angegebenen Zahlen über die jugendlichen Mitglieder aus. 1971 wurde eine Sportstättenatzung und eine Gebührensatzung erarbeitet, in der die

---

Stadion oder auf den Poller Wiesen und 75 DM auf den Bezirkssportanlagen bezahlen. Die Nutzung einer Spielhalle kostete im Sommer 15 DM im Winter 20 DM, einer Turnhalle 10 DM bzw. 15 DM. HASTK, Acc. 5, Nr. 7376, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 3.12.1963.

<sup>689</sup> Die Kommunalwahlen waren am 27.9., die Befreiung von den Gebühren sollte ab 1.10. gelten.

<sup>690</sup> VRK, Beschluss in der Sitzung vom 17.12.1964, S. 397.

Entgeltbefreiung für die Benutzung städtischer Sportanlagen grundsätzlich verankert wurde.<sup>691</sup>

Bereits 1958 hatte der Deutsche Städtetag in seinen „Leitsätzen zur kommunalen Sportpflege“ allgemeine Richtlinien für die Vereinsförderung aufgestellt, die allerdings nur empfehlenden Charakter hatten. In der Praxis entschieden die Gemeinden „in der Regel von Fall zu Fall“ nach eigenem Ermessen.<sup>692</sup> Erst zehn Jahre danach, am 8. Mai 1968, gelang im Zuge der Neustrukturierung des Sportamtes eine Verabschiedung derartiger Richtlinien für die Stadt Köln. Die neue Beihilfenordnung<sup>693</sup> sollte eine erhöhte Transparenz für die Vereine gewährleisten, schwächte aber zugleich die Position des Stadtsportbundes, der nun kein Mitspracherecht bei der Begutachtung der Anträge mehr hatte. Sie zielte darauf, eine „gleichmäßige, gerechte und überschaubare Förderung des Kölner Sports“ zu gewährleisten und die Vereine in die Lage zu versetzen, „über längere Zeiträume zu disponieren“.<sup>694</sup> Grundlage für die allgemeine Vereinsbeihilfe blieb die Zahl der jugendlichen Mitglieder.<sup>695</sup> Eine Zugehörigkeit zum Stadtsportbund war keine Voraussetzung für eine Beihilfe. Nur die Bezuschussung von Fahrten zu den Deutschen Meisterschaften (50% der Bahnkosten) war an die Bedingung geknüpft, dass diese Meisterschaft „von dem zuständigen Fachverband des Deutschen Sportbundes (DSB) ausgeschrieben und vergeben wird“, und dass „der Fachverband als Spitzenverband Mitglied des DSB ist.“ Ausfallgarantien sollten für Veranstaltungen mit „überörtlicher Bedeutung“ gewährt werden, wenn „sich der Veranstalter selbst mit einer angemessenen Summe von mindestens 25% an dem Defizit der Veranstaltung beteiligt“. Über Beträge bis 2.000 DM konnte das Sportamt ohne den Sportausschuss entscheiden. Wenig exakt war die Formulierung bei der Gewährung von Beihilfen zum Bau oder zur Erweiterung vereinseigener Sportstätten, wo der Antragsteller als Bauherr

---

<sup>691</sup> Mitteilungen Sport- und Bäderamt der Stadt Köln, 2(1971) 1, 2, S. 1.

<sup>692</sup> FREIBERG, K., Die Förderungswürdigkeit von Sportvereinen, in: *Gemeinde und Sport* (1960/61), S. 10. Die Stadt Frankfurt hatte bereits 1959 „Richtlinien für die Förderung von Turnen und Sport“ erlassen, der Senat von Berlin beschloss 1960 „Richtlinien über die Förderung von Sportvereinen“. Dabei mussten die Vereine als Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen vom Senator für Jugend und Sport als „förderungswürdig“ anerkannt werden.

<sup>693</sup> Der genaue Wortlaut der Beihilfenordnung vom 8.5.1968 siehe Anhang.

<sup>694</sup> *Kölner Sportkurier* 23(1968) H. 5/6, S. 13-15. Das Folgende ebenda.

<sup>695</sup> Die Jugendbeihilfe betrug pro Jugendlichen unter 18 Jahren 3.- DM, zusätzlich wurden bei der Anschaffung von Sondersportgeräten 6.- DM/pro Jugendlicher gewährt.

lediglich eine „angemessene Eigenleistung“ zu erbringen hatte.<sup>696</sup> Für den Unterhalt vereinseigener Sportstätten gewährte die Stadt Köln festgesetzte Zuschüsse, die an eine ganze Reihe von Bedingungen geknüpft waren.<sup>697</sup> Trotz der Hinweise, dass ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Beihilfe nicht bestand und die Beihilfen „nur im Rahmen der haushaltsplanmäßig bereitgestellten Mittel gewährt werden“, war die Beihilfenordnung die erste verbindliche Richtlinie für die Sportförderung in Köln. Im Vergleich zu den von Hockenjos vorgelegten Ergebnissen, kann auch für Köln festgehalten werden, dass diese Richtlinien keine eindeutigen Grenzen setzten, sondern unscharfe Formulierungen enthielten. Damit bestand weiterhin ein Entscheidungsspielraum, der eine Förderung für alle Sportbereiche erlaubte und der im Ermessen des Sportausschusses verblieb. Eine politisch motivierte gezielte Unterstützung, z.B. kleinerer finanzschwacher Vereine oder bestimmter Personengruppen, wird in diesem Handeln nicht erkennbar.<sup>698</sup>

### 3.2.2. Der Etat der Sportverwaltung

Nicht alle im Gesamthaushalt bereitgestellten Mittel für den Sportsektor sind in die vorliegende Untersuchung einbezogen worden. Der Blick in die Haushaltspläne von 1946 bis 1974<sup>699</sup> macht vor allem die zunehmende Ausdifferenzierung in Einzelposten vorwiegend auf der Ausgabenseite deutlich. Die neu hinzukommenden Positionen betreffen Projekte, wie z.B. ab 1970 die Talentförderung, oder die je nach Beschlusslage alljährlich wiederkehrenden Zuwendungen, wie z.B. Ehrenpreise der

---

<sup>696</sup> Ausgeschlossen waren hierbei Clubräume, Parkplätze, Zuschauertribünen und Zugangsstraßen. Es wurden nur die von der Landesregierung anerkannten Kosten bezuschusst.

<sup>697</sup> Diese betrug 0,10 DM pro Quadratmeter nutzbare Spielfläche bei Außenanlagen, 1.- DM pro Quadratmeter nutzbare Hallenfläche. Die Beihilfe erhielten auch Vereine, die einen langjährigen Pachtvertrag von mindestens 20 Jahren abgeschlossen hatten. Zu den Bedingungen gehörten u.a., dass die Sportanlage ausschließlich für den Amateursport genutzt wird, die Sportstätte den „Wettkampfbestimmungen des Fachverbandes oder in ihrem Charakter der Erholung durch sportliche Betätigung und Freizeitsport dient“, und der Verein im Bedarfsfalle seine Sportstätte der schulischen Leibeserziehung zur Verfügung stellt.

<sup>698</sup> Zu dieser Feststellung kamen auch BLOSS/GLUNCK (1973) in ihrer Untersuchung über die Sportförderpraxis der Stadt Karlsruhe. Siehe BLOSS, Hans, GLUNCK, Udo-Axel, Sport und Politik – dargestellt am Beispiel der Sportförderung der Stadt Karlsruhe, in: Sportunterricht (1973)10, S. 392.

<sup>699</sup> HASTK, Haushaltspläne 1947 bis 1974. Der Plan für 1975 ist vermutlich wegen der kommunalen Neugliederung nicht gedruckt worden.

Stadt Köln für Veranstaltungen. Darüber hinaus sind auch finanztechnische Einzelheiten (wie z.B. Darlehensbeträge, Tilgungen) den Haushaltsplänen zu entnehmen, die aber andererseits einen Budgetvergleich über einen längeren Zeitraum hinweg erschweren.

Eine Auswahl kontinuierlich durchlaufender Positionen sind in Tabelle ?? (Anhang) zusammengestellt. Die enorme Steigerung des Finanzvolumens wird insbesondere am gesamten Zuschussbedarf für die Sportverwaltung deutlich. Für das Sportamt (Gliederungsziffer 54), die Stadionverwaltung (551) und ab 1958 für die zusätzlich eingerichtete Haushaltsstelle „Sonstige Einrichtungen der Leibesübungen (553)“<sup>700</sup> wurde das zu erwartende jährliche Defizit getrennt veranschlagt. Danach steigerte sich der Zuschussbedarf des Sportamtes von 261.800 DM (1948) auf 3,2 Millionen DM (1973) um mehr als das zehnfache, wobei zu berücksichtigen ist, dass bis 1950 auch noch der Etat der Sporthochschule der Sportverwaltung zugerechnet wurde. Einen noch größeren Anstieg weisen die Zahlen der Stadionverwaltung und sonstigen Einrichtungen auf. Hier stieg der Zuschussbedarf von 262.700 DM (1948) auf 4,4 Millionen DM (1973). Ausschlaggebend für die großen Schwankungen im Zuschussbedarf der sonstigen Einrichtungen sind im wesentlichen die Schuldendienstleistungen für Darlehen, die im Zusammenhang mit dem Neubau von Sportstätten entstanden.<sup>701</sup>

Die Position der Beihilfe für die Vereine ist durchgängig von 1946 bis 1974 Bestandteil des Haushaltsplanes. In Anbetracht der übrigen Ausgabepositionen, wie z.B. die Bereitstellung von Turnhallen und Bädern für die Vereine oder die Personalausgaben der Sportverwaltung, ist der Beihilfeetat ein eher kleinerer Posten.<sup>702</sup> Da in diesem Budget zusätzlich die Aufwendungen für die Vaterstädtischen Festspiele, Bundesjugendspiele, Meisterehrungen, Turnier- und Ehrenpreise, Übungsleiterbeihilfen, sowie die Zuschüsse für den Amateursport in der Kölner Sporthalle (ab 1959) und den Kölner Sportkurier enthalten sind, schrumpft der Anteil der ausschließlichen Vereinsförderung noch weiter. Dennoch stand die Höhe dieses überschaubaren Etats als

---

<sup>700</sup> Die einzelnen Positionen der Haushaltsstelle 553 waren zuvor Bestandteil der Stadionverwaltung. Siehe HASTK, Haushaltspläne. 1947-1957.

<sup>701</sup> Siehe HASTK, Haushaltsplan 1973.

Gradmesser für die städtische Sportförderung des öfteren im Mittelpunkt der Haushaltsreden. Die im Entwurf für 1947 zunächst bereitgestellten Mittel von 40.000 RM wurden auf Antrag des Sportausschusses auf 100.000 RM erhöht und auch im darauf folgenden Jahr erfolgte eine Erhöhung des zunächst veranschlagten Betrags von 60.000 RM auf 100.000 RM. In diesem Handeln sah man vor allem eine Anerkennung der Leistungen, die die Vereine in der unmittelbaren Nachkriegszeit erbracht hatten und eine „Hilfe zur Selbsthilfe.“ Der nach der Währungsreform festgesetzte Beihilfeetat von 100.000 DM blieb bis 1956 in dieser Höhe bestehen.

Eine Bewertung der Förderungsmaßnahmen im Bereich des Baus und der Instandhaltung von Sportstätten ist auf der Grundlage der Haushaltspläne schwierig. Hier müssen die verschiedenen Einnahmequellen, wie Zuschüsse von Land und Bund oder Mieten und Pachten, den Ausgaben, die zum Teil auch an andere Verwaltungsstellen (z.B. an das Grünflächenamt) flossen, detailliert gegenübergestellt werden, um den tatsächlichen Eigenanteil des städtischen Haushalts zu ermitteln.<sup>703</sup> Einige Positionen, die einen groben Überblick über die bereitgestellten Mittel und die Zuschüsse aus Landesmitteln in diesem Bereich geben, sind in Tabelle ?? (Anhang) aufgeführt. Bis 1954 hatte die Sportverwaltung Zuschüsse vom Land aus dem Programm zur Kriegsschädenbeseitigung erhalten und in den Neubau von Sportstätten investiert.<sup>704</sup> Anschließend erschien im Haushaltsplan 1954 erstmals eine Summe von 70.000 DM für „Sportplätze außerhalb des Stadions, deren Mieter die vertraglich übernommenen Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommen“ konnten.<sup>705</sup> Die Sorge um das städtische Eigentum veranlasste die Verwaltung das Budget 1958 auf 100.000 DM zu erhöhen.

Das Jahr 1958 markiert einen ersten, wenn auch zaghaften Impuls für eine deutliche Steigerung der Sportförderung. Insgesamt hatte die Stadt Köln laut Aussage

---

<sup>702</sup> So zahlte die Stadt Stuttgart den Vereinen 1948 eine Beihilfe aus dem Wiederaufbaufond von 250.000 DM. Vgl. GRUNDGEIGER, Not und Spiele, S. 172.

<sup>703</sup> Auf der Einnahmenseite schien z.B. die Vermietung des Stadions in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine wichtige Einnahmequelle zu sein. Der für 1946 veranschlagte Ansatz von 60.000 DM wurde mit 200.000 DM Mehreinnahmen übertroffen. Siehe HASTK, Haushaltsplan 1946, S. 295 und Haushaltsplan 1948.

<sup>704</sup> Diese Mittel tauchen in den Haushaltsplänen der Sportverwaltung von 1950 bis 1953 auf, waren aber nicht im Bereich „Neubauten von Sportstätten“ wieder zu finden, sondern wurden unter Hoch- bzw. Tiefbauten im Etat der Stadionverwaltung veranschlagt.



des Oberstadtdirektors Dr. Adenauer in der Öffentlichkeit bis zu diesem Zeitpunkt 43 Millionen DM für den Sport ausgegeben.<sup>706</sup> Hinter dieser Zahl verbarg sich aber eine Rechnung, die nicht allein den Zuschussbedarf des Sportamtes (incl. Stadionverwaltung) zugrunde legte, sondern die wahrscheinlich die für sportliche Zwecke ausgegebenen Gelder aus allen Haushaltsstellen addierte. Neben der Erhöhung der Beihilfen für die Sportvereine von 120.000 auf 150.000 DM<sup>707</sup> wurde 1958 der Betrag für die Instandsetzung von Sportplätzen von 70.000 auf 100.000 DM erhöht. Der Neubau von Sportstätten wurde mit 500.000 DM veranschlagt (Vorjahr: 182.000 DM). Neu war die Einrichtung einer zusätzlichen Haushaltsstelle unter dem Titel: „Sonstige Einrichtungen“, aus dem ebenfalls Sportstätten finanziert werden sollten.<sup>708</sup> Die Notwendigkeit verstärkter Initiativen im Bereich des Sportstättenbaus war scheinbar im Bewusstsein der Finanzpolitiker angekommen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses Eduard Binot betonte dessen „Sportfreudigkeit“ vor dem Rat der Stadt Köln, die er durch die genannten Maßnahmen bewiesen habe.<sup>709</sup> Ein weiterer starker Anstieg ist 1961 bei den Ausgaben für den Neubau von Sportstätten zu verzeichnen. Die hohe Summe von 1,6 Millionen DM wurde aber in den folgenden Jahren wieder zurückgefahren, möglicherweise aufgrund der schleppenden Entwicklung bei der Umsetzung der Sportbauten.

Die Einnahmen durch Mieten und Pachten der Sport- und Spielplätze hatten sich ab 1961 insbesondere durch die Gründung der Kölner Sportstätten GmbH positiv entwickelt. Aber auch von Vereinsseite brachte diese Position dem städtischen Etat Einnahmen von fast 400.000 DM, die mit dem Beschluss der Gebührenbefreiung der Vereine für die Anmietung von städtischen Sportanlagen Ende 1964 der Stadt verloren gingen. Ab 1966 wurden die Mittel für den Neubau von Sportstätten sowie die zu erwartenden Einnahmen von Bund und Land im außerordentlichen Haushaltsplan des

---

<sup>705</sup> HASTK, Haushaltsplan 1954, S. 242.

<sup>706</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)5, o. S.

<sup>707</sup> Nach der Einführung der Beihilfenordnung 1968 erhöhte sich der Ansatz auf 250.000 DM. Durch die Praxis der pro Kopf/Förderung musste sich das Budget in den kommenden Jahren entsprechend der Erhöhung der jugendlichen Mitglieder in den Vereinen anpassen. 1974 betrug der Beihilfeetat 400.000 DM.

<sup>708</sup> Die zum Haushaltsjahr neu eingerichtete Unterabteilung „Sonstige Einrichtungen“ enthielt die Einnahmen und Ausgaben für alle stadteigenen Sportanlagen außerhalb des Stadions und des Familienzeltplatzes in Köln-Poll. HASTK, Haushaltsplan 1958, S. 227.

<sup>709</sup> VRK vom 24.4.1958, S. 183.

jeweiligen Jahres veranschlagt. Damit war sicher gestellt, dass die Ausgaben erst dann getätigt werden konnten, wenn die Bewilligung der Landesmittel vorlag.

Die Haushaltsrechtsreform 1973 verursachte einschneidende Veränderungen durch die nun vorgenommene Zuordnung zum Verwaltungs- oder dem Vermögenshaushalt, die sich danach richtete, ob eine Einnahme/Ausgabe vermögenswirksam wurde oder nicht. Der Verringerung des Zuschussbedarfs in allen drei Haushaltsstellen der Sportverwaltung im Verwaltungshaushalt stand nun ein Zuschussbedarf von ca. 6,6 Millionen DM im Vermögenshaushalt gegenüber.

### **3.2.3. Die Haushaltsberatungen in der öffentlichen Wahrnehmung**

Fast den gesamten Wortlaut der Haushaltsreden veröffentlichte Schriftleiter Johannes Sampels im Kölner Sportkurier alljährlich im Frühjahr. 1951 konstatierte er in seinen „kritischen Betrachtungen zum Sportjahr 1951“ noch, dass Köln im Vergleich zu anderen Großstädten bei den Zuschüssen für den Sport einen Spitzenplatz einnehme.<sup>710</sup> Damit reagierte er vermutlich auf die Unzufriedenheit von Seiten der Vereine und Verbände, denn auch in dem folgenden Jahren geriet der Sportetat mehrfach in die öffentliche Diskussion und wurde von der Presse, den Sportorganisationen oder auch von einzelnen Sportausschussmitgliedern kritisiert.

So gab der Redebeitrag des Sportausschussvorsitzenden Paulus im Rahmen der Zweiten Lesung zum Haushaltsplan 1955 Anlass für eine öffentliche Auseinandersetzung. Die bescheidenen Mittel, die die Stadt Köln „gemessen an dem großen Kreis der sportlich interessierten Menschen in dieser Stadt zur Verfügung stellte“ wurden von ihm heftig moniert.<sup>711</sup> Die Kölnische Rundschau zitierte Paulus, der einen Vergleich zu anderen Großstädten gezogen hatte, die höhere Zuschüsse an die Vereine zur Verfügung stellten.<sup>712</sup> Auch in der Gegenüberstellung zu den

---

<sup>710</sup> Danach entfielen in Köln 1,45 DM/pro Kopf der Bevölkerung auf den Sport. Die angegebenen Vergleichszahlen: Stuttgart: 1,15 DM; Essen: 1,08 DM; Hamburg: 1,05 DM; Wuppertal: 0,81 DM; München: 0,52 DM. *Kölner Sportkurier* 6(1951)4, o. S.

<sup>711</sup> *Kölnische Rundschau*, 12. April 1955, „Geschichte in Köln genug für den Sport“.

<sup>712</sup> 2,37 Millionen DM in Berlin, 120.000 DM in Frankfurt, 350.000 DM in Hannover und 153.000 DM in Stuttgart, in Köln dagegen lediglich 100.000 DM.

Haushaltsmitteln anderer Ressorts seien die Mittel für den Sport mit einem pro Kopf-Betrag von 1,50 DM zu gering.<sup>713</sup> In einer Stellungnahme des Sportdezernats, die aufgrund der Presseveröffentlichungen vom Oberstadtdirektor gefordert wurde, bestätigte der Beigeordnete Kattaneck diese Einschätzung, indem er schrieb: „Die eingesetzten Mittel müssen bei dem Zerstörungsgrad und der Größe der Stadt Köln, sowie angesichts der Tatsache, daß die Vereine sich aus dem Nichts heraus wieder entwickelt haben, im Vergleich zu den Aufwendungen anderer Städte als unzureichend angesehen werden.“<sup>714</sup> In der Begründung machte der Dezernent aber in erster Linie die Schulverwaltung für die Missstände verantwortlich, da vor allem die Frage des „Turnhallenbaus nicht nur ein finanzielles sondern mehr noch ein ethisches Problem sei“ und „die für die Erziehung der Jugendlichen Verantwortlichen“ die Bedeutung der Leibesübungen nicht erkannt haben.“ Dass Oberstadtdirektor Dr. Adenauer eine Stellungnahme forderte, ist aufgrund der negativen Schlagzeilen zwar ein ganz normaler Vorgang, möglicherweise war es aber auch der Versuch, den sozialdemokratischen Dezernenten Kattaneck in die Verantwortung zu nehmen.

Zwei Jahre später, 1957, wandte sich Peco Bauwens in seiner Funktion als Ehrenvorsitzender des Zweckverbandes in einem „offenen Protestbrief“ an Oberbürgermeister Burauen und bemängelte die Kürzungen des Sportetats. In seiner Argumentation stützte er sich auf die „erschreckenden Zahlen und Tatsachen“, die „den Haltungsverfall der Jugend, die zunehmende Bewegungsarmut der Menschen, die immer größer werdende Anfälligkeit für Erkrankungen aller Art“ dokumentieren würden. Der Sport sei ohne entsprechende Mittel nicht in der Lage, hier gegenzusteuern.<sup>715</sup> Im März 1958 zitierte der Sportausschussvorsitzende Grün in seiner Rede zum Sportetat einen weiteren pro/Kopf-Vergleich aus dem Jahrbuch der ADS, wie ihn in ähnlicher Form 1955 Karl Paulus gezogen hatte. Danach betrug der Zuschuss für die Förderung der Sportvereine und den Sportplatzbau in Köln nun nur noch 0,67

---

<sup>713</sup> Paulus stellte pro-Kopf-Beträge aus anderen Bereichen gegenüber: Schulwesen: 39,52 DM, Kultur: 33,95 DM, Fürsorge und Jugendhilfe: 35,25 DM, Gesundheits- und Jugendpflege: 14,33 DM, Bau- und Wohnungswesen 34,74 DM.

<sup>714</sup> HASTK, Acc 5, Nr. 1133, Bl. 130, Stellungnahme Kattaneck an den Oberstadtdirektor vom 19.4.1955. Das Folgende ebenda.

<sup>715</sup> NRZ vom 11.2.1957, „Protestbrief der Kölner Sportler“.

DM/pro Einwohner.<sup>716</sup> Eine eher beschwichtigende Stellungnahme zur Rede Grüns lieferte der CDU-Stadtverordnete Schmitz, der einerseits zwar das Verhältnis des Sportetats zum jährlichen Zuschussbedarf anderer Ressorts „als überaus bescheiden“ nannte, andererseits unter Beifall seiner Fraktionskollegen mehr Eigenleistungen der Vereine forderte.<sup>717</sup> Dabei monierte er auch das geringe Interesse der Vereine an der Situation des städtischen Haushalts:

„Der Ruf nach dem Staat ist lauter geworden und die Bereitschaft zur Entgegennahme von Geschenken größer. Ich stelle dazu fest, daß heute das Wort ‚Jeder ist seine Glückes Schmied‘ nicht hoch im Kurs steht und wahrscheinlich keinen Kredit hat. Deshalb wiederhole ich das Wort, weil ich damit vor allen Dingen den antragsfreudigen Sportvereinen sagen möchte, daß auch heute noch die Eigenleistung ein Mittel ist, zu sportlichen Mitteln und Anlagen zu kommen und daß sich die großen Vereine ein Beispiel an den armen Amateurvereinen nehmen sollen, die eine stetige Leistung auch mit Einsatz von Geld aufbringen.“<sup>718</sup>

Dieser Meinung schloss sich auch Alfred Fuhlrodt als Redner der FDP an, indem er bemerkte, die Vereine müssten „wirklich eine größere Eigenleistung aufbringen, als sie es bisher getan haben“.<sup>719</sup> Ob diese Proteste Ursache für den Anstieg des Haushaltsetats 1958 waren, kann man nur vermuten. Grundsätzlich änderte sich an dem prozentualen Anteil im Gesamtetat in den folgenden Jahren nichts. Oberbürgermeister Burauen bezeichnete auch 1961 den aktuellen Sportetat mit 13,5 Millionen DM als „kein allzu erheblicher Anteilsbetrag bei einem Gesamthaushaltsvolumen von rd. 540 Millionen DM“.<sup>720</sup>

In den Haushaltsberatungen des Stadtrates für das Jahr 1969 verwies Oberbürgermeister Burauen auf die „unvermeidliche“ Erhöhung des Sportetats, um die dringend notwendigen Maßnahmen im Sportstättenbau zu realisieren. In seiner Argumentation erwähnte er u.a. die Erhöhung der Landeszuschüsse für Übungsleiter bei

---

<sup>716</sup> Im Vergleich zu den anderen genannten Zahlen lag Köln an letzter Stelle: Duisburg 4,60 DM, Stuttgart, Wuppertal und Dortmund 3,10 DM, Westberlin 2,80 DM, Düsseldorf und Frankfurt 2,20 DM, Hamburg 1,80 DM, Essen 1,70 DM, Hannover 1,20 DM. VRK vom 6.3.1958, S.114.

<sup>717</sup> Schmitz nannte als Zuschussbedarf für die Schulen 44 DM, für Jugendpflege und Jugendfürsorge 42,35 DM, für Universität und Institute 15,90 DM, für Park und Gartenanlagen 7 DM, für Kultur und Theater 6,56 DM, für Volksbildung 2,38 DM. VRK vom 6.3.1958, S. 116.

<sup>718</sup> VRK vom 6.3.1958, S. 114ff. Schmitz machte den ironischen Einwand, der Kämmerer solle doch für das Einsehen des Etats als Prämie einen Fußball aussetzen, was ein gewisser Anreiz wäre.

<sup>719</sup> VRK vom 6.3.1958, S. 117.

<sup>720</sup> *Kölner Sportkurier* 17(1962)1, S. 2. Ausschlaggebend dafür seien Probleme bei den zu bewältigenden Aufgaben im sozialen Bereich, der Wohnungsbeschaffung und des Verkehrs.

den Turn- und Sportvereinen mit der anerkennenden Bemerkung: „Die Qualität der Übungsstunden konnte verbessert werden, und die Anzahl der Teilnehmer und der Übungsleiter nahm erheblich zu. [...] Wenn das Land durch seine verstärkte Hilfe diese Breitenarbeit im Sport unterstützt, sollten wir nicht zurückstehen.“<sup>721</sup> Diese Äußerung macht deutlich, dass die Stadt nicht allein aus eigener Initiative verstärkt Finanzmittel bereit stellte, sondern die zunehmende Unterstützung von Seiten der Landesregierung einen gewissen Anreiz darstellte.<sup>722</sup>

Eine Beurteilung der finanziellen Situation der städtischen Sportverwaltung ist ohne Vergleichsmöglichkeiten schwierig. Eine vergleichbare Haushaltssystematik anderer Städte im Bereich der kommunalen Sportförderung ist für den Zeitraum bis 1974 nicht gegeben. Verwaltungs- und Investitionsausgaben wurden zudem nicht nur im Einzelplan 5, sondern auch in anderen Einzelplänen veranschlagt, wie z.B. im Schuletat für den Turnhallenbau oder für den Grundstückserwerb für Sportflächen aus dem Etat des Liegenschaftsamtes.<sup>723</sup> Die dargestellten Summen weisen zumindest darauf hin, inwieweit die Sportförderung - und hier in erster Linie der Sportstättenbau - ein immer größer werdendes Volumen einnahm. Die Anpassung erfolgte jedoch in Anlehnung an die gegebenen Notwendigkeiten und lassen keine eindeutigen Impulse für eine forcierte Sportförderung erkennen. In den 1950er Jahren, als aufgrund steigender Steuereinnahmen die wirtschaftliche Situation der Stadt so gut war, dass eine stärkere und gezielte Förderung möglich gewesen wäre, schien keine Veranlassung oder Notwendigkeit auch im Hinblick auf dringendere Probleme gesehen zu werden.<sup>724</sup> Das Prinzip der Subsidiarität wurde vor allem in dieser Phase konsequent befolgt. In der anschließenden verstärkten Bauphase gerieten die städtischen Finanzen mehr und mehr

---

<sup>721</sup> VRK vom 10.10.1968, S. 324. Die Zuschüsse an die Vereine wurden im Rahmen der „Aktion Vereinshilfe“ als gemeinsame Maßnahme der Landesregierung und des LSB zur Behebung des Übungsleitermangels gezahlt. Die Mittel stiegen von 1962 (1,7 Millionen DM) bis 1977 auf 19 Millionen DM für insgesamt 38.000 Übungsleiter. Siehe REINCKE, Christian/ ROMEYK, Horst, *Nordrhein-Westfalen. Ein Land und seine Geschichte*, Münster 1996, S. 350.

<sup>722</sup> Auch die Übergabe des „Fünfjahresplans“ des LSB an den Ministerpräsidenten Franz Meyers 1960 zielte darauf ab, eine kontinuierliche staatliche Sportförderung zu erreichen. Siehe REINCKE/ROMEYK, *Nordrhein-Westfalen*, S. 349.

<sup>723</sup> So bezifferte Oberbürgermeister Burauen in seiner Ansprache im Rahmen der Meisterfeier 1961 den gesamten Sportetat auf 9 Millionen DM, wovon im Haushaltsplan der Sportverwaltung aber nur 3,2 Millionen verankert wären. *Kölner Sportkurier* 16(1961)1, o. S.

<sup>724</sup> Ein Überschuss wurde z.B. im Haushaltsjahr 1955 erzielt und die „weitere günstige Entwicklung der Steuereinnahmen“ sei „von ausschlaggebender Bedeutung“. HASTK, Haushaltsplan 1955, S. 8.

unter Druck, so dass mit Ausnahme der notwendigen Sport- und Bäderbauten, die zudem über Darlehen finanziert wurden, kaum Raum für darüber hinausgehende Maßnahmen gegeben war. Allerdings war im Bereich der Vereinsförderung die Bereitschaft gewachsen, den Sportvereinen mehr als nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu gewähren.

### 3.2.4. Förderung des Spitzensports

Auch wenn die Kölner Sportpolitiker parteienübergreifend in ihrer Zielsetzung die Förderung des Breitensports an erster Stelle nannten, fanden die Bedürfnisse der leistungssportorientierten Vereine, wie z.B. des 1. FC Köln, des ASV Köln oder einiger Box- und Radsportvereine von städtischer Seite Unterstützung. Insbesondere im Hinblick auf die großen Summen, die z.B. für das Müngersdorfer Stadion oder für Ausfallbürgschaften bei nationalen und internationalen Wettkämpfen bereitgestellt wurden, drängt sich die Frage nach der Diskrepanz zwischen dem offiziell verlautbarten Anspruch für das freizeit- und breitensportliche Engagement einerseits und den hohen Investitionssummen für den Spitzensport andererseits auf.<sup>725</sup> Die Kritik an dieser unverhältnismäßigen Mittelverteilung wurde vor allem Anfang der 1970er Jahre immer lauter, scheiterte aber zuletzt an den nicht mehr aufzuhaltenden Kommerzialisierungstendenzen und dem fehlenden Mut der Kommunalpolitiker, eine bewusste Entscheidung gegen ein städtisches Engagement in diesem Bereich zu treffen.<sup>726</sup> Die Vorbildfunktion des Spitzensports, sowie der Prestigekampf der Städte bei den Bewerbungen um hochkarätige Sportveranstaltungen mögen dafür ausschlaggebend gewesen sein.

Trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber allen Auswirkungen des Profisports äußerte selbst Johannes Sampels zum Beispiel im Verwaltungsbericht von

---

<sup>725</sup> In neuerer Zeit wird aber auch die Frage aufgeworfen, ob es gerechtfertigt sei, dass ein kommerzieller Sportanbieter im Gegensatz zu einem Sportverein keinerlei staatliche Fördergelder erhält. Nach HOCKENJOS (1995) wird die derzeitige Förderpraxis beeinflusst von der Marktmacht des organisierten Sports. Siehe HOCKENJOS, *Öffentliche Sportförderung*, S. 148 ff.

<sup>726</sup> BLOSS/GLUNK stellten in diesem Zusammenhang die Frage „inwieweit die Forderung, daß der Breitensport einen Schwerpunkt kommunaler Sportförderung zu bilden habe, erfüllt wird“. Siehe BLOSS/GLUNK, *Sport und Politik*, S. 392.

1961 seine Sorge über das „Fehlen von Kölner Spitzenkräften, vor allem in der Leichtathletik“<sup>727</sup>, was nach seiner Meinung Konsequenzen für das Zuschauerinteresse an großen Wettkämpfen haben könnte. Stellten sich große Erfolge ein, versäumten es auch die Kölner Politiker nicht, auf ihren Anteil an diesen Leistungen hinzuweisen. Grund dazu gab es zum Beispiel 1962, als der 1. FC Köln die Deutsche Fußball-Meisterschaft gewann und bei der Wahl zum Sportler des Jahres gleich drei Kölner auf den vordersten Plätzen landeten. Ratsmitglied Haumann kommentierte diese Erfolge vor dem Rat der Stadt Köln:

„Die Stadt Köln hat durch die großzügigen Anlagen, die sie für den Sport geschaffen hat, auch diesen Spitzensportlern Gelegenheit geboten, nicht nur ihre Leistungsform zu erhalten, sondern auch darüber hinaus dafür gesorgt, daß sie sich vor vielen tausend Sportbegeisterten im sportlichen Wettstreit messen und damit unserer Jugend ein leuchtendes Vorbild geben können.“<sup>728</sup>

Mit Stolz sandte zwei Jahre später Oberbürgermeister Burauen ein Telegramm an die beiden Goldmedaillen-Gewinner im Bahnvierer Lothar Claesges und Ernst Streng nach Tokio mit den Worten: „Ganz Köln ist stolz auf Ihren Olympia-Sieg und freut sich mit Ihnen über die errungene Goldmedaille.“<sup>729</sup> Auch in der Rede des Fraktionsführers der SPD, John van Nes Ziegler, zum Haushalt 1966, die im übrigen in vielerlei Hinsicht sehr viel detaillierter ausfiel als viele vorangegangene Reden zum „Sportetat“, ist eine eindeutig positive Haltung gegenüber dem Leistungssport erkennbar.

„Den Leistungssport zu fördern, bedeutet, die enge Verbindung zwischen Spitzensport und Breitensport zu verstehen und zu würdigen. Wir sind stolz auf unsere leistungsstarken Sportlerinnen und Sportler. Im angemessenen Rahmen wollen wir auch sie fördern. Wir schätzen uns glücklich, daß der Deutsche Sportbund und einige seiner Fachverbände gemeinsam mit der Bundesregierung und der Landesregierung mit uns verhandeln, um sportliche Leistungszentren in Köln zu bilden.“<sup>730</sup>

Die seit den 1920er Jahren stattfindenden Meisterehrungen, die alljährlich in repräsentativem Rahmen meist im Kölner Rathaus abgehalten wurden, waren in

---

<sup>727</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1961, S. 58.

<sup>728</sup> VRK vom 19.12.1962, S. 436.

<sup>729</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 361, Bl. 123.

<sup>730</sup> VRK vom 28.10.1965, S. 228. Van Nes Ziegler thematisierte z.B. den Wunsch nach Richtlinien für die Überlassung von städtischen Sportanlagen, die Rolle der Sportverwaltung, den Sportstättenplan, die Sporthochschule und die Instandsetzung des Stadions.

zweierlei Hinsicht bedeutsam. Einerseits galt es die Leistung der herausragenden Sportler für die Stadt zu ehren, andererseits fiel ein Teil des Ruhms auf die Stadt selbst zurück, die ihren Anteil am Erfolg gerne herausstellte.<sup>731</sup> Die Reden des Oberbürgermeisters oder Oberstadtdirektors zu diesen Anlässen waren eine öffentlichkeitswirksame Gelegenheit, auf die Leistungen und finanziellen Hilfen der Stadt hinzuweisen - und wurden auch in dieser Hinsicht genutzt.

Einzelne Aspekte, die Aufschluss über das Verhältnis der politisch Verantwortlichen zum Leistungssport geben, wurden bereits im Rahmen der Stadiondiskussion angeführt. Für die weitere Betrachtung des Umgangs der Stadtverwaltung und der Parteien mit dem Spitzensport sollen im folgenden zwei Aspekte näher betrachtet werden, die indirekt die finanzielle Unterstützung des Spitzensports betreffen. Sowohl der Umgang mit der Erhebung der Vergnügungssteuer als auch die Übernahme von Ausfallbürgschaften konnten von städtischer Seite für ein Klima sorgen, in dem zum Beispiel überregionale Veranstaltungen oder Berufswettkämpfe gefördert bzw. verhindert wurden. Auch hier stellt sich die Frage nach den Veränderungen über den Zeitraum und nach parteipolitischen Unterschieden, deren Antworten Aufschluss über das zugrunde liegende Sportverständnis der kommunalen Politik und Verwaltung geben könnten.

#### *3.2.4.1. Vergnügungssteuer*

Neben dem Imagegewinn und den touristischen Effekten hatten sportliche Highlights bereits vor 1945 Auswirkungen auf die Stadtentwicklung und die Wirtschaftskraft gehabt, wie z.B. durch Verbesserungen der Infrastruktur beim Ausbau von Verkehrswegen und Grünanlagen.<sup>732</sup> Noch 1968 stellte der Sportausschussvorsitzende Haumann fest, „ daß nie mehr so viele Fremde zu einer Veranstaltung nach

---

<sup>731</sup> Im März 1964 bemängelte der Sportausschuss die Durchführung der Meisterfeier und beauftragte die Verwaltung, neue Formen für die Veranstaltung zu finden. HASTK, Acc. 5, Nr. 7380, Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 3.3.1964

<sup>732</sup> Die Verfasser der Festbücher zu den Deutschen Kampfspielen 1926 und dem Deutschen Turnfest 1928 stellten sich auf die auswärtigen Besucher und Touristen ein und nannten zahlreiche Hinweise auf Sehenswürdigkeiten und Ausflugsmöglichkeiten in Köln und Umgebung.



Köln kamen, wie zum Deutschen Turnfest im Jahre 1928“.<sup>733</sup> Selbst nach 40 Jahren war die Erinnerung an das Großereignis noch nicht ganz verblasst, und um so mehr werden diese positiven Eindrücke der Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenwärtig gewesen sein.

Eine der zentralen Fragen, die nach 1945 in der Kommunalpolitik zu Diskussionen führte, war der Erhebung der Vergnügungssteuer, die den Profi- und Amateursport anfangs gleichermaßen belastete.<sup>734</sup> In ihrem Bemühen, ein mehr oder weniger „veranstaltungsfreundliches“ Klima zu schaffen, agierten die deutschen Stadtverwaltungen in der Handhabung der Gesetzgebung scheinbar unterschiedlich. Die Vergnügungssteuer war zunächst in der Verordnung Nr. 34 der Militärregierung festgesetzt worden und zwar „für alle sportlichen Veranstaltungen, mit Ausnahme solcher, die von anerkannten Erziehungsinstitutionen und Jugendvereinen besucht werden, bzw. deren Eintrittspreise 0,50 DM nicht übersteigen“.<sup>735</sup> In den Mittelpunkt der Kölner Debatte um die Vergnügungssteuer rückte der Sportamtsleiter bevorzugt die Sorge um das „Wohl der Amateurvereine“. In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten vom 26. November 1946 bemerkte er dazu:

„Die Vereine leiden sehr unter dem Druck der Steuer und fordern die Aufhebung derselben für den Amateursport. [...] Im Hinblick auf die grossen erzieherischen Aufgaben, die die Sportvereine zu erfüllen haben und mit Rücksicht darauf, dass die Vereine bisher aus eigener Kraft die für die Volksgesundheit lebensnotwendigen Aufgaben durchführten und damit einen erheblichen Beitrag für den Aufbau des neuen Staates leisteten, sollte man von der Erhebung einer Vergnügungssteuer in jeglicher Form absehen.“<sup>736</sup>

Sampels vertrat damit eindeutig die Interessen der Vereine, wobei seine Sicht auf den reinen Amateursport fixiert war. Auch nachdem die Zuständigkeit der Steuergesetzgebung Anfang 1947 auf die Länder übergegangen war, lieferte die Verwaltungspraxis weiterhin Zündstoff für Auseinandersetzungen zwischen den Vereinen und der Kommune. Im Stadtrat wurde die Frage 1947 erstmals erörtert. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Juni 1947 stellte der

---

<sup>733</sup> VRK vom 30.5.1968, S. 185.

<sup>734</sup> Die Vergnügungssteuer war eine kommunale Aufwandssteuer auf Vergnügungen aller Art und wurde bereits seit dem 19. Jahrhundert als „Lustbarkeitssteuer“ erhoben. In der Weimarer Zeit waren in der Regel auf Eintrittskarten zu Sportveranstaltungen Steuern zu entrichten.

<sup>735</sup> HASTK, Acc. 871, Nr. 857, Bl. 1.

Sportausschussvorsitzende Theo Rimek einen Antrag, in dem der Landtag des Landes NRW „ersucht“ wurde, um die „Aufhebung der 40%igen Vergnügungssteuer für Amateursportveranstaltungen“. In der Begründung heißt es: „Diese Steuer zerstört die Existenzgrundlage der deutschen Sportvereine und verschließt in ihren Folgeerscheinungen eine der letzten Quellen, aus denen die durch Krieg und Nachkriegszeit ihrer Gesundheit aufs schwerste erschütterte deutsche Jugend Lebensmut und Lebensfreude schöpft.“<sup>737</sup> Die Grundsatzfrage, ob eine Amateursportveranstaltung eine Kultursache sei und demzufolge „eine absolut steuerfreie Angelegenheit“ kam in der anschließenden Debatte über diesen Antrag zur Sprache. Mit dem Argument, dass der Rat „nicht allein Vertreter der Sportler, sondern der gesamten Kölner Bürgerschaft sei“ wandte sich der Sozialdemokrat Robert Görlinger gegen eine komplette Aufhebung der Steuer, auch mit dem Hinweis auf den „ungeheuren Bedarf an Steuern“ für den Wiederaufbau. Letztendlich einigte man sich auf eine gemeinsame Formulierung.<sup>738</sup>

Aus den Akten des Stadtamtes für Leibesübungen wird deutlich, dass seitens der Stadtverwaltung Anträge zur Befreiung von der Vergnügungssteuer immer abschlägig beantwortet wurden. Hierbei berief man sich auf die gesetzliche Grundlage. Aufgrund dieses Verhaltens entbrannten insbesondere mit den Fußballern Streitigkeiten, deren Zuschauerzuspruch eine gewisse Einnahmequelle für die Stadt bedeutete. 1947 hatte der Vorstand des Fußballverbandes im Rheinbezirk die Vereine angewiesen, die Vergnügungssteuern auf ein Sonderkonto zu überweisen, „bis die Frage (der Vergnügungssteuer, Anm. d. Verf.) geregelt sei“. Die Stadt Köln ließ daraufhin Einnahmen in Höhe von 17.000 RM aus dem Spiel VfR Köln gegen Preußen Dellbrück beschlagnahmen und überließ den Vereinen nur je 1.000 RM. Das amtliche Organ des Fußballverbandes NRW verurteilte dieses Verhalten und prognostizierte, dass das

---

<sup>736</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 856, Bl. 45, Schreiben Sampels vom 26.11.1946.

<sup>737</sup> VStVK vom 23.6.1947, S. 195.

<sup>738</sup> Der Antrag lautete nun: „Die Kölner Stadtvertretung ersucht grundsätzlich den Landtag des Landes NRW um Aufhebung der 40%igen Vergnügungssteuer mit Zulassung von Sonderregelungen für Großveranstaltungen“. Siehe VStVK vom 23.6.1947, S. 226.

„sportfremde Vorgehen nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Sportvereinen und Behörden bleiben wird.“<sup>739</sup>

Im Juli 1948 veröffentlichte der Kölner Sportkurier die auf Antrag des Zweckverbandes für Leibesübungen vom Finanz- und Steuerausschuss der Stadt Köln festgesetzten Sätze für die „Sportsteuer“, die nach den Richtlinien des Finanzministeriums NRW bis zum Inkraft treten des Vergnügungssteuergesetzes für Amateursportveranstaltungen gelten sollten.<sup>740</sup> Am 5. November 1948 beschloss das Land NRW dieses Gesetz, wonach nun 25% Vergnügungssteuer auf Eintrittspreise von mehr als 3.- DM zu erheben waren.<sup>741</sup> Insbesondere für die kleinen Amateurvereine blieb der Verzicht auf einen Teil ihrer Einnahmen aber weiterhin ein finanzieller Verlust. Dieses Mal nahm sich die SPD des Problems an und beantragte 1952 im Rat der Stadt Köln „bei allen amateursportlichen Veranstaltungen innerhalb der Stadt Köln mit einer Kasseneinnahme bis 1.000 DM“ keine Vergnügungssteuer zu erheben.“<sup>742</sup> Gegen diesen Antrag wandte sich der Stadtkämmerer mit dem Hinweis, dass steuerrechtliche Bestimmungen einen derartigen Beschluss nicht zulassen würden. Der Antrag wurde darauf hin zurückgestellt.<sup>743</sup> Grün (SPD) schloss seine Ausführungen aber mit dem Hinweis an die Verwaltung, Anträge zum Erlass der Vergnügungssteuer aufgrund außergewöhnlicher Härte in „großzügigster Weise“ zu behandeln, zumal der Verwaltungsaufwand für die Steuererhebung bis zu dieser Grenze höher anzusetzen sei als die Einnahmen.

Da von der Gesetzgebung in der Hauptsache die zunehmenden Berufssport- und größeren Amateursportveranstaltungen betroffen waren, verlagerte sich in den 1950er Jahren die Diskussion mehr auf diesen Sektor. Es wurden Befürchtungen laut, dass

---

<sup>739</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 856, Bl. 64, Zeitungsartikel „Einnahme wurde beschlagnahmt. Sportfremdes Vorgehen der Stadt Köln.“, in: *Der Fußball*, 13.5.1947.

<sup>740</sup> Danach waren Eintrittsgelder bis 0,50 DM steuerfrei, von 0,51 – 1,40 DM mit 5% und über 1,40 DM mit 10% zu versteuern. *Kölner Sportkurier* 3(1948)7, o. S. Des weiteren verwies man auf die Praxis in der amerikanischen Zone, wo in Frankfurt 33,3%, in Augsburg, Stuttgart und Karlsruhe 20%, in München 15% und in Nürnberg 12% Vergnügungssteuer zu zahlen wären. *Kölner Sportkurier* 3(1947)7, o. S.

<sup>741</sup> *Kölner Sportkurier* 1(1949)4, S.3.

<sup>742</sup> VStVK vom 17.6.1952 S. 196. Das Folgende ebenda.

<sup>743</sup> Genehmigungen für eigene steuerliche Verordnungen der Städte wurden zu diesem Zeitpunkt nicht erlassen, da die Länder eine einheitliche Gesetzgebung für die Vergnügungssteuer anstrebten. Ratsmitglied Grün verwies auf die Stadt Mainz, wo der Stadtrat einen ähnlich lautenden Antrag verabschiedet hatte. Da Grün mit der Ablehnung des Antrags im Rat der Stadt Köln rechnen muss,

zukünftig keine großen Sportveranstaltungen in Köln stattfinden würden. In den bereits erwähnten „kritischen Betrachtungen zum Sportjahr 1951“ listete Johannes Sampels eine ganze Reihe von sportlichen Veranstaltungen auf, die die Vorwürfe, Köln sei im Sport rückständig und komme gegenüber anderen Städten ins Hintertreffen, entkräften sollten.<sup>744</sup> Statt dessen kritisierte er das Verhalten der Zuschauer, die „durch die Fülle von Veranstaltungen so verwöhnt worden (seien, Anm. d. Verf.), daß die übersteigerten Ansprüche einfach nicht mehr zu erfüllen sind“. Gleichzeitig warf er den Verbandsfunktionären vor, dass „für die Vergabe der Austragungsorte der Einfluss führender Männer in den Verbänden ausschlaggebend wäre“. Damit hatte er jegliches Mitverschulden der Stadt an Veranstaltungsspannen zurückgewiesen und das Problem der Steuern in den Hintergrund treten lassen. Obwohl Sampels sich grundsätzlich für die Abschaffung der Vergnügungssteuer insbesondere für den Amateursport engagiert hatte, wies er Kritik an der städtischen Verwaltung zurück.

Für Aufsehen sorgte 1956 erneut ein Konflikt mit den Fußballern, als das zunächst für Köln zugesagte Länderspiel Deutschland gegen Belgien von Seiten des DFB abgesagt wurde. Ursache für diese Maßnahme war ein Streit des Fußballverbandes Mittelrhein mit der Stadt Köln, der vermutlich zuvor im Zusammenhang mit dem geplanten Städtespiel Wien gegen Köln entstanden war. Die Verwaltung hatte für dieses Spiel eine Abgabe von 30% der Einnahmen gefordert, woraufhin das Spiel von Seiten des Fußballverbandes abgesagt werden musste. Im Rahmen eines außerordentlichen Tagesordnungspunktes wurde der Sachverhalt auch Thema der Ratssitzung vom 17. Oktober 1956. Dr. Jacobs (F.D.P.) beabsichtigte, den Angriffen der Presse u.a. des Düsseldorfer „Mittag“ entgegen zu treten, und verlangte eine Stellungnahme der Verwaltung. Der Beigeordnete Kattaneck verwies in seiner Gegendarstellung auf den Antrag „einer Gruppe“, die „im Hinblick auf die im Landtag laufenden Verhandlungen [...] über den Wegfall der Vergnügungssteuer“, den vollständigen Erlass der Abgabe gefordert habe, was letztendlich für die Stadt einen

---

verwies er lediglich auf eine ähnlich lautende Anfrage der SPD-Landtragsfraktion an die Landesregierung und bat um Klärung.

<sup>744</sup> *Kölner Sportkurier* 6(1951)11. Die genannten Veranstaltungen sind in der Chronik (Anhang) aufgeführt. Sampels bemängelte in diesem Zusammenhang auch, dass der Vereinsarbeit von 750 Fußball- und 140 Handballmannschaften „leider nicht mehr die Beachtung findet, die sie verdient.“

Kostenaufwand von 13.000 DM bedeutet hätte.<sup>745</sup> Darüber hinaus habe es sich bei dem Gegner um eine „drittklassige“ Mannschaft gehandelt. Dieser Aussage widersprach Willi Schirmacher, der darauf hinwies, dass es sich bei der „Gruppe“ um den Fußballverband Mittelrhein gehandelt habe, der letztendlich nur die gleichen Konditionen gefordert habe, die dem DFB für Spiele innerhalb Kölns gewährt worden wären.

Im Zusammenhang mit dem verlegten Länderspiel gegen Belgien hatte die Verwaltung versucht, Informationen von anderen Städten über deren Verhandlungspraxis zu erhalten. Dabei habe man feststellen müssen, dass „die Städte mit der Wahrheit nicht ganz herausrücken“ und dass beispielsweise die Verwaltungen zweier benachbarter Städte „dem Fußballbund die ganze Vergnügungssteuer, die er gezahlt hat, im Wege einer Beihilfe rückvergütet“ hätten.<sup>746</sup> Die Angelegenheit wurde zur weiteren Beratung an den Sportausschuss verwiesen.

Der Sportausschuss reagierte auf die Vorkommnisse, die auch aus Anlass von Radsport- und Boxveranstaltungen<sup>747</sup> immer wieder für Konflikte sorgten, mit einer erneuten Anfrage an den Stadtkämmerer: „Der Ausschuss ist im Besitz von Unterlagen, die beweisen, dass verschiedene Städte außerhalb von Nordrhein-Westfalen sich nicht streng an die Vergnügungssteuergesetzgebung halten und den Veranstaltern steuerlich entgegenkommen. Da der Stadt Köln hierdurch viele größere Berufssportveranstaltungen entgehen, soll über den Deutschen Städtetag eine einheitliche Regelung angestrebt werden.“<sup>748</sup> 1959 schien das Problem nach wie vor ungelöst. In seiner Haushaltsrede 1959 bezeichnete Dr. Oskar Türk die Vergnügungssteuer als

---

<sup>745</sup> VRK vom 17.10.1956, S. 350.

<sup>746</sup> VRK vom 17.10.1956, S. 350.

<sup>747</sup> So meldete die NRZ am 28.3.1957 unter der Schlagzeile „Peter Müller kehrte heim“: „Eine dieser Veranstaltungen ist für den 1.6. im Kölner Eisstadion geplant, doch ob es zu diesem Programm kommen wird, dürfte davon abhängen, ob die Kölner Stadtverwaltung – wie es in anderen Städten nachweislich der Fall ist, einen Steuernachlass gewährt.“ Auch der Pächter des Radstadions, Peter Kanters, bat um die Herabsetzung der Steuer von 20% auf 10% mit der Begründung, dass bei seinen Rennen auch Amateure starteten. In einem Schreiben der Stadionverwaltung an den Stadtkämmerer bestätigte Sampels, „daß die in Verbindung mit dem Berufsrennen durchgeführten Amateurrennen eine wesentliche Förderung des Kölner Amateur-Bahnsports bedeuten.“ Siehe HASTK, Acc 871, Nr. 856, Bl. 54 ff. Schreiben der Stadionverwaltung an Dr. Linpinsel, 1957. Dem Antrag wurde dennoch nicht stattgegeben.

<sup>748</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 856, Schreiben des Sportamtes an Dr. Linpinsel vom 27.5.1957.

„zweifelhaft, weil sie inzwischen durch die Gesetzgebung so stark durchlöchert“ sei.<sup>749</sup>

Weiter hieß es:

„Wenn auch der Gesetzgeber die Hauptschuld trägt, uns in den Einnahmen geschmälert zu haben, so sind auch in unseren Reihen gelegentlich bei Anwendung des Vergütungssteuergesetzes besonders für sportliche Zwecke Einbrüche versucht worden.“

Unter der Schlagzeile „Gesetzestreue wird bestraft“ meldete die Kölnische Rundschau dazu, dass unter den Städten, „die in der Lage seien Box- oder vergleichbare Großveranstaltungen in ihre Mauern zu ziehen“, ein stiller, aber keineswegs unbemerkt gebliebener Kampf bestehe“.<sup>750</sup> Der Stadtverordnete Grün (SPD) bemerkte in seiner Rede zum Sportetat: „Ein nach wie vor ungelöstes Problem ist die unterschiedliche Behandlung der deutschen Städte gegenüber Veranstaltern oder Veranstaltergruppen von Sportveranstaltungen.“<sup>751</sup> Hans Grün und seine Parteigenossen waren an einer Klärung des Problems besonders interessiert, da sich die Stadt mit den ersten Sporthallen-Veranstaltungen den Unmut der Amateursportler zugezogen hatte.<sup>752</sup>

In der Praxis erhielten auch in Köln Veranstalter Zuschüsse, die einer Rückvergütung der Steuern gleichkam. Die Bereitschaft, eine derartige Unterstützung zu gewähren war abhängig von der Bedeutung der jeweiligen Veranstaltung und wurde von Fall zu Fall entschieden. Tendenziell schienen die Fachverbände des Fußballs bei der CDU, die Organisationen des Radsports und Boxens bei der SPD mehr Entgegenkommen zu finden.<sup>753</sup> Den entscheidenden Einfluss hatte aber letztendlich die Verwaltung, die sich auf die gegebenen Landesgesetze berufen konnte und nur wenig Bereitschaft zeigte, Ausnahmen zuzulassen. Gleichzeitig ist aber deren Bemühung erkennbar, hier eine klare Richtlinie zu finden. Inwieweit in anderen Städten, wie es von der Presse lanciert wurde, die Gesetze tatsächlich durch entsprechende Rückvergütungen mehrfach umgangen wurden, kann nicht beantwortet werden. Durch

---

<sup>749</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 147ff. Das Folgende ebenda.

<sup>750</sup> *Kölnische Rundschau* vom 5.6.1959. So fand auch der im gleichen Jahr angesetzte Boxkampf zwischen Bubi Scholz und Peter Müller nicht in Köln statt, da die Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und dem Manager von Peter Müller abgebrochen wurden. Siehe: HASTK, Acc. 871, Nr. 866, Bl. 93ff.

<sup>751</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 147.

<sup>752</sup> Siehe Kapitel 3.1.2.2.

<sup>753</sup> In den Augen der SPD verhielt sich der DFB gegenüber der Stadt Köln „vernachlässigend“. Hans Grün bei den VRK vom 6.3.1958, S. 113. Diese Haltung war auch in der Stadiondiskussion spürbar.

die weiteren Änderungen der Landesgesetzgebung im Laufe der 1960er Jahre wurde die Bedeutung der Vergnügungssteuer für den Sportsektor zunehmend geringer.<sup>754</sup>

#### *3.2.4.2. Ausfallbürgschaften und Ehrenpreise*

Für die Beschlussfassung über Zuwendungen in Form von Ehrenpreisen und für die Übernahme von Ausfallbürgschaften bei größeren Veranstaltungen ist in Köln kaum eine eindeutige Grundhaltung festzustellen. Entsprechende Anträge verschiedener Fachverbände oder Vereine wurden entweder über die Verwaltung oder die Fraktionen an den Rat bzw. direkt an den Oberbürgermeister gestellt. Bis 1951 wurden die Vorlagen bezüglich der Vergabe von Ehrenpreisen von Fall zu Fall entschieden. 1952 verfasste das Sportamt in Abstimmung mit dem Büro des Oberbürgermeisters und dem Sportausschussvorsitzenden grundsätzliche Regelungen für die Gewährung von Preisen, sowie für die „Teilnahme der Stadtvertretung an Veranstaltungen der Sportvereine“.<sup>755</sup> Aber lediglich für die Art der Preise wurde eine allgemeine Richtlinie festgelegt, wonach besonders darauf zu achten sei, „dass in erster Linie Sportgerät und -material gegeben wird, außerdem Bilder, Plaketten, Bücher und Silbersachen, letzteres allerdings nicht in Form von Wein- oder Bowlenkannen, Likörschalen und ähnliches.“ Weitere Kriterien wurden nicht festgelegt, so dass der Handlungsspielraum für den Oberbürgermeister relativ groß war.<sup>756</sup> Er selbst konnte entscheiden, ob und wenn ja, in welcher Form er die eingehenden Anfragen der Vereine befürwortete. In den Akten des Oberbürgermeisters findet man diesbezüglich zahlreiche Einladungen und Bitten, die im Rahmen der Vorbereitungen zu kleineren und größeren Sportveranstaltungen gestellt wurden. Das die Praxis der Bereitstellung von Ehrengaben durch die Stadt und die Bezirksregierung nicht unwidersprochen blieb, zeigt eine Aktennotiz aus dem Büro des Oberbürgermeisters vom 2. April 1953, wonach die beiden „Herren Sampels“ darauf

---

<sup>754</sup> John van NesZiegler bezeichnete die Vergnügungssteuer 1964 als „Bagatellsteuer“, die nur noch in Form der Automatensteuer existiere. Vgl. VRK vom 10.11.1964, S. 266.

<sup>755</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 361, Bl. 275, Niederschrift über eine Besprechung vom 19.7.1952. Das Folgende ebenda.

<sup>756</sup> Im Gegensatz dazu wurden die Kriterien für die Teilnahme der Stadtvertretung an Veranstaltungen konkret festgelegt. Danach sollten nur noch Einladungen zu westdeutschen und deutschen Meisterschaften, den 25-, 50- und 100-jährigen (usw.) Vereinsjubiläen, den Vaterstädtischen Festspielen

hingewiesen hatten, dass es doch viel besser sei, „die Beträge die zur Zeit laufend als Ehrenpreise usw. den Sportvereinen bei irgendwelchen Veranstaltungen gegeben werden, einzusparen, diese aber dann dem Sport dennoch zur Verfügung zu stellen.“<sup>757</sup>

Zum überwiegenden Teil wurde eine positive Antwort erteilt. Das einzige eindeutige Kriterium für die Entscheidung war die Lage der Vereine, die im Stadtgebiet beheimatet sein mussten.<sup>758</sup> Gründe für einen abschlägigen Bescheid ergaben sich offensichtlich aus der Bedeutung der Anlässe, wobei die Meinung der Sportverwaltung ausschlaggebend sein konnte. Sampels empfahl beispielsweise für die Anfrage des Radsportclubs „Schmitter“ 1930, dessen Veranstaltung „nur örtliche Bedeutung“ habe, dass die „Stiftung eines Ehrenpreises nicht zweckmäßig sei“.<sup>759</sup> In einem weiteren Beispiel war das eher reservierte Verhalten des Oberbürgermeisters auf die Voreiligkeit der Verwaltung zurückzuführen. Ohne seine Zustimmung hatte der Sportamtsleiter Sampels einen Entwurf für Urkunden für das 11. Stadtsportfest des DJK-Kreisverbandes Köln 1958 in Auftrag gegeben. Mit dem bemerkenswerten Hinweis, dass das Sportamt für den Jugendbund nicht zuständig sei, erbat Sampels die Übernahme der Kosten durch den Oberbürgermeister. Dieser beschwerte sich über die Handlungsweise des Amtsleiters und sah keinen Anlass, „die Kosten für eine sportliche Veranstaltung“ zu übernehmen.<sup>760</sup>

Eine unterschiedliche Praxis der Oberbürgermeister der CDU, Dr. Ernst Schwing, oder der SPD, Robert Görlinger, Theo Burauen oder John van NesZiegler wird aus den Akten nicht erkennbar. Als oberste Repräsentanten der Stadt schienen alle Amtsträger an einer gleichberechtigten Behandlung der Bürger interessiert zu sein. So verhielt sich z.B. der sozialdemokratische Oberbürgermeister Theo Burauen gegenüber dem Kölner Rennverein, in dessen Reihen eher die Klientel der Kölner CDU vertreten war, keineswegs zurückhaltend. Ohne großartigen Widerstand seiner Partei wurde ein

---

und Veranstaltungen von „überragender Bedeutung“ besucht werden. Siehe HASTK, Acc. 170, Nr. 361, Bl. 275, Niederschrift über eine Besprechung vom 19.7.1952

<sup>757</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 361, Bl. 271, Aktennotiz vom 2.4.1953.

<sup>758</sup> Mit diesem Hinweis wurde die Anfrage des Radsportclubs Torpedo Junkersdorf beantwortet. HASTK, Acc. 170, Nr. 364, Bl. 245. Schreiben an RC Torpedo Junkersdorf vom 16.8.1957.

<sup>759</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 364, Bl. 212. Schreiben des Sportamtes an den Oberbürgermeister vom 27.3.1954.



Antrag der CDU-Fraktion vom Hauptausschuss genehmigt, den Gesamtwert des „Großen Preis von Köln“ des Kölner Rennvereins von 20.000 auf 40.000 DM zu erhöhen.<sup>761</sup> Ein Jahr später, 1963, bewilligte man dem Rennverein zusätzlich einen Barzuschuss von 50.000 DM für den „Großen Preis von Europa“.<sup>762</sup> In einem persönlichen Schreiben an den Oberbürgermeister bedankte sich der Vorsitzende des Rennvereins, Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim, dafür, dass Burauen es mit ermöglicht habe, „daß die Stadt Köln uns finanziell unterstützt“.<sup>763</sup> 1964 bat der Vorsitzende des Kölner Rennvereins den amtierenden Oberbürgermeister um Unterstützung bei den Bemühungen, die Höhe der Zuschüsse des Landes für die Vollblutzucht zu bewahren.<sup>764</sup> Freiherr von Oppenheim wandte sich an Burauen, der Mitglied des darüber entscheidenden Ernährungsausschusses des Landtages war, mit der direkten Bitte, sich „persönlich“ für die Belange des Rennvereins einzusetzen und dabei auch die „Parteifreunde auf die Wichtigkeit“ hinzuweisen. Inwieweit der unmittelbare Versuch der Einflussnahme des Rennvereins-Vorsitzenden auf die politische Ebene Erfolg hatte, konnte nicht ermittelt werden. Bezeichnend und aufschlussreich ist jedoch, dass dieser Vorstoß überhaupt unternommen wurde.

Die Übernahme von Ausfallbürgschaften für den Fall, dass sich Einnahmen und Ausgaben von Veranstaltungen nicht decken, ist ein weiterer wichtiger Faktor, der sich auf die Durchführungschancen von sportlichen Wettkämpfen in einer Stadt auswirkt. Die Darlehens- oder Bürgschaftsanträge für diese Ausfallgarantien betreffen in der Regel größere Finanzbeträge. Die Entscheidungen darüber wurden überwiegend im nicht-öffentlichen Teil der Ratssitzungen behandelt. Grundlegende Entscheidungs-

---

<sup>760</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 364, Bl. 218, Anfrage des DJK-Kreisverbandes vom 15.9.1958, Bl. 217, Schreiben des Sportamtes an das Büro des Oberbürgermeisters vom 17.9.1958, Bl. 216, Schreiben des Oberbürgermeisters an das Sportamt vom 19.9.1958.

<sup>761</sup> VRK vom 28.9.1961, S. 66 (nicht-öffentlicher Teil). Bei der Abstimmung gab es nur 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

<sup>762</sup> VRK vom 7.10.1963, S. 59 (nicht-öffentlicher Teil).

<sup>763</sup> HASTK, Acc. 170, Nr. 362, Bl. 44. Schreiben von Oppenheim an Burauen vom 23.10.1964. Oppenheim betonte darüber hinaus, dass der „Preis von Europa“ auch durch die Anwesenheit des Bundespräsidenten und seiner Gattin sowie das erstmalige Starten von russischen Pferden in der Bundesrepublik besondere Bedeutung für den deutschen Rennsport erlangt habe.

<sup>764</sup> Ein Mitglied (Overbeck) des Ernährungsausschusses des Landtages Nordrhein-Westfalen hatte die Kürzung der Zuschüsse zugunsten des Anteils der ländlichen Reiterei und auf Kosten des Anteils für die Vollblutzucht gefordert. Von Oppenheim stellte dazu fest, dass es sich um einen Betrag von 250.000 DM handele, was exakt der Preissumme des neuen in Köln stattfindenden „Preis von Europa“ entspräche.

kriterien gab es bis zum Erlass der Beihilfenordnung von 1968 nicht. Auch hier überwiegt die Zahl der positiven Entscheidungen für die Antragsteller. Schwierigkeiten gab es, wie bereits im Zusammenhang mit der Vergnügungssteuer dargestellt, mit den Fußball-Verbänden.

1959 lehnte der Rat der Stadt Köln mit 18 gegen 17 Stimmen bei sechs Enthaltungen die Übernahme einer Einnahmeausfallgarantie in Höhe von 10.000 DM für ein Fußball-Städtespiel gegen eine belgische Städtemannschaft ab.<sup>765</sup> Im Gegensatz dazu genehmigte der Rat 1961 eine Bürgschaft in Höhe von 75.000 DM für den Leichtathletik-Länderkampf Deutschland gegen Russland oder ein Jahr später 100.000 DM für die Austragung des Leichtathletik-Länderkampfes Deutschland gegen USA. Finanziert werden sollte der Bedarfszuschuss aus den Stadionmieten, die für diese Veranstaltungen zu leisten waren, was also einem Verzicht einer derartigen Abgabe gleichkam.<sup>766</sup> Einen einmaligen Zuschuss für die Durchführung der Segelflugweltmeisterschaften 1960 erhielt die Interessengemeinschaft Butzweiler Hof in Höhe von 60.000 DM.<sup>767</sup>

Da in den meisten Fällen eine positive Entscheidung von Seiten der Stadt gefällt wurde, was unter den gegebenen finanziellen Ressourcen scheinbar möglich war, gibt der Umgang mit den Bürgschaften nur wenig Aufschluss über eventuell vorhandene Meinungsunterschiede. Vielmehr zeigt sich hier eindeutig die Priorität der repräsentativen Funktion der Sportveranstaltungen für die Kommune, die von allen Seiten Unterstützung fanden. Der von SCHULKE (1990) formulierte Ansatz zum Spitzensport als feste und unvermeidbare Größe im Gesamtsystem Sport im Sinne eines Programms „Sport für alle“<sup>768</sup> spielte auch im Bewusstsein der Kommunalpolitiker in diesem Zeitraum schon eine Rolle, wie die bereits erwähnte Haushaltsrede von John van

---

HASStK, Acc. 170, Nr. 362, Bl. 67. Schreiben der Kölner Rennverein an den Oberbürgermeister vom 21.5.1964. Das Folgende ebenda.

<sup>765</sup> Das Spiel sollte im Rahmen der Belgisch-Luxemburgischen Woche stattfinden. Vgl. VRK vom 25.6.1959, S. 212 (Nichtöffentliche Sitzung).

<sup>766</sup> VRK vom 24.11.1960, S. 77, (Nichtöffentliche Sitzung), VRK vom 29.11.1962, S. 81, (Nichtöffentliche Sitzung). Zu den Einnahmen des Leichtathletik-Länderkampfes sollten die Einnahmen aus der Fernsehübertragung zugerechnet werden.

<sup>767</sup> VRK vom 5.5.1960, S. 22, (Nichtöffentliche Sitzung).

<sup>768</sup> SCHULKE, *Sport-Alltag-Kultur*, S. 132. SCHULKE sah die Zielsetzung des „Sports für alle“ zudem in der Tradition der „grundlegenden sozialen und politischen Forderungen der bürgerlich-demokratischen wie der Arbeiterbewegung seit Beginn der Industrialisierung.“

NesZiegler von 1966 beweist: „Den Leistungssport zu fördern, bedeutet die enge Verbindung zwischen Spitzensport und Breitensport zu verstehen und zu würdigen.“<sup>769</sup> Als notwendiges Angebot für die aktive und passive Bevölkerung, als Freizeitangebot für Köln und das Umland, sowie für das Prestige der Metropole war eine Unterstützung in diesem Bereich unumgänglich und gewollt.

### 3.3. Freizeitsport in der Kölner Kommunalpolitik

Im Rahmen der außerhalb des häuslichen Lebens stattfindenden Freizeitaktivitäten stellen körperliche Bewegung, Sport und Spiel den größten Bereich dar.<sup>770</sup> Einige der bislang genannten Argumente für eine politische Unterstützung des Sports treffen auf den Freizeitsport nicht zu. Hier geht es in der Hauptsache nicht um Prestige, Image oder Erfolgsbilanzen einer Kommune. Der unorganisierte Sport bietet auch kein fassbares Konstrukt, das man beeinflussen und parteipolitisch vereinnahmen kann oder dessen Gruppen als Organisation in das politische Geschehen eingebunden sind. Die Entwicklung der „Freizeitpolitik“ bis in die 1970er Jahre wurde beeinflusst durch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Strömungen und Phänomenen aus den Bereichen Religion, Medizin, Soziallehre, Philosophie, Pädagogik, Politik und Ökonomie.<sup>771</sup> Dementsprechend müssen Untersuchungen zur Geschichte der Freizeit die

---

<sup>769</sup> VRK vom 28.10.1965, S. 228.

<sup>770</sup> Die dem Sport zugewiesene Funktion der Erholung, Regeneration und des Ausgleichs vor allem zur industriellen Arbeitswelt und zu den Begleiterscheinungen der Urbanisierung hat entscheidend dazu beigetragen. Inwieweit diese „Gegenwelt“ des Sports tatsächlich eine Ausgleichsreaktion auf die Industrialisierung darstellt, wird von Gesellschaftskritikern angezweifelt, die Sport „ebenso oder eher noch als Abbild der industriellen Arbeitswelt in der Freizeit interpretiert“ sehen, in dem Rationalität und Leistungsorientierung ebenso erscheinen. Siehe: EICHBERG, Henning, „Zivilisation und Breitensport“, in: HUCK, Gerhard, *Sozialgeschichte der Freizeit*, Wuppertal 1982S. 81

<sup>771</sup> Unabhängig von einer nicht eindeutigen Begriffsbildung haben Untersuchungen zur Freizeitpolitik mit drei grundlegenden Schwierigkeiten zu rechnen:

1. In der soziologischen Forschung unterscheidet man „negative“ und „positive“ bzw. „quantitative“ und „qualitative“ Ansätze für die Definition von Freizeit. Negative Definitionen orientieren sich am „Primat der Arbeit“ und begreifen Freizeit als Restzeit oder „Residualkategorie“ gegenüber der Arbeitszeit. Positive Ansätze definieren Freizeit nach „Inhalten von Aktivitäten, Funktionen und Erlebensweisen“, wodurch das Phänomen Freizeit um subjektive Faktoren, wie Motivationen und Dispositionen bereichert wird. Einen Überblick über negative und positive Definitionen von Freizeit liefern TOKARSKI, Walter, SCHMITZ-SCHERZER, Reinhard, *Freizeit*, Stuttgart 1985, S. 226 ff; sowie HUCK, Gerhard, *Sozialgeschichte der Freizeit*, S. 8.

2. Ein weiteres viel diskutiertes Problem besteht darin, dass Freizeit als Privatsache und nicht als Politikfeld im eigentlichen Sinne gesehen wird, auch wenn viele politische Entscheidungen Auswirkungen auf die Freizeit haben. Der Staat steht vor dem Problem, einerseits die private und individuelle Sphäre des Menschen zu respektieren, andererseits aber für bestimmte Bedürfnisse Vorsorge treffen zu müssen. Siehe: LENZ-ROMEIB, Felicitas *Freizeitpolitik in der Bundesrepublik*, Göttingen 1975, S. 37ff. LENZ-ROMEIB führte eine Reihe von Politiker-Aussagen auf, die diesen Konflikt deutlich machen.

unterschiedlichsten Ansätze und Aspekte berücksichtigen.<sup>772</sup> In der folgenden Darstellung wurde der Schwerpunkt auf die kommunalpolitische Freizeitpolitik unter Berücksichtigung des „Freizeitsports“ gelegt.

### 3.3.1. Die Entwicklung kommunaler Freizeitpolitik nach 1945

In der unmittelbaren Nachkriegszeit betonten die sich wiederbegründenden Freizeitorganisationen, wie auch die Sportverbände, ihre „unpolitische Haltung“ und zogen sich auf eine staatsferne Position zurück. Eine umfassende Freizeitpolitik konnte sich nicht entwickeln, da die zurückliegenden Erfahrungen mit dem Machtapparat des Dritten Reichs allzu gegenwärtig waren. Die nationalsozialistische Inanspruchnahme und Kontrolle in ihren Organisationen hatte eine Diskussion über Freizeit in der nachfolgenden Bundesrepublik „auf Jahre hinaus vergiftet“<sup>773</sup>. Der Rückzug ins „Private“ war die Folge, Freizeit blieb ein „schuldgefühlsbeladener und emotionsauslösender Diskussionsgegenstand“, ein „politisches Vakuum“ und Tabuthema. Erschwerend für eine ideologiefreie Freizeitdiskussion war zudem das Spannungsverhältnis zur DDR, in der die Freizeit von Jugendlichen und Erwachsenen stärker gesellschaftspolitisch beansprucht wurde.

---

Sie verwies darauf, dass ohne vorgegebene Inhalte eine Planung gar nicht möglich sei. Diese würden aber in den freizeitpolitischen Aussagen weitgehend ausgeklammert. Neben der Kritik des klassischen Wirtschaftsliberalismus, der die Aktivitäten des Staates auf das nötigste beschränkt wissen will, um den privaten Bereich vor dem staatlichen Zugriff zu schützen, müssen Freizeitpolitiker sich allerdings auch dem Vorwurf aussetzen, sie verträten lediglich wirtschaftliche Interessen, indem sie die Regeneration der Arbeitskräfte zum Ziel hätten.

3. Freizeitpolitik entwickelte sich nicht als eigenständiger Politikbereich, sondern wurde als „Querschnittspolitik“ in Verbindung mit anderen Feldern umgesetzt. Eine Vielzahl von Entscheidungen in der Sozialpolitik, Wirtschafts- oder Arbeitspolitik, Wohnungs- und Städtebaupolitik, Jugend- und Familienpolitik haben schon seit langem Auswirkungen auf den Freizeitbereich. LENZ-ROMEIS, *Freizeitpolitik in der BRD*, S. 4.

<sup>772</sup> Umfassende Darstellungen zur historischen Entwicklung der Freizeit u.a. in: TOKARSKI/SCHMITZ-SCHERZER, *Freizeit*; sowie in NAHRSTEDTS Strukturhistorischer Analyse zur *Entstehung der Freizeit* am Beispiel der Stadt Hamburg. Einen historischen Überblick über Freizeit als Gegenstand sozialhistorischer Forschung lieferte OPASCHOWSKI, Horst., *Einführung in die Freizeitwissenschaft*, Opladen 1997, S. 287-291. Einzelne Aspekte zum Wandel der Alltagskultur, wie z.B. zum Vereinswesen, zur Festkultur, zu Tourismus und Sport in: HUCK, *Sozialgeschichte der Freizeit*. Die Ausprägung einer eigenständigen „Freizeitpolitik“ umfasst als Sammelbegriff alle Initiativen gesellschaftlicher Gruppen, Sozialpartner, Kirchen, Verbände, Parteien, die eine Gestaltung des Freizeitbereichs anstreben. Im engeren Sinne versteht man unter Freizeitpolitik allerdings nur die Aktivitäten des Staates auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Dennoch bestand über die Notwendigkeit und den Wert von arbeitsfreier Zeit - als rein quantitatives „Gegenüber“ zur Arbeitszeit - auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein breiter Konsens, der in den 1950er Jahren zur Einführung der 40-Stunden-Woche führte. Freizeit wurde somit zwangsläufig zunehmender Bestandteil politischen Handelns mit unterschiedlichen Schwerpunkten.<sup>774</sup> Die in den 1960er Jahren anlaufende Freizeitdiskussion war zugleich ein „meinungsbildender Vorlauf“ für die sich abzeichnende Institutionalisierung der „Freizeit“ in der Politik.<sup>775</sup> Die 1964 gegründete Arbeitsgemeinschaft für Freizeit und Erholung veranstaltete im Zweijahres-Rhythmus Tagungen und Kongresse, die das Thema zunehmend ins öffentliche Bewusstsein hoben. Sie war bemüht, System in die Freizeitplanung auf den verschiedenen Ebenen zu bringen.<sup>776</sup> 1970 erfolgte die Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft in Deutsche Gesellschaft für Freizeit, die dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit unterstand und alle freizeitpolitischen Forschungen, Planungen und Aktivitäten des Bundes koordinieren sollte.<sup>777</sup> Nach den ersten freizeitpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung 1975 sollte „für entsprechende Eigenentscheidungen der Bürger“ eine Freizeitpolitik entwickelt werden, „die allen Bevölkerungsgruppen eine Chance zu unabhängigem Lebensgefühl und eigener Initiative und einem nach eigener Sicht erfülltem Freizeitleben bietet.“<sup>778</sup> Aktive Freizeitpolitik war damit Bestandteil der klassischen Aufgaben des Staates im Rahmen der sozialen Sicherung

---

<sup>773</sup> OPASCHOWSKI, Horst., „Freie Zeit ist Bürgerrecht“, in: *Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 5.10.1974, S. 35.

<sup>774</sup> Die Diskussion wurde vor allem über den Wert von Arbeit und Freizeit für den Einzelnen geführt. Eine gemeinsame Position von Gewerkschaften, Unternehmern und der *Deutschen Gesellschaft für Freizeit* konnte nie erzielt werden. So äußerten die Gewerkschaften, dass „die Unternehmerseite [...] längst die wirtschaftliche und politische Bedeutung der zunehmenden Freizeit erkannt und alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel – insbesondere die Massenmedien – zur Beeinflussung der Arbeitnehmer auch außerhalb der Arbeit eingesetzt“ habe. Vgl. dazu MAASE, Klaus *Arbeitszeit – Freizeit – Freizeitpolitik*, Frankfurt 1976, S. 1. Auch darüber, ob die zunehmenden Technologien am Arbeitsplatz und Mobilitätsanforderungen tatsächlich zu mehr Freizeit führten, bestand keine Einigkeit. Ausführliche Darstellung der verschiedenen Positionen in: ADOLF-GRIMME-INSTITUT des Dt. VHS-Verbandes, *Was tun mit der Zeit? 6. Freizeit zwischen Politik und Wissenschaft*, Marl 1985.

<sup>775</sup> Mit der Gründung der *Arbeitsgemeinschaft für Freizeit und Erholung* 1964 war erstmals eine überregionale Vereinigung entstanden, die für Fragen der Freizeit über den Sport hinaus, die Zuständigkeit übernahm.

<sup>776</sup> Parallel dazu entwickelte sich die Freizeitforschung, die mit ihren Ergebnissen zusätzlichen Antrieb gab.

<sup>777</sup> Darüber hinaus wurde noch ein wissenschaftlicher Beirat gegründet. Mehr als 30 Organisationen waren bis 1975 der *DGF* beigetreten, u.a. auch der *Deutsche Sportbund*, der *ADAC*, die Deutschen Arbeitgeberverbände und der *Deutsche Gewerkschaftsbund*. Erster Präsident war der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers.

und Fürsorge für die Bürger, insbesondere für die Gruppe der bildungs- und einkommensmäßig Benachteiligten. Nach Aussage der Gewerkschaftler kamen bis zu diesem Zeitpunkt „die Ansprüche der arbeitenden Mehrheit auf eine Freizeitpolitik, die ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse und zugleich ihre politischen Klasseninteressen zum Maßstab nimmt, kaum zur Geltung.“<sup>779</sup>

Das gesteigerte Engagement der „kapitaltreuen Parteien und der Regierung“ spräche dafür, dass eine „neue Stufe staatlicher Freizeitpolitik“ bevorstehe, um deren „Prägung verschiedene gesellschaftliche Kräfte ringen“. Auch die Aussagen der beiden großen Parteien machten deutlich, dass Freizeit nach wie vor keiner einheitlichen Wertbeimessung unterlag.<sup>780</sup> 1975 stellte die SPD auf dem Mannheimer Parteitag im Rahmen ihres „ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens“ fest:

„Die individuellen Folgen und die sozialen Kosten von inhumanen, nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen sind nicht durch mehr Freizeit auszugleichen. Die so wichtige Freizeit ist in ihrem Ausmaß und in ihren Verwendungsmöglichkeiten weitgehend von den Arbeitsbedingungen bestimmt.“<sup>781</sup>

Das Ziel der Sozialdemokraten, den Gegensatz von Arbeit und Freizeit zu verringern, sollte dabei vor allem auf dem Gebiet der Bildung umgesetzt werden, die als Voraussetzung für die Teilhabe am kulturellen Leben und eine Verbesserung der Arbeitssituation angesehen wurde. Die CDU stellte ebenfalls 1975 der Öffentlichkeit zum ersten Mal Leitsätze zur „Freizeit in einer freien Gesellschaft“ vor. In ihrem Grundsatzprogramm von 1978 heißt es:

„Freizeit bietet die Möglichkeit, außerhalb des Arbeitslebens schöpferische Fähigkeiten zu entfalten. Sie ist gerade für diejenigen eine Chance zur Selbstverwirklichung, denen die Arbeit hierfür nur begrenzten Raum läßt.“<sup>782</sup>

---

<sup>778</sup> LENZ-ROMEIß, *Freizeitpolitik in der BRD*, S. 41.

<sup>779</sup> MAASE, *Arbeitszeit*, S. 2.

<sup>780</sup> Auch wenn diese Aussagen nicht in den Untersuchungszeitraum bis 1975 fallen, sollen sie hier kurz dargestellt werden, da davon auszugehen ist, dass die darin geäußerte grundsätzliche Haltung in der vorangegangenen Zeit das politische Handeln mitbestimmte.

<sup>781</sup> VORSTAND DER SPD (Hg.), *Dokumente. Ökonomisch-Politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985*, Frankfurt 1980, S. 78.

<sup>782</sup> CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hg.), *Grundsatzprogramm der CDU*, Bonn 1978, S. 21.

Freizeit wurde in diesem Kontext zur individuellen Angelegenheit und zum unpoliti-schen Raum. Selbstverwirklichung, im Grundsatzprogramm der CDU ein zentraler Begriff für die Erwerbstätigkeit des Einzelnen, wurde durch eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs in den Freizeitbereich verlagert. Die ursprüngliche Frage nach den disziplinierenden und fürsorgerischen Aspekten der Freizeitpolitik bestimmte im Grundsatz bis zu diesem Zeitpunkt die Diskussion.

Städte und Gemeinden konnten im Rahmen ihrer Planungshoheit Freizeitangebote freier Träger fördern, eigene Initiativen entwickeln und im Zuge der Stadtentwicklung entsprechende Freizeiteinrichtungen schaffen. Bei der Schaffung von Freizeitangeboten handelte es sich zwar um eine „freiwillige Aufgabe“ der Kommunen, für die sie sich im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge zuständig sahen.

Bei der Einrichtung von Freizeitangeboten standen verschiedene gesellschaftspolitische Ziele und Forderungen im Vordergrund, wie z.B. Bildung, Gesundheit oder der Sport. Der Deutsche Städtetag verwehrte sich 1974 sogar dagegen, „all dies Gewachsene nur unter dem Gesichtspunkt der Freizeit zu sehen und zu bezeichnen.“<sup>783</sup> Trotz aller Bekenntnisse zu ihrer Notwendigkeit ordneten die Verantwortlichen in den Kommunen die Freizeitpolitik anderen politischen Feldern unter, eigene Ämter oder Kommissionen wurden nur in ganz wenigen Städten gegründet. Finanzielle Ressourcen und die vorherrschende Zersplitterung der Kompetenzen für Freizeitfragen auf die verschiedenen Bereiche einer Stadtverwaltung führten dazu, dass sich die Forderung nach einer „integrierten Freizeitpolitik“ nicht durchsetzen konnte.<sup>784</sup>

Die Kommunen schufen in den 1950er und 1960er Jahren im Rahmen der Grünflächen- und Spielplatzplanung eine „weltweit einmalige Freizeitinfrastrukturausstattung und -dichte“, wobei durch die entsprechenden

---

<sup>783</sup> LENZ-ROMEIB, *Freizeitpolitik in der BRD*, S. 41.

<sup>784</sup> Nach LENZ-ROMEIB ist eine spürbare Änderung dieser Situation in den 1970er Jahren zu verzeichnen. „Verwaltungsinterne Koordinierungsstellen für Freizeitfragen werden inzwischen allgemein als notwendig anerkannt.“ Die in ihrer Untersuchung befragten Experten sahen allerdings Hindernisse in der „Investitionslage, Personalsituation, Ressortegoismus und Verwaltungsstrukturen.“ Vgl. LENZ-ROMEIB, *Freizeitpolitik in der BRD*, S. 74.

Bauentscheidungen auch inhaltliche Vorgaben gemacht wurden.<sup>785</sup> So entstanden nach 1950 Jugendzentren, Kinderspielplätze, Ferien- und Freizeitaktivitäten in den Grünanlagen. Wachsende Verkehrsprobleme und die daraus resultierende Einschränkung der Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche hatten diese Entwicklung beeinflusst. In den darauf folgenden Jahren wurden die Forderungen nach einer zentralen Infrastruktur für Freizeiteinrichtungen und -angebote für alle Altersgruppen lauter. Mehr Lebensqualität und Wohnlichkeit sollten den Begleiterscheinungen der rasch anwachsenden Städte entgegenstehen. Die Gestaltung von autofreien Fußgängerzonen, Ruhe- und Erholungsflächen, Sport- und Spielflächen in den einzelnen Stadtteilen war die Folge.<sup>786</sup> Grundlage für den Erfolg waren aber auch die auf dem Gebiet der Sportstättenplanung geleisteten Maßnahmen, wobei die Realisierung des „Goldenen Plans“ hier maßgeblichen Anteil hatte. Übereinstimmungen in den Zielsetzungen von Sport- und Freizeitpolitik führten zur erfolgreichen Umsetzung gemeinsamer Forderungen. Gerade die „Rückgewinnung der politischen Geltung des Sports“ nach dem Zweiten Weltkrieg hat auf der Ebene der Kommunen eine besondere Bedeutung, Freizeitpolitik und Sportpolitik wiesen hier ähnliche Periodisierungen auf.

Die Erkenntnis, dass der Freizeitwert einer Stadt wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität ist, hob den Stellenwert kommunaler Freizeitpolitik. Freizeit wurde zunehmend ein Kriterium für die Bewertung von Wohn- und Lebensraum der Bevölkerung, für ein attraktives Stadtimage und für Standortentscheidungen der Unternehmen. Die Statements des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zur „freizeitgerechten Stadt“ von 1973 betonten weiterhin die Verantwortung der Gemeinden, „in kommunaler Selbstverwaltung das Wohl ihrer Bürger zu fördern und die unmittelbare Umwelt des Menschen zu gestalten“ und den Bürgern Möglichkeiten

---

<sup>785</sup> DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT, *Freizeitpolitik – Geschichte und Zukunft*, S. 10. Auch TOKARSKI/SCHMITZ-SCHERZER stellten fest, dass „die Freizeitinfrastukturausstattung in der Bundesrepublik gut bis sehr gut im Vergleich zu anderen Ländern ist“, TOKARSKI/SCHMITZ-SCHERZER, *Freizeit*, S. 45.

<sup>786</sup> Vgl. A. LEDERMANN, *Freizeit - gestern - heute - morgen*, in: Elra-Information Vol.11, 1983, 3, S. 1, zitiert in: TOKARSKI/SCHMITZ-SCHERZER, *Freizeit*, S. 46 ff.



zu bieten, „die mit der Freizeit gegebenen Chancen zu vermehrter Selbstverwirklichung zu nutzen.“<sup>787</sup>

### **3.3.2. Synergie oder Konkurrenz – Ein Freizeitsportangebot der Stadt Köln bis 1964**

Ein vereinsungebundenen städtisches Sportangebot gab es in Köln bereits in den 1920er Jahren. Der damalige Stadiondirektor Christian Busch hatte als versierter Leichtathletik-Trainer sogenannte „Volkssport-“, oder „Stadionkurse“ ins Leben gerufen, die jedem Kölner Bürger ohne Mitgliedschaft in einem Verein die Möglichkeit boten, Sport zu treiben. Die in den Verwaltungsberichten veröffentlichten Teilnehmerzahlen dieser Kurse lassen auf eine hohe Resonanz in der Bevölkerung schließen.<sup>788</sup> Nach dem Krieg, von Mai bis November 1946, wurden diese Kurse von der Stadiondirektion wieder angeboten. Allerdings vermeldete der Kölner Sportkurier, dass „noch nicht die gewünschte Beteiligung erzielt wurde, ein Umstand der auf die ungünstige Ernährungslage zurückzuführen sei.“<sup>789</sup> Das Angebot wurde dennoch aufrechterhalten, allerdings ließ der Erfolg weiter auf sich warten. Für das Winterhalbjahr 1946/47 wurden für Anfänger und Fortgeschrittene Volkssportkurse im Ringen und Boxen angeboten.<sup>790</sup>

Als in den 1950er Jahren eine ausführlichere Diskussion über die Bedeutung des Freizeitsports einsetzte, konnte das Sportamt der Stadt Köln daher auf einige Erfahrungen zurückblicken. Sportamtsleiter Sampels war Mitglied des Arbeitskreises zur Förderung des Freizeitsports, der 1957 von der ADS eingerichtet wurde. In einer

---

<sup>787</sup> DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND 11(1973), S. 301 ff. Ein großer Teil der freizeitpolitischen Forderungen in der Bundesrepublik 1975 betrafen das kommunale Freizeitangebot und die kommunale Infrastruktur. Dazu gehörten die Unterstützung von Initiativen der Vereine und Organisationen im Sinne einer größtmöglichen Vielfalt der Freizeitangebote, Berücksichtigung von Freizeiteinrichtungen im sozialen Wohnungsbau, Nutzungsbestimmungen von Freizeiteinrichtungen, Schaffung von Erholungsflächen für eine aktive Freizeitbeschäftigung, Schaffung von Sport- und Spielmöglichkeiten und die Mitwirkung der Bürger an politischen Entscheidungen und kommunalen Planungen. Siehe: DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT, *Freizeitpolitik – Geschichte und Zukunft*, S. 14ff.

<sup>788</sup> Siehe LANGEN/ DERES, *Müngersdorfer Stadion*, S.64ff.

<sup>789</sup> *Kölner Sportkurier*, 2(1947)2, o. S.

<sup>790</sup> Die Gebühr betrug 3.- RM/Monat bei wöchentlich einer Unterrichtsstunde. Übungsleiter im Ringen war Heini Nettesheim, im Boxen Adolf Heuser. *Kölner Sportkurier* 8(1946)1, o. S.

Arbeitssitzung in Köln, an der Heinrich Sorg, Franz Wilhelm Beck, Hugo Rüngener und Prof. Altrock teilnahmen, stellte man gemeinschaftlich fest, dass „bei aller Popularität des Sports in der Öffentlichkeit [...] ein nennenswerter Zuwachs zu den Sportorganisationen vermißt wird“.<sup>791</sup> Unklarheit bestand bei den Arbeitskreismitgliedern darüber, wo die zukünftigen Freizeitsportangebote anzusiedeln seien, wobei Sampels die Meinung vertrat, das „die Turn- und Sportvereine [...] in Erweiterung ihres Aufgabengebietes dafür gewonnen werden (müssen, Anm. d. Verf.), den Freizeitsport einzuführen“ und nur „wo die Voraussetzungen fehlen (Sportstätten, Geräte, Übungsleiter, Anm. d. Verf.) müsse die Gemeinde einspringen.“ Sampels drängte in diesem Zusammenhang auf eine Testphase, wobei er selbst in Kooperation mit einem rechtsrheinischen Großverein ein derartiges Freizeitangebot initiieren wollte. 1958 referierte Sampels im Rahmen einer Vorstandssitzung des Zweckverbandes über das Thema „Freizeitsport“ und empfahl, „dass die Vereine, besonders Samstags vormittags Plätze, Geräte und Sportlehrkräfte der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen sollten.“<sup>792</sup> Der von Sampels vorgeschlagene Weg, die Förderung des Freizeitsports über die Vereine zu organisieren, sollte sich für Köln als Fehlschlag erweisen. Skepsis darüber, ob die Vereine die „geeigneten gesellschaftlichen Gruppen seien, eine ihrer Tradition so fremde Aufgabe zu übernehmen“ war im übrigen auch auf überregionaler Ebene bei der Proklamation des „Zweiten Weges“ des DSB 1959 laut geworden.<sup>793</sup>

Ab 1958 unternahm das Stadtamt für Leibesübungen einen erneuten Anlauf, ein vereinsungebundenes Sportangebot zu etablieren. Dazu bot es auf verschiedenen Spielplätzen der Stadt den „Sport der offenen Tür“ an, der von Absolventen der Sporthochschule betreut wurde. An verschiedenen Standorten des gesamten Stadtgebiets boten die Studenten jeweils samstags kostenlos „Sport für jedermann“ an. Die Bekanntmachungen wurden untertitelt mit der Angabe „Freizeitwerk der Stadt Köln“.<sup>794</sup> Von Seiten der Politik fanden die Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt noch

---

<sup>791</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 794, o. Pg. Stellungnahmen von Johannes Sampels vom 18.1.1958 zur Niederschrift der Sitzung des Arbeitskreises IV (der ADS) in Köln am 14.12.1957.

<sup>792</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Sitzung des Vorstandes und der Verbandsvertreter vom 21.1.1958.

<sup>793</sup> So äußerte sich Willi Daume 1968. DAUME, Willi, „Sport für Alle. Die Demokratisierung des Sports“, in: DSB (Hrsg.), *Internationale Sportkonferenz „Sport for all“*, Frankfurt, 1986, S. 7.

<sup>794</sup> *Kölner Sportkurier* 14(1959)4, o. S. Die angegebene Adresse war die Anschrift des Sportamtes am Kaiser-Wilhelm-Ring.

Unterstützung, wenngleich die Prioritäten zum organisierten Sport eindeutig hervortraten. In der sogenannten „Sportkonzeption der CDU-Fraktion“ von 1959 wurde der Freizeitsport berücksichtigt. Der CDU-Stadtverordnete Schmitz beantragte zu diesem Thema, dass „in der nächsten Sportausschuss-Sitzung das Sportamt berichtet, wie in diesem Jahr der Plan für Freizeitsport aussieht“.<sup>795</sup> In seiner Rede wurde der organisierte und der unorganisierte Sport gleichberechtigt genannt:

„Kernsatz unserer Finanzüberlegung ist bei der Sportdebatte, denjenigen, die am Sport verdienen wollen, keine, den Idealisten aber jede Unterstützung zu geben. Das gilt sowohl für die organisierten Sportler als auch für in Freizeit sportspielende Gruppen.“

Diesem Anliegen schloss sich auch der Redner der F.D.P., Dr. Jacobs, an, der für seine Partei den Wert des unorganisierten Sports herausstellte. Eine Unterstützung machte er jedoch davon abhängig, dass die Vereine mit dem notwendigsten versorgt seien:

„Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir Vereine unterstützen müssen. Wir dürfen nur bei der Unterstützung der Vereine nicht übersehen, daß wir für die große Anzahl derjenigen etwas tun müssen, die sich keinem Verein anschließen wollen [...] Wir dürfen diese Sporttreibenden nicht übersehen. Sobald wir glauben, daß für die Vereine das Notwendigste getan worden ist, regen wir an, unser Hauptaugenmerk auf diejenigen zu richten, die Sport treiben wollen, die aber keine Organisation hinter sich haben.“

Auch die Neuauflage des Freizeitsportangebots in Kooperation mit der Sporthochschule schien aber nur auf wenig Resonanz in der Bevölkerung zu stoßen. Im städtischen Verwaltungsbericht von 1959/1960 wurde gemeldet, dass der Freizeitsport im Spätsommer 1959 wegen der nur noch geringen Beteiligung vorzeitig eingestellt worden war, und auch „eine verfeinerte und mehr persönliche Werbung“ für 1960 keine Verbesserung herbeigeführt hätte.<sup>796</sup> In einer Pressekonferenz an der Sporthochschule 1960 monierte Liselott Diem die unzureichende finanzielle Unterstützung durch die Stadt Köln für das Jedermann-Sport-Projekt. Sampels konterte mit dem Hinweis, „dass für eine Sache, der bisher von Seiten der Bevölkerung so wenig Interesse entgegengebracht worden sei, schwerlich mehr Mittel bereit gestellt werden könnten“.<sup>797</sup>

---

<sup>795</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 193. Die Aussage fiel im Zusammenhang mit der Erläuterung zur „Sportkonzeption der CDU-Fraktion“. Das Folgende ebenda.

<sup>796</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1959/1960, S. 66.

<sup>797</sup> *Kölnische Rundschau* vom 19.5.1960.

Die Stadtverwaltung verspürte Ende 1960 nur noch wenig Interesse, den Freizeitsport weiter zu unterstützen, dennoch wurde noch im folgenden Jahr ein weiterer Versuch unternommen.<sup>798</sup> Im Dezember 1961 stellte Ratsmitglied Haumann fest: „Im Sommer dieses Jahres hat der Sportausschuß den Freizeitsport an freien Samstagnachmittagen auf den Stadionwiesen und anderen Plätzen unserer Stadt mangels Zuspruch bei der Bevölkerung endgültig fallen gelassen.“<sup>799</sup> Als Reaktion auf diese Maßnahme übermittelte der CVJM an das Sportamt sein Bedauern über das Einstellen des Freizeitsports, denn dies sei ein Versuch gewesen, der „von Verantwortungsfreudigkeit und Weitsicht gezeugt habe“ und man solle den „Mut nicht sinken lassen,[...] breitere Schichten der Bevölkerung zu Leibesübungen zu bewegen“.<sup>800</sup>

Die hier skizzierte Entwicklung war keineswegs nur in Köln zu beobachten. ADLER erklärte 1961 die „Einrichtung von Sportplätzen der offenen Tür“ allgemein für gescheitert, wobei er vor allem den Mangel an entsprechenden Lehrkräften dafür verantwortlich machte.<sup>801</sup> Gerade dieses Argument traf für Köln aber nicht zu, da der Stadt durch die Sporthochschule ein gewisses Personalkontingent fachlich versierter Übungsleiter garantiert war. Ein viel größeres Problem schien die – vermeindliche – Konkurrenz zu den Vereinen zu sein. Freizeitsport als Vorstufe für eine Vereinsmitgliedschaft war weder der Bevölkerung, die für beide Organisationsformen nur schwer zu motivieren war, noch den Vereinen nahe zu bringen, die wenig Verständnis für das zusätzliche Angebot aufbrachten. Diese Meinung vertrat Amtsleiter Sampels ein ums andere Mal, ohne jedoch sofort Konsequenzen daraus zu ziehen. Erst nachdem die Erwartungen über einen längeren Zeitraum nicht erfüllt wurden, wurde das Programm eingestellt. Auf eine Anfrage des DSB (Referat: Zweiter Weg) berichtete sein Nachfolger, Sportamtsleiter Hans Schuck 1963, dass „weder von seiten der Stadt Köln noch durch die Vereine [...] der Gedanke des Freizeitsports augenblicklich in die

---

<sup>798</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 791, o. Pg., Niederschrift der Verwaltungsausschuss-Sitzung vom 14.11.1960. Darin heißt es u.a.: „Die Beteiligung am Freizeitsport hat auch im vergangenen Sommer sehr zu wünschen übrig gelassen, so daß es von unserem Standpunkt aus unnötig erscheint, diese Veranstaltung im nächsten Jahr wieder aufzuziehen.“

<sup>799</sup> VRK vom 14.12.1961, S. 397. Das Folgende ebenda.

<sup>800</sup> HASTK, Best. 871, Nr. 835 Beihilfen für Übungsleiter, o. S., Schreiben des CVJM an das Sportamt vom 12.7.1961.

<sup>801</sup> ADLER, „Goldener Plan“, S. 16. Das Folgende ebenda.

Tat umgesetzt “ würde.<sup>802</sup> Es wären vor allem und von Anfang an die Sportvereine selbst gewesen, die sich dem Gedanken des Freizeitsports entgegengestellt hätten, denn deren Mitglieder könnten nicht verstehen, dass „Außenstehende kostenlos all die Dinge geboten bekommen, für die Mitglieder ihren Beitrag entrichten müssen.“ Der Versuch, die Angebotspalette der Vereine durch finanzielle Hilfen, wie z.B. die Übungsleiter-Beihilfen, zu erweitern, scheiterte an deren traditionsbehafteten Selbstverständnis. Die allgemeine Skepsis der Funktionäre, die ihren Vereinen die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, nicht zutrauten, zeigte sich in Köln sehr deutlich. Von Seiten der Politik wurden sie in dieser Haltung letztendlich bestärkt. Die CDU rückte in ihrer gleichberechtigten Position zum Freizeitsport und von den 1959 gemachten Aussagen wieder ab. Der Stadtverordnete Friedel Haumann (CDU) betonte vor dem Rat 1963: „Jedoch muß den Turn- und Sportvereinen allein die Aufgabe überlassen bleiben, ihren Sportbetrieb so einzurichten und so zu erweitern, daß auch Außenstehende angesprochen werden.“<sup>803</sup> Ein weiteres Argument dagegen, den Vereinen die Arbeit für zusätzliche Angebote aufzubürden, lieferte F.D.P.-Ratsmitglied Bruckwilder 1964 in der Diskussion um die Gebührenbefreiung, die grundsätzlich für ein Freizeitsportangebot blieb jedoch bestehen.

„Wir sind nicht der Ansicht, daß der Vereinssport nur körperliche Betätigung für unsere Mitmenschen bietet, sondern daß er darüber hinaus auch eine Gemeinschaftsaufgabe hat, die sich im Vereinsleben abspielt, die nicht gestört werden soll durch opportunistische neue Mitglieder, die nur kostenlos Bäder und sonstige Einrichtungen benutzen wollen. Vielmehr müssen wir dem Einzelmenschen die Möglichkeit geben, die Sportstätten, die von der Allgemeinheit erstellt und unterhalten werden, zu benutzen.“<sup>804</sup>

Dass die verstärkte Werbung von Vereinsmitgliedern mit unterschiedlichen Interessen zu einem Konfliktpotential innerhalb der Organisationen führen könnte, war nicht von der Hand zu weisen. Viele Vereine klagten zu diesem Zeitpunkt über das mangelnde ehrenamtliche Engagement und die Anspruchshaltung ihrer Mitglieder. Diese Widerstände waren bei den 1958 formulierten „Leitsätzen für die kommunale Sportpflege“ des Deutschen Städtetages, die die besondere Bedeutung des Freizeit- und Breitensports betonten, nicht berücksichtigt worden. Mit der Aktion „Zweiter Weg“

---

<sup>802</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 791, o. Pg. Schreiben von Schuck an den DSB vom 14.10.1963. Das Folgende ebenda.

<sup>803</sup> VRK vom 19.12.1963, S. 401.

hatte der DSB 1959 eine Kampagne gestartet, die eine breite Bevölkerung bei zunehmender Freizeit in die Vereine locken sollte. Innerhalb von 10 Jahren verdoppelte sich bundesweit die Zahl der Vereinsmitglieder, was aber vorrangig auf die zusätzlichen Angebote für bislang vernachlässigte Gruppen, wie Kleinkinder, Hausfrauen und Senioren in den Vereinen zurückzuführen war.<sup>805</sup> Auch hier war es letztendlich doch der organisierte Sport, der sich gegenüber den veränderten Wünschen der Bevölkerung öffnete und den Erfolg der Programme garantierte. Obwohl insbesondere die Kölner Sportverwaltung mit ihrem Amtsleiter Sampels den Wert des Freizeit- und Breitensport erkannt hatte und sich bemühte, die Vereine für eine zusätzliches Angebot zu gewinnen, fanden die überregionalen Aktionen in Köln kaum Resonanz. Mit ausschlaggebend für die Zurückhaltung der Vereine war möglicherweise das zugrunde liegende Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Vereinen. Mit der Betonung der Autonomie der Sportorganisationen hatten Verwaltung und Politik in den zurückliegenden Jahren mehrfach die Wünsche und Forderungen der Vereine zurückgewiesen. Demzufolge hatte man kein Mittel, nun in die Strukturen einzugreifen. Darüber hinaus waren aber auch die unter städtischer Regie durchgeführten Aktionen erfolglos, was die Schlussfolgerung nahe legt, dass das Bedürfnis der Kölner nach freizeitsportlicher Betätigung bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich nicht allzu groß war. So muss man auch die Aussage von LENZ-ROMEIB (1975), dass die „Erfolge“ der kommunalen Programme bewiesen haben, „dass Sportvereine und Verbände [...] nicht in der Lage waren, die sportlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfassen“ für Köln relativieren.<sup>806</sup>

### **3.3.3. „Jedermann an diesem Ort“ – Ein erfolgreiches Konzept im Freizeitsport**

Trotz der „Misserfolge“ griff Sportamtsleiter Weitzdörfer das vereinsungebundene Sportangebot kurz nach seiner Amtsübernahme 1967 wieder auf. Bereits im Haushalt für das Jahr 1968 wurden in Erwartung der „zunehmenden

---

<sup>804</sup> VRK vom 25.6.1964, S. 175. Für die F.D.P. sprach Ratsmitglied Bruckwilder.

<sup>805</sup> Die Mitgliederzahl des DSB stieg von 5,2 Millionen (1960) auf 10,1 Millionen, das entsprach einem Anteil der Bevölkerung von 16,7%. Siehe DIECKERT, Jürgen, „Freizeitsport in Deutschland“, in: DIECKERT, Jürgen/ WOPP, Christian, *Handbuch Freizeitsport*, Schorndorf 2002, S. 27.

<sup>806</sup> LENZ-ROMEIB, *Freizeitpolitik in der BRD*, S. 164.

Aktivierung des Sports“ die „sehr knappen Mittel“ aufgestockt.<sup>807</sup> In einem Schreiben an das Dezernat vom 24. Juli 1968 bat Weitzdörfer darüber hinaus um Zustimmung, Mittel in Höhe von 3.600 DM für die benötigten Übungsleiter aus der Haushaltsstelle „Beihilfe an Turn- und Sportvereine“ zu verwenden, zumal hier ausreichende Mittel zur Verfügung ständen.<sup>808</sup> Oberstadtdirektor Mohren verwies in seinen Haushaltsentwurf für das Jahr 1969 auf die „Verpflichtung der Stadt gegenüber dem Gesamtwohl“, die erfordere, „Sportanlagen nicht nur für den Vereinssport, sondern auch für den Volkssport zur Verfügung zu stellen.“<sup>809</sup> Unter dem Motto „Jedermann – an diesem Ort jede Woche Sport“ startete das Sport- und Bäderamt ein breit angelegtes neues Kursprogramm mit Gymnastik, Wandern, Schwimmen, Rudern und Paddeln.<sup>810</sup> Bereits nach den ersten drei Monaten erhöhte man die Anzahl der Kurse von 25 auf 46, da der Andrang so groß war.<sup>811</sup> Skepsis in den Reihen der Vereine bestand nach wie vor. Ende des ersten Jahres sah Weitzdörfer sich scheinbar veranlasst, ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Vereine zu schicken, in dem er auf eine „Intensivierung der Zusammenarbeit“ zwischen dem Amt und den Vereinen hinwies. Bezüglich des Freizeitsportangebots hieß es dort:

„Das Sport- und Bäderamt ist bemüht, geeignete Maßnahmen zur Ausweitung des Breitensports zu treffen, um abseits stehende Bürger für eine sportliche Betätigung zu interessieren. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Vereinen geschehen. [...] Vereine, die daran interessiert sind, am Aufbau des Zweiten Weg des Sports mitzuarbeiten, bitte ich, mir dies [...] mitzuteilen, damit wir gemeinsam Mittel und Wege finden, möglichst viele Bürger unserer Stadt für eine sportliche Betätigung zu interessieren.“<sup>812</sup>

---

<sup>807</sup> VRK vom 19.10.1967, S. 245. Erhöht wurde insbesondere der Ansatz für die Beschaffung von Sportgeräten. In seiner Haushaltsrede bemerkte van NesZiegler: „Alle Plätze müssen eine Grundausrüstung haben. Auch hier ist es derselbe Grundsatz: Wollen wir das „Jedermann-Sport-Programm“ demnächst beginnen, dann müssen Sportgeräte auf allen Plätzen vorhanden sein.“

<sup>808</sup> HASTK, Best. 1276, Nr. 43, o. Pg., Schreiben von Weitzdörfer an das Dezernat vom 24.7.1968.

<sup>809</sup> VRK vom 19.9.1968, S. 262.

<sup>810</sup> Ab 1971 wurden die zuvor 4-monatigen Kurse zu Halbjahreskursen umorganisiert. Der Preis für einen Kurs lag für Erwachsene bei 15.- DM, für Kinder, Jugendliche und Studenten 7,50 DM, Ehepaare oder Eltern mit Kindern zahlten 22,50 DM

<sup>811</sup> Aus dem Bericht des Sport- und Bäderamtes an den Sportausschuss geht hervor, dass vor allem die Kurse im Stadion sehr gefragt waren, während die Übungsleiter im rechtsrheinischen Raum zunächst „vor leeren Hallen“ gestanden hätten. Durch eine verstärkte Werbung sei aber auch dort inzwischen ein „guter Übungsbetrieb“ gewährleistet. HASTK, Best. 1276, Nr. 43, Bericht zur Vorlage im Sportausschuss vom 13.5.1969.

<sup>812</sup> HASTK, Best. 1276, Nr. 43, Bl. 20, Schreiben von Weitzdörfer an die Vorsitzenden der Kölner Turn- und Sportvereine vom 14.11.1969,

Mit seiner Aufforderung zur Mitgestaltung und Kooperation versuchte Weitzdörfer möglicherweise die nach wie vor bestehenden Widerstände zu beschwichtigen. Das von dieser Seite nach wie vor Bedenken bestanden zeigt eine Äußerung von Ratsmitglied Schilli in der Sportausschuss-Sitzung vom 13. April 1970, in der er darauf hinwies, „daß von seiten der Turner geäußert wurde, daß die von der Stadt durchgeführten Jedermann-Kurse eine Konkurrenz für die Turnvereine darstellen.“<sup>813</sup> Das Projekt wurde von Schilli aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt, er bat die Verwaltung lediglich um ein weiteres Schreiben an die Turnvereine mit dem Hinweis, dass das Jedermann-Programm nur eine Ergänzung zur Vereinsarbeit darstelle.

Nach dem viel versprechenden Start kündigte Sportdezernent Eduard Fey 1970 an, „das Angebot noch weiter zu fächern und in alle Vororte zu gehen.“<sup>814</sup> Innerhalb von vier Jahren stieg die Zahl der Kurse von 25 auf 160.<sup>815</sup> Das Programm wurde weiter differenziert durch Angebote in Yoga, Wirbelsäulengymnastik, Mutter und Kind-Turnen sowie Konditions- und Krafttraining. 1975 kamen unter der Bezeichnung „Kölner Modell für Gesundheitsvorsorge“ Kurse in Herz-Kreislauf- und Wassergymnastik, Atemschulung und Entspannungs- und Lockerungsgymnastik unter medizinischer Betreuung hinzu. Das vom Institut für Kreislaufforschung an der Deutschen Sporthochschule erarbeitete Konzept richtete sich insbesondere an Kölner Ärzte, die entsprechende Programme für ihre Patienten suchten.

300 Vereine wurden 1970 vom Sportamtsleiter aufgefordert, die Kurse in Kooperation mit dem Sportamt anzubieten, dreizehn Vereine kamen diesem Ansinnen nach, die insgesamt 89 Kurse durchführten. Hier hatte sich im Gegensatz zu der abstinenten Haltung der frühen 1960er Jahre ein eindeutiger Wandel vollzogen. Das Misstrauen hatte sich vermutlich auch durch die mit den Mitgliedsbeiträgen vergleichbaren Kurspreise gelegt. Das man sich nicht als Konkurrenz zu den Sportvereinen sehe, betonte der Dezernent Fey nochmals in einem Zeitungsinterview 1974. Vielmehr würden viele Leute aus den Kursen, „von den Sportvereinen

---

<sup>813</sup> HASTK, Best. 1276, Nr. 43/3, o. Pg., Protokoll der Sportausschuss-Sitzung vom 13.4.1970.

<sup>814</sup> *Kölner Sportkurier* 25(1970) 1,2, S. 5.

<sup>815</sup> Die Kurse wurden tertialmäßig angeboten. Der Verwaltungsbericht 1969 veröffentlichte folgende Zahlen: 1. Tertial: 25 Kurse, 483 Teilnehmer, 2. Tertial: 39 Kurse, 891 Teilnehmer, 3. Tertial: 54 Kurse, 1.317 Teilnehmer. Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Köln 1969, S. 70.



vereinnahmt“.<sup>816</sup> Zum zehnjährigen Jubiläum des Jedermann-Programms 1979 konnte man insgesamt 45.000 Kursteilnehmer zählen.<sup>817</sup> Mit ausschlaggebend für den Erfolg dieses zweiten Anlaufs für ein vereinsungebundenes Sportangebot der Stadt Köln waren unter anderem die bundesweiten Kampagnen der Trimm-Bewegung. Innerhalb von drei Jahren hatte der „Trimmy“ als Symbolfigur immerhin einen Bekanntheitsgrad von 93% der Bevölkerung erreicht.<sup>818</sup> Darüber hinaus fiel das ergänzende Angebot für alle, die sich nicht dem organisierten Sport zuwenden konnten oder wollten, in eine Zeit des gesellschaftspolitischen Umbruchs. Anlass für die Suche nach neuen freizeit- und breitensportorientierten Konzepten war seit Beginn der 1970er Jahre die „Auflösung einer einheitlichen Sportvorstellung“ und die „Kritik am neuzeitlichen Leistungssport.“<sup>819</sup> Der Wert des sogenannten „Freizeitsports“ für Gesundheit, Erholung, Unterhaltung, Geselligkeit und Abwechslung für den Bürger erlangte allgemeine Anerkennung.<sup>820</sup> Freizeitsport wurde eine Massenbewegung, „die in der alltäglichen Lebensweise von Millionen von Menschen einen bereits relativ fest integrierten Platz“ einnahm.<sup>821</sup> In sozialdemokratischen Kreisen propagierte man vereinzelt die Forderung „Raus aus den Vereinen“. Das städtische Sportprogramm kam letztendlich dennoch auch den Vereinen zugute, die aus den Teilnehmern neue Mitglieder rekrutieren konnten.

---

<sup>816</sup> *Kölner Stadtanzeiger* vom 5.6.1974.

<sup>817</sup> Ab diesem Zeitpunkt wurde das Programm unter dem Begriff „Sport für alle“ als Bestandteil des Angebots des Bildungswerkes des LSB weiterentwickelt.

<sup>818</sup> Laut Umfrage des Emnid-Instituts 1973. *Kölnische Rundschau* vom 8.11.1973.

<sup>819</sup> FRANKE, Elk, *Freizeit und Sport*, Hamburg 1983, S. 60.

<sup>820</sup> Vgl. GÜLDENPFENNIG, Sven, „Freizeitsport – der unpolitische Freiraum?“, in: FRANKE, *Freizeit und Sport*, S. 144. Nach GÜLDENPFENNIG taugt das Wort „Freizeitsport“ nicht für die Umschreibung dieser besonderen Form sportlicher Tätigkeiten. Der nicht in größere Organisationszusammenhänge eingebettete Sport sei Teil der Alltagskultur, daher schlägt er den Begriff „Alltagssport“ vor.

<sup>821</sup> GÜLDENPFENNIG, „Freizeitsport – der unpolitische Freiraum?“, S. 147. Unterschiede bestanden allerdings in den Folgerungen, die aus dem „Entzauberungsprozess des klassischen Sportideals“ gezogen wurden, was nach FRANKE zu einem „animationsorientierten“ und einem „emanzipationsorientierten Freizeitsport“ führte. Das animationsorientierte Modell veränderte die Formen des traditionellen Sporttreibens kaum, erklärte aber an Stelle der absoluten körperlichen Höchstleistung die persönliche Leistung zum neuen Leitbild, was auch mit den Zielen Lust und Freude am Sport im Einklang stand. Für die Vertreter eines emanzipatorischen Freizeitsports sollte sportliches Handeln „nicht nur Gesundheit, Spaß, Lust in der Freizeit bringen, sondern es soll auch zu einem neuen freien, befreienden Sport führen.“ Die sportlichen Handlungen selbst wurden hier zum Thema der Reflexion. Siehe: FRANKE, *Freizeit und Sport*, S. 62. Das ein derartiges Angebot von der Bevölkerung durchaus gewünscht wurde, zeigte die Studie von WIELAND/RÜTTEN für die Stadt Stuttgart, die selbst keine Freizeitsportkurse anbot. Insgesamt waren aber 53% der Bevölkerung der Meinung, dass die Stadt dies tun sollte. Vgl. WIELAND, Hans, RÜTTEN, Alfred, *Freizeit und Sport in Stuttgart*, Stuttgart 1991, S. 167.

### 3.4. Die „städtische“ Sporthochschule

Im Sommer 1947 nahm die „Sporthochschule Köln“ unter der Leitung von Dr. h.c. Carl Diem im Kölner Stadion ihren Studienbetrieb auf, noch bevor die offizielle Einweihung stattgefunden hatte. Die Tatsache, dass Köln 13 Jahre lang die einzige „Sporthochschule“ Deutschlands als städtische Einrichtung führte und die Hälfte des gesamten Etats in dieser Zeit finanzierte, ist so ungewöhnlich, dass es einer näheren Erörterung der Entstehung und Entwicklung der Hochschule bedarf, um die sportpolitische Bedeutung dieser Einrichtung für die Stadt Köln benennen zu können. Die Umstände um die Gründung der „Sporthochschule Köln“ waren bereits mehrfach Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, insbesondere im Hinblick auf die immer wieder auftauchende Diskussion um die Person Carl Diem.<sup>822</sup> NITSCH und BUSS legten aus Anlass des 100. Geburtstages von Carl Diem 1986 eine detaillierte Darstellung über die Gründungsphase vor, die Diems tatsächlichen Anteil an der Initiative und Realisierung der Sporthochschule hinterfragte. Auf der Grundlage der „autobiographischen“ Aufzeichnungen von Diem, Willi Schwarz und Werner Körbs<sup>823</sup> sowie einer umfangreichen Aktenrecherche gelangten die Autoren zu dem Ergebnis, dass die Gründung der Sporthochschule „unabhängig von Diem“ auf die Bemühungen verschiedener Gremien, die „mit der Frage der raschen Beseitigung des Sportlehrermangels für Schule und Verein beschäftigt“ waren, zurückzuführen sei. Unbestritten schien dabei auch die Rolle der Stadt Köln zu sein, die „gegen eine ablehnende Universität und [...] gegen ein zögerndes Kultusministerium“<sup>824</sup> die Realisierung der Sporthochschule förmlich „erzwang“. Auch das Engagement der für Köln agierenden Personen, Johannes Sampels und Peco Bauwens, deren Verbindungen

---

<sup>822</sup> BUSS, Wolfgang/NITSCH, Franz, *Am Anfang war nicht Carl Diem – die Gründungsphase der Deutschen Sporthochschule Köln 1945-1947*, Duderstadt 1986; sowie DECKERS, Wolfgang/ KÖRBS, Werner, *Vorgeschichte und Gründung der Sporthochschule Köln (1946-1948)*, Sankt Augustin 1986.

<sup>823</sup> Diems Darstellung zur „Gründung der Sporthochschule“ in: DIEM, Carl, *Ein Leben für den Sport*, 1974, S. 246-250. Die Aufzeichnungen von Dr. Willi Schwarz befinden sich im Archiv der Sporthochschule. Werner Körbs war der zweite Rektor der Sporthochschule, sein Manuskript über die Gründungsphase, das er vor seinem Tod 1984 nicht mehr veröffentlichen konnte und das 1986 von Wolfgang Decker herausgegeben wurde, lag den Autoren NITSCH und BUSS ebenfalls vor.

<sup>824</sup> BUSS/ NITSCH, *Am Anfang*, S. 97.

zum Zonensportrat maßgeblich gewesen sein dürften, wurde in dieser Arbeit hervorgehoben,

Eine in jüngerer Zeit erschienene Arbeit von HAUPTS (2002) beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte der Sporthochschule aus Sicht der Universität Köln und unterstreicht die „entschieden negative Haltung“ des damaligen Kölner Universitäts-Rektors Kroll, der die Ausbildung von Sportlehrern im Rahmen eines Universitätsinstituts zunächst ablehnte.<sup>825</sup> 1947 sah er sich jedoch veranlasst, Diem als „akademischen Honorarprofessor an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln“ anzustellen. HAUPTS verwies dabei auch – ohne allerdings auf die näheren Umstände einzugehen - auf die „maßgebliche“ Rolle der Stadt Köln.<sup>826</sup>

Wer nun tatsächlich erstmalig die Idee zur Errichtung der Sporthochschule in Köln gehabt hat, ist kaum nachzuvollziehen. In den Reden, die im Rahmen der Gründungsfeier 1947 gehalten wurden, waren gleich mehrere „Väter des Gedankens“ auszumachen, was zumindest daraufhin hindeutet, welchen Stellenwert man dieser Einrichtung beimaß<sup>827</sup>: Oberbürgermeister Pünder verwies auf die erste Anregung in der Kölner Stadtvertretung, Universitätsrektor Kroll bemerkte, dass „der Gedanke, in Köln eine Sporthochschule zu errichten, hier in der Universität entstanden ist“ und Peco Bauwens wiederum erklärte „mit Stolz [...], daß es die Sportkreise selber waren, die erkannten und verlangten, daß [...] eine Anstalt von wissenschaftlichem Charakter hilft, die Lücken in der Leitung des Sports auszufüllen.“

War das Verhalten der Stadt Köln, der Stadtverwaltung, der Ratsmitglieder und der Vertreter des Sports mit ausschlaggebend für die Ansiedlung der Sporthochschule in Köln? Wie sah die Unterstützung aus und gab es Meinungsverschiedenheiten über bestimmte Details? Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob und wenn ja welchen

---

<sup>825</sup> HAUPTS, Leo, „Die Universität zu Köln, die Ausbildung von Sportlehrern und die Entstehung der Sporthochschule Köln“, in: *Geschichte im Westen* 17(2002), S. 67-75.

<sup>826</sup> HAUPTS, „Universität zu Köln“, S. 71. „Für die Verwirklichung der Entscheidung für Köln und die Rolle, die der Universität dabei zufallen sollte, war besonders die Initiative der Stadt Köln, namentlich von Mitgliedern der Kölner Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung, maßgeblich bestimmend.“ HAUPTS führt zur weiteren Bestätigung dieser Aussage auch die Lebenserinnerungen des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Pünder an, der 1968 schrieb, „Daß es uns schon in diesen ersten Jahren gelungen ist [...] die Sporthochschule mit dem hochangesehenen Professor Diem für Köln zu sichern, erfüllt mich noch heute mit großer Befriedigung.“ Siehe: PÜNDER, Hermann, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 233.

Einfluss die Sporthochschule, die Rektoren, die lehrenden Dozenten und Studierenden auf den Kölner Sportalltag hatten.

### 3.4.1. Die Unterstützung der Stadt Köln in der Gründungsphase

Sportamtsleiter Sampels, dessen „Anteil an der Realisierung der Sporthochschule“ nach BUSS/ NITSCH „nicht hoch genug eingeschätzt werden kann“ schrieb bereits im März 1946 an den Beigeordneten Dr. Schwering eine Notiz mit dem Inhalt, dass „Dr. Diem [...] Pläne hat, von Berlin abzuwandern und eine Hochschule für Leibesübungen im Westen zu errichten“.<sup>828</sup> Den Hinweis hatte er von Bauwens erhalten, der wiederum im Januar 1946 von Diem über sein Vorhaben unterrichtet worden war.<sup>829</sup> In der Ratssitzung vom 29. August 1946 diskutierten die Stadtverordneten erstmals über die Gründung einer Sporthochschule in Köln.<sup>830</sup> In dem vom Stadtverordneten und späteren Landtagsabgeordneten Schaeven für die CDU-Fraktion formulierten Antrag hieß es:

„Aus den Kreisen meiner engeren Freunde ist der Wunsch geäußert worden, Köln möge eine Sporthochschule errichten. Damit uns um Gottes willen kein falscher Gedanke unterstellt wird: Die naheliegende Gefahr, daß eine Sporthochschule irgendwie wieder etwas mit Wehrtüchtigung oder so zu tun hätte, darf natürlich niemals vorhanden sein.“<sup>831</sup>

---

<sup>827</sup> O. VERF., *Sporthochschule Köln. Gründungsfeier*, Köln 1947, S. 7. Das Folgende ebenda.

<sup>828</sup> Handschriftliches Schreiben von Sampels an Schwering vom 21.3.1946, in: KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 201, Dokument 1.

<sup>829</sup> Zu diesem Schluss gelangten auch BUSS/NITSCH: „Sampels zuverlässige Quelle war kein anderer als Bauwens“ in: BUSS/ NITSCH, *Am Anfang*, S. 21.

<sup>830</sup> Kurze Zeit später fand die V. Tagung der Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz statt, auf der die Frage der „Zuordnung der Sportinstitute zu den Hochschulen und ihre Eingliederung in eine Fakultät diskutiert“ wurde. Siehe HAUPTS, „Die Universität zu Köln“, S. 69. Die Hochschulen waren mit Ausnahme Kölns der Auffassung, dass an jeder Hochschule ein Sportinstitut vorhanden sein müsse. Der Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung kam so der Universität entgegen, die nun die Frage nach der Einrichtung eines eigenen Sportinstituts nicht weiterverfolgen brauchte. Die Einrichtung einer zentralen Hochschule für Leibesübungen stieß bei anderen Hochschule und auch beim Kultusminister des Landes NRW, Konen, auf Widerstand, da sie „auf Autonomie bedacht und keine in ihren Bereich hinein wirkende zentrale Ausbildungseinrichtung akzeptieren“ wollten.

<sup>831</sup> VStVK vom 29.8.1946, S. 17-18. BUSS/NITSCH verwiesen in diesem Zitat auf die bemerkenswerte Bezeichnung „Sporthochschule“, obwohl Diem, Sampels und Schwering in ihren Schreiben immer von einer „Hochschule für Leibesübungen“ sprachen.

Der Hinweis auf die Ablehnung jeglicher militaristischer Gedanken zielte u.a. auch auf die Befürchtungen universitärer Kreise vor „einer Wiederbelebung des Preußentums“.<sup>832</sup> Der CDU-Antrag wurde vom Sozialdemokraten Dr. Braubach unterstützt, der in seiner Begründung den „erzieherischen“ Wert für die Jugend hervorhob:

„Dem Vorschlag des Kollegen Schaeven, eine Sporthochschule hier ins Leben zu rufen, stimmen wir in der Idee zu, und der Öffentlichkeit sei gesagt, daß die Sporthochschule nicht in erster Linie eine Institution ist, auf der die Vorbereitungen für die Erringung neuer Landes- und Weltrekorde getroffen werden, sondern eine Einrichtung [...], an der Frauen und Männer herangebildet werden, die später in den Leibesübungen an den Schulen nicht unterrichten, sondern erzieherisch wirken sollen in dem Sinne, daß die Leibesübungen ein notwendiger organischer Bestandteil der Erziehung der Jugend und des Volkes überhaupt sein sollen“<sup>833</sup>

Bauwens, der in der gleichen Sitzung zur Sportentwicklung Kölns redete, ging in seinem Beitrag nicht auf die beabsichtigte Gründung der Sporthochschule ein. Möglicherweise wollte er sich zu diesem Zeitpunkt nicht offiziell hinter den politischen Willen stellen und der Gefahr, sich für die innerstädtischen Sportangelegenheiten vereinnahmen zu lassen, entgegentreten. Durch sein Agieren im Hintergrund war er dennoch in die Entscheidungswege involviert.

Bereits am 2. September 1946 telegraphierte Oberbürgermeister Pünder an den niedersächsischen Kultusminister Grimme und an 13 weitere Adressaten und äußerte die „Bitte namens aller Parteien (der) Kölner Stadtvertretung, als Sitz geplanter Sporthochschule für (die) britische und amerikanische Zone nicht Frankfurt, sondern Köln vorzusehen.“<sup>834</sup> Unmittelbar nach der Entscheidung der eingesetzten Kommission des Zonenerziehungsrates am 24. Februar 1947<sup>835</sup>, die Sporthochschule in Köln zu errichten, folgte im März eine Dezernentenbesprechung über die notwendigen Maßnahmen hinsichtlich der Bereitstellung von Unterkünften, Unterrichts- und

---

<sup>832</sup> HAUPTS, „Die Universität zu Köln“, S. 68.

<sup>833</sup> VStVK vom 29.8.1946, S. .

<sup>834</sup> Telegramm von Oberbürgermeister Pünder an Kultusminister Grimme vom 2.9.1946, in KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 203.

<sup>835</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 208, Dokument 5. Die Sitzung der Kommission des Zonenerziehungsrates fand im Rathaus der Stadt Köln statt. Anwesend waren OB Dr. Pünder, Oberstadtdirektor Suth, Beigeordneter Dr. Busch, Oberverwaltungsrat Dr. Krautwig, Dr. Bauwens, Stadtverordneter Josef Sampels, Diem, Oberschulrat Hünecke (Hannover), Sportreferent Boden (Düsseldorf) und Johannes Sampels.

Übungsräumen und Geräten.<sup>836</sup> Die „finanziellen Anforderungen des Gesamtprojekts der HfL“ sollten im außerordentlichen Haushaltsplan für 1947 eingesetzt werden. Nach Erhalt der Mitteilung, „daß der Zonen-Erziehungsrat der Stellungnahme der Kommission, die sich für Köln entschied, beiträt“ informierte Sampels den Oberbürgermeister, der wiederum am 25. März 1947 beim Kultusminister des Landes NRW, Dr. Konen, einen offiziellen Auftrag für die Errichtung der Sporthochschule an die Stadt erbat. In dem am gleichen Tag stattfindenden Gespräch im Kultusministerium zwischen dem Dezernenten Dr. Busch, Sampels und Ministerialrätin Dr. Laarmann bekräftigte auch Busch diese Bitte mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit des Landes. Die zu treffende Vereinbarung sollte auf der Grundlage eines Staatsvertrages, „wie er für die Universität bestehe“, geschlossen werden.<sup>837</sup> Am 29. März 1947 folgte der ministerielle Errichtungserlass des Kultusministers, der allerdings durch seine rein formelle Beschaffenheit immer noch zahlreiche Fragen, u.a. auch der endgültigen Berufung Diems zum Rektor und der Finanzierung offen ließ.<sup>838</sup> Für Johannes Sampels schien es zu diesem Zeitpunkt keinen Zweifel mehr an den Plänen zu geben, denn er veröffentlichte auf der Titelseite des Kölner Sportkuriers vom 15. April 1947, dass „der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Konen, [...] sein Einverständnis mit der Errichtung einer Sporthochschule in Köln für den Bereich der britischen und amerikanischen Zone erklärt“ und „die Leitung der Sporthochschule [...] Dr. Carl Diem übertragen“ wurde. Ein Umstand, der nicht nur in Köln, sondern „in weiten Sportkreisen [...] mit freudiger Genugtuung aufgenommen“ worden wäre.<sup>839</sup>

Die von KÖRBS festzustellende Zurückhaltung des Landes, wurde in den folgenden Monaten auch von Diem immer wieder moniert.<sup>840</sup> In seinem ersten

---

<sup>836</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 212, Dokument 7. Niederschrift über die Besprechung beim Oberstadtdirektor vom 3.3.1947. Außer dem Oberstadtdirektor Suth, Dr. Busch (Wohlfahrtsamt) und Sampels nahmen an dieser Besprechung die Beigeordneten Kattanek (Ernährungsamt) und Keidel (Wirtschaftsamt), Baudirektor Tralau, Oberbaurat Kieselstein, Architekt Kratz, Dr. Lehmann (Wohnungsamt) und Direktor Laverkausen (Finanzamt) teil.

<sup>837</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 218, Dokument 10, Niederschrift über die Besprechung betr. Einrichtung der Hochschule vom 25.3.1947. Die Ministerialrätin wünschte eine schriftliche Stellungnahme darüber, „1. Welche Einrichtungen die Stadt Köln für die Sporthochschule zur Verfügung stelle. 2. Welche Verpflichtungen die Stadt Köln bereit sei zu übernehmen.“

<sup>838</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 222, Dokument 12, Brief des Kultusministers (i.V. Busley) an Oberbürgermeister Pünder vom 29.3.1947.

<sup>839</sup> *Kölner Sportkurier* 2(1947)4, o. S.

<sup>840</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 41

Schreiben, dass Diem aus den Räumen des Kölner Stadions an Sampels schickte, äußerte er seine Besorgnis „deswegen, weil die Stadt Köln nicht in der Lage sein wird, ihre Zusage zu halten.“<sup>841</sup> Diesem Brief und seinem Schreiben an das Organisationsamt über die Gesamtplanung der Sporthochschule<sup>842</sup> folgte eine eingehende Besprechung mit dem Beigeordneten Anfang Mai mit dem Ergebnis, dass bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Köln ein Antrag eingebracht werden sollte, „daß die Stadt bis zum Abschluß des Staatsvertrages für alle Verpflichtungen der Hochschule eintritt“<sup>843</sup>. Am 10. Mai beschloss der Hauptausschuss nach einem einleitenden Referat Carl Diems einstimmig die eingebrachte Vorlage und beauftragte die Stadtverwaltung „Maßnahmen zu ergreifen, damit der Lehrbetrieb am 1. Juni 1947 beginnen kann.“<sup>844</sup> Darüber hinaus bewilligte der Ausschuss 130.000.- RM für die laufenden Kosten und empfahl für die Einrichtungskosten die Bereitstellung eines Kredits in Höhe von 500.000.-RM. KÖRBS (1986) bewertete in diesem Zusammenhang die Überzeugungskraft Diems als maßgebliche Komponente für die Entscheidung. Dies muss angesichts der nicht vorhandenen „Skeptiker“ relativiert werden, denn in den Akten sind kritische oder distanzierende Verlautbarungen zum Hochschulprojekt aus den Reihen der Stadtverordneten oder Verwaltungsbeamten nicht vorhanden. Eine „wohlwollende“ Haltung der Stadt Köln zur Sporthochschule beschrieb auch John G. Dixon in seiner Rede zum 10-jährigen Bestehen. In seiner Erinnerung hatte sich die Stadt Köln an dem kritischen Punkt der Verhandlungen mit dem Land als „Retter“ erwiesen und als besonders positiv bewertete Dixon die engagierte Haltung des Dezernenten Dr. Busch und von Johannes Sampels.

Das von KÖRBS (1986) geäußerte Unverständnis über den späten Zeitpunkt der Beschlussfassung ist nur zum Teil gerechtfertigt. Von Seiten der Kommunalpolitik war das Thema mit dem Ratsbeschluss im August 1946 zunächst erledigt. Alle weiteren Schritte mussten einerseits auf der Verwaltungsebene und andererseits bei den zuständigen Stellen auf Landesebene eingeleitet werden. Dass sich die Stadt Köln nach

---

<sup>841</sup> Brief von Diem an Sampels vom 28.4.1947, zitiert nach KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 222,

<sup>842</sup> Die am 24.4.1947 vorgelegte Gesamtplanung der Hochschule umfasste auch einen Satzungsentwurf, sowie einen Stellenplan. Danach sollten 12 hauptamtliche und 6 nebenamtliche Lehrkräfte sowie drei Angestellte für die Verwaltung eingestellt werden.

<sup>843</sup> Aktennotiz betr. Besprechung mit Beigeordnetem Dr. Busch vom 2.5.1947, KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 58.

dem mit einigen Vorbehalten versehenen Ministererlass zunächst abwartend verhielt, kann nicht als Versäumnis oder mangelnde Unterstützung bewertet werden.

Im Mai 1947 nahm Diem, der die organisatorischen Vorbereitungen weiter vorantrieb,<sup>845</sup> an einer Sitzung des Unterausschusses für Jugendpflege und Leibesübungen teil und erläuterte auch hier seine Pläne für die Durchführung des Studienbetriebs. Der Unterrichtsbeginn, der für den 3. Juni vorgesehen war, musste allerdings auf Intervention des britischen Kontrolloffiziers der Universität, Dr. Beckhoff, nochmals verschoben werden, da dieser darauf bestand, die Genehmigung der Militärregierung bzw. die offizielle Eröffnungsgenehmigung des Landes abzuwarten.<sup>846</sup>

Noch bevor diese endgültige Genehmigung des Kultusministeriums die Stadt erreichte, war es der CDU-Stadtverordnete Josef Sampels, der im Rahmen der Etatberatungen im Juni 1947 das unvergleichliche Engagement der Stadt zur „Entfaltung und Belebung des sportlichen Lebens“ hervorhob, wofür unter anderem die Einrichtung der Sporthochschule verantwortlich gemacht wurde:

„Ein erneuter Beweis hierfür ist die Einrichtung der Hochschule für Leibesübungen, die auf unsere Anregung in der vorigen Haushaltsberatung beschlossen und, entgegen den geltenden demokratischen Gepflogenheiten, heute bereits Wirklichkeit geworden ist dank der Initiative des Dezenten und seines Amtes, dank der Mithilfe auch unsere früheren Kollegen Dr. Bauwens.“<sup>847</sup>

Am 3. Juli 1947 erfolgte die Zustimmung des Kultusministeriums zur Gründung, am 7. Juli konnte die Hochschule ihre Aktivitäten aufnehmen.<sup>848</sup> Eine wichtige Voraussetzung für den Studienbetrieb boten natürlich die vorhandenen verschiedenen Anlagen im Müngersdorfer Stadion, was auch mit ausschlaggebend für die

---

<sup>844</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 59,

<sup>845</sup> Dazu gehörte u.a. die Konstituierung des Lehrkörpers, die Zulassungsprüfung der Studenten und die Durchführung von erforderlichen Renovierungsmaßnahmen.

<sup>846</sup> Die Kontroverse um Diem führte u.a. dazu, dass der Zonensportrat am 15. Juni eine Resolution verfasste, in der Diem als dem Leiter der Sporthochschule, Dank und Vertrauen ausgesprochen wurde. Das Verbot der Hochschüleröffnung wurde als „Verletzung der Anordnung Nr. 57, wonach die Kontrolle der Erziehung den deutschen Behörden überlassen ist“ bezeichnet. Siehe QUANZ, Dietrich (Hrsg.), *Dokumente zur Gründung und zum Aufbau einer wissenschaftlichen Hochschule auf dem Gebiete des Sports, Teil II 1947-1982*, Köln 1982, S. 42.

<sup>847</sup> VStVK vom 23.6.1947, S. 13.

<sup>848</sup> Eine Neuregelung in den Zuständigkeiten der Kontrolloffiziere war hierfür ausschlaggebend. Ab dem 28.6.1947 wurde John F. Dixon als der für die Sporthochschule zuständige Kontrolloffizier eingesetzt, der sofort handelte. Am 2. 7. besuchte er gemeinsam mit Diem den Kulturminister und signalisierte, dass



Standortwahl gewesen sein dürfte. Die Stadtverwaltung befürchtete allerdings eine Vereinnahmung der Stadionanlagen für den Lehrbetrieb der Sporthochschule, wie ein Schreiben, das bereits nach wenigen Monaten an das Stadtamt für Leibesübungen gesandt wurde, zeigt:

„Bei dem weiteren Ausbau der Sporthochschule ist zu befürchten, dass der allgemeine Sportbetrieb im Stadion zum Erliegen kommt. Um den Charakter des Stadions als Sport- und Erholungsstätte der Kölner Bevölkerung zu erhalten, muss die Unterbringung der Sporthochschule im Stadion als zeitbedingte Notlösung betrachtet werden.“<sup>849</sup>

Dennoch ist aus den Akten ein nachhaltiger Konflikt zwischen der Stadionverwaltung und der neuen Einrichtung nicht zu erkennen. Zusammenfassend lässt sich aus Sicht der kommunalpolitischen Entscheidungsträger feststellen, dass der Wunsch zur Errichtung dieser Hochschule in Köln auf allen Ebenen und parteiübergreifend vorherrschend war. In ungewöhnlich kurzer Zeit wurde das Projekt Sporthochschule umgesetzt, alle Verwaltungsschritte, Anträge, Anschreiben und Beschlüsse wurden rasch und unverzüglich erledigt. Auf der informellen Ebene haben in der Entstehungsgeschichte der Sporthochschule persönliche Verbindungen in CDU-Kreisen vermutlich eine Rolle gespielt. Die beiden CDU-Stadtverordneten Schaeven und Josef Sampels vertraten die Idee vor dem Rat und waren zudem enge Vertraute von Bauwens, der durch seinen Briefkontakt mit Diem die Anregung gegeben haben mag. Auch im Kuratorium der Kölner Universität gehörte die Mehrheit der Stadtverordneten der CDU an und der Oberbürgermeister führte hier den Vorsitz. Auf der christdemokratisch geführten Landesebene setzte sich der Dezernent Dr. Hans Busch für die Hochschule ein. Diem selbst war seit 1949 Mitglied der CDU.

### **3.4.2. Das Verhältnis Carl Diems zur Kölner Sportszene**

Eine kontroverse Diskussion über die Ernennung des Hochschulleiters Carl Diem, der im April 1947 nach Köln kam und den Betrieb der Sporthochschule im

---

von Seiten der Militärregierung keine Einwände gegen die Errichtung der Sporthochschule beständen. Siehe: KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 75.

<sup>849</sup> HASTK, Acc 871, Nr. 760, Bl. 2, Schreiben der Stadionverwaltung an das Sportamt vom 6.10.1947.

Sommersemester 1947 aufnahm, ist aus den Akten der Stadtverwaltung und Ratsprotokollen zu keinem Zeitpunkt erkennbar.

Diem hatte bereits im Januar 1946 Bauwens signalisiert, dass es „das Ziel seines Lebens wäre“, die zentrale Hochschule für Leibesübungen „noch einmal aufzubauen, in Zusammenarbeit mit meiner Frau für die weibliche Ausbildung.“<sup>850</sup> Mit der zusätzlichen Bemerkung „Der Ort muss keineswegs Berlin sein“ hatte er Bauwens möglicherweise den Anstoß gegeben, die Hochschule für Leibesübungen nun in Köln voranzutreiben. In der anschließenden Phase der Ungewissheit über den endgültigen Standort der Hochschule für Leibesübungen wurden auch personelle Alternativen berücksichtigt. So schrieb der ehemalige Kölner Stadionsdirektor Christian Busch am 16. August 1946, also noch vor dem Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung, an Diem:

„Inzwischen war ich in Köln, wo ich zum Rektor der Uni und zum Sportleiter der Studentenschaft gebeten wurde. Kurz gesagt, man trug mir den Aufbau einer Hochschule für Leibesübungen an, mit dem Wunsch, daß diese mit der gleichen Einrichtung in Frankfurt Fühlung aufnehmen und behalten möchte. Die Grundlage soll mehr praktischer Natur sein und die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Frankfurt die Ausbildung abrunden. Man rechnet wohl mit einer Grenzziehung und möchte daher die städt. Universität und eine städt. Hochschule für Leibesübungen, die an die Uni angelehnt sein soll [...] unter allen Umständen für Köln sicherstellen. [...] Ferner soll damit verbunden sein, die Leitung und Verwaltung des Kölner Stadions.“<sup>851</sup>

Wenige Tage später erreichte Universitätsrektor Kroll eine von Busch verfasste Denkschrift über die Bedingungen für die zukünftige Hochschule mit dem Hinweis im Begleitschreiben, dass „Herr Beigeordneter Giesen [...] in meiner Verwendung als Leiter der Kölner Stadion-Anlagen eine gute Lösung (erblicke)“.<sup>852</sup> Busch ging zu diesem Zeitpunkt von zwei parallel existierenden Einrichtungen in Frankfurt und Köln aus, wobei er, der „Pragmatiker“ Busch, die Kölner, der „Wissenschaftler“ Diem die Frankfurter Hochschule leiten sollte. Diem antwortete diesbezüglich Bedenken:

---

<sup>850</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Schreiben von Diem an Bauwens vom 13.1.1946.

<sup>851</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 152, Bl. 6, Schreiben von Busch an Diem vom 16.8.1946. Busch war zu diesem Zeitpunkt Sportlehrer an einer britischen Militärschule in Paderborn. Der Rektor und der Senat der Universität, die noch im Februar 1946 in einer Denkschrift die Auffassung vertraten, „daß die Ausbildung in Leibesübungen nicht Sache der Universitäten ist“ versuchten mit dieser Lösung, die Einrichtung eines Instituts für Leibesübungen an der Kölner Universität zu umgehen. Kroll weigerte sich zunächst „den Leiter der Sporthochschule als ordentlichen Professor in den Lehrkörper der Universität aufzunehmen.“ Letztendlich musste er sich aber dem Druck der Stadt beugen und stellte eine „ordentliche Honorarprofessur“ zur Verfügung.

<sup>852</sup> Schreiben von Busch an Kroll vom 21.8.1946, zitiert nach BUSS/NITSCH, *Am Anfang*, S. 95.

„Eines muss ich jedoch offen sagen: wenn mehrere solche Institute in Deutschland errichtet werden, dann schlagen sie sich gegenseitig tot. Wir können heute nicht einmal ein einziges Institut wirklich erstklassig besetzen.“<sup>853</sup>

Der weitere Schriftwechsel zwischen Diem und Busch beschäftigt sich fast ausschließlich mit dem Thema Sporthochschule. Im Oktober 1946 schrieb Busch: „Da ich selbst keine Neigung habe, die Leitung zu übernehmen, andererseits auch nochmals ein Entnazif.-Prozeß überstanden werden muß, ist die Art meiner Mitarbeit [...] noch nicht geklärt. Auch gewann ich den Eindruck als würde man gerne sehen, wenn Sie sich dieser schönen Aufgabe widmen würden.“<sup>854</sup> Noch im Januar 1947 schien das Interesse an Christian Busch nicht verlorengegangen zu sein, der erneut berichtete, „Köln bedrängt mich nach wie vor, da die Uni mangels Ausbildungsmöglichkeit für Turnlehrer bald eine Philologenflucht befürchtet. Die Stadt selbst ist aber nur mündlich an mich herangetreten, auch jetzt wieder durch Sampels, ein Schreiben aber, daß als Verhandlungsgrundlage dienen könnte, steht noch aus.“<sup>855</sup> Nachdem im Februar 1947 der Zonenerziehungsrat beschlossen hatte, die Sporthochschule für die britische Zone in Köln zu errichten, schrieb Bauwens an Diem, dass „nach Rückfrage an den verschiedensten Stellen wie Militärregierung und Stadt [...] stärkstes Interesse“ für Diems Person bestehe.<sup>856</sup>

Diem selbst war 1946 in Berlin in die CDU eingetreten und hatte im Mai 1946 auch Verbindung zu Adenauer aufgenommen. Nach Aufnahme seiner Tätigkeit an der Sporthochschule in Köln im Sommer 1947 schrieb Diem an Adenauer:

„Sie werden wissen, dass ich hierher berufen worden bin, um die Kölner Sporthochschule zu gründen und zu leiten. Nicht alles entwickelte sich so, wie ich mir das erhofft hatte und wie ich es auch vielleicht mit gewissem Recht erwarten durfte. Die Schuld lag nicht so sehr bei der Stadtverwaltung, in der ihr Geist noch fortwirkt, sondern am Kultusministerium [...] Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf die Kraft unserer Sache, ich vertraue auf die gute Luft im Kölner Stadion und, wenn Not am Mann ist, auf den der es gebaut hat.“<sup>857</sup>

---

<sup>853</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 152, Bl. 8, Schreiben von Diem an Busch vom 6.9.1946.

<sup>854</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 152, Bl. 12, Schreiben von Busch an Diem vom 24.10.1946.

<sup>855</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 152, Bl. 14, Schreiben von Busch an Diem vom 9.1.1947.

<sup>856</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 55, Brief von Bauwens an Diem vom 11.10.1946.

<sup>857</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 8, Brief von Diem an Adenauer vom 10.10.1947.

Die im Herbst 1947 immer lauter werdenden Anschuldigungen wegen Diems Wirken in der Zeit des Nationalsozialismus und seiner „eindeutigen militaristische(n) Haltung“, sorgten für Diskussionen auf nationaler Ebene. Die Art der Polarisierung durch die Attacken aus den Reihen der Sozialdemokraten und ehemaliger Arbeitersportler gegen den CDU-Mann Diem ließ eine ideologiefreie Diskussion und Bewertung über die Einstellung und den Charakter Diems letztendlich nicht zu. Auf der stadtkölnischen Ebene fand eine derartige Diskussion gar nicht statt. Gegen die Stimmen des CDU-dominierten Stadtrates und den konservativen Vertretern der Sportverbände wurde keine sozialdemokratische Opposition sichtbar. In die Phase der Auseinandersetzung um Diem fiel die Gründungsfeier der Kölner Sporthochschule im 29. November 1947, auf der Peco Bauwens sich zu einer Stellungnahme verpflichtet sah.

„Wie man Dr. Diem bei uns wertet, sagen Ihnen die, die mit ihm durch sein Leben gingen, das nur dem Sport gewidmet war [...]. Daneben hat der Name Dr. Diem auch jetzt nach dem grausigen Kriege allerbesten Klang überall im Ausland, der beste Beweis für sein vorbildliches Wirken im internationalen Sport. [...] Dies zu der Person Dr. Diem gerade jetzt herauszustellen ist mir Ehre und Pflicht zugleich.“<sup>858</sup>

Nur zwei Tage später formulierten ehemalige Befürworter Diems, wie der niedersächsische Kultusminister Grimme, der Hamburger Senator Landahl und Koch einen Brief an Professor Konen mit dem Hinweis, dass sie ihren ursprünglichen Vorschlag zurückziehen müssten, da Diem „als Erzieher der kommenden Sportjugend völlig untragbar sei“.<sup>859</sup> Eine Abschrift dieses Schreibens wurde auch an den Kölner Oberbürgermeister Dr. Pünder geschickt. Eine Stellungnahme bzw. kurze „Erklärung“ zu den Vorfällen schickte Diem dem Stadtoberhaupt aber erst knapp zwei Monate später. In einer sehr viel ausführlicheren und unmittelbaren Gegendarstellung vom 5. Dezember 1947 an Dr. Konen bat Diem darum, „dass man über (seine) frühere Tätigkeit das Urteil von Männern einholt“, die „genauen Einblick“ gehabt hätten.<sup>860</sup> Zu den insgesamt neun aufgezählten Namen gehörten Konrad Adenauer, der ehemalige Kölner Sportdezernent Heinrich Billstein, Dr. Bauwens und Johannes Sampels. Diem konnte

---

<sup>858</sup> O. VERF., *Sporthochschule Köln, Gründungsfeier*, S. 11.

<sup>859</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 129.

<sup>860</sup> KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 242, Dok. 21, Brief von Diem an Kultusminister Prof. Dr. Konen vom 5.12.1947.

sich daher auf Kölner Ebene eines gewissen Rückhalts sicher sein. So sahen sich auch weder Kultusminister Konen noch der Kölner Oberbürgermeister veranlasst, auf die Vorwürfe von Seiten der Presse und des Zonenerziehungsrates zu reagieren.

### **3.4.3. Die Sporthochschule als „städtische Dienststelle“**

Im Rat der Stadt Köln wurde die Sporthochschule nach der Inbetriebnahme bei fast allen zukünftigen Etatberatungen erwähnt. Der Sportausschussvorsitzende Nolze (KPD) betonte 1949 zwar seine Freude, eine Sporthochschule zu haben, verwies aber zugleich darauf „daß die Verwaltung mehr tun muß als bisher, um zu erreichen, daß der Landeszuschuss für die Sporthochschule in Köln weiter erhöht wird.“ Die städtischen Aufwendungen für die Sporthochschule waren ein Jahr zuvor von 132.200 DM auf 160.200 DM für vier weitere wissenschaftliche Assistentenstellen aufgestockt worden. In seiner Argumentation führte Nolze vor allem das nicht vorhandene „gesunde Verhältnis“ zwischen den Mitteln für die Vereine und für die Sporthochschule an.<sup>861</sup> In den Etatberatungen 1952 kündigte der Sportausschussvorsitzende Hans Grün erstmals Kürzungen an, „weil der Zuschuss des Landes urplötzlich nicht in der Höhe eingegangen war, wie wir ihn erwartet hatten“, und führte dazu aus:

„Von den 216 Studierenden an der Sporthochschule Köln sind nur 16 Kölner und 143 stammen aus dem Lande Nordrhein-Westfalen. Weil das Zehnfache der Zahl der Kölner Studierenden an der Sporthochschule aus dem Landes NRW kommt, müßte der Zuschuss des Landes höher ausfallen. Das hat übrigens der Oberbürgermeister des Jahres 1949 einmal ganz richtig bemerkt, als er sagte, es sei unbedingt erforderlich, vom Land mehr zu bekommen.“<sup>862</sup>

Mit dem Land Nordrhein-Westfalen schloss die Stadt Köln 1954 eine Vereinbarung über die Finanzierung der Sporthochschule, wonach das Land 50% des Hochschuletats übernehmen sollte. Die Bestrebungen, der Sporthochschule einen

---

<sup>861</sup> VStVK vom 7.7.1949, S. 307. Der Antrag der KPD wurde scheinbar auch von der CDU unterstützt, was anhand der Beifallsbekundungen ersichtlich wird. Nolze nannte für die Sporthochschule eine Etatsumme von 239.800 DM, für den gesamten Kölner Sportbetrieb ständen 239.100 DM gegenüber, von denen nur 70.000 für die Vereine seien. Nolze sah trotz dieser Kritik einen Nutzen der Sporthochschule für die Vereine. „Die Mittel, die für die Sporthochschule aufgewandt und von den Kölnern getragen werden, erfüllen ja auch in der Entwicklung in unserem Kölner Sport ihren Zweck.“

<sup>862</sup> VStVK vom 26. 3. 1952, S. 90.

veränderten Status zu verschaffen, wurden auch von Carl Diem unterstützt, wenngleich aus einer anderen Motivation. Die Anerkennung der Hochschule im Bereich der wissenschaftlichen Universitäten war für ihn in erster Linie eine reine Prestigeangelegenheit.

Die Anbindung an die städtische Verwaltung schien Diem unangemessen und schränkte ihn in seinem Wunsch nach Eigenständigkeit ein. 1953 wandte er sich dahingehend an den Vorsitzenden des Kuratoriums, Dr. Ernst Schwering, und beklagte die vielfältigen bürokratischen Hürden:

Die Stadtverwaltung scheint die Sporthochschule, die eine gemeinsame Gründung von Staat und Stadt ist, [...] nicht als eine selbständige Lehranstalt, sondern als eine nachgeordnete städtische Dienststelle zu sehen. [...] So bin ich z.B. durch ein Rundschreiben der Sozialverwaltung vom 8. September 1952 aufgefordert worden, den Verkehr mit dem Herrn Oberbürgermeister über den Herrn Oberstadtdirektor zu führen, während meiner Ansicht nach die für mich vorgesetzte Verwaltungsstelle das Kuratorium ist. In einer Verfügung vom 5. Dezember 1952 werde ich ersucht, alle Nachrichten der Sporthochschule über das Nachrichtenamt an die Presse und nur mit der Unterschrift des Fachdezernenten gelangen zu lassen.“<sup>863</sup>

Diem sah sich in seiner Rolle als Leiter der Sporthochschule nicht in angemessener Weise behandelt und monierte die Gängelung und den herabsetzenden Umgang, der seiner Position nicht entspreche. Die Verwaltung hingegen beklagte sich darüber, dass Diem eigenmächtig die Dienstreisen seines Lehrkörpers genehmigte. Die Anfrage der Verwaltung, wer die Reisen des Rektors genehmige, zeugt von einigem Misstrauen gegenüber den Dienstpflichten Diems. Mit dem Hinweis darauf, dass er auch Dienstreisen „im Auftrage der Stadtverwaltung“ unternommen habe, konnte Diem diese Praxis aber gut vertreten.<sup>864</sup> Sein Schreiben an Oberstadtdirektor Max Adenauer vom 8. April 1954 lässt für das Verhalten der Stadtverwaltung durchaus Verständnis durchblicken. Es macht deutlich, dass die Gesamtsituation der Hochschule ein größerer Faktor für die Unzufriedenheit Diems war:

„Die Sporthochschule sollte ursprünglich als Zentralanstalt eine gemeinsame Einrichtung der Länder werden. [...] Es stellte sich aber bald die Neigung des Ministeriums (Kulturministeriums NRW) heraus, alle Verantwortung und alle Verwaltung auf die Stadt Köln abzuschieben, und so ist die Hochschule im Grunde eine Kölner Einrichtung

---

<sup>863</sup> HASTK, Acc. 2, Nr. 275/276, Bl. 59, Schreiben von Diem an Schwering vom 24.3.1953.

<sup>864</sup> Diem war nach eigener Darstellung als Vertreter der Stadt zum Sportausschuss des Deutschen Städtetages gereist.

geworden, zu der der Staat die Hälfte der Kosten beisteuert. Auf diese Weise ist, was ursprünglich weder beabsichtigt war, noch vorausgesehen werden konnte, eine solche zentrale Anstalt mit Bundesgeltung in den Konflikt der kommunalen Interessen geraten, mit Recht erwägt die Stadt in jedem einzelnen Fall das dringende Bedürfnis örtlicher Art.“<sup>865</sup>

Wenige Monate später erklärte Diem gegenüber dem Oberstadtdirektor, dass er die „Charakterisierung“ der Sporthochschule „als ‚Städtische Dienststelle‘ [...] niemals anerkannt, sondern in ihr nur eine Zwischenlösung gesehen“ habe.<sup>866</sup> Den Zustand des „Provisoriums der Stadt Köln“ bemängelte Diem auch noch beim 10-jährigen Jubiläum der Sporthochschule 1957, die noch immer keine Rektoratsverfassung habe, die das „Verhältnis zur Universität nur in einem ‚Auftrag‘“ regle und wo die vereinbarte Verbeamtung des Lehrkörpers nicht erfolge.<sup>867</sup>

Im Zuge der Verhandlungen zu dem neuen Staatsvertrag mit dem Land NRW wurden die Kosten für die Sporthochschule ab dem Haushaltsjahr 1960 vollständig vom Land übernommen. Die in die gleiche Richtung zielenden Verhandlungen bezüglich der Universität und der Musikhochschule waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden. Der endgültige rechtliche Übergang der städtischen „Sporthochschule Köln“ an das Land NRW folgte schließlich 1962. Bei der Eröffnung der Neubauten am Carl-Diem-Weg am 25. Juni 1963 erklärte Oberbürgermeister Burauen die Verbundenheit der Stadt Köln zur Hochschule, die auch dadurch zum Ausdruck gebracht werden, dass die Stadt weiterhin mit Sitz und Stimme im Kuratorium vertreten sei. Mit dem Erlass des Kultusministeriums vom 17. November 1964 wurde die Rektoratsverfassung ab 1. Januar 1965 eingeführt und der Name in „Deutsche Sporthochschule Köln“ geändert. Im Rahmen des Hochschulgesetzes 1970 erhielt die Sporthochschule den Status einer wissenschaftlichen Hochschule mit Promotions-, Habilitations- und Satzungsrecht.<sup>868</sup>

---

<sup>865</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 8, Brief von Diem an Max Adenauer vom 8.4.1954.

<sup>866</sup> HASTK, Best. 1259, Nr. 8, Brief von Diem an Max Adenauer vom 18.12.1954.

<sup>867</sup> DIEM, Carl, „Unsere Aufgabe“, in: Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Sporthochschule Köln, S.1.

<sup>868</sup> Der Antrag auf Anerkennung der Sporthochschule als wissenschaftliche Hochschule war im März 1967 vom Rektor gestellt worden. QUANZ, *Dokumente*, S. 74, Schreiben des Rektors an das Kultusministerium des Landes NRW vom 30.3.1967.

Über das Kuratorium hatte die Stadt Köln bis 1962 Einfluss auf die Geschehnisse der Hochschule. Im Februar 1947 wurde das erste Kuratorium der Sporthochschule gegründet. Ein knappes Jahr später wurde auf Veranlassung des Kontrolloffiziers der britischen Militärregierung das bis dahin „wenig effektive“ Gremium wieder aufgelöst und am 21. Januar 1948 neu gegründet.<sup>869</sup> Aufgrund des lange Zeit nicht abgeschlossenen Staatsvertrages zwischen der Stadt Köln und dem Land fielen in die Verantwortung des sogenannten „Ausschuss für die Sporthochschule“ zentrale Aufgaben in der Gestaltung und Ausformung der Einrichtung. Im Kuratorium der Sporthochschule saßen bis 1962 als Vorsitzende die Oberbürgermeister Robert Görlinger, Dr. Ernst Schwering und Theo Burauen, sowie jeweils drei Vertreter der CDU (1949: Hanna Gerig, Karl Paulus, Josef Sampels) und der SPD (1949: Hans Grün, Heinrich Hamacher und Heinrich Hempel), der Oberstadtdirektor, der zuständige Beigeordnete sowie Vertreter der Universität und des Kultusministeriums.

#### **3.4.4. Die Bedeutung der Sporthochschule für die Kölner Sportpolitik**

Trotz des langwierigen Prozesses um die Anerkennung der Sporthochschule als universitäre Einrichtung des Landes und der Probleme innerhalb der Kölner Stadtverwaltung wurde die Anwesenheit dieser Einrichtung von Seiten der Politiker und Verwaltungsleute grundsätzlich immer positiv bewertet. Der Zulauf an Studenten war bereits 1949 so groß, dass „trotz schärfster Auswahl der Anwärter“<sup>870</sup> nicht alle Anmeldungen angenommen werden konnten.

Die Sporthochschule unterstützte die Stadt Köln auf mehreren Gebieten. Bereits ein Jahr nach der Gründung bot die Sporthochschule „Ferienlehrgänge“ für Übungsleiter in den Sportarten Turnen, Handball und Leichtathletik an. Die Lehrgänge wurden von Dozenten der Hochschule während der Semesterferien im September/Oktober 1948 durchgeführt.<sup>871</sup> Das städtische Freizeitsportangebot wurde zum Teil von Studenten der Sporthochschule durchgeführt. Diem wurde oft als Berater

---

<sup>869</sup> Vgl. KÖRBS, *Vorgeschichte*, S. 160.

<sup>870</sup> VStVK vom 24.5.1949, S. 206.

<sup>871</sup> *Kölner Sportkurier* 3(1948)8/9, o. S.



bei allen Fragen der Sportstättenplanungen hinzugezogen und zu den entsprechenden Arbeitskreisen eingeladen. Als Mitglied der CDU pflegte er Kontakte zu den politischen Gremien. Allerdings ist an keiner Stelle über die beratende Funktion hinaus eine Form der Einflussnahme auf die Kölner Sportpolitik erkennbar. Bei den grundsätzlichen Debatten über das Stadion, den Sportstättenbau u.ä. meldete er sich nicht öffentlich zu Wort. Den positiven Einfluss der Sporthochschule auf das Image der Kölner Sportlandschaft bemerkte Dr. Willi Schwarz in seinem Jahresbericht des Zweckverbandes für Leibesübungen 1953. Auf die Frage „Wo steht Köln im deutschen Sport?“ betonte er die Einmaligkeit der Einrichtung und das „besondere Gewicht“, das Köln auf dem Gebiet der sportmedizinischen Forschung, des Sportstättenbaus und durch die Person von Carl Diem habe.<sup>872</sup> Im Jahresbericht des Zweckverbandes von 1954 verwies Schwarz auf die Tradition, dass es für Köln „charakteristisch“ sei nach dem „Geist im Sport“ zu streben und er sah die Chance, zur „geistigen Zentrale des deutschen Sports“ zu werden.<sup>873</sup> Mit seinem Verwaltungsdirektor Dr. Willi Schwarz, der gleichzeitig Geschäftsführer im Zweckverband für Leibesübungen und darüber hinaus noch an vielen Stellen der Kölner Sportszene aktiv war, verfügte Diem über eine geeignete Schnittstelle zur Kölner Sportszene.

Semester jeweils Ende des WS	Köln	NRW (einschl. Köln)	BRD	Sowj. Besatzungs- zone	Ausland	Gesamtzahl
1947/48	11	132	189	8	-	197
1948/49	13	161	272	13	3	288
1949/50	16	179	317	9	3	329
1950/51	15	183	290	8	4	302
1951/52	16	143	255	4	3	262
1952/53	18	162	277	6	4	287
1953/54	17	170	285	4	7	296
1954/55	21	219	350	12	10	372
1955/56	21	265	415	4	11	430
1956/57	30	339	478	4	24	506

<sup>872</sup> Schwarz nannte dabei neben den Sportmedizinern der Sporthochschule auch städtische Ärzte, wie Dr. Vonessen, Dr. Braubach und Dr. Düntzer. *Kölner Sportkurier* 8(1953)4, S.2.

<sup>873</sup> Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Jahresbericht des Zweckverbandes 1954.

Tabelle 15 : Anzahl und Herkunft der Studenten der Kölner Sporthochschule 1947 bis 1957. (Quelle: SCHWARZ, Willi: „Statistisches“, in: *Festschrift zum 10jährigen Jubiläum der Sporthochschule Köln*, S. 86.)

Im Vorfeld der Planungen für den neuen Standort am heutigen Carl-Diem-Weg forderte Stadtverordneter Schmitz (CDU),<sup>874</sup> dass die Planer „gleichzeitig die Nutzung dieser großen und teuren Anlage für die breite Öffentlichkeit bedenken und nicht nur ein Exklusivprogramm für die Studiker entwickeln“. Diese Forderung ließ sich jedoch nur schwer mit den Ansprüchen an die hohe Qualität der Einrichtungen für den Studienbetrieb vereinbaren. Mit der zunehmenden Hinwendung zu Fragen des Leistungssports rückte die Sporthochschule ab Mitte der 1960er Jahre wieder verstärkt ins Bewusstsein der Kommunalpolitiker. So betonte van NesZiegler 1965, dass die guten Verbindungen zur Deutschen Sporthochschule, „deren Namen in aller Welt mit unserer Stadt verbunden ist“, erhalten und noch fester gestaltet werden sollten.<sup>875</sup> Im Zuge des Ausbaus der Hochschule<sup>876</sup> sah Bürgermeister Dr. Lemmens (CDU) 1967 auch das Bemühen, „die Zentralverwaltung des Deutschen Sportbundes [...] hier in Köln eine Heimstatt zu geben.“ Er wünschte sich darüber hinaus, neben dem bereits in Köln ansässigen Bundesausschuss zur Förderung des deutschen Leistungssports und dem Institut für Sportstättenbau auch die Einrichtung einer „Deutschen Zentrale für Dokumentation und Information auf dem Gebiete des Sports“. Lemmens sicherte zu, alles „was wir von der Stadt aus tun können, diese Institute und Einrichtungen nach Köln zu holen, das sollten wir unverzüglich und mit allem Nachdruck tun“.<sup>877</sup>

Allerdings standen die Bemühungen zu diesem Zeitpunkt auch unter dem Eindruck der Vergabe der Olympischen Spiele nach München, wozu Dr. Lemmens bemerkte:

„Bei allen Maßnahmen, die die Förderung des Sports betreffen, wollen wir einen Blick nach Süden, nach München, tun mit dem Gedanken an die Olympischen Spiele 1972. Neidisch sind wir nicht. Verständlich aber dürfte, ja müßte sein, daß nicht alles dorthin gegeben wird und wir hier leer ausgehen.“

---

<sup>874</sup> VRK vom 5.3.1959, S. 193.

<sup>875</sup> VRK vom 28.10.1965, S. 228. Das Folgende ebenda.

<sup>876</sup> VRK vom 1.10.1967, S. 265.

<sup>877</sup> VRK vom 19.10.1967, S. 266. Das Folgende ebenda.

Der politische Wille noch mehr sportwissenschaftliche und verbandliche Einrichtungen in Köln zu konzentrieren wird in diesen Äußerungen spürbar. Im Rahmen der zukünftigen Standortdiskussionen um weitere zentrale Einrichtungen war die Anwesenheit der Deutschen Sporthochschule in Köln immer ein schlagkräftiges Argument. 1974 wurde die Trainerakademie Köln e.V. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Bundesregierung gegründet, mit dem Ziel wissenschaftlich ausgebildete Trainer für den Leistungs- und Spitzensport zu gewinnen. In den 1980er Jahren folgte das Bundesinstitut für Sportwissenschaft und der Beschluss für die Errichtung eines zentralen Sportmuseums in Köln. Die Einrichtung der Sporthochschule in der Domstadt hatte also tatsächlich einen bis in die Gegenwart wirkenden Einfluss auf die Gestaltung der Kölner Sportlandschaft. Problematisch erscheint aus heutiger Sicht das Verhältnis, das sich zwischen den lokalen Sportorganisationen und der Hochschule entwickelte.

## 4. Schlussbetrachtung

Im Vergleich zu anderen Großstädten erfolgte die Reorganisation des Kölner Sports nach dem Zweiten Weltkrieg spät. Die starke Zerstörung und die mangelnde Grundversorgung der Bevölkerung mögen dafür mit ausschlaggebend gewesen sein. Der Gestaltungswille und die Initiativen zur Wiederbelebung des sportlichen Alltags gingen fast ausschließlich aus dem bürgerlich-konservativen Lager hervor, deren Funktionsträger zum Teil auch während der NS-Zeit in den Vereinen und Verbänden tätig gewesen waren. Die schon in der Weimarer Zeit nie besonders stark vertretene Arbeitersportbewegung wurde nach 1945 ohne erkennbaren Widerspruch aus den eigenen Reihen vollkommen absorbiert. Die führende Funktionärsriege, zu der die Fußballer Peco Bauwens und Alfons Kierdorff sowie der DJK-Mann Johannes Sampels gehörten, konnte die Organisation des Sports nach ihren Vorstellungen und im Einvernehmen mit der Militärregierung durchsetzen. Lediglich auf politischer Ebene mahnten sozialdemokratische oder kommunistische Stadtverordnete vor einer Überbewertung des Wettkampf- und Profisports ohne staatstragendes Bewusstsein.

Nach dem Vorbild der Vorläuferinstitutionen der Weimarer Zeit entstanden fast parallel das Stadtamt für Leibesübungen mit der Stadionverwaltung und der Zweckverband für Leibesübungen 1946. Eine zentrale Position hatte Johannes Sampels in beiden Einrichtungen zugleich inne: er war zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer des Zweckverbandes und der erste Amtsleiter der Sportverwaltung nach dem Krieg. Der aus der Tradition der katholischen Jugendkraft stammende Sampels avancierte in den folgenden Jahren zum Fachmann auf dem Gebiet der kommunalen Sportverwaltung, wobei ihm seine Kenntnisse über die Strukturen aus der Vorkriegszeit und seine organisatorischen Fähigkeiten halfen. Sampels persönliche Haltung war geprägt von einem konservativen Sportverständnis, das die Autonomie und das Selbstverwaltungsrecht des Sports beibehalten wollte. Andererseits sah er die Kommune durchaus in der Verantwortung, Sport zum Wohle seiner Einwohner zu fördern. Er erkannte auch, dass personelle Verflechtungen mit der Selbstorganisation des Sports einer eigenständigen und unabhängigen städtischen Verwaltungspraxis im Weg standen. Das Scheitern seiner Bemühungen um den Freizeitsport und die

aufgezeigten Schwierigkeiten im Bereich des Sportstättenbaus, die sich im Konflikt mit anderen Verwaltungsstellen widerspiegelten, sind ein Indiz dafür.

Trotz der Widrigkeiten fanden gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit viele nationale und internationale Wettkämpfe in Köln statt, die das Bild einer lebendigen Sportszene entstehen ließ. Stadt und Vereine griffen dabei auf die Erfahrungen und Fähigkeiten ehemaliger Funktionäre zurück. Auf der politischen Ebene begann man sich nach der ersten Institutionalisierungsphase erneut auf das gesellschaftliche Probleme der Volksgesundheit zu beziehen. Die Entwicklung des Vereinssports und der Anstieg der Mitgliederzahlen verlief bis Mitte der 1950er Jahre eher schleppend. Zusammenfassend muss man diese erste Phase des Wiederaufbaus mehr als kontinuierliche Fortsetzung bereits bestehender Verhältnisse bewerten. Die neuen Strukturen waren die alten der Weimarer Zeit, an führender Stelle operierende Personen wurden aus der Vorkriegszeit übernommen und die zugrundeliegenden Vorstellungen über die Grundwerte des Sports blieben unverändert.

Im folgenden Zeitabschnitt, der bis Mitte der 1960er Jahre dauerte, änderte sich am unterdurchschnittlichen Aktivitätsgrad der Kölner Bevölkerung nichts. Ein Hindernis für eine der steigenden Einwohnerzahl proportionale Entwicklung der Vereinsmitglieder war vermutlich das Angebot an Sportstätten. Die Wiederherstellung einer grundlegenden Sportinfrastruktur stieß durch den Bedarf an Wohnungen und industriellen Flächen der schnell wachsenden Stadt immer wieder auf Schwierigkeiten. Auffällig ist aber auch die geringe Zahl der Sportabzeichen-Prüfungen und die Nichtinanspruchnahme des städtischen Freizeitangebots. Diese Faktoren können als Hinweis dafür gelten, dass der sportliche Aktivitätsgrad der Kölner Bevölkerung nicht so groß war, um ein Druckpotential auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben.

Neuer Schwung in der Kölner Sportszene ist mit der Berufung von Rüdiger Weitzdörfer als Amtsleiter 1967 zu beobachten. Unter ihm gelangen die Aktivierung des städtischen Freizeitsportangebots, eine Umstrukturierung und Zentralisierung der Sportverwaltung und die ersten Ansätze zur Talentförderung. Welchen Anteil Weitzdörfer an diesen Veränderungen hatte, ist nicht eindeutig zu klären. Das zeitliche Zusammentreffen der Maßnahmen mit dem Beginn seiner Amtszeit lässt auf seinen Einfluss schließen, wenn auch einige Ideen bereits in der Amtszeit seines Vorgängers

Friedel Schirmers entstanden waren. Unterstützend wirkte in dieser Phase aber auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung im Sportbereich, insbesondere die überregionalen Initiativen des Landessportbundes und die bundesweiten Kampagnen des DSB.

Im Folgenden sind die Beziehungen zwischen den am sportpolitischen Entscheidungsprozess Beteiligten gesondert dargestellt. Im Rahmen dieser Handlungsabläufe agieren eine Vielzahl von Politikern, Funktionären und Verwaltungsangestellten, was die Beschreibung und Bewertung der Entscheidungswege teilweise erschwert. Ursprünglich bestehende Sachzusammenhänge werden im Laufe des Prozesses oft aufgelöst, z.B. durch die Zuständigkeit verschiedener Verwaltungsstellen oder durch den Einfluss der übergeordneten Landes- und Bundespolitik. Inwieweit diese zusätzlichen Einflüsse in den Entscheidungswegen eine Rolle gespielt haben, konnte nicht an allen Stellen geklärt werden.

#### 4.1. Handlungsfeld Sportorganisationen – Stadtverwaltung

Sowohl der Zweckverband für Leibesübungen, als auch das Stadtamt für Leibesübungen hielten an ihrem aus der Weimarer Zeit stammendem Rollenverständnis hinsichtlich Aufgabenverteilung und Zielen fest. Gemeinsam suchte man Lösungswege für die notwendigen Schritte zur Schaffung einer befriedigenden Sportstättenversorgung, der Ausbildung von Übungsleitern und der Durchführung von Werbeveranstaltungen. Die Verwaltung signalisierte dabei stets ihre Zuständigkeit für die Unterstützung der Vereine und die Wiederherstellung eines Sportplatzangebots. Ihre Forderung an die Vereine zur Selbsthilfe und Autonomie war nicht nur aufgrund der vorherrschenden Probleme in einer zerstörten Stadt und den ökonomischen Bedingungen notwendig, sondern resultierte zunächst noch aus einer bewussten Abgrenzung zwischen der Eigenverantwortung der Vereine und städtischen Zuständigkeiten.

Das Verhältnis der beiden Partner, Zweckverband und Sportamt, wandelte sich Ende der 1950er Jahre von einer ursprünglich gleichberechtigten Kooperation zu einem Ungleichgewicht zugunsten der Verwaltung, die vermehrt Aufgaben an sich zog und Kommunikationswege änderte. Diese Veränderung wurde eingeleitet mit der

Amtsniederlegung von Johannes Sampels als zweiter Vorsitzender im Zweckverband 1959, der mit diesem Rückzug einer „Kommunalisierung“ des Sports entgegentreten und eine eindeutige Trennung zwischen städtischer Verwaltung und Selbstverwaltung des Sports durchsetzen wollte. Ausschlaggebend für diesen Wandel war aber auch die schwindende Bedeutung des Zweckverbandes, der sukzessive seine Macht einbüßte. Die Struktur der Dachorganisation als „Verband der Verbände“ erschwerte die direkte Kommunikation mit den Vereinen und seine Arbeit spielte in deren Alltag nur eine untergeordnete Rolle. Die Interessen der Fachverbände, die in vielen Bereichen, wie z.B. bei der Ausbildung von Übungsleitern oder der Organisation von Veranstaltungen, eigenständig agierten, standen in Konkurrenz zum Zweckverband. Die Notwendigkeit einer allgemeinen „Werbung“ für den Sportgedanken schlechthin sahen die Fachverbände nur noch am Rande, zumal ihre Aufnahmekapazitäten durch das unbefriedigende Sportstättenangebot begrenzt waren. Die Verbände zogen sich aus den zentralen Aktionen und Werbeveranstaltungen des Zweckverbandes immer mehr zurück, wodurch sein Vertretungsrecht für den gesamten Kölner Sport verloren ging. Neue Betätigungsfelder definierte der Zweckverband nicht. Nachdem verschiedene Aufgaben, wie z.B. die Begutachtung von Anträgen an den Sportausschuss und die Organisation der Sportabzeichenprüfungen auf die Verwaltung übergegangen waren und die Anzahl der Bürgermitglieder stark reduziert wurde, entwickelte sich der Stadtsportbund fast zu einem bedeutungslosen Organ. Die Maßnahmen eines ständig wachsenden Vorstandes und die Einrichtung des Hauptausschusses zwecks stärkerer Beteiligung der Vereine hatten keinen Erfolg.

Auf Seiten der Sportverwaltung dagegen hatte der Zuwachs an Aufgabenfeldern einen stetig steigenden Personalbestand zur Folge. Mit der Zentralisierung der verschiedenen Stellen Sportamt, Stadionverwaltung und Bäderamt und nach der Einführung der einheitlichen Beihilfen- und Sportstättennutzungsordnung 1968 erhielt die Sportverwaltung eine eindeutigere Struktur, wenngleich einzelnen Formulierungen der Richtlinien immer noch einen Ermessensspielraum zuließen. Erleichternd für die Verständigung mit den Sportorganisationen schien über den gesamten Zeitraum zu sein, dass fast alle Amtsleiter enge Verbindungen zum Sport hatten und auf Erfahrungen mit den dortigen Strukturen zurückgreifen konnten. Gerade diese Tatsache mag aber auch

die Ursache für die eher schwierige Kommunikation mit anderen Verwaltungsbereichen sein. Der „Sport“ hatte als städtisches Handlungsfeld keine hohe Priorität und es ist zu vermuten, dass das Ansehen der jeweiligen Amtsleiter als „Sachwalter des Sports“ in der übrigen Stadtverwaltung nicht allzu groß war. Das Sportamt als typisches Querschnittsamt wäre aber auf eine gleichberechtigte Kommunikation und Kooperation mit anderen Verwaltungsbereichen angewiesen gewesen. Mit der Beteiligung mehrerer Verwaltungen an Entscheidungen steigt der Bedarf an entscheidungsrelevanten Informationen und die Abstimmung innerhalb der politischen Steuerungsprozesse wird schwieriger. Insbesondere für den Sektor des Sportstättenbaus konnten derartige Probleme mit dem Liegenschaftsamt, dem Grünflächenamt oder dem Schulamt aufgezeigt werden. Die Koordinations- und Kommunikationsschwierigkeiten schienen einerseits aus dem Blickwinkel der übrigen Verwaltungen auf einen geringen Stellenwert des Sportamtes hinzuweisen, andererseits war die defensive Haltung der Amtsleiter mit dafür verantwortlich.

Eine eher nachgeordnete Rolle fiel den jeweils zuständigen Dezernenten zu. Sie traten in Arbeitskreisen oder bei Verhandlungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung als „Repräsentanten“ für den Sport auf. In dieser Funktion wurden sie auch von den Sportorganisationen wahrgenommen, die sich in Problemfällen immer an den Amtsleiter – und nicht an den Dezernenten – wandten.

#### 4.2. Handlungsfeld Sportverwaltung - Sportausschuss

Das Verhältnis zwischen dem Stadtamt für Leibesübungen bzw. Sport- und Bäderamt und dem Sportausschuss im Rat der Stadt Köln fällt im Hinblick auf das Gestaltungspotential eindeutig zugunsten der Verwaltung aus. Die mehrjährigen Amtsleiter Johannes Sampels und Rüdiger Weitzdörfer besaßen fachliche und organisatorische Kompetenzen, wodurch sie in ihren Amtsperioden deutliche Spuren hinsichtlich ihrer Vorstellungen über die Gestaltung der städtischen Verantwortung für den Sport hinterließen. Der Feststellung KRAMERS (1986), dass die Willensbildung aufgrund des Informationsvorsprungs durch die Verwaltung „dominiert“ wird, als auch der Charakterisierung ELLWEINS der Sportverwaltung als „politische“ Verwaltung kann



man daher folgen. Der größte Teil der von der Verwaltung angefertigten Vorlagen passierte den Sportausschuss ohne Widerspruch. Inwieweit aber möglicherweise auf informellem Weg auf die jeweiligen Beschlussvorlagen Einfluss genommen wurde, lässt sich nicht beurteilen. Ebenso wichtig ist die Feststellung, dass das Gestaltungspotential nicht mit Machtpotential gleichzusetzen ist. Die letzten Instanzen für die Beschlussfassung waren der Sportausschuss und der Rat, und hier mussten die entsprechenden Mehrheiten entscheiden. So wurden z.B. auch die Haushaltplanentwürfe der Verwaltung durch den Ausschuss mehrfach nach oben korrigiert.

Den Einfluss der jeweiligen Beigeordneten zu beurteilen, die kaum über fachliche Kompetenzen verfügten, fällt schwer. Ihre „Sportfreudigkeit“ wurde Ihnen zwar ein ums andere Mal bescheinigt, in welcher Weise sie auf den Sportausschuss einwirkten, ist jedoch nicht nachzuvollziehen. Richtungsweisend für ihre Arbeit waren die Vorlagen des Sportamtes, die wiederum in enger Abstimmung mit dem Sportausschuss erstellt wurden. Das „Anhängsel“ Sport wurde im Untersuchungszeitraum mehrfach verschiedenen Dezernaten zugeordnet. Dies lässt darauf schließen, dass eine klare Vorstellung für das Ressort „Sport“ innerhalb der städtischen Verwaltung fehlte. Als Bestandteil der Dezernatsbereiche Gesundheit, Wohlfahrtspflege oder Sozialverwaltung wies man dem Sport noch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung zu, während er als „öffentliche Einrichtung“ eher institutionalisiert wurde. Im politischen Entscheidungsprozess schienen die Beigeordneten stark abhängig von der Informationsbeschaffung durch die Amtsleiter.

Inwieweit sportpolitische Entscheidungen über die Gruppe der „Vorentscheider“ beeinflusst wurden, kann nur vermutet werden. Zwischen den planenden Personen der Verwaltung und den führenden Mandatsträgern der Ratsvertreter bestanden sicherlich informelle Beziehungen, die sich aber nur andeutungsweise nachvollziehen lassen. Die auffällig hohe Zahl an Fraktionsvorsitzenden und sonstigen jüngeren Funktionsträgern der Parteien, die im Sportausschuss mitwirkten, lässt dreierlei Schlussfolgerungen zu. Erstens galt Sport als Bereich, der im Rahmen des geringeren Zeitbudgets dieser Personen zusätzlich zu bewältigen war, da ein „Spezialistentum“ keine Voraussetzung für die Arbeit im Sportausschuss war. Zweitens bot der Sport die Gelegenheit zur Profilierung für die jüngeren aufstrebenden Mandatsträger, und drittens war er ein

populäres und positiv besetztes Feld, mit dem man viele Menschen erreichen konnte. Es bleibt jedoch fraglich, inwieweit dies mit einer „bewussten politischen Partizipation“ gleichzusetzen wäre, wie sie KRAMER (1986) für die Mehrheit der Mandatsträger festgestellt hatte. Ein tatsächlich vorhandener Gestaltungswille lässt sich aus den genannten Zusammenhängen nicht ablesen.

#### 4.3. Handlungsfeld Sportorganisationen – Sportausschuss/Rat

Der florierende Wettkampfbetrieb, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem im Fußball, im Radsport und in der Leichtathletik wieder einsetzte, vermittelte das Bild einer „Sportstadt Köln“, wie sie bereits in der Weimarer Zeit gesehen wurde. Die Ansiedlung der Sporthochschule im Kölner Stadion trug zu diesem Selbstverständnis bei. Für die Stadt waren derartige Sportereignisse nach dem Krieg wertvoll, weil es darum ging, nicht nur verloren gegangenes nationales, sondern auch lokales Selbstbewusstsein zurück zu gewinnen. Darüber hinaus blieb die Bedeutung des Sports für die Gesundheitsfürsorge und für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung auch nach dem Zweiten Weltkrieg das Motiv für seine kommunale Förderungswürdigkeit.

Symptomatisch für das Verhältnis zwischen Sportorganisationen und Kommunalpolitik war der Rückzug von Peco Bauwens von seinen politischen Ämtern. Eine bewusste Zurückhaltung im Sinne eines „unpolitischen“ Sports gegenüber dem Rat und dem Sportausschuss ist bei den Kölner Vereins- und Verbandsfunktionären bis Ende der 1950er Jahre zu beobachten. Insbesondere in der Haltung der Funktionäre des großen Rasensportverbandes Köln, der durch die Personen Bauwens, Kierdorff und später Schmaul im Zweckverband bzw. Stadtsportbund an maßgeblicher Stelle vertreten war, spiegelt sich deren Autonomiebestreben wider. Sie lehnten Einmischungen und politische Einflussnahme von städtischer Seite strikt ab, was zuweilen für Konflikte zwischen den Fußballvereinen und Politikern sorgte. Aber auch von deren Seite – und hier insbesondere aus den Reihen der CDU – wurde die Autonomie des Sports bekräftigt, lobte man Eigenleistungen und forderte Selbstinitiativen. Diese Haltung war aber weniger verknüpft mit einer bewussten Charakterisierung des Sports als

„unpolitisch“, sondern begründete sich vielmehr aus der ökonomischen Notwendigkeit, andere Prioritäten setzen zu müssen.

Aus dem Blickwinkel der politischen Handlungsträger war Sport nie unpolitisch. Im Rat wurde vor allem im sozialdemokratischen und kommunistischen Lager die Debatte über die Grundwerte des Sports geführt, die durch Professionalisierung und Kommerzialisierung in Gefahr geraten könnten. Die CDU lehnte dagegen eine Einmischung in den Alltag und das Selbstbestimmungsrecht der Vereine deutlicher ab. Deren Festhalten an einer ausschließlich subsidiären Förderung aller Vereine zeigte sich vor allem in den Auseinandersetzungen um den Sporthaushalt. Diese Einstellung ließ sich aber durchaus auch mit der Unterstützung eines finanzstarken Vereins vereinbaren, wie es z.B. im Rahmen der Stadiondiskussion für den 1. FC Köln von der CDU geschah.

Das Verhältnis zwischen Sportorganisationen und Politik veränderte sich im Laufe der 1950er Jahre, in dem das „Autonomieverständnis“ zunehmend aufweichte. Im Vergleich zu anderen Politikbereichen sahen die Sportausschuss-Vorsitzenden beider Parteien den Sport als nicht gleichberechtigt an und forderten eine höhere Akzeptanz, die sich vor allem im Haushaltsplan widerspiegeln sollte. Die Annäherung und ab Mitte der 1960er Jahre zunehmende Einmischung auf den Sportbetrieb erfolgte in erster Linie aus Richtung der Politik, wodurch die Selbstverwaltung des Sports mehr und mehr in die Defensive gedrängt wurde. Auch die CDU verließ ihre ursprüngliche Position der rein subsidiären Förderung. Die Notwendigkeit, mitgestaltend auf den Sport einzuwirken, war einerseits gegeben durch die - wenngleich mäßig - steigenden Mitgliederzahlen, andererseits durch ökonomische Zwänge im positiven Sinne. Die Finanzmittel, die im Rahmen des „Goldenen Plans“ in bereit gestellt wurden, übten einen gewissen Zugzwang auf die Entscheidungsträger aus. Gleichzeitig schuf die zunehmende Förderung den Rechtfertigungsgrund für eine größere Einmischung auf den sportlichen Alltag. Diese „Politisierung“ war zusätzlich auf den steigenden Konkurrenzkampf zwischen den Städten zurück zu führen.

Die Feststellung, dass Entscheidungen im Sport oft in großer Einmütigkeit zwischen den Parteien gefällt werden, war in Köln nicht nur in diesem Sektor eine zu beobachtende Praxis und muss daher unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen

Handlungsstrategien betrachtet werden. Insbesondere in dem Zeitraum zwischen 1952 und 1964 herrschte zwischen den politischen Gegnern in weiten Teilen ein Klima konstruktiver und sachorientierter Zusammenarbeit für die „geliebte Stadt Köln“. Einige tendenzielle Unterschiede zwischen den großen Parteien konnten vor allem bei Entscheidungen im Rahmen größerer Projekte dennoch festgestellt werden. Die Entscheidung für die Sporthochschule war ein politischer Wille der CDU, dem sich die SPD aber nicht entziehen wollte und konnte. Die Hochschule stand ganz in der selbstbewussten Tradition Kölns als „geistige“ Zentrale des deutschen Sports der Weimarer Zeit, an die man auch 1945 wieder anknüpfen konnte. In diesem Kontext ist auch die Veranstaltung des Kölner Sportkongress 1950 zu werten. Innerhalb der Stadiondiskussion wurde die „fußballfreundliche“ Haltung der CDU und die eher reservierte Einstellung der SPD gegenüber großen Stadionbauten deutlich. Diese Opposition wurde erst durch die Chance zur Beteiligung an der Fußball-WM 1974 aufgegeben. Gerade in der Stadiondiskussion wurde aber auch erkennbar, dass die Realisierung von Forderungen, die von seiten des Sports gestellt werden, vom politischen Willen abhängen. Die Durchsetzungschancen erhöhen sich, wenn mehrere Beteiligte zusammenwirken. Im Rahmen des Entscheidungsprozesses um das Agrippabad trat die gemeinsame Zielsetzung im Sinne der Gesundheitsfürsorge hervor. Die Kölner Sporthalle war vorrangig ein Projekt der SPD, zu deren Klientel die Zuschauer der populären Box- und Radsportveranstaltungen gehörten. In der grundsätzlichen Auffassung zur Förderung des Freizeitsports herrschte dagegen weitestgehende Einmütigkeit, wobei die Motive allerdings unterschiedlich waren. Während die CDU freizeitsportliche Aktivitäten eher als Vorstufe zum Vereinssport sah, stand der Freizeitsport in sozialdemokratischen Kreisen als alternatives Konzept dem organisierten Sport gegenüber.

#### 4.4. Sportstadt Köln ?

Die in der Einleitung formulierte These, dass sich die öffentliche Wahrnehmung auf die „Sportstadt Köln“ innerhalb des Untersuchungszeitraums veränderte, lässt sich anhand der beschriebenen Prozesse nachvollziehen. Als maßgeblicher Faktor gestaltete

die Kommunalpolitik diese Veränderung mit. Sie setzte die Grenzen des Handlungs- und Gestaltungsspielraums, in dem sich der Sport entfalten konnte.

Unter der Verantwortung der CDU-Mehrheit im Rat der Stadt Köln entstand bis 1956 eine bürgerlich-konservative Sportlandschaft, die in ihrem Selbstverständnis autonom agierte und deren Ansprüche an die Politik eher bescheiden waren. Eine bewusste politische Entscheidung, Köln erneut zu einer Sportmetropole zu machen, wurde nicht getroffen bzw. scheiterte an den vorherrschenden Problemen des Wiederaufbaus. Statt dessen genügten einzelne Bauprojekte, wie die Sporthochschule, oder einige hochkarätige Veranstaltungen und Erfolge einzelner Sportler, die Leistungen der Stadt Köln auf sportlichem Gebiet hervorzuheben.

Nach der Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der SPD standen breiten- und freizeitsportliche Aspekte im Vordergrund. Der Förderung des Leistungssports wollte sich die sozialdemokratische Stadtregierung dennoch nicht verschließen, zumal mit der weiteren Entfaltung des Sportsektors ökonomische Überlegungen und Prestige Gründe im Rahmen der Großstadtentwicklung nicht übergangen werden konnten. Diese Gradwanderung zwischen der Notwendigkeit, Spitzensport in Köln zu verorten, und dem politischen Willen, Unterstützung im Breiten- und Freizeitsport zu gewähren, führte zu einer vielfältigen Sportlandschaft ohne eindeutige Zielrichtung, die im Grunde bis heute besteht. Einige Voraussetzungen für diese bunte Sportszene wurden bereits durch die „Grüngürtelpolitik“ Adenauers in der Weimarer Zeit geschaffen, was ein Hinweis auf die nachhaltige Wirkung von Entscheidungen im Bereich der Stadtentwicklung ist. Dies gilt auch für den Sportsektor. Kommunale Sportstättenplanung ist kaum in der Lage, auf aktuelle Trends oder Moden zeitnah zu reagieren. Die Frage der Nachhaltigkeit und langfristigen Planung muss in der Kommunalpolitik immer Berücksichtigung finden und ist eine große Herausforderung für die agierenden Mandatsträger.

Die bewusste Entscheidung für mehr oder weniger Förderung kommunalen Sports hat mit vielen Motiven zu tun. Aus der Innensicht kann der Sport Identifikation stiften, soll helfen, soziale Probleme zu lösen und muss ein fester Bestandteil städtischen Freizeitlebens sein. Hier gilt es, sich den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung anzupassen und bürgernahe Entscheidungen zu treffen. Von außen gesehen ist der

kommunale Sport Standort- und Wirtschaftsfaktor, erhöht die Attraktivität einer Großstadt und verleiht ein Image. Gerade in diesen unterschiedlichen Sichtweisen liegt auch die Antwort auf die Frage, ob eine Charakterisierung Kölns als „Sportstadt“ tatsächlich zutrifft. Für die Kölner Bevölkerung bietet die bestehende Sportlandschaft eine Vielzahl an Möglichkeiten der aktiven und passiven Beteiligung. Trotz der aktuell erkennbaren Bemühungen (Olympia-Bewerbung, Fußball-WM 2006) um eine Aufwertung in diesem Bereich würde die Bezeichnung „Sportstadt“ einem Außenstehenden und auch vielen Kölnern als herausragendes Merkmal Kölns nicht in den Sinn kommen.

# ANHANG

## Kurzbiographien

In der nachfolgenden Aufstellung sind alle Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden des Stadtportbundes und des Sportausschusses, sowie die Sportamtsleiter und die Sportdezernenten für den Zeitraum von 1946 bis 1975 in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Darüber hinaus wurden die ehemaligen Arbeitersportfunktionäre Heinrich Hamacher und Willi Schirmmacher, sowie der Verwaltungsdirektor der Sporthochschule Dr. Willi Schwarz berücksichtigt. Es konnten nicht alle Angaben ermittelt werden.

Peter Josef „Peco“ **BAUWENS**, Dr. jur. (geb. 14.12.1886 in Köln, gest. 24.11.1963 in Köln)

In seiner Jugend war Peco Bauwens Mitglied im Fußballclub „Rhenania“ und im Kölner Fußball-Club von 1899 (später VfL 99). 1910 spielte er als Ersatzmann einmal in der Nationalmannschaft. Größere Bedeutung erlangte Bauwens als internationaler Schiedsrichter, 82 Länderspiele leitete er und bereits mit 38 Jahren gehörte er dem „Internationalen Board“ des Fußball-Weltverbandes an. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Jurist und Bauunternehmer Bauwens einer der maßgeblichen Sportführer Deutschlands. Für die britischen Besatzungsmächte galt er als politisch „Unbefleckter“. 1945 wurde Bauwens Sportbeauftragter für die Stadt Köln und von Oktober bis zur ersten Kommunalwahl gehörte er als Vorsitzender der Parteilosen der Kölner Stadtverordnetenversammlung an. Bauwens war Mitbegründer mehrerer lokaler und regionaler Verbände, wie dem Zweckverband für Leibesübungen, dem Rasensportverband Groß Köln und dem Westdeutschen Fußballverband, dessen Vorsitz er 1947 übernahm. Darüber hinaus hatte er gute Kontakte zu den Vereinen, wie z.B. dem KTHC „Stadion“ Rot-Weiß, dem Kölner Ruderverein von 1877 und der Kölner Turnerschaft. Ab 1946 gehörte Bauwens zu den sechs Mitgliedern des Zonensportrates der britischen Zone. Bauwens wurde der erste Vorsitzende des Landessportbundes NRW, den er auch gegen einige Widerstände nach seinen Vorstellungen gestaltete. Beim ersten Bundestag des Deutschen Fußballausschusses am 10.7.1949 wählte man Bauwens mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten. Anlässlich der Weltmeisterschaft 1954 erhielt Bauwens die Silberne Sportplakette der Stadt München, 1955 die Ehrennadel des DFB in Gold, 1956 das große Bundesverdienstkreuz und 1959 das Ehrenzeichen des DRK und das Silberne Lorbeerblatt des Bundespräsidenten. Bis 1962 blieb Bauwens im Amt. Im Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland war er Vizepräsident von 1949 bis zu seinem Tod 1963.

U.A. MÜLLER, Jupp, „Peco Bauwens“, in: *DEUTSCHER SPORTBUND (HG.) Gründerjahre*, S.88-91.

Dr. Hans **BUSCH** (geb. 1896 - )

Regierungsassessor Hans Busch war von 1928 bis 1932 als Regierungs- und Oberregierungsrat im Preußischen Wohlfahrtsministerium tätig, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er im Landratsamt in Moers Dezernent für Jugendpflege. Im September 1946 wählten die Kölner Stadtverordneten Busch zum Beigeordneten für das Wohlfahrtsamt. Zum 1. Januar 1951 berief ihn die Landesregierung zum Ministerialdirigenten in das Kultusministerium NRW.

*Kölner Sportkurier* (1946)10, o.S.; *Kölner Sportkurier* 5(1950)12, o.S.



Rudolf (Rudi) **CONIN** (geb. 21.8.1921 in Köln, gest. 26.7.1999 in Köln)

Rudi Conin war von 1947 bis 1958 Stadtjugendführer der katholischen Jugend Kölns und Mitinitiator und Förderer Kölner Jugendwerke und Jugendeinrichtungen. Von 1953 bis 1971 gehörte er dem Rat der Stadt Köln für die CDU an und war Mitglied des Sportausschusses, dessen Vorsitz er 1962 übernahm. Von 1968 bis 1971 war er zudem Fraktionsvorsitzender der CDU.

Edmund **FEY** (geb. 23.3.1918, gest. 23.7.1997)

Der gelernte Kaufmann stand seit November 1945 in Diensten der Stadt Köln und arbeitete im Organisationsamt, im Steueramt und in der allgemeinen Verwaltung. 1967 übernahm er das Amt des Beigeordneten für Öffentliche Einrichtungen von Rolf Kattanek, das er bis Juni 1973 behielt.

*Kölner Sportkurier 22 (1967) 1,2, S.12.*

Dr. Josef **GIESEN** (geb. 10.5.1887 in Mondorf, gest. ??)

Giesen war vom 12.9.1945 bis 24.2.1948 Dezernent des Kölner Garten- und Friedhofamtes, übernahm nach dem Ausscheiden Ernst Schwerings aus der Stadtverwaltung im Sommer 1946 übergangsweise das Sportdezernat bis September 1946.

Hans **GRÜN** (geb. 22.12.1910 in Köln, gest. 31.12.1990 in Köln)

Hans Grün trat 1924 in die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands ein und war seit 1928 Mitglied der SPD. Nach dem Krieg war der gelernte Kaufmann mehr als 30 Jahre (vom 17. Oktober 1948 bis 30. September 1979) Mitglied des Rates der Stadt Köln. Von 1948 bis 1959 übernahm er das Amt des Geschäftsführers der SPD-Fraktion, später war er Mitglied des Fraktionsvorstandes und von 1973 bis 1975 deren Vorsitzender. Von 1966 bis 1975 war Grün Bürgermeister. Als Geschäftsführer der neu gegründeten Kölner Sportstätten GmbH arbeitete er von 1959 bis 1975. Burauen bemerkte über Grün in seiner Ansprache zur Ehrung der 20-jährigen Ratsmitgliedschaft: „Der Sport, Ihr Lieblingskind, hat nicht nur lokal, sondern auch international durch Ihr ständiges Einwirken, durch ihr fachliches Urteil und durch die Sympathie, die Sie für ihn erringen konnten, in diesen zwei Jahrzehnten profitiert.“

*Kölner Stadtanzeiger vom 18.10.1973.VRK, 16.12.1969, S. 465.*

Heinrich **HAMACHER** (geb. 9.4.1899 in Köln, gest. 19.7.1974 in Köln)

Hamacher war seit seinem 16. Lebensjahr sportlich aktiv. Als Mitglied des Arbeiter-Schwimm-Vereins Neptun Köln-Mülheim galt seine Vorliebe dem Kunstspringen. Unter seiner Führung fusionierten mehrere Mülheimer Wassersportvereine zur Freien Wassersportvereinigung Köln-Mülheim. Auch die Gründung der Freien Wassersportvereinigung Groß-Köln ging auf Hamachers Initiative zurück. Während des Dritten Reichs bemühte sich der Sozialdemokrat um den Aufbau einer illegalen Parteiorganisation und wurde inhaftiert. 1945 war Hamacher einer der insgesamt 24 von der

Militärregierung ernannten Stadtverordneten. Von 1948 bis 1958 gehörte der ehemalige Parteisekretär der SPD dem Rat der Stadt Köln und dem Sportausschuss an. Von 1957 bis 1969 war Hamacher Mitglied des Bundestages.

*DERES,, Die Fraktion, S. 25, S. 204.*

Friedel **HAUMANN** (geb. 4.9.1929 in Köln, gest. 28.3.1996 in Leverkusen)

Friedel Haumann war 23 Jahre Mitglied des Rates für die CDU und gehörte von 1964 bis 1984 dem Sportausschuss an. (Vorsitzender von 1964 -1975 ) Haumann engagierte sich in zahlreichen Ehrenämtern, u.a. auch im Karneval, war Mitglied des Verwaltungsrates des 1. FC Köln und bevorzugte in seiner Freizeit die Sportarten Tennis und Golf.

Dr. Rolf **KATTANEK** (geb. 6.2.1902 in Köln, gest. 17.8.1979 in Köln)

Nach seinem Abitur am Kölner Friedrich-Wilhelm-Gymnasium trat Rolf Kattaneck 1920 in den Dienst der Stadt Köln. Bis 1937 war er in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung als Stadtinspektor tätig. Kattaneck wurde von den Nationalsozialisten wegen seiner jüdischen Ehefrau zwangspensioniert und arbeitete privat als Wirtschaftstreuhand. Nach 1945 wurde er Leiter des Organisations- und Personalamtes und im gleichen Jahr noch Dezernent für Ernährung und Landwirtschaft. In einem Verfahren vor dem Militärgericht 1948 wegen Fragebogenfälschung bezüglich seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und dem Stahlhelm wurde Kattaneck freigesprochen. Das Amt des Sport-dezernenten übernahm er erstmals 1952 für eine kurze Amtsperiode. Im Rahmen der Verwaltungsneugliederung 1954 wurde er Dezernent für öffentliche Einrichtungen, dem das Ressort Sport zugeordnet war. Kattaneck blieb bis zu seiner Pensionierung 1967 Dezernent. 1979 starb Rolf Kattaneck im Alter von 77 Jahren in Köln.

*Kölner Stadtanzeiger vom 5.2.1977, Kölner Stadtanzeiger vom 18./19.8.1979, STEIMEL, Kölner Köpfe, Sp. 212., DERES, Die Fraktion, S.42, S. 48 Anm. 82, Kölner Sportkurier 17(1962)2, S.3.*

Alfons **KIERDORFF** (geb.22.7.1889 in Bensberg, gest. 25.2.1978 in Köln)

Kierdorff trat am 1. Mai 1907 der Fußball-Abteilung des Mülheimer Sportvereins 06 bei. Eine Verletzung beendete nach vier Jahren seine aktive Zeit. 1909 wurde er Mitglied des Vereinsvorstandes und 1911 Schiedsrichter-Obmann im Rheinbezirk des Rheinischen Spielverbandes. 1938 übernahm er das Amt des Gaufachworts für Fußball als Nachfolger von Jakob Zündorf. Nach dem Krieg wurde Kierdorff 1. Vorsitzender des Zweckverbandes für Leibesübungen, das er bis 1960 behielt. Dem Rasensportverband Groß-Köln, bzw. ab Dezember 1946 dem Fußballverband Mittelrhein stand er von 1946 bis 1973 vor. Kierdorff erhielt zahlreiche Auszeichnungen, u.a. das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, die Landessportplakette des Landes Nordrhein-Westfalen und war Ehrenmitglied des DFB.

*Kölner Sportkurier 4(1949)8, S.4.; Sport in NRW (1964)8, S. 3; Kölnische Rundschau vom 21.7.1969, Kölner Stadtanzeiger vom 21.6.1971, Kölner Stadtanzeiger vom 27.2.1978.*

Hans Erich **KÖRNER** (geb. 22.12.1930, gest. 15.1.2005 in Köln)

Der aus Ost-Pommern stammende Erich Körner arbeitete sechs Jahre im Bergbau und studierte später an der Akademie der Sozialwissenschaften. 1953 trat er in die SPD ein, 1973 wurde er Sozialdezernent der Stadt Köln. Während Körners Amtszeit wurde der erste Altenplan der Stadt in Angriff genommen, Altenheime wurden saniert und die Anzahl der Heimplätze erhöht. Körner engagierte sich auch im öffentlich geförderten Wohnungsbau und für die Versorgung Obdachloser. Nach seinem Abschied aus der Stadtverwaltung arbeitete er für das Clarenbachwerk und war von 19?? Vorsitzender des Stadtsportbundes Köln..

*Kölner Stadtanzeiger vom 22.12.1995*

Matthias **NIESSEN** (geb. 16.4.1923 in Köln, gest. 10.11.1997 in Köln)

Der gelernte Maschinenschlosser Mathias Niessen trat 19ßß in die SPD ein. Nach seiner Tätigkeit als Referent des Parteivorstandes zog er 1961 in den Rat der Stadt Köln und wurde Mitglied des Sportausschusses. Der spätere Bezirksvorsteher von Nippes war darüber hinaus Präsident des Kölner Eis-Klubs und des SC Rhenania, sowie 2. Vorsitzender des Kölner Klub für Luftsport und Mitglied des ESV-Olympia.

Oskar **NOLZE** (geb. 10.9.1908 in Bonn)

1930 trat Oskar Nolze der KPD bei. Der begeisterte Schwimmer arbeitete als Dienstfahrer für die Leonard Tietz AG. Nach einem Streik wurde er 1932 entlassen. 1938 fand er eine neue Anstellung bei der Ehrenfelder Maschinenfabrik Hermann Kolb, wo er auch nach Kriegsende arbeitete, Ende der 1940er Jahre wurde er hauptamtlicher KPD-Funktionär. 1946 zog er in den ersten Rat der Stadt Köln ein. 1952 wurde er nicht wieder gewählt. 1947 bis 1949 gehörte er dem Sportausschuss als Vorsitzender an. Der gelernte Motorenschlosser war Vorsitzender des Kölner Schwimmclubs von 1906. Gemeinsam mit Manfred von Brauchitsch engagierte sich der KP-Funktionär im Präsidium des „Komitees für Einheit und Freiheit im deutschen Sport“, das sich für deutsch-deutsche Sportkontakte einsetzte. Nolze wurde wegen Hochverrats angeklagt und floh in die DDR. Heute lebt Oskar Nolze in Kürten.

*Beucker, Pascal, „Der Letzte der Ersten“ in: TAZ Köln vom 5.6.2003.*

Karl **PAULUS** (geb. 19.7.1920 in Köln, gest. 15.9.1987 in Köln)

Der gelernte Schriftsetzer wurde mit nur 28 Jahren 1948 für die CDU in den Rat der Stadt Köln gewählt. Er wurde Mitglied des Sportausschusses, dessen Vorsitz er abwechselnd mit Hans Grün zwischen 1951 und 1956 übernahm. Paulus war Vorsitzender des DJK-Kreisverbandes Köln. Nach der Wahlniederlage der CDU 1956 kam Karl Paulus nicht mehr im Rat.

Johannes **SAMPELS** (geb. 20.5.1898 in Köln, gest. 11. 8. 1969 in Köln)

Sampels übernahm früh organisatorische Aufgaben in der katholischen Sportbewegung. Im Bezirk Köln und im Kreis Niederrhein der Deutschen Jugendkraft war er Schriftführer und technischer Leiter. 1920 wurde er in Würzburg im Rahmen der Gründung des Reichsverbandes der DJK als Leichtathletikwart in den Vorstand berufen. Sampels war von 1928 bis 1933 Stadtverordneter. In dieser Zeit beteiligte er sich maßgeblich an der Organisation des DJK-Reichstreffens 1927 und dem Deutschen Turnfest 1928. Von 1919 bis 1933 und von 1946 bis 1950 war Sampels Geschäftsführer des Zweckverbandes für Leibesübungen. Bei der Wiederbegründung der DJK-Arbeitsgemeinschaft 1947 wurde er 2. Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses. Nach der Gründung des DJK-Hauptverbandes 1953 wurde er beim 1. Verbandstag in Bonn Nachfolger von Ludwig Wolker im Amt des 1. Vorsitzenden der DJK. Ab 1946 gehörte er mit Kierdorff und Bauwens zu den Initiatoren der Wiederbegründung des Zweckverbandes und übernahm gleichzeitig die Position des Sportamtsleiters, die er bis zu seiner Pensionierung 1963 innehatte. In dieser Funktion gehörte er zu den führenden Kräften in Deutschland, die die Aufgabenstellung und Organisation der kommunalen Sportämter gestalteten. Von 1949 bis 1958 war er 1. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter und Mitherausgeber des Jahrbuchs „Gemeinde und Sport“. 1950 veranstaltete er mit dem Kölner Sportkongress eine frühe überregionale Tagung, die dem Gedankenaustausch und der Auseinandersetzung über den Sport auf verschiedenen Ebenen dienen sollte. Als Mitglied des Hauptausschusses des LSB fungierte er ab 1948, als Mitglied des Sportbeirates im DSB und als Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Städtetags ab 1950. 1928 wurde ihm der päpstliche Orden „Pro ecclesia et pontifice“ und 1958 der Silvesterorden für seine Mitarbeit beim 77. Deutschen Katholikentag 1956 verliehen. Als einer der ersten erhielt er 1961 die von Ministerpräsident Dr. Meyers gestiftete Sportplakette des Landes NRW und 1964 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

*Schwarz, Willi, Würdigung zum 65. Geburtstag von Johannes Sampels, in: Kölner Sporgeschichte e.V., Best. 92/18(Manuskript)*

Willi **SCHIRRMACHER** (geb. 30.4.1906 in Köln, gest. 3.1.1992 in Köln)

Schirmmacher war seit 1921 Mitglied der Gewerkschaft und seit 1925 Mitglied der SPD. Von 1926 bis 1933 gehörte er dem Arbeitersportkartell an, arbeitete von 1933 bis 1935 im Widerstand, wurde 1936 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Beim Mülheimer Sportverein spielte Schirmmacher Fußball. Nach 1945 war er Mitbegründer der SPD Mittelrhein und Stadtverordneter von Januar bis Oktober 1946 und von 1954 bis 1962. Von 1962 bis 1970 war Schirmmacher Landtagsabgeordneter. Hier war er u.a. Mitglied des Sportausschusses und des LSB Gutachterausschusses.

Franz **SCHLÖSSER** (geb. 28.10.1911 in Neuss, gest. 8.11.1997 in Köln)

Von 1952 bis 1969 Mitglied des Rates für die SPD-Fraktion und des Sportausschusses, von 1961 bis 1963 Sportausschuss-Vorsitzender, von 1962 bis 1969 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, Mitglied des Landschaftsverbandes und im Hauptberuf geschäftsführender Direktor einer Baugesellschaft. Die sportliche Laufbahn begann für

Franz Schlösser in der DJK Neuss. Nach dem Krieg war er mehrere Jahre Vorsitzender von Spiel und Sport Nippes 12, sowie Delegierter im Westdeutschen Fußballverband.

*Kölner Sportkurier 16(1961)11*

Hermann **SCHMAUL** (geb. 28.9.1910 in Euskirchen, gest. 7.6.1992 in Köln)

Hermann Schmaul spielte als Jugendlicher Fußball in seinem Euskirchener Heimatverein. Der gelernte Kaufmann engagierte sich nach Kriegsende im Rasensportverband Köln bzw. im Fußballverband Mittelrhein, Kreis Köln. 30 Jahre (1956-1986) war er Vorsitzender des lokalen Fachverbands. 1948 trat er dem 1. FC Köln bei. Darüber hinaus war er Leiter des Spielausschusses im Westdeutschen Fußballverband und Staffelleiter. Von 1969 bis 1975 war Schmaul Vorsitzender des Stadtsportbundes Köln. Bekannt wurde Schmaul vor allem als Spielleiter der Fußball-Bundesliga (1975-1986). Schmaul erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande und die Sportplakette des Landes NRW.

Willi **SCHWARZ**, Dr. jur. (geb. 8.8.1905, gest. 27.2.1983 in Köln)

Der gelernte Jurist wurde 1947 Verwaltungsdirektor der Sporthochschule Köln, von 1949 bis 1954 war Schwarz Vorsitzender, von 1956 bis 1963 stellvertretender Vorsitzender des Turngau Kölns. 1950 übernahm er das Amt des Geschäftsführers und von 1961 bis 1972 die Position des stellvertretenden Vorsitzenden des Zweckverbandes für Leibesübungen bzw. Stadtsportbundes Köln. Schwarz engagierte sich darüber hinaus in zahlreichen Arbeitskreisen, 1957 wurde er Vizepräsident des Landessportbundes. Hier übernahm er die Aufgabe gemeinsam mit Hugo Rüngener den Fünfjahresplan für den Sportstättenbau auszuarbeiten. 1968 fanden auf Initiative von Dr. Willi Schwarz erstmals die 1. Internationalen Sport-Amateurfilmtage und die Sportfilmtage der Profis in Oberhausen statt.

Ernst **SCHWERING**, Dr. jur., Dr. rer. pol. h.c. (geb. 15.11.1886 in Coesfeld, gest. 2.3.1962 in Köln)

Der seit 1901 in Köln ansässige Ernst Schwing besuchte das Apostelgymnasium und studierte in Bonn Rechtswissenschaft. 1905 trat er in die Stadtverwaltung der Stadt Köln ein. 1920 wurde er Stadtdirektor, 1926 Beigeordneter des Wohlfahrtsamtes. Zwischen 1933 und 1945 war Schwing als Rechtsanwalt tätig. Im Mai 1945 wurde er von der Militärregierung in die Stadtverwaltung berufen und übernahm neben dem Wohlfahrtsamt auch das Personal- und Organisationsamt. Im Sommer 1946 schied er aus der Verwaltung aus und wurde im Oktober zum Stadtverordneten gewählt. Bis 1948 gehört er dem Sportausschuss an. Zwischen 1948 und 1951 war er abwechselnd mit dem Sozialdemokraten Robert Görlinger Bürgermeister und Oberbürgermeister der Stadt Köln sowie von 1952 bis 1956 durchgehend Oberbürgermeister. 1950 wurde er Mitglied des Landtages, 1953 Mitglied der Landschaftsversammlung und von 1957 bis 1958 Präsident des Deutschen Städtetages.

*STEIMEL, Kölner Köpfe, Sp. 384. Kölner Sportkurier 3(1948)5, o.S.*

Friedrich Wilhelm Heinrich „Friedel“ **SCHIRMER** (geb. 20.3.1926 in Stadthagen )

Friedel Schirmer wurde in Stadthagen geboren und war bereits in frühen Jahren sportlich aktiv. Nach der Schule begann er eine Verwaltungslehre. Nach der Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft begann er mit dem Leichtathletik-Training und wurde ein erfolgreicher Mehrkämpfer. (Deutscher Meister 1951,1953 und 1955, Olympiateilnehmer 1952) Anschließend von 1961 bis 1968 übernahm er das Amt des Bundestrainers der Zehnkämpfer. Nach dem Verwaltungs- und Wirtschaftsdiplom in Hannover und dem Sportlehrerexamen an der Universität Freiburg wurde er Leiter des Sportamtes in Osnabrück, dann Sportrat in Bielefeld und am 1.7.1965 Sportdirektor in Köln. Im Mai 1967 wurde er als Ministerialrat zum Sportreferenten der Landesregierung NRW nach Düsseldorf berufen. Von 1969 bis 1984 gehörte er für seinen Heimatkreis Schaumburg als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an. Von 1964 bis 1976 leitete er den von ihm mitbegründeten Sportbeirat beim SPD-Parteivorstand. Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik übernahm Schirmer von 1984 bis 2000 den Vorsitz der Gemeinschaft Deutscher Olympiateilnehmer (GDO).

Hans **SCHUCK** (geb. Okt. 1919 - ??)

Hans Schuck war u.a. Sportmitarbeiter der Kölnischen Rundschau und betreute dort den sogenannten „kleinen“ Fußballs und den Radsport. Nach seiner Amtszeit als Leiter des Sportamtes vom 1.6.1963 bis 30.6.1965 übernahm er eine leitende Position bei Nordwest-Lotto.

*Kölnische Rundschau vom 15.10.1979*

Oskar **STAUF** (geb. 15. Februar 1904 -)

Seine sportliche Laufbahn begann Oskar Stauf 1919 mit dem Eintritt in den Kölner Turnverein von 1843, ab 1921 wurde er Mitglied im Kölner Schwimmverein „Rhenus“, wo er 1925 Obmann der Kanu-Abteilung, 1937 2. Vorsitzender und von 1939 bis 1949 Vorsitzender war. 1946 übernahm der praktizierende Zahnarzt die Leitung des Orstverbandes Kölner Schwimmvereine. 19?? Wurde er Vorstandsmitglied des Westdeutschen Schwimmverbandes. Von 1947 bis 19?? War er Bürgermitglied im Sportausschuss und von 1961 bis 1971 Vorsitzender des Zweckverbands für Leibesübungen bzw. Stadtsportbundes.

*Kölner Sportkurier 9(1954)2, o.S.*

Josef **STRALAU**, Prof. Dr. med. (5.6.1908 in Trier)

Stralau studierte an der Universität Bonn Medizin, wurde 1937 Stadtarzt in Dortmund, 1938 stellvertretender Amtsarzt in Oberhausen und war von 1940 bis 1942 Sanitäts-offizier. Nach seiner Freistellung aus dem Militärdienst wurde er Leiter des Gesundheitsamtes in Oberhausen und ab 1949 Beigeordneter für das Sozial- und Gesundheitswesen. Am 20.11.1953 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung zum Beigeordneten der Stadt Köln. Bis 1957 leitete er das Sozialdezernat, dem auch das Sportamt zugeordnet war. Anschließend wurde er zum Ministerialdirektor und Leiter

der Abteilung Gesundheitswesen ins Bundesinnenministerium des Innern berufen. Stralau ist Ehrenmitglied der Robert-Koch-Stiftung.

*Kölner Stadtanzeiger vom 3.6.1978, Kölner Sportkurier 8(1953)12, S. 3, Öffentliches Gesundheitswesen 7(1978).*

Franz **VONESSEN**, Dr. med. (geb. 10.11.1892 in Essen, gest. 11.4.1970 in Köln)

Vonessen war seit 1919 in Köln tätig, zunächst als Assistenzarzt im St. Vinzenzkrankenhaus und von 1921 bis 1935 als Stadtarzt im Gesundheitsamt. Aufgrund seiner Weigerung an den Rassengesetzen mitzuwirken wurde er 1937 zwangspensioniert. Nach dem Krieg beriefen ihn die Amerikaner in das Amt des Gesundheitsdezernenten, das er bis zum 30.11.1957 bekleidete. Vonessen war zudem Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Deutschen Städtetages.

*Klaus Schmidt, Das gefährdete Leben. Der Kölner Arzt und Gesundheitspolitiker Franz Vonessen, Köln 2004.*

Rüdiger **WEIZDÖRFER** (geb. 3.4.1909 in Magdeburg)

Weitzdörfer studierte in Heidelberg Leibesübungen, Geschichte und Geographie. Anschließend absolvierte er an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin ein weiteres Studium, das er 1934 mit der Diplom-Prüfung als Turn- und Sportlehrer abschloss. 1936 gehörte er zu Diems Mitarbeiterstab zur Vorbereitung der Olympischen Spiele. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft betätigte er sich von Mai 1948 bis 1951 als Trainer bei einer britischen Truppeneinheit. 1952 wurde er Leiter des Sportamtes in Essen und war dort maßgeblich an der Gestaltung des Deutschen Turnfestes 1963 beteiligt. Im Oktober 1967 übernahm er die Position des Sportamtsleiters in Köln, die er bis 1973 behielt. Darüber hinaus machte er sich als Autor verschiedener Publikationen und Funktionär einen Namen. Weitzdörfer war Vorsitzender im Turn- und Sportlehrerverband, 2. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter und gehörte dem Internationalen Arbeitskreis für Sportstättenbau an.

*Neue Rheinische Zeitung vom 26.7.1967, Kölner Stadtanzeiger vom 26.7.1967.*

Franz **WENDLAND** (geb. 27.6.1933 in Köln)

Der gelernte Versicherungskaufmann war von 1964 bis 1977 Mitglied des Rates. 1969 bis 1978 übernahm er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion. Als Nachfolger von Hans Grün wurde er 1975 Geschäftsführer der Kölner Sportstätten GmbH. 1998 endete seine Amtszeit in der Kölner Sporthalle, die im gleich Jahr abgerissen wurde. Franz Wendland lebt heute in Köln.

Jakob **ZÜNDORF** (geb. 4.3.1888, gest. 25.1.1954 in Köln)

In seiner Jugend war Zündorf Turner bei der Turn- und Fechtgemeinde Nippes von 1878, wechselte dann aber zum Fußballsport (FC Borussia, VfL 1899). Mit 21 Jahren wurde Zündorf Vorsitzender des Kölner Club für Rasenspiele. Nach dem 1. Weltkrieg übernahm er eine führende Rolle im Westdeutschen Spielverband als Vorsitzender des

Rheinbezirks und Mitglied des Spielausschusses. 1919 gehörte er zu den Mitbegründern des Zweckverbands für Leibesübungen Groß-Köln. Als Sportredakteur arbeitete er beim Kölner Lokalanzeiger und der „Fußballwoche“. 1939 übernahm er das Gaufachamt Fußball im Gau Mittelrhein. Zündorfs Berichte und Veröffentlichungen standen ganz im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda. Nach dem Krieg übernahm Zündorf keine Funktionen mehr. Ehrenvorsitzender des Zweckverbandes.

*Kölner Sportkurier 9(1954)2, o.S.*



Tabelle 16: Mitgliedsverbände Stadtsportbund

<b>Verbände</b>	<b>Eintrittsdatum</b>
Rasensportverband Groß-Köln, (Kreis-Fußball-Ausschuss Köln)	22.02.1946
Verband Kölner Turnvereine (Kölner Turngau/ Kölner Turnverband)	22.02.1946
Ortsverband Kölner Schwimmvereine	22.02.1946
Bezirksausschuss Kölner Radfahrvereine Bund Deutscher Radfahrer, Bezirk Köln	22.02.1946
Schwerathletenverband Köln (Schwerathleten-Verband NRW, Bez. Köln)	22.02.1946
Stadtverband für Amateurboxen (Mittelrheinischer Amateur-Box-Verband)	22.02.1946
Kölner Regatta-Verband	22.02.1946
Kölner Hockeykreis (Rheinbezirk im Westdeutschen Hockeyverband)	00.08.1946
Verband Kölner Kegler	00.08.1946
Westdeutscher Handballverband, Kreis Köln (Handballverband Mittelrhein, Kreis Köln)	00.11.1946
Kölner Tenniskreis (im TV Rheinbezirk)	00.07.1947
Westdeutscher Leichtathletikverband Kreis Köln (Leichtathletik-Verband Mittelrhein, Kreis Köln)	00.02.1948
Westdeutscher Tischtennisverband, Kreis Köln	00.06.1948
Kölner Reit- und Fahrverein <sup>1)</sup> (Interessengemeinschaft Kölner Reiter)	00.00.1950
Kölner Fechtclub e.V.	00.12.1949
Kanu-Verband NRW, Bezirk Köln	00.06.1950
Golf- und Land Club Köln	31.10.1950
Kölner Klub für Luftsport (Deutscher Aero-Club, Landesverband NRW, Bez. 2)	05.12.1950
Kölner Eisklub e.V.	05.12.1950
Westdeutscher Basketball-Verband, Kreis Köln	29.08.1951
Verband Deutscher Billardamateure Kreis Köln (Billiard-Kreisverband Köln-Bonn)	09.11.1951
Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ Groß-Köln	vor 1955
Versehrten-Sportgemeinschaft Köln	03.09.1957
Schachkreis Köln	02.09.1958
Westdeutscher Skiverband, Bezirksgruppe Köln	23.01.1959

Tabelle 16: Mitgliedsverbände Stadtsportbund

1. Minigolfclub Köln 1961	01.01.1964
Tanzsportclub Excelsior	15.07.1960
Tanzsportverband NRW, Kreis Köln	01.02.1965
Badminton-Stadtverband Köln	01.02.1965
Erster Kölner Eisstock-Club	01.02.1965
Nordrhein-Westfälischer Judo-Verband, Kreis Köln	01.02.1965
Westdeutscher Rugby-Verband, Bez. Köln	01.02.1965
Rheinischer Schützenbund, Bez. Köln	01.02.1965
Westdeutscher Skiverband, Bezirk Eifel	01.02.1965
Versehrten-Sport-Gemeinschaft Köln	01.02.1965
Deutsche Olympische Gesellschaft – Bez.-Gruppe Köln	vor 1969
Kölner Segler und Motorsportverband	vor 1969
Kölner Club für Motorsport	24.11.1969
Deutscher Unterwasser-Club Köln <sup>2)</sup>	02.02.1972
Kölner Eishockey - Club „Die Haie“	28.05.1974
1. Kölner Karate-Club „Bushido“	15.10.1975

Tabelle 16: Eintrittsdaten der Verbände/ Vereine zum Zweckverband/ Stadtsportbund. (Quelle: BORKHART, *Die Geschichte des Stadtsportbundes 1919-1964*, S. 71, HOFFMANN, *Die Geschichte des SSBK 1965-1984*, S. 4 ff.) Die Bezeichnung der Verbände entspricht der Namensgebung zum Zeitpunkt ihrer Aufnahme, Namensänderungen stehen in Klammern. Nicht alle Daten konnten eindeutig ermittelt werden.

1) Am 5.12.1950 stellte der ländliche Reit- und Fahrverein einen Aufnahmeantrag. Dieser wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dass zu diesem Zeitpunkt der Kölner Reit- und Fahrverein bereits dem Zweckverband angehöre und nur Verbände aufgenommen werden dürften. Zur Gründung der Interessengemeinschaft Kölner Reiter kam es 1954.

2) Der Deutsche Unterwasser-Club e.V. Köln beantragte erstmals am 9.1.1959 die Mitgliedschaft, die aber abgelehnt wurde. Es wurde empfohlen sich über den Ortsverband Kölner Schwimmvereine dem Zweckverband anzuschließen. (Kölner Sportgeschichte e.V., Best. 92/18, Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.1.1959.)

Tabelle 17: Sportarten

	<b>Fußball</b>	<b>Turnen</b>	<b>Leichtathletik</b>	<b>Radsport</b>	<b>Wassersport</b>
1947	51	24	35	15	39
1948	39	19	28	10	28
1949	44	22	33	18	32
1950	44	16	33	20	32
1951	51	28	35	24	41
1952	59	30	37	26	39
1953	68	34	46	26	42
1954	69	31	38	23	49
1955	66	38	32	28	46
1956	65	38	39	12	45
1957	68	35	43	21	50
1958	63	28	16	19	45
1959	67	27	16	27	44
1960	68	35	33	20	47
1961	75	44	42	20	65
1962	75	69	39	20	71
1963	86	76	34	24	80
1964	80	74	40	19	91
1965	83	67	39	17	92
1966	86	87	37	14	98
1967	88	88	36	14	94
1968	86	86	31	14	80
1969	86	86	31	14	80
1970	86	86	31	13	80
1971	77	106	23	13	63
1972	73	77	24	9	60
1973	89	79	21	10	51
1974	87	112	28	10	52
1975	80	128	28	11	55
1976	113	104	27	15	55

Tabelle 17: Vereine, die zwischen 1947 und 1975 die Sportarten Fußball, Turnen/ Gymnastik, Leichtathletik, Radsport und Wassersport (Schwimmen, Rudern, Kanu) anboten.

(Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Köln 1947-1976. Stichtag war von 1947 bis 1967 der 31.März des jeweiligen Jahres, ab 1968 der 1. Januar. Von 1962 bis 1975 wurde in den Erhebungen zwischen den Sportarten Turnen und Gymnastik unterschieden, die Zahlen der Gymnastik und Turnvereine wurden in diesem Zeitraum addiert.)

Tabelle 18: Haushalt1946-1974

	Beihilfen Turn- und Sportvereine <sup>878</sup>	Bereitstellung v. Turnhallen und Bädern	Verwaltung Personal Sportamt	Verwaltung Personal Stadionverw.	Zuschussbedarf Sportamt (54)	Zuschussbedarf Stadionverw. (550/551)	Zuschuss Sonstige Einrichtungen <sup>879</sup>
1946	40.000	k.A.	k.A.	-	42.200	480.400	-
1947	100.000	3.600	38.660	248.760	101.600	262.700	-
1948	100.000	3.600	80.680	188.030	261.800	110.200	-
1949	70.000	3.600		249.060	<sup>880</sup> 314.700	163.200	-
1950	70.000	6.880	<sup>881</sup> 90.510	289.280	289.900	197.000	-
1951	<sup>882</sup> 100.000	10.600	69.200	316.500	122.700	233.000	-
1952	70.000	13.600	39.670	382.350	158.600	415.700	-
1953	100.000	<sup>883</sup> 16.200	44.610	359.150	194.700	530.300	-
1954	100.000	14.750	52.410	393.870	254.600	725.600	-
1955	100.000	<sup>884</sup> 34.650	64.150	432.860	275.800	651.100	-
1956	120.000	33.600	71.750	424.190	296.800	535.800	-
1957	120.000	32.000	69.900	481.500	369.300	764.200	-
1958	150.000	59.400	75.300	524.300	427.300	512.500	339.700
1959	193.000	69.000			509.500	701.300	

878) Ab 1958 erscheint diese Position mit dem Hinweis, dass darin auch die Aufwendungen für Vaterstädtischen Festspiele, Bundesjugendspiele, Meisterehrung, Turnier- und Ehrenpreise, Übungsleiterbeihilfen, Freizeit- und Versehrtensport, Amateursport in der Sporthalle, Kölner Sportkurier enthalten waren.

879) Die Haushaltsstelle wurde erst 1958 eingerichtet, zuvor waren einzelne Positionen unter der Stadionverwaltung aufgeführt.

880) 1949 und 1950 waren hierin auch die Zuschüsse an die Sporthochschule enthalten. Sie betragen 1949: 239.000 DM, 1950: 214.800 DM. HASTK, Haushaltsplan 1949, 1950.

881) Bis 1950 erschienen die Personalkosten des Stadtaamtes für Leibesübungen nicht gesondert, sondern unter der Position „Allgemeine Verwaltung der Angelegenheiten der Leibesübung und Jugender-tüchtigung, wozu auch das Personal des Jugendamtes zählte.

882) Die Erhöhung um 30.000 erfolgte aus Mitteln der Kriegsschädenbeseitigung des Landes, HASTK, Haushaltsplan 1951.

883) Der Betrag wurde zwischen 1953 und 1956 aufgeschlüsselt in die beiden Positionen, „Anmietung von städtischen“ und von „nicht stadt-eigenen Turnhallen“, die Beträge wurden hier zusammengefasst.

884) Anteil für städtische Turnhallen erhöhte sich von 13.600 auf 33.600 wg. Der zusätzlichen Nutzungszeiten in den Abendstunden, HASTK, Haushaltsplan 1955, S. 233.

Tabelle 18: Haushalt1946-1974

1960 <sup>885</sup>	144.000	165.000	67.500	429.000	497.000	571.600	461.400
1961	190.000	243.000	98.000	616.000	639.400	1.181.000	1.143.800
1962	210.000	303.000	111.000	693.000	1.238.100	1.189.000	993.800
1963	175.000	334.000	114.000	728.000	1.258.600	1.526.500	1.184.000
1964	185.000	350.000	115.000	782.000	1.284.000	1.914.700	1.868.200
1965	185.000	364.000	143.000	768.000	1.682.600	1.316.900	1.458.400
1966	<sup>886</sup> 167.000	411.600	161.000	896.000	1.136.000	1.411.500	562.400
1967	217.000	468.500	247.000	974.000	989.900	1.559.700	417.100
1968	250.000	467.200	248.000	1.052.000	1.037.300	1.443.800	500.400
1969	300.000	484.800	281.000	842.000	1.186.800	1.240.600	630.500
1970	350.000	564.800	436.000	986.000	1.636.200	1.381.100	967.700
1971	350.000	943.700	512.600	1.166.400	2.138.200	1.471.500	1.314.100
1972	350.000	960.100	842.100	1.092.200	2.503.000	1.779.200	1.640.800
1973	<sup>887</sup> 530.000	1.108.000	908.000	1.240.300	3.202.700	2.022.700	2.398.000
1974	400.000	1.721.200	969.000	1.259.900	2.472.200	1.551.000	1.125.200

Tabelle 18: Haushaltsansätze ausgewählter Positionen der Sportverwaltung und Zuschussbedarf 1947-1974 (Quelle: HASTK, Haushaltspläne 1947 bis 1974)

885) 1960 erfolgte die Umstellung auf das Kalenderjahr.

886) Zusätzlich wurden erstmalig und einmalig 50.000 DM getrennt als Unterhaltungsbeihilfen für die vereinseigenen Anlagen veranschlagt.

887) In dem Betrag waren 180.000 DM für die Übernahme einer Einnahme-Ausfall-Garantie im Rahmen der Durchführung der Eisläufer-Europameisterschaften enthalten. HASTK, Haushaltsplan 1973, S. 247.

Tabelle 19: Haushalt Sportstätten 1947-1975

	<b>Neubau von Sportstätten Einnahmen von Bund und Land<sup>888</sup> (6/071/01)</b>	<b>Miet-Einnahmen für Sport- und Spielplätze(ohne Stadion) (3/261)</b>	<b>Instandsetzung Ausgaben (6/0712)</b>	<b>Neubau von Sportstätten Ausgaben (6/972)</b>
1947	-	14.300	-	-
1948	-	14.300	-	-
1949	-		-	-
1950	329.160 <sup>889</sup>		8.660	8.140
1951	111.000		-	70.000
1952	161.000		-	70.000
1953	270.300		-	100.000
1954			-	110.000
1955			-	164.000
1956	50.000	34.620	-	164.000
1957	50.000	38.600	70.000	182.500
1958	250.000	40.100	100.000	500.000
1959	125.000	42.000	100.000	250.000
1960 <sup>890</sup>	240.000	33.600	100.000	590.000 <sup>891</sup>
1961	500.000	190.400 <sup>892</sup>	135.000	1.661.300
1962	300.000	214.600	135.000	1.000.000
1963	500.000	375.300	135.000	1.453.000
1964	500.000	483.300	195.000	1.500.000
1965	300.000	414.700	195.000	1.000.000
1966	500.000 <sup>893</sup>	13.000	180.000	1.500.000 <sup>894</sup>

888) Nach den vom 1.7.1959 ab geltenden Richtlinien des Kultusministers des Landes NRW zu erwartende Einnahmen.

889) Mittel lt. Bauprogramm für Kriegsschädenbeseitigung des Landes NRW, die hier eingesetzten Mittel tauchten nicht in der Position Neubauten für Sportanlagen, sondern unter Hochbauten, bzw. Tiefbauten im Etat der Stadionverwaltung auf.

890) 1960 erfolgte die Umstellung auf das Kalenderjahr.

891) Hinweis: „Die Ausgaben erhöhen sich um etwaige Mehreinnahmen in 6/071/01“, HASTK, Haushaltsplan 1960.

892) Die Erhöhung gegenüber 1960 ist vermutlich entstanden durch die Verpachtung des Eis- und Schwimmstadions und den Betrieb der Kölner Sporthalle.

Tabelle 19: Haushalt Sportstätten 1947-1975

1967	500.000	13.000	180.000	1.500.000
1968	520.000	10.000	179.700	2.278.900
1969	400.000	15.000	200.000	2.000.000
1970	420.000	55.000	300.000	2.350.000
1971	450.000	80.000	300.000	2.840.000
1972	310.000	80.000	275.000	2.525.000
1973	300.000	85.000	275.000	2.500.000
1974 <sup>895</sup>		25.000	335.000	

Tabelle 19: Einzelne Einnahmen und Ausgaben für Sportstätten im Haushalt 1947 bis 1974 (Quelle: Haushaltspläne der Stadt Köln 1946-1974).

---

893) Ab 1966 werden die Einnahmen (Zuschüsse des Landes) und Ausgaben für den Neubau von Sportstätten im außerordentlichen Haushaltsplan veranschlagt. 1966 und 1967 erwartete die Stadt einen Zuschuss von 500.000 DM, die restliche benötigte Summe von 1 Millionen DM sollte über Darlehen finanziert werden.

894) 1968 sollten 1.758.900 DM aus „Kreditmarktmitteln“ für den Neubau von Sportstätten bereitgestellt werden.

895) 1974 erfolgte die Umstellung in einen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Neubau von Sportanlagen wurden nun im Vermögenshaushalt geführt.

Tabelle 20: Sportausschuss-Mitglieder 1946-1975

Name, Partei	Geburtsjahr/ Beruf	Sportausschuss-Mitglied	Ratsmitgliedschaft	Vereins-,Verbandszugehörigkeit/ Funktionen, Zugehörigkeit zu politischen Gremien
<b>Adrian</b> , Rudolf, SPD	1915 Sozialreferent	1964-1965	1961-1965	
<b>Bamberger</b> , Wilhelm, SPD	1918 Dipl.-Volkswirt	1955-1975	1954-1979	(1955 für Burauen)
<b>Baumann</b> , Hans-Jürgen, FDP	1923 Kaufmann	1948-1950	1948-1950	MdL 1950-1954, Mitglied des Landesvorstands der FDP, 1952 Übertritt zur CDU
<b>Binot</b> , Eduard, CDU	1894 Fabrikant	1950-1953	1946-1969	Stv. Fraktionsvorsitzender
<b>Bohse</b> , Dr. Werner, F.D.P.	1910 Dipl.-Volkswirt	1952-1956	1952-1956	
<b>Britz</b> , Dr. Herbert, CDU	1918 Arzt	1952-1969	1952-1969	Kreissportärztliche Arbeitsgemeinschaft
<b>Bruckwilder</b> , Hans-Georg, F.D.P.	1926 Kaufmann	1961-1964	1961-1964 1978-1979 1982-1984	
<b>Burauen</b> , Theo, SPD	1906 Angestellter	1947-1955	1946-1973	Fraktionsgeschäftsführer, Fraktionsvorsitzender 1948-1956, Oberbürgermeister 1956-1973 Kölner Regatta-Verband Ehrenmitglied
<b>Busch</b> , Ludwig, CDU	1893 Verw.-Angestellter	1948-1952	1946-1952	
<b>Conin</b> , Rudolf, CDU (stv. Vors. 1961, Vors. 1962)	1921 Kaufm. Angestellter	1953-1971	1953-1971	(1953 für Sampels) stv. Fraktionsvorsitzender 1961-1968, Fraktionsvorsitzender 1968-1971
<b>Dalbert</b> , Lambert, CDU	1926 Redakteur	1956-1961	1956-1964	
<b>Encke</b> , Leni, CDU	1897 Hausfrau	1952-1956	1946-1969	
<b>Erfen</b> , Joseph, SPD	1913 Schriftsetzer	1958-1968	1956-1969	(1958 für Hamacher) Fraktionsgeschäftsführer 1961-1965
<b>Fink</b> , Theodor, SPD	1880 Betriebsrat	1947-1948	1945-1948	
<b>Frantzen</b> , Eduard, SPD	1913 Kaufm. Angestellter	1948-1972	1948-1972	
<b>Gérard</b> , Heinrich, KPD	1894 Schlosser	1946-1948	1946-1953	Fraktionsvorsitzender
<b>Gerig</b> , Hanna, CDU	1900 Sozialreferentin	1950-1952	1946-1952 1953 1955-1964	(1950 für Henke)
<b>Glomb</b> , Wilhelm, SPD	1935 Buchdrucker	1964-1975	1964-1975	
<b>Göddertz</b> , Maria, CDU	1915 Lehrerin	1958-1961	1958-1969	(1958 für Mick)



Tabelle 20: Sportausschuss-Mitglieder 1946-1975

<b>Grün, Hans, SPD</b> (Vors. 1952, 1954, 1956, 1957, 1959, stv. 1951, 1953, 1955, 1958)	1910 Kaufm. Angestellter	1948-1979	1948-1979	SC Fortuna Köln Fraktionsgeschäftsführer 1948-1959, stv. Fraktionsvorsitzender 1961-1973, Fraktionsvorsitzender 1973-1975, Bürgermeister 1966-1975
<b>Hamacher, Hein, SPD</b>	1899 Parteisekretär	1948-1958	1945-1958	Freie Wassersportvereinigung Groß-Köln
<b>Härdle, Mine, SPD</b>	1888 Gewerbe- Oberlehrerin	1947-1948	1946-1948	MdL 1946, 1947-1954, Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Köln
<b>Hartmann, Sybille, CDU</b>	1890 Verwaltungsrätin	1946-1948	1946-1969	Mitglied des Fraktionsvorstands
<b>Haumann, Friedel, CDU</b> (stv. Vors. 1963, Vors. 1964-1975)	1929 Kaufm. Angestellter	1961-1984	1961-1984	stv. Fraktionsvorsitzender, Mitglied im CDU-Parteivorstand
<b>Heinen, Heinrich, CDU</b>	1922 Kaufm. Angestellter	1964-1979	1964-1984	
<b>Hempel, Heinrich, SPD</b>	1908 Kaufmann	1948-1956	1948-1969	
<b>Henke, Hermann, CDU</b>	1890 Malermeister	1948-1950	1946-1950	MdL 1950-1958
<b>Henschel, Dr. Erich, CDU</b>	1900 Volkswirt	1961-1969	1956-1975	Mitglied im CDU Parteivorstand
<b>Herberg, Charlotte v.d., CDU</b>	1912 Hausfrau	1969-1975	1969-1984	Mitglied im CDU-Parteivorstand
<b>Jacobs, Dr. Friedrich, F.D.P.</b>	1910 Rechtsanwalt	1952-1961 1969-1979	1952-1961 1969-1979	Vorsitzender KHTC Blau-Weiß Fraktionsvorsitzender, Bürgermeister 1969-1979, Bürgermitglied des Sportausschusses 1961-1969
<b>Kautz, Gustav, SPD</b>	1903 Schlosser	1950-1952	1948-1956	
<b>Klein, Dr. Michael, SPD</b>	1941 Universitäts- Assistent	1969-1975	1969-1975	
<b>Kleinen, Joseph, CDU</b>	1904 Elektroingenieur	1964-1968	1961-1968	Kölner Schwimm-Klub 06 (Ehrevorsitzender) Mitglied im CDU-Parteivorstand
<b>Korn, Karl, CDU</b>	1903 Schlosser	1946-1948	1946-1948 1964-1969	MdL 1950-1958, Mitglied im CDU-Parteivorstand, Mitglied d. Kolpingfamilie, der Christl. Gewerkschaft, IG Metall
<b>Mick, Josef, CDU</b>	1914 Buchdrucker	1952-1957	1952-1957	Stv. Fraktionsvorsitzender 1956- 1961, Vorsitzender der CDA Rheinland, Mitglied im CDU- Parteivorstand, MdB 1957-1976
<b>Molis, Ernst, CDU</b>	1905 Kaufmann	1946-1950	1946-1950	Vorsitzender des CVJM, MdL 1947-1962
<b>Müller, Dr. Helmut, CDU</b>	1925 Geschäftsführer	1969-1975	1961-1975	Mitglied im CDU-Parteivorstand

Tabelle 20: Sportausschuss-Mitglieder 1946-1975

<b>Mundt, Horst, CDU</b>	1920 Angestellter	1952-1960	1952-1960	AG der ev. Jugend im Kirchenkreis Köln
<b>Neumann, Erich, SPD</b>	1927 Fernmeldeinspektor	1968-1975	1965-1975	(für Erfen 1968) Fraktionsgeschäftsführer 1971- 1975
<b>Nießen, Mathias, SPD</b>	1923 Schlosser	1962-1979	1961-1984	Kölner Klub für Luftsport, SV Rhenania, Kölner Eisklub, SPD- Parteivorstand
<b>Nolze, Oskar, KPD</b> (Vors. 1949-1950)	1908 Motorenschlosser	1946-1952	1946-1952	Kölner Schwimmclub 06 (Vorsitzender)
<b>Paulus, CDU</b> (Vors. 1951, 1953, 1955, stv. Vors. 1952, 1954).	1920 Schriftsetzer	1948-1956	1946-1956	DJK-Kreisgemeinschaft, Köln (Vorsitzender)
<b>Pflitsch, Robert, CDU</b>	1896 Kaufmann	1950-1952	1946-1961	(1950 für Mundt)
<b>Rimek, Theo, CDU</b> (Vors. 1947-1948)	1906 Kaufmann	1946-1948	1946-1948	
<b>Sampels, Josef, CDU</b>	1900 Kaufmann	1946-1953	1945-1953	DJK Kreisverband Köln Fraktionsgeschäftsführer
<b>Schilli, Johann, SPD</b>	1925 Buchbinder	1969-1975	1966-1984	Freie Wassersportvereinigung Groß-Köln
<b>Schirmacher, Willi, SPD</b>	1906 Angestellter	1955-1962	1946, 1954- 1962	SC Nord, MdL 1962-1970
<b>Schlösser, Franz, SPD</b> (Vors. 1961, 1963, stv. Vors. 1959, 1960, 1962, 1964-1967)	1911 Bauunternehmer	1952-1969	1952 - 1969	DJK Neuss, SuS Nippes 12, Westdt. Fußballverband, stv. Fraktionsvorsitzender 1962-1969
<b>Schmitz, Heinrich, CDU</b> (Vors. 1958, 1960, stv. Vors. 1957)	1909 Kaufmann	1956-1961	1956-1961	Kölner Rudergesellschaft, Vors. des Mittelstandsausschusses der CDU Rheinland MdL 1960-1966, 1968-1970
<b>Schneider, Josef, CDU</b>	1926 Sekretär, IG Bau	1961-1979	1956-1979	SC Fortuna Köln, Fraktionsgeschäftsführer, stv. Fraktionsvorsitzender 1971
<b>Schüller, Servatius, CDU</b>	1924 Sozialpädagoge	1968-1969	1968-1969	(1968 für Kleinen)
<b>Schulte, Anna, SPD</b>	1886 Hausfrau	1948-1950	1948-1961	
<b>Schwarzenberg, Werner, F.D.P.</b>	1910 Ingenieur	1951-1952	1950-1952	(1950 für Baumann)
<b>Schwering, Dr. Ernst, CDU</b>	1886 Rechtsanwalt	1947-1951	1946-1962	Fraktionsvorsitzender, Oberbürgermeister 1950, 1952, MdL 1950-1962 Mitglied des CDU- Landesvorstandes, Präsident des Deutschen Städtetages
<b>Soenius, Heinz, CDU</b>	1929 Angestellter	1961-1968	1961-1968	Vorsitzender des CDU- Parteivorstandes, Mitglied des CDU-Landesvorstandes, MdL 1970-1990

Tabelle 20: Sportausschuss-Mitglieder 1946-1975

<b>Speck</b> , Friedhelm, SPD	1934 Kriminalbeamter	1975-1979	1975-1979	
<b>Vulpes</b> , Alfred, SPD	1901 Friseurmeister	1956-1969	1956-1969	FC Germania Müngersdorf , Schachfreunde Köln Müngersdorf
<b>Warnecke</b> , Peter, SPD	1906 Schreiner	1964-1970	1964-1972	
<b>Wendland</b> , Franz, SPD (stv. Vors.)	1933 Versicherungs- Kaufmann	1965-1977	1964-1977	(1965 für Adrian) stv. Fraktionsvorsitzender 1969-1978, Geschäftsführer Kölner Sportstätten GmbH
<b>Weyer</b> , Willi, CDU	1924 Gewerkschafts- Sekretär	1952-1956	1952-1956	

Tabelle 20: Sportausschuss-Mitglieder 1946 bis 1975.

Die Angaben für die Sportausschuss-Mitgliedschaften wurden den Ratsperioden angepasst, auch wenn die konstituierenden Sitzungen erst im darauf folgenden Jahr stattfanden.

(Quellen: HASTK, Acc. 5, Nr. 5885 bis Nr. 9093, Niederschriften der Sitzungen des Sportausschusses, DERES, Thomas, *Die Fraktion*, Köln 1998, HERBERS, Winfried, *Der Verlust*, Köln 2001, DERES, Thomas, *Die Mitglieder des Rates der Stadt Köln 1945-1975*, in Vorb.)

## Tabellenverzeichnis

<b>Tabelle 1:</b> Ergebnisse und Wahlbeteiligung der Kölner Kommunalwahlen 1946 bis 1975.	<b>40</b>
<b>Tabelle 2:</b> Mitglieder des ersten Kölner Sportausschusses 1947.	<b>51</b>
<b>Tabelle 3:</b> Bürgermitglieder im Kölner Sportausschuss von 1947-1975.	<b>61</b>
<b>Tabelle 4:</b> Dezernenten und Zuordnung für das Ressort Sport von 1945 bis 1975.	<b>73</b>
<b>Tabelle 5:</b> Leiter des Stadtamtes für Leibesübungen/Sport- und Bäderamtes von 1946 bis 1975.	<b>78</b>
<b>Tabelle 6:</b> Sportabzeichen-Prüfungen in Köln und in der BRD 1949 bis 1975.	<b>125</b>
<b>Tabelle 7:</b> Vereinszahlen, Mitgliederentwicklung und Anteil der in Sportvereinen organisierten Bevölkerung 1946 bis 1975.	<b>137</b>
<b>Tabelle 8:</b> Sportstätten in Köln vor und nach dem 2. Weltkrieg, sowie Instandsetzung bis 1949.	<b>142</b>
<b>Tabelle 9:</b> Anzahl der Sportplätze und Turnhallen in Köln 1945 bis 1958.	<b>157</b>
<b>Tabelle 10:</b> Anstieg der Sportanlagen in der BRD und in NRW zwischen 1965 und 1976.	<b>169</b>
<b>Tabelle 11:</b> Sportstättenstatistik der Stadt Köln 1960 bis 1970.	<b>177</b>
<b>Tabelle 12:</b> Hallenbäder in Köln bis 1976.	<b>197</b>
<b>Tabelle 13:</b> Sportstättenentwicklung verschiedener Großstädte von 1960 bis 1973.	<b>204</b>
<b>Tabelle 14:</b> Sportplatzangebot verschiedener Großstädte 1976.	<b>206</b>
<b>Tabelle 15 :</b> Anzahl und Herkunft der Studenten der Kölner Sporthochschule 1947 bis 1957.	<b>269</b>
<b>Tabelle 16:</b> Eintrittsdaten der Verbände/ Vereine zum Zweckverband/ Stadtsportbund.	<b>289</b>
<b>Tabelle 17:</b> Vereinsangebot in den Sportarten Fußball, Turnen/ Gymnastik, Leichtathletik, Radsport und Wassersport (Schwimmen, Rudern, Kanu) 1947-1976.	<b>291</b>
<b>Tabelle 18:</b> Haushaltsansätze ausgewählter Positionen der Sportverwaltung und Zuschussbedarf 1947-1974.	<b>292</b>
<b>Tabelle 19:</b> Einzelne Einnahmen und Ausgaben für Sportstätten im Haushaltsetat 1947 bis 1974.	<b>293</b>
<b>Tabelle 20:</b> Sportausschuss-Mitglieder 1946 bis 1975 (Parteizugehörigkeit, Geburtsjahr, Beruf, Dauer der Ratsmitgliedschaft, Zugehörigkeit zu politischen Gremien und Vereinen.	<b>294</b>



Abbildung 1: Ehrentribüne bei den Turn- und Spielmeisterschaften im Kölner Stadion, 1949 (1. Reihe von links nach rechts: Willi Schwarz, unbekannt, Hans Grün, Theo Burauen, Ernst Schwing, Robert Görlinger, Peco Bauwens, Carl Diem und Johannes Sampels). (Kölner Sportgeschichte e.V.)



Abbildung 2: Johannes Sampels gratuliert Carl Diem zum 70. Geburtstag, 1952. (Kölner Sportgeschichte e.V.)



Abbildung 3: Oberbürgermeister Theo Burauen bei der Siegerehrung der Kölner Ringstaffel, 1955 (links: Johannes Sampels) (Kölner Sportgeschichte e.V.)



Abbildung 4: Dr. Peco Bauwens und der deutsche Wirtschaftsminister Erhard beim Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft zwischen dem 1. FC Köln und dem Hamburger Sportverein 1960 im Frankfurter Waldstadion. (Kölner Sportgeschichte e.V.)



Abbildung 5: Richtfest des „Geißbockheims“ des 1. FC Köln auf dem Gelände an der Berrenrather Straße, 1950 (Kölner Sportgeschichte e.V.)



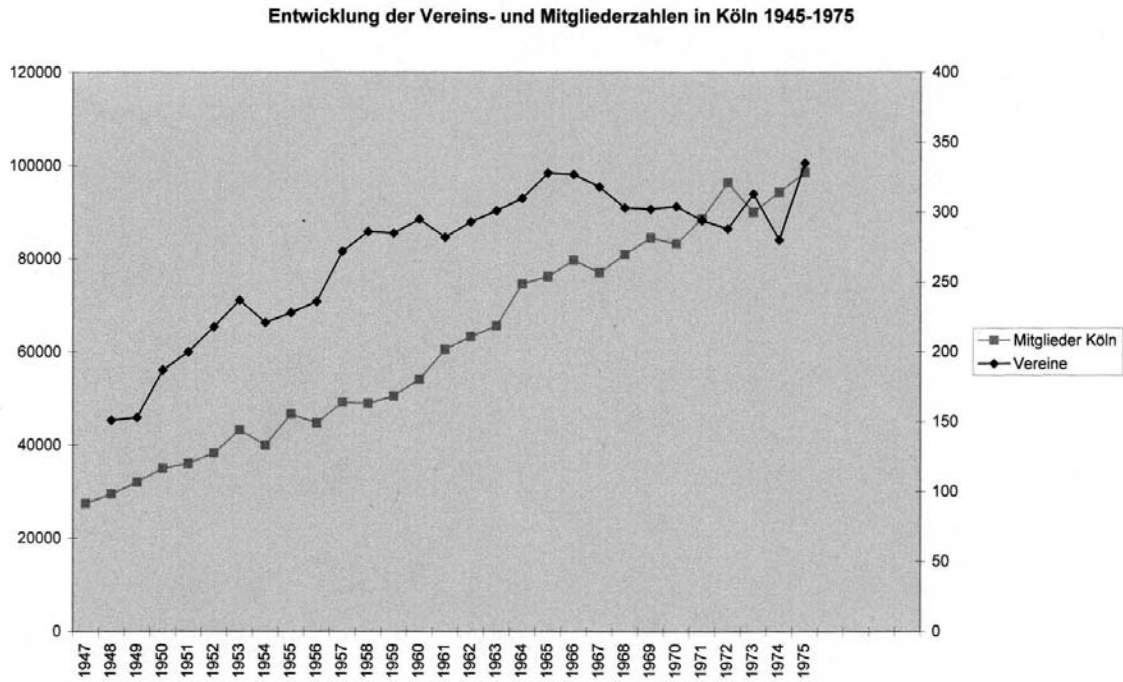


Abbildung 6: Entwicklung der Vereins und Mitgliederzahlen in Köln 1947 bis 1975 (Grafik d. Verf.)

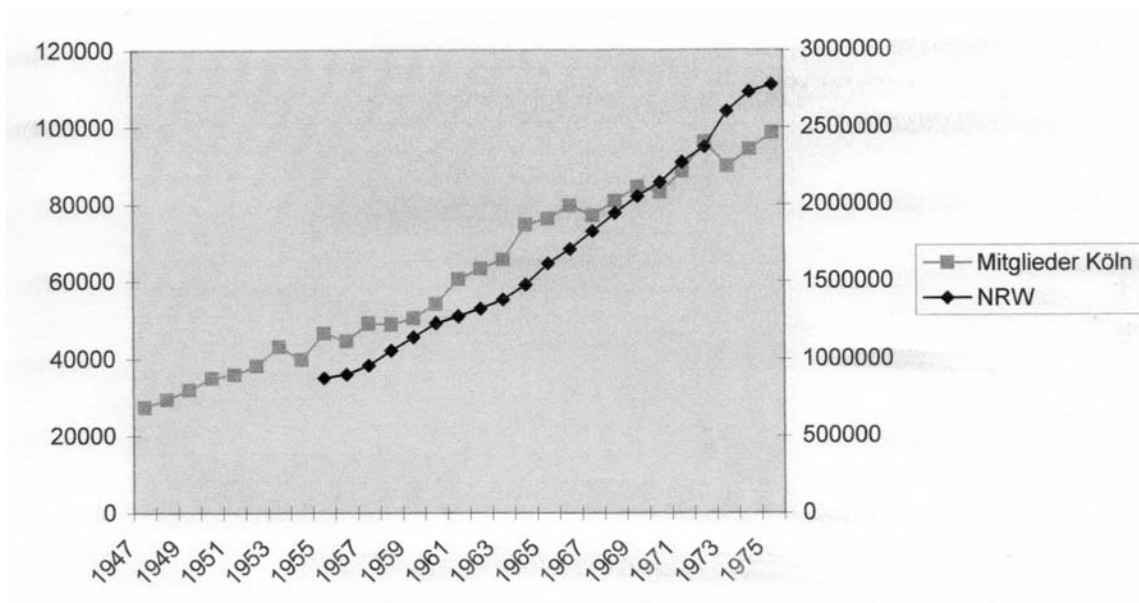


Abbildung 7: Mitgliederentwicklung in Köln und Nordrhein-Westfalen (Grafik d. Verf.)



Abbildung 8: Luftaufnahme des Stadionkomplex in Müngersdorf, um 1945

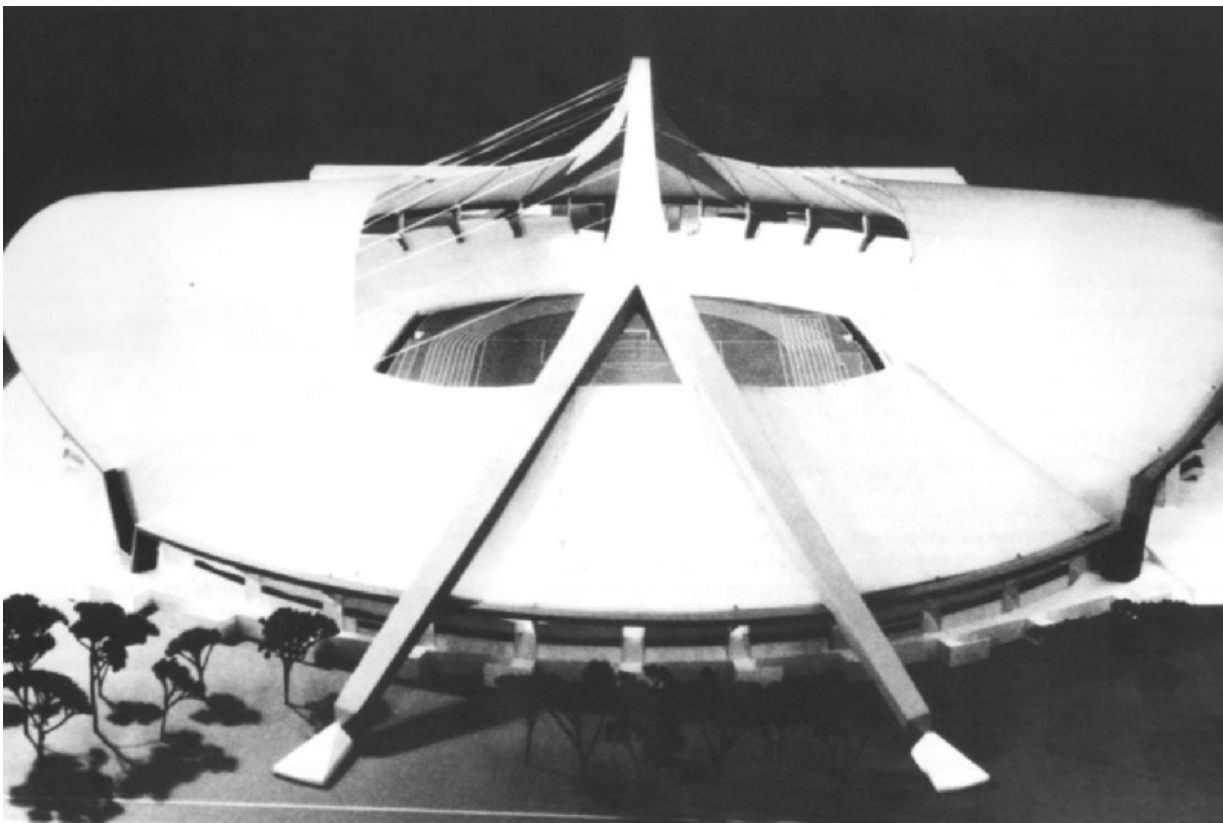


Abbildung 9: Modell des Schulten-Stadions, 1965

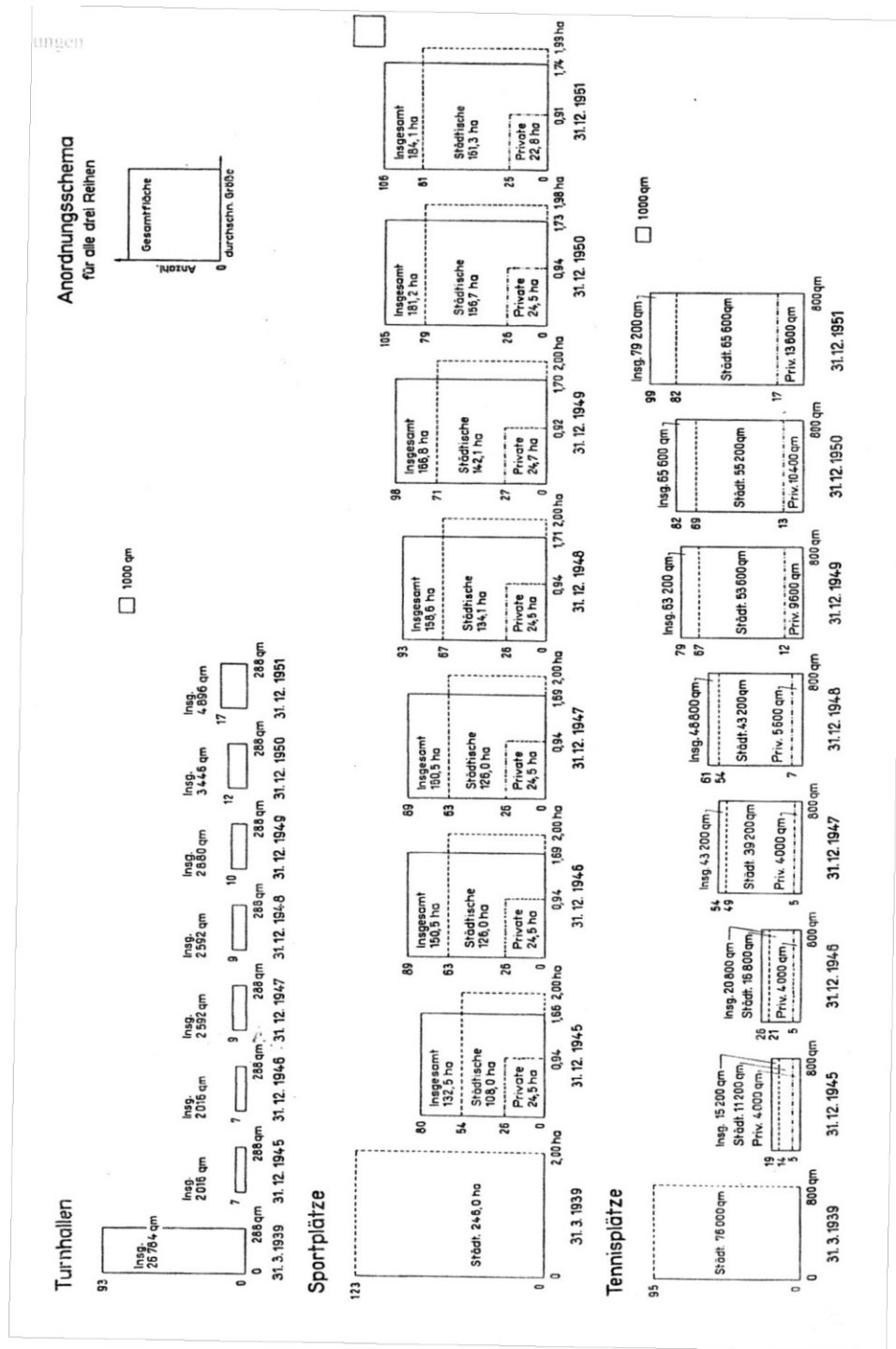


Abbildung 10: Flächen der Stadt Köln für Turnhallen, Sport- und Tennisplätze zwischen 1939 und 1951. (Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1951)

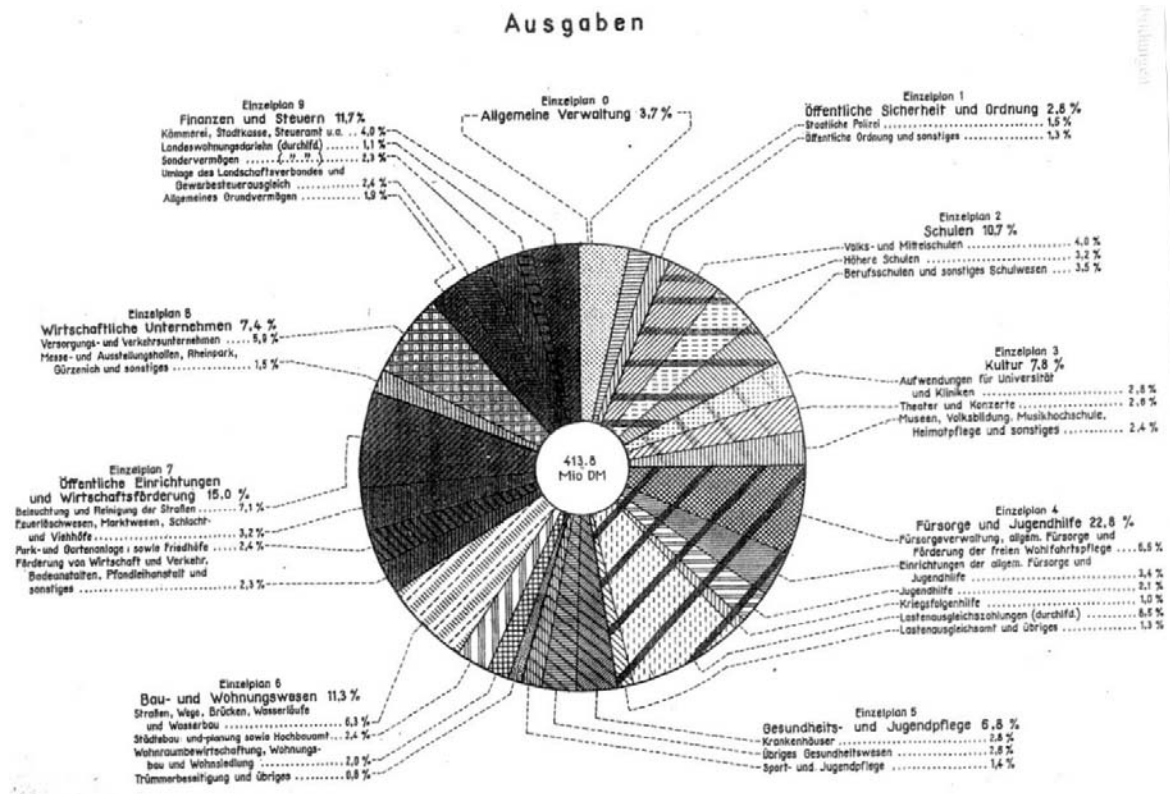


Abbildung 11: Ordentlicher Haushaltplan der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1958, Anteile der Einzelpläne am Gesamtvolumen. (Quelle: Haushaltplan der Stadt Köln, 1958)



Abbildung 12: Titelblatt der Sonderbroschüre „10 Jahre Sportkurse für Jedermann“ der Stadt Köln, 1978 (Kölner Sportgeschichte e.V.)

## Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b> Ehrentribüne bei den Turn- und Spielmeisterschaften im Kölner Stadion, 1949 (Kölner Sportgeschichte e.V.)	299
<b>Abbildung 2:</b> Johannes Sampels gratuliert Carl Diem zum 70. Geburtstag, 1952. (Kölner Sportgeschichte e.V.)	299
<b>Abbildung 3:</b> Oberbürgermeister Theo Burauen bei der Siegerehrung der Kölner Ringstaffel, 1955 (Kölner Sportgeschichte e.V.)	300
<b>Abbildung 4:</b> Dr. Peco Bauwens und der deutsche Wirtschaftsminister Erhardt beim Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft zwischen dem 1. FC Köln und dem Hamburger Sportverein 1960 im Frankfurter Waldstadion. (Kölner Sportgeschichte e.V.)	301
<b>Abbildung 5:</b> Richtfest des „Geißbockheims“ des 1. FC Köln auf dem Gelände an der Berrenrather Straße, 1950 (Kölner Sportgeschichte e.V.)	302
<b>Abbildung 6:</b> Entwicklung der Vereins und Mitgliederzahlen in Köln 1947 bis 1975 (Grafik d. Verf.)	303
<b>Abbildung 7:</b> Mitgliederentwicklung in Köln und Nordrhein-Westfalen (Grafik d. Verf.)	303
<b>Abbildung 8:</b> Luftaufnahme des Stadionkomplex in Müngersdorf, um 1945	304
<b>Abbildung 9:</b> Modell des Schulten-Stadion, 1965	304
<b>Abbildung 10:</b> Flächen der Stadt Köln für Turnhallen, Sport- und Tennislätze zwischen 1939 und 1951. (Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1951)	305
<b>Abbildung 11:</b> Ordentlicher Haushaltsplan der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1958, Anteile der Einzelpläne am Gesamtvolumen. (Quelle: Haushaltsplan der Stadt Köln, 1958)	306
<b>Abbildung 12:</b> Titelblatt der Sonderbroschüre „10 Jahre Sportkurse für Jedermann“ der Stadt Köln, 1978 (Kölner Sportgeschichte e.V.)	307

## **Beihilfenordnung der Stadt Köln zur Förderung des Kölner Sports**

Der Sportausschuß des Rates der Stadt Köln beschloß in seiner Sitzung am 8. Mai 1968 die nachstehende, seit langem beratene einheitliche Beihilfenordnung, die sofort in Kraft tritt. Die Beihilfenordnung hat das Ziel, eine gleichmäßige, gerechte und überschaubare Förderung des Kölner Sports zu erreichen. Die Vereine sollen dadurch in die Lage versetzt werden, über längere Zeiträume zu disponieren und die Beihilfenmittel zweckentsprechend einsetzen zu können.

Durch die Bezuschussung auf der Grundlage der Zahl der jugendlichen Mitglieder wird erreicht, daß die Vereine der Jugendarbeit besondere Aufmerksamkeit widmen. *Die Jugendbeihilfe ist im Jahre 1968 auf 3,— DM, die Beihilfe zur Anschaffung von Sondersportgeräten zusätzlich auf die doppelte Jugendbeihilfe, also 6,— DM je Jugendlichen unter 18 Jahren, festgesetzt worden.*

Die Beihilfe zur Unterhaltung vereinseigener Sportstätten wird der Tatsache gerecht, daß viele Anlagen und Umkleidehäuser inzwischen eine Reihe von Jahren bestehen und damit Unterhaltungskosten verursachen, die von den Vereinen nicht mehr im vollen Umfange getragen werden können.

### **Beihilfenordnung!**

#### **1. Allgemeines**

Die in dieser Ordnung geregelten Beihilfen können nur im Rahmen der haushaltsplanmäßig bereitgestellten Mittel gewährt werden. Die Höhe der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel richtet sich nach der jeweiligen Haushaltslage der Stadt.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Beihilfe besteht nicht.

Der Beihilfeempfänger hat über die Verwendung der Beihilfe einen Nachweis zu führen. Die Stadt ist berechtigt, den Verwendungsnachweis zu überprüfen.

Grundsätzlich werden Beihilfen nur dann gewährt, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

In begründeten Einzelfällen können Ausnahmen von den Vorschriften der Beihilfenordnung zugelassen werden. Darüber entscheidet bei Beträgen bis 2 000,— DM das Sport- und Bäderamt und bei Beträgen über 2 000,— DM der Sportausschuß.

#### **2. Jugendbeihilfen**

Die Stadt Köln gewährt den ihr gemeldeten und im Stadtgebiet Köln ansässigen Vereinen, die sich die Pflege der Leibesübungen ihrer Satzung entsprechend als Hauptziel gesetzt haben, eine Beihilfe für die Jugendarbeit.

Die Höhe der Beihilfe richtet sich nach der Anzahl der jugendlichen Mitglieder bis zum 18. Lebensjahr auf Grund der Mitgliedermeldung an die Sporthilfe e. V. Duisburg des jeweils vorangegangenen Jahres. In begründeten Ausnahmefällen kann der Mitgliedernachweis auch unmittelbar beim Sport- und Bäderamt geführt werden.

Aus der Jugendbeihilfe sind alle Anschaffungen des Vereins für Sportbekleidung, Bälle, kleines Sportgerät, Handgerät und Verbrauchsgüter zu tragen. Hierfür wird keine Beihilfe mehr gewährt.

Beihilfen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz bleiben von dieser Regelung unberührt.

Der Sportausschuß setzt jeweils am Anfang des Haushaltsjahres den Betrag fest, der für jeden Jugendlichen gezahlt werden soll.

Der 1. Vorsitzende und der Jugendwart des Vereins haben dem Sport- und Bäderamt schriftlich durch Unterschrift zu bestätigen, daß sie die Beihilfe erhalten haben und ausschließlich für die Jugendarbeit verwenden.

#### **3. Beihilfe zur Anschaffung von Sondersportgeräten**

Die Stadt Köln gewährt auf Antrag eine Beihilfe zur Anschaffung von Sondersportgeräten.

Sondersportgeräte sind Sportgeräte, die nicht durch die Jugendbeihilfe abgegolten sind, wie Rennräder, Saalräder, Tischtennisplatten, Trampolin, Ruderboote und Boote für den Kanusport mit Ausstattung, Judo- und Ringmatten, Scheibenhanteln, Boxgeräte, Einrichtungen für die elektrische Trefferanzeige für Fechten, usw. Dabei ist davon auszugehen, daß Hallen und Sportplätze mit einer Grundausstattung von Turn- und Sportgeräten, die für das Betreiben allgemeiner Leibesübungen benötigt werden, versehen sind und somit nicht aus der Beihilfe für Sondersportgeräte gefördert werden. Beihilfen werden nur für Sportgeräte gewährt, die der aktiven Sportausübung dienen, nicht etwa für die Ausstattung von Klubräumen und ähnliches.



Die Höhe der Beihilfe wird durch eine Erhöhung der Jugendbeihilfe um einen bestimmten Betrag vom Sportausschuß zu Beginn des Haushaltsjahres bestimmt.

Nur solche Vereine erhalten diese Beihilfe, die nachweisen, daß sie Sondersportgeräte angeschafft haben und nur bis zur Höhe der Anschaffungskosten abzüglich ihres eigenen Anteiles. Der Eigenanteil beträgt mindestens 25 % der Gesamtanschaffungskosten. Landes- oder Landessportbundmittel gelten nicht als Eigenanteil, wohl aber die erhaltene Jugendbeihilfe.

#### **4. Zuschüsse zu den Fahrten zu den Deutschen Meisterschaften für Erwachsene, Junioren und Jugendliche**

Die Stadt Köln gewährt den Mitgliedern eines in Köln ansässigen Turn- und Sportvereins, die an einer Deutschen Meisterschaft teilnehmen, einen Zuschuß. Dieser beträgt bis zu 50 % der Kosten der Bundesbahn-Rückfahrkarte, 2. Klasse, Köln – Wettkampfort.

Mögliche Ermäßigungen zur Verbilligung der Fahrtkosten sind auszunutzen.

Sollten einzelne Mitglieder eines Kölner Turn- und Sportvereins nicht im Stadtgebiet ihren Wohnsitz haben, so wird ein Zuschuß nur gewährt, wenn durch den Antragsteller nachgewiesen wird, daß die Heimatgemeinde dieses Mitglieds keinen Fahrtkostenzuschuß für den gleichen Zweck bezahlt.

Kölner Bürger, die für einen auswärtigen Verein an einer Meisterschaft teilnehmen, erhalten keinen Zuschuß.

Als „Deutsche Meisterschaft“ gilt nur die Meisterschaft, die von dem zuständigen Fachverband des Deutschen Sportbundes (DSB) ausgeschrieben und vergeben wird. Eine Deutsche Meisterschaft wird nur anerkannt, wenn der Fachverband als Spitzenverband Mitglied des DSB ist.

Der Transport von Spezialgeräten zu den Deutschen Meisterschaften wird nicht bezuschußt.

Für je angefangene 10 aktive Wettkämpfer wird außerdem ein Zuschuß für einen Begleiter in gleicher Höhe wie für einen aktiven Wettkämpfer gewährt.

Neben den Fahrten zu den Deutschen Meisterschaften werden auch die Fahrten zu Juniorenmeisterschaften und Jugendbestenkämpfen bezuschußt.

Bei Europa- und Weltmeisterschaften kann nur dann ein Fahrtkostenzuschuß in Anspruch genommen werden, wenn nachweislich durch den Spitzenverband und das Sportreferat des Bundes-Innenministeriums hierfür keine gleichlautenden Beihilfen zur Verfügung gestellt wurden.

Bei der Teilnahme an Europa- und Weltmeisterschaften muß sich der Kölner Teilnehmer in Ausscheidungswettkämpfen seines Spitzenverbandes für diese Wettkämpfe qualifiziert haben.

In Sonderfällen können auf Beschluß des Sportausschusses auch globale Fahrtkostenzuschüsse zum Besuch des Deutschen Turnfestes, für besondere Auslandsfahrten, für Fahrten der Deutschen Sportjugend zu Olympischen Spielen oder der Deutschen Olympischen Gesellschaft nach Olympia gewährleistet werden.

Alle Anträge sind auf einem Formblatt des Sport- und Bäderamtes einzureichen.

#### **5. Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung**

Die Stadt Köln begrüßt es, wenn bedeutende nationale und internationale Sportveranstaltungen oder Veranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung in Köln durchgeführt werden. Sie gewährt für derartige Veranstaltungen auf Antrag Ausfallgarantien. Die Anträge hierfür müssen von den Veranstaltern vor der Durchführung der Veranstaltungen bei der Stadt Köln – Sport- und Bäderamt – gestellt werden. Den Anträgen ist eine ausgeglichene Gewinn- und Verlustkalkulation beizufügen.

Über den jeweiligen Antrag entscheidet bei Beträgen bis zu 2 000 DM die Verwaltung; bei höheren Anträgen der Sportausschuß.

Alle Anträge müssen so rechtzeitig vor der Durchführung der Veranstaltung gestellt sein, daß sie ggf. vom Sportausschuß noch vorher beraten werden können.

Bei außerordentlichen Sportveranstaltungen, für die städt. Beihilfe in einem größeren Maße beansprucht wird als bei sonstigen kleineren Veranstaltungen üblich ist, muß der Antrag bereits vor Aufstellung des Haushaltsplanes gestellt werden.

Die Gewährung der Ausfallgarantie setzt voraus, daß sich der Veranstalter selbst mit einer angemessenen Summe von mindestens 25 % an dem Defizit der Veranstaltung beteiligt.

Die Stadt Köln hat ein Recht auf Einsichtnahme in die Kassenführung des Veranstalters.

Die Auszahlung der städt. Mittel erfolgt erst nach Prüfung der Unterlagen durch das Sportamt.

#### **6. Baubeihilfen**

Die Stadt Köln gewährt den Turn- und Sportvereinen eine Beihilfe zum Bau oder zur Erweiterung vereinseigener Sportstätten, zu Generalinstandsetzungen in großem Umfang und zur Anschaffung von Pflegegeräten.



Bezuschußt werden nur Einrichtungen, die der aktiven Sportausübung dienen. Ausgeschlossen von der Bezuschussung sind der Bau von Clubräumen und deren Einrichtung, Wohnungen, Geschäftszimmerräumen, Parkplätzen, Zugangsstraßen, Tribünen und Zuschauerrängen.

Es werden nur die von der Landesregierung anerkannten Kosten bezuschußt. Diese Feststellung trifft bei den vom Lande mitbezuschußten Sportstätten das Land, im übrigen die Stadt Köln.

Die Höhe der städt. Baubeihilfe beträgt bis zu  $\frac{1}{3}$  der zuschußfähigen Kosten.

Der Antragsteller hat als Bauherr eine angemessene Eigenleistung zu erbringen.

Eine weitere Beihilfe für das gleiche Objekt wird nicht mehr gewährt.

Für bereits begonnene oder fertiggestellte Baumaßnahmen werden keine Zuschüsse bewilligt.

### 7. Beihilfe zur Unterhaltung vereinseigener Sportstätten

Die Stadt Köln gewährt Turn- und Sportvereinen für die Unterhaltung und Pflege vereinseigener Sportstätten auf Antrag eine Beihilfe. Voraussetzung für die Gewährung dieser Beihilfe ist, daß

1. die Sportanlage im Eigentum und Besitz des Vereins ist oder der Verein einen langfristigen Pachtvertrag (von mindestens 20 Jahren) hat, und
2. die Sportstätte im Stadtgebiet Köln liegt und die Mehrheit der Mitglieder Kölner Bürger sind. Wassersporttreibende Vereine, die aufgrund der Ortslage ihre Sporteinrichtungen außerhalb des Stadtgebietes haben müssen, erhalten die Beihilfe, wenn die Mehrheit der Mitglieder Kölner Bürger sind, und
3. der Verein gemeinnützig im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. 12. 1953 (BStBl. 1954 I S. 6) ist und ausschließlich dem Amateursport dient, und
4. die Sportstätte in ihrem Aufbau, Größe und Einrichtungen den Wettkampfbestimmungen des Fachverbandes oder in ihrem Charakter der Erholung durch sportliche Betätigung und „Freizeitsport“ dient, und
5. sich die Sportstätte in einem gepflegten Zustand befindet und so beschaffen ist, daß man auf ihr ohne Unfallgefahr Sport treiben kann, und
6. der Verein im Bedarfsfalle seine Sportstätte

der schulischen Leibeserziehung zur Verfügung stellt.

Ausgeschlossen von der Beihilfe sind Turn- und Sportvereine, die

1. die Bedingungen (1–6) nicht erfüllen oder
2. die aus der Weitervermietung ihrer Anlagen Einnahmen erzielen (z. B. Vermietung von Tennishallen, Vermietung eines Sportplatzes für eine Kirmes, Vermietung eines Sportplatzes an Betriebsmannschaften, Vermietung der Sportstätte für berufssportliche Veranstaltungen, oder
3. die Berufssport ausüben, oder
4. ihre Sportanlage von ihrer Firma zur Verfügung gestellt bekommen oder von dieser angepachtet haben.

Die Stadt Köln gewährt diese Beihilfe in folgender Höhe:

1. Außensportanlagen für den Quadratmeter nutzbare Sportfläche 0,10 DM
2. Umkleidehäuser je Quadratmeter Umkleidefläche und Dusch- und Waschaumfläche 1,— DM  
Bedingung ist, daß diese Räume gut ausgebaut, gepflegt und sauber sind. Es dürfen keine Provisorien oder Schuppen sein.
3. Turn- und Sporthallen je Quadratmeter nutzbare Fläche für die aktive Sportausübung 1,— DM

Mit der Zahlung dieser Unterhaltsbeihilfe für Sportstätten sind auch gleichzeitig alle Mietkosten für Sportstätten abgegolten.

Die Prüfung der zuschußfähigen Kosten obliegt dem Sport- und Bäderamt.

In Zweifels- oder Berufungsfällen prüft eine Sportstättenkommission, die aus 2 Ratsvertretern und einem Vertreter des Sport- und Bäderamtes besteht. Vor jeder Entscheidung der Kommission soll möglichst eine Ortsbesichtigung mit Anhören der Wünsche der Vereinsvertreter durchgeführt werden. Der Sportauschuß entscheidet dann aufgrund des Berichtes der Kommission über die nach diesen Richtlinien zu gewährende Beihilfe.

Von der Beihilfe sind städt. Sportanlagen — auch wenn sie vorübergehend der ausschließlichen Nutzung eines Vereines überlassen sind — ausgeschlossen.

### 8. Gestellung von Ehrenpreisen

Die Gestellung von Ehrenpreisen wird noch mit dem Herrn Oberbürgermeister abgestimmt.

Datum	Ereignis
<b>1945</b>	
15.09.1945	„Erste Verordnung über die Bildung von Vereinen“ der Militärregierung
12.10.1945	Die erste Sportveranstaltung nach dem Krieg führen die Radfahrer durch. Flieger- und Steherrennen finden auf der Müngersdorfer Radrennbahn statt.
17.12.1945	Direktive Nr. 23 über die Auflösung der Sportvereine
<b>1946</b>	
01.02.1946	Gründung des Rasensportverbandes Groß-Köln in der Gaststätte „Stadt Nürnberg“ in Weidenpesch mit 76 Vereinen
12.05.1946	Tag der Sportjugend aus Anlaß der Gründung des St. Patricks Jugend Club im Kölner Stadion, Fußballspiel Köln Stadt - Köln Land, Leichtathletik-Wettkämpfe, Turnen und Sondervorfürungen der Vereine
19.05.1946	Zusammenschluss der Kölner Turnvereine zum „Verband Kölner Turnvereine“ in Deutz (90 Jahre Deutzer TV)
26.05.1946	Leichtathletik-12-Städtekampf des ASV Köln
30.06.1946	Interzonenspiele Westdeutschland - Süddeutschland in Fußball und Handball vor 55 000 Zuschauern.
00.08.1946	Straßenrennen „Rund um Köln“ mit Start an der Agneskirche
11.08.1946	Leichtathletik-Zonenmeisterschaften der britischen Zone
<b>1947</b>	
05.04.1947	"Großsporttag", Veranstaltung des Zweckverbandes für Leibesübungen mit Fußballspiel Stadtmannschaft Köln gegen eine britische Armeemannschaft. Der Oberbürgermeister aus Birmingham besucht das Stadion.
26.04.1947	Erste ordentliche Mitgliederversammlung des Westdeutschen Schwimmverbandes, Bezirk Köln im Restaurant Barbarossa
01.07.1947	Das geplante Motorradrennen „Kölner Kurs“ wird mit Rücksicht auf die Hungersnot der Bevölkerung verboten.
07.07.1947	Aufnahme des Lehrbetriebs der Sporthochschule Köln
12.07.1947	Boxkampf um die Deutsche Schwergewichtsmeisterschaft
20.07.1947	Städtewettkampf Köln - Düsseldorf in mehreren Sportarten
27.07.1947	Deutsches Galopp-Derby auf der Rennbahn in Weidenpesch
01.-03.08.1947	Interzonen-Tennisturnier des KTHC "Stadion" Rot-Weiß mit Gottfried von Cramm
09./10.08.1947	50. Deutsche Leichtathletik-Meisterschaften im Kölner Stadion
10.08.1947	Steherrennen "Großer Preis von Deutschland" auf der Müngersdorfer Radrennbahn
16.08.1947	Erster Internationaler Leichtathletik-Wettkampf Universität Oxford gegen eine westdeutsche Studentenauswahl
21.09.1947	Berufsboxen im Stadion
28.09.1947	Fußball-Städtespiel Köln - Berlin
31.08.1947	Steherrennen und Fliegermeisterschaften der Amateure auf der Müngersdorfer Radrennbahn
11./12.10.1947	Großes Belgisches Reitturnier
29.11.1947	Feierliche Eröffnung der Sporthochschule Köln mit einem Festakt
<b>1948</b>	
13.02.1948	Der Kölner Ballspielclub 1901 und Sülz 07 fusionieren zum 1. FC Köln.
25.02.1948	Durch die Fusion des Kölner Spielverein Victoria 1911, des Sparkassen-Sportverein von 1927 und des Bayenthaler Spielvereins entsteht der SC Fortuna Köln.
04.04.1948	Fußballspiel Westdeutschland - Norddeutschland (3:0)
22.04.1948	"Armbrust-Tag" der deutschen Schützenbruderschaften auf der Jahnwiese
01./02.05.1948	Reitturnier der englischen Besatzung
27.05.1948	"Sportfest der Prominenten" von Bühne, Funk, Presse mit dem Motto "Sport für unsere Kriegsgefangenen" in der Müngersdorfer Radrennbahn
30.05.1948	Autorennen „Kölner Kurs“
10.-14.06.1948	Erstes Reitturnier des Reit- und Fahrvereins nach dem Krieg
26./27.06.1948	Historisches Fest der belgischen Besatzungsarmee im Stadion

03./04.07.1948	Bezirksmeisterschaften im Schwimmen
03.-11.07.1948	Stadion-Festwoche zum 25-jährigen Bestehen des Stadions
01.08.1948	Die britische Besatzung übergibt das Stadion in die Verwaltung der Stadt Köln.
08.08.1948	Endspiel um die Deutsche Meisterschaft im Fußball 1. FC Nürnberg -1. FC Kaiserslautern (2:1)
10.09.1948	Alliiertes Reitturnier im Stadion in Anwesenheit von General Bishop sowie Prinzgemahl Bernhard von Holland
<b>1949</b>	
25./26.05.1949	Vorfürungen schwedischer Sportstudenten, Fußballspiel Sporthochschule - FC Kaiserslautern
10.-12.06.1949	22. Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
16./17.06.1949	Westdeutsche Leichtathletikmeisterschaften
05.-07.07.1949	Internationales Tennisturnier
10.-17.07.1949	Kölner Sportwoche
29.-31.07.1949	Internationales Tennisturnier des KTHC "Stadion" Rot-Weiß
19.-21.08.1949	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
26.-28.08.1949	Deutsche Turn- und Spielmeisterschaften Bei diesem "kleinen" Turnfest werden 2.000 Teilnehmer und ca. 4.000 Besucher erwartet.
05.09.1949	Peter Müller besiegt vor 25.000 Zuschauern seinen späteren Trainer und Ex-Boxeuropameister Jupp Besselmann.
11.09.1949	Jahnbergfest im Stadion
24.09.1949	Gründung des Nationalen Olympischen Komitees mit Sitz in Köln
02.10.1949	Auto- und Motorradrennen „Kölner Kurs“
06.-09.10.1949	Deutsche Amateur-Billardmeisterschaften
<b>1950</b>	
15.01.1950	Turnvergleichskampf der Schweizer Nationalriege - eine Auswahl der Sporthochschule im Williamsbau
07.05.1950	Radrennen Rund um Köln
14.05.1950	Tennis-Auswahlkampf Deutschland - USA
14.05.1950	Fußballvergleichskampf Westdeutschland - Norddeutschland.
04.06.1950	Erstes Vereinssportfest des ASV Köln auf dem Sportplatz am Zülpicher Wall
16.07.1950	Sportfest der Prominenten
19.-30.07.1950	Kölner Sportwoche
21.-23.07.1950	Allgemeiner Deutscher Sportkongreß mit Schlußkundgebung und Vorfürungen im Stadion
28.09.-01.10.1950	Internationales Reit- und Springturnier der Belgischen Besatzungsarmee
<b>1951</b>	
06.05.1951	Radrennen „Rund um Köln“
16.05.1951	Schwedische Handballmannschaft in Köln
15.-17.06.1951	Davispokal-Spiel Belgien - Deutschland auf der Anlage des KTHC "Stadion" Rot-Weiß
16.-17.06.1951	Vaterstädtische Festspiele
01.07.1951	Stromschwimmen „Quer durch Köln“ und Strommeisterschaften
<b>1952</b>	
04.05.1952	Fußball-Länderspiel Deutschland-Irland (3:0) vor 74.000 Zuschauern. Erstmals wird das Deutschlandlied gespielt.
24.05.1952	Rad-Länderkampf der Olympiamannschaften Deutschland - England
14./15.06.1952	Westdeutsche Leichtathletik-Meisterschaften, Ausrichter: Kölner Turnerschaft von 1843.
20.-22.06.1952	25. Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
27.- 29.07.1952	Vaterstädtische Festspiele
05./06.07.1952	Landes-Meisterschaften der Polizei
06.07.1952	Wasserball-Länderkampf Australien - Deutschland im Stadionbad
08.-10.07.1952	Rheinische Bannerwettkämpfe der Höheren Schulen

13.07.1952	Faustball-Turnier des Turnkreis Köln
03.08.1952	Internationales Stromschwimmen „Quer durch Köln“
06.08.1952	Das 5. Internationale Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln findet unter dem Motto "Olympiasieger in Köln" statt.
22.- 25.08.1952	Deutsches Gehörlosen-Sportfest im Stadion
07.09.1952	Erster Ballonstart der Nachkriegszeit in Köln (Freiballon Clouth VIII)
15.10.1952	Feier zum Gedenken an den 100. Todestag von Friedrich Ludwig Jahn am Jahndenkmal
28.10.1952	Neue Gemeindeordnung des Landes NRW
09.11.1952	Kommunalwahlen in NRW
18.12.1952	Anpassung der Stadtverfassung an die neue Gemeindeordnung
<b>1953</b>	
22.03.1953	Fußball-Länderspiel Deutschland-Österreich in Anwesenheit von Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer (76.000 Besucher) (0:0).
27./28.06.1953	Vaterstädtische Festspiele verbunden mit den Feierlichkeiten aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Kölner Stadions
12.07.1953	"Tag des Polizei- und Schutzbundes" in der Radrennbahn
23.-26.07.1953	Internationales Tennisturnier
24.-25.07.1953	Schlesisches Turn- und Sportfest
29.07.1953	6. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
13.-16.08.1953	Internationale Tennisjugendmeisterschaften
16.08.1953	Deutsche Bahnmeisterschaften der Amateurfahrer
30.08.1953	Rheinische Turn- und Spielmeisterschaften
13.09.1953	Jugendländerspiel Köln - Tilburg im Kölner Stadion
20.09.1953	Rad-Länderkampf Dänemark - Deutschland
16.-18.10.1953	Endkampf der Bundesmeisterschaften im Fechten
<b>1954</b>	
19.04.1954	Endspiel des FIFA-Jugendturniers in der Hauptkampfbahn
30.05.1954	7. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
17.06.1954	Feierliche Einweihung der neuen Reithalle des Kölner Reitsportvereins Stadion e.V. durch Kaplan Paul Adenauer.
19./20.06.1954	Vaterstädtische Festspiele
25.-27.06.1954	2. Bundesturnfest "Eichenkreuz" des CVJM
30.06.1954	Sporttreffen der Berufsfeuerwehren von NRW im Stadion
17./18.07.1954	Westdeutsche Leichtathletik-Mehrkampfmeisterschaften, Ausrichter: ASV Köln.
12.-15.08.1954	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften auf der Anlage des KTHC "Stadion" Rot-Weiß
22.-29.08.1954	Radweltmeisterschaften der Flieger auf der Müngersdorfer Radrennbahn. Weitere Schauplätze der Weltmeisterschaft sind das Stadion Wuppertal-Elberfeld für die Steher und Solingen für die Straßenfahrer.
15.12.1954	Eröffnung der neuen Tennishalle auf der Anlage des KTHC "Stadion" Rot-Weiß
<b>1955</b>	
01.-06.02.1955	25. Internationale Hallen-Tennismeisterschaften von Deutschland
25./26.06.1955	Vaterstädtische Festspiele
17.07.1955	Sportfest der Prominenten
11.-14.08.1955	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
06.08.1955	Rad-Länderkampf Deutschland - Dänemark
21./22.08.1955	Vertreter des ägyptischen olympischen Komitees und der ägyptischen Regierung sowie einer Delegation aus Japan besuchen das Stadion.
04.09.1955	8. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln

<b>1956</b>	
07./08.01.1956	Deutsche Meisterschaften im Eiskunstlauf im Eisstadion
31.01.-05.02.1956	Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
15.04.1956	Hockey-Länderspiel Deutschland - Belgien in der Radrennbahn (5:4)
23./24.06.1956	Vaterstädtische Festspiele.
03.06.1956	Flugtag der Nationen auf dem Butzweiler Hof
08.07.1956	Kölner Polizei-Sportschau.
28./29.07.1956	Deutsche Amateur-Bahnmeisterschaften auf der Radrennbahn
08.08.1956	Der 1. FC Köln gewinnt gegen eine DFB-Auswahl mit 3:2 vor 47.838 Zuschauern.
01.09.1956	Sportveranstaltung im Rahmen des 77. Katholikentages der Deutschen Jugendkraft in der Hauptkampfbahn
13./14.10.1956	Leichtathletik-Länderkampf Deutschland - Schweden
15.10.1956	Die 169 Olympia-Teilnehmer aus ganz Deutschland werden in einer Feierstunde im Gürzenich benannt.
23.12.1956	Fußball-Länderspiel Deutschland - Belgien (62.115 Zuschauer) (4:1)
<b>1957</b>	
29.01.-03.02.1957	Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
28.04.1957	Rad-Länderkampf Deutschland - Holland
02.05.1957	Kölner Groß-Staffeltag
09.06.1957	Gruppenspiel um die Deutsche Meisterschaft des DFB Hamburger SV - 1. FC Nürnberg vor 41.000 Zuschauern (2:1).
17.06.1957	Internationales Fußballturnier der Deutschen Jugendkraft mit 6 Ländermannschaften
23.-30.06.1957	Vaterstädtische Festspiele
27.06.1957	Sportfest der Berufsfeuerwehr NRW mit 700 Teilnehmern aus 12 Städten
29.06.1957	Deutsche Flieger- und Verfolgungsmeisterschaften der Berufsradfahrer
05.-07.07.1957	Deutsche Hochschulmeisterschaften der Leichtathletik
14.07.1957	Polizei-Sportschau in der Hauptkampfbahn mit 32.000 Zuschauern
27.07.1957	Der SC Rapid und Preußen Dellbrück fusionieren zum SC Viktoria Köln 04
31.07.1957	9. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV (28.000 Zuschauer) mit zwei neuen Europarekorden durch Manfred Germar und Martin Lauer
03./04.08.1957	Deutsche Hochschulmeisterschaften der Leichtathletik
13.08.1957	Die neue Flutlichtanlage in der Hauptkampfbahn wird vom Beigeordneten Dr. Vonessen dem Betrieb übergeben.
15.-18.08.1957	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften auf der Anlage des KTHC "Stadion" Rot-Weiß mit 120 Teilnehmern
02.10.1957	Das 10. Internationale Leichtathletik-Abendsportfest des ASV Köln ist zugleich die erste Flutlichtveranstaltung.
<b>1958</b>	
03.01.1958	Eröffnung des Hallenbades in Zollstock
14.05.1958	Eröffnung des Agrippabades
15.05.-18.05.1958	Internationales Reit- und Fahrturnier
16.-18.05.1958	Davis-Cup Tennisturnier Deutschland - Belgien
14./15.06.1958	Vaterstädtische Festspiele
09.07.1958	11. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln.
08.-10.08.1958	Deutsche Meisterschaften der Berufsradfahrer - Sprint und Verfolgung in der Müngersdorfer Radrennbahn, Straßenfahren mit Start und Ziel am Stadion.
29.08.1958	Die deutsche Nationalstaffel über 4x100m mit Steinbach, Lauer, Fütterer und Germar läuft beim 12. Internationalen Sportfest des ASV Köln Weltrekord.
14.10.1958	Fußballstädtespiel um den Messe-Cup Köln - Birmingham.
19.10.1958	Johannes-Sampels-Erinnerungslauf mit Start in der Stadion-Reitbahn.

02.11.1958	Rugby-Länderkampf Deutschland - Frankreich.
07.-09.11.1958	Tennis-Länderkampf Deutschland - Dänemark.
13.12.1958	Eröffnung der Kölner Sporthalle mit einem Bunten Abend
30.12.1958	Erstes Sechstage-Rennen nach dem Krieg in der Kölner Sporthalle
<b>1959</b>	
13.-18.01.1959	Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
17./18.01.1959	Deutsche Meisterschaften im Kunst- und Turmspringen
25.03.1959	Polizei-Landesmeisterschaften mit Wald- und Geländelauf im Stadion
02.05.1959	Beginn der neuen Freizeitaktion des Sportamtes auf den Plätzen rund ums Stadion
09./10.05.1959	Schwimmländerkampf Deutschland - Frankreich
10.05.1959	Steher-Eröffnungsrennen auf der Müngersdorfer Radrennbahn mit dem Länderkampf Deutschland - Belgien
06./07.06.1959	Internationales Reit- und Fahrturnier
13./14.06.1959	Vaterstädtische Festspiele
01.07.1959	13. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
20.-23.08.1959	Internationales Tennisturnier des KTHC „Stadion“ Rot-Weiß
21.08.1959	Radländerkampf Deutschland - Niederlande
19./20.09.1959	Leichtathletik-Länderkampf Deutschland - Polen
21.10.1959	Fußball-Länderspiel Deutschland - Holland (7:0)
01.11.1959	Internationales Hallenhandball-Turnier
28.12.-03.01.1960	Kölner Sechstagerennen
<b>1960</b>	
07.-10.01.1960	Erst Internationale Fachmesse für Sportartikel, Campingbedarf und Gartenmöbel (SPOGA)
19.-24.01.1960	30. Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
16.-20.02.1960	Deutsche Eishockey-Jugendmeisterschaften
26.03.1960	Länderkampf Deutschland – England im Amateurtanzen
26./27.03.1960	Deutsche Hallenmeisterschaften im Schwimmen
01.04.1960	Vereinbarung über Gebietsveränderung mit der Gemeinde Lövenich. Das gesamte Stadiongelande ist nun stadtkölnisches Gebiet.
29.04.– 05.05.1960	Köln ist Start und Ziel der Deutschland-Rundfahrt der Berufsfahrer
07.05.1960	Grundsteinlegung für den Neubau der Sporthochschule Köln.
15.05.1960	Das Eis- und Schwimmstadion wird nach Umbauten wiedereröffnet
15.05.1960	Eröffnung des Vingster Freibades
04.-19.06.1960	Segelflug-Weltmeisterschaften auf dem Butzweiler Hof
15.06.1960	14. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln.
25.06.1960	Der 1. FC Köln spielt erstmals im Finale um die Deutsche Fußballmeisterschaft gegen den Hamburger SV
27.-28.08.1960	Deutsche Meisterschaften im Bogenschießen.
16.09.1960	15. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln. Olympiasieger Armin Hary gewinnt die 100m in 10,3 Sekunden im ausverkauftem Stadion.
02.-06.11.1960	Deutsche Amateur-Boxmeisterschaften in Köln
29.12.-04.01.1961	Kölner Sechstagerennen
<b>1961</b>	
24.-29.01.1961	31. Internationales Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
27.01.1961	Europameisterschaften im Mannschaftsfahren der Berufsradfahrer
19.03.1961	Kommunalwahlen in NRW
23.04.-1.05.1961	Erste Kölner Segelflugwoche
16.-18.06.1961	Internationales Reit- und Fahrturnier
22.-25.06.1961	Nationale Golfmeisterschaften

12.07.1961	16. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln.
19.07.1961	60-jähriges Vereinsjubiläum des 1. FC Köln mit Freundschaftsspiel gegen CDNA Sofia.
18.-20.08.1961	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
09.09.1961	17. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
18./19.11.1961	Hallentennis-Länderkampf Deutschland - Niederlande
28.12.-3.1.1962	Kölner Sechstagerennen
<b>1962</b>	
31.03.1962	Die Sporthalle wird aus der Messesgesellschaft ausgegliedert und dient nur noch Sport- und Unterhaltungszwecken.
07./08.04.1962	Deutsche Hallenmeisterschaften im Kunst- und Turmspringen im Agrippabad.
12.05.1962	Der 1. FC Köln besiegt in Berlin den 1. FC Nürnberg und wird erstmals Deutscher Fußballmeister. Zwei Tage später trägt sich die Mannschaft ins Goldene Buch ein.
24.06.1962	Vorführung eines internationalen Korbballspiels zwischen den Nationalmannschaften von Belgien und Holland in der Ostkampfbahn.
13.-16.09.1962	Deutsche Meisterschaften im Dressur- und Springreiten
08.12.1962	Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt die Trägerschaft der Sporthochschule.
15./16.12.1962	Internationales Amateurtanzturnier um die Europameisterschaft
18.12.1962	Boxländerkampf Deutschland - Sowjetunion
18.12.1962	Eröffnung des städtischen Schwimmbads in Nippes
27.12.-02.01.1963	Kölner Sechstagerennen
<b>1963</b>	
28.01.-03.02.1963	Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
25.06.1963	Einweihung des Neubaus der Sporthochschule
29.06.1963	Im Endspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft unterliegt der 1. FC Köln in Stuttgart Borussia Dortmund mit 1:3.
16.07.1963	18. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln. Der ASV erhält wegen seiner Verdienste um den deutschen Sport das „Silberne Lorbeerblatt“.
20.10.1963	Der Kölner Rennverein veranstaltet erstmals den hochdotierten „Großen Preis von Europa“.
26.12.-01.01.1964	Kölner Sechstagerennen
<b>1964</b>	
11.03.1964	Die neue Halle des Eis- und Schwimmstadions wird mit einem Schaulaufen der Weltmeister eröffnet.
18.03.1964	Eröffnung des ersten großen Sport- und Spielhalle an der Everhardstraße
18.04.1964	Hockey-Länderspiel Belgien - Deutschland
18.04.1964	Der 1. FC Köln schlägt im Stadion Müngersdorf Borussia Dortmund 5:2 und wird infolge seines Punktevorsprungs Deutscher Fußballmeister.
24.-26.04.1964	Deutsche Badminton-Meisterschaften
25./26.04.1964	Tennis-Länderkampf Deutschland - Schweden
06.06.1964	Endspiel um den DFB-Länderpokal Mittelrhein - Südbaden
27.06.1964	Internationales Reit- und Fahrturnier
08.07.1964	19. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
13.-18.08.1964	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
12./13.09.1964	Leichtathletik-Länderkampf Deutschland - Polen
23.09.1964	Im Rückspiel um den Europapokal der Landesmeister schlägt der 1. FC Köln Partizan Tirana im Stadion vor 45000 Zuschauern mit 2:0.
27.09.1964	Kommunalwahlen in NRW
18.10.1964	Pferderennen um den Preis von Europa
28.12.-3.1.1965	Kölner Sechstagerennen
<b>1965</b>	
01.01.1965	Umbenennung der Sporthochschule in Deutsche Sporthochschule Köln
21-23.01.1965	Deutsche Eiskunstlaufmeisterschaften im Eisstadion

10.02.1965	Europapokalspiel 1. FC Köln - FC Liverpool
09.-14.02.1965	35. Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
24.03.1965	Nach drei unentschiedenen Viertelfinalbegegnungen zwischen dem 1. FC Köln und dem 1. FC Liverpool um den Europapokal der Landesmeister kommt Liverpool durch Losentscheid weiter.
30.04.1965	Fertigstellung der ersten Bezirkssportanlagen in Ehrenfeld.
01.-05.06.1965	Länderkampf im Modernen Fünfkampf zwischen Deutschland und Frankreich.
20.06.1965	Rund um Köln als „Tour de l' Avenir“ zur anschließenden Tour de France
22.06.1965	Start der 1. Etappe der Tour de France vom Müngersdorfer Stadion nach Lüttich. Zuvor haben die Radfahrer am Dom den Segen von Erzbischof Kardinal Josef Frings entgegengenommen.
25.-27.06.1965	Internationales Reit- und Fahrturnier
07.07.1965	20. Internationales Leichtathletik Sportfest des ASV Köln
01.09.1965	Die deutsche Fußballnationalmannschaft schlägt in einem Freundschaftsspiel die B-Nationalelf der Sowjetunion 3:0.
19.11.1965	Europameisterschaft im Omniumfahren der Berufsradfahrer
04.12.1965	Deutsche Meisterschaft im Amateurtanzen in der Sporthalle
27.12.-02.01.1966	Kölner Sechstagerennen
<b>1966</b>	
30.04.-01.05.1966	Länderkampf der Junioren im Modernen Fünfkampf zwischen BRD, Frankreich und Holland
10.-12.06.1966	Internationales Reitturnier im Stadion
17.07.1966	Turnier der türkischen Örlinger in der Stadion-Radrennbahn
17.07.1966	Fußballstädtespiel der Amateure Köln gegen Tunis im Rahmen der Freundschaftswoche der Städte Tunis und Köln
25.08.1966	Weltmeisterschaft im 100km-Mannschaftsfahren der Amateure mit Start und Ziel im Stadion
02.09.1966	Internationaler Berufsbox-Kampftag in der Hauptkampfbahn. Jupp Elze verteidigt seinen Titel als Deutscher Meister im Mittelgewicht durch einen k.o. Sieg in der 2. Runde gegen seinen Lokalrivalen Peter Müller.
07.09.1966	21. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln mit Europarekorden über 880 yards (Kemper) und 5.000m durch Harald Norpoth
23./24.09.1966	Weltmeisterschaften im Radball und Einer-Kunstradfahren in der Sporthalle
23.10.1966	Rugby-Städtekampf Köln - Lüttich
30.10.1966	Eishockey-Länderspiel Deutschland - Schweiz
13.11.1966	Endspiel um die Deutsche Hockey-Meisterschaft zwischen dem Gladbacher THC und dem KTHC "Stadion" Rot-Weiß
19.11.1966	Fußball-Länderspiel Deutschland - Norwegen (3:0)
02.12.1966	Einweihung des Genoveva-Bads in Mülheim
28.12.-03.01.1967	Kölner Sechstagerennen
<b>1967</b>	
23.-28.01.1967	37. Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
12.03.1967	Deutsche Hallenmeisterschaften im Kunst- und Turmspringen im Agrippabad
25.-27.03.1967	Osterturnier von Fußball-Juniorenmannschaften Kölner Partnerstädte
07.05.1967	Radrennen „Rund um Köln“
23.-25.06.1967	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
28.06.1967	22. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
24.09.1967	6. Nationales Leichtathletik-Sportfest der Junioren
22.10.1967	Großer Preis von Europa auf der Pferderennbahn in Weidenpesch
04./05.11.1967	Hallen-Tenniskampf um den König Gustav-Pokal BRD - Großbritannien
27.12.-02.01.1968	Kölner Sechstagerennen
<b>1968</b>	
01.03.1968	Das Sport- und Bäderamt hat seine Diensträume in das Stadion verlegt. Lediglich die Bäderabteilung ist noch im Agrippabad untergebracht.



26./27.04.1968	Deutsche Meisterschaften im Amateurboxen in der Sporthalle
07.-09.06.1968	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
09.06.1968	Der 1. FC Köln gewinnt in Ludwigshafen den Deutschen Fußballpokal (gegen VfL Bochum 4:1).
12.06.1968	Box-Europameisterschaft im Mittelgewicht zwischen dem Kölner Jupp Elze und dem Spanier Carlos Duran. Elze stirbt am 20.06. in Folge seiner Verletzungen. Der Verdacht auf Doping wurde nicht geklärt.
10.07.1968	23. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
24.08.1968	Internationales Leichtathletik-Sportfest aus Anlaß des 125-jährigen Bestehens der Kölner Turnerschaft von 1843.
02.10.1968	Rückspiel der ersten Runde um den Europapokal der Pokalsieger 1. FC Köln - Girondins Bordeaux (3:0)
24.10.1968	Der Rat beschließt den Neubau des Müngersdorfer Stadions.
02./03.11.1968	Deutsche Meisterschaften im Trampolinturner und Synchronspringen
27.11.1968	Im Rückspiel um den Europapokal schlägt der 1. FC Köln ADO Den Haag mit 3:0 und erreicht das Viertelfinale.
11.12.1968	Grundsteinlegung für das neue Schwimmzentrum an der Deutschen Sporthochschule
30.12.-05.01.1969	Kölner Sechstagerennen
<b>1969</b>	
13.01.1969	Das Sport- und Bäderamt beginnt in verschiedenen Stadtteilen und im Stadion mit "Sportkursen für jedermann".
16.-19.01.1969	Deutsche Meisterschaften im Eiskunstlaufen im Eisstadion
20.-26.01.1969	Internationale Deutsche Hallen-Tennismeisterschaften
05.03.1969	Viertelfinal-Hinspiel im Europapokal der Pokalsieger 1. FC Köln schlägt Freja Randers (Dänemark) mit 2:1, auch im Rückspiel siegt der 1. FC Köln und erreicht das Halbfinale.
29./30.03.1969	Westdeutsche Meisterschaften im Amateurboxen
02.04.1969	Halbfinal-Hinspiel im Europapokal der Pokalsieger 1. FC Köln - FC Barcelona (2:2).
05.04.1969	Rugby-Länderspiel Frankreich - Deutschland im Stadion
09.-11.05.1969	Davispokal-Länderkampf Deutschland - Neuseeland
10.05.1969	Internationales Basketball-Turnier
15.-18.05.1969	Erste Internationale Ausstellung „Sport- und Bäderanlagen“ in der Kölner Messe
17./18.05.1969	Internationales Florett-Turnier und Länderkampf Deutschland - CSSR
13.-15.05.1969	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
08.07.1969	24. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
01.-03.08.1969	Europameisterschaften der Junioren im Basketball
17.10.1969	Europameisterschaft im Mannschaftsfahren der Berufsradfahrer in der Sporthalle
18.-20.10.1969	Internationales Tennisturnier der Profis um den SPOGA-CUP
19.10.1969	Großer Preis von Europa auf der Pferderennbahn in Weidenpesch
09.11.1969	Kommunalwahlen in NRW
05.07.12.1969	Internationales Hallen-Tennisturnier um den König-Gustav-Pokal.
07.12.1969	Amateur-Mannschaftsradrennen um den Silbernen Adler von Köln in der Sporthalle
29.12.-04.01.1970	Kölner Sechstagerennen
<b>1970</b>	
20.02.1970	Der Hauptausschuss beschließt Neubau des Stadions für die Fußball-Weltmeisterschaft 1974.
14.-15.03.1970	Internationales Miniaturgolfturnier um den Ehrenpreis der Stadt Köln
15.03.1970	Radsport-Fernfahrt Köln-Schuld-Frechen
22.-24.05.1970	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
11.08.1970	25. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln
04.09.1970	Internationales Berufsboxen in der Sporthalle
09.09.1970	Der Kölner Rennverein veranstaltet sein 5000stes Pferderennen in Weidenpesch.
17.10.1970	Fußball-Länderspiel Deutschland - Türkei (1:1)

18.10.1970	„Großer Preis von Europa“ auf der Pferderennbahn in Weidenpesch
17.11.1970	Internationaler Berufsboxkampftag
20.-22.11.1970	Hallentennis-Länderkampf um den König Gustav Pokal Deutschland - Polen
09.12.1970	Messepokal-Fußballspiel 1. FC Köln - Spartak Trnava.
30.12.-05.01.1971	Kölner Sechstagerennen
<b>1971</b>	
21.01.1971	Eröffnung des neuen Thermalbads „Dreikönigsbad“ im Rheinpark
02.04.1971	Internationaler Boxkampftag in der Sporthalle
15.04.1971	Ratsbeschluss zur Erneuerung der Hauptkampfbahn
30.04.1971	Die Riehler Radrennbahn wird für Rennen gesperrt. Ab 1982 wird das Gelände für die Zooerweiterung benötigt.
22.05.1971	Deutsche Hallenmeisterschaften im Kunst- und Turmspringen im Agrippabad
04.-06.06.1971	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
12.-20.06.1971	Internationale Segelflugwoche auf dem Butzweiler Hof
19.06.1971	Im Endspiel um den DFB-Pokal unterliegt der 1. FC Köln in Stuttgart Bayern München mit 1:2 nach Verlängerung
29.06.1971	26. Internationales Leichtathletik-Sportfest des ASV Köln als letzte sportliche Veranstaltung in der alten Hauptkampfbahn
30.06.1971	Schließung der Hauptkampfbahn
04.-18.07.1971	XV. Internationale Sommerakademie des Tanzes mit Wettbewerb junger Choreographen.
01.08.1971	Einweihung des Kölner Sporthafens im Rheinauhafen
02.-08.08.1971	Internationale Motoryacht-Rallye „Pavillon D'Or Köln 1971“ auf dem Rhein
14.08.1971	Die Radrennbahn wird für Bundesliga-Fußballspiele hergerichtet. Seit dem 14.8. werden die Heimspiele des 1. FC Köln dort ausgetragen. Daneben wird die Anlage auch für die Regionaligaspiele des FC Fortuna genutzt.
07.10.1971	Eklat bei der Ratsdebatte um das Stadion. Wilhelm Winkler (FDP) beschuldigt die Kölner SPD und den Vorsitzenden des Sportausschusses Friedel Haumann eine Fa. bei der Auftragsvergabe bevorzugt zu haben. Die Ratsmitglieder der SPD und CDU verlassen daraufhin des Saal.
17.10.1971	„Großer Preis von Europa“ auf der Kölner Rennbahn in Weidenpesch
09.11.1971	Aufhebung des Ratsbeschlusses zum Stadionneubau und Rücknahme der Bewerbung für die Fußball-WM 1974.
17.12.1971	Derny-Europameisterschaft der Radprofis in der Sporthalle
27.12.-02.01.1972	Kölner Sechstagerennen
<b>1972</b>	
19.03.1972	Internationales Minigolf-Turnier in Deckstein
03.04.1972	Anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Kölner Rennvereins findet der Kölner Jubiläums-Frühlingsausgleich auf der Rennbahn in Weidenpesch statt.
10.05.1972	Das neue Sportzentrum des ASV Köln in Müngersdorf wird eingeweiht.
10.08.1972	Die Eishockey-Abteilung des Kölner Eis-Klubs gründet als neuen Verein den Kölner Eishockey-Club „Die Haie“ e.V.
10./11.06.1972	1. Kinder- und Jugend-Olympiade unter der Schirmherrschaft des Regierungspräsidenten Dr. Günther Heidecke.
02.-16.07.1972	XVI. Internationale Sommerakademie des Tanzes mit Wettbewerb für junge Choreographen.
30.07.1972	Elite-Renntag in Weidenpesch
14.12.1972	In der Sitzung des Rates vom 14.12. wurde die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des von ihr erarbeiteten Raumprogramms einen Firmenwettbewerb für ein Stadion mit einem Fassungsvermögen von 60 000 Zuschauern durchzuführen.
28.12.-03.01.1973	Kölner Sechstagerennen
<b>1973</b>	
06.-11.02.1973	Europameisterschaften im Eiskunstlauf im Eisstadion
19.-25.02.1973	Profi-Tennisweltmeisterschaften in der Kölner Sporthalle

19.05.1973	Die erste Etappe des Giro d'Italia von Verviers nach Köln endet im Stadion Müngersdorf mit dem Sieg des Belgiers Eddy Merckx.
07.06.1973	8 Firmen werden aufgefordert, einen Entwurf für den Neubau des Stadions zu einem Festpreis anzubieten.
15.-17.06.1973	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
23.06.1973	Im Endspiel um den DFB-Pokal unterliegt der 1. FC Köln in Düsseldorf Borussia-Mönchengladbach mit 1:2.
24.06.1973	Mit dem SC Fortuna Köln spielen zwei Kölner Teams in die ersten Fußball-Bundesliga.
02.-05.08.1973	25. Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
03.08.1973	Internationales Fußball-Freundschaftsspiel SC Fortuna Köln - Dukla Prag
18.08.1973	2. Internationales Alterssportfest des ASV Köln auf der eigenen Anlage
19.11.1973	Auf Vorschlag des Bewerbungsgremiums beschließt der Rat, die Firma Dyckerhoff und Widmann mit dem Bau der Hauptkampfbahn zu beauftragen.
07.12.1973	Grundsteinlegung zum neuen Stadion in Müngersdorf durch Oberbürgermeister Theo Burauen und Oberstadtdirektor Prof. Dr. Heinz Mohren
20.12.1973	John van Nes Ziegler wird neuer Oberbürgermeister
27.12.-2.1.1974	Kölner Sechstagerennen
<b>1974</b>	
31.03.1974	Amateur-Straßenrennen Köln-Schuld-Frechen
07.-09.06.1974	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
01.-04.08.1974	26. Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
17.08.1974	16. Minigolf-Europameisterschaften in Müngersdorf
24.09.1974	Der nordrhein-westfälische Landtag beschließt die letzten beiden Neugliederungsgesetze für die Räume Köln und Sauerland
05.11.1974	Im Fußballspiel um den UEFA-Cup schlägt der 1. FC Köln Dynamo Bukarest mit 3:2
15.12.1974	Internationales Profi-Steher-Rennen und Amateur-Radrennen um den Silbernen Adler in der Kölner Sporthalle
26.12.-01.01.1975	Kölner Sechstagerennen
<b>1975</b>	
07.01.1975	Der Wahlausschuss von Köln teilt die Stadt in 9 Stadtbezirke
22.04.1975	Richtfest der neuen Hauptkampfbahn im Stadion.
04.05.1975	Kommunal- und Landtagswahlen in NRW
08.-19.05.1975	Kölner Segelflugwoche mit internationaler Beteiligung
23.-25.05.1975	Internationales Reit-, Spring- und Fahrturnier
04.07.1975	Das umgebaute Eis- und Schwimmstadion wird wieder eröffnet
01.-30.08.1975	Deutsche Tennisjugendmeisterschaften
01.09.1975	Die Basketballmannschaft des ASV Köln steigt in die erste Bundesliga auf
15.10.1975	Die Stadt Köln übernimmt die neuerbaute Hauptkampfbahn im Stadion
05.11.1975	UEFA-Pokalspiel 1. FC Köln - Spartak Moskau
12.11.1975	Eröffnung der neuen Hauptkampfbahn im Stadion Müngersdorf. Nach einer Bauzeit von 22 Monaten wird die neue Hauptkampfbahn im Rahmen einer Eröffnungsfeier ihrer Zweckbestimmung übergeben.
29.12.-4.1.1976	Kölner Sechstagerennen

## Literaturverzeichnis

ABELBECK, Gerd, „Die Neufassung der Richtlinien für den Golden Plan der Deutschen Olympischen Gesellschaft“, in: IAKS (Hg.), Planungsgrundlagen Sport- und Freizeiteinrichtungen, Köln o. J., S. 1-5.

ABELBECK, Gerd, ROSKAM, Frieder, „Rückblick auf die Problemstellung beim 1. Goldenen Plan (1960-1975)“, in: IAKS (Hg.), 3. Expertengespräch. „Im Vorfeld des 2. Goldenen Plans“, Köln 1982, S. 2-6.

ADENAUER, Konrad, Erinnerungen, Köln 1965.

ADENAUER, Petra, „Konrad Adenauers sportpolitisches Wirken als Oberbürgermeister der Stadt Köln 1917-1933“, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 57(1986), S. 243-292.

ADLER, Arthur, „Das Sportamt im Rahmen der Gesamtverwaltung einer Gemeinde“, in: ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER SPORTÄMTER (Hg.), Gemeinde und Sport (1955/56), S. 25-29.

ADLER, Arthur, „Goldener Plan und Sportamt“, in: ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER SPORTÄMTER (Hg.), Gemeinde und Sport (1960/61), S. 15-18.

AGRICOLA, Sigurd, „Freizeitwirtschaft und Freizeitmarkt in der Bundesrepublik Deutschland“, in: AGRICOLA, Sigurd, HAAG, A., STOFFERS, M. (Hg.), Freizeitwirtschaft, Erkrath, Wuppertal 1990.

AGRICOLA, Sigurd, Freizeit und kommunale Planung, Erkrath 1994.

AGRICOLA, Sigurd, Vereinswesen in Deutschland, Stuttgart, Berlin, Köln 1993.

AHLSTICH, Katja, „Sport und Freizeitpolitik. Aufgaben und Aufgabenpräferenzen kommunaler Ratsmitglieder“, in: INSTITUT FÜR SPORTWISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT STUTTGART (Hg.), Sport trainieren und gestalten: Festschrift zum 60 Geburtstag von Prof. Hans Wieland, Hamburg 1995, S. 171-186.

ALEMANN, Ulrich von, Organisierte Interessen in der Bundesrepublik, Opladen 1987.

ALMSTEDT, Bertold, „Beispielgebend im Sportstättenbau“, in: NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE HOYA(Hg.), Sport in Hannover. Von der Stadtgründung bis heute, S. 202-206.

ANDERSEN, Uwe (Hg.), Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen. Landeszentrale für politische Bildung, Schriften zu politischen Landeskunde NRW, Bd.3, Köln 1987.

ARENZ, Hermann-Josef, „Die Anfänge der Christlich-Demokratischen Union in Köln“, in:

DANN, Otto (Hg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46. Köln, 1981, S. 117-138.

BAUR, Jürgen, KOCH, Uwe, TELSCHOW, Stefan, Sportvereine im Übergang – die Vereinslandschaft Ostdeutschlands, Aachen 1995.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- BAUSINGER, Hermann, „Etappen des Sports nach den Gründerjahren“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zu Einheit, Bd.2, Schorndorf 1991, S. 211-217.
- BECK, Franz Wilhelm, „Über den Aufgabenbereich der Sportämter“, in: Gemeinde und Sport (1966/67), S. 111-118.
- BERNETT, Hajo, Guido von Mengden. „Generalstabschef“ des Deutschen Sports. Turn- und Sportführer im Dritten Reich. Bd.5, Berlin 1976.
- BEST, Heinrich, Vereine in Deutschland: vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation, Bonn 1993.
- BILLSTEIN, Reinhold, „Organisation, Programmatik und Politik der KPD in Köln 1945/46“, in: DANN, Otto (Hg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Köln 1981, S. 171-193.
- BILLSTEIN, Reinhold, ILLNER, Eberhard, You are now in Cologne. Compliments. Köln 1945 in den Augen der Sieger, Köln 1995.
- BINNEWIES, Harald, Freizeit- und Breitensport, Ahrensburg 1988.
- CHAKER, André-Noel, Good Governance in Sport, Straßburg 2004.
- BLANKE, Bernhard, BENZLER, Susanne, Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Opladen 1991.
- BLOSS, Hans, GLUNK, Udo-Axel, „Sport und Politik – dargestellt am Beispiel der Sportförderung der Stadt Karlsruhe“, in: Sportunterricht (1973) 10, S. 388-396.
- BORKHARDT, Winfried, Die Geschichte des Stadtsportbundes Köln 1919-1969. Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1984.
- BREUER, Günter, Sportstättenbedarf und Sportstättenbau. Eine Betrachtung der Entwicklung in Deutschland (West) von 1945-1990 anhand der baufachlichen Planung, öffentlichen Verwaltung und Sportorganisation, Köln 1997.
- BRUNN, Gerhard, „Köln in den Jahren 1945 und 1946. Die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens“, in: DANN, Otto, Köln nach dem Nationalsozialismus, Köln 1981, S. 35-72.
- BRUNS, Wilhelm, DIECKERT, Jürgen, „Die Stellung der politischen Parteien Deutschlands zu Sport und Leibeserziehung“, in: Leibeserziehung 18(1969)10, S. 397-400.
- BURMEISTER, Joachim (Hg.), Sport im kommunalen Wirkungskreis. Recht und Sport, Bd. 9, Heidelberg 1988.
- BUSS, Wolfgang, Die Entwicklung des Sports in Nordwestdeutschland 1945-1949. Schriftenreihe des Niedersächsischen Instituts für Sportgeschichte Hoya, Bd. 1, Duderstadt 1984.
- BUSS, Wolfgang, „Kontinuität und Wandel im Politikverständnis der Sportorganisationen“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zu Einheit, Bd.1, Schorndorf 1990, S. 317-328.
- BUSS, Wolfgang, „Sport und Besatzungspolitik“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zu Einheit, Bd. 2, Schorndorf 1991, S.5-12.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- BUSS, Wolfgang, „Grundsätze zum Politikverständnis in den Sportorganisationen der Nachkriegszeit“, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 9(1995)1, S. 22-35.
- BUSS, Wolfgang, NITSCH, Franz, Am Anfang war nicht Carl Diem – die Gründungsphase der Sporthochschule Köln 1945-1947, Duderstadt 1986.
- CACHAY, Klaus, Sport und Gesellschaft. Zur Ausdifferenzierung einer Funktion und ihrer Folgen, Schorndorf 1988.
- CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION (Hg.), Sport in Freiheit. Die Berliner Sportkonferenz der CDU/CSU vom Mai 1963, Bonn 1963.
- CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION (Hg.), Sport und Gesellschaft. Zur Sportpolitik der CDU, Bonn 1965.
- CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION -BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hg.), Grundsatzprogramm der CDU, Bonn 1978.
- DANN, Otto (Hg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46. Köln 1981.
- DANN, Otto, „Die Anfänge der Sozialdemokratie in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg“, in: DANN, Otto (Hg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Köln 1981, S. 139-170.
- DERES, Thomas, Die Fraktion beschließt einstimmig. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln 1945-1998, Köln 1999.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT (Hg.), Freizeit – Sport – Bewegung. Stand und Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland, Erkrath 1987.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT (Hg.), Verbände im Freizeitbereich, Erkrath 1991.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR FREIZEIT (Hg.), Freizeitpolitik. Aussagen und Forderungen aus 30 Jahren DGF-Arbeit, Erkrath 1994.
- DEUTSCHE OLYMPISCHE GESELLSCHAFT (Hg.), Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in Städten. I. Fassung, Frankfurt 1956.
- DEUTSCHE OLYMPISCHE GESELLSCHAFT (Hg.), Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in Städten. II. Fassung, Frankfurt 1967.
- DEUTSCHE OLYMPISCHE GESELLSCHAFT (Hg.), Erhebung über den Bestand an Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen – Sportstättenstatistik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1978.
- DEUTSCHE SPORHOCHSCHULE KÖLN, Festschrift zum 10-jährigen Bestehen der Sporthochschule Köln 1947-1957, Frankfurt 1957.
- DEUTSCHER SPORTBUND, Bundestag 1960. Dialog des Sports mit den Parteien des Deutschen Bundestages. Resolution, Frankfurt a.M. 1961.
- DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Zukunft des Sports. Materialien zum Kongreß „Menschen im Sport 2000“, Frankfurt 1986.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zu Einheit, Bd. 1, Schorndorf 1990.
- DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zu Einheit, Bd.2, Schorndorf 1991.
- DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die gemeinnützige Sportbewegung und ihre Zukunft. Sport im Rahmen von Kommunalpolitik und Kommunalmarketing, Frankfurt 1998.
- DIECKERT, Jürgen (Hg.), Handbuch Freizeitsport, Schorndorf 2002.
- DIECKERT, Jürgen, Freizeitsport in Deutschland, in: DIECKERT, Jürgen (Hg.), Handbuch Freizeitsport, Schorndorf 2002, S. ??
- DIEM, Carl, „Die erste Forderung des Reichsspielplatzgesetzes (1911)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports, Sankt Augustin 1982, S. 44.
- DIEM, Carl, „Grundsätzliches zum Sportplatzbau (1923)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports. Sankt Augustin 1982, S. 167 - 171.
- DIEM, Carl, „Die Spielplatzfrage als kommunales Problem (1926)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports. Sankt Augustin 1982, S. 194-196.
- DIEM, Carl, „Sport und kommunale Aufgaben (1949)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports. Sankt Augustin 1982, S. 332-339.
- DIEM, Carl, „Breitenarbeit der Städte (1952)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports. Sankt Augustin 1982, S. 353-354.
- DIEM, Carl, „Zehnjahresplan für den Übungsstättenbau (1955)“, in: CARL-DIEM-INSTITUT (Hg.), Ausgewählte Schriften Bd. 2, Beiträge zur Entwicklung und Organisation des Sports. Sankt Augustin 1982, S. 368-377.
- DIETRICH, Karl, HEINEMANN, Klaus, Der nichtsportliche Sport, Beiträge zum Wandel im Sport. Dokumente zur Sportwissenschaft, Bd. 25, Schorndorf 1989.
- DIGEL, Helmut, „Über den Wandel der Werte in Gesellschaft, Freizeit und Sport“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Zukunft des Sports. Materialien zum Kongreß „Menschen im Sport 2000“, Frankfurt 1986, S.14-43.
- DIGEL, Helmut (Hg.), Sport im Verein und im Verband. Schorndorf 1988.
- DIGEL, Helmut, „Die öffentliche Sportverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: DIGEL, Helmut (Hg.), Sport im Verein und im Verband. Schorndorf 1988, S. 60-80.
- DIGEL, Helmut, Die Sportselbstverwaltung und ihre Partner, in: DIGEL, Helmut (Hg.), Sport im Verein und im Verband. Schorndorf 1988, S. 90 – 107.
- DIGEL, Helmut, Turn- und Sportvereine: Strukturen, Probleme, Trends, Aachen 1992.
- DÜLFFER, Jost (Hg.), Köln in den 50er Jahren. Zwischen Tradition und Modernisierung, Köln 2003.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- ECKERT-MÜNCH, Anne, „Die Mitglieder des Rates der Stadt Köln 1952-1969“, IN: DÜLFFER, Jost (Hg.), Köln in den 50er Jahren. Zwischen Tradition und Modernisierung, Köln, S. 73-88.
- EICHBERG, Henning, „Zivilisation und Breitensport“, in: HUCK, Gerhard, Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1982, S. 77-94.
- EISENBERG, Christiane, „Die Entdeckung des Sports durch die moderne Geschichtswissenschaft“, in: TEICHLER, Hans-Joachim (Hg.), Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung, Hamburg 2003, S. 31-42.
- ELLWEIN, Thomas, Das Dilemma der Verwaltung, Mannheim 1994.
- EMNID-INSTITUT, Freizeit- und Breitensport. Ausübung, Bedürfnisse, Angebote und Institutionen, Bielefeld 1973.
- EMNID-INSTITUT, Freizeituntersuchung: Freizeitbedingungen und Freizeitentwicklungen 1972/73, Bielefeld 1975.
- EMRICH, Eike/ PAPATHANASSIOU, Vassilios/ PITSCH, Werner, Sportvereine im Sportbund Pfalz, Niedernhausen 1998.
- EMRICH, Eike/ PAPATHANASSIOU, Vassilios/ PITSCH, Werner, Sportvereine im Blickpunkt – Strukturelemente, Umweltverflechtungen und Selbstverständnis Saarländischer Sportvereine, St. Ingbert 1999.
- EMRICH, Eike/ PITSCH, Werner/ PAPATHANASSIOU, Vassilios, Die Sportvereine. Ein Versuch auf empirischer Grundlage. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Bd. 106, Schorndorf 2001.
- EULERING, Johannes, „Staatliche Sportpolitik aus der Sicht der Länder“, in: UEBERHORST, Horst (Hg.), Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3.2, Berlin 1981, S. 863-884.
- EULERING, Johannes, „Sport und Städtebau – Die sportgerechte Stadt oder Prolegomena zu einem neuen „Goldenen Plan“, in: JÜTTING, Dieter H., LICHTENAUER, Peter (Hg.), Bewegungskultur in der modernen Stadt, Münster 1994, S. 19-34.
- EULERING, Johannes, „Politik und Freizeitsport“, in: DIECKERT, Jürgen (Hg.), Handbuch Freizeitsport, Schorndorf 2002, S. 65-78.
- FRANKE, Elk, Freizeit und Sport, Hamburg 1983.
- FUßBALLVERBAND MITTEL RheIN E. V., Fußballverband Mittelrhein 1946-1971, Köln 1971
- GAU, Doris, Politische Führungsgruppen auf kommunaler Ebene, München 1983.
- GEHNE, David, „Vereine als Form bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune“, in: ANDERSEN, Uwe (Hg.), Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nord-rhein-Westfalen. Landeszentrale für politische Bildung, Schriften zu politischen Landeskunde NRW, Bd.3, Köln 1987, S. 203-218.
- GIESELER, Karlheinz, „Sport und staatliche Institutionen“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes: Wege aus der Not zu Einheit, Bd.1, Schorndorf 1990, S. 328-333.



## Literaturverzeichnis/Quellen

- GRUNDGEIGER, Klaus, Not und Spiele. Nachkriegsjahre des Stuttgarter Sports, Stuttgart 1985.
- GÜLDENPFENNIG, Sven, Gewerkschaftliche Sportpolitik, Voraussetzungen und Perspektiven, Köln 1978.
- GÜLDENPFENNIG, Sven, Sport – Autonomie und Krise, St. Augustin 1996.
- GÜLDENPFENNIG, Sven, „Freizeitsport – der unpolitische Freiraum?“, in: FRANKE, Elk, Freizeit und Sport, Hamburg 1993, S. 60-147.
- GÜLDENPFENNIG, Sven, Der politische Diskurs des Sports: zeitgeschichtliche Beobachtungen und theoretische Grundlagen, Aachen 1992.
- GÜLDENPFENNIG, Sven, „Politikwissenschaft und Sport - Sportpolitik“, in: HAAG, Herbert, STRAUß, Bernd (Hg.), Theoriefelder der Sportwissenschaft, Schorndorf 2003, S. 165-199.
- HAAG, Herbert/ STRAUß, Bernd (Hg.), Theoriefelder der Sportwissenschaft, Schorndorf 2003.
- HAAS, Heinrich, Sport und kommunale Entwicklungsplanung – am Beispiel der Sportstättenleitplanung. Münster 1990.
- HAASIS , Hans Arthur, Kommunalpolitik und Machtstruktur, Frankfurt 1978.
- HARRES, Wolfgang, Sportpolitik an der Saar. 1945-1957, Saarbrücken 1997.
- HARTMANN-TEWS, Ilse, Sport für alle!?! Strukturwandel europäischer Sportsysteme im Vergleich, Schorndorf 1996.
- HÄUßERMANN, Hartmut, Die Bedeutung „lokaler“ Politik – neue Forschung zu einem alten Thema, in: BLANKE, Bernhard/ BENZLER, Susanne, Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Opladen 1991, S. 35-50.
- HAUPTS, Leo, „Die Universität Köln, die Ausbildung von Sportlehrern und die Entstehung der Sporthochschule Köln“, in: Geschichte im Westen 17(2002), S. 67-75.
- HEINEMANN, Klaus, Einführung in die Soziologie des Sports, Schorndorf 1979.
- HEINEMANN, Klaus, „Probleme der Finanzierung des Sportvereins – Kommerzialisierung und Politisierung“, in: DEUTSCHER SPORTBUND, Die Zukunft des Sports, Materialien zum Kongreß „Menschen im Sport 2000“, Schorndorf 1986, S. 186-193.
- HEINEMANN, Klaus, „Staatliche Sportpolitik und Autonomie des Sports“, in: LÜSCHEN, Günther/ RÜTTEN, Alfred (Hg.), Sportpolitik - Sozialwissenschaftliche Analysen, Stuttgart 1996, S. 177-197.
- HEINEMANN, Klaus, Sportorganisationen. Verstehen und gestalten, Schorndorf 2004.
- HEINEMANN, Klaus/ SCHUBERT, Manfred, Der Sportverein. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung, Schorndorf 1994.
- HEINRICH, Arthur, Der Deutsche Fußballbund. Eine politische Geschichte, Köln 2000.
- HENSELER, Andreas, „Kommunale Sportpolitik und Vereine“, in: LandesSportBund NRW, Sport in Nordrhein-Westfalen, Duisburg 1997, S. 68-73.
- HERBERS, WINFRIED, Der Verlust der Hegemonie. Die Kölner CDU 1945/46 – 1964, Düsseldorf 2003.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- HILPERT, Wolfram, Nationalsozialismus und Stadt (Verwaltung) Köln, in: Jahrbuch des Kölni-schen Geschichtsvereins (1989), S. 241-284
- HINSCHING, Jochen/ BORKENHAGEN, Frederik (Hg.), Modernisierung im Sport. Jahrestagung der dvs-Sektion Sportsoziologie vom 14.-16.9.1994 in Greifswald, St. Augustin 1995.
- HOCKENJOS, Christian, Öffentliche Sportförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Darstellung und finanztheoretische Analyse, Frankfurt 1995.
- HOFFMAN, Günther/ ROHR, Gerlinde (Hg.), Leipzig sportlich. Das Sportleben der Stadt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Leipzig 2002.
- HOFFMANN, Paul, „Zeitgemäße Aufgaben der kommunalen Sportverwaltung“, in: Gemeinde und Sport (1982) S. 11-24.
- HOFFMANN, Rolf, Die Entwicklung des Stadtsportbundes Köln 1965-1984. Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1985.
- HOFFMEISTER, Kurt, 150 Jahre Sport in Braunschweig, Braunschweig 1982.
- HOLTMANN, Everhard, „Parteien in der lokalen Politik“, in: WOLLMANN, Hellmut/ ROTH, Roland, Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn 1998, S. 208-226.
- HOLZAPFEL, Günther (Hg.), Weiterbildung, Sport, Gesundheit: Praxismodelle und theoretische Grundlagen. Berlin, 1995.
- HORN, Wolfgang, KÜHR, Herbert, Kandidaten im Wahlkampf, Meisenheim 1978
- HOSS, Karl, Der Sport in der Stadt Münster 1945-1976, Münster 1982.
- HÜBNER, Horst, Von lokalen Sportverhaltensstudien zur kommunalen Sportstättenentwicklungsplanung, Münster 1994.
- HÜBNER, Horst, „Sporttreiben in der Stadt – Bestandsaufnahmen, Konflikte und Folgerungen für die kommunale Sportentwicklung“, in: HOLZAPFEL, Günter (Hg.), Weiterbildung, Sport, Gesundheit: Praxismodelle und theoretische Grundlagen. Berlin 1995, S. 78-88.
- HUCK, Gerhard (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1982.
- IAKS (Internationaler Arbeitskreis für Sportstättenbau), Kommune und Sport - 6. Fachtagung: Neue Sportstättenplanung, Köln 1992.
- IAKS (Internationaler Arbeitskreis für Sportstättenbau), Kommune und Sport - 7. Fachtagung: Kommunale Sportförderung, Köln 1994.
- ILKER, Hans-Georg, „Großvereine - Gesinnungsgemeinschaft oder Dienstleistungsbetrieb?“, in: DIETRICH, Knut/ HEINEMANN, Klaus, Der nichtsportliche Sport, Beiträge zum Wandel im Sport. Dokumente zur Sportwissenschaft, Bd. 25, Schorndorf 1989, S. 159 - 169.
- JAEDICKE, Wolfgang, Lokale Politik im Wohlfahrtsstaat. Zur Sozialpolitik der Gemeinden und ihrer Verbände in der Beschäftigungskrise, Berlin 1990.
- JUNG, Kurt, „Normen, Ziele, Prioritäten der Sportpolitik“, in: Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Tutzing Studien 1974/1, S. 48-55.

## Literaturverzeichnis/Quellen

JÜTTING, Dieter H., LICHTENAUER, Peter (Hg.), *Bewegungskultur in der modernen Stadt*. Münster 1994.

JÜTTING, Dieter H. (Hg.), *Sportvereine in Münster. Ergebnisse einer empirischen Bestandsaufnahme*, Münster 1994.

KAISER, Sebastian, *Entwicklung und Struktur kommerzieller Sportanbieter am Beispiel der Stadt Köln*, Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1999.

KLAGES, Helmut, *Wertorientierung im Wandel*, Frankfurt/Main 1985.

KLEIN, Marie-Luise, „Der Einfluß von Sportgroßveranstaltungen auf die Entwicklung des Freizeit- und Konsumverhaltens sowie das Wirtschaftsleben einer Kommune oder Region“, in: ANDERS, Georg/ HARTMANN, Wolfgang (Hg.), *Wirtschaftsfaktor Sport. Dokumentation des Workshops des Bundesinstituts für Sportwissenschaft und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln*, 2. Juli 1996.

KLEIN, Michaela, *Der Ehrentitel „Sportstadt“: Analysen und Untersuchungen zum sportlichen Selbstverständnis ausgewählter Städte*, Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1993.

KLEINERTZ, Everhardt, *Handakten Heinrich Billstein, Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln*, Köln 2000.

KLUKA, Darlene (Hg.), *Aspects of Sport Governance*, Oxford 2005.

KNECHT, Willi, *Partnerschaft auf Raten. Versäumnisse und Perspektiven bundesdeutscher Sportpolitik*, Frankfurt 1970.

KNECHT, Willi, *Die ungleichen Brüder. Fakten, Thesen und Kommentare zu den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Sportorganisationen DSB und DTSB*, Mainz 1971.

KÖLNER SPORTSTÄTTEN GMBH (Hg.), *Kölner Sporthalle. Bildband aus Anlass des 10. Veranstaltungsjahres*, Köln 1968.

KÖRBS, Werner, *Vorgeschichte und Gründung der Deutschen Sporthochschule Köln (1946-1948)*, St. Augustin 1986.

KOHL, Heinrich, *Freizeitpolitik*, Bielefeld 1976.

KOLB, Walter, *Die deutschen Städte und der Sport*, Sonderdruck aus „Der Städtetag“, Zeitschrift für kommunale Praxis und Wissenschaft, Stuttgart 1952.

KOSINSKI, Thomas/ SCHUBERT, Manfred, *Kommerzielle Sportanbieter*, in: DIETRICH, Knut, HEINEMANN/ Klaus, *Der nichtsportliche Sport, Beiträge zum Wandel im Sport. Dokumente zur Sportwissenschaft*, Bd. 25, Schorndorf 1989, S. 147-158.

KRAMER, Hermann-Josef., *Sportpolitische Entscheidungsprozesse im Kommunalbereich – Strukturen und Entscheidungsträger*, in: *Sportwissenschaft* 16 (1986) 4, S. 443-459.

KRAMER, Hermann-Josef., *„Kommunalpolitik und die Spielräume der öffentlichen Haushalte zur Freizeit- und Breitensportentwicklung“*, in: BINNEWIES, Harald (Hg.), *Freizeit- und Breitensport 1988*, Ahrensburg bei Hamburg, 1989.

KREBS, Hans-Dieter, *Die Kommunen - stille aber wirkungsvolle Weggenossen des Sports*, in: *Olympische Jugend* 34(1989) H.5, S. 8ff.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- KRINGE, Wolfgang, Die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1990.
- KROCKOW, Christian Graf von, Sport, Gesellschaft, Politik, München 1980.
- KRÜGER, Arnd, Sport und Politik, Hannover 1975.
- KRÜGER, Arnd (Hg.), Entstehung der Turn- und Sportvereine. Forum für Sportgeschichte, Jahrbuch 1983, Berlin 1984.
- KRÜGER, Arnd, „Die Bedeutung der lokalen und regionalen Sportgeschichte in der Sporthistoriographie“, in: KRÜGER, Arnd, RÜHL, Joachim, Aus lokaler Sportgeschichte lernen, Hamburg 2001, S. 7-18.
- KRÜGER, Arnd/ RÜHL, Joachim, Aus lokaler Sportgeschichte lernen. Hamburg 2001.
- LANDESPORTBUND NRW (Hg.), Breitensportentwicklung Nordrhein-Westfalen. Duisburg 1986.
- LANDESPORTBUND NRW (Hg.), Sport in Nordrhein-Westfalen, Duisburg 1997.
- LANGEN, Gabi/ SPITZER, Giselher, Köln, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes. Wege aus der Not zur Einheit, Bd. 2, Frankfurt 1991, S. 28-32.
- LANGEN, Gabi/ DERES, Thomas, Müngersdorfer Stadion Köln, Köln 1998.
- LENK, Hans, Materialien zur Soziologie des Sportvereins. Bundesinstitut für Sportwissenschaft Bd. 1, Ahrensburg 1972.
- LENZ-ROMEIB, Felizitas, Freizeitpolitik in der Bundesrepublik, Göttingen 1975.
- LIEBER, Hans-Joachim, Blick zurück. Biographisches zur Hochschulpolitik in Deutschland 1945-1928. Veröffentlichungen der Deutschen Sporthochschule Köln, Heft 9, Köln 1982.
- LÜSCHEN, Günter/ RÜTTEN, Alfred (Hg.), Sportpolitik - Sozialwissenschaftliche Analysen, Stuttgart 1996.
- LUH, Andreas, 75 Jahre Deutsches Sportabzeichen, Bochum 1989.
- MAASE, Klaus, Arbeitszeit – Freizeit – Freizeitpolitik, Frankfurt 1976.
- MARTINSDORF, Eva-Maria, „Von den Schwierigkeiten, die Gegenwart von der Vergangenheit zu säubern - Entnazifizierung in Köln“, in: MATZERATH, Horst (Hg.), Versteckte Vergangenheit. Zum Umgang mit der NS-Zeit in Köln, Köln 1995, S. 125-162.
- MATZERATH, Horst (Hg.), Versteckte Vergangenheit. Zum Umgang mit der NS-Zeit in Köln, Köln 1995.
- MENGDEN, Guido von, Umgang mit Geschichte und mit Menschen. Ein Beitrag zur Geschichte der Machtübernahme im deutschen Sport durch die NSDAP, Berlin 1980.
- MÖLICH, Georg, WUNSCH, Stefan, Köln nach dem Krieg. Facetten der Stadtgeschichte, Köln 1995.
- MÜLLER, Jupp, „Peco Bauwens“, in: DEUTSCHER SPORTBUND (Hg.), Die Gründerjahre des Deutschen Sportbundes, Wege aus der Not zur Einheit, Bd.1, Frankfurt 1990, S. 88-91.
- NAHRSTEDT, Wolfgang, Die Entstehung der Freizeit, Göttingen 1972.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- NAßMACHER, Karl-Heinz, Funktionen politischen Personals in lokalen Vertretungskörperschaften, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4(1973) 4, S. 550-566.
- NAßMACHER, Karl-Heinz, Einflußfaktoren in der kommunalpolitischen Willensbildung, in: ANDERSEN, Uwe, Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln 1987.
- NAßMACHER, Hiltrud/ NAßMACHER, Karl-Heinz, Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999
- NATIONALES OLYMPISCHES KOMITEE (Hg.), Rückkehr nach Olympia. Vorgeschichte, Gründung, Erste Jahre, München 1989.
- NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE (Hg.), Sport in Hannover. Von der Stadtgründung bis heute, Göttingen 1991.
- NIELSEN, Stefan, Sport und Großstadt 1870 bis 1930. Komparative Studien zur Entstehung bürgerlicher Freizeitkultur, Frankfurt 2002.
- NITSCH, Franz, „Dreißig Jahre DSB – Eine kritische Bestandsaufnahme“, in: UEBERHORST, Horst (Hg.), Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3.2, Berlin 1981, S. 838-847.
- NITSCH, Franz, „Forschungsstand und Quellenlage zur Nachkriegssportgeschichte“, in: PEIFFER, Lorenz (Hg.), Die erstrittene Einheit – Von der ADS zum DSB (1948-1950), Duderstadt 1989, S. 27-53.
- NOHL, Hermann, „Vom Ethos des Sports“, in: DEUTSCHER SPORTBUND, Internationaler Sportkongreß Stuttgart 1951, Frankfurt 1952.
- OPASCHOWSKI, Horst W., Einführung in die Freizeitwissenschaft, Opladen 1997.
- PABST, Ulrich, Sport – Medium der Politik?, Berlin 1980.
- PAPPERMANN, Ernst, „Die kommunale Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen“, in: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, Nordrhein-Westfalen – eine politische Landeskunde, Köln 1984, S. 180-209.
- PAUL, Johann, 50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2000.
- PEDERSEN, Jürgen, Sportpolitik in der BRD, Lollar/Lahn 1977.
- PEIFFER, Lorenz (Hg.), Die erstrittene Einheit – Von der ADS zum DSB (1948-1950), Duderstadt 1989.
- QUANZ, Dietrich R. (Hg.), Dokumente zur Gründung und zum Aufbau einer wissenschaftlichen Hochschule auf dem Gebiete des Sports, Teil II 1947-1982, Köln 1982.
- REINCKE, Christian/ ROMEYK, Horst (Red.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land und seine Geschichte, Münster 1996.
- RICHTER, Bodo, „Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung – Entwicklung und Vergleich mit anderen deutschen Gemeindeverfassungen“, in: ANDERSEN, Uwe (Hg.), Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Köln 1987, S. 53-77.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- RITTNER, Volker, BREUER, Christoph, Kommunale Sportpolitik – Wege aus dem Dornröschenschlaf, Köln 2000.
- RITTNER, Volker, BREUER, Christoph, Soziale Bedeutung und Gemeinwohlorientierung des Sports, Köln 2000.
- RÖSCH, Heinz-Egon, Sport in Düsseldorf. Gestern und Heute, Kassel 1999.
- RUMMELT, Peter, „Modernität und Sportentwicklung im kommunalen Raum“, in: HINSCHING, Jochen/ BORKENHAGEN, Frederik (Hg.), Modernisierung im Sport. Jahrestagung der dvs-Sektion Sportsoziologie vom 14.-16.9.1994 in Greifswald, St. Augustin 1995, S. 105-118.
- RUMMELT, Peter, Moderne - Sport - Kommune: Plädoyer für eine moderne Sportkommune, Egelsbach 1998.
- RUPP, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1978.
- SAHNER, Heinz, „Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft“, in: BEST, Heinrich, Vereine in Deutschland, Bonn 1993, S. 12-118.
- SALDERN, Adelheid von, „Rückblicke. Zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland“, in: WOLLMANN, Hellmut/ ROTH, Roland, Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn 1998, S. 23-36.
- SAMPELS, Johannes (Hg.), Der Kölner Sportkongreß, Köln 1950.
- SAMPELS, Johannes (Hg.), Kommunale Sportaufgaben. Bericht über die Arbeitstagung der Leiter städtischer Sportämter 1949, Frankfurt 1949.
- SAMPELS, Johannes, „Die deutschen Sportämter im Jahre 1958“, in: Gemeinde und Sport (1958/59) S.67-72.
- SAMPELS, Johannes, „Aus der Verwaltungspraxis des Sportamtes“, in: Gemeinde und Sport (1962/63) S. 55-58.
- SANTEL, Josef, Der Sport als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung der Stadt Köln von 1888-1933, Magisterarbeit, Universität Münster 1991.
- SCHERER, Karl-Adolf, Hundert Jahre Ringen in Deutschland, Niedernberg 1991.
- SCHEUCH, Erwin, Vereine als Teil der Privatgesellschaft, in: BEST, Heinrich, Vereine in Deutschland, Bonn 1993, S. 143-208.
- SCHINDELBECK, Dirk, „Sieger Marke Deutschland oder 'Wie wir Weltmeister wurden'“, in: GESCHICHTSWERKSTATT E.V. (Hg.), Elf Freunde müßt ihr sein!: Einwürfe und Anstöße zur deutschen Fußballgeschichte, Freiburg 1995, S.71-93.
- SCHLAGENHAUF, Karl, Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 1: Strukturelemente und Verhaltensdeterminanten im organisierten Freizeitbereich, Schorndorf 1977
- SCHMIDT, Karl, „Voraussetzung und Formen staatlicher Sportförderung“, in: TETTINGER, Peter J., Subventionierung des Sports. Recht und Sport Bd. 6, Heidelberg 1987, S. 17-32.
- SCHMIDT-EICHLER, Gerd, Bundesgesetze und Gemeinden, Stuttgart 1981.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (Hg.), Die Sportförderung. Leitsätze. Beschlossen vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1974, Bonn 1974.
- SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (VORSTAND) (Hg.), Dokumente. Ökonomisch-Politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, Frankfurt 1980.
- SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS-KREISVERBAND KÖLN (Hg), Leitsätze zur Kommunalpolitik der Stadt Köln, 1964-1969, Köln 1964.
- SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS- UNTERBEZIRK KÖLN (Hg.), Köln vorn für alle! Leistungen für Köln 1984-1989. Ein gutes Stück Arbeit von Sozialdemokraten, Köln 1989.
- SCHRÖDER, Volker, Der Funktionswandel im Bäderbau und Bäderbetrieb der Kölner Hallen-bäder vom Deutschen Reich (1871) bis zur heutigen Zeit (1991), Dipl.-Arbeit, DSHS Köln 1991.
- SCHULKE, Hans-Jürgen (Hg.), Sport, Wissenschaft und Politik in der BRD, Köln 1975.
- SCHULKE, Hans-Jürgen, Sport-Alltag-Kultur, Aachen 1990.
- SPITZER, Giselher (Hg.), Zwischen Eigenständigkeit und Fremdbestimmung. Festschrift für Hajo Bernett, Bonn 1986.
- SPORTHOCHSCHULE KÖLN, Gründungsfeier 29. November 1947 in der Universität Köln, Köln 1948.
- STEHKÄMPER, Hugo, Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976.
- STRYCH, Eduard, Der westdeutsche Sport in der Phase der Neugründung 1945-1950. Beiträge zur Lehre und Forschung der Leibeserziehung, Bd. 58, Schorndorf 1975.
- TEICHLER, Hans-Joachim (Hg.), Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung, Hamburg 2003.
- TETTINGER, Peter J., Subventionierung des Sports. Recht und Sport Bd. 6, Heidelberg 1987.
- TIEDEMANN, Claus, „Zur Entwicklung der für den Sport relevanten alliierten Rechtsvorschriften im besetzten Deutschland (1944-1950)“, in: PEIFFER, Lorenz (Hg.), Die erstrittene Einheit – Von der ADS zum DSB (1948-1950), Duderstadt 1989, S. 87-150.
- TIMM, Waldemar, Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 2, Organisations-, Angebots- und Finanzstruktur, Schorndorf 1979.
- TOKARSKI, Walter/ SCHMITZ-SCHERZER, Reinhard, Freizeit, Stuttgart 1985.
- TREIB, Heribert, „Britische Besatzungspolitik in Köln“, in: DANN, Otto (Hg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Köln 1981, S. 73-92.
- TROSIEN, Gerhard, CEZANNE, Gudrun, Die gemeinnützige Sportbewegung und ihre Zukunft. Sport im Rahmen von Kommunalpolitik und Kommunalmarketing, Frankfurt 1988.
- UEBERHORST, Horst, „Der deutsche Sportbund - Geschichte und Struktur“, in: UEBERHORST, Horst (Hg.), Geschichte der Leibesübungen, Bd. 3.2. Berlin 1981, S. 795-804.
- VESTER, Heinz-Günter, Zeitalter der Freizeit, Darmstadt 1988.

## Literaturverzeichnis/Quellen

- VOGELANG, Klaus/ LÜBKING, Uwe/ JAHN, Helga, Kommunale Selbstverwaltung. Rechts-grundlagen – Organisation – Aufgaben. Berlin 1991.
- WAGNER, Martin, „Städtische Freizeitflächenpolitik“, in: ZENTRALSTELLE FÜR VOLKSWOHL-FAHRT (Hg.), Städtische Freizeitflächenpolitik, Berlin 1915.
- WEHLING, Hans-Georg, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1986.
- WEIBPFENNIG, Gerd, „Der Neuaufbau des Sports in Westdeutschland bis zur Gründung des Deutsche Sportbundes“, in: UEBERHORST, Horst (Hg.), Geschichte der Leibesübungen Bd. 3,2, Berlin 1981, S. 759-195.
- WIELAND, Hans/ RÜTTEN, Alfred, Sport und Freizeit in Stuttgart. Sozialempirische Erhebung zur Sportnachfrage einer Großstadt, Stuttgart 1991.
- WIESER, Lothar, „Auf neuem Kurs: Sport 1933-1945“, in: NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR SPORTGESCHICHTE (Hg.), Sport in Hannover. Von der Stadtgründung bis heute, Göttingen 1991, S. 160-169
- WIKTORIN, Dorothea, „Der Wiederaufbau nach dem Untergang. Versuch einer Bilanz“, in: MÖLICH, Georg/ WUNSCH, Stefan, Köln nach dem Krieg. Facetten der Stadtgeschichte, Köln 1995, S. 138-162.
- WILLECKE, Herbert, Osnabrücker Sport. Turnen und Sport in zwei Jahrhunderten, Osnabrück 1980.
- WINKLER, Joachim/ KARHAUSEN, R., Verbände im Sport: eine empirische Analyse des Deutschen Sportbundes und ausgewählter Mitgliedsorganisationen. Schorndorf 1985.
- WITTKÄMPER, Gerhard W., „Lokalpolitikforschung – die „Problem beim Adressaten“ erfordern verstärkt interdisziplinäre Ansätze“, in: BLANKE, Bernhard, BENZLER, Susanne, Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Opladen 1991, S. 537–554.
- WÖRSDÖRFER, Christoph, „Sportförderung als präventive Sozialpolitik ist eine kommunale Pflichtaufgabe - Gedanken zur Notwendigkeit von Sportförderung“, in: YALDAI, Sarkhadun/ STEMPEL, Tehodor/ WASTL, Peter, Menschen im Sport. Geschichtliche, ethische, pädagogische und gesundheitliche Aspekte. Festschrift zur Emeritierung von Prof. Dr. Heinz-Egon Rösch, Köln 1997, S. 303-312.
- WOLLMANN, Hellmut/ ROTH, Roland, Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden., Bonn 1998.
- WOPP, Christian, Entwicklung und Perspektiven des Freizeitsports, Aachen 1995.
- WOPP, Christian (Hg.), Die Zukunft des Sports in Vereinen, Hochschulen und Städten, Aachen 1996.
- WOYTE-WEHLE, Stefanie, Zwischen Kontrolle und Demokratisierung: Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1950, Schorndorf 2001.
- YALDAI, Sarkhadun/ STEMPEL, Tehodor/ WASTL, Peter, Menschen im Sport. Geschichtliche, ethische, pädagogische und gesundheitliche Aspekte. Festschrift zur Emeritierung von Prof. Dr. Heinz-Egon Rösch, Köln 1997.
- ZIMMER, Annette, „Vereine und lokale Politik“, in: WOLLMANN, Hellmut, ROTH/ Roland, Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn 1998, S. 247-262.



## Quellen

### Gedruckte Quellen

Amtliche Mitteilungen des Sport- und Bäderamtes, 1969-1975

Protokolle der Ratssitzungen 1946-1975

Verwaltungsberichte der Stadt Köln 1946-1975

Statistische Jahrbücher der Stadt Köln 1946-1975

Haushaltspläne der Stadt Köln 1946/47-1974

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Unterbezirk Köln, So sichern wir Kölns Zukunft. Das Programm der Kölner SPD für die Kommunalwahl am 4. Mai 1975 (HASTK, ZS V/31/22)

### Zeitschriften/Jahrbücher

Kölner Sportkurier, Amtliche Mitteilungen des Zweckverbandes für Leibesübungen Groß-Köln und der angeschlossenen Verbände, Jahrgänge 1946-1969.

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, Gemeinde und Sport, Jahrgänge 1949-1975

### Festschriften

FUßBALLVERBAND MITTEL RheIN E.V.(Hg.), 50 Jahre Fußballverband Mittelrhein, Köln 1996.

O. VERF., 25 Jahre ASV Köln, Köln 1954.

O. VERF., 50 Jahre Borussia Kalk, Köln

O. VERF., 100 Jahre unter dem roten Stern. (Kölner Ruderverein von 1877), Köln 1977

O. VERF., 110 Jahre Kölner Turnerschaft, Köln 1953.

O. VERF., 40 Jahre SC Colonia, Köln 1946.

O. VERF., 75 Jahre SC Colonia 06, Köln 1981.

O. VERF., 30 Jahre Polizeisportverein Köln 1922, Köln 1952.

O. VERF., 50-jähriges Bestehen des Post-Sportvereins Köln 1925-1975, Köln 1975.

O. VERF., 100 Jahre VfL 99, Köln 1999.

RHEINISCHER TURNERBUND (Hg.), 25 Jahre Rheinischer Turnerbund 1947-1972.

TURNGAU KÖLN 1876 E.V., 125 Jahre Turngau Köln, Köln 2001.

Schriftgut

**HASStK, Bestand 248, Nr. 114**

Nr. 114                      Kommunalpolitische Leitsätze der Kölner SPD, 1960

**HASStK Bestand 904 (Oberbürgermeister Adenauer)**

Nr. 537                      Geschäftsverteilungsplan für das Organisationsamt

**HASStK, Bestand 1259 (Carl Diem)**

Nr. 8                         Korrespondenz Konrad Adenauer, Dr. Max Adenauer

Nr. 55                        Korrespondenz Peco Bauwens

Nr. 143                      Korrespondenz Theo Burauen

Nr. 152                      Korrespondenz Christian Busch

Nr. 507                      Korrespondenz Robert Görlinger

Nr. 1056                     Korrespondenz Theo Nussbaum

Nr. 1232                     Korrespondenz Johannes Sampels

Nr. 1636                     Korrespondenz Jakob Zündorf

**HASStK, Acc. 2 (Oberbürgermeister 1945-1956)**

Nr. 152                      Ausschuss für Sport und Leibesübungen

Nr. 275/276                 Sporthochschule

Nr. 705                      Stadion

Nr. 1306                     Sportangelegenheiten, Stadion-Jubiläum

Nr. 1307                     Endspiel um die Dt. Fußballmeisterschaft 1948

**HASStK, Acc. 5 (Oberstadtdirektor)**

Nr. 961                      Entnazifizierungsangelegenheiten

Nr. 965                      Sozialverwaltung, Einrichtung einer Großsporthalle

Nr. 1104                     Sozialverwaltung, Sportveranstaltungen 1951-1953

Nr. 1133                     Zuschüsse für die Durchführung von Aufgaben des Sports und der Jugendpflege

Nr. 7182-7425              Protokolle der Sportausschuss-Sitzungen

Nr. 9066-9094              Protokolle der Sportausschuss-Sitzungen

**HASStK, Acc. 16 (Entnazifizierung)**

Nr. 21                        Unterausschüsse der einzelnen Dienststellen

**HASStK, Acc. 170 (Büro des Oberbürgermeisters Burauen)**

Nr. 147-150                Sportausschuss

Nr. 361-364                Sportangelegenheiten 1953-1964

**HASStK, Acc. 871 (Sport- und Bäderamt)**

Nr. 14                        VfL 1899, 1946-1958

Nr. 43                        SC Preußen-Dellbrück, 1947-1950

Nr. 47-50                    SC Rapid, 1945-1955

Nr. 48                        Mülheimer Sportverein 06

Nr. 100                      ESV Olympia, 1946-1959

Nr. 112                      Dünnwalder Sportverein, 1946-1958

Nr. 123                      Handball-Sportverein Bocklemünd, 1946-1971

Nr. 135                      Sportclub Ehrenfeld 1865, 1946-1958

Nr. 137-147                Athletik-Sportverein Köln (1945-1952)

Nr. 315                      Freie Wassersportvereinigung Groß-Köln, 1947-1958

Nr. 515                      Planung und Unterhaltung von Sportanlagen, Instandsetzung 1951-1968

## Literaturverzeichnis/Quellen

- Nr. 523-528 Kölner Sporthalle, 1948-1962  
Nr. 572 Sportplätze allgemein, Anträge der CDU-Fraktion  
Nr. 760 Sportplatz-Planung 1947-1958  
Nr. 761 Sportplätze 1952-1961  
Nr. 791-798 Freizeitsport, Der zweite Weg, 1953-1963  
Nr. 807, 808 Anfragen der Städte, 1953-1962  
Nr. 820 Förderung des Baus von Turn- und Sportstätten, 1966-1969  
Nr. 843 Sportliche Betätigung der Ratsmitglieder  
Nr. 856 Steuerangelegenheiten der Sportvereine, 1931-1969  
Nr. 857 Steuerangelegenheiten, 1946-1957  
Nr. 889 Sommerbäder und Wiederaufbau Stadion Schwimmbad  
Nr. 920,921 Agrippabad, 1953-1964  
Nr. 922 Bäderplanung  
Nr. 943 Vermietungen an Radsportveranstalter, 1946-1968

### **HAStK Acc. 1276 (Sport- und Bäderamt)**

- Nr. 42 Leistungsförderung  
Nr. 43 Jedermann-Sport

### **HAStK, Acc. 1565 (Sport- und Bäderamt)**

- Nr. 4 Förderung von Sportstätten der Stadt mit Landesmitteln, 1956-1966

### **HAStK, Acc. 1396 (Werner Gerhards)**

#### **Archiv des Vereins Kölner Sportgeschichte e.V.**

- Bestand 92/18 Nachlass Willi Schwarz (unverzeichnet)  
Protokolle der Vorstandssitzungen des Zweckverbandes  
Protokolle der gemeinsamen Sitzungen des Vorstandes und der Verbandsvertreter  
Protokolle der Jahreshauptversammlungen  
Manuskripte zu einzelnen Personen und Jubiläen

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Acc.</b>	<b>Accession</b>
<b>ADS</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter</b>
<b>Bl.</b>	<b>Blatt</b>
<b>betr.</b>	<b>betrifft</b>
<b>BRD</b>	<b>Bundesrepublik Deutschland</b>
<b>bzw.</b>	<b>beziehungsweise</b>
<b>CDU</b>	<b>Christlich-Demokratische Union</b>
<b>CVJM</b>	<b>Christlicher Verein Junger Männer</b>
<b>DAF</b>	<b>Deutsche Arbeitsfront</b>
<b>DGF</b>	<b>Deutsche Gesellschaft für Freizeit</b>
<b>DOG</b>	<b>Deutsche Olympische Gesellschaft</b>
<b>DSB</b>	<b>Deutscher Sportbund</b>
<b>F.D.P.</b>	<b>Freie Demokratische Partei</b>
<b>ff.</b>	<b>folgende</b>
<b>HASStK</b>	<b>Historisches Archiv der Stadt Köln</b>
<b>Hg.</b>	<b>Herausgeber</b>
<b>i.V.</b>	<b>in Vertretung</b>
<b>KPD</b>	<b>Kommunistische Partei Deutschlands</b>
<b>LSB</b>	<b>Landessportbund</b>
<b>NOK</b>	<b>Nationales Olympisches Komitee</b>
<b>NS</b>	<b>Nationalsozialistische</b>
<b>NSRL</b>	<b>Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen</b>
<b>o. Pg.</b>	<b>ohne Paginierung</b>
<b>o. S.</b>	<b>ohne Seitenangaben</b>
<b>o. Verf.</b>	<b>ohne Verfasser</b>
<b>S.</b>	<b>Seite</b>
<b>SPD</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b>
<b>UDSSR</b>	<b>Union der sozialistischen Sowjet-Republiken</b>
<b>u.a.</b>	<b>unter anderem</b>
<b>usw.</b>	<b>und so weiter</b>
<b>Vgl.</b>	<b>vergleiche</b>
<b>VRK</b>	<b>Verhandlungen des Rates der Stadt Köln</b>
<b>VStVK</b>	<b>Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Köln</b>

## Lebenslauf

### Gabi Langen

geb. 10. April 1959, verheiratet, 2 Kinder, wohnhaft in Köln

### Schule/ Studium

1965	Einschulung in der Grundschule Riehler Str.
1977	Allgemeine Hochschulreife
WS 1977/78	Immatrikulation an der Universität Köln für das Lehramt Sek. II in den Fächern Biologie und Sport
SS 1979	Immatrikulation an der Deutschen Sporthochschule Köln, Studiengang: Diplom-Sportlehrer, 2. Fach: Biologie
SS 1983	Diplom (Gesamtnote: gut)
SS 1984	1. Staatsexamen an der Universität Köln für das Lehramt Sek. I und II
1985	Referendar-Ausbildung am Studienseminar Bonn, Städt. Gymnasium Rheinbach
1987	2. Staatsexamen
2002	Zulassung zum Promotionsstudium an der DSHS Köln, 1. Fach Sportgeschichte, 2. Fach: Freizeitwissenschaft. Thema der Arbeit: Kommunale Sport- und Freizeitpolitik in Köln 1945-1975.
2006	Eröffnung des Promotionsverfahrens (Promotionsprüfung 12./13.12.)

### Beruflicher Werdegang

1989 - 1999	Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Verein "Deutsches Sportmuseum", Aufgabengebiete: Aufbau einer Sammlung zur Kölner Sportgeschichte, einzelne Ausstellungsprojekte, ab 1992 Sammlungsleiterin.
1999 - 2001	Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung "Deutsches Sport- und Olympia-Museum", Erarbeitung des Veranstaltungskonzepts und Sonderausstellungsprogramms, einzelne Ausstellungsprojekte, Veranstaltungsmanagement
seit 1990	Freiberufliche Autoren-Tätigkeit im Bereich Kölner Sportgeschichte sowie Geschichte des Frauensports, der Sportfotografie und der Sportmuseen.
2001	Lehrertätigkeit an der Gemeinschaftshauptschule Pulheim
2002 – Juni 2005	Wiss. Angestellte am Institut für Sportgeschichte der DSHS Köln (Projekt: Kölner Sportgeschichte)
seit 2005	Selbständige Tätigkeit als Autorin und Kuratorin (u.a. Ausstellungsprojekt für das Kölnische Stadtmuseum)

## Weiterbildung

1991-1994	Fortbildungsseminare an der Rhein. Museumsschule Brauweiler
1994	AVICOM - 4. Internationales Symposium, Thema: Fotografie im Museum im Haus der Geschichte der BRD, Bonn
1996	ICOM-Tagung "Medien in Museen", Haus der Geschichte, Bonn
2000/2001	Gasthörerin an der Fernuniversität Hagen für den Bereich Museumsmanagement/ Kulturmanagement
2005	9. ISHPES-Kongress „New Aspects of Sport History“ an der DSHS Köln
2006	„Sport als städtisches Ereignis“ – Tagung des Arbeitskreises Städteforschung in Südwestdeutschland.

## **Abstract: Sport- und Freizeitpolitik in Köln 1945 bis 1975**

Der Sport hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer mehr öffentliche Funktionen übernommen, wodurch er funktionale Bedeutung für das politisch-administrative System gewonnen hat. Veränderungen an der Grenze zwischen staatlichem Kompetenzbereich und bürgerlicher Freiheit fanden vor allem im gemeindlichen Aufgabenfeld statt.

Die vorliegende Untersuchung über das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung der Stadt Köln und den lokalen Sportorganisationen bzw. der unorganisiert sporttreibenden Bevölkerung gibt Aufschluss über die erkennbaren politischen Ziele, Realisierungsstrategien, Macht-potentiale, Konflikte und Problemlösungsprozesse für den Zeitraum zwischen 1945 und 1975. Die zugrunde liegenden Fragestellungen berücksichtigen sowohl institutionelle (Wer waren die Beteiligten in der Stadtverwaltung, dem Rat, der sportlichen Selbstverwaltung?) als auch inhaltliche (Sind Unterschiede der herrschenden Parteien erkennbar? Welche Themen beherrschten die öffentliche Diskussion?) und verfahrensbezogene (Wie entstanden den Sport betreffende Entscheidungen? Wie groß war der Einfluss der Vereine?) Aspekte sportpoliti-schen Handelns. Die Analyse folgt dem Ansatz der Politikfeldanalyse, wonach der politische Entscheidungsprozess nicht nur unter institutionellen Gesichtspunkten betrachtet, sondern unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen als „Implementationsprozess“ aufgefasst wird. Inwieweit Politik und/oder Stadtverwaltung den Handlungsspielraum festlegten und, ob und wie Sportorganisationen bzw. die sporttreibende Bevölkerung Druck auf die Politik ausübten sind dabei zentrale Fragen.

Im ersten Teil der Darstellung werden die Rahmenbedingungen für die Kölner Sportpolitik erläutert. Neben den rechtlichen, verfassungsmäßigen Grenzen der Gemeindeordnung beeinflussen Traditionen, Parteienkultur, gesellschaftliche Bedingungen und Personen das Zustandekommen von Entscheidungen. Die Betrachtung der an den sportpolitischen Prozessen beteiligten Gremien und Personen in den Sportorganisationen, Parteien, Rat und Verwaltung steht im Zusammenhang mit der Frage nach dem eigentlichen „Machtzentrum sportpolitischen Handelns“. Die Entstehung der Sportorganisationen und der städtischen Verwaltungsstellen unter dem Einfluss der britischen Militärregierung, die Gestaltung des Vereinsalltags und der Wieder- bzw. Neuaufbau der Sportinfrastruktur sowie die strukturellen und personellen Entwicklungen auf der städtischen Verwaltungsebene, der Kölner Kommunalpolitik und der Selbstverwaltung des Sports werden bis 1975 nachgezeichnet. Konkrete sportpolitische Entwicklungsprozesse werden anhand von vier

Themenbereichen erörtert: Der Sportstättenbau, der Sportetat, der Freizeitsport und die Sporthochschule als städtische Einrichtung.



## **Abstract: Policy of sports and leisure in Cologne 1945 to 1975**

Sports have assumed more and more public functions since the beginning of the 20<sup>th</sup> century and have thereby gained functional meaning for the political-administrative system. Changes at the border between state-run areas of jurisdiction and civilian freedom basically took place in the communal area of responsibility.

This study about the relationship between politics and administration of the City of Cologne on the one hand and the local sports organizations or rather the unorganizedly sportive population on the other hand gives information about the perceptible political goals, strategies of realisation, potentials of power, conflicts and problem-solving processes for the years between 1945 and 1975.

The underlying formulations of questions take into consideration both institutional aspects (Who were the persons involved in the city council and the sportive self-government?), in terms of content (Are differences of the ruling parties discernible? Which topics ruled the public discussion?) and procedure-concerned (How did decisions concerning sports arise? How large was the influence of the sports clubs?) aspects of sports-political acting. The review follows the approach of policy field analysis, according to which the political decision process is not only seen from institutional points of view, but also understood in consideration of the existing structures as an "implementation process". To what extent politics and/or city council determine the room for manoeuvre and whether and how sports organizations or rather the sportive population exert pressure on politics are central questions.

In the first part the prevailing conditions for Cologne's sports policy are explained. Apart from the legal, constitutional limits of the municipal ordinance there are traditions, political party culture, social conditions and persons influencing the decision processes. The consideration of the committees and persons who are involved in sports organizations, parties, council and administration is connected with the question about the real "power centre of sports-political acting". This work shows the reconstruction of the sports organizations and the municipal administration under the influence of the British military government, the organization of everyday life of the clubs and the reconstruction/new building of sports infrastructure as well as the structural and personal developments at the municipal administration level, Cologne council policy and the self-government of sports up to 1975. Concrete sports-political development processes are discussed in detail on the basis of four topical areas: The building of sports halls and fields, the sports budget, leisure sports and the sports university of Cologne as a municipal foundation.